

HANNO BALZ,
JAN-HENRIK FRIEDRICH (HRSG.)

**»ALL WE EVER
WANTED...«**

Eine Kulturgeschichte europäischer
Protestbewegungen der 1980er Jahre

98

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 98

Rosa-Luxemburg-Stiftung

HANNO BALZ, JAN-HENRIK FRIEDRICHS (HRSG.)

»All We Ever Wanted ...«

**Eine Kulturgeschichte europäischer
Protestbewegungen der 1980er Jahre**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 98

ISBN 978-3-320-02284-6

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2012

Satz: Elke Jakubowski

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Printed in Germany

Inhalt

Inge Marszolek

Vorwort

9

Einleitung

Jan-Henrik Friedrichs, Hanno Balz

Individualität und Revolte im neoliberalen Aufbruch.

Annäherungen an eine Kultur- und Sozialgeschichte der europäischen Protestbewegungen der 1980er Jahre

13

(Urbane) Räume des Protestes

Armin Kuhn

Zwischen gesellschaftlicher Intervention und radikaler Nischenpolitik.
Häuserkämpfe in Berlin und Barcelona am Übergang
zur neoliberalen Stadt

37

Sebastian Haumann, Susanne Schregel

Andere Räume, andere Städte und die Transformation der Gesellschaft.
Hausbesetzungen und Atomwaffenfreie Zonen
als alternative Raumpraktiken

53

Beppe De Sario

Soziale Veränderung und Jugendbewegung in den 1980er Jahren in Italien:
Der Fall der besetzten und selbstverwalteten Jugendzentren (centri sociali)

73

Molly O'Brien Castro

Zur Anatomie urbaner Ausschreitungen:
Großbritannien unter Margaret Thatcher

90

Mediale (Selbst)Repräsentationen

Dagmar Brunow

Film als Historiographie. »Handsworth Songs« als Dekonstruktion
kolonialer Geschichtsschreibung

107

Dominique Rudin
»Im ersten Bundesrat saßen drei Guerillakommandanten.« Zur Bedeutung
historischer Bezugnahmen der frühen Zürcher 1980er Bewegung 120

Reinhild Kreis
»Eine Welt, ein Kampf, ein Feind«?
Amerikakritik in den Protesten der 1980er Jahre 136

Militanz und Identität

Patricia Melzer
»Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat zerschlagen den
Herrschaftsapparat«: autonome Frauen, linksradikaler feministischer
Protest und Gewalt in Westdeutschland 157

Mieke Roscher
»Animal Liberation ... or else!«
Die britische Tierbefreiungsbewegung als Impulsgeber
autonomer Politik und kollektiven Konsumverhaltens 178

Ein europäisches Phänomen? Inter-/Transnationale Dimensionen

Kathrin Stern
»Frieden im geteilten Europa«. Die *Frauen für den Frieden/Ostberlin*
als Teil der europäischen Friedensbewegung der 1980er Jahre 197

Wouter Goedertier
Erst radikal, dann liberal? Die belgische Anti-Apartheid-Bewegung
in den 1980er Jahren 214

Jan Hansen
Der Protest und die Mächtigen: Zu den Auswirkungen von Friedens-
bewegung, Nuclear Weapons Freeze Campaign und Solidarność
auf das Bonner »Establishment« 231

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis 247
Biographische Angaben zu den Autorinnen und Autoren 264



Bremen, Osterdeich. 6. Mai 1980

Foto: Thomas Grziwa

Vorwort

Der Zeitzuge, so eine spöttische Bemerkung, sei der Feind des Historikers, aber was geschieht, wenn die Historikerin Zeitzugin ist? Diese Frage stellte sich mir, als Hanno Balz und Jan-Henrik Friedrichs mich im Sommer 2009 mit der Idee konfrontierten, im Mai 2010 – anlässlich des 30. Jahrestages der feierlichen Verteidigung von Bundeswehrrekruten im Bremer Weserstadion, während der es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen war – eine Tagung in Bremen zu den Protestbewegungen der 1980er Jahre zu veranstalten. Auch wenn ich selber nicht an diesem Tag demonstriert hatte, so hatte ich dieses Ereignis doch aufmerksam verfolgt, zumal ich in den Großdemonstrationen der Anti-AKW-Bewegung hautnah mit den Aktionen des sich herausbildenden militanten Blocks ebenso wie mit den Reaktionen der Polizei »in Kontakt« geraten war. Und während mir aus der Rückschau deutlich wird, in welcher Weise die Gewaltbereitschaft bestimmter Gruppen eskalierte und letztlich destruktiv wurde, so schien dieses aus der zeitgenössischen Perspektive nicht so einfach zu entscheiden. War die Besetzung leerstehender Häuser, wie dem Bethanien in Kreuzberg, bereits ein Akt der Gewalt? Wäre ohne die Besetzung des Bauplatzes in Gorleben – und der medial begleiteten Räumung desselben – die Bereitschaft zum Ausstieg aus der Atomenergie so breit in der westdeutschen Bevölkerung verankert worden? Oder allgemeiner: Wenn einer der Protagonisten der 1970er Bewegungen, aktiv bei den Frankfurter Spontis und später bei den Grünen, Weggefährte von Joschka Fischer, nunmehr Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen in Afghanistan, Tom Koenigs, sich freut, dass eine CDU-Kanzlerin vieles von dem umsetzt, was die linken Bewegungen gefordert hätten,¹ so bleibt die Frage, was denn genauer zu diesem »Umdenkungsprozess« in der Gesellschaft geführt hat. Wäre es ohne die Bereitschaft zu oftmals illegalen Grenzüberschreitungen und Aneignungen von Räumen ebenfalls zu diesem Ergebnis gekommen? Oder waren es nicht auch die medial transportierten Bilder der Vermummten, die auf der einen Seite die inszenierten Bedrohungsszenarien verstärkten, auf der anderen Seite aber auch den Staat zwangen, über Deeskalation der polizeilichen Gewalt nachzudenken? Die zunehmende Konfrontation mit den Autonomen führte nicht nur zur Flügelbildung innerhalb der sozialen Bewegung, sondern auch zu Differenzierung und Abgrenzung. In diesen oftmals prekären Prozessen wiederum wurden aus der Sicht des Staates aus Gegnern Verhandlungspartner. Quasi unter der Hand wiederum wurden deren Ziele legitimiert, die militanten Aktionen wiederum delegitimiert. Vor allem aber gilt es, die Ursachen für

1 Willi Winkler: »Krieg, Frieden, Geld«, in: Süddeutsche Zeitung, 5./6.11.2011, S. V2/7. Zitat Koenigs: »Es ist wie bei den Kindern: zwanzig Jahre hat man an sie hingepredigt, dass sie endlich ihr Zimmer aufräumen, und plötzlich sieht es doch ganz manierlich aus... Die 68er haben noch nicht fertig.«

den Zorn so vieler, nicht nur, aber auch Jugendlicher am Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre zu untersuchen. Diese Wut, die sich nicht zuletzt auch aus vielfachen Ausgrenzungserfahrungen speiste, wurde zugleich von einem großen utopischen Überschuss und Selbstbewusstsein begleitet. Gerade diese utopischen Hoffnungen wurden unter vielen anderen auch von Rio Reiser, der mit den »Ton Steine Scherben« die Bewegungen sowohl der 1970er als auch der 1980er Jahre begleitet hat, in seinem Lied »Wovon träumst du?« formuliert:

Denkst du nicht auch manchmal,
dass dir was fehlt, du weißt nicht, was?
Wie kommst du klar mit dieser Welt,
die so kalt ist wie Stahl und Glas?
Lass uns zusammen gehen!

Refrain:

Wir sind die Zukunft, wir sind die Antwort,
wir sind die Helden, wir sind die Stars!
Wir, die Millionen Unbekannten
und was wir wollen, wird morgen wahr.

Und sicher ist es kein Zufall, dass es in Zeiten von Finanzkrisen, asymmetrischen Kriegen und ökologischer Bedrohung zu neuen sozialen Bewegungen kommt, deren Triebkräfte und Vorstellungen gar nicht so weit entfernt von denen sind, die Rio Reiser in seinem Lied formuliert hat. Angesichts der Bewegung gegen das Finanzkapital, die Menschen seit Monaten in den Städten Nordamerikas und Europas auf die Straße bringt, beflügelt von einer knappen Streitschrift eines jüdisch-französischen Intellektuellen, der die Lager des Nationalsozialismus überlebt hat, wird zu sehen sein, ob diese Bewegung eigene Formen des Protestes bis hin auch zu militanteren Formen entwickeln wird.²

Zugleich wird weiter zu diskutieren sein, mithilfe welcher Umdeutungen es dem Staat gelingen konnte, viele der damaligen Forderungen – und dies wäre eine Entgegnung an die euphorische Feststellung Tom Koenigs – in neoliberale Strategien der Sozialsteuerung einzubetten, sodass z. B. wie Barbara Duden, feministische Historikerin und Mitbegründerin der Frauenzeitung *Courage*, für die autonome Frauenbewegung feststellt, »die damaligen Forderungen von Frauen nun als Forderungen an Frauen gestellt werden«.³ Selbstbestimmung generell entspräche einem neuen Menschentyp, dem *decision-maker*, und führe in die Entscheidungsfalle, »in der die Freiheit darin besteht, nach Kenntnissnahme zwischen jenen Optionen zu wählen, die sozial und technisch bereits gestellt werden«.⁴

2 Stéphane Hessel: *Empört Euch*, Berlin 2011.

3 Barbara Duden zitiert nach Gisela Notz: »Courage – Wie es begann, was daraus wurde und was geblieben ist«, in: Gisela Notz (Hg.): *Als die Frauenbewegung noch Courage hatte. Die »Berliner Frauenzeitung Courage« und die autonomen Frauenbewegungen der 1970er und 1980er Jahre*, Reihe Gesprächskreis Geschichte 73, Bonn 2007, S. 53.

4 Ebd.

Auf der Bremer Tagung kamen übrigens abends im Kulturzentrum Schlachthof – ein Relikt eben jener Kämpfe um autonome Jugendzentren und der Besetzungen von vom Abriss bedrohter Gebäude – die Zeitzeugen zu Wort, ehemalige Demonstranten ebenso wie der spätere Bürgermeister und damalige Fraktionsführer der Regierungspartei SPD in Bremen, Klaus Wedemeier. Vielleicht lag es an der Weisheit des Alters der Beteiligten, vielleicht auch an den Eigenheiten des bremischen Stadtstaates, von dem der damalige Polizeipräsident sagte, dass es hier von Politikern geduldete »Naturschutzparks« und Freiräume gegeben habe, die die Radikalität beförderten,⁵ dass alle Beteiligten mit Selbstreflexion und ironischer Distanz berichteten – unter großem Interesse der bremischen Öffentlichkeit.

Die Organisation und Konzeptionierung der Tagung war ein »intergenerationelles« Unternehmen und Abenteuer, für die vielfältigen Diskussionen, die z. T. per skype – eine völlig neue Erfahrung für mich – geführt wurden, habe ich Hanno Balz und Jan-Henrik Friedrichs zu danken. Ihr habt mich als Zeitzeugin ebenso wie als gelegentlich mahnende Historikerin mit Humor und Geduld ertragen. Ich freue mich sehr, dass mit diesem Buch erste Ergebnisse einer transnationalen und interdisziplinären Erforschung der Protestbewegungen der 1980er Jahre im Besonderen und einer Sozialgeschichte dieser Zeit im Allgemeinen vorliegen.

Bremen, im November 2011

Inge Marszolek

5 Dietrich Strothmann: »Bremer Skandal. Ein Präsident und der Hundekot«, in: Die Zeit, Nr. 31, 25.7. 1980, S. 2.

Individualität und Revolte im neoliberalen Aufbruch. Annäherungen an eine Kultur- und Sozialgeschichte der europäischen Protestbewegungen der 1980er Jahre

»All we ever wanted was everything
All we ever got was cold«^{*}

Dieser Sammelband, der sich mit den europäischen Protestbewegungen der 1980er Jahre, ihren sozialen Merkmalen, transnationalen Strukturen und einer Verortung des Protestes innerhalb des Spannungsverhältnisses zwischen der Erfahrung der Revolte von 1968 und der Herausbildung neoliberaler Politik beschäftigt, geht auf eine Tagung im Mai 2010 in Bremen zurück. Anlass der Tagung war der 30. Jahrestag der militanten Auseinandersetzungen bei einer Großdemonstration gegen das feierliche Gelöbnis von Bundeswehrrekruten am 6. Mai 1980 im Bremer Weserstadion, mit dem an öffentlichem Ort die 25-jährige Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO gefeiert werden sollte. In mehrfacher Hinsicht können die Ereignisse dieses Tages als paradigmatisch für einen Wandel von Protestbewegungen und -kulturen in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren gesehen werden.

Kurz vor den Ereignissen in Bremen, Ende 1979, betrat als Reaktion auf den NATO-Doppelbeschluss ein neuer Akteur jener »single-issue«-Bewegungen, die sich in den 1970er Jahren herausgebildet hatten, die internationale Bühne: die Friedensbewegung.¹ Ein wichtiger Teil dieser Bewegung war allerdings auch, dies zeigt das Bremer Beispiel, eine dezidiert anti-imperialistische Anti-Kriegsbewegung. Deren Kritik richtete sich nicht nur gegen die atomare Aufrüstung, sondern ebenso gegen die militärische Eskalation im Nahen Osten, wie sie sich beispielsweise in der gescheiterten US-Operation zur Befreiung der Teheraner Botschaftsgeiseln im April 1980 ausdrückte. Slogan eines Teils dieser Bewegung war dementsprechend: »Euren Frieden wollen wir nicht!«

* Bauhaus: »All We Ever Wanted Was Everything«, in: *The Sky's Gone Out*, Wandsworth: Beggar's Banquet Records, 1982.

1 Hierzu überblicksartig: Andreas Buro: »Friedensbewegung«, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M. 2008, S. 267-292; Josef Janning/Hans-Josef Legrand/Helmut Zander (Hg.): *Friedensbewegungen. Entwicklungen und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA*, Köln 1987; Sam Marullo/John Lofland: *Peace Action in the Eighties*, New Brunswick 1990.

In den Ausschreitungen vor dem Weserstadion zeigte sich zunächst eine neue Dimension militanten Protests – die Bilder brennender Bundeswehrfahrzeuge gingen um die Welt. Vor allem aber änderte sich der organisatorische Hintergrund der Proteste und zum Teil auch der soziale Background der Aktivist_innen: Wie in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zu den Bremer Protesten festgestellt wurde, waren inzwischen nicht mehr die K-Gruppen, wie noch in den Jahren zuvor, Träger_innen der Aktionen. Im Bericht des Bremer Untersuchungsausschusses heißt es hierzu: »Es besteht der Eindruck, daß das Bremer Landesamt [für Verfassungsschutz, Anm. d. Verf.] ebenso wie die übrigen Sicherheitsorgane doch ziemlich hilflos vor dem neuen Phänomen der sogenannten ›spontaneistischen‹ Extremisten steht. [...] Nach den Bekundungen eines leitenden Mitarbeiters im Landesamt gibt es in diesem Bereich und über diesen Bereich kaum Erkenntnisse. Obgleich gleiche Gruppierungen mit den gleichen Erscheinungsformen immer verstärkter in Hannover, in Frankfurt, in Berlin und in Hamburg auftauchen, meist in Lederbekleidung, ausgerüstet mit Motorradhelmen und Schlagstöcken, sich an die Spitze von Demonstrationen stellen und unverblümt zum Mittel der Gewalt greifen.«² Zum ersten Mal fällt in diesem Zusammenhang der Begriff der »Autonomen«.

Jugendunruhen als gesamteuropäisches Phänomen der 1980er Jahre?

Eine wesentliche transnationale Klammer der westeuropäischen Protestbewegungen zeigt sich nicht nur an diesem Beispiel in deren zeitgenössischer Bewertung als »Jugendunruhen«. Im Gegensatz zu 1968 ist nicht mehr von Studierenden die Rede, sondern von Jugendlichen allgemein; so lautet der Titel des »Spiegel« im Dezember 1980: »Jugendkrawalle. Westberlin, Zürich, Amsterdam, Freiburg, Bremen, Hannover, Hamburg«³, ebenso wurde das Spiegel-Buch »Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft« in den Folgejahren ein Bestseller.⁴ In der Schweiz setzte sich der Begriff »Jugendunruhen« für die Proteste des Jahres 1980 in Zürich ebenfalls durch.⁵ Wesentlich ist hierbei einerseits die Feststellung, dass sich mit dem »Strukturwandel« seit den 1970er Jahren und in der Folge mit dem Umbau des Sozialstaates in Westeuropa⁶ die sozialen

2 »Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980«, Drucksache 10/261 der Bremischen Bürgerschaft vom 6. Juli 1980, S. 59.

3 Der Spiegel, 52/1980, 20. Dezember 1980.

4 Michael Haller (Hg.): Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft, Reinbek 1981. Es folgten mehrere Neuauflagen.

5 Vgl. Heinz Nigg (Hg.): Wir wollen alles, und zwar subito! Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen, Zürich 2001.

6 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, S. 31.

Verhältnisse von Jugendlichen und vor allem deren Chancen für sozialen Aufstieg sukzessive verschlechtert haben. Daher wäre hier auch eher von Sozialprotest als von Jugendprotest zu sprechen.⁷ Vor allem aber war das Milieu der Bewegung insgesamt altersmäßig breiter ausdifferenziert als beispielsweise noch 1968, auch Ältere waren »noch« aktiv, während Jüngere zur Szene dazu stießen.⁸ Daher gilt es auch, das Label »Jugend« kritisch zu hinterfragen. Zwar betonte es eine breitere soziale Schichtung jenseits einer jungen Elite, wie es sich im Begriff der »Studentenrevolte« ausgedrückt hatte. »Jugend« erschien jedoch seit Ende der 1970er Jahre mehr und mehr als Problem⁹ – die Wahrnehmung sozialer Probleme als Jugendproteste war also durchaus zwiespältig: Gerade nach 1968 wurde von Jugendlichen erwartet, nicht zu angepasst zu sein, zu rebellieren – allerdings im dafür vorgesehenen Rahmen. Die Frage, welche Art von Protest dabei noch als legitim zu gelten hatte, wurde über das Label »Jugend« entschieden: Gerechtfertigter Unmut galt als Jugendprotest, illegitime Aktionen wurden hingegen von »Autonomen«, »Kriminellen« oder »Chaoten« begangen.

Mit Blick auf den westeuropäischen Charakter der Sozial- und Jugendproteste muss hier jedoch auf die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Bewegungen in von Migration geprägten Gesellschaften verwiesen werden. In Frankreich und Großbritannien, beides Staaten mit einer zu diesem Zeitpunkt schon lange gewachsenen migrantischen Community, fanden die (Jugend-)Unruhen der 1980er Jahre vor dem Hintergrund rassistischer Ausgrenzung statt und wurden zu einem großen Teil von der marginalisierten migrantischen Jugend getragen.¹⁰

Ganz anders stellte sich dagegen die Situation in Osteuropa dar. Jugendbewegungen im weiteren Sinne, so z. B. Punkszenen in der DDR, blieben wesentlich marginaler und waren einer erheblichen Repression ausgesetzt.¹¹ Doch auch hier gab es etwa mit der Umwelt- und Friedensbewegung der DDR oder der polnischen Solidarność seit den frühen 1980er Jahren vielfältige Protestbewegungen. Trotz internationaler Kontakte und gemeinsamer Bezugspunkte – man denke etwa

7 Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin 1990, S. 91.

8 Sven Reichardt/Detlef Siegfried, »Das Alternative Milieu. Konturen einer Lebensform«, in: dies. (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 13; Helmut Willems: Jugendunruhen und Protestbewegung. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern, Opladen 1997, S. 435.

9 Eine große Verunsicherung bestand seit dem historischen »Versagen« der Jugendforschung im Jahr 1968, als diese von den Protesten mehrheitlich überrascht wurde. Diese Verunsicherung steigerte sich in der Bundesrepublik noch nach der Shell-Studie »Jugend 81«, die bei der Jugend Pessimismus, Verunsicherung und eine zunehmende Individualisierung und »Identitätsdiffusionen« festgestellt hatte. Hier fielen also Gesellschaftskrise und Adoleszenzkrise zusammen. Auch in diesem Fall wurde die Jugendforschung durch das plötzliche Auftauchen einer neuen politischen Jugendbewegung überrascht, da die Ergebnisse der Shell-Studie gerade das Gegenteil nahegelegt hatten. Werner Lindner: Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn, Opladen 1996, S. 400-407.

10 Hanspeter Kriesi u. a.: New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis, Minneapolis 1995, S. 77 f.

11 Vgl. die einzelnen Länderstudien in: Detlef Pollack/Jan Wiehlgohs (Hg.): Dissent And Opposition In Communist Eastern Europe: Origins Of Civil Society And Democratic Transition, Farnham 2004.

an die KSZE-Schlussakte von 1975 – muss die Frage offen bleiben, wie genau ein Vergleich ost- und westeuropäischer Bewegungen, trotz der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, produktiv gemacht werden könnte. Der vorliegende Sammelband kann dafür erste Anhaltspunkte liefern;¹² ausführlichere Forschungsarbeiten stehen hier jedoch noch aus.

Bewegung und Staat – zwischen »Autonomie« und »Unregierbarkeit«

Ganz allgemein gesprochen repräsentierten die jüngeren Aktiven – zumindest in Westeuropa – die Abgrenzung von der letzten Bewegung der klassischen Moderne,¹³ wie die 68er auch eingeschätzt wurden, und dies vor allem auch vor dem Hintergrund eines sozialen Strukturwandels. Daher muss an dieser Stelle betont werden, dass sich aufgrund der zurückgegangenen sozialen Aufstiegschancen die Bewegungen in ihren Forderungen und Lebensentwürfen umorientierten, so dass in diesem Zusammenhang zumindest teilweise von einer postmateriellen Revolte gesprochen werden kann. Dies gilt sowohl für die autonome Szene oder die autonome feministische Bewegung bei ihren Kämpfen um Freiräume als auch für die bürgerliche Friedensbewegung mit ihrem teilweise religiös grundierten Protest – für »Dritte Welt«-Läden oder Alternativbetriebe allerdings schon wieder weniger. Schließlich stand für die beiden letzteren eine Emanzipation durch veränderte Arbeits- und Produktionsverhältnisse im Vordergrund. Dabei wandelte sich auch der Bezug auf den Staat für die Neuen Sozialen Bewegungen seit den späten 1970er Jahren und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen führte der Marsch durch die Institutionen nun »in« die Institutionen und zur Gründung »grüner« Parteien in Westeuropa und stellte somit das Streben nach politischer Partizipation auf eine neue Stufe. Demgegenüber wendete sich die jüngere Protestgeneration vom Anspruch einer (revolutionären) System-Änderung zunehmend ab und begab sich stattdessen auf die Suche nach Autonomie: »The idea of a revolution that operates in some sphere larger than the state makes sense to many people. Earlier in the twentieth century, it was possible to imagine that state control was the key to a better society, but no longer.«¹⁴

Mit dem Wandel der Neuen Sozialen Bewegungen wurde die politische und private Emanzipation nicht mehr unbedingt innerhalb der Gesellschaft und ihrer hegemonialen Institutionen zu verwirklichen gesucht und auch nicht in radikaler Opposition zu dieser, sondern vielmehr *jenseits* von ihr. »Aussteigen« wurde so zum Schlagwort, die Flucht aus der traditionellen Arbeitsgesellschaft sollte gleichzeitig die Vereinnahmung durch das »System« hintertreiben: »Although the

12 Siehe dazu die Beiträge von Kathrin Stern und Jan Hansen in diesem Band.

13 Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: 1968 – eine Zeitreise, Frankfurt a. M. 2008, S. 198 f.

14 Barbara Epstein: Political Protest and Cultural Revolution. Nonviolent Direct Action in the 1970s and 1980s, Berkeley 1991, S. 56.

aptness of ›postmaterialist‹ designation can be challenged, such a focus does make movements less susceptible to traditional forms of social control and co-optation by the conventional political system.«¹⁵ Allerdings ist festzuhalten, dass das Phänomen des Aussteigertums in nicht unerheblichem Maße auch ein Produkt der Medien war. Die große Mehrheit der Jugendlichen war weder gewillt noch fähig, aus der Gesellschaft dauerhaft »auszusteigen« – was immer das im Konkreten überhaupt bedeuten mochte.¹⁶

Das politische Paradigma vieler Bewegungsrichtungen der frühen 1980er Jahre lässt sich daher am Deutlichsten am Wandel der Präfixe von »Gegen« zu »Alternativ« illustrieren. In diesem Sinne treten die Individuen – und damit auch eine individualistisch gefärbte politische Agenda – in den Vordergrund, Appelle an »das Volk« verschwinden, in Vielem lässt sich hier von »Politik in der ersten Person« sprechen. So notiert Greil Marcus: »Politics thus became an intensified, eyes-open version of everyday life (...) the self-discovery of individuals as a means to solidarity, a new ›I‹ as a means to a discovery of an old ›we‹.«¹⁷

Schließlich geriet in den späten 1970er Jahren eine kommunistische Politik, die sich auf »die Massen« bezog, in Teilen Westeuropas in die Krise. So sahen viele, die dem Aufbruch der 1960er Jahre entstammten, die neo-orthodoxe Ausrichtung leninistischer und maoistischer Politik als Zeichen einer Stagnation linker Bewegung. Klaus Hartung stellte beispielsweise im Kursbuch 48 mit dem Titel »10 Jahre danach« das Scheitern der eigenen Ansprüche nach 1968 fest: »Die Bewegung hat keine – sagen wir – demonstrative Niederlage erlitten. Sie ist nicht dort geschlagen worden, wo die Liberalen die Massaker kommen sahen, auf der Straße. Es läßt sich auch nicht bloß ein Verlust der Bewegungskraft oder des Mobilisierungsschwungs konstatieren. [...] Die politische Niederlage der Bewegung läßt sich eher dingfest machen an dem schleichenden *Verlust der erkämpften Rechte*. Die Rechte der Schüler, die Drittelparität an den Hochschulen, die Demokratisierung von Klinikverfassungen u. a., das sind die Rechte, die beinahe nebenbei von der antiautoritären Bewegung erkämpft wurden. Es war das ›Mindeste‹, was wir forderten. Mit dem Beginn der ML-Politik veränderte sich das Verhältnis zu diesen ›erkämpften Gebieten‹. Der Dogmatismus räumte die Realität beiseite und baute die Bühne der Klassengesellschaft auf, auf der wir uns jetzt noch um die richtigen

15 Steven M. Buechler: *Social Movements in Advanced Capitalism. The Political Economy and Cultural Construction of Social Activism*, Oxford/New York 2000, S. 47.

16 So wurden unter den Begriff des Aussteigens so unterschiedliche Phänomene gefasst wie Hausbesetzungen, Jugendsekten, Terrorismus, Drogengebrauch oder eine allgemeine Verweigerungshaltung. Siehe etwa aus kriminologischer Perspektive Arthur Kreuzer: *Jugend, Rauschdrogen, Kriminalität*, Wiesbaden 1978, S. 24; siehe auch das Interview mit dem damaligen Innenminister Baum im »Spiegel«: Hans-Wolfgang Sternsdorff/Paul Lersch: »Es muß von allen Seiten Proteste hageln«, *Der Spiegel* 3/1980 (14.01.1980), S. 66-81. Vgl. auch Klaus Weinbauer: »The End of Certainties: Drug Consumption and Youth Delinquency in West Germany«, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried: *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980*, New York/Oxford 2006, S. 376-97, hier S. 380.

17 Greil Marcus: *In the fascist bathroom. Punk in pop music 1977–1992*, Harvard 1993, S. 29.

Kulissen streiten.«¹⁸ In Abgrenzung zur politischen Stagnation revolutionärer Politik seit den späten 1970er Jahren traten die Neuen Sozialen Bewegungen immer stärker in den Vordergrund, schließlich versuchten diese zumindest teilweise »die Versprechungen der Kulturrevolution von 1968 in einem kollektiven Leben fernab der Metropolen und ihrer Zwänge zu realisieren«.¹⁹

Dabei jedoch, so Doering-Manteuffel/Raphael, nahm die »antikapitalistische Stoßrichtung [...] keineswegs mehr wie noch bei den Achtundsechzigern sozialistische Züge an«.²⁰ Trotzdem – oder gerade deswegen – erfuhren die Neuen Sozialen Bewegungen Mobilisierungserfolge, von denen die sozialistisch ausgerichtete Linke in den Jahren zuvor nur träumen konnte – sowohl bei Anti-Atom-Demonstrationen als auch auf Seiten der Friedensbewegung oder antirassistischer Bewegungen wurde auf einmal in viel stärkerem Maße »das Volk« erreicht, als dies bei der früheren Suche nach dem revolutionären Subjekt der Fall gewesen war. Dennoch richtet sich der Blick der Beiträge dieses Bandes nicht verkürzend auf einen alleinigen »Strukturbruch« in den sozialen Bewegungen zwischen den 1960er und den 1980er Jahren. Vielmehr wird hier auch deutlich, wie viele inhaltliche, generationelle und organisatorische Brücken zur 68er Bewegung noch bestanden. So ging es vielfach eher um eine Politik der Erneuerung und Anknüpfung gegenüber den älteren Analysen und Protestformen. Deutliche Abgrenzungstendenzen zeigten sich dagegen eher in den subkulturellen Ausprägungen der Bewegungen, so z. B. im Punk. Und auch in Bezug auf staatliche und ökonomische Politiken ist eher danach zu fragen, inwiefern der konservative Umschwung zu Beginn der 1980er Jahre als Folgeerscheinung eines »sozialdemokratischen Jahrzehnts« Ausgangspunkt oder Ergebnis tiefgreifender struktureller Umbrüche ist.²¹

Wesentlich für den inneren Zusammenhang der Bewegung und die Entstehung »alternativer Milieus«²² seit den späten 1970er Jahren war die Ausrichtung an einer »Politik der ersten Person«, in welcher die eigenen Alltagspraxen zu einem Teil des politischen Programms wurden und eigene (Frei-)Räume und Subkulturen einen höheren Stellenwert erhielten als eine breite Mobilisierung, die sich dem klassischen Modell der Aufklärung verpflichtet fühlte. Ein Beispiel liegt hier in der Bedeutungsverschiebung des kritischen Entfremdungsbegriffes, wie er in mehreren Beiträgen dieses Bandes deutlich wird. Spielte dieser in den Jahren um 1968 eine wichtige Rolle, vor allem im Bezug auf Arbeitskraft und Bürokratisierung, aber auch in einer psychologischen Wendung,²³ so blieb es auf Seiten der

18 Klaus Hartung: »Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen«, in: Kursbuch, Heft 48, 1977, S. 14-43, hier S. 17.

19 Doering-Manteuffel/Raphael, S. 17.

20 Ebd.

21 Ebd.; Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982 (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945; Bd. 3), Bonn 2011.

22 Vgl. Reichardt/Siegfried.

23 Vgl. Joachim Israel: Der Begriff Entfremdung, Reinbek 1972.

Neuen Sozialen Bewegungen vielfach nur mehr bei der Kritik an der »Entfremdung der Lebenswelt«, – durchaus auch im Habermasschen Sinne.²⁴ Gekoppelt hieran war der neue Stellenwert identitärer Politiken innerhalb der Bewegungen, wie sie sich beispielsweise in der autonomen FrauenLesben- oder der Schwulenbewegung, aber auch im Antirassismus und der postkolonialen Theorie ausdrückten. Unter dem Einfluss poststrukturalistischer Theorien von Derrida bis Foucault scheint sich hier auch im Hinblick auf die Neuen Sozialen Bewegungen eine Krise der Repräsentationen abzuzeichnen. Dass es sich bei den Neuen Sozialen Bewegungen jedoch nicht lediglich um »single issue«-Bewegungen handelte, zeigen mehrere Beiträge in diesem Band. Meist waren die Aktivist_innen in mehrere Bewegungen involviert, wie z. B. der Zusammenhang zwischen Hausbesetzer_innen-Milieu, Anti-Kriegs- und Anti-AKW-Bewegung auch am oben genannten Bremer Beispiel zeigt.

Interessant ist, dass dieser epochale Umbruch im Bezug auf den Staat auch die Form des Staates selbst betrifft, was sich am Ende der sozialdemokratischen »Planungseuphorie«²⁵ Mitte der 1970er Jahre und dem gleichzeitig einsetzenden Siegeszug des Neoliberalismus ablesen lässt. Prägend für diese Entwicklung war ein fundamentales Krisenempfinden als Folge der weltweiten Revolten um die Mitte der 1970er Jahre, das sich unter anderem in einer breiten »Unregierbarkeits«-Debatte zeigte.²⁶ Der Aufstieg Chinas, die Konsolidierung der Sowjetunion bei gleichzeitiger Niederlage der USA in Vietnam und deren folgender außenpolitischer Rückzug musste für die Regierungen des Westens bedrohlich wirken. Dazu gesellte sich die Bedrohung durch den erstarkenden Eurokommunismus und mit der portugiesischen Nelkenrevolution von 1974 sogar ein veritabler Umsturz.

Wie ist in diesem Zusammenhang vor allem auch eine Entwicklung über den (bundesdeutschen) nationalstaatlichen Rahmen hinaus im europäischen Kontext zu denken? Hier zeigen sich auf der Makroebene jeweils denkbar konträre politische Entwicklungen: Während in Großbritannien der konservative Rollback unter Margaret Thatcher eingeleitet wurde, der neben der Niederwerfung der Gewerkschaften auch vor einem Krieg gegen Argentinien nicht halt machte, nahm sich die »geistig-moralische Wende« in der Bundesrepublik zunächst eher bescheiden aus im Vergleich zu »Reaganomics« und »Thatcherism«. Aber auch in Italien ist während der repressiven Phase der »anni di piombo«, die bis in die 1980er Jahre

24 Eine Ideengeschichte der Neuen Sozialen Bewegungen müsste noch geschrieben werden, dennoch kann an dieser Stelle nur auf die Bedeutung von Jürgen Habermas für den hier behandelten Zeitraum verwiesen werden. Zur »Kolonialisierung der Lebenswelt« durch das System siehe Jürgen Habermas: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Band 2, Frankfurt/Main 1999, S. 522 f.

25 Vgl. Stephan Scheiper: »Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren«, in: Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): *Terrorismus in der Bundesrepublik: Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt a. M. 2006, S. 188-216; Gabriele Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005.

26 Vgl. Gerd-Klaus Kaltenbrunner: *Der überforderte schwache Staat. Sind wir noch regierbar?*, München 1975; Wilhelm Hennis u. a. (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*, Stuttgart 1977.

reichte, von einem Aufbruch wenig zu spüren. Ganz anders dagegen die Situation auf der iberischen Halbinsel mit der portugiesischen Nelkenrevolution 1974, dem Tod Francos 1975 und schließlich der Übernahme der spanischen Regierung durch die Sozialistische Arbeiterpartei PSOE im Jahr 1982. Auch in Frankreich setzte ein Großteil der Linken Hoffnungen in die sozialistische Regierung unter Mitterrand nach dessen Wahlsieg 1981 – von einer Phase der Entstaatlichung kann hier jedenfalls keine Rede sein. In Osteuropa hingegen ist unter anderem in Folge der Auswirkungen der KSZE-Schlussakte von Helsinki ein zivilgesellschaftlicher Aufbruch festzustellen, der sich die ganzen 1980er Jahre hindurch ausweitete, auch wenn die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 hier einen herben Rückschlag darstellte. Von einem westeuropäischen Paradigma des »Strukturbruchs« zu sprechen, birgt also einige Schwierigkeiten in sich – für den gesamteuropäischen Rahmen gilt dies erst recht.

Für die Konzeption des vorliegenden Sammelbandes war auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den, sich von den Utopien der klassischen Moderne lösenden, Politiken in der ersten Person, die sich dem Primat des Individuums verschrieben haben, und einer parallelen Durchsetzung neoliberaler Herrschaftskonsolidierung von Bedeutung. Das Vokabular des von Thatcher und Reagan vertretenen neoliberalen Projektes musste den Aktiven in den Neuen Sozialen Bewegungen zum Teil bekannt vorkommen, es klang wie ein Wörterbuch der 68er-Bewegung: Freiheit, Selbstverwirklichung, Fantasie, Abenteuer und Risiko.²⁷

Inwiefern die globale Linke der 1960er Jahre die Flexibilität des Kapitalismus unterschätzt hatte – es stellte sich heraus, dass jener eben kein Koloss auf tönernen Füßen war – machen Luc Boltanski und Ève Chiapello deutlich. So entschärft in der Folge von 1968 »der Kapitalismus die Kritik, reißt die Initiative wieder an sich und profitiert von einer neuen Wirtschaftsdynamik, indem er einen Teil der Themen der Protestbewegung, die im Laufe dieser Ereignisse zum Ausdruck kamen, für sich vereinnahmt. Die Geschichte der Jahre nach 1968 ist ein weiterer Beleg dafür, dass sich das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft – um zwei gängige Kategorien aufzugreifen – nicht auf die Herrschaft des Wirtschaftlichen auf das Gesellschaftliche verkürzen lässt. Vielmehr muss der Kapitalismus Beteiligungsformen bieten, die mit dem Stand der sozialen Welt, in die er eingebunden ist, und mit den Wünschen derjenigen Mitglieder der Gesellschaft kompatibel sind, die ihre Stimme mit dem größten Nachdruck erheben.«²⁸

Die Folgen einer solchen Vereinnahmung begannen schließlich in den 1980er Jahren weltweit spürbar zu werden: Im Bereich der Betriebsorganisation begann nun die Rede von »flachen Hierarchien«, Teamwork und Selbstverantwortung. Letztere fungierte zudem als ideologisches Vademekum der zunehmenden Privata-

27 Greil Marcus: *Lipstick traces. A secret history of the 20th century*, Cambridge/MA. 1989, S. 140.

28 Luc Boltanski/Ève Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003, S. 215.

tisierungen und einer Prekarisierung der Arbeitswelt. So gilt es an dieser Stelle zu fragen, wie das »Selbst« seinen Durchbruch seit den 1970er Jahren feierte, und zwar sowohl auf Seiten der sozialen Bewegungen als auch auf jener der hegemonialen Machtstrukturen. Hier sei nur auf die Verbindungslinien der Begriffe von Selbstverantwortung (als neoliberale Forderung), der Selbstbestimmung (als Erbe der 68er Forderung nach »Autogestion«) und der Selbstverwirklichung (als im Extremfall esoterisches Projekt) verwiesen.

Theoretisch-methodologische Zugriffe

Wie nähert man sich der Geschichte dieser Protestbewegungen der 1980er Jahre, welche analytischen Kategorien können für eine historische Einordnung dieses Phänomens hilfreich sein? Die Politikwissenschaft hat verschiedene Ansätze entwickelt, um soziale Bewegungen in den Blick zu nehmen. So wurde danach gefragt, welche politischen Voraussetzungen das Entstehen sozialer Bewegungen begünstigen (*Political Opportunity Structure approach*) und wie verschiedene Organisationen innerhalb dieser Bewegungen um Einfluss und Ressourcen konkurrieren (*Resource Mobilisation approach*).²⁹ In den 1970er Jahren wurden die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen als spezifisches Phänomen post-industrieller Gesellschaften beschrieben, basierend auf von moralischen Werten angetriebenen Angehörigen des Bürgertums (*New Social Movements approach, Postmaterialism approach*). In der Folge steigenden Wohlstands seien in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften die grundlegenden materiellen Bedürfnisse befriedigt, so etwa der Soziologe Ronald Inglehart. Dieses habe einen allgemeinen Liberalisierungsschub und die Übernahme eines Sets neuer post-materialistischer Werte, die Autonomie und Selbstverwirklichung betonten, zur Folge gehabt.³⁰ Inwieweit diese Grundannahmen auch noch für die 1980er Jahre Bestand haben können, muss angesichts verschärfter wirtschaftsliberaler Maßnahmen, aber auch etwa der Hausbesetzungsbewegung mit ihrem Fokus auf bezahlbaren Wohnraum kritisch hinterfragt werden.

Trotz der angenommenen Dominanz post-materieller Werte und der vereinzelt Betonung identitärer und kultureller Aspekte in den Neuen Sozialen Bewegungen durch die Politikwissenschaft³¹ erscheinen diese Ansätze für eine kultur-

29 Für einen Überblick vgl. etwa das Kapitel »Theoretical Ideas« in: Paul Byrne: *Social Movements in Britain*, London/New York 1997, S. 35-61.

30 Ronald Inglehart: *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton, 1977; Zur Liberalisierungsthese auf die Bundesrepublik bezogen siehe vor allem auch: Ulrich Herbert: »Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze«, in: ders. (Hg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 7-49.

31 So deutete Aldon Morris in seiner 1984 erschienen Studie zur afro-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung Kirchenmusik als kulturelle Ressource innerhalb des Resource Mobilisation Ansatzes. Aldon Morris: *The Origins of the Civil Rights Movement. Black Communities Organizing for Change*, New York 1984.

geschichtlich beeinflusste Herangehensweise, wie sie dem Großteil der Beiträgen in diesem Band zugrunde liegt, zu starr. Vielmehr müssen die zugrunde liegenden Kategorien selbst als historische, d. h. als den Zeitgeist der 1970er und 1980er Jahre widerspiegelnde, verstanden und kritisch reflektiert werden.

Im Zuge des *cultural turn* in der Geschichtswissenschaft rückten Fragen nach dem Selbstverständnis, den Selbstverortungen und den (Selbst-)Repräsentationen von Protestbewegungen in den Vordergrund. Hierbei geht es auch darum, im Sinne von Thomas Mergel den Fokus auf eine Kulturgeschichte der Politik zu erweitern: nicht im Sinne einer Ergänzung politischer durch kulturelle Analysen, sondern durch die Einführung kulturhistorischer Blicke auf die Politik.³²

Die Protestbewegungen wurden und werden in diesem Sinne nicht mehr ausschließlich als Bewegungen, die um politische Einflussnahme im engeren Sinne ringen, verstanden, sondern auch als umfassendere Subkulturen oder Milieus behandelt, wobei sich Fragen etwa nach jeweils spezifischen Identitäten oder Identifizierungen der Akteur_innen ergeben.³³ Auch die Beiträge in diesem Band nähern sich dem Phänomen der Protestbewegungen der 1980er Jahre mit verschiedenen sozial- und kulturgeschichtlichen Ansätzen. Allen gemein ist dabei die Frage nach der *Verortung* der Bewegungen und ihrer Protagonist_innen: ob identitätspolitisch in Abgrenzung zur »herrschenden« Kultur etwa des Konsums oder der Geschlechterverhältnisse; in räumlicher Sicht als stadt- oder lokalpolitische Initiativen und Diskurse; in dem Ringen um eigene historische Traditionen; schließlich in der Frage nach transnationalen Netzwerken, Solidarisierungen, Einflussnahmen und Abgrenzungen. So entwerfen die hier versammelten Beiträge nicht nur ein vielfältiges Bild vom Innenleben dieser Bewegungen, sondern setzen diese auch in Beziehung zur sie umgebenden Gesellschaft, als deren Teil sie – trotz aller Abgrenzungsbemühungen – verstanden werden müssen.

Räume des Protestes

Die Hinwendung zum Konkreten, zu überschaubaren Politikfeldern, auf denen unmittelbare Veränderungen erreicht werden konnten, führte zu einer zunehmenden Beschäftigung mit der Stadt als dem Ort, an dem sich die gesellschaftlichen Widersprüche manifestierten und angreifbar wurden. Zwar hatte es nicht erst seit 1968 immer wieder teils gewalttätige Demonstrationen in zahlreichen europäischen Städten gegeben. In den 1980er Jahren war die Stadt jedoch nicht mehr nur Bühne, sondern auch Objekt des Protestes. Der Planungseuphorie der 1960er und 1970er Jahre, die sich am Grundgedanken der funktional unterteilten und auto-

32 Thomas Mergel: »Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (2002), S. 574-606.

33 Für die 1970er Jahre vgl. *Archiv für Sozialgeschichte*, Nr. 44 (2004), v. a. die Beiträge von Detlef Siegfried und Wolfgang Kraushaar zur Subkultur; zum Begriff des Milieus mittlerweile Reichardt/Siegfried.

gerechten Stadt orientiert hatte, setzte man Forderungen nach dem Erhalt gewachsener Stadtstrukturen und nach behutsamer Erneuerung entgegen. Eine für die neuen »autonomen« Bewegungen kennzeichnende Aktionsform war die Besetzung leerstehenden Wohnraumes. Die Aktivist_innen der 1980er Jahre konnten dabei auf lokale Erfahrungen aus Mietstreiks, »stillen« Besetzungen (bei denen die Besetzung heimlich und ohne politische Mobilisierung erfolgte, ein vor allem in Großbritannien verbreitetes Phänomen) und, vor allem in Westdeutschland und der Schweiz, auf die Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre zurückgreifen.³⁴ Doch erst um 1980 entwickelte sich eine regelrechte Hausbesetzungsbewegung, deren Zentren zwar Amsterdam und Berlin hießen, die sich jedoch auch in zahlreiche Kleinstädte ausbreitete.

Im vorliegenden Band führt *Armin Kuhn* am Beispiel der Berliner Hausbesetzungsbewegung 1980/81 und des *moviment okupa* in Barcelona seit Mitte der 1980er Jahre aus, wie sehr der Erfolg oder Misserfolg solcher Bewegung von verschiedenen Faktoren abhing, die sich nicht auf die Verfasstheit der beteiligten Bewegungen beschränkten. Lokale Entwicklungen – in Berlin etwa die Ablösung eines SPD-geführten Senats durch die CDU – und Stadtplanungen wie der *Plan General Metropolitano* beeinflussten den Erfolg einzelner Besetzungen und autonomer Stadt(teil)politik ebenso wie die umfassendere Transformation von fordristisch geprägten zu neoliberalen urbanen Regimen. So begründet Kuhn den vergleichsweise geringen Einfluss der katalanischen Bewegung im bereits etablierten neoliberalen Politikmodell – ein Modell, das sich zur Hochzeit der Berliner Bewegung 1981 erst andeutete. Gerade die Übernahme autonomer Prinzipien und Begrifflichkeiten, wie Selbstbestimmung und -organisation, in das Standardrepertoire und -vokabular des neoliberalen Diskurses wirft weitergehende Fragen zum Verhältnis zwischen radikalen Protestbewegungen der 1980er Jahre und den radikalen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmen dieser Zeit auf.

Die Häuser zeichneten sich in den Augen der Besetzer_innen dabei durch ihren Doppelcharakter als Freiraum von und Schnittstelle zur Gesellschaft aus. Einerseits sollten die Häuser einen Raum fernab »kapitalistischer Verwertungszwänge« schaffen, in dem es möglich wäre, neue Formen des Zusammenlebens zu erproben. Andererseits imaginierte man sich als Bestandteil »organischer«, »rebellischer« Stadtviertel, als Teil einer durch den gemeinsamen Wohnort geschaffenen Allianz aus Aktivist_innen, Migrant_innen und dem Proletariat.

34 Immer noch nicht aufgearbeitet ist die große Bedeutung migrantischer Mietkämpfe für die städtischen Bewegungen in der BRD; Serhat Karakayali: »Across Bockenheimer Landstraße«, in: *Diskus*, Nr. 2 (2000), http://www.copyriot.com/diskus/2_00/a.htm [besucht am 6.9.2011]. Vgl. auch Thomas Stahel: *Wo-wo-wonige! Stadt- und Wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968*, Zürich 2006; Egon Schewe: *Selbstverwaltete Jugendzentren. Entwicklung, Konzept und Bedeutung der Jugendzentrumsbewegung*, Bielefeld 1980; Detlef Siegfried: »Urbane Revolten, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neuaneignung der Provinz durch die ›Gegenkultur‹ der 1970er Jahre«, in: Adelheid von Saldern (Hg.): *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Wiesbaden 2006, S. 351-366.

Es wäre zu einfach, diese Ideen als reine Illusionen abzustempeln. Vielmehr muss es darum gehen, diese Vorstellungen als etwas zu verstehen, das die Motivationen und politischen Handlungsweisen der Akteure strukturierte. Die Bedeutung des Raumes für den politischen Protest der 1980er Jahre lässt sich also nur erschließen, wenn er nicht als eine gegebene Konstante begriffen wird, sondern als etwas, das diskursiv und durch alltägliche Praxen hervorgebracht wird.³⁵

Inwieweit Raum eine der zentralen Bezugsgrößen der Bewegungen der 1980er Jahre war – im Gegensatz etwa zu sozialen Kategorien wie Klasse oder Gesellschaft – und damit ein wesentliches Distinktionsmerkmal etwa zu »1968« darstellt, kann hier nur als offene Frage für zukünftige Forschungen formuliert werden.³⁶ Wenn wir Raum jedoch als eine für die Protestbewegungen der 1980er Jahre entscheidende Kategorie begreifen, brauchen wir geeignete theoretische Werkzeuge, um die genauen Mechanismen dieser Raumpolitik herausarbeiten zu können. Hier erscheint es sinnvoll, den Fokus von exzeptionellen Auseinandersetzungen im und um städtischen Raum zu erweitern und, analog zur Frage des Konsums, radikale Politik auch hier gerade im Alltäglichen zu verorten. Zeitgleich mit den hier verhandelten Bewegungen formulierte Michel de Certeau seine Vorstellungen vom Konsum als widerständiger Praxis, die er auch auf den »Konsum« der Stadt in der Form des (Spazieren)Gehens ausweitete: Während die räumliche Ordnung bestimmte mögliche Wege vorschreibe, würden nur einige dieser Möglichkeiten genutzt, während durch die Subjekte eine Vielzahl neuer Wege (beispielsweise Abkürzungen) und Verbote (»dorthin gehe ich nicht!«) entwickelt würden.³⁷ Davon ausgehend wurden »everyday incivilities« als widerständige Praktiken im urbanen Raum ausgemacht.³⁸

Im deutschsprachigen Raum hat sich jüngst vor allem Martina Löw um eine soziologische Raumtheorie bemüht, die den geschilderten Zusammenhang zwischen Subjekten, Stadt und alltäglichen Praktiken zum Ausgangspunkt nimmt.³⁹

35 Es griffe daher zu kurz, die Organisation urbanen Raumes allein als Effekt einer sich verändernden ökonomischen Basis zu verstehen, wie dies maßgeblich von der marxistisch beeinflussten Kritischen Geographie vertreten wird, etwa durch David Harvey oder Saskia Sassen. Wenn das Urbane jedoch nur Ausdruck ökonomischer Strukturen ist, erscheint radikale Opposition zwar als etwas, das sich in der Stadt manifestieren kann; die Stadt selbst kann jedoch nicht zum Objekt grundlegender Kritik und Politik werden. David Harvey: *The Condition of Postmodernity. An Inquiry into the Origins of Cultural Change*, Cambridge/Oxford 1990, S. 204; ders.: *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*, Edinburgh 2001; ders.: »The Political Economy of Public Space«, in: Setha Low: *The Politics of Public Space*, New York 2006, S. 17-33; Saskia Sassen: *The Global City*, New York, London, Tokyo, Princeton 1991.

36 Auch als Objekt des Regierens scheint die Kategorie des Raums das Soziale ergänzt, wenn nicht gar sukzessive verdrängt zu haben, wie etwa an der sich von Großbritannien ausgehenden Videoüberwachung des öffentlichen urbanen Raumes deutlich wird.

37 Michel de Certeau: *L'Invention du Quotidien*. Vol. 1, Arts de Faire, Paris: Gallimard 1990 [1980]; die deutsche Übersetzung erscheint unter dem Titel *Kunst des Handelns*.

38 James Holston: *Insurgent Citizenship. Disjunctions of Democracy and Modernity in Brazil*, Princeton/Oxford 2008, S. 278.

39 Martina Löw: *Raumsoziologie*, Frankfurt/Main 2001. An einer Verknüpfung von marxistischer und post-strukturalistischer Raumtheorie arbeitet seit Jahren Edward W. Soja, etwa in ders. (Hg.): *Postmodern Geographies. The Reassertion of Space in Critical Social Theory*, London/New York 1989; ders.: *Thirdspace. Journeys to Los An-*

Ausgehend von Löws Konzept des »Spacing« zeigen *Sebastian Haumann* und *Susanne Schregel* anhand der »Atomwaffenfreien Zonen« und der westdeutschen Hausbesetzungsbewegung die Vielfalt räumlicher Protestpraktiken in den 1980er Jahren. Als Ergebnis der Hinwendung zum Reproduktionsbereich als zentralem Politikfeld ging es den Hausbesetzer_innen zunächst darum, »autonome« Räume zu schaffen, die alternative Formen des Zusammenlebens außerhalb staatlicher Kontrollinstitutionen ermöglichen sollten. So sehr die Bezugnahme auf das Konzept der Autonomie zunächst der sozialen und letztlich auch stadträumlichen Segregation diene, wurden die besetzten Häuser gleichwohl als Ausgangspunkt gesamtgesellschaftlicher Veränderungen verstanden und etwa im Rahmen von Straßenfesten oder Stadtteilcafés wieder geöffnet. Diese symbolische Aufladung und Politisierung des städtischen Nahraums war auch ein Ziel der Atomwaffenfreien Zonen. Im unmittelbaren Lebensumfeld sollten die potenziellen Auswirkungen eines Atomkrieges begreifbar gemacht und zugleich der Protest dagegen artikuliert werden. Ausgehend vom Lokalen wurde so auch der Anspruch formuliert, in Entscheidungsprozesse von globaler Bedeutung einbezogen zu werden. Die Deklaration Atomwaffenfreier Zonen und die ihnen vorangegangenen und in Zukunft erwarteten Aktivitäten waren daher von größerer Bedeutung als die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer solchen Zone. In beiden Fällen – besetzte Häuser und Atomwaffenfreie Zonen – ist daher das Lokale nicht nur als Bühne des Protestes zu verstehen, sondern auch als Objekt der Kritik und Mittel politischer Artikulation.⁴⁰

Die Bedeutung sozialer Räume als Orte der Subjektivierung und Selbstermächtigung betont *Beppe di Sario* in seiner Untersuchung zu den italienischen Centri Sociali. Mit einem an den Theorien Antonio Gramscis orientierten Blick interpretiert di Sario diese als jugendkulturelle Orte, von denen aus marginalisierte Gruppen auf die Anforderungen der tiefgreifenden Veränderungen der italienischen Gesellschaft seit Ende der 1970er Jahre reagierten. Als gegenhegemoniales Projekt erlaubten die Centri Sociali das Experimentieren mit neuen Formen der Bildung, der (sub)kulturellen Produktion und nicht zuletzt des politischen Aktivismus. Dabei standen sie auch für die asymmetrischen Konflikte, welche sich aus den Herausforderungen der hegemonialen Ordnung durch die Subalterne ergaben. Die Spannung zwischen einem Ort marginalisierter Jugendkultur einerseits und dem Wunsch, nach »Außen« zu wirken, also wie schon im Quartierismo der 1970er Jahre in die Stadtteile, aber eben auch in bestimmte Schichten, Kulturen und Sprachen, zog sich von ihrer Gründung bis zum Anfang der 1990er Jahre, als

geles and Other Real-and-Imagined Places, Cambridge/Oxford 1996; ders.: Seeking Spatial Justice, Minneapolis 2010. Sowohl Harvey als auch Soja wurden dabei vor allem von feministischer Seite scharf kritisiert. Vgl. Doreen Massey: Space, Place and Gender, Cambridge/Oxford 1994, S. 212-248 (Kapitel 10: »Flexible Sexism«).

40 Vgl. dazu auch Reinhild Kreis' Analyse der Proteste um US-amerikanische Militärbasen in Europa im vorliegenden Band.

sich die Centri Sociali vielfältigen Veränderungen ausgesetzt sahen. Die einst so entscheidende Fähigkeit, vielfältige kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten und Identitätsangebote zu schaffen, verlor in dem Maße an Attraktivität, in dem jugendliche Alternativkultur vom Markt bedient wurde. Ein Pyrrhussieg der Bewegung, der durch die Übernahme und Umdeutung zentraler Konzepte durch den Neoliberalismus – Individualismus, Selbstverwirklichung – begünstigt worden war.

Die hier unter dem Begriff des Neoliberalismus subsumierten Politiken macht auch *Molly O'Brien Castro* als Grund für die zahlreichen innerstädtischen Unruhen im Großbritannien der 1980er Jahre aus. Allerdings verdeutlicht die Situation im Vereinigten Königreich auch, wie sehr diese Politiken eben nicht rein ökonomischer Natur waren, sondern von vielfältigen Exklusionen, etwa entlang rassistischer Kategorien, durchzogen waren. Die Politik der 1979 unter Margaret Thatcher an die Macht gekommenen Tories zeichnete sich durch einen extrem wirtschaftsliberalen Kurs aus, der ganze innerstädtische Bezirke dem Verfall preisgab. Viele dieser Stadtviertel wurden dabei von einem erheblichen Anteil nicht-weißer Immigrantinnen und Immigranten bewohnt. Gerade die Kombination einer neoliberalen Politik, die soziale Errungenschaften ab- und den Repressionsapparat ausbaute, mit vorhandenen rassistischen Diskriminierungen war, so O'Brien Castro, für die Vehemenz der immer wiederkehrenden, von Presse und Politik vereinfachend als »race riots« titulierten Ausschreitungen, verantwortlich.

Mediale (Selbst)Repräsentationen

Die Auseinandersetzung mit solchen Fremdzuschreibungen durch die Massenmedien war etwas, das in unterschiedlichem Maße alle Protestbewegungen betraf. Im Falle der als »race riots« bezeichneten sozialen Unruhen in Großbritannien kreiste diese Auseinandersetzung dabei um eine Frage, die sich auch in anderen Bewegungszusammenhängen der 1980er Jahre immer wieder stellte: Sollte man versuchen, die offizielle Darstellung um die eigene bzw. um marginalisierte Sichtweisen zu ergänzen, oder sollte es darum gehen, die dem medialen Produktionsapparat zugrunde liegenden Ideologien zu dekonstruieren?

Am Beispiel des britischen Black Audio Film Collective verdeutlicht *Dagmar Brunow* wie eine solche Dekonstruktion aussehen könnte. In ihrem Film »Handsworth Songs« unternahmen die Filmschaffenden des Kollektivs den Versuch, durch die Verfremdung des Originalmaterials und eine Konzentration auf das scheinbar Unwesentliche, die Stereotypen in der hegemonialen Berichterstattung am Beispiel der »Handsworth Riots« von 1985 offenzulegen. Geschult an den Arbeiten der sich etablierenden Black British Cultural Studies vermied »Handsworth Songs« jeden Versuch, für *die* schwarze Community sprechen zu wollen. Stattdessen, so Brunow, muss der Film auch als mögliche Form alternativer Geschichtsschreibung verstanden werden, die sowohl die Konstruktion einer briti-

schen Geschichte als *weiße* Geschichte untergräbt, als auch das Verständnis von dokumentarischen Bildern als vermeintlich neutrale Abbildung historischer Ereignisse.

Dabei waren Bezugnahmen auf und Abgrenzungen von der Geschichte der Gesellschaft im Allgemeinen oder der »eigenen« Traditionen im Besonderen zahlreich und vielschichtig. Wie jede Geschichtsschreibung waren auch die historischen Bezüge der Protestbewegungen selektiv und dienten primär der Selbstverortung und Legitimierung des Protestes. Dabei standen solche Historisierungen stets in Konkurrenz zu einem auf das Hier und Jetzt gerichteten Aktionismus, der sich an konkreten Projekten entzündete und sich gleichsam als radikalen Bruch – mit der Gesellschaft, aber eben auch mit der Geschichte – verstand. Am Beispiel der Züricher Jugendbewegung um ein Autonomes Jugendzentrum (AJZ) zeigt *Dominique Rudin* zunächst die vielfältigen Geschichtsbezüge der »Bewegig«. Diese dienten der Unterstreichung des eigenen Anliegens, indem frühere Ansätze für ein Jugendhaus (wenn auch mit eher pädagogisch-sittlichen Motiven) in Beziehung zu aktuellen Forderungen gesetzt wurden, oder der Delegitimierung staatlicher Organe, etwa durch fragwürdige Analogien zum Nationalsozialismus. Das Erbe der 68er-Generation wurde ebenso verhandelt wie das Verhältnis zu Neuen Sozialen Bewegungen. Und es wurde, durchaus eklektisch, auf nationale und lokale Spezifika, wie etwa den Tell-Mythos oder Dada rekurriert. Die größte Bedeutung dieser Geschichtsbezüge lag jedoch, so Rudin, in ihrer Medialität. Die Medien der Jugendbewegung, also vor allem Flugblätter, Zeitschriften und Videos, gaben der Bewegung nicht nur eine Plattform zur Selbstvergewisserung, sondern schufen auch eine Kontinuität, die allein durch die Mobilisierung zu Aktionen nicht hätte erreicht werden können. So waren es letztlich weniger die nur schwach ausgeprägten historischen Selbstverortungen als das AJZ selbst – als mediales Versprechen, politisches Ziel, konkreter Ort –, das der Bewegung ein einigendes Moment verlieh.

Während die Massenmedien also mithalfen, die Unruhen der 1980er Jahre als europäisches Phänomen zu schaffen, indem sie unverbundene Ereignisse zueinander in Beziehung setzten – »Jugendkrawalle. Westberlin, Zürich, Amsterdam«– und ihren Anteil trugen an Exotisierung, Rassifizierung und Diffamierung dieser Bewegungen, nutzten Teile der Protestbewegungen neue Technologien zur medialen Selbstrepräsentation. Neben den (semi-)professionellen Filmkollektiven wie dem Black Audio Film Collective, die schon auf eine gewisse Tradition zurückblicken konnten – man denke etwa an Godard's *Groupe Dziga Vertov* –, betraf dies vor allem den neu entstandenen Videoaktivismus. Niedrige Kosten und ein vergleichsweise geringer Aufwand ließen Videoproduktionen neben die klassischen Medien Poster und Flugblätter treten. Diese verloren jedoch keineswegs an Bedeutung, gerade wenn es um die Mobilisierung der Bewegungen ging; all diese Medien halfen bei der identitären Selbstvergewisserung der Bewegungen durch die Konstruktionen eines rebellischen »Wir« und eines gegnerischen »Anderen«.

Die Rolle dieses »Anderen« nahmen dabei besonders häufig die Vereinigten Staaten ein. Ihre Bedeutung als Projektionsfläche linker europäischer Protestbewegungen wird deutlich gemacht in *Reinhild Kreis'* Beitrag zur Amerikakritik innerhalb der bundesdeutschen Linken. Von der Friedensbewegung über die Lateinamerikasolidarität bis zu autonomen und Stadtguerillagruppen – Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten war eine der großen Chiffren, die die sich als links verstehende Protestszene zusammenhielt und immer wieder Bündnisse zwischen den verschiedenen Strömungen erlaubte. Gleichwohl sei eher ein Neben- denn ein Miteinander der verschiedenen amerikakritischen Gruppen zu konstatieren, so Kreis, da sich vor allem an der Gewaltfrage zumeist unüberbrückbare Gegensätze auftaten. Unabhängig von der Frage der Mittel wurde jedoch eine Notwendigkeit des Handelns vorausgesetzt und immer wieder betont. Eine Analyse von Plakaten zeigt, wie sehr die USA als Gegenpol einer als lebendig, dynamisch und nicht zuletzt machtvoll imaginierten umfassenden Protestbewegung konstruiert wurden.

Identitätspolitik und Militanz

Ein schon mehrfach angesprochenes Spezifikum der Protestbewegungen der 1980er Jahre war die Konzentration auf die Reproduktionssphäre als Ort politischer Auseinandersetzungen. »Das Private ist politisch« – das bedeutet für die Geschichtswissenschaft heute, sich diesen Bereich auch analytisch zu erschließen. Die neue Frauenbewegung der 1970er Jahre hatte es etwa geschafft, herkömmliche Geschlechterrollen und -bilder, die gerade auch für »die 68er« noch kennzeichnend gewesen waren, in Frage zu stellen und das Thema Geschlecht auf der Agenda der meisten Protestbewegungen zu verankern. Zwar zog sich die Frage, ob die Konzentration auf persönliche Angelegenheiten nun einen depolitisierenden Rückzug ins Private oder eine Revolutionierung des Alltags darstellte, durch die Geschichte der Frauen- und letztlich der gesamten autonomen Bewegung;⁴¹ es wäre jedoch nicht viel gewonnen, würde man diese Debatte nun post hoc entscheiden wollen. Im Anschluss an theoretische Konzeptionen, die Geschlecht als etwas Fragiles und sozial wie historisch Konstruiertes begreifen, ist vielmehr die Frage zu stellen, welche Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität, von Feminität und Maskulinität aufeinanderprallten und in den Kontext des sozialen Protests gestellt wurden.

Denn während weite Teile der Zweiten Frauenbewegung an biologistischen Konzepten von Geschlecht festhielten und Frauen als empfindlicher und friedfertiger als Männer begriffen, bildeten sich innerhalb des autonomen und antiimperialistischen Spektrums Frauengruppen, die politische Gewalt zu einem Bestandteil

41 Dagmar Herzog: »Pleasure, Sex, and Politics Belong Together: Post-Holocaust Memory and the Sexual Revolution in West Germany«, in: *Critical Inquiry* 24, Nr. 2 (1998), S. 393-444, hier S. 427.

ihres Selbstverständnisses als linksradikale Feministinnen machten. *Patricia Melzer* zeigt anhand von Flugblättern, Stellungnahmen und Artikeln der Hamburger Gruppe »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, wie sich diese Strömung des militanten Feminismus zwischen gewaltfreier autonomer Frauen- und Friedensbewegung einerseits und antiimperialistischen Gruppierungen andererseits verteilte. Dabei wandten sich ihre Protagonistinnen primär an andere Feministinnen, deren fehlende Kritik des Imperialismus/Kapitalismus (und der daraus folgenden eigenen Privilegien) und deren »Rückzug« in Freiräume und die damit einhergehende mangelnde Militanz, die als gleichbedeutend mit Entschlossenheit verstanden wurde, zu Hauptkritikpunkten der »Frauen gegen imperialistischen Krieg« wurden.

Ebenso wie die Geschlechterbeziehungen wurde auch der Bereich des Konsums seit den 1970er Jahren zunehmend politisiert. In einigen Fällen ist die Verbindung zwischen Konsum und Protest offensichtlich, so vor allem, wenn es im Kontext politischen Protestes zu Plünderungen von Konsumgütern kam, etwa im Falle der britischen »race riots«. Ähnliches galt für den organisierten Kaufhausdiebstahl zur Sicherung des Lebensunterhaltes.⁴² Für die Neue Linke waren Plünderungen und Diebstähle jedoch eine äußerst ambivalente Praxis: Als radikale Form des Ungehorsams, der Gesetzesüberschreitung und als Mittel, sich dem Zwang zur Lohnarbeit so weit wie möglich zu entziehen, wurde sie befürwortet und propagiert. Andererseits verstand man Konsumgüter – ob geplündert, gestohlen, oder käuflich erworben – als ein Mittel zur Befriedung der Massen, die so von ihrer systematischen Ausbeutung abgelenkt werden sollten.⁴³ Der symbolträchtigste Ausdruck dieser grundsätzlichen Kritik an der Warengesellschaft war also eher die Zerstörung von Schaufenstern im Rahmen von Demonstrationen, die sogenannte Entglasung, als die sich eventuell anschließende Plünderung. Hierbei zeigte sich jedoch auch die jeweilige Klassenzugehörigkeit der Protestierenden und ob die Plünderungen einer Grundversorgung der Ausgestoßenen dienten und damit dem historischen Phänomen entsprachen, welches Eric Hobsbawm als »social crime« umschrieben hat.⁴⁴

Seit den frühen 1970er Jahren spielten dabei auch internationalistische Aspekte eine größer werdende Rolle: Denn im Verständnis der Linken partizipierte man durch den Kauf bestimmter Produkte an der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt. Der Boykott ebendieser Produkte ermöglichte es, sowohl im Kleinen politisch handlungsfähig zu werden und sich dadurch nicht zuletzt der Richtigkeit der eigenen – politischen, moralischen, stilistischen – Position zu versichern, als auch

42 Vgl. Alexander Sedlmaier: »Konsumkritik und politische Gewalt in der linksalternativen Szene der siebziger Jahre«, in: Reichardt/Siegfried, S. 185-205, hier S. 188 f.

43 So argumentierte beispielsweise schon Ulrike Meinhof anlässlich des Frankfurter Kaufhausbrand-Prozesses: »Warenhausbrandstiftung«, in: Konkret, Nr. 14 (1968), S. 5.

44 Eric Hobsbawm: *Primitive Rebels*, Manchester 1959. Vgl. auch Stuart Hall u. a.: *Policing the Crisis. Mugging, the State and Law and Order*, Houndsmills 1978, S. 186 ff.

aktiv an politischen Auseinandersetzungen in der globalen »Peripherie« teilzuhaben. Die radikale Kritik von Konsum und Warengesellschaft wurde also ergänzt durch die Vorstellung einer »richtigen«, politischen Form des Konsums. Diese beinhaltete sowohl den Verzicht auf bestimmte Produkte, etwa solche aus Südafrika, als auch den Konsum bestimmter Waren, Kulturprodukte und Stile, etwa aus den USA oder Ländern der »Dritten Welt«.

Oft bestimmte gerade das Nebeneinander dieser beiden Aspekte den Charakter einzelner »Protestmilieus« oder »Szenen« und das Wissen um diese Konsumpraktiken über die Zugehörigkeit zu diesen Milieus. So verweist *Mieke Roscher* in ihrem Beitrag zur britischen Tierrechtsbewegung auf den identitätsstiftenden Aspekt des Verzichts auf tierische Produkte, der im Lauf der Jahre zu einem festen Bestandteil linksradikalen Lifestyles auch in kontinentaleuropäischen Bewegungen wurde. Zugleich orientierten sich Gruppen wie die Animal Liberation Front an der Ästhetik vor allem der bundesdeutschen Autonomen. Im Rückgriff auf das Konzept des kulturellen Transfers zeigt Roscher, dass die britische Tierbefreiungsbewegung nicht allein als Radikalisierung des klassischen Tierschutzes zu begreifen ist. Autonome Prinzipien, wie etwa die Betonung direkter (militanter) Aktionen gegenüber parlamentarischer Arbeit oder Organisationsfragen, wurden mit Fragen des Tierschutzes verknüpft. Durch die Verbindung mit Fragen des Lifestyles war es fortan ein Leichtes, zum Aktivisten oder zur Aktivistin zu werden, sofern man sich die entsprechenden kulturellen Codes aneignete. Deren Attraktivität auch für Bewegungen, die dem Thema Tierrechte skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden – Roscher verweist hier auf die Übernahme veganer Ernährung in zahlreichen besetzten Häusern und autonomen Zentren –, zeugt von der Wichtigkeit des Themas Konsum und Lifestyle für ein breiteres Spektrum radikaler Protestbewegungen in ganz Europa. Das Streben nach »Authentizität«, nach einem annähernd richtigen Leben im Falschen, wurde zu einer der Kernstützen der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre.⁴⁵

Transnationale Dimensionen

Die neuere Geschichtsschreibung zu »1968« hat solchen inter- und transnationalen Aspekten, nicht nur im Sinne des Kulturtransfers, große Aufmerksamkeit zukommen lassen.⁴⁶ Auch die vielfältigen Proteste der 1980er Jahre lassen sich unseres Erachtens nur im internationalen Kontext begreifen. Die Bezugnahmen auf nationale Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt«, die Angleichung von Sti-

45 Uta G. Poiger: »Imperialism and Consumption: Two Tropes in West German Radicalism«, in: Schildt/Siegfried, S. 161-172.

46 Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.): 1968 in Europe: A History of Protest and Activism, 1956–1977, Basingstoke 2008; Gerd-Rainer Horn: The Spirit of '68: Rebellion in Western Europe and North America, 1956–1976, Oxford 2007; Carole Fink/Phillipp Gassert/Detlef Junker (Hrsg.): 1968: The World Transformed, Cam-

len und Konsumpraktiken, etwa des Vegetarismus, über europäische Grenzen hinweg, die Übernahme von Diskursen und Aktionsformen, etwa im Bereich der Häuserkämpfe – all dies zeigt die Wichtigkeit, nationalstaatliche Interpretationsrahmen zu verlassen und um eine transnationale Perspektive zu ergänzen. Hierbei spielten neben den schon erwähnten kulturellen Transfers persönliche Kontakte und Kooperationen eine wichtige Rolle. Dies trifft vor allem auf die Frauen- und Friedensbewegung zu, aber auch auf das große Spektrum der »Dritte Welt Solidarität« – und letztlich auch auf diverse bewaffnete Gruppen wie *Rote Armee Fraktion* oder *Action Directe* und ihre Zusammenarbeit untereinander oder etwa mit palästinensischen Gruppen. Bei all dem darf die entscheidende Rolle der Massenmedien nicht unterschätzt werden: Nur durch sie war es den Protagonist_innen möglich, sich selbst als Teil einer globalen Bewegung und eines weltumfassenden Konfliktes zu verstehen.⁴⁷ Die massenmediale Berichterstattung holte nicht nur Konflikte wie jene in Südafrika, Nicaragua oder im Nahen Osten nach Europa, sie setzte auch räumlich zunächst getrennte Bewegungen innerhalb Europas unter dem Stichwort »Jugendunruhen« zueinander in Beziehung. Die internationale politische Situation spielte daher oftmals die Rolle einer Projektionsfläche, auf die eigene Vorstellungen übertragen werden konnten und wurden, sie konnte aber auch zum Ziel- und Ausgangspunkt vielfältiger Austauschprozesse werden.

Diese Prozesse konnten auch durch den »Eisernen Vorhang« nicht aufgehalten werden. Während jedoch der Austausch zwischen ost- und westeuropäischen Protestgruppen 1968 eher durch gegenseitiges Unverständnis geprägt war,⁴⁸ kam es etwa im Bereich der deutschen Friedens-, Frauen- und Umweltbewegungen der 1980er Jahre zu vielfältigen Interaktionen, wie *Kathrin Stern* am Beispiel der »Frauen für den Frieden/Ostberlin« ausführt. Schon bei der Namensgebung hatte man sich an den westdeutschen Frauen für den Frieden orientiert und so das eigene Selbstverständnis als Teil einer globalen (Frauen)Friedensbewegung verdeutlicht. Direkte Kontakte zu westdeutschen Grünen und Friedensgruppen gestalteten sich unter den Bedingungen des SED-Regimes und des Kalten Krieges als schwierig, so dass eher indirekte Kooperationen, etwa durch die Unterzeichnung gemeinsamer Aufrufe, möglich waren. Und als es im Dezember 1983 zu Verhaftungen aufgrund eines Treffens mit einer Aktivistin der britischen European Nuclear Disarmament Campaign (END) gekommen war, bauten die Westberliner Frauen für den Frieden durch eine Mahnwache am Checkpoint Charly in-

bridge 1998; Ingrid Gilcher-Holtey: *Die 68er Bewegung: Deutschland – Westeuropa – USA*, München 2008; Angelika Ebbinghaus/Max Henninger/Marcel van der Linden (Hg.): *1968: Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive*, Leipzig 2009; Jeremi Suri: *Power and Protest: Global Revolution in the Age of Détente*, Cambridge 2003. Eine der wenigen Untersuchungen zu transnationalen Verbindungen zwischen west- und osteuropäischen Protestbewegungen um 1968 findet sich bei Paulina Bren: »1968 East and West. Visions of Political Change and Student Protest from across the Iron Curtain«, in: Gerd-Rainer Horn/Padraig Kenney (Hg.): *Transnational Moments of Change. Europe 1945, 1968, 1989*, Manham 2004, S. 119-135.

47 Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker: »Introduction«, in: Fink/Gassert/Junker, Cambridge 1998, S. 1-27.

48 Vgl. Bren 2004.

ternationalen Druck für ihre Freilassung auf. Nach dem Amtsantritt Michail Gorbatschows steigerten sich die nationalen und internationalen Vernetzungsbemühungen der Frauen für den Frieden/Ostberlin stetig und verstärkten so den gesamteuropäischen Charakter der (Frauen)Friedensbewegung unter den Vorzeichen des Zweiten Kalten Krieges.⁴⁹

Diese Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg war dabei keineswegs selbstverständlich. Gerade für Solidaritätsbewegungen mit Bezug auf die »Dritte Welt« konnte eine direkte Zusammenarbeit einschneidende Veränderungen mit sich bringen, wie *Wouter Goedertier* am Beispiel der belgischen Anti-Apartheidsbewegung deutlich macht. Diese hatte sich im Laufe der 1970er Jahre zunächst in einem europäischen Kontext entwickelt und vor allem an niederländischen Gruppen orientiert. Die Kritik an der Situation in Südafrika war dabei zunächst auch als dezidiert antikapitalistische formuliert worden: Der Kampf gegen die Apartheid sei auch ein Kampf gegen den Imperialismus und daher mit sozialen Kämpfen in Belgien unmittelbar verbunden. Der lange Atem der Anti-Apartheidsbewegung hing allerdings zusehends von staatlichen Fördermitteln ab, so dass systemkritische Töne immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurden. Gleichzeitig führten verstärkte Kontakte zum African National Congress (ANC) dazu, dass die europäischen Solidaritätsgruppen dessen Rhetorik der Menschenrechte übernahmen und radikalere Positionen weiter marginalisiert wurden. Der Verzicht auf antiimperialistische Diktion und militante Aktionen durch die belgischen Aktiven diente so zum Beweis, dass sich auch die Führungsriege des ANC gegen radikale Kräfte in den eigenen Reihen würde durchsetzen können, wenn die internationale Unterstützung nur groß genug wäre. Die Entwicklung belgischer Solidaritätsgruppen wie des Aktiekomitees Zuidelijk Afrika (AKZA) spiegelte dabei, so Goedertier, die Entwicklung des ANC von der Untergrund- zur Regierungspartei wider.

Wie sehr Projektionen und konkrete Beziehungen zwischen internationalen Protestbewegungen und Regierungen immer wieder abgeglichen werden mussten, zeigt auch *Jan Hansen* in seinem Beitrag zur Reaktion des westdeutschen Establishments auf die weltweiten Proteste zu Beginn der 1980er Jahre. Während die westdeutsche Friedensbewegung bis weit ins bürgerliche Lager reichte und zumindest neue Legitimationsstrategien für verteidigungs- und sicherheitspolitische Maßnahmen notwendig machte, dienten Kontakte der SPD zur US-amerikanischen Nuclear Weapons Freeze Campaign eher dazu, Vorwürfen des Anti-Amerikanismus begegnen zu können. Die Verhängung des Kriegsrechts gegen die polnische Solidarność schließlich offenbarte das Dilemma einer an den Eliten der

49 So wurde die Ost-Berliner Gruppe, 1982 von Bärbel Bohley gegründet, zu einer wichtigen Säule der DDR-Opposition. Vernetzungen gab es hier nicht nur in die BRD, sondern auch nach Großbritannien. Vgl. Ulrike Poppe: »Frauen für den Frieden«, in: Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin/München 2000, S. 135-137.

Warschauer-Pakt-Staaten orientierten Entspannungspolitik. Ironischerweise waren es hier eher die Unionsparteien, die sich auf die Seite der Gewerkschaftsbewegung stellten. Die Proteste in Polen führten so letztlich zu einer Neubestimmung der bundesdeutschen Politik gegenüber der Sowjetunion.

Abschließend sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass viele Beiträge in diesem Sammelband gleichzeitig mehrere der hier angeführten Aspekte der Bewegungen der 1980er Jahre behandeln. Die vier Sektionen dieses Bandes verweisen somit auf analytische Schwerpunktsetzungen, sollten aber nicht den Blick für die vielfältigen Überschneidungen etwa zwischen Raumkonstrukten, Medien und Geschlecht verstellen. So nimmt nach Lektüre des Bandes ein (west-)europäisches Gesamtbild der Neuen Sozialen Bewegungen Konturen an, welches in seiner Komplexität mehr umfasst als nur eine Reihe von »single issue«-Bewegungen. Es handelte sich hier um Bewegungen, die eine zuvor unerreichte Breite erfahren hatten und teilweise über bemerkenswerten Rückhalt in der Bevölkerung verfügten. Gleichzeitig vollzog sich seit den 1970er Jahren eine Differenzierung innerhalb der Bewegungen, wie auch innerhalb der Lebenswelten eines alternativen Milieus, welche sich in besetzten Häusern, Frauenkneipen, Landkommunen, esoterischen Zirkeln, migrantischen community centres oder der Punkszene ausdrückte.

Es liegt in der Natur der Sache, dass viele Aspekte keine oder nur unzureichende Erwähnung finden, die zu einem Verständnis des Forschungsgegenstandes gleichwohl unerlässlich wären. Das Thema Migration hat leider nur am Rande Eingang in den Band gefunden, obwohl es für eine Geschichtsschreibung sozialer Kämpfe im Europa des späten 20. Jahrhunderts unverzichtbar ist.

Auch wäre nach einer europäischen Dimension sich wandelnder Arbeitskämpfe zu fragen, wobei hier die Entwicklungen teilweise konträr zueinander standen: So stand die Niederschlagung der englischen Bergarbeiterstreiks 1984/85 beispielsweise dem Kampf des DGB für eine 35-Stunden-Woche gegenüber. Der Streik der polnischen Solidarność stieß dagegen nicht überall auf die Solidarität europäischer Gewerkschaftler_innen.⁵⁰ In Frankreich und Italien verfielen dagegen durch die Prekarisierungen im Automobilsektor die Streikbastionen Peugeot und Fiat⁵¹ – insgesamt zeigt sich der Strukturwandel schließlich in einer Ausweitung der Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Sektor. Trotz insgesamt steigendem Organisationsgrad nahm die Zahl von Arbeitskämpfen in den westeuropäischen Staaten bis Ende der 1980er Jahre kontinuierlich ab.⁵²

50 So beschimpfte der britische Gewerkschaftsführer Arthur Scargill Solidarność als »anti-sozialistische Organisation, die danach strebt, den sozialistischen Staat zu stürzen«. Zit. nach Wolfgang Weber: *Solidarność 1980–1981 und die Perspektive der politischen Revolution*, Essen 1987, S. 110.

51 Peter Birke: »Unruhen und »Territorialisierung«. Überlegungen zu den Arbeitskämpfen der 1968er Jahre«, in: Peter Birke u. a. (Hg.): *Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion*, Berlin 2009, S. 67–86, hier S. 85.

52 Vgl. Bernhard Ebbinghaus und Jelle Visser: »Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im westeuropäischen Vergleich«, in: Stefan Hradil/Stefan Immerfall (Hg.): *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*. Opladen 1997, S. 333–376, hier S. 366 ff.

Die Neue Rechte fehlt völlig, ohne dass damit eine implizite Vorannahme verbunden wäre, nach der soziale Bewegungen immer progressiv und »links« seien. Und schließlich, um nur auf einige Leerstellen hinzuweisen, bleibt die schon erwähnte Frage nach einer Vergleichbarkeit ost- und westeuropäischer Protestbewegungen hier zunächst unbeantwortet.

Doch auch für weitere historische und kulturwissenschaftliche Untersuchungen zu den westeuropäischen Bewegungen der 1980er Jahre hoffen wir mit diesem Band neue Impulse geben zu können. Diese müssten sich beispielsweise, auch methodisch, mit dem prägenden »emanzipativen Pragmatismus« jener Bewegungen auseinandersetzen, welche sich mehr oder weniger explizit von der Theorielastigkeit ihrer Vorgänger_innen von 1968 absetzten. Es griffe dabei zu kurz, die oft und gerade auch von 68ern behauptete »Sprachlosigkeit« der Jugend als Zeichen eines weniger politischen Protestes zu deuten. Aufgabe der Geschichtswissenschaft muss es vielmehr sein, die Weigerung, hergebrachte Politikformen und diskursive Regeln zu akzeptieren, als Ausdruck eines bestimmten Politikverständnisses herauszuarbeiten. Denn die Bewegungen der 1980er Jahre schwiegen ja keineswegs; sie bedienten sich nur einer anderen Sprache oder, allgemeiner, eines anderen Zeichensystems. So wären vermehrt die sozialen Alltagspraxen in den Blick zu nehmen, die sich teilweise jenseits klassenspezifischer Organisationsformen entwickelten.

Gleichzeitig scheint es, dass sich in dieser Zeit eine Theoriebildung von den Bewegungen abkoppelte und sich vor allem im stark ausgebauten akademischen Sektor etablieren konnte, was Nachwirkungen bis in die heutige Zeit zeigt. Wie genau sich das Wechselverhältnis zwischen Protestbewegungen und institutionalisierter Forschung gestaltete – man denke an die Black British Cultural Studies oder an die Frauen- und Geschlechterstudien –, wird noch genauer zu untersuchen sein.

Welchen Einfluss haben die Entwicklungen der 1980er Jahre darüber hinaus für das Politikverständnis von Protestbewegungen des 21. Jahrhunderts? Sind die politischen Praxen, die sich in den 1980er Jahren herausbildeten, immer noch anschlussfähig, nicht nur aufgrund der zeitlichen Nähe, sondern auch im Bezug auf die Hinwendung zu einer Politik der »ersten Person«? Hier ergäbe sich auch die Chance, noch einmal genauer auf den Zusammenhang zwischen Autonomiediskurs und der Durchsetzung neoliberaler Ideologeme zu schauen. Denn auch ob dies allein als Übernahme und Enteignung emanzipatorischer Konzepte gelten muss oder auch als zumindest teilweise erfolgreiche Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse durch die Bewegungen verstanden werden kann, ist eine Frage, die empirisch erst noch genauer zu untersuchen wäre.

Eine breitere Geschichtsschreibung der 1980er Jahre, dieses Nischenjahrzehnts zwischen »Strukturbruch« und »rotem Jahrzehnt« einerseits und der Implosion des Realsozialismus andererseits, steht noch aus. Wir hoffen, dass mit dem vorliegenden Band deutlich wird, wie vielfältig sowohl die Kontinuitäten zu 1968 und

den 1970er Jahren waren, als auch die Brüche, welche die Spezifik der Bewegungen der 1980er Jahre ausmachten. Auch die Wende von 1989 kann nicht ausschließlich als Zäsur und Schlusspunkt in Hinblick auf die Neuen Sozialen Bewegungen gelten. Denn auf lange Sicht üben die in den Protest- und Lebensformen der 1980er Jahre herausgebildeten Strukturmerkmale, mutatis mutandis, auch heute noch (oder wieder?) einen wichtigen Einfluss auf Bewegungen, Politikverständnis und Kritik aus. Aber das ist eine andere Geschichte.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die das Zustandekommen dieses Buches ermöglicht haben. Dieser Dank gilt zunächst den Referentinnen und Referenten der Tagung »»This Town Is Gonna Blow ...« European Protest Movements and Society in the 1980s«, die vom 6. bis 8. Mai 2010 in Bremen stattfand, sowie allen Gästen und Moderator_innen, die diese Konferenz zum erfolgreichen Ausgangspunkt des vorliegenden Buchprojektes werden ließen. Viele der hier versammelten Beiträge gehen auf diese Tagung zurück. Wir danken Myriam Nöding und Dirk Albrecht für die unerlässliche Hilfe bei der Organisation der Konferenz, Sina Schurrer für Teile des Lektorats, Mieke Roscher, Cinzia Rivieri und Frank Engster für die Übersetzungen. Finanzielle Unterstützung erhielten wir von der Universität Bremen, dem Geschichtsdepartment der University of British Columbia, der Heinrich-Böll- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Emotionale Unterstützung kam von unseren WGs und Freund_innen. Last but not least gilt unser Dank Inge Marszolek: für die Mitorganisation der Konferenz, das Vorwort zu diesem Sammelband – und für alles andere.

Bremen/Berlin, im November 2011
Jan-Henrik Friedrichs, Hanno Balz

Zwischen gesellschaftlicher Intervention und radikaler Nischenpolitik. Häuserkämpfe in Berlin und Barcelona am Übergang zur neoliberalen Stadt

Hausbesetzungsbewegungen gehörten zu den wichtigsten sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Ob in Amsterdam, Mailand, Paris, Berlin, Barcelona, London, Kopenhagen oder Zürich – in vielen westeuropäischen Großstädten waren besetzte Häuser und soziale Zentren Knotenpunkte im weiten Netz der sozialen und politischen Bewegungen. Hausbesetzungen waren zwar keine Erfindung dieser Zeit. In der jahrhundertealten Geschichte von städtischen Kämpfen und Armutsbewegungen spielte die Aneignung von Land und Wohnraum immer eine zentrale Rolle. Spätestens in den 1970er Jahren traten aber Besetzungen eines neuen Typs auf, in denen die Aneignung von Räumen verbunden war mit einer darüber hinaus gehenden politischen Mobilisierung und Intervention, mit dem Herstellen von Öffentlichkeit und politischen Bündnissen, der Formulierung von Forderungen und dem Versuch, diese mittels der Besetzung und anderer Aktionen durchzusetzen.

Mit den sogenannten Zürcher Opernhauskrawallen im Mai 1980 und der von ihnen angestoßenen Welle spontaner Jugendrevolten in zahlreichen westeuropäischen Städten weiteten sich die Hausbesetzungsbewegungen insgesamt, wenn auch nicht überall gleichermaßen, aus.¹ Die entscheidenden Veränderungen, die sich auch in ihrem Selbstverständnis und ihren politischen Zielen niederschlugen, gingen aber auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zurück, in denen sie sich bewegten. Die 1980er Jahre waren in fast allen westlichen Ländern eine Zeit des politischen Umbruchs. Die weltweite Wirtschaftskrise von 1973/74 hatte den ökonomischen Aufschwung der Nachkriegszeit endgültig beendet. Die sozialdemokratischen Hegemonie und damit eine gesellschaftlichen Ordnung, die auf dem Wohlstandsversprechen des männlichen Normalarbeitsmodells und des Massenkonsums, der Ausdehnung des Wohlfahrtsstaats und einer damit verbundenen Bürokratisierung weiter Lebensbereiche sowie der korporatistischen Einbindung von Unternehmen und Gewerkschaften beruhte, wurde an allen Enden brüchig.

1 Für einen Überblick vgl. Michael Haller (Hg.): Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft, Hamburg 1981, sowie Christian Schmid: »Wir wollen die ganze Stadt! Die Achtziger Bewegung und die urbane Frage«, in: Heinz Nigg (Hg.): Wir wollen alles, und zwar subito! Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen, Zürich 2001, S. 352-368.

Auf der stadtpolitischen Ebene verlor das Modell der funktional aufgeteilten Stadt und des zentralstaatlich-autoritären Modus ihrer Durchsetzung massiv an Akzeptanz – und die aufkommenden städtischen Bewegungen, darunter die Hausbesetzungsbewegungen, waren daran wesentlich beteiligt. Die Wahlsiege Margaret Thatchers in Großbritannien (1979) und Ronald Reagans in den USA (1981) markierten den Auftakt für die Etablierung einer neuen, neoliberalen Hegemonie, die sich in Form von Privatisierungen, staatlichem Rückzug aus der Stadterneuerung und der kommunalen Daseinsvorsorge sowie der Ausrichtung am globalisierten Standortwettbewerb auch auf der städtischen Ebene niederschlug.

Dieser Umbruch zwischen einer krisenhaften fordistischen gesellschaftlichen Ordnung und einer aufkommenden, aber noch keinesfalls hegemonialen Neoliberalisierung ist der Kontext, in dem sich die städtischen Kämpfe und darunter die Hausbesetzungsbewegungen der 1980er Jahre entfalteten – und der ihre Besonderheit gegenüber vorherigen und nachfolgenden Kämpfen ausmacht.² Am Beispiel der Ende der 1970er bzw. Mitte der 1980er Jahre entstandenen Besetzungsbewegungen in Berlin (I.) und Barcelona (II.) und ihres Einflusses auf die Durchsetzung eines neuen stadtpolitischen Modells möchte ich zeigen, dass ihre Erfolge und ihre Niederlagen vor diesem Hintergrund verstehbar werden (III.): Die Berliner Hausbesetzungsbewegung intervenierte an der Bruchstelle zwischen fordistischer und neoliberaler Stadterneuerung und konnte dabei wichtige Forderungen der städtischen Bewegungen durchsetzen. Dagegen entwickelte sich das *movimiento okupa* Barcelonas, das in seinen Forderungen, seiner Praxis und seinem Selbstverständnis ebenso in den spätfordistischen Kämpfen verwurzelt war, unter den Bedingungen einer bereits stattfindenden Neoliberalisierung der Stadtpolitik. Ihm fehlten so die Ansatzpunkte, über eine – wenn auch erfolgreiche – »radikale Nischenpolitik« hinaus wirksam in die Stadtpolitik einzugreifen.

I.

In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1980 »brannte« Berlin, so wie knapp sieben Monate zuvor Zürich »gebrannt« hatte. Im Anschluss an die schnelle Räumung eines frisch besetzten Hauses am Fraenkelufer 48 im Bezirk Kreuzberg entzündeten sich Straßenschlachten, wie die Stadt sie seit vielen Jahren nicht mehr erlebt hatte.³ Am frühen Abend, kurz nach der Räumung, hatten sich mehr als 100 Menschen auf der Straße versammelt. Als sich das Gerücht verbreitete, die Polizei

2 Zur Einordnung der Berliner Hausbesetzungsbewegung (sowie der Zürcher Jugend- und der Wiener Burggrabenbewegung) als spät- bzw. antifordistische Bewegung vgl. Andreas Suttner: »Beton brennt«. Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er Jahre, Berlin 2011.

3 Zum Ablauf der Auseinandersetzung vgl. Joseph Scheer/Jan Espert: Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei. Alternatives Leben oder Anarchie? Die neue Jugendrevolte am Beispiel der Berliner »Scene«, München 1982, S. 29 ff.

würde versuchen, andere besetzte Häuser am Fraenkelufer oder in der benachbarten Admiralstraße zu räumen, wurden Barrikaden gebaut. Am Kottbusser Tor flogen Steine auf die anrückende Verstärkung – der Startschuss für Auseinandersetzungen, die bis zum frühen Morgen andauerten.

Die sogenannte – und oft verklarte – »Schlacht am Fraenkelufer« ist in vielerlei Hinsicht ein Wendepunkt in der Geschichte der städtischen Bewegungen in Berlin. Gleichwohl kam sie nicht aus dem Nichts. Bereits seit Mitte der 1970er Jahre hatte der Protest gegen die Stadt-, insbesondere gegen die Wohnungspolitik des Berliner Senats zugenommen. Nicht nur in Kreuzberg, auch in Schöneberg, Wedding oder Charlottenburg begannen sich Stadtteilinitiativen gegen die andauernde Wohnungsnot und die städtische Lösungsstrategie der »Kahlschlagsanierung« zu wehren: Seit den 1960er Jahren wurden ganze Straßenzüge mit verfallenden Wohnkasernen aus der Gründerzeit mit staatlichen Mitteln aufgekauft, abgerissen und mit »Sozialwohnungen« neu bebaut.⁴ Die Wohnungsnot löste diese Strategie nicht. »Sozialwohnungen« waren deutlich teurer als es instandgesetzte Altbauten gewesen wären, so dass sie für einen Großteil der Wohnungssuchenden nicht erschwinglich waren. Und das Ausrufen von großflächigen Sanierungsgebieten befeuerte die Immobilienspekulation. Investor_innen kauften Häuser auf, entmieteten sie und ließen sie verfallen, um so kräftig zulasten der öffentlichen Hand zu verdienen.⁵ Darüber hinaus kritisierten Stadtteilgruppen die Zerstörung nicht nur baulicher, sondern auch gewachsener sozialer Strukturen. Statt einer autoritären Planung von oben, die sich am Leitbild der autogerechten, verwaltbaren und ökonomisch-funktionalen Stadt orientierte, forderten sie eine dezentrale, demokratische und gebrauchswertorientierte Stadt- und Wohnungspolitik.⁶

Doch obwohl schon Mitte der 1970er Jahre in oppositionellen Planer_innen-Kreisen ein Umdenken begann und auch schon erste Modellprojekte einer »behutsamen« Planung stattfanden,⁷ bissen sich die Stadtteilgruppen an der Senatspolitik die Zähne aus. Ungeachtet immer größerer und häufigerer Proteste blieb der Senat seiner Linie treu. Angesichts der Aussichtslosigkeit, mittels öffentlicher Proteste

4 Erhart Pfothenauer: »Stadterneuerung – Sanierung«, in: Hartmut Häußermann (Hg.): Großstadt: Soziologische Stichworte, Opladen 2000, S. 247-257.

5 Heide Becker/Jochen Schulz zur Wiesch: Sanierungsfolgen. Eine Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen in Berlin, Stuttgart u. a. 1982.

6 Die in den 1970er Jahren entstandenen städtischen Kämpfe – darunter auch die Besetzungsbewegungen – sind nach der Definition von Manuel Castells den spätfordistischen »städtischen sozialen Bewegungen« zuzuordnen, die er damals überall auf der Welt entstehen sah und die sich dadurch auszeichneten, dass sie »die drei Ziele der Einforderung kollektiven Konsums, der gemeinschaftlichen Kultur und der politischen Selbstverwaltung« gleichermaßen artikulierten und verfolgten. Manuel Castells: »The City and the Grassroots. Eine transkulturelle Theorie städtischer sozialer Bewegungen«, in: An Architektur, Heft 17, 2006 [1983], S. 20.

7 1975 wurde der Block 118 in Charlottenburg zum Modellprojekt für eine »erhaltende und sozialverträgliche Erneuerung«, und 1977 wurden Forderungen nach ähnlichen Maßnahmen im städtebaulichen Wettbewerb »Strategien für Kreuzberg« laut, vgl. Matthias Bernt: Rübergeklappt! Die »Behutsame Stadterneuerung« im Berlin der 90er Jahre, Berlin 2003, S. 42.

und Dialoge mit den Verantwortlichen eine Änderung dieser Politik zu erreichen, begannen sich die Proteste auch in spontanen Sachbeschädigungen und ersten Besetzungen zu entladen.⁸ Die Bürger_innen-Initiative (BI) SO 36, benannt nach dem entsprechenden Postbezirk im Osten Kreuzbergs, war die erste Stadtteilgruppe, die systematisch zum Mittel des zivilen Ungehorsams griff: Im Februar organisierte sie die ersten »Instandbesetzungen«. In zwei Wohnungen in der Görlicher Str. 74 und der Lübbener Str. 3 fingen die Besetzer_innen sofort mit Instandsetzungsarbeiten an, um so auf die spekulationsgetriebene Wohnungsnot und den baulichen Verfall aufmerksam zu machen und gleichzeitig ihre Akzeptanz gegenüber der Nachbarschaft und der städtischen Öffentlichkeit zu erhöhen. Die Strategie war erfolgreich, die betroffene Wohnungsbaugesellschaft versprach, 42 Wohnungen instandzusetzen und neuen Mieter_innen zur Verfügung zu stellen. Das Modell machte Schule, und schon bald griffen nicht nur Stadtteilinitiativen zum Mittel der Besetzung. Vor allem Menschen aus der Alternativbewegung, die nach Räumen für andere Formen des Arbeitens und Zusammenlebens suchten, sahen hier ihre Chance. Bis zu jenem Dezember 1980 waren so bereits 21 Häuser besetzt.⁹

Die zeitliche Nähe zu den Züricher Opernhauskrawallen war kein Zufall. Denn die anbrechende »Revolte '81«¹⁰ wurde nicht nur von der studentisch geprägten Alternativbewegung und der heterogeneren Stadtteilbewegung getragen. In die erste große Berliner Hausbesetzungsbewegung¹¹ floss noch eine dritte Strömung mit ein. Wie in Zürich, in Freiburg, Bremen, später Amsterdam oder auch London war es eine neue Jugendbewegung, die ihrer Wut, Frustration und Perspektivlosigkeit Ausdruck verschaffte, aber auch ihrer Forderung nach selbstbestimmten Räumen für Lebensweisen, die von der bürgerlichen Norm abwichen. Die Jugendlichen waren die gesellschaftliche Gruppe, die ab Ende der 1970er Jahre die Folgen der Wirtschaftskrise am deutlichsten zu spüren bekamen: steigende Arbeitslosigkeit, das Fehlen von Ausbildungsplätzen sowie die Kürzung kommunaler Mittel v. a. in den Bereichen Bildung, Jugendförderung, öffentliche Infrastruktur. Das Gefühl gesellschaftlicher und politischer Enge wurde verstärkt vom Umschlagen einer gesellschaftlichen Liberalisierung in der Zeit der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt (1969–1974) in Repression und Regression unter seinem Nachfolger Helmut Schmidt (1974–1982). Zur schwindenden Aussicht

8 1978 bzw. 1980 sabotierten Anwohner_innen Umbaumaßnahmen am Oranien- bzw. am Mariannenplatz, vgl. Bernd Laurisch: Kein Abriß unter dieser Nummer. 2 Jahre Instandbesetzung in der Cuvrystraße in Berlin-Kreuzberg, Gießen 1981, S. 29. 1977 besetzten Bürger_innen-Initiativen die Alte Feuerwache in der Reichenberger Straße und stoppten damit den geplanten Abriss, vgl. Renate Mulhak: »Der Instandbesetzungskonflikt in Berlin«, in: Peter Grottian/Willfried Nelles (Hg.): Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel u. a. 1983, S. 213 f.

9 Stefan Aust/Sabine Rosenblatt: Hausbesetzer. Wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen, Hamburg 1981, S. 37.

10 Karl M. Michel/Tilman Spengler (Hg.): Kursbuch 65. Der große Bruch – Revolte 81, Berlin 1981.

11 Ich spreche hier von der ersten großen Hausbesetzungswelle, weil es bereits Anfang der 1970er Jahre erste Besetzungen gegeben hatte, darunter das noch heute bestehende Georg-von-Rauch-Haus oder die Besetzungen, mit denen das ebenfalls noch existierende Thommy-Weißbecker-Haus erkämpft wurde.

auf einen ausreichenden Lebensunterhalt und auf individuelle Erfüllung in (Aus)Bildung und Lohnarbeit trat die gemachte kollektive Erfahrung einer Pluralisierung der Lebensentwürfe, die nun an Grenzen stieß. Insbesondere die Jugendkultur differenzierte sich in eine Vielzahl von Subkulturen aus, die von den bürgerlichen Normen abwichen und die nun angesichts der zunehmenden Anforderungen an Anpassungs- und Leistungsbereitschaft, aber auch der fehlenden Orte, an den gesellschaftlichen Rand rückten.

In ihrer Wahrnehmung, innerhalb der politischen Institutionen und im Dialog mit den politisch Verantwortlichen keine Veränderungen durchsetzen zu können, traf sich die neue Jugendbewegung sowohl mit der Stadtteilbewegung (siehe oben) als auch mit der Alternativbewegung. Letztere formierte sich aus der Erfahrung gescheiterter gesellschaftlicher Interventionsversuche in den 1970er Jahren. Der Berliner TUNIX-Kongress 1978 gab den Startschuss zum Rückzug aus der Mehrheitsgesellschaft und zum Aufbau konkreter Projekte alternativer Ökonomien und kollektiver Lebensweisen.¹²

Mit der Stadtteil-, der Alternativ- und der Jugendbewegung kamen so drei, in Zusammensetzung, Aktionsformen und Zielen unterschiedliche Bewegungsströmungen zusammen. Aus ihnen gingen unterschiedliche Typen der Hausbesetzung hervor.¹³ Die ersten Instandbesetzungen waren klassische Fälle einer erhaltenden (*conservational*) Besetzung. Die wohnungs- und mietpolitischen Initiativen sahen in den Besetzungen ein Mittel, die Zerstörung der baulichen und sozialen Strukturen zu verhindern und eine andere Form der Stadterneuerung durchzusetzen. Menschen aus der Alternativbewegung suchten mittels der Besetzungen Räume für neue Wohnformen (*squatting as an alternative housing strategy*) sowie für Betriebe der alternativen Ökonomie und Kultur (*entrepreneurial squatting*) zu finden. Für viele Jugendliche ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz waren Besetzungen eine Möglichkeit, überhaupt eine Wohnung außerhalb ihres Elternhauses zu finden, was als Fall von Besetzungen aus der Not heraus gelten kann (*deprivational squatting*). Und schließlich betrachteten Aktivist_innen aus der radikalen Linken bzw. der entstehenden autonomen Bewegung die Häuser als politischen Einsatz, als Mittel im Kampf für einen gesellschaftlichen Wandel (*political squatting*). Die Vielfalt der Besetzungen und die Breite der Bewegungsströmungen waren eine erste Bedingung für den Erfolg der Berliner Hausbesetzungsbewegung. Und zunächst spielten die Konflikte, die sich zwischen ihnen entwickelten, auch kaum eine Rolle. Im Gegenteil: Die wohnungspolitisch motivierten, eher symbolisch gemeinten Besetzungen waren unmittelbar erfolgreich auch wegen des Konfliktniveaus, das von radikaleren Gruppen errichtet wurde. Und diese profitierten

12 Wolfgang Kraushaar: *Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung*, Frankfurt/M. 1978.

13 Ich greife hier auf eine von Hans Pruijt entworfene Typologie von Hausbesetzungen zurück, vgl. Hans Pruijt: »Okupar in Europa«, in: Ramón Adell Argilés/Miguel Martínez López (Hg.): *¿Dónde están las llaves? El movimiento okupa: prácticas y contextos sociales*, Madrid 2004, S. 37.

wiederum von der politischen »Gärungsarbeit«, die zuvor die institutionen- und verhandlungsorientierte Stadtteilbewegung geleistet hatte.

Eine zweite Bedingung war eben jener gesellschaftliche Bruch, der sich in den beschriebenen, schon länger sichtbaren Rissen der fordistischen Stadtpolitik andeutete. Die »Schlacht am Fraenkelufer« war auch hier der Wendepunkt. In ihr kulminierten die langjährigen stadtpolitischen Proteste, welche die Akzeptanz der Sanierungspolitik und der zentralistisch-autoritären Verwaltung der Stadt nachhaltig untergraben und dagegen ihre Vision des städtischen Lebens gesetzt hatten. Diese Eskalation brachte den darüber hinaus durch einen Korruptionsskandal um den Bauunternehmer Garski geschwächten Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Stobbe (SPD) zu Fall, der Anfang Januar 1981 einem Übergangssenat unter seinem Parteikollegen Hans-Jochen Vogel Platz machte. Dieser Anfang vom Ende der langjährigen sozialdemokratischen Regierung der Stadt läutete auch einen stadtpolitischen Kurswechsel ein. Zunächst nutzten jedoch die Besetzer_innen das daraus entstehende Machtvakuum, um in den darauf folgenden sechs Monaten insgesamt 165 Häuser erfolgreich zu besetzen.¹⁴ Erst die Wahl eines CDU-Senats um den späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Mai 1981 stoppte die Besetzungswelle. Der neue Innensenator Heinrich Lummer (CDU) ließ nicht nur Neubesetzungen konsequent räumen, die Polizei ging auch gegen bereits besetzte Häuser vor. Am 22. September 1981 erreichte die Repression einen traurigen Höhepunkt. Der Tod des Besetzers Klaus-Jürgen Rattay, der bei einer Demonstration gegen die Räumung von acht Häusern vor knüppelnden Polizist_innen über eine Straße flüchtete und dort von einem BVG-Bus zu Tode geschleift wurde, markierte das Ende jenes langen »Sommers der Anarchie«.¹⁵

Diese Wiederherstellung der staatlichen Souveränität war jedoch nicht gleichbedeutend mit der Etablierung eines neuen gesellschaftlichen bzw. stadtpolitischen Leitbildes. Die relative Offenheit der politischen Situation, die die Hausbesetzungsbewegung mit herbeigeführt hatte, war die dritte Bedingung für ihren Erfolg. Auf der einen Seite stand die Infragestellung der bisherigen Stadterneuerungspolitik, aber auch der städtischen Sozial-, Gesundheits- und Kulturpolitik durch Hausbesetzungen, Stadtteilinitiativen, Mieter_innen, oppositionelle Planer_innen, Selbsthilfeinitiativen und Alternativprojekte. Auf der anderen Seite verband sich im CDU-geführten Senat in auch konfliktiver Weise eine an der katholischen Soziallehre geschulte Strömung um den Sozialsenator Ulf Fink, der versuchte, die Selbsthilfeinitiativen für eine Erneuerung des Sozialstaates einzubinden,¹⁶ mit einer wirtschaftsliberalen Strömung, die auf mehr Privatinvestitionen, weniger wohlfahrtsstaatliche Daseinsvorsorge und den Rückzug des Zentral-

14 Ruud Koopmans: Democracy from below. New social movements and the political system in West Germany, Boulder, Col. u. a. 1995, S. 174.

15 AG Grauwacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, 4. Aufl., Berlin 2008, S. 58 ff.

16 Zeugnis seiner Bemühungen ist der von ihm selbst herausgegebene Band: Ulf Fink (Hg.): Keine Angst vor Alternativen. Ein Minister wagt sich in die Szene, Freiburg i. Br. 1983.

staates aus bestimmten politischen Kompetenzen drängte, sowie mit einer konservativ-obrigkeitsstaatlichen Strömung, für die v. a. Lummer stand.¹⁷ Gleichzeitig gewannen im Verwaltungsapparat progressive Expert_innen an Einfluss. Die 1978 als privatwirtschaftliches Unternehmen in öffentlicher Hand gegründete Internationale Bauausstellung (IBA) wurde für diese zu einem Sammelbecken. Und schließlich drängten, auch getragen von der Bewegungsdynamik, die grün-alternativen Listen in die Parlamente; vor allem im Bezirk Kreuzberg, in dem sie mit dem Stadtteilaktivisten Werner Orłowsky ab Juni 1981 den Baustadtrat stellte, war das von Bedeutung.

Auf diese institutionellen Anknüpfungspunkte, die sich aus dieser politisch relativ offenen Situation ergaben, traf eine heterogene Hausbesetzungsbewegung mit unterschiedlichen, zum Teil auch widersprüchlichen Forderungen und Zielen. Doch selbst der zentrale Konflikt, ob die Häuser als gewachsene Strukturen (*conservational squatting*) bzw. als Räume für alternative Lebensformen (*squatting as an alternative housing strategy*) letztlich auch legalisiert werden sollten oder ob sie als politischer Einsatz im Kampf gegen die gesellschaftliche Ordnung als ganze gesehen wurden (*»political« squatting*), konnte auf einen gemeinsamen Grundkonsens zurückgeführt werden: Autonomie, dezentrale Entscheidungsfindung und eine anti-staatliche Grundhaltung waren sowohl für die Besetzer_innen aus dem Spektrum der Alternativbewegung und für die in Puijts missverständlicher Formulierung »politischen« Besetzer_innen¹⁸ zentrale Prinzipien, als auch für die Stadtteilinitiativen, die gegen eine Stadtplanung von oben rebellierten und Beteiligung und Mitentscheidung der Betroffenen einforderten. Selbstverwaltung und Selbsthilfe standen als Prinzipien gegen von oben gewährte und von Expert_innen umgesetzte wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen.

Der CDU-Senat reagierte auf diese politische Gemengelage mit einer Strategie der selektiven Einbindung bestimmter Bewegungsteile und der repressiven Marginalisierung anderer. Diese Strategie machte zwei Konfliktlinien auf: Zum einen die Unterscheidung zwischen »nützlichen«, problemlösungsorientierten Forderungen und Initiativen einerseits und »schädlichen«, auf einen grundsätzlichen Wandel abzielenden Forderungen andererseits. In die erste Kategorie fielen die wohnungspolitischen Forderungen, die von neuen Verhandlungsgremien auf Kreuzberger Stadtteilebene sowie von der Altbau-Sektion der IBA und dem in ihrem Rahmen entwickelten Konzept der »behutsamen Stadterneuerung« aufgegriffen wurde.¹⁹ Begünstigt wurden aber auch die Selbsthilfeinitiativen aus dem

17 Zur Modernisierung des politischen Konservatismus im Allgemeinen und der bundesdeutschen CDU im Besonderen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre vgl. Thomas Kreuder/Hanno Loewy (Hg.): Konservatismus in der Strukturkrise, Frankfurt/M. 1987, dabei insbesondere den Aufsatz von Peter J. Grafe: »Skizze über die »moderne« CDU«, S. 285-300.

18 Die Bezeichnung ist missverständlich, weil auch alle anderen genannten Typen von Besetzungen einen deziert politischen Charakter hatten. Da jede andere Bezeichnung aber ebenso vieldeutig und vereinseitigend wäre, halte ich an der Bezeichnung »politische« Besetzungen in Puijts Sinne fest.

19 Bernt, S. 52 ff.

Spektrum der Alternativbewegung, die für ihre Arbeit im Sozial-, Kultur-, Gesundheits- und im Stadterneuerungsbereich staatliche Subventionen erhielten. Die andere Konfliktlinie knüpfte an den innerhalb der Hausbesetzungsbewegung von Beginn an vorhandenen und bereits angedeuteten Konflikt zwischen »Verhandler_innen« und »Nicht-Verhandler_innen« an. Hatten diese in den ersten Monaten noch zusammengearbeitet und sich gegenüber dem SPD-Übergangssenat auf ein Verhandlungsangebot geeinigt, das alle bis dahin besetzten Häuser umfassen sollte,²⁰ so brach der Konflikt angesichts der zwischen Legalisierung und Repression schwankenden Politik des CDU-Senats offen aus. Die – um an die oben eingeführte Typologie anzuknüpfen – »erhaltenden«, »unternehmerischen« und die Besetzungen für neue, selbstbestimmte Wohnformen (*alternative housing*) richteten ihre Bemühungen tendenziell auf eine schnelle Legalisierung. Die »Besetzer_innen aus der Not heraus« (*deprivational squatting*) – also vor allem die arbeits- und ausbildungslosen Jugendlichen – waren hingegen kaum zur Aufnahme und Vorbereitung der komplexen, einen bestimmten Habitus und Fachwissen erfordernden Verhandlungen in der Lage, und die »politischen« Besetzer_innen waren dazu nicht bereit. In den Jahren 1981 bis 1984 konnten die erstgenannten Gruppen so Verträge unterschiedlicher Art für ihre Häuser aushandeln, während die Häuser der letztgenannten Gruppen in den meisten Fällen geräumt wurden.²¹ In Zahlen waren das 105 legalisierte und 65 geräumte Häuser.²²

Die Legalisierung von ca. zwei Drittel der bis zum Sommer 1981 besetzten Häuser war zweifellos ein Erfolg, der nicht nur in der Absicherung der jeweiligen Wohnprojekte bestand, sondern auch in der Herausbildung einer alternativen Infrastruktur aus politischen und subkulturellen Veranstaltungsräumen, alternativ-ökonomischen Betrieben, Naturkostläden, Konsum-Kooperativen, Frauenzentren usw. Ein zweiter, mindestens ebenso wichtiger Erfolg war die Durchsetzung eines progressiven Stadterneuerungsmodells, das anstelle der zentralstaatlichen Abriss- und Neubaupolitik ein Modell der dreifachen »Behutsamkeit« etablierte: *baulich*, indem es den Erhalt und die Instandsetzung bestehender Gebäude und städtischer Strukturen in den Mittelpunkt stellte, *sozial*, indem es die soziale Zusammensetzung der jeweiligen Viertel bewahren wollte, und *politisch-planerisch*, weil es auf einer umfassenden Beteiligung der Bewohner_innen beruhte.²³ Die Legalisierungen und das »behutsame« Vorgehen in der Stadterneuerung verwirklichten wesentliche Forderungen der Hausbesetzungsbewegung, die damit auf die Ausgestaltung der »nach-fordistischen« Stadtpolitik in den 1980er Jahren entscheidend

20 Scheer/Espert, S. 55.

21 Eine detaillierte Darstellung findet sich bei Andrej Holm/Armin Kuhn: »Squatting and Urban Renewal in Berlin. The interaction of squatter movements and strategies of urban restructuring«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 35. Jg., H. 3, 2011, S. 644-658.

22 Koopmans, S. 178.

23 Andrej Holm/Armin Kuhn: »Häuserkampf und Stadterneuerung«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 3/2010, S. 110.

Einfluss nahmen. Zugeständnisse »von oben« gab es allerdings nur gegen Abstriche »von unten«: Die behutsame Stadterneuerung erstreckte sich fast ausschließlich auf Kreuzberg und war im Rest der Stadt politisch-praktisches »Schmiermittel« und symbolpolitisches Feigenblatt für eine Fortführung der Abriss- und Neubau-Politik – nun unter dem Vorzeichen wohnungspolitischer Liberalisierung – sowie einer Abkehr vom »sozialen Wohnungsbau«. ²⁴ Die Beteiligungsmechanismen wurden nicht rechtlich abgesichert, sondern bewegten sich im Rahmen von Runden Tischen oder der privatwirtschaftlich organisierten und 1987 beendeten IBA.

Nach dem Wegfall dieses Rahmens und mit der veränderten stadt- und wohnungspolitischen Situation nach dem Fall der Mauer erwiesen sich die Instrumente der behutsamen Stadterneuerung als anschlussfähig für eine neoliberalisierte Stadtpolitik: Die Dezentralisierung der Stadtpolitik und ihre Öffnung gegenüber nichtstaatlichen Akteuren mündete in einen weitgehenden Rückzug des Lokalstaats aus der wohnungspolitischen Regulierung und Förderung. ²⁵ Die im Rahmen der behutsamen Stadterneuerung institutionalisierte Beteiligung von Mieter_innen und von Sanierungsmaßnahmen Betroffenen dienten nun dem Management der Konflikte, die durch eine Investitionen und Standortwettbewerb orientierten Stadterneuerungspolitik aufgeworfen wurden. ²⁶ Und der progressive, auf Selbstbestimmung, demokratischer Beteiligung, sozialer Ausgewogenheit und den Abbau autoritärer Staatlichkeit abhebende Diskurs der behutsamen Stadterneuerung diente als »ideologisches ›Bindemittel«, das widerstrebende Interessen innerhalb des bestehenden Regimes zusammenhielt« ²⁷ und die Neoliberalisierungspolitik gegenüber den Betroffenen rechtfertigte. Kurz, im Modell der »behutsamen Stadterneuerung« waren bereits Prinzipien erkennbar, die mit der Neoliberalisierung der Stadtpolitik ab den 1990er Jahren zur Grundlage lokalstaatlichen Handelns wurden: Der Übergang vom steuernden zum aktivierenden Staat und die Privatisierung staatlicher Aufgaben – auch unter Einbeziehung von Bewegungsakteuren; die Haushaltsdisziplin als zentrale politische Norm; die Ablösung einer substanziellen Stadtplanung durch eine an ökonomischen und ästhetischen (und nicht sozialen) Gesichtspunkten orientierten Stadterneuerung; die tendenzielle Orientierung an Eigentümer_innen- und Mittelklassen-Interessen; sowie die Flankierung des staatlichen Rückzugs aus Stadterneuerung und Wohnungspolitik durch polizeiliche Repression und Kontrolle. Die Hausbesetzungsbewegung selbst zahlte für ihre Erfolge – die nur die Erfolge *eines Teils* der

24 Renate Borst: »Mietenpolitik und Stadtpolitik. Thesen«, in: dies. u. a. (Hg.): Mietropolis. Mietpreisbindung und Stadtpolitik, Berlin 1986, S. 153.

25 Bernt, S. 237.

26 Ebd., S. 126 ff. sowie Hartmut Häußermann/Andrej Holm/Daniela Zuner: Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg, Opladen 2002, S. 221 und Andrej Holm: Die Restrukturierung des Raumes. Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin: Interessen und Machtverhältnisse, Bielefeld 2006, S. 315 ff.

27 Bernt, S. 253.

Hausbesetzungsbewegung waren – vor allem den Preis ihrer schnellen Demobilisierung. Ab 1984, dem Jahr der letzten Legalisierung und der letzten Räumung, kam sie bis zur 1989 im Ostteil der Stadt einsetzenden zweiten Welle praktisch zum Erliegen.

II.

Zeitgleich mit dem vorläufigen Ende der Hausbesetzungen in Berlin nahm in Barcelona die Geschichte einer der größten und dauerhaftesten Besetzungsbewegungen Europas ihren Anfang: Am Abend des 7. Dezember 1984 stieg eine Gruppe Jugendlicher in ein leerstehendes Haus in der Straße Torrent de l’Olla im »alternativ« geprägten Bezirk Gràcia ein. Während Unterstützer_innen aus der Nachbarschaft begannen, die Fassade lila zu streichen, richteten sich die Besetzer_innen drinnen auf ihre erste Übernachtung ein. Doch dazu sollte es nicht kommen. Der Spuk hatte nicht ganz drei Stunden gedauert, als die Bereitschaftspolizei die Jugendlichen abführte.²⁸

Mit dieser Aktion betrat das *movimiento okupa* die politische Bühne Barcelonas. Eine kleine Gruppe jugendlicher Aktivist_innen, die sich *col·lectiu squat* (Besetzungskollektiv) nannte, hatte die Besetzung vorbereitet. In ihrem Manifest richteten sie sich gegen die »Konsumgesellschaft«, in der »die Lebensnotwendigkeiten ein Luxus sind, für den wir bezahlen müssen«. Die »leerstehenden Häuser sind nicht für künftige Nachbarn, sondern ein Geschäft der Spekulanten. [...] Angesichts dieser stressigen Realität fehlender Lebensräume und der Verwaltung unserer Zeit durch das System« formulieren sie eine Reihe von Forderungen, u. a. nach kostenlosem Wohnen, selbstverwalteten Orten, nach öffentlichen Räumen. Sie weigerten sich, sich in das »Spiel der Stadtverwaltung und anderer Institutionen des Systems« einzugliedern, und schlossen mit der ambitionierten Ankündigung: »Wir sind hier, um in Barcelona eine Besetzungsbewegung zu gründen.«²⁹

Die ersten Besetzungen in den Jahren 1984/85 gingen aus einer vom Punk und von anarchistischen Ideen beeinflussten Jugendkultur hervor. Auch sie lassen sich in die bereits beschriebene Jugendbewegung einordnen, die in ganz Westeuropa gegen ihre Perspektivlosigkeit und gegen das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum sowie nichtkommerzieller, selbstbestimmter Orte in den Städten rebellierte. Aus dem Manifest sind die Ziele und Prinzipien bereits angedeutet, die bis Ende der 1990er Jahre den kaum angefochtenen Konsens der Besetzungsbewegung darstellten: Besetzungen als Mittel zur Aneignung nicht-kommerzieller Orte, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Häuser, Ablehnung jeglicher Verhandlungen mit staatlichen Institutionen oder einer Legalisierung, das Selbstverständnis

28 Francisco de Paula Fernández Gómez: *Okupació a Catalunya 1984-2009*, Barcelona 2010, S. 58 f.

29 Ebd., S. 63.

einer gegen die kapitalistische Mehrheitsgesellschaft gerichteten Gegenöffentlichkeit, die zwar die Unterstützung von Nachbar_innen und Stadtteilinitiativen sucht, ihre politische Perspektive aber in der Selbstemanzipation und der Zusammenarbeit mit anderen radikalen Bewegungen sieht.³⁰

Das *col·lectiu squat* und andere Gruppen, die ihm nach dessen Auflösung 1985 in Barcelona, aber auch in anderen spanischen Städten nachfolgten, orientierten sich an den Besetzungsbewegungen der Niederlande, der BRD und Italiens. Und sie knüpften an lokale Traditionen der anarchistischen Bewegung sowie Erfahrungen der Selbstverwaltung in den *Ateneus* – soziokulturelle Zentren mit dem Ziel einer Wiederaneignung der Popularkultur in der Tradition der Arbeiter_innen- und anarchistischen Bewegungen – und den Stadtteilzentren der Nachbarschaftsassoziationen an.³¹ Ihre radikal gegengesellschaftliche und antistaatliche Haltung wird aber erst angesichts der politischen Bedingungen verständlich, unter denen sie agierte.

Die Bewegung in Barcelona trat zu einem historisch späteren Zeitpunkt auf als andere westeuropäische Hausbesetzungsbewegungen, die Teil urbaner Bewegungen gegen die fordistische Zurichtung des städtischen Lebens waren. Diese Kämpfe führte in Barcelona (und in anderen spanischen Städten) die Nachbarschaftsbewegung, die Ende der 1960er Jahre in Initiativen gegen die katastrophale Wohnsituation in den hastig um Barcelona herum errichteten Trabantenstädten ihren Anfang nahm. Die *associacions de veïns* (Nachbarschaftsassoziationen), die sich im Laufe der 1970er Jahre gegen massive Repression in fast allen Städten und Stadtteilen des Großraums Barcelona gründeten, entwickelten sich aus einem Selbsthilfeansatz heraus zu Zentren der Kritik an der franquistischen Diktatur im Allgemeinen und ihrer Stadtpolitik im Besonderen.³² Diese unterschied sich kaum von der fordistischen Stadtpolitik, die in den parlamentarischen Demokratien Westeuropas verfolgt wurde: Die Stadtplanung orientierte sich am Grundsatz der funktional nach Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und (Auto-)Verkehr aufgeteilten Stadt – wobei Wohnen und Industrie an die Stadtränder verlegt wurde und die Innenstadt der administrativen und kommerziellen Nutzung vorbehalten sein sollte. Daraus resultierte eine abriß- und neubauorientierte Wohnungspolitik, begleitet von massiver Bodenspekulation, die zu einem – größtenteils aus öffentlichen Mitteln finanzierten – »sozialen Wohnungsbau« minimalen Standards in Ausstattung und infrastruktureller Erschließung führte. Die Stadtplanung war zentralstaat-

30 Miguel Martínez López: *Okupaciones de viviendas y de centros sociales. Autogestión, contracultura y conflictos urbanos*, Barcelona 2002, S. 180 ff. Gegenüber der Konzentration auf die gegenkulturelle Selbstbestimmung rückten die im Legitimationsdiskurs der Besetzungsbewegung präsenste Kritik an Wohnraum-spekulation und Stadtumstrukturierung in den Hintergrund, vgl. Iván Miró i Acedo: »Dibujando nuevas, rápidas figuras«, in: Pedro Ibarra/Elena Grau (Hg.): *La red en la ciudad*, Barcelona 2008, S. 90.

31 Martínez López, S. 147 ff.

32 Ricard Martínez i Muntada: »El moviment veïnal en el tardofranquisme i la transició: conflicte, identitat obrera i valors alternatius«, in: Enric Prat (Hg.): *Els moviments socials a la Catalunya contemporània*, 2004, S. 71-91.

lich-autoritär organisiert und von technokratischen Planer_innen ausgeführt, ohne jegliche Einbeziehung oder gar Mitbestimmung der Betroffenen.³³

Noch zu Lebzeiten Francos, der im November 1975 starb und sein Regime kurz darauf mit ins Grab nahm, erwirkte die Nachbarschaftsbewegung mittels Unterschriftenaktionen, Massendemonstrationen, Blockaden und vereinzelt, eher symbolischen Besetzungen die Entwicklung eines neuen städtebaulichen Rahmenplans (*Plan General Metropolitano*), in dem wesentliche ihrer Forderungen aufgenommen wurden.³⁴ Oppositionelle Planer_innen, die in der Stadtverwaltung und vor allem an der Universität beschäftigt waren, wirkten an dessen Ausarbeitung mit. Die 1979 aus den ersten repräsentativ-demokratischen Kommunalwahlen hervorgegangenen Mitte-Links-Regierung entwarf daran anschließend das progressive Leitbild eines »Modell Barcelona«, das alle wichtigen gesellschaftlichen Kräfte konsensual einbinden sollte, und innerhalb dessen zentrale Bewegungsforderungen in konkrete stadtpolitische und städtebauliche Maßnahmen umgesetzt wurden. Öffentliche Parks und Plätze wurden ausgebaut, die Stadtverwaltung dezentralisiert und neu geordnet sowie neue Beteiligungsverfahren entwickelt. Neben den Forderungen und führenden Köpfen der Nachbarschaftsbewegung vereinnahmte sie auch die Nachbarschaftsassoziationen in staatlich finanzierten Stadtteilzentren. So brach die Bewegung als außerparlamentarisches Korrektiv kurz nach den Wahlen in sich zusammen. Gleichzeitig erschöpfte sich der Diskurs einer sozial gerechten Stadtentwicklung weitgehend in Symbolpolitik. Weder nahm sich die Stadtverwaltung der desolaten Zustände in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus an,³⁵ noch löste sie die Beteiligungsversprechen ein.³⁶ So erscheint das progressive »Modell Barcelona« im Rückblick als symbolpolitische Grundlage für eine Neoliberalisierung der Stadtpolitik, die Mitte der 1980er Jahre mit einem massiven Umstrukturierungsprogramm in der Innenstadt in Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 1992 begann, begleitet von den Folgen einer fast vollständigen Liberalisierung des Wohnungsmarktes auf nationalstaatlicher Ebene.³⁷

33 Jürgen Bähr/Paul Gans: »Barcelona. Entwicklungsphasen und gegenwärtige Struktur der katalonischen Metropole«, in: Geographische Rundschau, 38. Jg., H. 1, 1986, S. 9-18.

34 Dazu gehörten v. a. die Abkehr vom Leitbild des territorialen Wachstum und der funktionalen Aufteilung der Stadt sowie die Aufnahme konkreter Aktionsprogramme gegen die mangelhafte öffentliche Infrastruktur, vgl. Gerhard Held: »Barcelona, doppelte Stadt«, in: Ursula von Petz/Klaus M. Schmals (Hg.): Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung, Dortmund 1992, S. 260.

35 Thomas Lussi: »Stadterneuerung in Barcelona«, in: Harald Bodenschatz u. a. (Hg.): Stadterneuerung im Umbruch, Berlin 1994, S. 167.

36 Mari Paz Balibrea: »Urbanism, culture and the post-industrial city: challenging the »Barcelona Model«, in: Tim Marshall (Hg.): Transforming Barcelona, London, New York 2004, S. 209.

37 Die Neoliberalisierung der Stadt Barcelona verlief ungleich schneller als die vergleichbare Entwicklung in Berlin, nicht nur infolge der Olympischen Spiele, sondern auch eines die gesamte spanische Wirtschaft der 1990er und 2000er Jahre prägenden Immobilienbooms. Davon abgesehen, basierte die Stadtpolitik auf den gleichen Prinzipien, wie ich sie oben für das Berlin seit den 1990er Jahren erläutert habe. Und auch die Stadtverwaltung Barcelonas konnte auf den Fundus eines progressiven Stadterneuerungsmodells zurückgreifen, dessen Diskurs und Instrumente für eine Neoliberalisierung anschlussfähig waren. Vgl. Manuel Delgado: La ciudad mentirosa. Fraude y miseria del »modelo Barcelona«, Madrid 2007.

So agierte auch die Besetzungsbewegung Barcelonas an der Bruchstelle zwischen einer delegitimierte fordistischen Stadtpolitik und ihrer beginnenden Neoliberalisierung. Anders als in Berlin hatte sich zum Zeitpunkt ihres Auftretens das politische Gelegenheitsfenster aber bereits geschlossen. Gleichzeitig transportierte das radikal-antagonistische Selbstverständnis des *movimiento okupa* die Erfahrung einer weitreichenden Vereinnahmung städtischer Bewegungen, die ein progressives Intermezzo in der Stadtpolitik erkämpft hatten, das dann mit der neoliberalen Wende ihres sozialen und demokratischen Gehaltes entledigt wurde. Die Forderungen nach einer Stadtpolitik, die öffentliche Räume, erschwingliche Wohnungen, nichtkommerzielle Orte und demokratische Mitbestimmung und Selbstverwaltung ermöglichen sollte, prallten nun am Konsens-Diskurs des »Modell Barcelona« ab, blieben aber gleichwohl virulent. Es war die Hausbesetzungsbewegung, die diese Forderungen in eine Art radikale Nischenpolitik überführte, und damit Möglichkeitsräume für eine szenebegogene Politik der Aneignung von Orten für gelebte Alternativen öffnete.

Im Laufe der 1980er Jahre besetzten die *okupas* in kleinen Schritten, aber stetig diese Nische. Dabei wurden sie begünstigt von einer legalen Grauzone, die zwar nicht zur Duldung von Besetzungen führte, wie dies z. B. bei länger leerstehenden Gebäuden in den Niederlanden der Fall war, die Besetzer_innen aber vor einer strafrechtlichen Verfolgung bewahrte.³⁸ Im Kontext einer relativen Schwäche sozialer Bewegungen infolge ihrer institutionellen Einbeziehung durch die Stadtverwaltung begann so eine wachsende Zahl kleinerer autonomer Gruppen³⁹ damit, zunächst Wohnungen und Wohnhäuser nach »deutschem Modell«, ab Ende der 1980er Jahre auch größere Soziale Zentren nach italienischem Vorbild zu besetzen.⁴⁰ Im Vergleich zu den zahlreichen schnellen Räumungen waren nur wenige Besetzungen erfolgreich. Dazu gehörten das 1987 besetzte *Ateneu Alternatiu i Libertari* in Sants oder die zwei Jahre später besetzte und bis heute bestehende *Kasa de la Muntanya* in Gràcia. Diese wurden schnell zu Zentren für andere entstehende radikale Bewegungen wie die Mobilisierung gegen die Wehrpflicht, für ökologische oder antifaschistische Gruppen.⁴¹

Mit den ersten länger bestehenden besetzten Zentren stellten einige Gruppen die Frage, wie sie das »Ghetto verlassen« (*sortir del gueto*) könnten, das sie sich einerseits selbst geschaffen hatten und in das sie andererseits vom Diskurs der

38 Jaume Asens: »La criminalización del movimiento okupa«, in: Asamblea de Okupas de Terrasa (Hg.): Okupación, Represión y Movimientos Sociales, Madrid 2000, S. 57-80.

39 »Autonom« sollte hier nicht als politische Einordnung, sondern im wörtlichen Sinne, d. h. selbstbestimmt und unabhängig von anderen politischen Gruppen und Institutionen verstanden werden. Dennoch gibt es in Zielen, Organisationsweise und subkulturellem Stil zahlreiche Ähnlichkeiten mit den Autonomen in der BRD.

40 Vgl. Tomás Herreros i Sala: »Movimiento de las okupaciones y movimientos sociales: elementos de análisis para el caso de Cataluña«, in: Ramón Adell Argilés/Miguel Martínez López (Hg.): ¿Dónde están las llaves? El movimiento okupa: prácticas y contextos sociales, Madrid 2004, S. 138.

41 Ders.: »El moviment de les okupacions – La revifalla dels moviments socials«, in: Eric Prat (Hg.): Els moviments socials a la Catalunya contemporània, Barcelona 2004, S. 217-240.

Stadtverwaltung und medialen Berichterstattung gedrängt wurden. Diese nahmen sie nicht als politische Bewegungen ernst, sondern disqualifizierten die *okupas* zu einem »*tribu urbana*« (urbane Stammesgemeinschaft) und stellten sie damit an die Seite jugendlicher Kleinkrimineller oder Drogensüchtiger.⁴² Es dauerte bis zur Mobilisierung gegen die strafrechtliche Kriminalisierung des Besetzens Mitte der 1990er Jahre, die ihren Höhepunkt 1996 in der öffentlichkeitswirksamen Besetzung des *Cine Princesa* fand, dass die mediale Kälte gegenüber der Besetzungsbewegung aufbrach und sich auch Intellektuelle und Nachbarschaftsinitiativen und z. T. linke politische Parteien auf die Besetzer_innen bezogen. Doch auch in dieser postolympischen Phase, geprägt von der abnehmenden öffentlichen Euphorie, dem übriggebliebenen städtischen Schuldenberg und weiter steigenden Mieten infolge einer privatwirtschaftlich ausgerichteten Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik gelang es der Bewegung nicht, über ihre Existenz hinaus der neoliberalen Stadtpolitik etwas entgegenzusetzen. Erst einige Jahre später entstanden neue Besetzer_innen-Kollektive, die im Kontext einer neuen Antikriegs- und der globalisierungskritischen Bewegung sowie einer beschleunigten Stadtumstrukturierung und Immobilienspekulation die bekannten Wege der 1980er-Jahre-Bewegung verließen.⁴³

III.

1984 kam in Berlin eine Hausbesetzungsbewegung zum Erliegen, die in den wenigen Jahren ihrer Existenz die Stadt unumkehrbar verändert hatte. Im gleichen Jahr besetzte in Barcelona eine erste autonome Kleingruppe leerstehende Häuser mit dem Ziel, in ihrer Stadt etwas Ähnliches zu schaffen. Dass der Beginn der einen und das Ende der anderen Bewegung nur wenige Monate auseinander lagen, ist Zufall. Der Zeitpunkt verweist bei aller Unterschiedlichkeit aber auf einen gemeinsamen Kontext: ihr Auftreten an der Bruchstelle zwischen einer entzauberten fordistischen Stadtpolitik und dem Entstehen eines neuen, neoliberalen stadtpolitischen Regimes.

Nachdem es in beiden Städten in den 1970er Jahren massive städtische Bewegungen gegen die fordistische Stadtpolitik gegeben hatte, entschied sich in den frühen 1980er Jahren, was auf das am Boden liegende Modell der »funktionalen Stadt« folgen sollte. Die Berliner Hausbesetzungsbewegung konnte wichtige Erfolge erzielen, weil sie genau an jener Bruchstelle intervenierte, weil hinter ihren

42 Fernández Gómez, S. 22.

43 Dazu gehören die in der Assemblée del Barri de Sants versammelten Projekte sowie die Sozialen Zentren Miles de Viviendas oder Can Masdeu. Und der Kampf um den sogenannten Forat de la Vergonya oder die Nachbarschaftsinitiative La Hostia gegen Aufwertung und Verdrängung im Stadtteil Barceloneta sind konkrete Beispiele einer gemeinsamen Organisierung von Besetzer_innen und Anwohner_innen. Vgl. Miro i Acedo, S. 81-94.

Interventionen ein breites gesellschaftliches Bündnis stand, das nicht leicht zu marginalisieren oder zu unterdrücken war, und weil ihre politischen Ideen, Ziele und Handlungsformen Gemeinsamkeiten mit in anderen gesellschaftlichen Kreisen (linke Technokratie, neoliberal-konservative Kräfte) erarbeiteten Alternativen aufwies. Erfolge allerdings um den Preis einer repressiven Marginalisierung v. a. der revoltierenden Jugendlichen und der entstehenden Autonomen sowie einer schnellen Demobilisierung der Bewegung.

In Barcelona entstand die Hausbesetzungsbewegung erst, als die zentralen Weichen im Umbruch zu Neoliberalisierung der Stadt bereits gestellt waren. Die entscheidenden spätfordistischen Kämpfe gingen den Hausbesetzungen voraus, und die während der *transición* an die Macht gekommene Mitte-Links-Koalition war so bereits dem Druck ausgesetzt, zumindest auf einige der Forderungen nach Dezentralität, Demokratisierung und – im Bezug auf die Stadtpolitik – nach einem Ende der Politik funktionaler Entmischung und einem Ausbau öffentlicher Infrastruktur einzugehen. Mitte der 1980er Jahre begann die Stadtverwaltung jedoch, das progressive »Modell Barcelona« in ein neoliberales zu überführen. Die genau in dieser Umbruchsituation entstehende Hausbesetzungsbewegung nahm die unerfüllten Versprechen des »Modell Barcelona« auf und radikalisierte sie. Zwar sollte das *movimiento okupa* erst ab Mitte der 1990er Jahren zu einer der größten Besetzungsbewegung in Europa heranwachsen, für ihre Ziele, Grundsätze, Organisations- und Aktionsformen jedoch waren die Entstehungsjahre prägend und damit auch die symbolischen Ausdrucks- und Handlungsformen westeuropäischer Vorbilder, die noch im Kontext vorneoliberaler Bedingungen agierten.

Die Besetzungsbewegung in Barcelona geriet damit in die paradoxe Situation – und ist darin mit der 1989 entstehenden zweiten Welle der Berliner Hausbesetzungsbewegung vergleichbar –, unter den Bedingungen einer beginnenden Neoliberalisierung der Stadt Ziele zu artikulieren und in einer Weise zu agieren und sich zu organisieren, die ihre Wurzeln in Kämpfen gegen die fordistische Stadt hatten. Ähnlich wie die Stadelteil- und die Nachbarschaftsbewegung, wenn auch in radikalierter Form, setzten sie Selbstverwaltung, Horizontalität und Dezentralität gegen eine zentralistisch-autoritäre Stadtplanung von oben; den Erhalt bestehender baulicher und sozialer Strukturen gegen die Abriss- und Neubauleugik der Stadterneuerung; Vielfalt und Abweichung gegen die Vereinheitlichung und funktionale Ausrichtung des städtischen Raums; sowie politische Autonomie und Konfrontation gegen den politischen Modus korporatistischer Repräsentation und Einbindung.

In der Verwurzelung der Hausbesetzungsbewegungen in den Kämpfen am Übergang zum Neoliberalismus liegen also einerseits die Bedingungen für ihre Erfolge. Vor allem durch das Zusammenspiel institutioneller Intervention und autonomer Organisation hat es die heterogene Berliner Hausbesetzungsbewegung vermocht, die vorhandenen Brüche in der stadtpolitischen Hegemonie zu nutzen. Andererseits weist diese Verwurzelung auch die Grenzen dafür auf, in welcher Weise heutige Besetzungsbewegungen oder andere städtische Kämpfe

auf ihre Ziele und Forderungen, ihre Aktions- und Organisationsformen Bezug nehmen können: Die Prinzipien der Selbstbestimmung und -organisation, der Horizontalität und Dezentralität sind nicht in einem emanzipatorischen Sinne verwirklicht. Aber im Gegensatz zur fordistischen Stadtpolitik gehören sie zum Diskurs und in einer ökonomisierten Form zum politisch-institutionellen Repertoire der neoliberalen Regierungsweise. Sie verlieren also ihren eindeutig oppositionellen Charakter. Und die subkulturelle Szene-Bezogenheit, die antistaatliche Haltung und der damit verbundene Rückzug des *movimiento okupa* aus jeglicher Intervention in die staatlichen Institutionen entstanden aus einer radikalisierenden Abgrenzung von den Forderungen, die bereits vereinnahmte spätfordistische städtische Bewegungen gestellt hatten. In ihrer Negation dieser Forderungen blieben sie einem antifordistischen Diskurs verhaftet. Zwar wuchs das *movimiento okupa* in den 1990er Jahren zu einer massiven Bewegung an und konnte ihre anfängliche Marginalität und Isolation durchbrechen. So gelang es ihr, Räume für alternative, nicht-kommerzielle Lebensweisen auch gegen die Repression, die ihr dabei entgegenschlug, zu behaupten – und dabei auch immer wieder Sand in das Getriebe der Stadtumstrukturierung zu streuen. Mangels eines politischen Einsatzpunktes, der die hegemoniale Stadt(erneuerungs)politik ernsthaft in Frage stellen konnte, hatte sie der fortschreitenden Neoliberalisierung der Stadt langfristig aber nichts entgegenzusetzen.

Andere Räume, andere Städte und die Transformation der Gesellschaft. Hausbesetzungen und Atomwaffenfreie Zonen als alternative Raumpraktiken

Eine Schildkrötenformation von Polizisten, gefolgt von einem Wasserwerfer, kommt vor einem Zaun zum Stoppen. »Hier beginnt die AWF-Zone«, informiert eine Hinweistafel über den Sinn der Abzäunung. Den Blick ins Innere der »Zone« gerichtet, melden sich von einem nahen Häuserdach unterdes Medienvertreter »hautnah vom Ort des Geschehens, wo das konspirative Gehabe der Zonesier fast ins terroristische lappt«. In ihrem Blickfeld, im Inneren des Häuserblocks, entfaltet sich derweil die große Vielfalt raumorientierter Handlungsmuster des links-alternativen Milieus der frühen 1980er Jahre: Vom besetzten Haus mit Bioladen zur atomwaffenfreien Schule, von feministischen Transparenten zur Unterschriftensammlung für den »Krefelder Appell«, von der Kleindemonstration zum »Anarchie«-Graffiti.¹

Die Karikatur, die 1983 auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte in einer lokalen Friedenszeitung erschien, verdichtet in selbstironischer Prägnanz die Bedeutung nahraumorientierter Handlungsmuster für die alternativ-politischen Bewegungen um 1980. Das Agieren mit Räumen und Orten war eines der markantesten Charakteristika des Protestes dieser Zeitphase. Hierbei stellten Räume und Orte nicht bloß die »Bühne« dar, auf der gesellschaftliche Konflikte ausgetragen wurden. Sie waren vielmehr selber Gegenstand der Auseinandersetzung,² indem die Arbeit am Nahraum und der Versuch, lokale Räume zu verändern, mit dem Ziel gesamtgesellschaftlicher Veränderungen verbunden war: Der (erwartete) Einfluss auf den Nahraum des Hauses, der Straße, der Kommune oder der Region galt als ein entscheidender Faktor in der Formation von Protest.

In diesem Beitrag werden wir am Beispiel von »Atomwaffenfreien Zonen« und Hausbesetzungen vertiefen, welche Erwartungen Aktivisten an die Bezugnahme auf den nahräumlichen Kontext hatten und welche Praktiken sich in diesem Zusammenhang herausbildeten: Welchen sozialen Sinn erfüllten politische

1 Widerstand '83 (Poster), Beilage zu: taubenschlag. Zeitschrift der Duisburger Friedensinitiativen, 2 (1983) Nr. 6 [Thannhäuser Graphik Duisburg], Archiv für alternatives Schrifttum Duisburg (afas).

2 Zur Gegenüberstellung von politischem Arbeiten »in« der Stadt und »an« der Stadt vgl. auch Detlef Siegfried: »Urbane Revolten, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neuaneignung der Provinz durch die »Gegenkultur« der 1970er Jahre«, in: Adelheid von Saldern (Hg.): Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten, Stuttgart 2006, S. 351-366, S. 351 f.; vgl. auch Werner Lindner: Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn, Opladen 1996, S. 414 ff.

Raumkonstitutionen nach Ansicht der links-alternativen Akteure? Welche Rolle spielten dabei speziell Nahräumlichkeit, Lokalitätsbezug und das Arbeiten »an der Stadt«? Warum strebten Aktivisten Interventionen im Nahraum an – gerade auch bei Themen, deren Reichweite eindeutig jenseits des örtlichen Horizonts lag? Und wie stellten sie sich vor, über Raumkonstitutionen und Eingriffe in Raumstrukturen im eigenen Lebensumfeld weiter übergreifende Veränderung herbeiführen zu können?

In Anlehnung an Martina Löw begreifen wir Raum dabei als eine »relationale (An)Ordnung sozialer Güter und Menschen«; dieser wird konstituiert durch die Prozesse des »Spacings« – als »Plazieren von sozialen Gütern und Menschen« bzw. als »das Positionieren primär symbolischer Markierungen, um Ensembles von Gütern und Menschen als solche kenntlich zu machen« – sowie durch Prozesse der Syntheseleistung.³ Räume werden an Orten lokalisiert; diese sind »Ziel und Resultat der Platzierung«, ohne selber plaziertes Element zu sein.⁴ Links-alternative Eingriffe in Raumstrukturen und Praktiken der Raumkonstituierung können als Handlungsansätze gedeutet werden, welche Regelmäßigkeiten sozialen Handelns betreffen und etablierte Sinnkonstitutionen sowie Handlungssanktionierungen in Frage stellen.⁵ Denn die untersuchten raumorientierten Praktiken bezogen sich darauf, wie gesellschaftliche Strukturen im repetitiven Alltag rekursiv reproduziert werden; sie zielten darauf ab, institutionalisierte Räume sowie Raumstrukturen zu modifizieren und auf diese Weise umfassendere Veränderungen zu ermöglichen.⁶

Am Beispiel der Atomwaffenfreien Zonen und der Hausbesetzungen lässt sich ein äußerst breites Spektrum verräumlichter Protestpraktiken analysieren. In Atomwaffenfreien Zonen und besetzten Häusern manifestierte sich sowohl die Erwartung, Gesellschaft durch »kleinste Schritte« verändern zu können, als auch Räume zu schaffen, in denen eine andere soziale Ordnung bereits im Hier und Jetzt möglich sein sollte. Beide Handlungsformen können verdeutlichen, wie weit die symbolische Besetzung, physikalische Aneignung und Konstitution von Räumen und Orten das Protestgeschehen im Wechselspiel mit den lokalen Kontexten konturierte. Auf diese Weise kann die Diskussion dieser Beispiele nicht zuletzt aufzeigen, wie die Verflechtung zwischen Protest und lokalen Raumkonstitutionen genauer analysiert und über einzelne Protestformen hinaus vergleichbar gemacht werden kann.

3 Martina Löw: Raumsoziologie, Frankfurt/Main 2001, S. 158 ff.

4 Ebd., 198 ff.

5 Zur Raumstruktur vgl. ebd., S. 166 ff.

6 Ebd., S. 163 f.

Nahräumliches Handeln: Erfahrungen und Deutungsmuster

Praktiken wie Hausbesetzungen und die Schaffung Atomwaffenfreier Zonen ordneten sich in einen umfassenden Kontext raumbezogener Handlungsweisen ein. Diese waren um 1980 nachhaltig von einem Bündel an Faktoren geprägt: von der Ebene der Alltagserfahrungen, der Identität und Authentizität, über das Streben nach Erfahrbarmachungen bis hin zu Gestaltbarkeit und Einflussnahme im Nahraum.⁷

Die explizite Thematisierung nahräumlicher Zusammenhänge durch Protestbewegungen in Folge von »1968« erfolgte in größerem Stile zuerst in den frühen 1970er Jahren. Mit der Hinwendung neo-marxistischer Aktivisten zum sogenannten Reproduktionsbereich rückten etwa die Orte des Wohnens, der Freizeit und der Ausbildung in den Fokus. Verortbare Räume wurden in diesem Kontext sowohl als bedeutend begriffen, um die kritisierte Durchdringung der Lebenswelt durch »Macht« und »Kapital« greifbar zu machen, als auch, um Widerstand zu generieren.⁸ Der Glaube an eine unmittelbare, lebensweltliche Evidenz und Relevanz identifizierter Problemlagen paarte sich hierbei mit dem Ziel, diese Problemlagen im Sinne konkreter »Betroffenheiten« überhaupt erst erfahrbar zu machen und aus ihnen heraus mögliche Gegenstrategien zu entwerfen.⁹ Raumgebundene Identitätskonstruktionen bildeten einen wesentlichen Teil dieses politischen Handlungsansatzes, gerade etwa in den zur Sanierung vorgesehenen Vierteln, in denen um 1980 vermehrt Häuser besetzt wurden.¹⁰ Besetzte Häuser, in den 1970er Jahren häufig mit der Etablierung sozial-kultureller Zentren verknüpft,¹¹ fungierten dabei als eng umgrenzte Räume, in denen authentische Identität erfahrbar werden sollte. Als Schlüssel dazu galt ein selbstbestimmtes Zusammenleben, das

7 L. A. Kauffman: »Small Change. Radical Politics since the 1960s«, in: Marcy Darnovsky (Hg.): *Cultural Politics and Social Movements*, Philadelphia 1995, S. 154-160.

8 Gerd Koenen: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Frankfurt/Main 2001, S. 340-345; Margit Mayer: »Städtische Soziale Bewegungen«, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/Main 2008, S. 293-318, S. 298; Sigmar Gude: »Der Bedeutungswandel der Stadt als politischer Einheit«, in: Hermann Korte (Hg.): *Zur Politisierung der Stadtplanung*, Düsseldorf 1971, S. 85-125, S. 118.

9 Vgl. etwa zur Kritik an der Sanierung ehemaliger »Arbeiterviertel« Georg Wagner-Kyora: »»Das Zweckmäßige ist fast immer auch schön«. Stadtplanung, Wohnkultur und Lebensstile in der Bundesrepublik der sechziger Jahre«, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003, S. 615-645; Phil Cohen: »Sub-Cultural Conflict and Working Class Community«, in: Stuart Hall (Hg.): *Culture, Media, Language. Working Papers in Cultural Studies, 1972–79*, London 1992, S. 78-87.

10 Adelheid von Saldern: *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995, S. 25 f.; Sebastian Haumann: »Protest auf Kölsch. Lokale Identität und Mobilisierung in der Kölner Südstadt 1970–1980«, in: *Geschichte im Westen* 22 (2007), S. 251-268; vgl. ders.: »Schade, daß Beton nicht brennt...« Planung, Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940–1990, Stuttgart 2011.

11 Detlef Siegfried: »»Einstürzende Neubauten«. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer »Kader« als Formen jugendlicher Subkultur«, in: *AfS* 44 (2004), S. 39-66; vgl. Egon Schewe: *Selbstverwaltete Jugendzentren. Entwicklung, Konzept und Bedeutung der Jugendzentrumsbewegung*, Bielefeld 1980.

dort dem als Entfremdung wahrgenommenen Leben in der »Mehrheitsgesellschaft« entgegengesetzt werden sollte.¹² Über die Erfahrung konkreter Orte hinaus, an denen Authentizität und Gemeinschaft erlebbar wurde, führten diese nahräumlichen Interventionen zu praktischen Erfolgen – sozial-kulturelle Zentren wurden in ihrem lokalen Kontext durchaus von den Autoritäten geduldet.¹³ Auch das politische Handeln des Alternativmilieus und der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre war in vielerlei Hinsicht durch Raumbezüge geprägt; seine Akteure begriffen den »Alltag als Lebensumfeld, die Erfahrung als Lernmodus und die Partizipation als Eingriffsmöglichkeit«.¹⁴ Verbunden mit dem Anspruch auf eine umfassende Politisierung des Alltags und im Versuch, neue Formen des Lebens und Wirtschaftens zu erproben, entfalteten die Akteure des Alternativmilieus ihren politischen Handlungsansatz auch und gerade in nahräumlichen Kontexten.¹⁵

In den frühen 1980er Jahren erreichte der Raumbezug politischen Handelns verstärkt auch den Protest gegen Rüstung, Kriegsgefahr und Militär. Im Kontext der neuen Friedensbewegung, die sich seit dem NATO-Doppelbeschluss (12.12.1979) und mit der Wiederverschärfung des Kalten Krieges zu Beginn der 1980er Jahre zu formieren begann, nahmen nahraumorientierte Praktiken eine wichtige Rolle ein. Obgleich die neue Friedensbewegung nicht allein aus »alternativ« geprägten Akteuren bestand, sondern auch Vertreter der orthodoxen Linken, Christen, Sozialdemokraten und andere umfasste, wurde der tendenziell alternativ geprägte Handlungsansatz einer verräumlichten und betroffenenorientierten Politik nun auch vermehrt in der Rüstungsdebatte verwendet. Akteure der Friedensbewegung versuchten gezielt, die Frage nach Rüstung, Krieg und Militär an lokale Kontexte anzubinden. Dies war Teil einer politischen Strategie, welche die Gefahren eines als abstrakt empfundenen Rüstungswettlaufs für die einzelnen Bürger (wieder) erfahrbar machen wollte. So erklärte eine Schrift über kommunale Friedensarbeit programmatisch: »Nicht die Politik des ›Vorgarten harkens‹ ist mit der Entwicklung langfristiger Friedensarbeit auf kommunaler

12 Sven Reichardt: »Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 21 (2008), S. 118-130.

13 Christian Heppner: »Von der ›Stadtkrone‹ zum Jugendfreizeitheim. Integrations- und Desintegrationsprozesse in der Gründungsphase eines Kommunikationszentrums in Garbsen«, in: von Saldern (Hg.): *Stadt und Kommunikation*, S. 328-349; Sebastian Haumann: »Hausbesetzungen in Hilden 1980–1982. Protest im Kontext lokaler Ambitionen und Realität«, in: Brigitta Schmidt-Lauber (Hg.): *Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole*, Frankfurt/Main 2010, S. 207-222.

14 Detlef Siegfried: »Die Rückkehr des Subjekts. Gesellschaftlicher Wandel und neue Geschichtsbewegung um 1980«, in: Olaf Hartung/Katja Köhr (Hg.): *Geschichte und Geschichtsvermittlung. Festschrift für Karl Heinrich Pohl*, Bielefeld 2008, S. 125-146, S. 132.

15 Sven Reichardt/Detlef Siegfried: »Das Alternative Milieu. Konturen einer Lebensform«, in: dies. (Hg.): *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, S. 9-24; Detlef Siegfried: »Superkultur. Authentizität und politische Moral in linken Subkulturen der frühen siebziger Jahre«, in: Habbo Knoch (Hg.): *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen 2007, S. 251-268.

Ebene und unter Einbeziehung kommunalpolitischer Instrumente gemeint, sondern eine Politik, die die Verplanung für den nächsten Krieg sichtbar machen will, dort, wo die Menschen es am besten nachvollziehen können: in ihren unmittelbaren Lebensbereichen. Friedensarbeit auf kommunaler Ebene setzt dort an und entwickelt zugleich die politische Perspektive der Abrüstung, eines atomwaffenfreien Europas, des Stops und Abbaus der neuen US-Atomraketen usw.«¹⁶

Sinnzuschreibungen: »Freiräume« und das Streben nach Gesellschaftsveränderung

Die Plausibilität, politische Veränderungen entlang nahräumlicher Praktiken anzustreben, entfaltete sich für die Aktivisten in einem Spannungsfeld von Abschließung einerseits, Öffnung und gezielter Durchdringung der Gesellschaft von diesen Räumen ausgehend andererseits. Die Attraktivität nahraumorientierter Handlungsformen schien sich so zum einen aus der Möglichkeit zu speisen, eine »andere« Gesellschaft bereits im Hier und Jetzt zu verwirklichen: Alternativen Wertvorstellungen konnten in kleinen und kleinsten Räumen Geltung verschafft, abweichende Formen sozialer Organisation gelebt werden. Die Handlungsformen waren aber zum anderen auch mit dem Anspruch verbunden, von den geschaffenen Kleinräumen ausgehend, in die Gesamtgesellschaft hineinzuwirken. Diese latente Spannung zwischen dem Rückzug auf einen Raum, den Aktivisten selbst strukturieren konnten, und dem Anspruch, nach außen zu wirken, wurde zeitgenössisch intensiv diskutiert.¹⁷ Dabei entstand ein spezifischer nahraumbezogener Ansatz, um diese Spannung aufzulösen.

In der Hausbesetzerbewegung wurde häufig auf Autonomie als Ziel der Aktionen rekurriert.¹⁸ Die Intention, besetzte Häuser als autonome Räume zu konzipieren, hatte hierbei zwei Seiten: Auf der einen Seite legitimierte der Rekurs auf »Autonomie« Praktiken der Abschirmung und der Selbstsegregation. Besetzer wollten verhindern, dass etwa die Polizei oder Sozial- und Jugendämter Einfluss auf ihr Zusammenleben nahmen. Auf der anderen Seite erwarteten sie, Autonomie als gesellschaftsstrukturierendes Prinzip durchzusetzen. Die Realität besetzter

16 Klaus Mannhardt: Stützpunkte für den Krieg – oder Orte des Friedens? Für kommunale und regionale Friedensarbeit. Gegen Militarisierung. Die Friedensliste, Bonn 1985, S. 30. Zu den Raumpraktiken der Friedensbewegung generell vgl. Susanne Schregel: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt/M. 2011.

17 Vgl. etwa Wolfgang Kraushaar (Hg.): Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt/Main 1978; Freia Anders: »Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre«, in: Reichardt/Siegfried (Hg.): Das alternative Milieu, S. 473–498, S. 485 f., S. 492 ff.

18 Thomas Stahel: Wo-Wo-Wonige! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968 (Diss., Universität Zürich), Zürich 2006, S. 63 und S. 75 f.; Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, Berlin/Amsterdam 1997 (5. Aufl.), S. 118 f.

Häuser galt ihnen als Ausgangspunkt, um die Logik bürgerlicher Normen und der repräsentativen Demokratie zu transzendieren.¹⁹

Als Abwehrmodus war die Autonomie besetzter Häuser dem starken Interesse an der persönlichen und sozialen Selbstverwirklichung der Beteiligten geschuldet. Darin konstruierten die Besetzer einen Raum, der durch alternative Normen und Werte um Freiwilligkeit und Solidarität strukturiert war.²⁰ Das Ausleben individueller Bedürfnisse und Wünsche wurde dabei bewusst als Gegenkonzept zur bürgerlichen Gesellschaft verstanden, deren vermeintlichen oder tatsächlichen sozialen Anpassungsdruck sie zur Bedrohung des eigenen Lebens stilisierten. So unterstellten Hausbesetzer im rheinischen Hilden den Stadtspitzen in einem zynischen Kommentar, sie seien »... [f]ür die Ausrottung der aufmüpfigen Jugend – Für neue Arbeitslager + für den totalen Polizeistaat!«²¹ Besetzte Häuser mussten aus Sicht der Aktivisten gegen die invasiven Eingriffe von Behörden und den schleichenden Einfluss kapitalistischer Durchdringung geschützt werden, um dem Konformitätsdruck der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft zu widerstehen.²²

Häufig hielten Besetzer nicht nur nonkonformes Verhalten für ein positives Attribut der Selbstverwirklichung, sondern tendierten dazu, auch selbstschädigendes und kriminelles Verhalten als Ausdruck von Selbstverwirklichung und als Strategie der Abgrenzung zu dulden.²³ Allerdings führten Kriminalität, Drogenkonsum und Gewalt in besetzten Gebäuden auch in der Wahrnehmung der politisch motivierten Aktivisten zu Problemen. Eine Gruppe, die 1980 das Kölner »Stollwerck« besetzt hielt, machte dafür jedoch die Gegenseite verantwortlich: »... diese Gewalt haben wir nicht erfunden. Sie existiert tagtäglich, manchmal offensichtlich, manchmal verdeckt in unserer Stadt. Wir sind nicht für diese Gewalt verantwortlich, wir fangen sie auf.«²⁴ Dennoch war es für etablierte Politiker ein Leichtes, besetzte Häuser in der Öffentlichkeit als »rechtsfreie Räume«, etwa als »Wallfahrtsort für Rauschgiftabhängige und Dealer«²⁵ darzustellen und ein hartes Durchgreifen zu fordern. Klaus Hübner, Polizeipräsident von West-Berlin, stellte

19 George N. Katsiaficas: *The Subversion of Politics. European Autonomous Social Movements and the Decolonization of Everyday Life*, Atlantic Highlands, NJ 2006, S. 6; Laszlo A. Vaskovics: »Subkulturen und Subkulturkonzepte«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 8 (1995) Nr. 2, S. 11-23, S. 18.

20 Reichardt: »Authentizität und Gemeinschaftsbindung«, S. 126; Matthias Manrique: *Marginalisierung und Militanz. Jugendliche Bewegungsmilieus im Aufruhr*, Frankfurt/Main 1992, S. 152 f.

21 *Westdeutsche Zeitung – Lokalteil Hilden*, 1.7.1982: »Die Seitenfassade ...«

22 Thomas Balistier: *Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989*, Münster 1996, S. 88 f.; Renate Mulhak: »Der Instandbesetzungskonflikt in Berlin«, in: Peter Grottian/Wilfried Nelles (Hg.): *Großstadt und neue soziale Bewegungen*, Basel 1983, S. 205-252, S. 220 f.; Peter Schulz-Hageleit (Hg.): *Lieber Instandbesetzen als Kaputtbesitzen! Unterrichtsmaterialien zur Wohnungspolitik*, Berlin 1981, S. 142 f.

23 Vgl. Volkmar Gessner/Winfried Hassemer (Hg.): *Gegenkultur und Recht*, Baden-Baden 1985; Heppner, S. 341-345.

24 Initiative »Wohnen im Stollwerck«: *Stollwerck Zeitung* Nr. 3, 14.6.1980, *Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK)*, Best. 7740, 1437.

25 *Rheinische Post – Lokalteil Hilden*: »Benrather Straße gestern geräumt«, 2.6.1982. Vgl. zur Figur des »rechtsfreien Raumes« generell: Anders, S. 488 f.

1982 den Zusammenhang zwischen den Autonomiebestrebungen der Besetzer und dem Konflikt mit dem staatlichen Gewaltmonopol heraus, als er analysierte: »Die Ordnungs- und Regellosigkeit, in der Szene zur Lebensform geworden, hat zwangsläufig den Konflikt mit den gesellschaftlichen Spielregeln, also auch den Strafgesetzen zur Folge. Dies wiederum löst das Einschreiten der Polizei aus...«²⁶

Eine »andere« Gesellschaft in den besetzten Häusern zu verwirklichen, war aber nur ein Aspekt des leitenden Autonomiekonzepts. So reflektierte der Kölner »Häuserrat« im Januar 1981 über den Sinn von Besetzungen: »Wir sind auf der Suche nach einem anderen Leben. Ein Leben gegen die uns vorgesetzte Gesellschaft, bestehend aus Konkurrenzdenken, Arbeitshetze, Konsumzwang, Opportunismus, kaputter Zwischenmenschlichkeit und Chauvinismus. Vielen von uns ist klar, daß wir unser Leben nur dann gestalten können, wenn wir das System abgeschafft (sic!), dem System unsere Macht entgegensetzen, es mit allen Mitteln und auf allen Ebenen bekämpfen. Wir geben uns nicht damit zufrieden, wenn die Stadt und die Hausbesitzer alle leerstehenden Häuser zur Verfügung stellen. [...] Solche Freiräume kann das System leicht schlucken, sie sind leicht integrierbar.«²⁷ Der bloße Rückzug und das Leben in autonomen Räumen wurden als Abkehr von gesellschaftsverändernden Zielen angegriffen. »Wir kritisieren nicht unsere relativen Freiräume an sich, sondern Freiräume als Ziel. Für uns sind sie Ausgangspunkte in unserem Kampf. »Freiräume« erobern, absichern ... das ist klassischer Reformismus! Das bringt kein System ins Wanken ...«²⁸ Die Schaffung autonomer Freiräume sollte also nicht Selbstzweck sein, sondern mit einer gesellschaftsverändernden Kraft gepaart werden. Vor dem Hintergrund des Konzeptes der Autonomie, wie es von Besetzern bemüht wurde, war es das Ziel, durch Subversion die bestehenden Gesellschaftsstrukturen zu transzendieren.²⁹ Konkret konnten besetzte Häuser Verunsicherung über die flächendeckende Geltung von Werten und Normen schaffen. Es ging hierbei auch darum, scheinbar unumstößliche Wertungen und Regeln der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft aus dem Nahraum heraus als wandelbar darzustellen und damit ihre generelle Validität anzugreifen.³⁰

Wie genau diese Beziehung zwischen »Freiräumen« und weiter übergreifender Gesellschaftsveränderung vorgestellt wurde, können Debatten über den Sinn Atomwaffenfreier Zonen weiter verdeutlichen. Diese wurden von friedensbewegten Aktivistinnen als eine Möglichkeit propagiert, eigenen Wertvorstellungen und Ansichten über Verteidigungspolitik gerade in alltäglichen sozialen Zusammenhängen Ausdruck zu verleihen. In der eigenen Nahumgebung kleine und kleinste

26 Klaus Hübner: Hausbesetzungen aus polizeilicher Sicht, Berlin 1982, S. 15.

27 Kölner Häuserrat: Häuserrat Info, Januar 1981, HASTK, ZS V 238, 8.

28 Radikal Nr. 1 1982, zitiert nach: Geronimo, S. 120.

29 Vgl. dagegen Siegfried: »Revolten«, S. 362 ff.

30 Helmut Willems: Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern, Opladen 1997, S. 262; Roland Roth: »Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. Herausforderungen, Innovationen und paradoxe Konsequenzen«, in: Ansgar Klein (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S. 47-63, S. 50.

Räume als Atomwaffenfreie Zonen zu deklarieren, erfüllte nach der Überzeugung der Akteure einen mehrfachen Zweck. So sollte die Praxis zum einen die überlokal relevante Drohung eines atomaren Krieges in konkreten, erfahrbaren Zusammenhängen anbinden. Zum anderen war der Ansatz zugleich mit der Erwartung verbunden, aus dem Nahraum heraus neue Handlungspotenziale für die Einzelnen erschließen zu können.³¹ Die Forderung nach atomwaffenfreien Kommunen – erklärte in diesem Sinne ein Aufsatz über Atomwaffenfreie Zonen – »macht deutlich, daß jeder Ort, jede Straße, jedes Haus durch die schon vorhandenen und geplanten Atomwaffen betroffen ist und sich aus der konkreten Betroffenheit im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine andere Politik einsetzen muß«.³²

Anders als etwa im Kontext der sozial-kulturellen Zentren konnten auf diese Weise unmittelbare Erfolge kaum erzielt werden. Dennoch begriffen die Verfechter Atomwaffenfreier Zonen diese als eine Möglichkeit, die Perspektive möglicher Erfolge alltagswirksam zu verankern. Atomwaffenfreie Regionen und Kommunen erfüllten den Zweck, »die für viele zunächst abstrakte politische Idee von einem atomwaffenfreien Europa konkret zu machen«, erklärte so ein Ratgeber der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste: »An die Stelle der abstrakten Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa tritt die konkrete, gewinnbare.«³³ Die Möglichkeit des Erfolges »im Großen« schien nach dieser Lesart schon in der Gegenwart auf; sie transzendierte die binären Oppositionen von lokaler Begrenzung und globaler Reichweite, von mikroskopischer Praktik und makroskopischem Erfolg und machte so ein Handeln zuallererst möglich.

Die eigentliche Gefahr drohte Atomwaffenfreien Zonen weniger in der direkten Konfrontation mit der Staatsmacht oder lokalen Repräsentanten, sondern wesentlich subtiler auf der Ebene der Sinnfrage. Dabei war zum einen die Frage zentral, was die definierte Atomwaffenfreiheit eines bestimmten Raumes eigentlich bedeuten sollte: Waren Atomwaffenfreie Zonen tatsächlich frei von Atomwaffen? Diese Frage musste da negiert werden, wo etwa Kommunen mit atomar relevanten Militärstandorten sich zur Atomwaffenfreien Zone erklärten. Die Deklaration hatte hier also nur die Form einer Absichtserklärung. Im Umkehrschluss schien die Atomwaffenfrei-Erklärung von Orten, an denen ohnehin nie Atomwaffen gelagert werden würden, nicht minder widersinnig: Was sollte die Erklärung eines atomwaffenfreien Hauses oder einer atomwaffenfreien Straße, wenn so oder so niemand die Absicht verfolgte, dort Atomwaffen unterzubringen? Im ersten Fall lautete das Verdikt somit Ineffektivität, im zweiten Spielerei. Der Sinn Atomwaffenfreier Zonen wurde zudem durch Debatten darüber unterminiert, was eine sol-

31 Vgl. etwa DFG-VK/DFG-VK Landesvorstand Bremen-Niedersachsen (Hg.): Atomwaffenfreie Städte – aber wie? Teil 1, Essen 2. Aufl. 1983, S. 7-8, Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) SBe 544.

32 Eva Michels: »Atomwaffenfreie Zone« von unten. Aktionsvorschläge und Beispiele aus Städten, Gemeinden und Landkreisen«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 27 (1982) Nr. 11, S. 1330-1341, S. 1334.

33 Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Regionale atomwaffenfreie Zonen, Göttingen (Sept.) 1982, S. 5 f., afas 90.II.1982:22.

che Erklärung im Fall eines Atomkriegs praktisch nutzen würde. »Kernwaffenfreie Zonen sind sinnlos, wenn sie nicht zugleich kernwaffenaufschlagfreie Zonen sind und bleiben. Hiroshima war kernwaffenfreie Zone – bis die Atombombe fiel«, konstatierte in diesem Sinne eine Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums.³⁴

Im Fall Atomwaffenfreier Zonen musste sich das Verhältnis von Autonomie und Abgrenzung gegenüber dem Ziel, aus dem Nahraum heraus umfassendere Veränderungen zu erreichen, insofern anders gestalten als im Fall der Hausbesetzungen. Zwar wurden Atomwaffenfreie Zonen auch als Freiräume gedeutet in dem Sinn, dass diese abgegrenzte und sinnbesetzte Räume bildeten, die eine Schutz- und Abwehrfunktion erfüllten. Bildliche Darstellungen zeigten Atomwaffenfreie Zonen so auch oft in Verbindung mit Motiven des Entfernens oder der Reinigung.³⁵ Diese Schutz- und Abwehrfunktion war freilich für sich allein genommen wenig tragfähig. Gerade gegen den Vorwurf der Sinnlosigkeit war es im Fall der Atomwaffenfreien Zonen deshalb besonders wichtig, ihre übergreifende gesellschaftsverändernde Kraft zu betonen. In diesem Sinne erklärte eine lokale friedenspolitische Zeitung: »*Leitgedanke der Kampagne ist es, daß die Menschen eines Gebietes (so klein auch immer; auch ein Stadtteil kann atomwaffenfrei sein, oder sogar noch kleinere Einheiten [...]) dieses zur atomwaffenfreien Zone erklären und für die Einhaltung sorgen!* Irgendwann wird der Platz dann mal recht knapp.«³⁶

Wie kleinste Atomwaffenfreie Zonen dazu beitragen sollten, größere bzw. komplexere Atomwaffenfreie Zonen zu schaffen, wurde auf verschiedene Art und Weise erklärt. Neben Ansätzen im Rahmen direkter Demokratie wie Volksabstimmungen sind zwei Muster prägend. Zum einen wurden Atomwaffenfreie Zonen als Instrumente betrachtet, die ihre Wirkung korrektiv im Rahmen der repräsentativen Demokratie entfalten sollten. Nach dieser Deutung waren Atomwaffenfreie Zonen ein Mittel der Kommunikation, um der gewählten Politik und der Regierung den Willen der Bevölkerung vor Augen zu führen und so Veränderungen der Politik zu erwirken. Zum anderen schrieben die Aktivisten Atomwaffenfreien Zonen aber auch politische Wirksamkeit aus sich selber heraus zu. In dieser Deutung waren Atomwaffenfreie Zonen nicht primär ein Element der Kommunikation

34 Bundesminister der Verteidigung: Kernwaffenfreie Zonen? Argumente zu einem aktuellen Thema, Bonn 1984, S. 20, afas 90.II.1980:41.

35 Vgl. etwa: Bielefelder Friedensinitiative: 1. Mobilmachung Bielefeld, August 1982, Titelblatt, Württembergische Landesbibliothek Stuttgart (WLB) (Leineweber tritt Atombombe weg); Niederheinische Friedensnachrichten, 2 (1983) Nr. 4, Titelblatt, afas (Plakat »Kreis Kleve atomwaffenfrei« – Atomraketen werden in Mülltonne gesteckt); Fritz Teppich (Hg.): Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung 1980–1985, Berlin (West) 1985, S. 321 (Aufkleber »Unsere Stadt gegen Atomwaffen« – Berliner Bär tritt Atombombe); Fred Schmid/Armin Cullmann (Hg.): München in Gefahr. Die Rüstungs- und Militärmetrople, München 1983, S. 9 (Grafik: »Haltet Eure Stadt sauber! München atomwaffenfreie Zone!« – Atombombe in Müllimer).

36 »Platz von Leeds – Atomwaffenfreie Zone«, in: Ent-Rüstung Dortmund, 2 (1982) Nr. 3, S. 8, WLB Stuttgart.

bzw. ein Medium; sie erschienen vielmehr auch bereits als Mittel der Veränderung selber. Durch die Entwicklung kleiner Atomwaffenfreier Zonen, durch ihr Zusammenfinden und Vernetzen sollten Atomwaffenfreie Zonen in dieser Deutung das Ziel selber bewirken, dessen Instrument sie waren.³⁷

Eine besondere Bedeutung erhielten in diesem Kontext die Bezüge auf die internationale Verbreitung Atomwaffenfreier Zonen. Denn die Bewegung zur Schaffung kleiner und kleinster Atomwaffenfreier Zonen im eigenen Nahraum beruhte auf Vorbildern in Großbritannien und dem pazifischen Raum; sie entfaltete sich innerhalb internationaler Kontexte und referierte immer wieder auf ähnliche Praktiken in anderen Nationalstaaten. Gerade die weite Verbreitung Atomwaffenfreier Zonen schien als ein Beweis für die Möglichkeit, auf dem Weg der kleinen und kleinsten Schritte und Praktiken tatsächlich Erfolge zu erzielen und die internationale Politik gleichsam an Regierungen vorbei »von unten« beeinflussen zu können. In diesem Sinne stand auch die »kleinste« Atomwaffenfreie Zone in einer relationalen Beziehung zu vielen anderen »kleinsten« Atomwaffenfreien Zonen innerhalb wie außerhalb der Bundesrepublik.

Praktiken

Diese Sinnzuschreibungen erhellen sich weiter, wenn man untersucht, mit welchen Praktiken sie im Einzelnen verbunden waren. Sowohl Hausbesetzungen als auch die Schaffung Atomwaffenfreier Zonen waren im Kern Handlungsweisen, die auf dem Prinzip der räumlichen Abgrenzung und Markierung sowie der Zuschreibung besonderer räumlicher Qualitäten an die abgegrenzten Räume beruhten; diese wurden mit der abermaligen Öffnung und Assoziation einer Wirkerwartung verbunden.

Während beide Bewegungen symbolische Markierungen und räumliche Abgrenzungen vornahmen, wurde diese Praxis bei den Hausbesetzungen deutlicher von einer physisch-konfrontativen Komponente überlagert. Tatsächlich spielte bei Besetzungen die physische Konfrontation eine konstitutive Rolle: Insbesondere Räumungen wurden zu Konflikten um körperliche Anwesenheit.³⁸ Besetzungen waren aber vor allem auch direkte Eingriffe in die Materialität des besetzten Ortes. Nicht umsonst nannten sich die Aktivisten oft »Instandbesetzer«: Sie verknüpften ihre Aktion mit baulichen Veränderungen an den Gebäuden, die zum Wohnen, für kulturelle und soziale Zwecke hergerichtet wurden.

Die Besetzer verstanden ihre Arbeit am Gebäude weniger als Wiederherstellung, sondern vielmehr als Erneuerung. Die Überzeugung, dass zwischen Gebäudestrukturen und den Strukturen des Zusammenlebens ein Zusammenhang be-

³⁷ Vgl. hierzu ausführlicher Schregel, S. 317 ff.

³⁸ Lindner, S. 380 f.

stehe, war hierbei weit verbreitet. Die Hausbesetzerbewegung bezog sich dabei auf ähnliche Beobachtungen wie die einer Gruppe Architekten, die bereits 1973 kritisiert hatte: »[D]ie autoritäre Binnenstruktur der Familie lässt sich an jedem normalen Wohnungsgrundriss [von Neubauwohnungen, S. H.] ablesen. [...] [Auch] die einseitige Funktionalisierung von Räumen [ist] eine anscheinend unausrottbare Eigenart und Unart bürgerlicher Grundrißgestaltung.«³⁹ Die physische Aneignung war infolgedessen auf das engste mit der Konstruktion sozialer Räume einer »anderen« Gesellschaft verwoben.⁴⁰ Eine Besetzerin berichtete von ihren Erfahrungen: »Das Haus Hochdahler Str. 232 war für mich ein warmer Kontrast zu der Kälte, die durch die betonierten Wohn[...]anlagen über unsere Stadt zieht. [...] Mit dem Abriss von Altbauten verlieren viele Menschen die Möglichkeit, billig und anders zu leben, denn die Alternative ist für sie nur eine teure, praktische Wohneinheit, quadratisch in Beton gezwängt. Ich persönlich lehne diese Lebensform ab, die zu Isolation führt und leiste mit meinem Leben und mit anderen Menschen dagegen Widerstand ...«⁴¹

Die auf gemeinschaftlich genutzte Bereiche ausgerichtete Struktur, die Kommunikation, Austausch und Solidarität ermöglichen sollte, korrespondierte aus Sicht der Besetzer mit dem Grundriss der leerstehenden Altbauten. Nach den Worten der Hildener Besetzerbewegung wurde den leerstehenden Gebäuden damit »... wieder ein Sinn [ge]geben«.⁴² Die materiellen Gegebenheiten des Raums wurden durch die Eingriffe in einen neuen Sinnzusammenhang gestellt. Dadurch ergab sich auch die ausgeprägte Identifikation der Besetzer mit ihren »Objekten«. Sie projizierten ihre Ideale sozialer Organisation auf den von ihnen angeeigneten Raum. Die physikalische Zerstörung der Häuser konnte deshalb auch mit der Zerstörung des alternativen Zusammenlebens gleichgesetzt werden:⁴³ »Werden also Bagger, Preßluftpflöcke endgültig unsere Träume vom selbstbestimmten und -gestalteten Wohnen, von neuen Kommunikationsstrukturen und besserer Lebensqualität wie einen angepöckelten Luftballon zerplatzen lassen?«⁴⁴ Auch ihre eigenen Eingriffe in die bauliche Struktur der besetzten Gebäude und die damit verknüpften Erwartungen setzten die Aktivisten öffentlichkeitswirksam in Szene. Sie dokumentierten Umbau und Nutzung der Gebäude und versuchten, dieses Bild von ihren Aktionen in der Öffentlichkeit zu verbreiten (siehe Abb. 1).

39 Norbert Schmidt-Relenberg et al.: *Gemeinschaftsorientiertes Wohnen*, Stuttgart 1973, S. 15 f.

40 Manrique, S. 126 f.

41 Rheinische Post – Lokalteil Hilden, Leserbrief Manuela Ridder, 1.10.1981.

42 Erklärung der Hildener Instandbesetzer, 8.5.1981, Stadtarchiv Hilden (StAH), Mappe: Gaststätten: Hochdahler Str. 232.

43 Manrique, S. 134.

44 Schauplatz: »Stollwerck. 500 Wohnungen frei!«, April 1980.



Abbildung 1: Renovierungsarbeiten Hilden, Marktstr. 11, 4.4.1981, Stadtarchiv Hilden

Besetzte Gebäude wurden aber nicht allein als besonders von ihrer Umgebung abgegrenzt; sie wurden auch für diese wiederum geöffnet. So war es Besetzern in der Regel wichtig, ihre Häuser für Besucher aus der Nachbarschaft zu öffnen. Die spektakuläre Besetzung der ehemaligen Schokoladenfabrik »Stollwerck« in der Kölner Südstadt etwa begann mit einem Pfingstfest, bei dem über zwei Tage zum Teil hochkarätig besetzte Konzerte, Theateraufführungen und Diskussionsrunden stattfanden.⁴⁵ In ihrer Dimension war die Veranstaltung im »Stollwerck« einzigartig, in ihrem Anspruch aber typisch. Die Hildener Aktivisten eröffneten ein »Café Kraak« – in Anlehnung an den Namen der niederländischen Besetzerbewegung, den »Kraakern« – im Erdgeschoss eines besetzten Hauses und luden ihre Nachbarn dorthin zu »Kaffee und Kuchen« ein.⁴⁶ Diese Wege an die Öffentlichkeit waren von der weit verbreiteten Erwartung geleitet, in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den lokalen Anwohnern zu handeln. Das Ziel dieser Interaktionen war, durch eine breitere lokale Resonanz Einfluss auf die Entwicklung im Nahraum zu nehmen.

45 Initiative »Wohnen im Stollwerck«, Stollwerck Zeitung Nr. 1, 24.5.1980, HASTK, Best. 7740, 1437.

46 Flugblatt »Einladung...«, Mai 1981, StAH, Mappe: »Gaststätten: Hochdahler Str. 232«.

Ein anderer Ansatz, über die öffentliche Präsenz den lokalen Kontext zu verändern, war die Androhung von Besetzungen. In vielen Städten kursierten Listen, auf denen leerstehende Häuser verzeichnet waren. Diese Listen waren weniger für den internen Gebrauch bestimmt, als vielmehr für die öffentliche Demonstration des Potenzials der Hausbesetzerbewegung, Einfluss auf die Entwicklung städtischen Raumes zu nehmen. Die Hildener Aktivisten etwa brachten auf dem Höhepunkt des Konflikts entsprechende Plakate im Stadtzentrum an.⁴⁷ Systematisch wurde diese Praxis in Städten genutzt, in denen die Aktivisten über Unterstützer in politischen Gremien verfügten. In Köln, wo 1979 die »Kölner Alternative« in die Bezirksvertretung Innenstadt eingezogen war, nutzten die »alternativen« Parlamentarier ihre Position, um einerseits der Szene Informationen zu einzelnen Gebäuden zuzuspielen und andererseits mit der Androhung von Besetzungen Politik zu machen.⁴⁸ Während das klassische Markieren besetzter Häuser mit Transparenten oder Graffiti der Sichtbarmachung autonomer »Freiräume« diente, wurde komplementär dazu mit solchen Praktiken das Potenzial, im Nahraum des Stadtteils zu agieren, demonstrativ herausgestellt.

Ähnliche Strategien verfolgte auch die Bewegung zur Schaffung Atomwaffenfreier Zonen – sowohl was die Abgrenzungen und Sichtbarmachungen betraf, als auch hinsichtlich des Ziels, Veränderungspotenziale aus dem Nahraum heraus zu schaffen. Auch wenn sie insgesamt weniger konfrontativ verliefen als Hausbesetzungen, war es bei Deklarierungen Atomwaffenfreier Zonen durchaus mit eingepplant, zu provozieren, Konflikte auszulösen und dadurch Diskussionen über die atomare Rüstung anzustoßen. Diese sollten aber stets argumentativ bewältigt werden.

Ob ein bestimmter Bereich atomwaffenfrei zu erklären wäre, wurde meist von Eigentümern oder Nutzern nach dem Mehrheitsprinzip entschieden, etwa über Befragungen, Abstimmungen, Unterschriftensammlungen usw. So stellte etwa ein Aufsatz aus den Reihen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) die Schaffung einer »atomwaffenfreien Rathausstraße« als beispielhaft vor. Zunächst hätten einige Familien an ihrem am Eingang der Straße gelegenen Haus samstags einen Infostand aufgebaut. Obgleich wenig Unterstützung für die Unterschriftensammlung erkennbar geworden sei, habe man zumindest schon einmal die Nachbarn besser kennengelernt. Einige Tage später hätten sich etwa 15 Aktive aufgemacht, die Nachbarn von Tür zu Tür anzusprechen und für die Aktion zu werben. Nach einigen Wochen hätten sich schließlich etwa zwei Drittel der Bewohner für die Deklaration der Straße als atomwaffenfrei ausgesprochen. Die Initiatoren hätten dann eine Urkunde über die Atomwaffenfreiheit der Straße angefertigt und ein Straßenfest veranstaltet, zu dem sie auch

47 Neue Rhein Zeitung – Lokalteil Hilden: »Plakate und Parolen...«, 30.4.1981.

48 Kölner Alternative-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt: Warum wir noch immer auf der Straße stehen, 1979, HASTK, ZS V 22, 5; Brief Kölner Alternative-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt, 1980, HASTK, Best. 7740, 542; Bezirksvertretung 1, Niederschrift der 18. Sitzung, 2.4.1981, HASTK, Acc. 676, 64.

den Bürgermeister eingeladen hätten. Auch wenn dieser nicht erschienen sei, habe zumindest die Presse über die Aktion berichtet.⁴⁹ Die Parallele zur »Kaffee und Kuchen«-Einladung der Hildener Hausbesetzer ist offensichtlich: Gerade das Diskutieren mit der Nachbarschaft, der Abbau von Barrieren und die dadurch angestrebte Ausweitung des eigenen Aktionsradius waren Teil einer Politik der kleinen und kleinsten Räume.

Die physisch-materielle Besetzung und Abgrenzung Atomwaffenfreier Zonen geschah dabei primär durch das Anbringen symbolischer Zeichen und Markierungen. Das Spektrum dieser Bekanntmachungen und Markierungen war weit: Durch Schilder »atomwaffenfreie Zone«, Transparente, Aufkleber, Aufschriften, Aushänge und dergleichen mehr wurde eine einmal deklarierte Atomwaffenfreie Zone abgegrenzt und für andere als sichtbar konstituiert. Publikationen der Friedensbewegung hoben oftmals gerade diese Besetzungen und Markierungen besonders hervor.⁵⁰ Neben der direkten Kommunikation spielten auch bildliche Darstellungen wie Karten und Fotos eine wichtige Rolle.⁵¹ So erschienen in den Publikationen über Atomwaffenfreie Zonen regelmäßig Fotografien, die gerade auf den Prozess des Anbringens von Markierungen fokussierten.

Abbildung 2 zeigt zur Illustration zwei Fotografien, die in dieser Form in einem Aktionsratgeber der DFG-VK erschienen.⁵²

Während das obere Foto einen Aktivisten zeigt, der das Straßenschild der Dortmunder »Kurzen Straße« mit einem Schild »Atomwaffenfreie Straße« versieht, ist auf dem unteren Foto ein Haus im Teilausschnitt zu sehen. Zwei Personen hängen ein Transparent »Atomwaffenfreies Haus« aus den Fenstern des Hauses. Die Bildunterschrift stellt fest: »Die ›atomwaffenfreie Strasse...‹« (oben) »...ging aus von einem ›atomwaffenfreien Haus‹« (unten).

49 Karin Fischer: »Mobilmachung fürs Überleben«, in: zivilcourage, 8 (1982) Nr. 2, S. 14-15. Vgl. auch Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, S. 12 ff.; sowie die Einladung zum »Sommerfest« zum Abschluss der Aktion »Atomwaffenfreie Zone Feldmark (Wesel)«, in: Niederrheinische Friedensnachrichten, 2 (1983) Nr. 4, S. 4, afas.

50 Vgl. etwa: Mobilmachung Bielefeld 3 (1984) Nr. 4, S. 11, WLB Stuttgart; zivilcourage 8 (1982) Nr. 2, Titel; J. Päsler: »Atomwaffenfreie Zone. Wie man sammeln geht und wie man Leute ansprechen kann«, in: Friedensklärchen. Monatsblatt Bonner Friedensinitiativen, 2 (1983) Nr. 2, S. 7, afas.

51 Sven Reichardt: »Inszenierung und Authentizität. Zirkulation visueller Vorstellungen über den Typus des linksalternativen Körpers«, in: Knoch (Hg.): Bürgersinn mit Weltgefühl, S. 225-250, S. 234 f.: »Das Selbstverständnis, kollektive Vorstellungen über das ›Wir‹ also, entwickelte sich nicht bloß naturwüchsig aus den diskreten Alltagszusammenhängen und personalen Interaktionsformen einer lokal gebundenen Anwesenheitskommunikation, sondern war auf bildliche Techniken und mediale Argumentationsformen angewiesen, die erst die Vorstellung von ›Authentizität‹ als kollektiver Identität erschufen.«

52 DFG-VK/DFG-VK Landesvorstand Bremen-Niedersachsen, S. 52.

Abbildung 2: Atomwaffenfreie Straße, DFG-VK/DFG-VK, Landesvorstand Bremen-Niedersachsen, S. 52



Die „atomwaffenfreie Straße“...



... ging aus von einem „atomwaffenfreien Haus“.

Diese bildliche Darstellungsweise ist in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert. Sie zeigt nicht nur die Bedeutung symbolischer Markierungen für Atomwaffenfreie Zonen, sondern erlaubt auch weitergehende Deutungen des sozialen Sinns der Aktionsform. Denn dass Darstellungen dieser Art besonders oft das Anbringen des Schildes zeigten (statt das Schild allein abzubilden), verweist auch auf das Verständnis der Aktionsform als einer Praxis, bei welcher der Akt der Erklärung mindestens so wichtig war wie der durch diese Erklärung erreichte Zustand. Anders gesagt, zählte nicht allein die einzelne Atomwaffenfreie Zone; auch die Dynamik des durch diese erwarteten Prozesses war von großer Bedeutung.

Die beschriebenen Praktiken rund um Hausbesetzungen und Atomwaffenfreie Zonen waren also nicht nur Versuche, alternative Räume zu konstituieren, abzugrenzen und zu verteidigen. Sie hatten immer zugleich auch den Anspruch, auf die eine oder andere Weise »in« die Gesellschaft hineinzuwirken, und vom Nahraum ausgehend, umfassendere Veränderungen anzustoßen. Die eigene Nahumgebung fungierte hierbei keinesfalls nur als Bühne, auf der die beschriebenen politischen Praktiken gleichsam »stattfanden«; sie war vielmehr im ureigensten Sinne auch der Gegenstand und das Instrument dieser Handlungsansätze.

Nicht zufällig waren Stadtschilder, deutbar als Symbol für Ansprüche auf eine Aneignung und Veränderung der »ganzen« Stadt, eines der beliebtesten Motive für die Anbringung von »atomwaffenfrei«-Markierungen: Bilder »atomwaffenfrei« markierter Stadtschilder zeigten erfolgte oder auch nur gewünschte Deklarierungen an.⁵³ Sei es direkt am Stadtschild, sei es als Bild (Foto, Aufkleber...) von diesem, sei es wild plakatiert, um einer Forderung nach einer atomwaffenfreien Kommune Nachdruck zu verleihen,⁵⁴ sei es als Teil symbolischer Aktionen,⁵⁵ oder sei es nach einem Ratsbeschluss ganz offiziell: Immer wieder erschienen im Kontext der Bewegung zur Schaffung Atomwaffenfreier Zonen die gelben Stadtschilder mit aufgebracht »atomwaffenfrei«-Markierung. In diesen symbolischen Markierungen von Stadtschildern komprimierten sich die Entwürfe und Symbole einer »anderen« Stadt, die aus dem Nahraum heraus geschaffen und als Ausgangspunkt zur weiter reichenden Gesellschaftsveränderung genutzt werden sollte. Lokale Spezifik traf hier auf strategische Lokalisierung, regional tradierte Eigensinnigkeiten begegneten der Konstruktion von Lokalität in politischer Absicht.

53 Vgl. etwa: Armin Schneider/Sabine Wagenfeld: »Aktionsvorschlag: Regionale atomwaffenfreie Zonen«, in: Pax an. Zeitung für Friedensarbeit, 2 (1982) Nr. 2, S. 4; »Bielefeld – Atomwaffenfreie Zone«, in: Pax an Bielefeld, 7 (1982) Nr. 30, Titel, WLB Stuttgart; »Geldern atomwaffenfrei«, in: dent. Jugendmagazin der DFG-VK Geldern, 9 (1984) Nr. 15, Titel, WLB Stuttgart; Tobias Thomas: »Aktionen fürs Überleben. Eine Zwischenbilanz der Kampagne ›Atomwaffenfreie Zonen‹«, in: zivilcourage, 10 (1984) Nr. 2, S. 30-31; »Rheinberg soll eine atomwaffenfreie Zone sein«, in: Niederrheinische Friedensnachrichten, Dez. 1984, S. 18, afas. Vgl. auch den Umschlag bei DFG-VK/DFG-VK Landesvorstand Bremen-Niedersachsen, mit einem Gitter ineinander verschränkter Stadtschilder mit der Markierung jedes einzelnen als »atomwaffenfreie Zone«.

54 So wurden in Dortmund 1982 mehr als 160 Stadtschilder »atomwaffenfrei« beschriftet: Vgl. Friedens-AG Grüne Dortmund (Hg.): Dortmund. Atomwaffenfreie Zone, Dortmund 1982, S. 6, afas 9.VIII.GRU.1.1982:2; »Aktionen für atomwaffenfreie Zonen«, in: antimilitarismus information, 12 (1982) Nr. 10, IV74-75; ebenso berichtet Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, S. 11, über das wilde Plakatieren von »Atomwaffenfrei«-Aufklebern auf den Ortsschildern Nürnbergs. In Einzelfällen gab es auch die umgekehrte Strategie, gerade die militärische Durchdringung einer Stadt als prägend hervorzuheben. So wurde etwa in Schwäbisch Gmünd das Stadtschild mit dem Zusatz »Atomwaffenstandort« versehen. Vgl. »›Atomwaffenstandort‹. Kripo sucht die Täter«, in: friedenspolitischer kurier (1983) Nr. 15, S. 4.

55 Vgl. dazu etwa Klaus Vack: »Bericht aus dem Odenwaldkreis«, in: Informationsdienst der Kampagne für atomwaffenfreie Städte und Regionen, 1 (1983) Nr. 4, S. 5. Hier wurde über eine Aktion zur Forderung eines atomwaffenfreien Odenwaldes im November 1982 berichtet: »Gegenüber dem Landratsamt stellte sich eine lange Reihe von Bürgerinnen und Bürgern zu einer Fackeldemonstration auf, wobei sich jede(r) ein Schild umgehängt hatte, das auf die eigene Gemeinde und die Forderung verwies, also z. B.: Beerfelden – Odenwaldkreis – Atomwaffenfreie Zone.«

Diesen Zusammenhang soll abschließend ein Lied über ein atomwaffenfreies Köln illustrieren. Das Lied, das in den ersten Strophen zunächst die Notwendigkeit, Köln atomwaffenfrei zu erklären, unter Rekurs auf lokale Besonderheiten wie die Kriegszerstörungen, lokale Militärpräsenz und das örtliche Kreiswehrersatzamt erläutert hatte, endete mit den Strophen:

»Kölle allein, dat eß uns klor, dat reich noch nit,
dat eß un darf nur etz dä Ahnfang sin.
In jeder deutschen Stadt, da möhten Schilder stonn:
Atomraketen kumme he nit ren!

Hück Draum noch, doch wisu sullt et nit mööglich sin
un irjewann dann wör dä janze Spuk vorbei.
Mer stünde laachend vür 'nem riesig große Schild,
de janze Welt wör dann atomwaffenfrei!«⁵⁶

In Kölscher Mundart verfasst und damit schon allein sprachlich mit regionalem Kolorit versehen, wurde die einzelne atomwaffenfreie Kommune in diesem Lied mit einer Vielzahl weiterer atomwaffenfreier Kommunen verbunden. Das imaginierte Schild war dabei einerseits Symbol der spezifischen atomwaffenfreien Kommune; andererseits aber unterstrich es deren gewünschte Massenhaftigkeit, indem die Gleichartigkeit der gewünschten Schilder in den verschiedenen Städten deren Zahl und Serialität hervorhob: Die Aufstellung von Schildern, welche die Atomwaffenfreiheit zum Ausdruck bringen, wurde als Auftakt eines ausgreifenden Prozesses angesprochen, in dessen Verlauf jede deutsche Stadt ein solches Schild erhalten solle. Das immer gleiche Symbol von Stadtschildern mit der Aufschrift »atomwaffenfrei« korrespondierte mithin mit der gewünschten Ausbreitung dieser Zonen, welche sich im Lied als Wunschvorstellung wie als programmatischer Anspruch schließlich bis zum übergroßen Schild als einem Symbol der atomwaffenfreien Welt fortzuschreiben versprach. Ausgehend vom Lokalen und Nahräumlichen, erschloss sich nach dieser Deutung also ein Potenzial zum politischen Ausgreifen; aus der Nahumgebung heraus sollte eine Bewegung erwachsen, die über kurz oder lang das Lokale überstieg. Zwar folgten die einzelnen Schritte dieser ausgreifenden Bewegung nicht einer politischen Strategie im vorauszusehend-kalkulierbaren Sinne. Gleichwohl erschienen raumbasierte Praktiken als eine Möglichkeit, Veränderungen anzustoßen, deren Weiterführung sich rekursiv aufeinander aufbauend im Rahmen einer teleologischen Fortschreibung auseinander ergeben sollte.

56 »Zum Mitsingen: »Kölle – atomwaffenfrei«, in: Kölner Friedens-Anzeiger, 1 (1982) Nr. 7, S. 2, WLB Stuttgart. Nach der Melodie von »Mir losse de Dom in Kölle«, Text Robert Hürten, Musik Hartmut Priess.

Fazit

Sowohl Hausbesetzungen als auch Atomwaffenfreie Zonen basierten auf dem Anspruch, aus dem Nahräumlichen heraus politische Handlungspotenziale zu erschließen. Gegenüber postulierten Tendenzen der Anonymität und Entfremdung verbanden ihre Protagonisten mit dem Nahraum speziell Erwartungen an Gemeinschaftlichkeit, Authentizität und die Fähigkeit zur Konkretion politischer Missstände wie politischer Ziele, welche Potenziale zu übergreifender politischer Veränderung generieren sollten. Raumorientierte Praktiken waren in diesem Sinne ein zentraler Bestandteil des speziellen erfahrungs- und subjektbezogenen Politikverständnisses des alternativen Milieus.⁵⁷

Zur Aufarbeitung der nahraumorientierten Handlungsmuster scheint es uns hilfreich, bei der in diesen Praktiken auftretenden eigentümlichen Spannung zwischen Selbstabschließung in der Schaffung bzw. Aneignung von Räumen einerseits und dem Ziel übergreifender Veränderung andererseits anzusetzen. Dabei gilt es, ein analytisches Verständnis dafür zu entwickeln, wie genau aus der Perspektive der Akteure gerade auch die Aneignung und Umgestaltung des Nahräumlichen als Element übergreifender Gesellschaftsveränderungen fungieren sollte.

Zur Erschließung dieses Verhältnisses möchten wir abschließend vier Punkte bzw. mögliche Analyseebenen besonders hervorheben.

In der Beschreibung raumbasierter Praktiken in links-alternativen Kontexten gilt es erstens, binäre Oppositionen wie fremd/eigen, fremdbestimmt/befreit (bzw. frei) oder innen/außen zu meiden und eine Perspektive zu suchen, welche gerade die vielfältigen Prozesse der Selbstabgrenzung und Fremdzuschreibung bei der Konstitution von Räumen in ihrer Komplexität in den Blick nehmen kann. Welche Praktiken der Grenzziehung etwa sind bei der Konstitution oder Aneignung der untersuchten Räume prägend? Handelt es sich um lediglich symbolisch-zeichenhafte Markierungen, um physisch-materielle Abgrenzungen, oder werden Abschließungen militant bis gewaltsam betrieben? Welche Sinnzuschreibungen verbinden sich zeitgenössisch mit diesen Abgrenzungen? Welche Grade der Abschließung und Offenheit zeigen sich im Vergleich? Die Praktik der Grenzziehung selber kann dabei auch in ihrer Funktionalität für die erörterten raumbasierten Praktiken beschrieben werden. Denn es waren erst Zuschreibungen an ein definiertes »Innen«, die mit ihren Implikationen abweichender Wertvorstellungen und Selbstentwürfe eine Grundlage überhaupt für die Möglichkeit raumbasierter politischer Handlungsmodelle schufen. Mit Blick auf diese Funktionalität können auch Konzeptionen von Autonomie, Selbstabschirmung, Befreiung oder Abgrenzung jenseits binärer Oppositionen nach ihrem sozialen Sinn gelesen und historisiert werden.

57 Vgl. zur Betonung von »Erfahrung« im Kontext eines alternativen Politikverständnisses Reichardt: »Inszenierung und Authentizität«, S. 231.

Zweitens scheint es produktiv, Grade der Durchlässigkeit und Abschließung *zwischen* den betreffenden Raumkonstitutionen und -aneignungen zu studieren – als Schlüssel dazu, die komplexe Relationalität des definierten »Eigen« und »Fremdraums« näher zu ergründen. In den Blick geraten hier solche Beziehungen zum definierten »Außen«, die bereits auf eine Selbstabschließung/Selbstdefinition rekurrieren beziehungsweise diese voraussetzen. Welche Beziehungen und Kontakte ergeben sich aus den jeweils untersuchten politischen Raumkonstitutionen, etwa im Rahmen »alternativer« Öffentlichkeitsarbeit, in Markierungen und Sichtbarmachungen alternativer Raumkonstitutionen, in Berührungen zum lokalen und regionalen Kontext, zu Nachbarschaften usw.? Zudem: Wird das Verhältnis zwischen dem definierten Innen und dem definierten Außen als eines der grundsätzlichen Übereinstimmung konzipiert, so dass auch die Grenzziehung selber als eher schwach bezeichnet werden kann? Oder wird eine prinzipielle und unversöhnliche Abweichung vertreten, welche auch eine stärkere Abschließung bedingt? Im Verbund mit den Praktiken der Raumkonstitution und -abgrenzung wird es auf diese Weise möglich, die (variable) Permeabilität der Grenzziehungen selber zu studieren.

Die Permeabilität der Grenzziehungen ist drittens, im Verbund mit den Praktiken der Abgrenzung und Raumkonstitution selber, die Vorbedingung dafür, eine die Räume übergreifende politische Wirksamkeit annehmen zu können. Denn Raumkonstitutionen waren nicht allein deshalb ein Instrument des Politischen, weil sie bereits im Hier und Jetzt alternativen Ansätzen Geltung verleihen sollten. Sie waren nach der Deutung der Akteure auch selber wirklichkeitskonstituierend und hatten das Potenzial, übergreifende Veränderungen – etwa katalytisch, durch räumliche Ausweitung, durch weitere Fortschreibungen – anzustoßen. Die Räume der Gegenwart waren in diesem Sinne auch Elemente für die Schaffung einer Gesellschaft der Zukunft. Mit Raumstrukturen sind insofern auch Temporalstrukturen verbunden. Diese bilden einen weiteren Schlüssel zum Verständnis der untersuchten Raumkonstitutionen.

Viertens scheint es notwendig, auch ein Verständnis der (skalaren) Relationalität raumbasierter Praktiken zu entwickeln. Denn die beschriebenen politischen Räume wurden nicht nur an einem Ort konstituiert; sie standen zugleich in einem komplexen Gefüge weitergehender Beziehungen. Dies betraf zum einen Räume, die auf der gleichen Ebene der räumlichen Skalierung angesiedelt waren, sich aber am anderen Ort befanden – etwa wenn Hausbesetzungen bezogen oder wenn Aktivist*innen atomwaffenfreie Kommunen forderten mit dem Verweis auf andere atomwaffenfreie Kommunen. Diese Beziehungen sind wesentlicher Teil der untersuchten Räume; und sie bildeten – gerade mit ihrer Möglichkeit zur Herstellung translokaler und transnationaler Relationsgefüge – auch eine Voraussetzung für die mit ihnen verbundenen Wirkerwartungen. Zum anderen müssen auch die Relationen untersucht werden, die über mehrere Ebenen der räumlichen Skalierung gingen. Welche Implikationen von

Regionalität, von Lokalität, von Nationalstaatlichkeit oder Internationalität etwa sind für den betreffenden Raum relevant? Zentral für die untersuchte Zeitphase ist die Frage: Wie sind Raumkonstitutionen und Vorstellungen von Staatlichkeit miteinander verbunden? Erst in der Beschreibung dieser komplexen Relationsgefüge erschließt sich die ganze Vielschichtigkeit politischer Raumkonstitutionen, die in den 1970er und 1980er Jahren zahlreich entstanden sind.

Der in diesem Beitrag diskutierte nahraumbasierte Ansatz beschränkte sich nicht auf die Praxis der Hausbesetzungen oder Atomwaffenfreie Zonen. In der relevanten Zeitphase begegnen wir vielmehr einem generelleren und übergreifenden Trend zu einer Spatialisierung des Politischen. Dieser beruhte auf einem als unmittelbar begriffenen Bewusstsein von Erfahrung, Authentizität und Gemeinschaftlichkeit, war aber zugleich auch mit Prozessen strategischer Lokalisierung und (Re-)Territorialisierung verbunden. Die Bedeutung des Nahräumlichen, der »Heimat« und Lokalität gegenüber einer als entfremdet oder gefährlich betrachteten Ebene des Staates und die Aufwertung von Ebenen oberhalb wie unterhalb von Staatlichkeit (wie Kommunen, Europa oder der Horizont der »Welt« allgemein) in empirischer Hinsicht, Reflexionen über ein anbrechendes »Zeitalter des Raumes« oder das Nachdenken über »andere« Räume⁵⁸ in theoretischer Hinsicht bildeten den generelleren Hintergrund dieser Entwicklung.

58 Michel Foucault: »Von anderen Räumen«, in: Dits et écrits. Schriften in vier Bänden, Bd. 4, S. 931-942 (1967/1984).

Soziale Veränderung und Jugendbewegung in den 1980er Jahren in Italien: Der Fall der besetzten und selbstverwalteten Jugendzentren (centri sociali)

Die Geschichte der 1980er Jahre in Italien gibt seit langem Anlass zu gegensätzlichen Darstellungen, auch in der Geschichtsschreibung, die unter dem Druck aktueller Entwicklungen in der italienischen Gesellschaft stehen. Sie sind Ausdruck der Brüche und Sackgassen, in die Italien nach der politischen Krise der Jahre 1992 bis 1994 geraten ist.¹ Gleichwohl besteht kein Zweifel, dass die 1980er Jahre weiterhin wie eine Matrix in der sozialen Landschaft und in unserer alltäglichen Erfahrung gegenwärtig sind: im anhaltenden Verfall des politischen Systems, in den gesellschaftlichen Werten und Normen, in den Mitteln kultureller Produktion und Kommunikation, in den Arbeits- und Produktionsformen, im außerinstitutionellen und zivilgesellschaftlichen Engagement bis hin zu dem Zusammenbruch von – fragwürdigen – kulturellen Eigenheiten der aktuellen italienischen Gesellschaft.² Auch wenn von diesem historisch-diskursiven Rahmen ausgegangen wird, erscheint eine geschichtliche Annäherung an die 1980er Jahre komplex, vor allem auf Grund der Vielfalt möglicher Lesarten, die durch persönliche Erfahrung, das Gedächtnis und die Subjektivität der historischen Recherche bestimmt werden – ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, es mit den verschiedenen Ansätzen aufzunehmen, die versuchen, den Ausgang – oder den Niedergang – eines *italienischen Übergangs* zu finden, nämlich den zwischen der Ersten und der Zweiten Republik zu Beginn der 1990er Jahre.

Um sich der Geschichte der 1980er Jahre zu nähern, gilt es das offensichtlich Neue der 1980er Jahre in Bezug auf das Vorangegangene ebenso zu untersuchen wie das Vermögen dieser Jahre, wie ein Dispositiv zu funktionieren, das Elemente »seiner« Vergangenheit übernimmt und transformiert, reformuliert und sich neu

- 1 Zur Übersicht: Guido Crainz: *Il paese mancato. Dal miracolo economico agli anni ottanta*, Roma 2003; Pietro Scoppola: *La repubblica dei partiti. Profilo storico della democrazia in Italia, 1945–1990*, Bologna 1991; Silvio Lanaro: *Storia dell'Italia repubblicana. Dalla fine della guerra agli anni novanta*, Venezia 1992; Paul Ginsborg: *Storia d'Italia dal dopoguerra ad oggi. Società e politica 1943–1988*, Torino 1988 (London 1990); Ders.: *L'Italia del tempo presente. Famiglia, società civile, Stato 1980–1996*, Torino 1998 (London 2001). Für den Fall der politischen Institutionen im Speziellen: Simona Colarizi u. a. (Hg.): *Gli anni ottanta come storia*, Sovveria Mannelli 2004.
- 2 Ernesto Galli Della Loggia: *L'identità italiana*, Bologna 1998. Anfang der 90er Jahre lösten in Italien ein gewaltiger Bestechungsskandal (Tangentopoli) und die folgenden Ermittlungen (mani pulite) ein politisches Erdbeben aus, bei dem fast das gesamte politische Parteienspektrum über Nacht verschwand und durch neue, populistische Parteien (u. a. Berlusconi's Forza Italia und die Lega Nord) ersetzt wurde. Anm. d. Ü.

aneignet. So wurden für die Krise Italiens Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre bestimmte Blockaden auch im politischen System und seinem Verhältnis zur Gesellschaft verantwortlich gemacht: einerseits das Ausbleiben einer demokratischen Revolution unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, das durch die christdemokratische und die kommunistische Partei blockierte Zwei-Parteien-System, der Klientelismus und die Korruption, die Unbeweglichkeit der Kommunistischen Partei Italiens in diversen entscheidenden Phasen, andererseits die Ausdifferenzierung der Gesellschaft im Zuge der Modernisierung der 1960er Jahre, einer Modernisierung, die sich durch den Durchbruch des Individualismus, aber auch durch eine neue Kollektivität und neue politische Bewegungen auszeichnete, beschleunigt durch eine neue soziale und geografische Mobilität (etwa durch die interne Migration von Süd- nach Nord-Italien).³

Ein grundsätzliches Problem ist, dass der Mainstream der Geschichtswissenschaft (vor allem außerhalb Italiens) für diesen Zeitraum radikale Neuerungen skizziert, ohne dass diese durch entsprechende Subjekte, durch geschichtliche Ressourcen und oder die Zivilgesellschaft vermittelt wären, obwohl all diese doch erst Ressourcen der Tradition und der Zivilgesellschaft, so ambivalent sie auch sein mögen, in »neue Zeiten«⁴ übersetzen und auf die veränderten Koordinaten einer im Wandel begriffenen Gesellschaft zurückführen können.

In diesem Zusammenhang könnte es hilfreich sein, von einer »agonistischen« Demokratie in komplexen Gesellschaften auszugehen.⁵ In diesen komplexen Gesellschaften geht es nicht nur um antagonistische Kämpfe zwischen Subjekten, die in einer eindeutigen Stellung einander gegenüberstehen (wie in den Darstellungen der sozialen Konflikte der 1970er Jahre), auch nicht um ein reines gouvernementales Spiel gleichberechtigter Akteure innerhalb ein und derselben hegemonialen Ordnung (wie es der Neoliberalismus und die Linke des »Dritten Weges« gerne hätten, die beide auf ihre Weise das antagonistische Szenario zu neutralisieren versuchen). Vielmehr geht es um asymmetrische Konflikte, in denen ausgeschlossene und subalterne, aber emergente Kräfte darauf zielen, von der hegemonialen Ordnung befriedete Möglichkeiten herauszufordern und zu reaktivieren:

»Every hegemonic order is susceptible of being challenged by counter-hegemonic practices, i. e. practices which will attempt to disarticulate the existing order so as to install another form of hegemony.«⁶

3 Vgl. Stuart Woolf (Hg.): *L'Italia repubblicana vista da fuori (1945–2000)*, Bologna 2007.

4 Stuart Hall: »The Meaning of New Times«, in: Stuart Hall/Martin Jacques (Hg.): *New Times*, London 1989.

5 Ernesto Laclau/Chantal Mouffe: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a radical democratic Politics*, London/New York 2001; vgl. auch Judith Butler/Ernesto Laclau/Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London/New York 2000; Paul Gilroy: »There ain't no Black in the Union Jack«, *The Cultural Politics of Race and Nation*, London 1987.

6 Chantal Mouffe: *On the political*, London/New York 2005, S. 18.

Das lange 1968 und die 1970er Jahre: Wurzel oder Gespenst des folgenden Jahrzehnts?

Um Klarheit zu gewinnen, sollte eine Lektüre der 1980er Jahre die Frage aufwerfen, welche Rolle sie aus heutiger Sicht den sozialen und politischen Bewegungen der 1970er Jahre für die nachfolgenden Veränderungen zumisst. Dieser Übergang wird in den geschichtlichen Untersuchungen recht unterschiedlich interpretiert. Sie sehen in den Bewegungen der 1970er Jahre sowohl Ressourcen des Fortschritts als auch die Ursache dafür, dass bestimmte Entwicklungen steckenblieben. Sie stellen einerseits »partikulare Kulturen«⁷ fest, andererseits die schwache Vorherrschaft einer institutionellen Politik, die unfähig ist, die plötzlich aufkommenden neuen sozialen Bedürfnisse zu integrieren und sie in das neue Jahrzehnt zu überführen.⁸ Der Übergang habe sich gleichwohl vollzogen, begleitet von der relativ eigenständigen Rolle einer »kritischen, engagierten Mittelschicht« und den Organisationen der Zivilgesellschaft,⁹ einer Rolle, die entscheidend gewesen sein soll für die Neubestimmung eines partiellen gesellschaftlichen Wandels.

Offenbar hat die nationale Geschichtsschreibung entscheidenden Einfluss auf die Reflexion über die Rolle und die Folgen der sozialen Bewegungen von '68: Liegt die Zuspitzung des Konflikts in den 1960er oder in den 1970er Jahren? Und wann setzte der Niedergang der Bewegungen ein? Welche geschichtlichen Periodisierungen lassen sich daran festmachen? Wie ist die Beziehung zwischen den politischen und den kulturellen Bewegungen? In Großbritannien werden beispielsweise die 1970er Jahre meist als Dekade der Krise und des Rückgangs der militanten Bewegungen gesehen, während andere¹⁰ hier gerade eine der Hippie-Kultur verwandte Gegenkultur aufkommen sehen.

Die neoliberale Position – um wieder auf Italien zurückzukommen – hat, so schwach sie auch war, gleichwohl versucht, eine Antwort auf die theoretische Verlegenheit zu geben, die sich die Geschichtsschreibung im Bezug auf das Verhältnis zwischen den Bewegungen der 1970er Jahre und den sozialen Veränderungen eingehandelt hat. Die italienische Geschichtsschreibung betont, es seien gerade einige derjenigen Merkmale, welche die 68er-Bewegung auszeichneten (das Generationsübergreifende, die Politik der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung [presa di parola]¹¹, das Antiautoritäre), für das historische Gedächtnis bestimmend geworden – der militante 68er¹² sei aber »eine zu kurze Parenthese«

7 Guido Crainz: *Autobiografia di una repubblica*, Roma 2009, S. 139 f.

8 John Foot: *Milan since the miracle. City culture and identity*, Oxford/New York 2001.

9 Vgl. Paul Ginsborg: *L'Italia del tempo presente*, Torino 2007, insbesondere Kapitel IV.

10 George McKay: *Senseless Acts of Beauty. Cultures of Resistance since the Sixties*, London/New York 1996.

11 »Presa di parola«, wörtlich: Wortergreifung, wird im Folgenden mit Selbstbestimmung, Selbstermächtigung oder Selbstpräsentation übersetzt; der Sache nach geht es um die verschiedenen Formen selbstbestimmter, autonomer Politik jenseits der etablierten Form der politischen Repräsentation. Anm. d. Ü.

12 Im Italienischen meint »militante«, genau wie das englische »militant«, einen politischen Aktivist im Allgemeinen; im Gegensatz zum deutschen Gebrauch des Wortes »militant« ist damit nicht notwendigerweise Gewalttätigkeit verbunden. Anm. d. Ü.

gewesen, um Spuren der Militanz und der politischen Bewegung zu hinterlassen, trotz des »langen Marsches durch die Institutionen« – ein Ausdruck, der in gewisser Weise die soziale Verbreitung der Bewegung andeutet.¹³ Ohne Prozesse und Subjekte der Vermittlung würde das Erbe von 1968 nur bewahrt und weitergegeben werden, wenn man ihm den »Charakter eines *Ausnahmestandes*« einräumte, der den besseren Interpreten des langen Jahres 1968 zukommt, d. h. den Protagonisten der *ersten Generation*. Gleichwohl wäre das Erbe von 1968 auf diese Weise nur schwer übertragbar, und zwar gerade weil es die spezifische und persönliche Erfahrung nur einer Generation wäre, beeinträchtigt durch ein sehr »besitzergreifendes Gedächtnis«¹⁴: Nach dem »Rebellentum« und dem »Dogmatismus« gelangte die 68er Generation »aufgrund eben dieser Erfahrung zu einem Bewusstseinswandel: endlich Regeln, die aus inhaltlicher Überzeugung akzeptiert werden, getroffen durch eine Wahl, die allein das eigene Bewusstsein bestimmt«.¹⁵ Innerhalb einer solchen Argumentation führt die Selbstwahrnehmung der ersten Generation als einzigartig (mithin das angebliche Fehlen von Nachfolgern und spürbaren Ergebnissen, abgesehen von der eigenen Biographie) zu einer strikten Abgrenzung gegenüber den späteren Generationen.

Dadurch bleiben all die Veränderungen unberücksichtigt, die sich in der kritischen Zivilgesellschaft gleichwohl vollzogen haben, in den Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft ebenso wie in den subalternen produktiven Schichten (die zusammen mit den neuen produktiven Mittelschichten die erste prekäre Generation bildeten), aber auch in denjenigen Bereichen, deren politische Bedeutung in den 1960–1970er Jahren noch unbekannt war, wie etwa in den – wie immer auch zwiespältigen – Bereichen Umwelt¹⁶, der neuen Generation des Feminismus und der Identitätspolitik¹⁷ oder bestimmten Jugend- und Gegenkulturen.¹⁸

Der etablierten Geschichtsschreibung zufolge stellen die 1980er Jahre die Bühne für den Zusammenbruch der Stärken und/oder der Schwächen der Demokratie und der Republik dar, der Nachkriegsmodernisierung Italiens sowie der Sackgassen, in welche die 68er Generation geraten war. Eine solche Geschichtsschreibung führt zur Vernachlässigung und Unterbewertung all der empirischen

13 McKay, S. 203.

14 Emmanuel Betta/Enrica Capussotti: »Il buono, il brutto, il cattivo«. L'epica dei movimenti tra storia e memoria, in: Genesis, Nr. III/1, 2004, S. 113-123; der Begriff wird hier für das Italien der 1970er Jahre von Peter Braunstein übernommen (Peter Braunstein: *Possessive Memory and the Sixties Generation*, in: Culturefront, Summer 1997, S. 66-69).

15 Giovanni De Luna: *Le ragioni di un decennio*, Roma 2011, S. 208.

16 Donatella Della Porta/Mario Diani: *Movimenti senza protesta? L'ambientalismo in Italia*, Bologna 2004.

17 Porpora Marcasciano: *Antologiaia. Sesso, genere e cultura degli anni '70*, Milano 2007; Francesca Cavarocchi: *Orgoglio e pregiudizio. Note sul movimento gay e lesbico in Italia*, in: Zaprunder, Nr. 21, 2010, S. 78-87; Anna Rita Calabrò/Laura Grasso: *Dal movimento femminista al femminismo diffuso. Storie e percorsi a Milano dagli anni '60 agli anni '80*, Milano 2004 (1. Aufl. 1984); Federica Paoli: *Diversità fantastiche. Periodici del femminismo romano nei primi anni ottanta*, in: Zaprunder, Nr. 21, 2010, S. 24-40.

18 Beppe De Sario: *Resistenze innaturali. Attivismo radicale nell'Italia degli anni '80*, Milano 2009; Marco Gri-spigni: »Qualcosa di travolgente«. I conflitti impolitici, in: Massimo Ilardi (Hg.): *La città senza luoghi. Individuo, conflitto, consumo nella metropoli*, Genova 1990.

Folgen, welche die Bewegungen der 1970er Jahre sozio-kulturell sehr wohl mit sich gebracht haben. Es ist daher notwendig, das begriffliche Instrumentarium solcher Disziplinen heranzuziehen, die das Problem der *agency*¹⁹ in komplexen Gesellschaften behandeln: die Cultural Studies, die Kulturwissenschaften, die Postcolonial Studies und die Forschung, die sich mit den sozialen Bewegungen, der Globalisierung und der Informationsgesellschaft beschäftigt. Dadurch könnten die verbrauchten gängigen Begriffe, mit denen diese entscheidende Phase der italienischen Gesellschaft gemeinhin beschrieben wird, reformuliert und neubestimmt werden, von »riflusso« (Niedergang, Rückgang) bis »partitocrazia« (Parteiherrschaft), von »rivoluzione dei consumi« (Konsumrevolution) bis »individualismo« (Individualismus), und diese Begriffe müssten wiederum dem Raum des Sozialen eine größere Selbständigkeit und Komplexität einräumen. Dieses Zusammenspiel ergäbe am Ende dann doch nicht die oft beschworene unbestimmte »Gesellschaft der Individuen« – die zudem kaum geschichtlich darstellbar ist, außer sie wird anderen Disziplinen überlassen; vielmehr würde die Artikulation völlig neuer sozialer Differenzen und Subjektivitäten sichtbar. Es geht also um einen neuen historischen Zugang zum Verhältnis von politischem System und sozio-kultureller Veränderung, mithin zwischen dem Staat, der Zivilgesellschaft und der Subjektivität. Gerade dieser Zugang ermöglicht, wie vor allem Paul Ginsborg gezeigt hat, das Umfeld, die Ressourcen und die vermittelnden Subjekte zu beobachten, die im Kontext der »großen Transformation«, wie Guido Crainz sagt, das Alte ins Neue haben übersetzen können. Es geht etwa darum zu fragen, welche Ergebnisse der Massenkonsum mit sich gebracht hat, welche Subjekte er hervorgerufen hat und auf welche Weise er wirksam war; wie sich die Differenzierung der Mittelschicht artikuliert, welche Auswirkung der Gegensatz zwischen politischem System und Zivilgesellschaft hatte; was 1968 und die Konflikte der 1970er Jahre in der Kultur hinterlassen haben. Eine solche Annäherung hätte den großen Vorteil, eine Geschichte der 1980er Jahre zu schreiben, ohne die Kollektivsubjekte, ob organisiert oder nicht, a priori auszuschließen und ohne all diejenigen Identitäten und Subjektivitäten, die in dieser Geschichtsschreibung nicht aufgehen, entweder einfach auf die Vergangenheit zurückzuführen oder schlicht der Individualisierung und sozialen Fragmentierung zuzuschlagen. Das Spezifische der 1980er Jahre bestünde dann gerade darin, mit dem vorherigen Jahrzehnt zu brechen und nun in einem *asymmetrischen Verhältnis* zum politischen System zu stehen. Asymmetrie meint nicht einfach Unterschiede in den Werten und Maßstäben oder im Kräfteverhältnis, sondern eine Differenzierung im politischen Handeln auf beiden Seiten und, noch grundsätzlicher, in den Prozessen der Politisierung selbst.

19 Der Begriff »agency« meint das Vermögen eines (nicht notwendigerweise individuellen) Akteurs, in der Welt und innerhalb bestimmter Strukturen zu handeln und Entscheidungen zu treffen. Anm. d. Ü.

Jugendliche und Aktivist_innen der 1980er Jahre

Wie ich oben bereits angedeutet habe, sind die Veränderungen der 1980er Jahre auch das Ergebnis von Praxen subalternen und nicht-hegemonialer Subjekte, die in die offenen Räume, Enklaven und Lücken traten, die der lang anhaltende Zerfall der Ersten Italienischen Republik hinterlassen hatte. Meine Forschung in den Jahren 2003 bis 2006²⁰ beschäftigte sich zunächst mit der Jugendbewegung Ende der 1970er Jahre sowie des folgenden Jahrzehnts. Entscheidend war für mich, einerseits diejenigen Begriffe zu finden, mit denen die 1980er Jahre angemessen beschreibbar sind, und es andererseits mit den Arten und Weisen der Verge- schichtlichung und Subjektivierung aufzunehmen, die aus dieser extrem kom- plexen Übergangsphase hervorgingen. Beides drückt sich in einem Dispositiv aus, das verschiedene Prozesse verbindet: die *Überlieferung* und das *Gedächtnis*, das die Tradition radikaler Bewegungen der einen Dekade in die nächste und von einer Generation zur nächsten bringt; die *Artikulation* einzelner Elemente innerhalb eines größeren sozialen Zusammenhangs und seiner Prozesse; und das Ganze vollzieht sich wiederum mittels der *Übertragung* der Erfahrungen und der Sprachen der Aktivist_innen, der Praktiken und der kulturellen Techniken. Letztlich ging es mir darum, eine noch unerzählte Geschichte zu untersuchen, nämlich die der radikalen Jugendbewegung Ende der 1970er Jahre bis zum Übergang in die 1990er, und zu fragen, wie deren Aktivist_innen zu Akteuren ihrer Zeit werden und wie sie aus der Position einer gegenhegemonialen Minderheit heraus maß- geblich zur Erneuerung der Oppositionsbewegungen und zur Autonomie der Zivilgesellschaft beitragen konnten.

Die Bewegung der 1980er Jahre kann allerdings auch von einer Art »subalter- nem Paradigma« aus betrachtet werden. Damit ist die randständige oder margi- nale Position der Jugendbewegung im Sinne ihrer nur partiellen Teilnahme an den hegemonialen Verhältnissen gemeint, an Verhältnissen, mit denen sich die Ju- gendbewegung ja in einem asymmetrischen und lange Zeit unerklärten Konflikt befand – jenseits der direkten Konfrontation mit dem herrschenden Machtblock²¹, die noch die sozialen Bewegungen der 1970er gesucht hatten. Die Subaltern Studies gehen von einem Dreieck zwischen Herrschenden, Beherrschten und Subal- ternen aus, oder vielmehr zwischen einem antagonistischen Paar, das um die Macht ringt – oder um die nationale Unabhängigkeit wie im Fall Indiens, auf das sich die Theoretiker_innen der Subaltern Studies beziehen²² – und den Subal- ternen, die im Konflikt eingeschlossen sind als von vornherein Ausgeschlossene. Gerade durch dieses radikale Ausgeschlossenein stehen sie für die symbolische

20 De Sario, 2009.

21 Den Begriff »historischer Block« (blocco storico) hat der italienische Marxist Antonio Gramsci eingeführt; er entsteht, wenn eine dominante Klasse auf entscheidenden Ebenen (Politik, Ökonomie, Kultur, Zivilgesell- schaft) Hegemonie durchsetzt. Anm. d. Ü.

22 Ranajit Guha/Gayatri Chakravorty Spivak (Hg.): Selected Subaltern studies, Oxford 1988.

und praktische Grundlage des Konflikts, denn sie bringen das Moment einer »historischen Differenz« mit sich, irreduzibel auf die Dimension der Politik der Moderne.²³ Analog zu dieser Konstellation und Spivaks berühmter Frage folgend, könnte gefragt werden: Konnten die Subalternen der Bewegung der 1980er Jahre sprechen?²⁴ Sicher haben selten andere für sie oder quasi *durch sie gesprochen*; sie haben im Gegenteil das Wort ergriffen und die Fähigkeit einer kulturellen Selbstbestimmung und Selbstrepräsentation entwickelt, oft im Sinne einer Gegenkultur und meist in bestimmten Szenen jenseits des Mainstreams. Sie verarbeiteten dabei die Niederlage der Bewegungen der 1970er Jahre durch eine neue Lektüre und eine neue Verwendung der radikalen politischen Vergangenheit, insbesondere über die Kultur. Es war also gerade die Niederlage dessen, worauf sie sich historisch bezogen, es war die Niederlage der radikalen Bewegungen der 1970er Jahre, die einerseits deren kulturelle Aneignung erlaubte, während sich die Bewegung der 1980er Jahre andererseits gegenüber den Herrschenden und den Institutionen als *unbestimmt* tarnte (unbestimmt sowohl im Sinne von *vollkommen bestimmungslos und unbedeutend* als auch von *unbestimmbar*). Diese Prozesse der Aneignung und Tarnung sind vor allem in Formen aktiven und meist kulturellen Widerstands ausgetragen worden und zielten oft ohne politisches Programm darauf, mit dem Fundus der radikalen Tradition neue Widerstandsformen zu entwerfen und sie mit der damaligen Jugendkultur, so heterogen und vielfältig diese auch war, zu verbinden.

Am Rande der Dynamik des politischen Systems, aber im Zusammenhang mit der italienischen Geschichte der sozialen Bewegungen sowie dem weltweiten Aufkommen bestimmter Jugendkulturen (vor allem des Punk, dem dann im Übergang zu den 1990er Jahren Reggae und Hip-Hop folgten) hat die Jugendbewegung nach den 1970er Jahren verschiedene Prozesse der kulturellen Überlieferung und Übersetzung in Gang gesetzt. Sie hatte ihren Ausgangspunkt in den Praktiken der »diffusen Autonomie« (*autonomia diffusa*) der 77er Bewegung²⁵, die zu einer Politisierung der Lebensstile und -kulturen geführt hat. Sie war auch entscheidend für die »*centri sociali occupati e autogestiti*« (selbstverwaltete und besetzte Jugendzentren) und für selbstverwaltete Strukturen mit einer umfangreichen kulturellen Eigenproduktion, vor allem in der Verlags- und Musikszene. Diese Übersetzung hat sich in unterschiedlichen Bereichen und auf verschiedene Weise vollzogen: Sie greift einerseits auf politische, kulturelle und urbane Überlieferungen und Ressourcen zurück und stellt andererseits eine direkte Verbindungen mit den

23 Dipesh Chakrabarty: *Provincializing Europe. Postcolonial thought and historical difference*, Princeton 2000.

24 Gayatri Chakravorty Spivak: »Can the Subaltern Speak?«, in: Nelson, Cary/Grossberg Lawrence (Hg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Chicago 1988, S. 271-316.

25 Als 77er Bewegung gilt das Erstarken einer neuen Jugendbewegung in Italien, die sich als neue »Autonomia«-Bewegung, verstärkt von den Organisationen der Arbeiterklasse abwandte und im Frühjahr mit militanten Demonstrationen und Besetzungen Italien an den Rand des Ausnahmezustands brachte. Diese Bewegung, wengleich auch bis 1979 weitestgehend zerschlagen, übte großen Einfluss auf die späteren autonomen Bewegungen in Europa aus. Anm. d. Herausgeber.

radikalen Jugendbewegungen in anderen europäischen Ländern jener Jahre her, vor allem mit der autonomen Bewegung in Deutschland, Holland und der Schweiz.

Rom, Mailand, Turin: Centri sociali, militante Geschichte, urbane Szene

Objekte meiner Untersuchung waren die politischen und kulturellen Erfahrungen der politischen Bewegungen in Rom, Mailand und Turin. Dafür wurde vor allem auf individuelle Erfahrungen und Erinnerungen zurückgegriffen, und zwar indem Protagonist_innen danach für die Übergangszeit zwischen den 1970er und 1980er Jahren befragt wurden: nach persönlichen wie kollektiven Kontinuitäten, nach den Brüchen und ihren Bedeutungen. Alle Protagonist_innen waren damals in den kleinen radikalen Gruppen aktiv, die innerhalb der 77er Bewegung²⁶ entstanden oder sich in ihrer Folge politisierten. Diese Gruppen waren hauptsächlich aktiv in der unabhängigen Musik- und Verlagsszene, in den besetzten »centri sociali autogestiti«, in den »circoli del proletariato giovanile« (Zentren der proletarischen Jugend) oder allgemein im Städte- und Häuserkampf (»attivismo urbano«, z. B. Bildung von Schulkollektiven und Freiwilligen-Organisationen, Besetzung leerstehender Häuser). Die Untersuchung umfasst nicht das ganze Spektrum der politischen Bewegung in Rom, Mailand und Turin, sondern beschränkt sich auf bestimmte Bereiche des Aktivismus²⁷ sowie auf bestimmte Zeitabschnitte, nämlich auf die Jahre 1975 bis 1977 und 1990 bis 1994. Die politische Arbeit der Protagonist_innen wurde dabei verbunden mit der kulturellen Arbeit, etwa mit Produktion und Vertrieb von Zeitschriften, Schallplatten und Musikkassetten, mit politischer Malerei und Comics, mit Video- und Theaterproduktionen, mit Konzerten und anderen Musikevents, bis hin zur Besetzung eines selbstverwalteten Jugendzentrums (1986: Forte Prenestino im Viertel Centocelle/Rom), eines besetzten Anarcho-Punk Hauses (1989: El Paso in der südlichen Peripherie Turins), der Gründung einer Verlagsgenossenschaft und einer umfassenden Gegenkultur (1986–1989 die Zeitschrift »Decoder« und der Verlag ShaKe Edizioni Underground, beide mit internationaler Ausrichtung und zugleich tief verbunden mit dem Mailänder Viertel Ticinese).

Dass sich die Jugendbewegung in einem bestimmten Umfeld politisieren und dass ihre Gegenkultur relativ originäre Formen annehmen konnte, ist besonderen Umständen zu verdanken, vor allem der besonderen Fähigkeit, Stile und Kulturen der Zeit einzubetten in ein politisch fruchtbares Umfeld, in dem die 1970er im Sinne einer offenen Rechnung weiterlebten.²⁸ Dieses lebendige Erbe der 1970er

26 Marco Grisogni: *Il settantasette*, Milano 1997.

27 Alberto Melucci (Hg.): *Altri codici. Aree di movimento nella metropoli*, Bologna 1984.

28 Bis hin zu den bizarren Formen der Selbstdarstellung, von denen Polizei-Berichte erzählen, die Mitte der 1980er Jahre versuchten, sich von der »spektakulären Subkultur« Mailands ein Bild zu machen. Vgl. Eros Francescangeli: *Creste, borchie e panini. Le subculture »spettacolari« milanesi nelle carte di polizia* (1984–1985), in: *Zapruder*, Nr. 21, 2010, S. 106–113.

Jahre war wiederum vielfältig: die »autonomia operaia«,²⁹ die Gegenkultur der proletarischen Jugend (»giovani proletari«) und der Großstadtindianer (»indiani metropolitani«) von 1977, die Frauenbewegung usw. Die »offene Rechnung« der 1970er Jahre bestand weniger, wie meist angenommen wird, darin, sie im Gedächtnis aufzubewahren oder einfach einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, sondern vielmehr in einem komplexen Prozess der *kulturellen Übersetzung und Übertragung*, in dem sich auf vielfältige Weise bestimmte Symbole und sozio-kulturelle Praktiken mit dem geschichtlichen Erbe kreuzten. Für die neue junge Generation war also dank ihrer praktischen Lebenserfahrungen und des kulturellen Austauschs die Geschichte der italienischen Bewegung der 1970er Jahre keineswegs von vornherein erledigt. Das Verhältnis war eher durch eine doppelte Bewegung bestimmt, durch Verhandlung und durch Neubestimmung: Was nützlich schien, wurde behalten, was unrettbar überholt schien, verworfen. Gleichzeitig gewann für sie die Faszination der neuen Jugendkulturen immer mehr an Bedeutung, etwa durch die individuellen Erfahrungen, die in den Urlaubs- oder Bildungsreisen nach London und Amsterdam oder auch nach Hamburg und Zürich ab Ende der 1970er Jahre gesammelt wurden. In all diesen Städten gab es eine aktive alternative Szene, die durch Formen der Selbstverwaltung, der Gegenkultur, des Widerstandes gegen die Umstrukturierung der Städte usw. Freiräume mit einem ganzen Universum von – wenn auch nicht unbedingt systemüberwindenden – Symbolen und Praktiken der Selbstbestimmung erkämpfte und inspirierend war für eine rebellierende italienische Jugend auf der Suche nach eben solchen Formen des Widerstands. Dadurch befand sich die individuelle Erfahrung dieser Generation beständig in der Auseinandersetzung zwischen neuen stimulierenden sozio-kulturellen Einflüssen von Außen auf der einen Seite und auf der anderen den internen radikalen Überlieferungen. Diese Spannung führte zu einer Art kognitiver und kultureller Dezentrierung, die für den geschichtlichen Umbruch der politischen Bewegung entscheidend wurde.

Die für diesen Umbruch entscheidenden Erfahrungen hatten indes nicht nur die eben genannte räumliche Dimension der Städtereisen, sie erwachsen auch aus der Nutzung und Neubestimmung der Massenmedien sowie aus Eigenproduktionen wie den *fanzines*. Dieser Gebrauch der Medien war mitentscheidend für eine Politisierung, die erstmals nicht mehr geschulten politischen Kadern folgte, wie noch in den 1970er Jahren, sondern sich beständig aus einer Mischung diverser Elemente neu bestimmt und neu erfindet, situiert zwischen *politischer Bewegung und Widerstandskultur*. Der kulturelle Zufluss, aus dem sich die politischen Praktiken und Traditionen speisen, wird nun von einem, wenn auch oft ziemlich prekären, so doch zuvor unvorstellbarem Netzwerk aus Kontakten und Beziehungen bestimmter Räume gesichert; einem Netzwerk, das eine ganz neue Verbindung

29 »Autonomia operaia« (Arbeiterautonomie) wird an dieser Stelle eher als allgemeiner Begriff für die autonome Bewegung Italiens benutzt; sie wird seit den 1970er Jahren auch als »autonomia« bezeichnet. Anm. d. Ü.

herstellt zwischen den verschiedenen Städten, zwischen selbstverwalteten Jugendzentren, Kulturfestivals, unabhängigen Buchhandlungen und Infoläden, Aufnahmestudios, Clubs, Lokalen, Schallplatten- und Bekleidungsäden, Plätzen und selbst den »muretti«, den kleinen Mauern (auf denen man sitzen und sich unterhalten kann, wenn alles andere fehlt). Dadurch fand die Street Culture Eingang in die übrig gebliebenen Reste der militanten Bewegung, mit der nicht unwichtigen Folge, dass Jugendliche verschiedener Milieus und Herkünfte zusammenkamen.³⁰ So wurden Anfang der 1980er Jahre z. B. einige Viertel in der Peripherie Roms sowohl für die politischen Aktivist_innen als auch für die Jugendlichen der Straße zu regelrechten gemeinsamen *Rückzugs- und Schutzräumen*, insbesondere in einer Phase starker polizeilicher Repression.³¹ In Mailand bildeten sich dagegen Enklaven einer Gegenkultur, in denen alte und neue Gegenkulturen mit übrig gebliebenen Polit-Gruppen aus dem Umfeld der *autonomia operaia* der 1970er Jahre zusammenkamen, wie im Viertel Ticinese und in den Navigli (Kanäleviertel in Mailand).³² Überhaupt nahm die Phase des Übergangs in den Städten jeweils eigenständige Formen an: In einigen gab es eine größere politische und kulturelle Kontinuität, wie z. B. in Bologna zwischen der nonkonformistischen Bewegung von 1977 und der darauffolgenden kreativen Szenen in der Musik, im Grafikdesign, in der Comic- und in der Literaturszene,³³ während es in anderen Städten zu radikalen Brüchen kam, wie etwa in Turin, wo das Fehlen selbstverwalteter Räume und die Schließung von Treffpunkten nicht-institutioneller politischer Gruppen eine größere Punk-Szene entstehen ließ, die stärker als in anderen Städten von der politischen Bewegung getrennt war. Die anarchistisch geprägte Turiner Punk-Szene machte jedoch aus dieser Not insofern eine Tugend, als sie sich mit verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vernetzte: mit Zivildienstleistenden, mit den ersten kooperativen Jugendeinrichtungen, mit den pädagogischen Diensten im Bereich Jugendberufshilfe und Drogenabhängigkeit, aber auch mit Projekten im Bereich der Musik, der Unterhaltung und der Film- und Videoproduktion.

In welchem städtischen Umfeld und in welchen sozialen Räumen fanden der Übergang und die genannten Erfahrungen statt?

30 Davon finden sich auch Spuren in der Literatur: Pier Vittorio Tondelli: *Un week-end postmoderno. Cronache degli anni '80*, Milano 1990.

31 Eine biographische Übersicht bietet: *Militant A: Storie di Assalti frontali. Conflitti che producono banditi*, Roma 1999.

32 Eine entscheidende Rolle spielten besonders Primo Moroni, radikaler Intellektueller und Buchhändler, und seine Mailänder Buchhandlung Calusca; Hierzu: John N. Martin/Primo Moroni: *La luna sotto casa. Milano tra rivolta esistenziale e movimenti politici*, Milano 2007; Zum Ansatz einer längeren Entwicklung auch über eine größere Distanz innerhalb der Internet-Gegenkultur, siehe: Fiammetta Balestracci: *Cyberpunk. Reti alternative tra Italia e Germania*, in: *Zapruder*, Nr. 21, 2010, S. 8-23.

33 Oderso Rubini/Andrea Tinti: *Non disperdetevi*. San Francisco, New York, Bologna. *Le zone libere del mondo*, Roma 2003; Filippo Scozzari: *Prima pagare poi ricordare. Da »Cannibale« a »Frigidaire«*. *Storia di un manipolo di ragazzi geniali*, Roma 2004; Serafino D'Onofrio/Valerio Monteventi: *Berretta Rossa. Storie di Bologna attraverso i centri sociali*, Bologna 2011.

Es war vor allem das Umfeld der Metropolen, das Anfang der 1980er Jahre eine unumkehrbare Befreiung der Arbeiterklasse aus ihren bisherigen räumlichen Beschränkungen einleitete und ihr den städtischen Raum für neue Formen der Erfahrungen öffnete.³⁴ Zehntausende zogen damals aus den Zentren der Großstädte Norditaliens – Mailand und Turin – an den Standtrand oder ins Hinterland oder kehrten zurück nach Süditalien, nicht nur wegen der gestiegenen Immobilienpreise in den Großstädten, sondern auch aufgrund einer neuen Begehrensstruktur und eines neuen Lebensstils, welcher für die Unterschicht die »Suburbanisierung« vorsah. In den Innenstädten fand dagegen eine umfassende städtebauliche Umstrukturierung statt, Fabriken wurden stillgelegt, der Dienstleistungsbereich breitete sich aus, Viertel wurden gentrifiziert, und es kam zu ersten Einwanderungswellen von Migrant_innen. Das führte zu mehr als einer nur quantitativen Verschiebung zwischen der Mittelschicht und der Arbeiterklasse. Es kam zu einem neuen sozialen Machtverhältnis, das z. T. über eine bloße Neupositionierung innerhalb der sozialen Hierarchie hinausging, da plötzlich ganze neue Bereiche gesicherter Beschäftigungsverhältnisse auftauchten, während in anderen Bereichen Unsicherheit und prekäre Verhältnisse einzogen, und zwar nun auch innerhalb der Mittelschicht. Die Centri Sociali – sozial hier mehr im konkret-praktischen als im allgemein politischen Sinne – füllten die entstehenden räumlichen wie kulturellen Lücken, und zudem dehnten sie ihre Politik – im Gegensatz zum urbanen Aktivismus der 1970er Jahre mit ihrem emphatischen Schwerpunkt auf den »Quartieren« – auf ein breiteres Territorium aus (kulturelle und persönliche Netzwerke, Vermischung zwischen der Szene, ihrem Umfeld und der »normalen« Bevölkerung). Diese Umwandlung und Ausdehnung ließ ganz neue soziale Akteure entstehen: Prekäre, Marginalisierte, aber auch solche, die im Wandlungsprozess hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft steckten und im subversiven Umgang mit kulturellen Symbolen und Bedeutungen eine neue Underground-Kultur schufen. So wurden die Centri Sociali Ende der 1980er Jahre zunehmend zu öffentlichen Räumen von Wahlgemeinschaften.³⁵ Das brachte den selbstverwalteten Strukturen – auch weil die Aktivist_innen mittlerweile selbst älter geworden waren – einen vielfältigen Zufluss neuer Ressourcen und neuer Unterstützer_innen, besonders Anfang der 1990er Jahre,³⁶ so dass die Aktivist_innen der Centri Sociali immer mehr der Vielfalt der Besucher_innen entsprachen: vorwiegend jung, aber doch heterogener in der Altersstruktur, zusammengesetzt aus Student_innen, Dienstleister_innen, Arbeitslosen, Müttern und Vätern, Prekären sowie Qualifizierten und Unqualifizierten aus den informellen Bereichen der Ökonomie.

34 Guido Martinotti: *Metropoli. La nuova morfologia sociale delle città*, Bologna 1993.

35 Francesco Adinolfi (Hg.): *Comunità virtuali: i centri sociali in Italia*, Roma 1994.

36 Aaster, Centro Sociale Cox 18, Centro Sociale Leoncavallo, Primo Moroni: *Centri sociali: geografie del desiderio. Dati, statistiche, progetti, mappe, divenire*, Milano 1996.

Auch die Verbindung zwischen urbanem Raum und kultureller Innovation lässt sich in den Centri Sociali der 1980er bis 1990er Jahre beobachten,³⁷ dort nämlich, wo experimentiert wurde mit der Eigenproduktion von Musik und Kultur, mit der Verbreitung von Gegeninformationen, mit neuen Formen der Kunst sowie mit den neuen, insbesondere den audiovisuellen Medien. Alle diese Aktivitäten, Kompetenzen und Wissensformen der kulturellen Avantgarde fanden in einem sozialen Umfeld statt, das aufgrund des institutionellen Desinteresses und der Rückständigkeit des italienischen Kultur-Markts, vor allem des Musik-Markts, wenig sichtbar blieb und wenig Austausch mit der Außenwelt unterhielt, jedenfalls nicht im Sinne herkömmlicher Marktbeziehungen. Aus dieser Situation heraus entstand für die Centri Sociali und ihr Umfeld die Notwendigkeit, der Eigenproduktion auch eine entsprechend eigenständige Bestimmung zu geben und sich als *underground* zu verstehen – eine Bezeichnung, die ziemlich genau die ambivalente Position zwischen Marginalität einerseits und kreativer Kraft andererseits trifft.³⁸

Es war vor allem diese Kombination aus zum einen in Wandlung begriffenen sozio-kulturellen und urbanen Kontexten, fehlendem Zugang zu den Institutionen und zum freien Markt, und zum anderen den Chancen des »do-it-yourself«, die in den Jahren 1982 und 1989 zur Entstehung der jeweiligen Generation der Centri Sociali führte.³⁹ Jedes Centro Sociale war daher ein öffentlicher Raum und ein Ort der jugendlichen Identität *sui generis*, da sie sich in ihrem Lebensstil und in ihrem Verhalten dem Umfeld gegenüber unterschieden. Einige versuchten, enge »Beziehungen zum örtlichen Umfeld« zu halten, vor allem zu bestimmten Klassen, Kulturen und sozialen Sprachen, doch im Großen und Ganzen gründeten sie in der Kultur einer neuen Generation, und deren Bezüge waren nun die Kollektivität der Gleichgesinnten und die Netzwerke, einschließlich der noch aufzubauenden italienweiten und internationalen Netzwerke. Dieser Zwiespalt machte aus den Centri Sociali der 1980er Jahre Orte der Spannung zwischen Innen und Außen, zwischen der Selbstvermarktung auf der einen Seite, d. h. Selbstverwirklichung der eigenen kulturellen Bedürfnisse – die vor allem in Begriffen einer gegenhegemonialen Jugendkultur formuliert wurden – und auf der anderen Seite dem Versuch, die zunehmend schwindenden sozialen und räumlichen Beziehungen mit dem Umfeld aufrechtzuerhalten. Diese Spannung war offensichtlich ein Bruch mit dem früheren Aktivismus, da die politische Identität nicht mehr aus dem Klassen-

37 Etwa an der Differenzierung infolge unterschiedlicher Stadtentwicklungen. So hat sich z. B. im Mailand der 1980er Jahre eine anspruchsvolle und für andere Einflüsse der dynamischen Stadt offene kulturelle Gegenhegemonie entwickelt. Dagegen entstand in Turin Anfang der 1980er Jahre – vor allem durch den Niedergang der Gegenkultur im Zuge der Niederlage der Arbeiterkämpfe, die sich am Konflikt zwischen den Metall-Gewerkschaften und den Down-size-Plänen der FIAT-Führung entzündet hatten – eine eher geschlossene und isolierte, aber nicht weniger kreative Szene.

38 In der Zeitschrift Decoder wurde diese Gegenkultur bezeichnet als »eine neue Kommunikationsmethode des »underground«, passend zu den 90er Jahren«, siehe: Decoder, Nr. 2, 1988, S. 66.

39 Für Mailand lassen sich zwei Phasen der Selbstverwaltung unterscheiden: die des »Virus«, eines Centro Sociale junger Punks von 1982 bis 1984, und die des Centro Sociale Leoncavallo in der Via Leoncavallo, das 1975 besetzt und im August 1989 geräumt wurde.

gegensatz gewonnen wurde, sondern aus der Maskerade und Revolutionierung des individuellen Konsums, die in der neuen Jugend- und Protestkultur zu neuen Formen des politischen und kulturellen Widerstands führten.

Jedenfalls liegt die Originalität der selbstverwalteten Jugendkultur Italiens darin, innerhalb eines breiteren kulturellen und sozialen Wandels neue Formen der Bildung, des Lernens und der Politisierung auszuprobieren. Diese Funktion der *Katalysierung und Aktivierung des politischen Protestes*, die mit den Formen dieser neuen Jugendkultur eintraten, zeigte sich in einer Reihe verschiedener Ereignisse. So richtig es ist, dass die politischen Bewegungen und ihre Aktionen in den 1980er Jahren im Rückgang begriffen waren, zumindest was die klassischen Formen politischer Opposition betrifft, so war doch die 77er Bewegung nicht das letzte Aufflammen politischer Massenproteste gewesen.⁴⁰ 1979 entzündeten sich verschiedene Student_innenproteste, und Anfang der 1980er Jahre ließ der breite Protest gegen die Stationierung von Atomraketen auf dem amerikanischen Militärstützpunkt in Comiso, Sizilien, Demonstrationen für den Frieden und gegen die militärische wie zivile Nutzung der Atomkraft wieder aufflammen. Das führte wiederum zur Kampagne für das Referendum gegen die Atomkraft und 1987 schließlich zur Abschaltung aller AKWs. Parallel dazu entstand zudem ab Mitte der 1970er Jahre ein unabhängiges soziales und kulturelles Vereinswesen,⁴¹ das die in der Nachkriegszeit entstandenen katholischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen und Vereine ablöste und all die Neuerungen und Besonderheiten mit sich brachte, die heute als »tertiärer Sektor« zusammengefasst werden.⁴²

Auch die Jugendbewegung hat diese Bewegungen durchquert und sie als Momente der Politisierung, des Experimentierens und des Sammelns von Erfahrungen durchlebt, z. B. in den Anti-AKW-Camps 1983–1984, in der politisierten Punk-Szene, in der Schüler_innen- und Studierendenbewegung, in der Anti-AKW Bewegung 1985–1986, in den ersten Centri Sociali Roms, im Umfeld der Autonomia Operaia, im Widerstand gegen die Umstrukturierung der Städte und gegen die Gentrifizierung des Ticinese-Viertels in Mailand Ende der 1980er Jahre.

Die 1980er Jahre endeten mit einem für die Centri Sociali einschneidenden Ereignis: der Räumung des Centro Sociale Leoncavallo⁴³ in Mailand im September/August 1989 und der darauffolgende Phase von Eskalationen, die erst Mitte der 1990er Jahre abebbten.⁴⁴ Überhaupt veränderte sich in den Jahren 1990 bis

40 Donatella Della Porta: *Movimenti collettivi e sistema politico in Italia. 1960–1995*, Roma/Bari 1996.

41 Beppe De Sario: »Lo sai che non si esce vivi dagli anni ottanta?«. *Esperienze attiviste tra movimento e associazionismo di base nell'Italia post-'77*, in: *Interface: a journal for and about social movements*, Nr. 2, 2009, S. 108–133.

42 Damit sind all die (gemeinnützigen) Gruppen und Vereine, BürgerInnen-Initiativen und NGOs der Zivilgesellschaft gemeint. Anm. d. Ü.

43 Das Leoncavallo in der Via Leoncavallo war eines der bekanntesten und größten Centri Sociali Italiens; es befindet sich heute in der Via Vatteau, hat aber an politischer Ausstrahlungskraft verloren. Anm. d. Ü.

44 Es gab damals in den Groß- und Kleinstädten Italiens ca. 100 bis 200 besetzte Räume, in denen seit Beginn der 1980er Jahre insgesamt wiederum tausende Aktivist_innen organisiert waren. Die Centri Sociali waren

1992 das Verhältnis zwischen Centri Sociali und Außenwelt radikal, vor allem, weil nun eine junge Generation von Aktivist_innen und gewöhnlichen Besucher_innen in die Centri Sociali kam, aber auch wegen des Rückgangs der Studierendenbewegung sowie der Explosion im Bereich der Independent-Musik, die von Ska und Reggae über Raggamuffin und Hip-Hop bis zur elektronischen Musik reichte.⁴⁵

Dieser scheinbare Erfolg brachte indes auch einige nach wie vor ungelöste Probleme der Centri Sociali ans Licht. Auf der kulturellen Ebene war es vor allem die ehemals große Stärke der Centri Sociali: ihre Fähigkeit, neue (jugend-)kulturelle Trends zu setzen und daraus ihre Anziehungskraft zu gewinnen, die zunehmend an Kraft verlor; auch weil die kreative Jugend zunehmend vom freien Markt abgefangen wurde, wenn auch meist in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Des Weiteren wurde die zaghafte Debatte über die Möglichkeiten eines »politisch-sozialen Unternehmertums«, also die Entwicklung ökonomischer Ansätze innerhalb der eigenen Strukturen, schnell aus ideologischen Gründen an den Rand gedrängt.⁴⁶ Die Debatte wurde allerdings im Laufe der 1990er Jahre und im folgenden Jahrzehnt wieder aufgegriffen und vertieft, sie führte dann auch zu neuen Formen der Selbstorganisation.⁴⁷ Und drittens gab es eine subjektive Dimension, die Anfang der 1990er in den Centri Sociali in die Krise geriet. Es gab eine Art Generationenkonflikt, der die Frage des Zusammenkommens unterschiedlicher Bedürfnisse und Erfahrungen von Aktivist_innen unterschiedlicher Generationen betraf. Was anderswo in Europa gelang oder zumindest versucht wurde – z. B. die Integration und Aushandlung unterschiedlicher Vorstellungen und Bedürfnisse (von Selbstständigen und Angestellten, von unterschiedlichen Generationen oder Herkünften sowie von solchen Verhaltensweisen und kulturelle Praxen, die von den in den Centri Sociali der 1980er und 1990er Jahre üblichen abwichen), war in Italien sehr mühsam, zumindest noch bis in die jüngste Vergangenheit.

Es waren vor allem das Fehlen einer *eigenen Ökonomie innerhalb der selbstverwalteten Strukturen* und die *Politik radikaler Differenz* – obwohl deren Verbindung doch das Vertrauen in eine kooperative Praxis hätte stützen können, das dazu führte, dass das Schlüsselthema der Centri Sociali von den 1980ern bis Mitte der 1990er Jahre: die *Selbstverwirklichung*, obwohl durchgehend gestreift, letztlich doch unverwirklicht blieb. Der Begriff der Selbstverwirklichung ist ein proklamatorischer und zugleich ein im Sprachgebrauch der radikalen und der autono-

durch die Öffnung der Underground-Kultur sowie durch die ihre eigene Kulturpolitik mit z. T. äußerst hochwertigen Musik- und Konzertangeboten zum Auffangbecken geworden für die Bedürfnisse tausender Jugendlicher. Sie zogen dadurch auch die Aufmerksamkeit des Mainstreams und einer im Wandel begriffenen Kulturproduktion (von den Musiklabels bis zu MTV-Italia) auf sich; so wurden sie in einer bestimmten historischen Phase zu einer Art Türöffner der Alternativkultur.

45 Francesco Adinolfi: *Suoni dal ghetto*. Genova 1989; Carlo Branzaglia u. a.: *Posse italiane. Centri sociali, underground musicale e cultura giovanile degli anni '90 in Italia*. Firenze 1992.

46 Primo Moroni u. a.: *Centri sociali: che impresa! Oltre il ghetto: un dibattito cruciale*. Roma 1995.

47 Die sich allerdings unterscheiden von den Formen heutigen fair-trades, die durchweg entlang der Produktionskette ausgerichtet sind, von der Finanzierung über die Vertriebswege bis zum Verhältnis von Produzenten und Konsumenten.

men Linken vielleicht sogar abwesender Begriff, zumindest was die Fakten und die Quellen angeht; vielleicht ist der Begriff aber auch einfach unaussprechlich geworden, vor allem durch das Yuppietum, die Raffgier und den selbstbezogenen Individualismus welche ebenfalls die 1980er Jahre prägten. Jene Formen der Selbstverwirklichung stellen jedenfalls nur die hegemonialen unter den damals aufkommenden und sehr unterschiedlichen Subjektivitäten dar und schließen keineswegs die Möglichkeit alternativer Formen aus. Letztlich hat das Verlangen nach Selbstverwirklichung, wenn man sich die Biographien der damaligen Protagonist_innen ansieht, lange Zeit die Praxis der jungen und weniger jungen Aktivist_innen bestimmt.

Schluss

Die Reflexion über die Bedingungen, eine Geschichte der 1980er Jahre Italiens zu schreiben, wurde hier verbunden mit der Analyse einer bestimmten und in gewisser Hinsicht minoritären politischen Szene.

Was die Geschichte der Bewegung betrifft, so sind die vorgestellten Erfahrungen mehr als eine unbedeutende oder gar rein nostalgische Reminiszenz an die radikalen Bewegungen der 1970er Jahre. Die Jugendkultur der 1980er Jahre hat vielmehr gegenhegemoniale Projekte vorgeschlagen, Projekte, die auf den kulturellen und ideologischen Wandel des neuen Jahrzehnts antworteten, indem sie die Herausforderung eines Neoliberalismus angenommen hatten, der sich auf Individualismus, Eigenverantwortung und der Finanzialisierung neuer Bereiche gründete und darin nicht mehr den klassischen sozio-ökonomischen Konfliktlinien des Fordismus folgte. Die Jugendbewegungen der 1980er Jahre sind dabei ihrerseits auf neues, kulturelles Terrains gewechselt, um von hier aus einen oppositionellen, subversiven und vor allem kulturellen Umgang mit den Herausforderungen zu finden.

Was zum anderen die Reflexion auf die Bedingung betrifft, eine den 1980er Jahren angemessene Geschichte schreiben zu können, so ist es zweifellos notwendig, in die Geschichtswissenschaft neue Themen und Quellen einzuführen und eine Ergänzung im starken, theoretischen und zugleich politischen Sinne mitzubringen, d. h. einen Zusatz, der über den herkömmlichen Horizont hinausgeht, ganz so wie die Geschichte der Frauen,⁴⁸ die Gender- oder die Postcolonial-Studies in das Feld der Sozial- und Humanwissenschaften eingedrungen und zugleich über sie hinausgegangen sind, indem sie durch ihre Fragen, insbesondere nach den Praxen der Subjektivierung und der Selbstermächtigung, diejenigen Grenzen in Frage gestellt haben, mit denen diese Disziplinen ihren den Gegenstand und ihr Subjekt zu definieren versuchten.

48 Joan W. Scott: »La storia delle donne«, in: Peter Burke (Hg.): *La storiografia contemporanea*, Roma/Bari 1993.

Doch was bleibt von der Jugendbewegung der 1980er Jahre? Wenn wir sie als Element der Vermittlung und der kulturellen Übersetzung und Überlieferung betrachten, so lassen sich verschiedene Spuren finden und entsprechende Forschungshypothesen formulieren. Zunächst verdankt ihr der heutige radikale Aktivismus seine wichtigsten Charakterzüge: das Networking, die Kulturpolitik, die internationale Orientierung, die Politisierung neuer Lebensbereiche und die Politik der Gegenhegemonie statt der antagonistischen Konfrontation. Auf den zweiten Blick wird eine zwar unvollständige und nur partielle, aber gleichwohl lebendige und fruchtbare Auseinandersetzung sichtbar mit den toten Enden und den losen Strängen der 1970er Jahre, mit ihren Niederlagen und historischen Widersprüchen, mitunter auch mit der persönlichen Trauer sowie der Trauer einer ganzen Generation, kurz, mit all den kulturellen und gesellschaftlichen Traumata, die immer noch im öffentlichem Diskurs über das »Jahrzehnt der Bewegungen« gegenwärtig sind. Und schließlich gibt es ebenso ambivalente wie wesentliche Beziehungen zur Zivilgesellschaft und einer kritischen Mittelschicht, eine Beziehung zwischen gegenseitiger Anerkennung und Streitigkeiten, die aber eher einem Streit innerhalb der Familie gleichen. Diese Beziehungen haben zur Legitimierung von Formen nicht-institutioneller Politik, der Politisierung des Gemeineigentums und von neuen Formen des sozialen Zusammenlebens geführt, nachdem es lange Zeit einen großen ideologischen Abstand zwischen den beiden Bereichen gegeben hatte. Dies insbesondere bevor derjenige Austausch und diejenige Vermischung stattgefunden hatten, für welche die globalisierungskritische Bewegung (»alterglobalista«)⁴⁹ und der Protestzyklus standen, der 1999 mit der »Schlacht von Seattle« anfang und sich 2001 in Genua⁵⁰ fortsetzte.

Wovon sprechen wir also letztlich, wenn es um die Bewegung der 1980er Jahre geht? Vom Ende des Kampfes gegen das Kapital, das System und den status quo zugunsten von Identitätspolitik, von Teilbereichskämpfen und bloßer Kulturpolitik, sowie, auf Seiten der Institutionen, von bloßer Verwaltung und Governance? Eine geschichtliche Untersuchung dieser Phänomene könnte an die üblichen soziologischen Kategorisierungen anschließen, sie könnte aber auch Distanz nehmen und einige davon historisieren. So ist zum Beispiel die Jugendbewegung weniger durch ihre Unvernehmlichkeit gegenüber dem Staat und gegenüber den Dynamiken des politischen Systems gekennzeichnet, sie zeichnet sich vielmehr durch ihr Zusammenspiel mit der Politik der Bürger_innen-Initiativen und der Kultur zivilgesellschaftlichen Engagements aus. Beide gehen zudem über den

49 Das »alter« globalista (statt »anti«) markiert, dass nicht gegen die Globalisierung, sondern für eine andere Globalisierung gestritten und gekämpft wird. Anm. d. Ü.

50 Donatella Della Porta: *I new global. Chi sono e cosa vogliono i critici della globalizzazione*, Bologna 2003; Kevin McDonald: *Global Movements. Action and culture*, Oxford 2006; Michel Wievorka: *Un autre monde... Contestations, dérives et surprises dans l'antimondialisation*, Paris 2003; Beppe De Sario: *Narrazioni transnazionali. Rappresentazione e racconto nei movimenti alterglobalisti*, tra traduzione culturale e attivazione della protesta, in: *Partecipazione e conflitto*, Nr. 2, 2009, S. 135-162.

Rahmen national-staatlicher Beschränkungen hinaus. Entsprechend sollte auch die Geschichtsschreibung sich einer vergleichenden Analyse auf gesamteuropäischer Ebene sowie neuen Begriffen und Kategorien der Interpretation öffnen, vor allem in Hinsicht auf die Mechanismen der Politisierung, die Praktiken politischer Teilnahme sowie in Hinsicht auf die Schnittstelle von Politik und Kultur. Das ist nicht nur notwendig, weil vor allem im Zuge der globalisierungskritischen und der »Eine andere Welt ist möglich«-Bewegung mittlerweile ein weniger identitätspolitisch und partikularistisch eingestelltes politisches Bewusstsein zurückkehrt. Es geht vor allem darum, die Enge der herkömmlichen Sichtweise auf die kulturellen wie gegenkulturellen Lebensbereiche und Lebensstile aufzubrechen, die beide Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre als Zeichen des Endes des Universalismus der Moderne interpretiert wurden sowie als Symptome der Krise derjenigen modernen Politik, die noch die Generation der Nachkriegszeit, insbesondere die des Westens, kannte.

(Übersetzung Cinzia Rivieri und Frank Engster)

Zur Anatomie urbaner Ausschreitungen: Großbritannien unter Margaret Thatcher

Mit diesem Aufsatz möchte ich mich einem Phänomen widmen, das von zahlreichen Kommentatoren als ein wiederkehrendes Problem der britischen Gesellschaft wahrgenommen wird: urbane Ausschreitungen, vor allem in Form sogenannter Rassenunruhen. Diese Ausschreitungen und Gewaltausbrüche finden vorwiegend in jenen innerstädtischen Bereichen statt, die soziale Benachteiligung erfahren haben. Diese Benachteiligung resultierte aus einem Exodus der »weißen« Bevölkerung. Nun findet man in diesen Bezirken eine große Anzahl ethnischer Minderheiten vor.

Als erste Ausschreitungen im Großbritannien der Nachkriegszeit, die diesem Typus entsprechen, gelten die Unruhen von Notting Hill (einem Stadtbezirk im Westen Londons) im Jahr 1958. Sie liefen parallel zur ersten großen Einwanderungswelle »nicht-weißer« Bevölkerungsgruppen, die Großbritannien traf. Fast eine Woche lang gerieten junge Neofaschisten und Einwanderer von den westindischen Inseln aneinander.¹ Dasselbe Muster ließ sich dann auch bei anderen Anlässen beobachten. Zu einem großflächigen Phänomen avancierten diese Auseinandersetzungen jedoch erst während der Amtszeit von Margaret Thatcher: Liverpool, Birmingham London und Manchester, um nur einige Städte zu nennen, wurden regelmäßig von Ausschreitungen heimgesucht. Dabei brachen Konflikte zwischen einzelnen Communities oder Jugendlichen und der Polizei aus und hielten trotz der Maßnahmen, die gegen solchen Unruhen getroffen worden waren, an.

Ich werde zunächst einen Überblick über jene Ausschreitungen geben, die die höchste symbolische Aufladung erfahren haben, und mich dabei auf die Entwicklung der zwei großen Wellen 1981 und 1985 konzentrieren. Eine Aufzählung jeder einzelnen Ausschreitung wäre unnötig repetitiv und würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. In einem zweiten Schritt möchte ich daher versuchen, die Gründe für die Auseinandersetzungen in den 1980er Jahren zu bestimmen, und zu eruieren, ob einerseits die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Konservative Partei als Heilmittel verabschiedete, im Einklang mit den Vorschlägen der Untersuchungsberichte [die nach den Unruhen von verschiedenen Kommissionen erstellt worden waren; Anm. der Übersetzerin] standen und ob anderer-

1 The Exploring 20th Century London Project:
<http://www.20thcenturylondon.org.uk/server.php?show=conInformationRecord.161> – zuletzt besucht am 17.06.2008.

seits diese Maßnahmen als Teil der Antwort auf Gewaltausbrüche betrachtet werden müssen oder gar ein zusätzlicher Grund für den Aufruhr waren.

Die Ereignisse – ein Überblick

Einige Wochen nachdem Enoch Powell (der bereits zuvor in der als »Rivers-of-Blood-Rede« bekannt gewordenen Ansprache vom 20. April 1968 die Einwanderung aus dem Commonwealth sowie die geplante Antidiskriminierungsgesetzgebung kritisierte) gewarnt hatte, dass Großbritannien schon bald durch einen »Rassenkrieg« zugrunde gerichtet werden würde, brachen am 10. April 1981 gewalttätige Auseinandersetzungen in Brixton in Südlondon, der heimlichen Hauptstadt der britischen afrokaribischen Community, aus.² Als Initialzündung der Ausschreitungen gilt die »Operation Swamp 81«, die von der Polizei in der Gegend von Lambeth durchgeführt worden war. Polizeibeamte in Zivilkleidung, die für die Aufgabe, der steigenden Diebstahlkriminalität in den Straßen dieses Stadtteils Herr zu werden, abgestellt worden waren, kontrollierten und durchsuchten eine große Anzahl junger Schwarzer, die bereits zuvor über Polizeiwillkür und Schikaniierungen geklagt hatten. Die Unruhen begannen, als ein schwarzer Jugendlicher von der Polizei festgenommen wurde.³ In Liverpool flammten die Unruhen im Stadtteil Toxteth auf, als Jugendbanden und die Polizei am 4. und 5. Juli 1981 aufeinanderprallten. Schwarze Jugendliche protestierten gegen die Drangsalierungen durch die Polizei, als deren Opfer sie sich fühlten: Es wurde gemutmaßt, dass es sich die Polizei zur Gewohnheit gemacht habe, den Jugendlichen Drogen unterzuschieben, sie daraufhin wegen trivialer Vergehen zu verfolgen und sie dann zu durchsuchen. Auch hier war die Durchsuchung eines schwarzen Jugendlichen der Grund für den Beginn der Unruhen. Nachdem die Polizei in die Offensive gegangen war, mehrten sich Beschuldigungen übermäßiger Brutalität. So wurde während einer rücksichtslosen motorisierten Verfolgungsjagd, die auch vor großen Menschenmengen nicht Halt machte, ein 22-jähriger »Weißer« mit Handicap überfahren und getötet. Erstmals machte die Polizei auch außerhalb Nordirlands von Tränengas Gebrauch.⁴ Am 10. und 11. Juli begannen die Konflikte in Handsworth, einem Stadtbezirk von Birmingham. Anlass war auch hier die Verhaftung eines Mannes im Kontext von »Rassenspannungen« zwischen der schwarzen und der wohlhabenderen asiatischen Community, die Seite an Seite in dem Bezirk lebten.⁵ Es sollte hervorgehoben werden, dass die Polizei aufgrund des großflächigen Drogenhandels in der Gegend aktive Präsenz zeigte; dies wird sicherlich zum

2 »Brixton Streets Boil for the Fourth Night«, in: The Times, Dienstag, 14. April 1981, S. 1.

3 Metropolitan Police: http://www.met.police.uk/history/brixton_riots.htm, zuletzt besucht am 23.06.2008.

4 BBC: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/1419981.stm>, zuletzt besucht am 23.06.2008.

5 »Handsworth Mob Run Riot«, in: The Birmingham Post, Nr. 39, 339, Dienstag, 10. September 1985, S. 1.

Aufflammen des Protestes beigetragen haben.⁶ Der Daily Telegraph beschrieb das Ereignis sogar als den ersten »Drug Riot« und argumentierte, dass Drogendealer auf gewalttätige Mittel zurückgegriffen hätten, um sich gegen die drastischen Maßnahmen, mit denen ihnen die Polizei zu Leibe rückte, zur Wehr zu setzen.⁷ Grundtenor war also, die Ausschreitungen als kriminelle Handlungen zu stigmatisieren, wie dies von Regierungsseite geschah, und damit die Gründe für die Auseinandersetzungen ebenfalls als kriminelle Akte zu bestimmen. Schließlich mündete eine Polizeiaktion in der sozial vernachlässigten Gemeinde Broadwater Farm in Tottenham, Nordlondon, am 5. und 6. Oktober in einem Fiasko und markierte den Beginn gewaltsamer Auseinandersetzungen. Während eines Einsatzes starb eine erkrankte schwarze Frau: Sie war von der Polizei gestoßen und geschubst worden und hatte nicht rechtzeitig medizinische Hilfe erhalten. Die Ausschreitungen, die folgten, hatten offensichtlich das Ziel, für die Polizeiaktion Vergeltung zu üben.⁸

Im Jahr 1985 folgte eine nächste Welle von Ausschreitungen. Auch hier wurde der Kriminalitätsdiskurs bedient. In Handsworth verdingten sich Jugendliche westindischer Abstammung, die große ethnische Minderheit dieses Viertels, im Drogenhandel, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Eine polizeiliche Maßnahme, die schon seit Monaten lief, sollte das Problem lösen. Am 9. September löste die Ingewahrsamnahme eines schwarzen Mannes einen Aufruhr aus und brachte ungefähr 100 Mitglieder der schwarzen und westindischen Minderheiten sowie einige »Weiße« des Viertels auf die Straße. Drei Wochen später führte die Polizei eine Razzia in Brixton durch und erstürmte dabei die Wohnung eines Schwarzen. Als die Polizei das Feuer eröffnete, wurde die Mutter des Verdächtigen schwer verletzt. Dies führte in den folgenden zwei Nächten zu schweren Ausschreitungen. Die Polizei sah sich mit hunderten gewaltbereiten Demonstrierenden konfrontiert.⁹ Am 1. Oktober brachen auch in Toxteth wieder Unruhen aus. Der Kontext war hier die Gerichtsverhandlung gegen vier Männer aus der Community. Die Situation wurde dadurch angefacht, dass sich die involvierten Spezialeinheiten, die operationale Unterstützungsabteilung, äußerst provokativ gaben. Führende Mitglieder der Community und der Kirche mussten intervenieren, um ein Ende der Unruhen zu erwirken.¹⁰

Innenstädte waren offensichtlich der bevorzugte Schauplatz für Ausschreitungen, und die Protagonisten, die diese Schaustätte bespielten, ausnahmslos junge Männer mit unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit, die sich durch diese ungewöhnlich gewaltsamen Handlungen ausdrückten (die Todesfälle, die als Folge

6 Ellis Cashmore: »The Handsworth Riots«, in: Marxism Today, Oktober 1985,

http://www.amielandmelburn.org.uk/collections/mt/pdf/85_10_02a.pdf, zuletzt besucht am 11.04.2010.

7 BRAP: <http://www.brap.org.uk/content/view/141/97/>, zuletzt besucht am 11.04.2010.

8 »Death Riot«, in: Hackney Gazette and North London Advertiser, Nr. 16, 198, Dienstag, 8. Oktober 1985, S. 1.

9 The Birmingham Post, Nr. 39, 339, S. 1.

10 »Toxteth Mob Rages Again«, in: Liverpool Echo, Nr. 32, 785, Mittwoch, 2. Oktober 1985, S. 2-4.

dieser Auseinandersetzungen zu verzeichnen waren, sollten nicht aus den Augen verloren werden: beispielsweise der Tod eines Polizisten in Broadwater Farm 1981,¹¹ eines Zivilisten in Toxteth im selben Jahr sowie zweier Zivilisten in Handsworth 1985¹²).

Es scheint deshalb gerechtfertigt, die Gründe für diese Ausschreitungen näher zu definieren – insbesondere im Hinblick auf die ihnen folgenden Interpretationen durch die Untersuchungsberichte und die politischen Maßnahmen der Thatcherregierung zum Umgang mit innerstädtischen Unruhen.

Ursprung der Unruhen und Lösungskonzepte: Angemessen oder eine Zumutung?

Zunächst ist es wichtig, das sozio-strukturelle und das umweltbedingte Milieu, in dem die Unruhen ausbrachen, zu beleuchten. Innerstädtische Bezirke waren zu diesem Zeitpunkt in teilweise desolaten Zuständen und die benachteiligsten Gebiete Großbritanniens. Dienstleistungen (im Bereich Gesundheit, Bildung, öffentliche Wohlfahrt, Erholung und Transport) sowie Geschäfte waren quasi nicht-existent; sie waren von Arbeitslosigkeit, Verbrechen und Armut stärker betroffen. Die Bevölkerung galt als vergleichsweise unterprivilegiert – gleichgültig, ob sie sich aus weißen oder Minderheitscommunities zusammensetzte. Die Einwohner solcher Gebiete erlitten häufig sozio-spatiale Diskriminierung und Ausgrenzung – den Gebieten, in denen sie lebten, haftete ein negatives Image an – sowie ethno-kulturelle Benachteiligung.¹³

Im Jahr 1981 setzte die Regierung eine Kommission unter dem Vorsitz von Lord Scarman ein, um die Ereignisse, die in Brixton vorgefallen waren, zu untersuchen. Die Hauptaussage des Scarman-Berichtes, der im Dezember desselben Jahres veröffentlicht wurde, präziserte, dass diese »spontanen«¹⁴ Ausschreitungen die logische Konsequenz dieser Diskriminierungen gewesen seien, ob nun rassistisch bedingt oder nicht, und im Kontext von Arbeitslosigkeit, Wohnungsbeschaffung und Chancengleichheit verortet werden müssten. Kurz gesagt, sie seien die Konsequenz aus der extremen Not, die die Protagonisten der Revolten litten. Scarman befürwortete Maßnahmen, die auf die sofortige Abschaffung dieser Übel zielten; sie sollten oberste Priorität genießen.¹⁵ Die Ergebnisse des Berichts deckten sich mit jenen der Kerner-Kommission, die von Präsident Johnson eingerichtet worden war, um die Gründe für die sozialen Unruhen zu eruieren, die 1967 in

11 »Death Riot«, S. 1.

12 »Handsworth Mob Run Riot«, in: The Birmingham Post, Nr. 39, 339, Dienstag, 10. September 1985, S. 1.

13 Paul Lawless: Britain's Inner Cities, London 1989, S. 20.

14 Lord Scarman: The Brixton Disorders 10-12 April 1981: Report of an Enquiry, Hardsmondsworth 1982, S. 195.

15 Ebd., S. 210.

den USA stattgefunden hatten.¹⁶ Im Scarman-Report fand man zudem Bezüge zum Bericht des Hunt-Komitees über Immigranten in der Jugendfürsorge, der 1967 veröffentlicht worden war. Dieser Bericht besagte, dass, wenn die Nation nicht den Ausbruch neuer rassistischer Konfrontation erleben wolle, es notwendig sei, rassistische Vorurteile abzubauen und die Spaltung zwischen Minderheitencommunities und der Gesamtgesellschaft zu verhindern.¹⁷ Zwar verteidigten die Berichte die Maßnahmen der Polizei, insistierten aber gleichzeitig auf der Tatsache, dass der Polizei eine Teilschuld an den Ausschreitungen zuzusprechen sei, manchmal aufgrund ihrer ineffizienten Arbeit, häufiger aber noch aufgrund der unsensiblen Art, mit der die Einwohner dieser maroden Viertel behandelt wurden, sowie ihres provokativen Verhaltens (dieses Verhalten zeigte sich auch außerhalb konfliktbehafteter Situationen).¹⁸ Abgesehen von der Tatsache, dass einige Polizeibeamte Rassisten seien,¹⁹ argumentierte Scarman, dass das Problem an die ungenügende Repräsentation der Minderheitencommunities innerhalb der Polizei geknüpft sei.²⁰ Dem Justizministerium zufolge waren 1986 lediglich 0,7 Prozent der Polizeibeamten Schwarze oder asiatischer Herkunft.²¹ Obwohl der Scarman-Bericht vom politischen Mainstream begrüßt wurde, las der rechtsgerichtete *Daily Mail* aus dem Report, dass die Polizei zukünftig »Black Crime« zu ignorieren habe und es keine positive Diskriminierung geben solle. Die Linke hingegen kritisierte jenen Teil der Analyse, der sich auf rassistische Pathologien schwarzer Menschen stütze und verfehlt habe, den Antagonismus zwischen der Bevölkerung und der Polizei aufzuklären. Bowling, Parmar und Caretta formulierten es so: »Für diese Kommentatoren waren ein Fortbestehen der Frustration und Wut unausweichlich und weitere Unruhen sehr wahrscheinlich, sollte die Polizei nicht unter eine demokratische Kontrolle gebracht werden können.«²²

Nach den Krawallen von Handsworth im Jahr 1985 verwarf die Regierung nachdrücklich alle Ideen einer neuen Untersuchungskommission nach dem Vorbild von 1981 und gab sich mit einem Bericht zufrieden, der vom Vorsitzenden der Polizeibehörde der West Midlands, Geoffrey Dear, zusammengestellt worden war. Dessen Fazit lautete, dass die Hauptschuld den kriminellen Aktivitäten der Drogendealer zuzusprechen sei. Allerdings wurden daneben noch zwei unabhängige Berichte veröffentlicht: Der Silverman-Bericht – für den Stadtrat von Julius

16 Otto Kerner und United States Kerner Commission: The 1968 Report of the National Advisory Commission on Civil Disorder, New York 1988.

17 Department of Education and Science: Youth and Community Work in the 70s: Proposals by the Youth Service Development Council (The »Fairbairn-Milson Report«), London, HMSO, 1969, Auschnitte aus den Informal Education Archiven, vgl. http://www.infed.org/archives/gov_uk/ycw70_intro.htm, zuletzt besucht am 17.08.2008.

18 Scarman, S. 112.

19 Scarman zufolge gab es indes keinen institutionellen Rassismus innerhalb der Polizeibehörde, vgl. ebd., S. 198.

20 Ebd., S. 122.

21 Ministry of Justice: 2007.

22 Ben Bowling/Alpa Parmar/Carety Phillips: »Policing Ethnic Minority Communities«, in: Tim Newburn (Hg.): Handbook of Policing, Devon 2003, S. 532.

Silverman zusammengestellt, einem Politiker der Labour-Partei – argumentierte, dass die Belästigung und Drangsalierung durch Polizei, Arbeitslosigkeit sowie Diskriminierung Hauptgründe für die Ausschreitungen gewesen seien und dass als Konsequenz soziale Maßnahmen vonnöten seien; ein weiterer Bericht wurde von schwarzen Intellektuellen und anderen Persönlichkeiten für den Grafschaftsrat der West Midlands verfasst. In ihm wurde Rassismus als Hauptgrund für die Ausschreitungen benannt und argumentiert, dass, da die westindische Bevölkerung von der Gesamtbevölkerung ausgeschlossen worden sei, an ihrer Integration gearbeitet werden müsse.²³ Somit wurden drei Untersuchungen durchgeführt, die zu drei unterschiedlichen Ergebnissen führten.

Die Gründe für das Phänomen innerstädtischer Ausschreitungen sind nach wie vor umstritten und werden debattiert. In seiner Studie über Innenstädte der frühen 1980er Jahre zitiert Harrison einige Beteiligte der »Dalston Riots« vom Juli 1981. Beklagt wurde die Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Polizeigewalt, es war sogar die Rede von Kolonialismus und Sklaverei:

»Jeden Morgen gehe ich hinunter zur Zeitarbeitsfirma. Die ganze Woche über gab es dort bloß zwei Jobs. Seit Thatcher da ist, geht es nur noch bergab [...].«²⁴ (Siebzehnjähriges Mädchen mit vier Bestnoten im Certificate of Secondary Education²⁵, seit zehn Monaten arbeitslos.²⁶)

»Du kannst gar nicht gewinnen. Wenn du als Schwarzer ein schönes Auto fährst, fragt die Polizei, woher du das Geld hast, um es fahren zu können. Wenn du eine Goldkette hast, fragt sie, wo du sie geklaut hast. Wir versammeln uns gerne in kleinen Clubs, trinken was und hören Musik, und was macht die Polizei? Sie schließt sie, und so sind wir alle auf der Straße. Und was passiert, wenn sie dich zu fassen kriegen? Sie schleudern dich in den Van, sie sagen, kommt her, ihr Häschen. Sie spielen »Finde des schwarzen Mannes Eier«. Sie behandeln uns wie die Tiere, Mann, sie behandeln ihre Hunde besser als uns. Sie treten dich, bis du krankenhausreif bist, und stecken uns zum Verrotten in den Knast. Sie denken, sie haben in ihren Uniformen immer Recht.«²⁷

23 City of Birmingham: Area Studies Handsworth/Soho/Lozells, Birmingham 1987, S. 4-5.

24 »I go down to the temp agency every morning. There's only been two jobs going there all week. Since Thatcher's come in, everything's just fallen [...].«

25 Das Certificate of Secondary Education wurde 1988 durch das General Certificate of Secondary Education (GCSE) ersetzt. Die Prüfung wird im Alter zwischen 14 und 16 abgelegt und entspricht in etwa dem deutschen Realschulabschluss (Anmerkung der Übersetzerin).

26 zitiert nach P. Harrison: Inside the Inner City: Life under the Cutting Edge, Dritte Auflage, Middlesex 1992, S. 351.

27 Jugendsachbearbeiter, zitiert nach Harrison, S. 351 »You can't win. If a black person drive a nice car, the police say, where you get the money to drive that? You wear a gold chain, they say, where do you thief that? We like to gather in a little place and have drink and music, so what the police do? They like to close it down, so we all on the street instead. And what happen when they get hold of you? They fling you in the van, they say, come on you bunnies. They play find the black man's balls. They treat us like animals, man, they treat their dogs better than they treat us. They kick the shit out of us and put us inside to rot. They think they are OK in their uniforms.«

Allerdings war es offensichtliches Ziel der Thatcher-Regierung, die Erklärungen, die von sozialen Gründen für die Unruhen ausgingen, auf ein Minimum zu beschränken, und stattdessen auf der kriminellen Natur der Unruhestifter zu beharren. Daher könne das Problem auch nur durch Polizeikräfte gelöst werden. Es bestand Konsens darin, dass die »Zivilisierten« die »Unzivilisierten« nur mit Gewalt auf ihre Seite bringen könnten.²⁸ Als erstes, noch bevor der Scarman-Bericht veröffentlicht worden war, richtete die Regierung eine Eingreiftruppe (Immediate Response Unit) innerhalb der Polizei ein, die in der Lage sein sollte, schnell und unmittelbar urbane Unruhen zu bekämpfen.²⁹ Zudem wurde die Polizei mit adäquaterer Ausrüstung ausgestattet, um mit den Ausschreitungen umzugehen.³⁰ Das Einzige, was die Regierung aus dem Bericht zu übernehmen bereit war, waren die dort empfohlenen Sicherheitsmaßnahmen.³¹ Zwei von diesen Empfehlungen wurden entsprechend im 1984 verabschiedeten Police and Criminal Evidence Act 1984 implementiert: die Konsultation zwischen Polizei und lokalen Behörden und die Stärkung von Rechten der Polizei im Bezug auf Verhaftungs- und Durchsuchungsmaßnahmen.³² Darüber hinaus wurde nach dem Public Order Act von 1986 zwischen fünf verschiedenen Straftaten gegen die öffentliche Ordnung unterschieden, nämlich Zusammenrottung, Landfriedensbruch, Krawall, Einschüchterung oder Anstachelung zu Gewalt, Bedrohung, Verängstigung und Bedrängnis. In anderen Worten: Hier wurde das Werkzeug geschaffen, mit dem die Strafverfolgungsbehörden gestärkt werden sollten.³³ Zum dritten, und hier spielten die Ereignisse in Handsworth von 1985 eine Rolle, übernahm die Regierung ausschließlich die Empfehlungen des Berichtes des Polizeivorsitzenden der West Midlands. Dieser Bericht war ein wahrer Segen für die Regierung, da er ausschließlich die Drogendealer der Entfacher der Unruhen beschuldigte. Sie, so war zu lesen, wollten ihre Geschäfte retten – eine Interpretation, die vom Silverman-Bericht abgelehnt wurde. Außerdem wurde behauptet, die Beziehungen zwischen der lokalen Bevölkerung und der Polizei seien gut. Auch hier sahen die Empfehlungen ausschließlich Maßnahmen im Sicherheitssektor vor. Dies ist auch der Grund dafür, dass sich der Innenminister und nicht der Minister für kommunale Angelegenheiten zu den Ausschreitungen von 1985 zu Wort meldete: Douglas Hurd sagte über die Ereignisse in Handsworth, dass diese »kein Schrei um Hilfe, sondern ein Aufruf zur Plünderung«³⁴ gewesen seien. Allerdings betonte auch der Silverman-Bericht,

28 John Gaffney: »Programmes of Perception: An Analysis of the Police Report into the Riots in Handsworth, Birmingham in September 1985«, in: Monica Charlot (Hg.): *Britain's Inner Cities*, Paris 1994, S. 88.

29 Hansard: http://hansard.millbanksystems.com/written_answers/1982/jun/08/policeimmediate-response-units, zuletzt besucht am 16.08.2008.

30 Margaret Thatcher: *The Downing Street Years 1979-1990*, New York 1993, S. 195.

31 Scarman, S. 112.

32 Elizabeth II, *Public General Acts and Measures of 1984* (Teil III, Kapitel 50-62), London, HMSO, 1985, *Police and Criminal Evidence Act 1984*, Spalte 60, Sektion 24 (4)-24(5).

33 Elizabeth II, *Public General Acts and Measures of 1986* (Teil IV, Kapitel 60-68), London, HMSO, 1987; *Public Order Act 1986*, Spalte. 64, Teil I, III.

dass Sicherheitsmaßnahmen in Erwägung gezogen werden sollten, insistierte aber darauf, auch soziale Maßnahmen hinzuzufügen.³⁵

Man mag die Sinnhaftigkeit einer Politik bezweifeln, die es der Polizei überließ, das Problem der Ausschreitungen zu lösen. Sowohl der Silverman-Bericht³⁶ als auch der von Scarman³⁷ betonten zwei Dinge: den Mangel an Sensibilität von Seiten der Polizei und ihre schikanierenden Handlungsweisen. Das Verhalten der Polizei habe somit zu dem Ausbruch der Unruhen beigetragen, so der Tenor. Auch Dilys Hill zieht in ihrem Buch dieselben Schlüsse. Sie benennt die Art und Weise, wie die Polizei in tagtäglichen Situationen operierte, als eine der Hauptursachen für die Krawalle: Die Ordnungshüter schienen zu bestimmen, wer und wer nicht sich auf der Straße aufhalten durfte und unter welchen Bedingungen dies zu geschehen hatte. Dies führte zu einer Verschlechterung des Verhältnisses der Polizei zu den Bürgern. Diejenigen, die von der Polizei kontrolliert wurden, klagten über Schikanen und Drangsalierung.³⁸ Wenn man sich die Forschung zum Verhältnis zwischen Polizei und Öffentlichkeit näher anschaut, fällt auf, dass die Mehrzahl derjenigen, die von der Polizei kontrolliert worden sind, junge Menschen, Arbeitslose oder Angehörige ethnischer Minderheiten waren — in vielen Fällen eine Kombination von allen dreien. Der Übereifer, mit dem die Polizei hier ans Werk ging, hat zweierlei Gründe. Auf der einen Seite hatte die Polizei es mit mehr Kriminalität von jenen zu tun, die jung waren und aus unterprivilegierten Gegenden kamen. Auf der anderen Seite war die Polizei mit Vorurteilen belastet, die insbesondere junge Männer mit ethnischem Hintergrund betraf — insbesondere aber Schwarze.³⁹ In der Tat wurden letztere hauptsächlich mit »Jugendkultur« und sogar »Gang Culture« assoziiert. Von ihnen wurde somit ein Bild gezeichnet, das sie als Herumtreiber charakterisierte. Sie würden besonders gerne zusammen auf der Straße herumhängen, laute Musik hören, ohne dabei darauf Rücksicht zu nehmen, ob andere sich gestört fühlen, Markenbekleidung und Accessoires tragen und nur Oberklassewagen fahren. Darüber hinaus lebten viele von ihnen vom Drogenhandel.⁴⁰ Diese Jugendlichen stellten in den Augen einiger insofern eine Gefahr für die Gesellschaft dar, als sie eine anti-britische⁴¹, deviante Kultur verkörpern würden. All das waren also gute Gründe für die Polizei, sie als potentielle Verdächtige zu betrachten. Der Scarman-Bericht wies den Vorwurf zurück, die Polizei würde explizit rassistisch handeln,⁴² aber das war nicht wirklich überraschend. In den

34 zitiert nach: Earl Aaron Reitan: *The Thatcher Revolution*, Margaret Thatcher, John Major, Tony Blair and the Transformation of Modern Britain, 1979–2001, Oxford 2003, S. 109.

35 City of Birmingham, S. 4.

36 City of Birmingham, S. 4-5.

37 Scarman, S. 198.

38 Dilys M. Hill: *Citizens and Cities: Urban Policy in the 1990s*, Hertfordshire 1994, S. 136.

39 Hill, S. 151.

40 T. Modood et al.: *The Fourth National Survey of Ethnic Minorities, Ethnic Minorities in Britain: Diversity and Disadvantage*, London 1997, S. 347.

41 Lawless, S. 19.

42 Vgl. Scarman.

1950er Jahren waren rassistische Töne in den offiziellen Dokumenten durchaus gängig, so wie man dies in einem vom Innenministerium veröffentlichten Bericht über »Coloured People«, die im Vereinigten Königreich nach Arbeit suchten, nachlesen kann. So machte man sich in diesem Bericht Gedanken über eine Zukunft mit einem Anstieg von Drogenhandel und Krawallen, unmoralischer Lebensführung und Abhängigkeit von Sozialhilfe,⁴³ und in den 1960er Jahren gingen Polizisten sogar »Nigger-hunting«, um den damaligen Jargon zu gebrauchen.⁴⁴ Wie Publikationen des Centre for Contemporary Cultural Studies hervorheben, wurden schwarze Menschen im Dekolonisierungsprozess als Barbaren konstruiert und die erste Ansiedlung von Schwarzen in Großbritannien selbst schürte Ängste vor Unruhen. Das Bildnis schwarzer Menschen verschob sich von einem, das sie als »minderwertig« betrachtete, zu einem, das sie zum Problem stilisierte.⁴⁵ Kriminalität von Schwarzen wurde zum »Zeichen der Krise in urbanen Kolonien«⁴⁶.

Exkurs: Das Verhältnis zwischen den Minderheitencommunities

Der Race Relations Act von 1976⁴⁷ gab vor, dass die rassistische Diskriminierung bei Einstellung oder Wohnungsvermittlung illegal sei, jedoch ging das Gesetz weder auf rassistische Nötigung noch auf »rassenbedingte« Gewalt ein, vor allem zwang es jedoch Arbeitgeber nicht dazu, sich an die Regelungen zu halten. Der Beitrag der Konservativen Partei in diesem Politikfeld in den 1980er Jahren war auf die Verabschiedung des Public Order Acts von 1986 beschränkt, der noch einmal klarer die Anstachelung zum Rassenhass unter Strafe stellte.⁴⁸ Darüber hinaus waren es nicht ausschließlich Polizisten, die rassistisches Verhalten an den Tag legten. Erwähnt werden sollte, dass auch die Antagonismen, die zwischen den Minderheitencommunities bestanden,⁴⁹ ebenfalls zum Ausbruch gewalttätiger Ausschreitungen führten. Es ist daher notwendig, auch über die Feindseligkeiten zwischen der asiatischen und afrokaribischen Community zu berichten. Ersterer neigte dazu, letztere als den Abschaum der Gesellschaft zu deklarieren. Andererseits behauptete die westindische Bevölkerung, dass Asiaten karibischstämmige Frauen für Gruppenvergewaltigungen und andere sexuelle Spiele missbrauchten

43 The Runnymede Trust: The Future of Multi-Ethnic Britain: the Parekh Report, London 2000, S. 69.

44 Danièle Joly: L'Émeute, Lonrai 2007, S. 106.

45 Errol Lawrence: »Just plain common sense: the »roots« of racism«, in: The Empire Strikes Back: Race and Racism in 70s Britain, Centre for Contemporary Cultural Studies, Birmingham 1982, Kapitel 2.

46 Stuart Hall u.a.: Policing the crisis: mugging, the state, and law and order, Basingstoke 1978, S. 339.

47 Race Relations Act 1976, Spalte 74, <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1976/74/contents>.

48 Elizabeth II, Public General Acts and Measures of 1986 (Teil IV, Kapitel 60-68), London, HMSO, 1987, Public Order Act 1986, Spalte. 64, Sektion 18-23.

49 Diese rührten von kulturellen Differenzen, aber waren noch vielmehr dadurch begründet, dass einige Communities erfolgreicher waren als andere, vgl. Claire Alexander: Embodying Violence: »Riots«, Disorder and the Private Lives of »the Asian Gang«, http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/1/0/9/7/3/pages109731/p109731-1.php, S. 13, zuletzt besucht am 21.08.2008.

und dass sie ihre Community viel mehr unterdrückten als die weiße Mehrheit. Tatsächlich sei es so, dass trotz der Tatsache, dass sie einer Minderheitengruppe angehörten und Diskriminierungen erführen, Einwanderer mit asiatischem Hintergrund im Gegensatz zur westindischen Bevölkerung, zumindest einigen geschäftlichen Erfolg verzeichnen könnten. Beispielsweise besäßen sie ihre eigenen Geschäfte. Dabei achteten sie aber anscheinend darauf, keine Schwarzen einzustellen und nicht von den paar wenigen afrikanischstämmigen Ladenbesitzern zu kaufen.⁵⁰ Man kann bis zu einem gewissen Grad auch argumentieren, dass die westindische Bevölkerung von der asiatischen abhängig war, da sie von ihr mit den alltäglichen Konsumgütern versorgt wurde.⁵¹ Darüber hinaus standen sich beide Communities als Opponenten in den sozial benachteiligten Stadtteilen gegenüber, als »Konkurrenten um die schwindenden Unterstützungsangebote der Regierung im Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie für Projekte innerhalb der Community«.⁵² Schließlich kam es auch vor, dass sich Mitglieder ethnischer Minderheiten Kommentare der extrem rechten Gruppierungen zu eigen machten, wie »Einwanderer stehlen uns unsere Arbeit und unsere Wohnungen«, und damit auf andere Minderheitencommunities rekurren.⁵³ Margaret Thatcher war nun der Meinung, dass Störenfriede (und damit meinte sie Aufrührer, Straßenräuber sowie Streikende, wenn man ihre Rede, die sie am 19. April 1979 auf einer Kundgebung der Konservativen Partei in Birmingham hielt,⁵⁴ analysiert), einfach nur Krawallmacher seien, die gegen jede Form von Autorität zu rebellieren suchten. Häufig handele es sich um »farbige« Randalierer aus zerrütteten Verhältnissen. In erster Linie sollte man diesen Störern mit repressiven Mitteln begegnen.⁵⁵ Die Boulevardpresse half dabei, die Meinung der Premierministerin zu verbreiten, indem sie suggerierte, dass die Ausschreitungen im direkten Zusammenhang mit der Einwanderung stünden.⁵⁶ Damit wurde der Weg geebnet, die Anti-Immigrationspolitik der Konservativen, die sie seit ihrer Machtübernahme 1979 verfolgt hatten und die insbesondere gegen »Farbige« gerichtet war, zu legitimieren. Es wurde somit eine neue Eskalationsstufe schwarzer Kriminalität beschworen: Im Diskurs wurden die Konfrontationen von Birmingham im Stadtteil Handsworth verortet, obgleich sie eigentlich in Lozells, einem angrenzenden Bezirk, stattgefunden hatten. Aus dem einfachen schwarzen Straftäter wurde der schwarze Krawallmacher, und seine Straftaten waren nun auch nicht mehr bloß gegen Privatpersonen gerichtet,

50 Mark Townsend: »The new colour of British racism«, in: The Observer, 30. Oktober 2005: <http://www.guardian.co.uk/uk/2005/oct/30/race.world>, zuletzt besucht am 10.11.2011.

51 Nick Cohen: What's Left, <http://www.nickcohen.net/?p=21>, zuletzt besucht am 21.08.2008.

52 Townsend, 2005.

53 »Knives rule the playgrounds as inter-racial violence soars«, in: The Observer, Sonntag 4. Juni 2006, <http://www.guardian.co.uk/uk/2006/jun/04/race.schools>, zuletzt besucht am 12.08.2011.

54 Margaret Thatcher: Speech to Conservative Rally in Birmingham, Margaret Thatcher Foundation: <http://www.margaretthatcher.org/document/104026>, zuletzt besucht am 14.08.2011.

55 Thatcher, 1993, S. 146-147.

56 Damit wurde schließlich die schwarze Bevölkerung zur Wurzel allen Übels stigmatisiert. Gaffney, S. 93.

die Gesellschaft als solche war sein Opfer.⁵⁷ Allerdings kann die Theorie, nur »Nicht-Weiße« hätten an den Ausschreitungen partizipiert, nicht standhalten, wenn man den Beobachtungen folgt, nach denen auch »Weiße« an den Unruhen teilnahmen.⁵⁸ Wie Avenel anführt, ist eine Soziologie der Ausschreitungen am besten mit arbeitssoziologischen Parametern zu erklären, in die neue Formen der Klassenbeziehungen eingeschrieben sind. Und tatsächlich betonen einige Soziologen die sozioökonomischen Impulse, die hinter den Ausschreitungen stünden, das heißt dass genuin strukturelle Prozesse für die Produktion aggressiv-sozialer Persönlichkeiten unter der innerstädtischen Jugend verantwortlich seien. Um das Phänomen der Ausschreitungen adäquat fassen zu können, müsse auch der Beschäftigungskontext (Massenarbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsplätze, der Zerfall der Arbeiterklasse, die sozial und politisch unsichtbar geworden ist ...) erforscht werden.⁵⁹ Es schien jedoch für die Behörden einfacher, sich Individuen herauszugreifen und zu stigmatisieren, anstatt sich jener soziologischer Untersuchungsmethoden zu bedienen, die die Art und Weise, wie die Gesellschaft funktioniert, selbst hinterfragen würden. Folglich waren die Behörden zwar sehr besorgt über die Gewalt, die bei diesen Ausschreitungen aufflammte, aber fühlten sich nicht in die Verantwortung genommen, etwas gegen die Diskriminierung, die die Einwohner der Innenstädte erfuhren, und ihre prekären Lebensbedingungen zu unternehmen.

Stadtpolitik, Gentrifizierung und Verdrängung – weitere Gründe für Eskalationen

Die Thatcher-Regierung gab sich jedoch nicht mit »Law&Order«-Maßnahmen zufrieden, sie verabschiedete auch Gesetze mit dem Ziel, die städtischen Lebensumfelder zu verbessern und bestimmte soziale und ökonomische Zielsetzungen zu verwirklichen. Die Lebensbedingungen in diesen Stadtbezirken waren insbesondere für die Mitglieder von Minderheitengruppen in der Tat schwierig, obwohl bereits in den 1960er Jahren erste Programme gestartet worden waren, die die sozialen Randgebiete mithilfe traditioneller sozialpolitischer Maßnahmen rehabilitieren helfen sollten. Während der Regierungszeit der Konservativen in den 1980er Jahren wurde die Situation jedoch keineswegs besser. Margaret Thatcher übertrug ihre politische Philosophie auch auf die Städtepolitik: Die ökonomische Sanierung der Innenstädte sollte an den privaten Sektor delegiert und von ihm durchgeführt werden. Als erstes wurde 1986 das Greater London Council, das so-

57 John Salomos/Les Back: »Du Clientélisme aux Sections Noires du Parti Travailliste: La Politique Interraciale à Birmingham«, in: *Revue Française de Science Politique*, Vol. 46, Nr. 1, 1996, S. 18.

58 Lawless, S. 19.

59 Cyprien Avenel: *Sociologie des »Quartiers Sensibles«*, Paris 2004, S. 85-86.

wohl die Organisation von Feuerwehr und Notfallplanung sowie die geteilte Verantwortung für Straßen- und Wohnungsbau als auch die Städteplanung allgemein übernahm, abgeschafft. Die von ihm geleisteten Aufgaben wurden aufgeteilt und von der Zentralregierung, den Stadtbezirken und neu eingerichteten Körperschaften übernommen. Es gab also nicht länger eine einzelne lokale Behörde, die, demokratisch legitimiert, die Aufgaben des Transportes oder der Stadterneuerung übernommen hätte.⁶⁰ Zum anderen wurden die Haushaltsposten für Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau, Sozialdienste und lokale Behörden drastisch gekürzt, also jene Dienste, die einen offensichtlichen Einfluss auf das Leben der Innenstadtbevölkerung hatten, um den privaten Sektor zu Investitionen zu ermuntern und die Wirtschaft zu beleben.⁶¹ Drittens waren die Schlüsselwerkzeuge im stadtpolitischen Sektor in der Hand von Regierungskörperschaften, wie zum Beispiel der »Urban Development Corporations (UDCs)«. Die Rolle, die diese Organisationen einnehmen sollten und die den Wunsch der Regierung nach einer stärkeren Zentralisierung widerspiegeln, da sie nicht von lokalen Behörden kontrolliert wurden, war, den privaten Sektor dazu zu bringen, in die wirtschaftliche Regenerierung der Innenstädte zu investieren.⁶² Da die lokalen Behörden unwillig schienen, mit dem Privatsektor zusammenzuarbeiten, wurden sie bereits 1986 einfach übergangen und sogenannte City Action Teams (CATs) gegründet, die alle Sanierungsmaßnahmen anleiten und koordinieren sollten. Ihnen oblag es auch, Task-Force-Gruppen für Neugestaltungsprogramme zu initiieren. Die Ressourcen dieser Organisationen waren zwar gering und ihr Einfluss marginal, aber ihre Hauptaufgabe lag auch anderswo.⁶³ Weil öffentliche Gelder dazu genutzt wurden, die Partizipation des privaten Sektors zu sichern und die Probleme der Innenstädte Bestand hatten, ist eine skeptische Haltung gegenüber den Auswirkungen konservativer Stadtpolitik angebracht. Diese Politik sparte nicht nur soziale Probleme aus, es gab auch keine Garantie dafür, dass ökonomische Erneuerung sich nach unten auswirken und so einen »Trickle-Down-Effekt« anstoßen würde. Die Unternehmen, die von den Programmen der lokalen Behörden oder der Regierung profitierten, standen in keinerlei Pflicht, den erwirtschafteten Profit mit der lokalen Bevölkerung auch zu teilen: Das Ziel des privaten Sektors war es, Profit zu machen, und nicht, Armenfürsorge zu leisten.⁶⁴ Allerdings muss man berücksichtigen, dass, obgleich die UDCs nur kurzlebig waren und es verfehlten, die sozioökonomischen Probleme der Innenstädte wirkungsvoll anzugehen, sie es doch

60 Lawless, S. 16.

61 Susanne MacGregor: »Reversing the Process in the Inner Cities«, in: Monica Charlot (Hg.): Britain's Inner Cities, 1994, S. 132-133.

62 Yvonne Rydin: The British Planning System: an Introduction, Basingstoke 1993, S. 170.

63 Michael Parkinson: »The Thatcher Governments' Urban Policy«, in: Monica Charlot (Hg.): Britain's Inner Cities, Paris 1994, S. 59-60.

64 Simon Bugler: »The Culture of Poverty Thesis and Urban Poverty: Shades of Myth and Reality«, in: Monica Charlot (Hg.): Britain's Inner Cities, Paris 1994, S. 38.

schaften, dem Zerfall der Städte physisch etwas entgegenzusetzen.⁶⁵ Die Privatisierung der Innenstädte führte damit zu Gentrifizierungsprozessen. Nach der Studie von Neil Smith handelt es sich längst nicht mehr um einen Prozess, bei dem die Oberschicht und die untere Mittelschicht in Arbeiterviertel einfallen und alte, baufällige Cottages oder größere Häuser im viktorianischen Stil aufgewertet werden, bis eine größere Anzahl der »originären Bewohner aus der Arbeiterklasse disloziert ist und sich der Charakter des Viertels verändert hat«, so wie es die britische Soziologin Ruth Glass⁶⁶ definiert hat, sondern um ein viel weiter gehendes Phänomen: »Gentrifizierung ist nicht länger eine begrenzte und idealistische Kuriosität des Immobilienmarktes, sondern ist zum Leitmotiv eines viel weitreichenderen Projektes avanciert: Die klassenbasierten Umgestaltungen der zentralen urbanen Landschaft.«⁶⁷

Wer also profitierte wirklich von den Leistungen dieser Programme? Um dies zu illustrieren, lohnt sich ein Blick auf den Fall der London Docklands UDC, die zwischen 1981 und 1990 3760 Jobs abbaute, anstatt 200 000 zu schaffen, wie es geplant war.⁶⁸ Dazu lässt sich noch hinzufügen, dass die lokale Bevölkerung, Menschen mit sehr geringem Einkommen, nicht von den Erneuerungen profitierten, gerade nicht in Form von neuen Arbeitsplätzen, neuen Häusern oder einer verschönerten Lebensumwelt im Stadtbezirk. Parkinson unterstreicht insbesondere, dass gerade in London die Bedürfnisse der Einwohner nicht berücksichtigt worden sind und dass sie als eindeutige Verlierer des ganzen Programms gelten können⁶⁹: Jene Jobs, die geschaffen wurden, standen nur den Hochqualifizierten offen und die neu gebauten Häuser konnten sich nur Besserverdienende leisten. In Manchester war es das Ziel der UDC, dem örtlichen Immobilienmarkt wieder auf die Beine zu helfen. Dies erklärt, dass die neuen Einwohner zumeist Hausbesitzer mit auskömmlichem Gehalt waren, und warum soziale Aspekte dieses städtischen Projektes kaum auszumachen sind.⁷⁰ Darüber hinaus konzentrierten sich die UDCs mit ihren Erneuerungsvorhaben auf bestimmte Regionen, während angrenzende Stadtbezirke eine Verschlechterung ihrer Situation erfuhren, da keine Investitionen mehr vorgenommen wurden. Damit erschuf man einzelne Inseln der Exzellenz inmitten eines Meeres des Elends, und der Verfall zeigte sich hier durchsetzungsfähiger als die Neugestaltung.⁷¹ In einigen Fällen wurde sogar erwartet, dass die Sanierung neue Bevölkerungsschichten anziehen und die Erst-

65 Allan Cochrane: »Just Another Failed Urban Experiment? The legacy of the Urban Development Corporations«, in: Robert Imrie/Thomas Huw (Hg.): *British Urban Policy: an Evaluation of the Urban Development Corporations*, 2nd ed., London 1999, S. 249.

66 Ruth Glass: »Introduction«, in: London: *Aspects of Change* Centre for Urban Studies, London 1964, S. 18.

67 Neil Smith: *The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*, London 1996, S. 39.

68 Bugler, S. 38.

69 Parkinson, S. 38.

70 Ian Deas/Jamie Peck/Adam Tickell/Kevin Ward/Michael Badford: »Rescripting Urban Regeneration, The Mancunian Way«, in: Robert Imrie/Thomas Huw (Hg.): *British Urban Policy: an Evaluation of the Urban Development Corporations*, 2nd ed., London 1999, S. 217.

71 Parkinson, S. 67.

bewohner ersetzt werden, wahrscheinlich mit dem Ziel, die ideale Nachbarschaft zu erschaffen. Dies schien so eindeutig, dass die UDCs mit der Gentrifizierungspolitik direkt in Verbindung gebracht wurden.⁷² Große Kapitalmengen wurden insofern verschleudert, da in einigen Fällen Projekte gar nicht initiiert worden wären, ohne die Bereitstellung von Subventionen. Dies wurde in einer Studie des nationalen Rechnungshofes über Subventionen für urbane Sanierungen aufgedeckt. Es wurden also nicht gerade geringe Summen an Geld in Projekte für Oberklasseimmobilien gesteckt, deren Verwirklichung bereits auf regulärem Wege gute Chancen gehabt hätte. Um es zusammenzufassen: Die Stadtsanierung, die vom privaten Sektor gesteuert wurde, ließ sich kaum noch von der ökonomischen Sanierung unterscheiden und deren Ziele wurden somit der gesamten Community untergeschoben.⁷³ Die erwartete Folge dieser »Unternehmenskultur« war die Stärkung des Bürgers als Konsument. Er sollte einen schärferen Sinn für soziale Beteiligung und Verantwortung entwickeln und sich damit von einer Kultur der Abhängigkeiten lösen. Allerdings konnte diese Partizipation ausschließlich auf einer wirtschaftlichen Ebene umgesetzt werden: Die unterprivilegierten Einwohner der Innenstädte waren zwangsläufig ausgeschlossen. Es darf nicht vergessen werden, dass die UDCs den Bewohnern der Viertel nicht rechenschaftspflichtig waren, deren Beteiligung sogar explizit zurückgewiesen wurde.⁷⁴ Auch aus diesem Grund wurden sie der Politik von Kolonialherren bezichtigt. Daraus folgt, dass eine Analyse der Erneuerung der Innenstädte bezogen auf koloniale Analogien durchaus relevant ist und der Gegenstand der internen Kolonialisierung einer Thematisierung bedarf. Wie der amerikanische Soziologe Blauner argumentiert, beinhaltet interner Kolonialismus kulturelle Verfolgung, politische Vorherrschaft sowie die ökonomische Ausbeutung eines Teiles der Community durch einen anderen.⁷⁵ Protestbewegungen, die sich in Ausschreitungen äußern, könnten somit als »kollektive Reaktionen auf einen kolonialen Zustand«⁷⁶ beschrieben werden. Darüber hinaus ist, wie Power und Tunstall anführen, »Unruhe stiften ein altbekanntes Weg, ein alternatives, aufsässiges, anti-autoritäres und destruktives Bild geltend zu machen und somit die Unfähigkeit zu kompensieren, in geordneter Art und Weise in der Mehrheitsgesellschaft Erfolg zu haben, oder zumindest an ihr teilzuhaben.«⁷⁷ Da sie von den Medien durchaus inszeniert und transportiert werde, könne diese Art der Übernahme, der Intervention in der politischen Debatte durchaus lohnenswert sein, da Institutionen und Politiker sich bereit zeigten, Extra-Gelder, zum Beispiel für heruntergekommene Gegenden, bereit zu stellen. Al-

72 Cochrane, S. 255-256.

73 Hill, S. 181-182.

74 Bugler, S. 39.

75 Robert Blauner: »Internal Colonialism and Ghetto Revolt«, in: *Social Problems*, Vol. 16, Nr. 4, Berkeley 1969, S. 369.

76 Ebd., S. 393.

77 Anne Power/Rebecca Tunstall: *Dangerous Disorder: Riots and Violent Disturbances in 13 Areas of Britain 1991–1992*, York, YPS for the Joseph Rowntree Foundation 1997, S. 2.

lerdings kann man auch argumentieren, dass die Idee eines Aufstandes einen Rückbezug zu einem politischen Vakuum darstellt⁷⁸ bzw. zu einer »Kultur der Stille«, wie Paolo Freire sie definiert hat, weil sie von den Medien sowohl vorge schlagen wie auch unterdrückt werde. In anderen Worten: In kolonialisierten Gebieten, begrifflich ausgeweitet auch auf hoch entwickelte Regionen, internalisieren unterdrückte Individuen negative Bilder von sich selbst (Bilder, die indes vom Unterdrücker erschaffen und eingeführt werden). Als Konsequenz kann weder ein Dialog noch Selbstverwaltung als mögliche Option ins Auge gefasst werden.⁷⁹ Dieses Gefühl der Machtlosigkeit zeichnet auch für die niedrige Wahlbeteiligung in Innenstädten, vor allem unter Jugendlichen, verantwortlich. Die Besitzlosen neigen dazu zu glauben, dass sich für sie nicht viel ändern werde, wer auch immer die Macht übernehme. Um einen von Harrisons Interviewpartnern zu diesem Thema zu zitieren: »Politik? An diese Dinge glaube ich nicht, nicht an die Scheinheiligkeit. Das ist alles Mist.«⁸⁰

Eine der heftigsten Kritiken, der sich die Regierung ausgesetzt sah, betraf deren Unfähigkeit, Partnerschaften mit den betroffenen lokalen Behörden und Communities aufzubauen. Genau darin lag auch ihr Versagen begründet, trotz Ausgaben von über 10 Milliarden Pfund zwischen 1979 und 1991 die Hauptprobleme nicht beseitigen zu können. Wenn man dies im Hinterkopf behält, verwundert die Kritik an der Regierung nicht, die in einem 1994 veröffentlichten offiziellen Bericht über die Auswirkung der Stadtpolitik geäußert wurde. Nicht die geringsten Verbesserungen konnten danach in den Städten Birmingham, Manchester, London, Leeds, Newcastle Sheffield oder Merseyside beobachtet werden, und zwar weder im sozialen noch im ökonomischen Bereich.⁸¹ Indizien scheinen darauf hinzudeuten, dass in zahlreiche Programmen Inklusion bloß eine Illusion war.⁸² Erst in den späten 1980er Jahren verstanden die UDCs, dass die physische Erneuerung der Städte nur Hand in Hand mit der Errichtung sozialer Infrastrukturen und Investitionen in Humankapital funktionierte. Ohne diese war es schwierig, Arbeiter zu locken, die qualifiziert genug waren, um die neu geschaffenen Stellen im Dienstleistungssektor zu besetzen, und die sich das Leben in den sanierten Bezirken leisten konnten.⁸³ Da stadtpolitische Programme sich auf bestimmte ausgewählte Bezirke konzentrierten, kann argumentiert werden, dass das Problem hinsichtlich des Ortes definiert wurde (d. h. bestimmte Gebiete herauszugreifen, mit ihnen einen sichtbaren langfristigen Eindruck zu hinterlassen und auf diesem Wege Hoffnung zu erwecken) und nicht hinsichtlich der Individuen (d. h. Maßnahmen zu

78 Avenel, S. 86-87.

79 Tom Heaney, Issues in Freirean Pedagogy:

<http://nlu.nl.edu/academics/cas/ace/resources/Documents/FreireIssues.cfm>, zuletzt besucht am 14.08.2011.

80 Zitiert nach Harrison, S. 410-412. »Politics? Me no think about them things, all them hypocrites, all them rubbish«.

81 Vgl. Brian Robson: Inner Cities Research Programme: Assessing the Impact of Urban Policy, London 1994.

82 MacGregor, S. 137.

83 Parkinson, S. 67-68.

ergreifen, um Ungleichheiten unabhängig vom Wohnort zu reduzieren). Die ausgewählten Bezirke waren daher nicht immer die am stärksten benachteiligten und auch nicht die, die sich am besten für eine derartige Intervention geeignet hätten.⁸⁴ Zusätzlich muss darauf verwiesen werden, dass lokale Behörden eher ihre eigenen Interessen verfolgten (und beispielsweise an den mittellosen Bewohnern festhielten, um Fördermittel einstreichen zu können), als die Vorteile einer Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor oder Regierungsbehörden zu eruieren.⁸⁵

Kurz gesagt, die Politik der Konservativen Partei zielte darauf ab, zum einen Trostpflaster an die Armen zu verteilen, etwa in Form der Sanierung von Häusern, um Aufstände zu unterbinden, zum anderen den privaten Sektor mit Hilfe großzügiger staatlicher Finanzspritzen zur Kolonialisierung dieser Gebiete und zur Errichtung von Luxusimmobilien (Wohnhäuser und Bürogebäude) zu animieren. Dies führte zum Auszug der lokalen Bevölkerung. Physische Erneuerung setzte sich gegenüber sozialer Eingliederung durch, und so wurde der Graben sowohl zwischen den sozialen Klassen als auch den von ihnen bewohnten Domizilen immer tiefer.⁸⁶ Außerdem wurde die Situation nicht gerade durch die Deregulierung und Privatisierungen der öffentlichen Sozialdienste leichter gemacht, von denen die Ärmsten abhängig waren. Belastend hinzu kamen der Umstand, dass die Hochtechnologie zuungunsten der verarbeitenden Industrie gefördert wurde, das Phänomen der Deindustrialisierung, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Fabrikarbeiter und ein Absacken ihrer Löhne sowie der Unwille der Regierung, sich der Krise des öffentlichen Dienstes anzunehmen oder etwas gegen die steigenden Wohnungspreise zu unternehmen. Daraus lässt sich schließen, dass die benachteiligte Bevölkerung der Innenstädte von den Behörden kontinuierlich marginalisiert wurde und dass somit eine große Anzahl von Menschen ein Gefühl der Revolte verspürte und das Handeln der Regierung bzw. ihr Nichthandeln als pure Provokation betrachtete.⁸⁷ Kompromissloses Agieren der Regierung, Geltungskonsum durch die Yuppies, Ungleichheit und Polarisierungswahrnehmung, rapider Anstieg der Arbeitslosigkeit; einschneidende Konflikte wie der Streik der Minenarbeiter und eine steigende Bewusstseinsbildung durch verstärkte und aggressive Medienberichterstattung: All diese Argumente lassen sich vorbringen, um zu beweisen, dass diese spezifischen Ausschreitungen ein Symptom der 1980er Jahre waren.

84 Cochrane, S. 248-249.

85 Ebd., S. 256.

86 Monia (O'Brien) Castro: »On the Privatization of Inner Cities: The British Conservative Governments' Urban Policy (from 1979 to the mid-1990s)«, in: CRESAB, Living Archives, Nr. 9, Nancy 2006, S. 10-16.

87 Mike Raco: »New Labour, Community and the Future of Britain's Urban Renaissance«, in: Rob Imrie/Mike Raco (Hg.): »Urban Renaissance? New Labour, community and urban policy«, Queen's Road 2003, S. 235-250, S. 246.

Fazit

Was bei dieser »Post-Mortem-Betrachtung« des Phänomens der Ausschreitungen hervorsteicht, ist, wie Power und Tunstall festgestellt haben⁸⁸, dass soziale und ethnisch bedingte Ungleichheiten Konflikte zwischen den Communities und den Repräsentanten von Recht und Gesetz schüren. Diese Konflikte, die in jedem Moment in Ausschreitungen münden können, sind daher als soziale Unruhen zu bezeichnen. Die Politik der Tories, eine steigende Arbeitslosenzahl und die in dieser Zeit diskutierten und verabschiedeten Gesetzgebungsvorhaben müssen eine solch kraftvolle Provokation dargestellt haben, dass sie die Ausschreitungen von 1981 angefacht haben. Die daran anschließenden Strafmaßnahmen, die von den Konservativen aufgrund der Unruhen implementiert wurden, sowie ihre inadäquate Stadtpolitik und ihr Unwille, sich den Realitäten zu stellen und den in den Berichten ausgesprochenen Empfehlungen Folge zu leisten, halfen nur noch mehr dabei, den Protest der Bürger »zweiter Klasse« anzustacheln.

Es sieht fast so aus, als ob der Jugend der benachteiligten Bezirke Gewalt als einzige mögliche politische Reaktion geblieben wäre. Das Problem in diesem Fall war aber, dass der Rebellion ein selbstzerstörerisches Moment innewohnte und die Aufständischen eigentlich keinen benennbaren Gegner und auch keine klar formulierten Forderungen hatten. Letzten Endes waren sie in einem Teufelskreis gefangen. Die Vorurteile gegen die Aufsässigen, die die Unruhen per se über bestimmte soziale und ethnische Zuschreibungen definierten, wurden bestärkt.⁸⁹ Überdies stieg die sozio-geografische Apartheid im selben Maße an, indem Dienstleistungen und Geschäfte verdrängt bzw. davon abgehalten wurden, sich anzusiedeln⁹⁰ oder gar zerstört wurden. Folglich gab es in den Augen der politisch und sozial unsichtbar gemachten Bevölkerung immer nur noch mehr Gründe, sich zu erheben.⁹¹

88 Power/Tunstall, S. 47.

89 Ebenso verstärkt wurden die Wahlergebnisse der Parteien der extremen Rechten, vgl. Lawless, S. 19.

90 Zum Beispiel mit Blick auf die Versicherungsaufschläge, die in Gebieten, die durch Gewalt zerstört worden sind, durch die Decke gingen, vgl. City of Birmingham, S. 11.

91 Avenel, S. 86-87.

Film als Historiographie. »Handsworth Songs« als Dekonstruktion kolonialer Geschichtsschreibung

Aus Anlass der sozialen Unruhen, die sich im August 2011 von London aus auf zahlreiche britische Städte ausgebreitet hatten, lud *Tate Modern* wenige Wochen später zur Vorführung eines nunmehr 35 Jahre alten Filmexperimentes ein, das in seiner innovativen Haltung zu Fragen von Repräsentation sozialer Minderheiten, politischer Medienpraxis und Bildpolitik nichts von seiner Aktualität verloren hat: Es handelt sich um *Handsworth Songs*, den mittlerweile legendären Filmessay des »Black Audio Film Collective«, der 1986 unter der Regie von John Akomfrah als Reaktion auf die Unruhen entstanden war.¹ Vom 9. bis 11. September 1985 war es in Birmingham im Gebiet um die Lozells Road, nahe dem Stadtteil Handsworth, nach der Verhaftung eines Mannes zu Protesten und Straßenkämpfen gekommen, in deren Folge zwei Menschen ums Leben kamen. In London kam es Ende September nach den Schüssen der Polizei auf Dorothy »Cherry« Groce bei einer Hausdurchsuchung zu Unruhen in Brixton und nur wenig später, im Oktober 1985, löste der Tod von Cynthia Jarrett bei einer Polizeirazzia in ihrem Wohnhaus im Stadtteil Tottenham die »Broadwater Farm riots« aus, die mit der Ermordung des weißen Polizisten Keith Blakelock ein weiteres Todesopfer forderten.²

In der Medienberichterstattung galten die sozialen Proteste in Birmingham und London nahezu ausnahmslos als »race riots«.³ *Handsworth Songs* nimmt die hegemoniale Medienrepräsentation der Aufstände zum Anlass, um über die Hintergründe der Auseinandersetzungen zu reflektieren. Dabei ging es dem »Black Audio Film Collective« nicht um eine »wahre« Darstellung der Ereignisse, sondern um eine filmische Untersuchung jener Faktoren, die zu den Unruhen beitrugen. Da die mediale Berichterstattung nicht die Ursachen der Aufstände zu fassen vermochte, so der Ausgangspunkt des Kollektivs, musste der Grund für das Ausmaß der Frustration weiter Bevölkerungskreise außerhalb der herkömmlichen Medienberichterstattung gesucht werden. Aus diesem Grund entschied man sich für eine selbstreflexive Ästhetik, bei der die Filmaufnahmen der Ausschreitungen in London und Birmingham sowie das für den Film verwendete Archivmaterial poeti-

1 Zum »Black Audio Film Collective«, das von 1982 bis 1998 existierte, gehörten John Akomfrah, Lina Gopaul, Reece Auguiste, Avril Johnson, Trevor Mathison, Edward George, David Lawson (ab 1985) und Clare Joseph (bis 1985). Seit 1998 betreiben Akomfrah, Gopaul und Lawson die Produktionsfirma Smoking Dogs Films.

2 Eine ausführliche Darstellung der Ereignisse liefert der Beitrag von Molly O'Brien Castro in diesem Band.

3 Peter Herridge: »Television, the »Riots« and Research.« *Screen* 24 (1) 1983, S. 86-91.

siert und verfremdet werden. Zum Beispiel sind Archivbilder eines Rastafari, der von der Polizei verfolgt und zusammengeschlagen wird, gleich zweimal im Film zu sehen. Die Sequenz wird jeweils in unterschiedlichen Kontexten im Film eingesetzt, beim zweiten Mal zudem in Zeitlupe. Ein derartiges selbstreflexives Verfahren soll dazu beitragen, die Referenzfunktion von Filmbildern zur außerfilmischen Wirklichkeit zu hinterfragen und die Rolle der Medien bei der Erzeugung von Realität zu problematisieren.⁴ *Handsworth Songs* steht dabei exemplarisch für die Praxis schwarzer britischer Filmkollektive wie dem »Black Audio Film Collective« und »Sankofa«, die in den 1980er Jahren einen wichtigen Beitrag zur linken Medienpolitik leisteten, indem sie Fragen nach der Politik des Bildes aufwerfen und auf diese Weise die gängige Medienberichterstattung problematisieren. Mit seiner experimentellen Collage aus Filmaufnahmen von den Aufständen, Archivmaterial zur Geschichte schwarzer Briten, Fotografien und stilisierten Tableaus kontextualisiert der Film darüber hinaus die sozialen Unruhen, indem er die britische Kolonialpolitik und die Bedeutung der Sklaverei für die Industrielle Revolution ebenso thematisiert wie die enttäuschten Hoffnungen der ersten Nachkriegsgeneration von Immigranten aus der Karibik. Auf diese Weise, so die These dieses Beitrags, dient die ästhetische Politik der Filmkollektive dazu, die Meistererzählung, die »master narrative«, der nationalen Geschichtsschreibung und dem ihr inhärenten Eurozentrismus einer kritischen Analyse zu unterziehen.⁵



»Handsworth Songs«
 Fotorechte: Smokingdogsfilms

- 4 Dass es sich beim dokumentarischen Bild keineswegs nur um eine bloße Repräsentation außerfilmischer Realität handelt, wird seit Jahren in der Dokumentarfilmtheorie und im Essayfilm verhandelt. Vgl. Eva Hohenberger (Hg.): *Bilder des Wirklichen. Texte zur Theorie des Dokumentarfilms*, Berlin 1998 sowie Hito Steyerl: *Die Farbe der Wahrheit*, Wien 2008. Siehe auch Dagmar Brunow: »Representation and performativity – methodological considerations on film and historiography. The example of Baader-Meinhof«, in: Christer Ahlberger (Hg.): *Historier: Arton- och nittonhundratalets skönlitteratur som historisk källa*, Göteborg 2009, S. 44-56.
- 5 »Sankofa« wurde 1983 von Isaac Julien, Martina Attille, Maureen Blackwood, Nadine Marsh-Edwards und Robert Cruz gegründet und bestand bis zum Ende der 1990er Jahre.

Während der Beitrag der Filmkollektive zu Fragen von schwarzen britischen Identitätswürfen und visueller Repräsentationspolitik insbesondere im Kontext der Black Cultural Studies gewürdigt wurde, ist noch nicht hinreichend untersucht worden, inwiefern diese Arbeiten Film als Gegengeschichte theoretisieren.⁶ Inwieweit ermöglicht das Medium Film eine Problematisierung des kolonialistischen Diskurses in der europäischen Geschichtsschreibung? Lässt sich Film im Sinne eines Gegengedächtnisses zur hegemonialen nationalen Historiographie denken? Der Artikel verfolgt zwei Ziele: zum einen wird die Rolle von Film als alternative Historiographie theoretisiert, zum anderen soll ein Beitrag zur Mediengeschichte geleistet werden. Dabei wird eine medienhistorische Perspektive auf eine alternative Filmpraxis nach 1968 aufgezeigt, die sich nicht dem in der Neuen Linken gängigen Konzept von Gegenöffentlichkeit verschrieben hat. Wenn im folgenden Film als theoretisches Instrument zur Dekonstruktion oder Revision von nationaler Historiographie analysiert wird, wendet sich eine solche Betrachtungsweise ab von der gängigen Sicht auf die Repräsentation von Geschichte im Film, sondern versteht Filmemachen als eigenständiges Mittel der Reflexion von Geschichtsschreibung und ihren Voraussetzungen. Film wird im Sinne neuerer geschichtstheoretischer Ansätze (Hayden White) nicht als Fenster zur Geschichte bzw. als Darstellung »wie es gewesen ist« (Ranke), sondern als erkenntnistheoretisches Werkzeug verstanden, mit dessen Hilfe die Narrativierung historischer Prozesse aufgezeigt werden kann.

Filmpraxis als Dekonstruktion rassifizierender Medienbilder

Während die Arbeiten linker Film- und Videokollektive in der Regel über unabhängige Strukturen vertrieben wurden, lief *Handsworth Songs* nicht nur in Programmkinos und auf Filmfestivals, sondern konnte über die Fernsehausstrahlung im Juli 1987 ein Massenpublikum erreichen. Der Grund für diese einzigartige Situation, von der zahlreiche britische Filmkollektive ab Mitte der 1980er profitieren konnten, lag in einer Reihe von politischen Maßnahmen, die durch die sozialen Unruhen ausgelöst worden waren und auf die Förderung schwarzen Kulturschaffens abzielten.⁷ Die Hauptakteure hierbei waren der Greater London Council (GLC), der später von der Thatcher Regierung abgeschafft wurde, und der 1982 gegründete Fernsehsender Channel 4, der für seine innovativen Programminhalte

6 Eine Ausnahme bildet Sheila Petty: *Contact Zones: memory, origin, and discourses in Black diasporic cinema*, Detroit 2008. Zur Filmpraxis vom »Black Audio Film Collective« und Sankofa, vgl. Kobena Mercer: *Welcome to the Jungle*, London 1994, sowie Manthia Diawara: »Power and Territory«, in: Lester Friedman (Hg.): *British Film and Thatcherism: Fires We Started*, London 1993, S. 147-160.

7 In den 1980ern wurde der Begriff »Black« von Briten, die aus der Karibik, Afrika sowie aus Südostasien stammten, als gemeinsame strategische Bezeichnung im Kampf gegen Rassismus verwendet. Erst in den 1990ern entwickelte sich der Begriff »British-Asian«, um der großen Personengruppe, deren Familien aus Indien, Pakistan und Bangladesch eingewandert war, eine erhöhte Sichtbarkeit zu gewährleisten.

bekannt werden und dem neuen britischen Kino der 1980er den Weg ebnen sollte. Nachdem die Labour Partei unter Ken Livingstone 1981 den Vorsitz im GLC übernommen hatte, entwickelte man eine neue Subventionspolitik, bei der die »community« und »ethnic arts« einen besonderen Schwerpunkt ausmachten. Innerhalb weniger Jahre stieg das Budget für »ethnic arts« von 30 000 Pfund Sterling auf über 2 Millionen Pfund.⁸ Während also der Greater London Council den FilmemacherInnen eine finanzielle Unterstützung garantierte, eröffnete Channel 4 ihnen den Zugang zur medialen Öffentlichkeit und zu einem Massenpublikum. Da sich der Sender als Voraussetzung für seine Lizenzierung zu einer innovativen Programmgestaltung verpflichtete, bei der Experimente durchaus ermutigt werden sollten, nahm er unabhängige Filmworkshops wie das »Black Audio Film Collective«, »Ceddo« oder »Sankofa« unter Vertrag.⁹ Diese Art der Finanzierung nahm in den 1990er Jahren wegen starker Kürzungen der Fördermittel ein jähes Ende.¹⁰

Die spezifische britische Film- bzw. Fernsehförderung der 1980er Jahre bedeutete einen Bruch mit der bisherigen Repräsentation schwarzer Briten in den Medien. Programme über Multikulturalismus in Großbritannien richteten sich in der Regel an ein weißes Publikum, dem das Leben der Immigranten erklärt werden sollte.¹¹ Angesichts der ohnehin geringen Möglichkeiten zur Selbstrepräsentation sahen sich schwarze Filmemacher zudem mit dem Problem konfrontiert, dass die Berichterstattung über schwarze Briten innerhalb eines begrenzten Rahmens von etablierten stereotypen Medienbildern erfolgte. Die rassifizierte Berichterstattung hegemonialer Medien beschränkt sich jedoch nicht nur auf Stereotypen. Obwohl sich die sozialen Unruhen von 1985 nicht in erster Linie im Stadtteil Handsworth abspielten, sondern im Nachbarstadtteil Lozells, wurden die Aufstände in den Medien stets nur als »Handsworth riots« bezeichnet. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen hatten hier bereits einige Jahre zuvor, am 10. Juli 1981, Unruhen stattgefunden und zum anderen konnte man in der Medienrepräsentation des multikulturellen Handsworth bereits auf eine lange Tradition rassifizierender Kriminalitätsdiskurse zurückgreifen. Wenn »Lozells« also in der medialen Öffentlichkeit durch die Ortsangabe »Handsworth« ersetzt wurde, dann liegt es daran, dass die Bezeichnung »Handsworth« bereits zur Metapher für »race riots« geworden war.

8 John Hill: *British Cinema in the 1980s*, Oxford 1999, S. 219.

9 Ebd., S. 54. Die Workshops standen nicht nur für experimentelle Programminhalte, sondern wurden wiederum ihrerseits in die Pflicht genommen sich in den eigenen Communities zu engagieren, indem sie filmpädagogische Workshops und Filmreihen organisierten.

10 Karen Alexander: »Black British Cinema in the 90s: Going Going Gone«, in: Robert Murphy (Hg.): *British Cinema of the 90s*, London 2000, S. 109-114.

11 Vgl. Jim Pines (Hg.): *Black and White in Colour. Black People in British Television Since 1936*, London 1992; sowie June Gianni: »In Circulation: Black Films in Britain.«, in: Kobena Mercer (Hg.): *Black Film, British Cinema*. (ICA Documents 7), London 1988, S. 39-41.



»Handsworth Songs«
 Fotorechte: The Star

Handsworth Songs problematisiert die rassifizierende Medienberichterstattung über die Aufstände, in der diese sich einer metonymischen Verkürzung des Topos vom gewalttätigen jungen Mann bedient. So hieß es am 11. September 1985 im *Daily Telegraph*: »He walks with a chilling swagger, a petrol bomb in hand and hate burning in his heart.« Am selben Tag formulierte *The Sun*: »A black thug stalks a Birmingham street with hate in his eyes and a petrol bomb in his hand.«¹² Auf Grund dieser hegemonialen Medienberichterstattung stellte sich für das »Black Audio Film Collective« die Aufgabe, in ihren filmischen Arbeiten einen visuellen Raum zu eröffnen, der ihnen eine Dekonstruktion gängiger Medienbilder erlauben würde. »We recognise that the history of black in films reads as a legacy of stereotypes and we take the view that such stereotype [...] should be critically evaluated«, formulierte John Akomfrah im Namen des »Black Audio Film Collective« 1983.¹³ Da man die Bedeutung der Massenmedien für die Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Common Sense verstanden habe, könne es nicht allein um die Frage einer alternativen Filmpraxis gehen, sondern vor allem um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit herrschenden Repräsentationspolitiken. Anstatt die mediale Berichterstattung um die bislang unterdrückte Perspektive schwarzer Briten zu ergänzen, entschied man sich dafür, Repräsentationsstrategien der herkömmlichen Medien offen zu legen. Insbesondere galt es

12 Zitiert nach John Solomos/Les Back: *Race, politics and social change*, London 1995, S. 82.

13 John Akomfrah: »Black Independent Filmmaking.« *Artrage* 3-4, 1983, S. 29

die Naturalisierungsprozesse aufzuzeigen, durch die Weißsein als gesellschaftliche Norm, Schwarzsein hingegen als Abweichung konstruiert wird.

Im Gegensatz zur vermeintlichen Objektivität gängiger Fernsehbilder verzichtet *Handsworth Songs* also darauf, sich einen Anschein von Neutralität zu geben, sondern zeigt vielmehr auf, wie die Ereignisse durch die Medien erst konstruiert werden. Damit verweigert sich der Film der konventionellen Haltung, dokumentarische Filmbilder als Quelle für faktisches, positivistisches Wissen zu sehen. So zeigt eine Sequenz des Films Vorbereitungen für die Live-Übertragung einer Fernsehdiskussion zu den Aufständen. Anstatt Aufnahmen aus der eigentlichen Debatte zu verwenden, zeigt *Handsworth Songs*, was damals nicht gesendet wurde. Das Archivmaterial zeigt die Momente vor der Sendung. Auf der Tonspur hören wir einen Dialog, der das Verhältnis von normativem Weißsein und visuellen Medien thematisiert, wenn sich Mitglieder des Produktionsteams besorgt über die Anzahl schwarzer Zuschauer im Publikum äußern:

»Producer: Can I see the audience?

Floor Manager: Yes, from here.

Producer: Is it slightly dark or light?

Floor Manager: I don't think so. You are worried that there are not too many whites, obviously there.

Producer: No, in lighting terms I'm talking about. /.../

Floor Manager: I have my friend /.../ here who says that the reason is the colour of their skins.«¹⁴

Durch die Verwendung dieses Archivmaterials wird auf die Rolle des filmischen Apparates für die Medienproduktion aufmerksam gemacht. Dadurch werden die den britischen Medien inhärenten rassistischen Strukturen offen gelegt. Indem *Handsworth Songs* den inszenatorischen Charakter der Filmbilder nicht verschleiert, verweist er auf die Konstruktionsbedingungen dokumentarischer Bilder. Der Film repräsentiert den Akt der Repräsentation und wird somit zu einer Reflexion über die Ontologie des Bildes.

14 Zitiert nach Kodwo Eshun: »Drawing the Forms of Things Unknown«, in: Kodwo Eshun/Anjalika Sagar (Hg.): *The Ghosts of Songs: The Film Art of the »Black Audio Film Collective« 1982–1998*, Liverpool 2007, S. 88.

Eine selbstreflexive Filmpraxis als Absage an das Konzept der Gegenöffentlichkeit

Indem das »Black Audio Film Collective« und »Sankofa« in ihren Arbeiten Zweifel an der Möglichkeit der Repräsentation von Realität formulieren, grenzen sie sich ganz bewusst von der sozialrealistischen Tradition ab, die den schwarzen Dokumentarfilm in Großbritannien geprägt hat. Filme, die als Form von Gegenöffentlichkeit entstanden sind, sind vom selben Positivismus geprägt wie die Mediendiskurse, deren Ideologie und deren Macht man sich verweigern will. Stattdessen galt es eine neue Filmsprache zu entwickeln, die den Erfahrungen schwarzer Briten gerecht wird, ohne dabei auf die hegemoniale Bildsprache zurückgreifen zu müssen. Dazu äußerte sich John Akomfrah: »In order to bring emotions, uncertainties and anxieties alive we had to poeticise that which was captured during the lens of the BBC and other newsreel units.«¹⁵ Die Poetisierung bzw. Verfremdung der Bilder geschieht in *Handsworth Songs* durch eine Entkopplung von Bild und Ton, durch Einfärben einer Sequenz auf dem Filmstreifen und das Abspielen in einer veränderten Geschwindigkeit. Mit einer derartigen Filmästhetik wandte man sich ab vom Konzept der Gegenöffentlichkeit, das die linke Medienpraxis nach 1968 entscheidend geprägt hatte.

Als eine ihrer zentralen Aufgaben betrachtete es die linke Medienpraxis der 1970er und 1980er Jahre Sichtweisen und Erfahrungen zu Wort kommen zu lassen, die von den herrschenden Medien unterdrückt wurden.¹⁶ Gesellschaftliche Konflikte (Hausbesetzungen, Arbeitskämpfe, Streiks) sollten aus der Sicht der Betroffenen repräsentiert werden, wobei in der Regel der Anspruch erhoben wurde, eine »authentische« Sichtweise des Geschehens – aus der Perspektive der nicht-staatlichen Konfliktpartei – zu liefern. Im deutschsprachigen Raum ließe sich der Großteil der Praxis der Medienzentren und Videokollektive, die seit den 1970ern in fast jeder Großstadt entstanden, unter diesem Ansatz subsumieren, doch auch zahlreiche britische Filmkollektive wie der »Ceddo Film and Video Workshop«, die »Sheffield Film Co-op« oder »Amber« in Newcastle begriffen ihre Arbeit als Beitrag zu einer Gegenöffentlichkeit.¹⁷ Das Konzept der Gegenöffentlichkeit ist jedoch nicht unproblematisch. Zum einen bleibt es in einem Binarismus von repressiven Medien und (vermeintlich) emanzipatorischer Gegenpraxis gefangen. Zum anderen ist nicht jede Form der Gegenpraxis automatisch emanzipatorisch, birgt sie doch stets das Risiko einer Homogenisierung der »Community« sowie die Gefahr Ausschlüsse zu produzieren und intersektionale Verschränkungen zu ignorieren. Als Alternative zum Konzept der Gegenöffent-

15 Zitiert nach John Corner: *The Art of Record. A Critical Introduction to Documentary*, Manchester 1996, S. 175.

16 Vgl. Oskar Negt/Alexander Kluge: *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt am Main 1972.

17 Vgl. Dagmar Brunow: »Before YouTube and Indymedia: Independent collective filmmaking practice in Hamburg.« *Studies in European Cinema. Special issue on film collectives 2012* (in Vorbereitung).

lichkeit, das auf der Prämisse von Homogenität und Authentizität als zentralen Faktoren beruht, schlagen Theoretiker wie Geert Lovink eine interventionistische Medienpraxis vor, mittels derer sich die dem hegemonialen Mediendiskurs inhärenten Machtstrukturen aufzeigen lassen.¹⁸

In diesem Sinne lässt sich *Handsworth Songs* mit seiner filmischen Reflexion über die mediale Produktion von Realität als Absage an das Konzept der Gegenöffentlichkeit lesen. Zum Beispiel verwendet der Film Aufnahmen der Unruhen, die das schwarze Filmkollektiv »Ceddo« vor Ort in Birmingham gefilmt hatte, um die Polizeimaßnahmen gegen die protestierende Bevölkerung zu dokumentieren.¹⁹ In *Handsworth Songs* werden diese Aufnahmen jedoch verfremdet und poetisiert. Während »Ceddo« seine Arbeit in einem Kontext der Gegenöffentlichkeit verortete, indem es sich in den Dienst der Community stellte und sich der Protestbewegung verpflichtet fühlte, kamen die Mitglieder des »Black Audio Film Collective« erst im Zuge der Dreharbeiten zu *Handsworth Songs* aus London nach Birmingham, um einige Interviewpassagen mit Betroffenen zu drehen. Anders als »Ceddo« sah sich das »Black Audio Film Collective« also nicht als Sprachrohr der Protestbewegung.

Um einen einheitlichen Sprechort zu vermeiden, der das Risiko bergen würde, für »die schwarze Community« zu sprechen, verzichtet *Handsworth Songs* auf einen kohärenten Off-Kommentar. Statt eine Vielzahl unterschiedliche Standpunkte als »authentischen Ausdruck schwarzer Erfahrungen« zu homogenisieren, präsentiert der Film eine Polyphonie von Stimmen: Die Tonspur bietet eine Collage aus Gedichten, Briefen, ironischen Bemerkungen, Statements und O-Tönen von Zeitzeugen. Dazu sind die Bilder mit einem Sound-Mix unterlegt, dessen atonale Elektronik-Komposition des Kollektiv-Mitglieds Trevor Mathison die Filmbilder verfremdet. Anders als die allwissende Sprecherstimme konventioneller Dokumentarfilme erklärt der Off-Kommentar von *Handsworth Songs* dem Zuschauer die Bilder nicht, sondern kann zu ihrer Poetisierung beitragen oder aber ihnen gegenüber eine ironische Haltung einnehmen.

In der schwarzen Öffentlichkeit war *Handsworth Songs* als filmische Intervention durchaus umstritten. »Oh no, not another riot documentary«²⁰, klagte ein schwarzer Filmkritiker in der britischen Wochenzeitung *The Voice* und Salman Rushdie Kritik, *Handsworth Songs* würde lediglich »riot footage« zeigen, entfachte eine Debatte in der Tageszeitung *The Guardian*.²¹ Während Rushdie beklagte, der Film würde der multikulturellen Vielfalt des Stadtteils nicht gerecht

18 Vgl. Geert Lovink: Hörzu oder stirb, Berlin 1992.

19 Diawara, S. 147-160.

20 Zitiert nach Mercer, S. 70.

21 Salman Rushdie: »Songs doesn't know the Score«, in: *The Guardian* (January 12, 1987), Wiederabdruck mit Stuart Halls Entgegnung, in: Kobena Mercer (Hg.): *Black Film British Cinema*. ICA Documents 7, London 1988, S. 16-17. Darcus Howe, Redakteur von *Race Today*, verfasste wiederum eine Entgegnung auf Stuart Hall.

werden, machte Stuart Hall in seiner Antwort auf Rushdies Kritik die Unzulänglichkeit einer solchen Argumentation deutlich, die die ästhetischen Strategien des Filmes außer Acht lasse. Hall verweist auf die formalen Mittel, mit denen der Film Archivmaterial verfremdet und poetisiert, um auf diese Weise eine neue Filmsprache zu entwickeln.

Auf der Suche nach einer neuen, radikalen Filmsprache

In ihrer Abkehr von der Sprache konventioneller Fernsehberichterstattung verarbeitete das »Black Audio Film Collective« Einflüsse aus dem europäischen Autorenfilm, dem modernistischen revolutionären Kino Lateinamerikas, der politische Avantgarde und dem Essayfilm.²² Wichtige Einflüsse für die Entwicklung einer eigenen schwarzen britischen Filmsprache waren beispielsweise Dsiga Wertows sowjetischer Montage-Klassiker *Der Mann mit der Kamera* (UdSSR 1928/29), die Filme Jean-Luc Godards und Chris Markers, Paradschanows *Die Farbe des Granatapfels* (UdSSR 1968) sowie Alexander Kluges *Die Patriotin* (Deutschland, 1979).²³ Wie in diesen Werken geht die ästhetische Politik der britischen Filmkollektive zurück auf Viktor Schklowskis Konzept der *Ostranenie* und auf Bertolt Brechts Idee des *Verfremdungseffekts*, die beide darauf angelegt waren, die automatisierte Wahrnehmung der Zuschauer zu irritieren. Angestrebt wurde ein emanzipatorisches Verhältnis des Betrachters zum Film: Der Zuschauer sollte aktiv an der filmischen Reflexion teilnehmen und sich einen eigenen Standpunkt bilden können. Bereits im experimentellen Film nach 1968 haben sich politische Filmemacher Brechtscher Verfremdungseffekte bedient, so in *The Nightcleaners* (1975) des feministischen »Berwick Street Film Collective«, doch als ästhetische Politik im schwarzen britischen Filmschaffen war diese Strategie neu. Im Film tritt Selbstreflexivität dann auf, wenn die Kontinuität des Films durch Montage bewusst dissoziiert wird, wenn der filmische Apparat (*apparatus*) sichtbar gemacht wird, während der Blick der Kamera und ihre diskursive Rahmung ausgestellt wird.²⁴

So verfolgt die Kamera in einer Archivaufnahme, die für *Handsworth Songs* verwendet wurde, zwei südasiatischen Frauen, die sich offenkundig von der Kamera gestört fühlen. Plötzlich drehen sich die Frauen um und schlagen mit ihren Handtaschen auf die Kamera ein. Dieses Archiv-Fundstück veranschaulicht die

22 Zum Essayfilm siehe die grundlegende Arbeit von Christina Scherer: Ivens, Marker, Godard, Jarman: Erinnerung im Essayfilm, München 2001.

23 Weitere Einflüsse bestanden in der Theoriebildung von Zeitschriften wie Screen, Third Text und Framework, daneben in den Schriften von Frantz Fanon, Aimé Césaire sowie in aktuellen Entwicklungen innerhalb der schwarzen britischen Kunst mit VertreterInnen wie Sonia Boyce und Keith Piper.

24 Die bislang grundlegendste Studie zur Selbstreflexivität in Film und Literatur liefert Robert Stam: Reflexivity in Film and Literature: From Don Quixote to Jean-Luc Godard, New York 1992.

Praxis des »looking back«, indem die Zuschauer Zeugen werden, wie der (vermutlich weiße, männliche) Blick der Kamera abgewiesen und auf die Zuschauer zurückgeworfen wird. Der Film legt damit den kolonialen Blick offen, der nur allzu häufig schwarze (und asiatische) Briten exotisiert und objektiviert. Weitere selbstreflexive Verfahren sind das Ausstellen der Materialität des Films durch den Einsatz von Archivmaterial und Fotografien als Reflexion auf die Konstruktion von Realität durch die Medien. Selbstreflexivität wird in *Handsworth Songs* nicht nur als ästhetisches Mittel zur Problematisierung von medialer Repräsentation und alternativer Medienpraxis eingesetzt, sondern auch zur Reflexion über Geschichtsschreibung und ihren Voraussetzungen.

Film als Gegengeschichte

Handsworth Songs lotet die Frage aus, wie sich mit den Auslassungen, Lücken und Ausschlüssen der hegemonialen Geschichtsschreibung umgehen lässt, deren eurozentrische Perspektive die Erfahrungen der ehemals Kolonisierten in der Regel ignoriert. Dabei gilt die grundlegende Frage zu bedenken, wie sich filmisch das Problem lösen lässt, einerseits die im medialen und historischen Diskurs unterdrückte Geschichte schwarzer Briten zu repräsentieren, ohne gleichzeitig einem Essentialismus anheimzufallen. Entwürfe einer Gegengeschichte zielen in der Regel darauf ab, die dominante Version von Geschichte um andere Stimmen zu ergänzen. So geht es vor allem um die Sichtbarmachung von Erfahrungen, die als unterdrückt oder marginalisiert gelten.

Ein solcher Ansatz birgt jedoch das Risiko, dass die Hierarchie der binären Oppositionen »dominant« versus »unterdrückt« bestehen bleibt. Mehr noch: Die Ausschlussmechanismen, die der hegemoniale Diskurs produziert, werden nicht hinterfragt. Eine weitere Gefahr besteht darin, wie im Falle des Konzeptes von Gegenöffentlichkeit, dass Gegenpositionen homogenisiert und essentialisiert werden, das heißt, dass Widersprüche innerhalb einer unterdrückten gesellschaftlichen Gruppe nicht thematisiert werden. Beispiele dafür finden wir sowohl im Panafrikanismus als auch in der Négritude bzw. in politischen Gruppierungen wie den Black Panthers.²⁵ Im Kampf um die Definitionsmacht dessen, was »Blackness« beinhaltet, fallen insbesondere feministische und queere Positionen häufig einem angeblich übergeordneten »schwarzen« Interesse zum Opfer bzw. werden als Verrat derselben aufgefasst.²⁶ *Handsworth Songs* lotet also zum einen aus, wie

25 Für eine Kritik am Essentialismus bei den Black Panthers, siehe Norbert Finzsch: »Gay Punk, White Lesbian, Black Bitch«. Zur Konstruktion des schwarzen männlichen Revolutionärs durch die Black Panther Party, 1966 bis 1982«, in: Rainer Hering/Rainer Nicolaysen (Hg.): Lebendige Sozialgeschichte. Gedenschrift für Peter Borowsky, Wiesbaden 2003, S. 206-220.

26 Siehe dazu zum Beispiel Isaac Julien: »Black Is, Black Ain't: Notes on De-Essentializing Black Identities«, in: Gina Dent (Hg.): Black Popular Culture, Seattle 1992, S. 255-263. Julien wendet sich gegen Auffassung essentialistischer schwarzer Identität, wie sie von Louis Farrakhan und der Nation of Islam propagiert werden.

es sich vermeiden lässt als Sprachrohr der Community vereinnahmt zu werden und zum anderen, wie man sich mit seiner Namensgebung als »Black Audio Film Collective« auf eine Kategorie wie »Blackness« beziehen kann, während man sich gleichzeitig einer Homogenisierung von »Blackness« und einem ethnischen Absolutismus verweigert.

Für diese Überlegungen stellen die Black British Cultural Studies in den 1980er Jahren einen wichtigen Kontext dar. Die Theoriebildungen von Stuart Hall, Homi Bhabha und Paul Gilroy über hybride Identitäten, ihre Kritik an Essentialismus und ethnischem Absolutismus erlaubten es Schwarzsein und Britishsein zusammenzudenken und das Bild einer homogenen (*weißen*) Nation zurückzuweisen.²⁷ Dabei war die Beeinflussung durchaus wechselseitig: So referieren Stuart Hall und Homi Bhabha in ihren theoretischen Texten auf die Filme von »Black Audio Film Collective« und »Sankofa«, während die Filmarbeiten wiederum als selbstreflexive intermediale Referenz auf die Theoretiker verweisen, indem diese in den Filmen mitwirken.²⁸ Insofern sind die Filme nicht als bloße Illustration der Theoriebildung innerhalb der Black British Cultural Studies anzusehen, sondern bilden einen eigenständigen epistemologischen Erkenntnisprozess im Sinne Volker Pantenburgs, wonach Film »mittels Montage und anderen Relationierungsmöglichkeiten von Bildern zum theoretischen Subjekt« wird.²⁹

Handsworth Songs als Bildforschung

Vor allem im Umgang mit Archivmaterial bietet *Handsworth Songs* eine filmische Versuchsanordnung, die auf der Einsicht beruht, dass sich die Geschichte von ehemals kolonisierten Bevölkerungsgruppen nicht unproblematisch anhand von Fotos oder Filmmaterial rekonstruieren lässt. Da sich die Entstehung von Bildern nicht in einem herrschaftsfreien Raum vollzieht, ist ihr Entstehungs- und Distributionskontext stets mitzubedenken. Archivaufnahmen, die schwarze Briten zeigen, lassen sich daher nicht unreflektiert in einen Film montieren, in der Hoffnung damit die Erfahrungen dieser Bevölkerungsgruppe repräsentieren zu können. *Handsworth Songs* berücksichtigt dies durch seine selbstreflexive Verwendung von Archivmaterial. In einer Sequenz aus schwarz-weißen Archivbildern nähert sich die Kamera einer Gruppe weißer und schwarzer Kinder, bevor sie in extremer

27 Siehe Paul Gilroy: *The Black Atlantic*, London 1993; Stuart Hall: »New Ethnicities« [1987], in: Houston A. Baker, Jr./Manthia Diawara/Ruth H. Lindeborg (Hg.): *Black British Cultural Studies*, Chicago & London 1996, S. 163-172; Homi Bhabha: *The Location of Culture*, London 1994.

28 Zum Beispiel figurierten Paul Gilroy und Homi Bhabha als Interviewpartner in *Twilight City* vom Black Audio Film Collective (Regie: Reece Auguiste, 1989) oder hatten Cameo-Auftritte wie Stuart Hall in Isaac Julien's *The Attendant* (1993). Die Filmarbeiten von »Black Audio Film Collective« und Sankofa als Ausgangspunkt für ihre Überlegungen nutzen Hall, S. 163-172 sowie Bhabha 1994.

29 Volker Pantenburg: *Film als Theorie: Bildforschung bei Harun Farocki und Jean-Luc Godard*, Bielefeld 2006, S. 24.

Nahaufnahme um einen kleinen schwarzen Jungen kreist, dem sein Unbehagen darüber deutlich anzumerken ist. Durch die Offenlegung des objektivierenden Kamerablicks erinnert diese Sequenz an frühe fotografische Praktiken aus dem 19. Jahrhundert, in denen Polizeifotografie, aber auch medizinische und anthropologische Forschung zur genannten »Rassenkunde« Menschen per Fotografie klassifizierten.³⁰ Durch das Ausstellen des filmischen Apparates und dem ihm inhärenten Rassismus gerät das Archivmaterial im Film nicht zum Authentizitätsversprechen, sondern zur Reflexion über die Ontologie des dokumentarischen Bildes.

Archivmaterial dient also nicht zur bloßen Illustration des »wie es einst gewesen«, sondern zur Kontextualisierung der Aufstände als Resultat britischer Kolonialpolitik. Gleichzeitig verbindet die Montage des Archivmaterials die Geschichte schwarzer Briten mit der Historiographie der britischen Arbeiterklasse, in der diese als ausschließlich weiß imaginiert wird. Momente aus der Arbeiterbewegung verknüpft *Handsworth Songs* mit antirassistischen Kämpfen, wenn historische Archivaufnahmen aus Birmingham aneinander montiert werden: Szenen einer 1. Mai-Demonstration aus dem Jahre 1937, ein Wochenschau-Bericht anlässlich des Birmingham-Besuches von Malcolm X in den 1960ern sowie Filmausschnitte von einer Demonstration gegen die National Front 1977. Wenn sich am Ende des Films eine Sequenz aus Archivmaterial findet, die Referenzen an die britische Dokumentarfilmtradition der 1930er und 1940er Jahre, an die Grierson School und Humphrey Jennings, beinhaltet, zeigt uns *Handsworth Songs* ein Bild, das in jenen Filmen nicht vorkommt: das Bild eines schwarzen Arbeiters. Dadurch ergänzt der Film die vorgestellte weiße Gemeinschaft um eine schwarze Präsenz, während gleichzeitig dominante Mediendiskurse von Schwarzen als soziale Problemfälle und Unruhestifter herausgefordert werden.

Durch seinen Einsatz von filmischer Selbstreflexivität eröffnet *Handsworth Songs* die Möglichkeit, Film als Mittel zur Revision von Geschichtsschreibung zu denken, indem die Voraussetzungen von Historiographie und die ihr inhärente koloniale Perspektive offen gelegt und einer kritische Prüfung unterzogen wird. *Handsworth Songs* nutzt Selbstreflexivität als ästhetische Strategie, mit deren Hilfe (schwarzes) kulturelles Gedächtnis in das hegemoniale nationale Archiv eingeschrieben und dessen Ausschlussmechanismen aufgezeigt werden. Als theoretischer Essay artikuliert er Zweifel an der unmittelbaren Darstellung von Wirklichkeit im Film. Mit seiner Reflexion über die Konstruktion von Geschichtsschreibung schreibt sich *Handsworth Songs*, stellvertretend für die selbstreflexiven Arbeiten der schwarzen britischen Filmkollektive, in eine Tradition politischer Filmpraxis, wie sie über die Filme Alexander Kluges bis zu aktuellen

30 Vgl. Allan Sekula: »Der Körper und das Archiv«, in: Herta Wolf (Hg.): Diskurse der Fotografie, Band 2, Frankfurt am Main 2003, S. 269–334 sowie Stuart Hall: »Rekonstruktion«, in: Herta Wolf (Hg.): Diskurse der Fotografie, Band 2, Frankfurt am Main 2003, S. 75–91.

Arbeiten Harun Farockis reicht. Einen wichtigen Kontext bilden die Werke der schwarzen britischen Filmkollektive mit ihrer filmischen Theoretisierung von Geschichte auch für Arbeiten wie Hito Steyerl (*Journal No. 1 – An Artist’s Impression*, 2007), Angela Melitopoulos’ *Passing Drama* (1999) oder Philip Scheffners *Halfmoon Files* (2007).³¹ Die Selbstreflexivität dieser filmischen Essays trägt dazu bei, neue Räume für Historiographien und Erinnerungen zu erzeugen, die im Hegemonialdiskurs marginalisiert oder vergessen sind. Damit stellen die Arbeiten einen in der Mediengeschichte bislang wenig berücksichtigten Beitrag zur politischen Filmpraxis nach 1968 dar, der weit über seinen Entstehungskontext hinausweist und aktuellem Filmschaffen wichtige Impulse geben kann.

31 *Handsworth Songs* befindet sich mittlerweile im Bestand von Tate Britain. Dass die Arbeit im Kunstkontext wahrgenommen werden, trägt dem »documentary turn« in der Kunst Rechnung. So erlebte *Handsworth Songs* 2002 bei der »documenta XI« in Kassel, 25 Jahre nach seiner Premiere, eine Renaissance. 2006 war die Arbeit Teil der Ausstellung »Making History, Art and Documentary in Britain from 1929 to Now« in Tate Liverpool.

**»Im ersten Bundesrat saßen drei Guerillakommandanten.«
Zur Bedeutung historischer Bezugnahmen der frühen
Zürcher 1980er Bewegung**

Konturen des Gegenstandes

Eine Geschichte der Zürcher Achtziger-Bewegung sollte spätestens in den ausgehenden 1970er-Jahren einsetzen. Die Gruppierung *Rock als Revolte* (RAR) formierte sich im Herbst 1979, um alternative, nicht-kommerziell orientierte Konzerte und kulturpolitische Diskussionen zu organisieren. Weil bisherige Veranstaltungsorte nicht mehr zur Verfügung standen, stellte sich im Winter 1979 die Raumfrage mit großer Dringlichkeit. Bei einer vorübergehenden Besetzung der *Roten Fabrik* zur Durchführung eines Festes im Frühling 1980 wurde festgestellt, dass Teile davon an Firmen vermietet waren und das Opernhaus mit einem Requisitenlager eingemietet war. Dies empörte die alternative Jugendszene, denn das ehemalige Industrieareal sollte auf Grund eines Beschlusses der Zürcher Stimmbürger/-innen vom September 1977 zum Begegnungs- und Kulturzentrum werden. Die Stadtober war aber noch für mindestens vier Jahre eingemietet, die Realisierung eines Kulturzentrums also frühestens ab Mitte der 1980er Jahre absehbar. In dieser Situation sollte am 6. Juni 1980 über einen Kredit von sechzig Millionen Franken für Umbau und Renovierung des Opernhouses abgestimmt werden – mit 53 Prozent der Stimmen wurde dem Vorhaben zugestimmt. Im Abstimmungsvorfeld initiierte die *Aktionsgruppe Rote Fabrik* (ARF) eine Demonstration vor dem Zürcher Opernhaus am 30. Mai, um gegen die städtische Kulturpolitik zu protestieren. Nach den darauf folgenden beiden »Krawallnächten« (30. und 31. Mai) formierten sich Vollversammlungen unzufriedener Jugendlicher. Die Forderung nach einem Kulturzentrum *Rote Fabrik* trat in den Hintergrund zu Gunsten jener nach der Einrichtung eines autonomen Jugendzentrums (AJZ). Ein solches wurde, nach weiteren Unruhen, am 28. Juni unter dem Patronat der Sozialdemokraten eröffnet. Die darauf folgende, wechselvolle Geschichte des AJZ an der Limmatstrasse 18-20 – mit Razzien, Demonstrationen, Straßenschlachten, Räumungen und Wiedereröffnungen – endete im März 1982 mit dem ersatzlosen Abbruch der Liegenschaft.

Zu Ausschreitungen war es 1980 in Schweizer Städten schon vor den Zürcher »Opernhauskrawallen« vom 30./31. Mai gekommen.¹ So war etwa der Besuch der

1 Heinz Nigg: Wir wollen alles, und zwar subito! Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen, Zürich 2001, S. 420-463. Vgl. auch die Zeittafeln der Wochenzeitung, <http://www.woz.ch/dossier/80er.html>.

Britischen Königin aus Anlass der Gartenausstellung *Grün 80* bei Basel am 1. Mai von Ausschreitungen begleitet. Mit den massiven Zürcher Krawallen kam es aber im ganzen Land – von Lausanne über Bern bis Basel – zu Solidaritätsbekundungen mit analogen Forderungen nach und Konflikten um autonome Jugendzentren.

Die historische Beschäftigung mit den urbanen Konflikten um alternative Kultur- und Wohnräume der 1980er Jahre ist mit einer markanten Vielstimmigkeit und Dezentralität ihres Gegenstandes konfrontiert. Die gemachten Vorbemerkungen sollten die Situation in Zürich etwas konturieren, um im Folgenden der hier im Vordergrund stehenden Frage nachzugehen, welche Geschichtsbezüge in Flugblättern und Videos der frühen Zürcher Achtziger-Bewegung festzustellen sind und welche Funktion diese hatten. Ich vertrete die These, dass diese schwach institutionalisierte und repräsentationskritische Bewegung für ein autonomes Jugendzentrum Schwierigkeiten bekundete bzw. kein Interesse daran hatte, ihre soziale Kollektivität über explizite Vergangenheitsbezüge zu konstituieren und zu stabilisieren – etwa durch das Anknüpfen an eine Arbeiter/-innen-Geschichte oder an narrative Traditionen nationaler Widerständigkeit wie des mittelalterlichen Tell-Mythos'. Ihre Strategien der Vergemeinschaftung richteten sich an anderen Paradigmen aus; namentlich Räume sowie die visuellen, musikalischen und sprachlichen Ästhetiken von Bewegungsmedien gaben der Bewegung schärfere Konturen und eine stärkere Verfassung denn Einschreibungen in ein bestehendes historisches Narrativ.

Was schlicht *D'bewegig* hieß, wird meist auf den Zeitraum 1980 bis 1982 festgelegt, in dem zeitweise ein Zürcher AJZ bestand.² Insofern ermöglicht die Lokalisierbarkeit der Bewegung auch die Bestimmung eines historischen Zeitraums. Allerdings verschleiern solche Grenzziehungen starke diskursive, personelle und performative Kontinuitäten in den Jahren zuvor und danach.³ Es gab kein homogenes Phänomen namens Achtziger-Bewegung, sondern eine große Anzahl von Gruppierungen und Individuen, mit sowohl diachron wie auch synchron sich wandelnden Aufmerksamkeitsbereichen. Jugendliche, aber auch »Alt«-Achtundsechziger formten die AJZ-Bewegung, deren Artefakte vornehmlich Flugblätter, Zeitschriften und Videos sind.⁴ Sie dokumentieren die Sensibilität für ein heterogenes Themenspektrum, das das alternative Milieu ab den 1970er Jahren auszeichnete: neue Wohnformen, Luftverschmutzung, Anti-AKW-Bewegung, Gleichstellung von Frau und Mann etc.⁵ Angesichts polizeilicher und juristischer Maßnahmen gegen die Bewegung war zudem die Repressions-Thematik sehr präsent.

2 Hanspeter Kriesi: *Die Zürcher Bewegung – Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge*, Frankfurt/Main 1984, S. 7.

3 Vgl. zu den Kontinuitäten zwischen den Bewegungen Thomas Stahel: *Wo-wo-wonige! Stadt- und Wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968*, Zürich 2006, S. 324.

4 Die Analyse der Bewegungszeitschriften ist, wie vieles in dem Themenbereich, ein Forschungsdesiderat.

5 Die Artikel in dem von Sven Reichardt und Detlef Siegfried herausgegebenen Sammelband sind hierfür beredtes Beispiel, vgl. dies. (Hg.): *Das alternative Milieu – Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968 – 1983*, Göttingen 2010.

Auch wenn hier Zürich im Vordergrund steht, sollte nicht vergessen werden, dass enge Kontakte zwischen den urbanen Milieus der Schweiz bestanden. Außerdem manifestierte sich etwa auf der Ebene der visuellen und musikalischen Ästhetik oder der politischen Handlungskonzepte eine markante Transnationalität. »Subkulturen« angelsächsischer Prägung (Punk, Freaks) wurden genauso rezipiert wie die kreativen Protestpraktiken der italienischen Indiani Metropolitani der späten 1970er Jahre;⁶ im AJZ engagierten sich viele »Zweit-Generation-Italiener«.⁷ Die AJZ-Arbeitsgruppe »Übersetzig« bot schon früh im Sommer 1980 ihre Dienste an, deutsche Texte ins Französische und Italienische zu übersetzen.⁸ Dass nicht nur die Schweiz Feld der Netzerkennung war, zeigt sich auch an Videoaktivisten/-innen, die sich nach Deutschland orientierten, etwa zur Medienwerkstatt Freiburg (gegründet 1977) oder zum Medienpädagogik Zentrum in Hamburg (m. p. z., 1973/74). Die filmische Theorie und Praxis war zudem stark beeinflusst von US-amerikanischen und britischen Vorbildern.⁹

Historische Bezüge

Die Zürcher Jugendhaus-Problematik

Anlass für den Opernhauskrawall war der Streit um die Nutzung der *Roten Fabrik* und um die Verteilung von Kulturgeldern. Allgemeiner besehen ging es um Toleranz und Wertschätzung einer als »neu« begriffenen Kultur und Lebensweise. Sie orientierte sich vornehmlich an der *counterculture* der 1960er und 1970er Jahre. Es waren überwiegend Jugendliche und junge Erwachsene, die sie als kreative Ausdrucksmöglichkeit verstanden. Symbolisch verdichtet wurde der Mangel an hierfür geeigneten Räumen im Wunsch nach einem »autonomen« Jugendhaus. Bemerkenswert ist, dass die Geschichte der Zürcher Jugendhäuser gänzlich auf das Fehlen eines solchen »autonomen« Raumes gedeutet wurde, und zwar bis in die Gründungsjahre des *Vereins Zürcher Jugendhaus* um 1950. Dessen Bemühungen zielten jedoch nie auf einen autonomen Betrieb ab.¹⁰ Die Darstellungen der Bewegig entfalteten trotzdem häufig eine Chronik der jahrzehntelangen Entbehnung und (Ent-)Täuschung auf Grund einer Verzögerungstaktik seitens der Regierung: »Dass am letzten maiwochenende unsere liebliche heimatstadt heisslief und je länger je mehr zu brodeln beginnt, ist auch folge der jämmerlichen kulturpolitik der stadtbehörden. Seit der ersten jugendoffensive 1949, und das ist ein nackter

6 Maurizio Torealta: »Painted politics«, in: Sylvère Lotringer/Christian Marazzi (Hg.): *Autonomia – Post-Political Politics*, Los Angeles 2007, S. 102-106 (Originalausgabe New York, 1980).

7 Nigg, 2001, S. 42.

8 Flugblatt »AG Übersetzig«, 1980 (Ar 201.89.7). Alle »Ar«- sowie »Vid V«-Signaturen beziehen sich auf Bestände des Schweizerischen Sozialarchivs, Zürich.

9 Zur dortigen Entwicklung konsultiere man Heinz Nigg und Graham Wade: *Community Media – Community communication in the UK: Video, Local TV, Film, and Photography*, Zürich 1980, insbesondere S. 6-32.

10 Thomas Kunz: *Das Zürcher Jugendhaus Drahtschmidli*, Zürich 1993, S. 62 f.

fact, gibt es in zürich noch immer kein jugendhaus (weitere forderungen nach einem jugendhaus folgten '53, '68, '71 – bunker –, '72 – drahtschmidli –, '74 – heigibach –, '78 – schigu –, heute ...) nicht einmal ein echtes kulturzentrum besteht, obschon dies sogar durch eine abstimmung klar gefordert wurde.«¹¹

Von der »jugendoffensive« 1949 wurde eine direkte Linie zu 1968 und den gescheiterten Projekten der 1970er Jahre gezogen. Die frühen Offensiven hatten allerdings pädagogisch-sittliche Motive, die mit den nonkonformistischen Freiraum-Forderungen ab 1968 wenig gemein hatten. Die Darstellungen zielten jedoch auf ein Narrativ jahrzehntelanger, systematischer Verweigerung ab, die Bedürfnisse der Jugend ernstzunehmen, zwar unter verschiedenen »Vorwänden«, aber mit gleichbleibendem »Hauptgrund«: »DAMIT DIE HERRSCHENDE KLASSE DIE MACHT HALTEN KANN, MUSS SIE TEILEN, TRENNEN, SPALTEN, ISOLIEREN. JEGLICHES FÜR SIE GEFÄHRLICHE ZUSAMMENKOMMEN UND WEITERGEHEN MUSS ERSTICKT WERDEN; AM EINFACHSTEN, INDEM SIE DIE TREFFPUNKTE DER BEWEGUNG SCHNAPPT.«¹²

Die Anknüpfung an den Klassendiskurs ist hier insofern bemerkenswert, als dass er ansonsten selten anzutreffen ist; politische Vereinnahmungsversuche durch sozialistische Splittergruppen wurden dezidiert abgelehnt.¹³ Die frühesten Bemühungen um ein Jugendhaus werden in dem Flugblatt konsequent als »linkes« Anliegen dargestellt. Zudem wurden die Akteure durchgehend verjüngt, ein »Jugendverband« und die jungen Sozialdemokraten treten darin als einzige Akteure namentlich auf, obschon sich die Geschichte, wie gesagt, komplexer ausnimmt:

11 Flugblatt »grossDemonstration Aller unzufriedenen, 21. Juni 80« (Ar 201.209.6). Mit der Abstimmung war die angenommene Initiative zur soziokulturellen Umnutzung der Roten Fabrik 1977 gemeint. Ich halte mich so weit wie möglich an die Schreibweisen der Quellen.

12 Flugblatt der RAR »AJZ JETZT! (BEVOR'S SOWIESO ZSPAAT ISCH!)!«, Mai 1980 (Ar 201.89.7).

13 In den Quellen wird die Skepsis gegenüber »Organisation«, »Struktur« und verwandten Begriffen immer wieder deutlich, vgl. Tell – extrablatt, 20. Juni 1980 (Ar 201.209.6). Die 68er-Bewegung brachte ein neues linkes Politspektrum hervor, das grob in zwei Tendenzen aufgeteilt werden kann. Während die eine Tendenz Institutionen gegenüber skeptisch bis ablehnend war (Spontis), formierten sich auch revolutionär ausgerichtete Organisationen (Revolutionärer Aufbau Zürich; Gruppo Galli u. a.). Es gab in der Schweiz aber vor allem auch neue Linksparteien mit parlamentarischen Ambitionen. Zu Letzteren gehörten in der Deutschschweiz die »Progressiven Organisationen Schweiz« (POCH, 1969–1993). Ihre lokalen Organisationseinheiten gingen gegen Ende der Achtziger Jahre zunehmend in der Grünen Partei auf. Ähnlich erging es der in der Welschschweiz gegründeten trotzkistischen »Revolutionäre Marxistische Liga/Sozialistische Arbeiterpartei« (RML/SAP, 1969–1991). Die maoistische »Kommunistische Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten« (KPS/ML, 1969–1987) nahm mit ihren militaristischen und dezidiert anti-sowjetischen Positionen, die sich mit bürgerlichen Parteien deckten, eine Sonderrolle im Politspektrum ein. Gemeinsam ist diesen Gruppierungen, dass ihnen kein oder kaum parlamentarisches Gewicht zukam und sie spätestens meist schon ab Mitte der 1970er Jahre an Anziehungskraft verloren. Die Neue Linke ist in der Schweiz, gerade im Vergleich mit Deutschland, wenig erforscht. Als Übersicht empfiehlt sich nach wie vor die Einleitung zur Quellensammlung der Arbeitsgruppe für die Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.): Schweizerische Arbeiterbewegung – Ergänzungsband 1968–79, Zürich 1980, S. 386–407. Im Lichte der Formierung der Grünen erhält man auch eine Übersicht im Aufsatz von Werner Seitz: »Melonengrüne« und »Gurkengrüne« – Die Geschichte der Grünen in der Schweiz», in: ders./Baer, Matthias (Hg.): Die Grünen in der Schweiz: Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich/Chur 2008, S. 15–37.

»SCHON VOR 51 JAHREN HABEN SIE EIN JUGENDHAUS VERLANGT: 1929 DER JUGENDVERBAND, 1945 GAB ES EINE INTERPELLATION IM GEMEINDERAT, DANN AM 1. MAI 1949 HAT DIE SP-JUGEND EINES GEFORDERT. ENDLICH GAB ES 1959 IM »DRAHTSCHMIDLI« EIN PROVISORIUM.«¹⁴

Ein undatiertes Flugblatt macht die argumentative Motivation explizit, die diesen Darstellungen eines vergeblichen, Jahrzehnte dauernden Bemühens um ein Jugendhaus innewohnt: »Was momentan im provinzierischen Zürich durch rechtskräfte [sic] exerziert wird, die über dreissig Jahre lang das direkte Gespräch bestreikt haben, ist die Produktion von Terroristen und die Verheizung der kreativen Kräfte einer ganzen Generation.«¹⁵

Die aktuelle Frustration und das vorhandene Gewaltpotential wurden direkt auf eine historische Kontinuität bürgerlicher Verweigerung zurückgeführt, sich der Anliegen der jungen Generation anzunehmen. Solche chronikartigen Darstellungen – Auflistungen von Jahreszahlen und gescheiterten Jugendhausprojekten – visualisierten geradezu die Hartnäckigkeit der behördlichen Verweigerungshaltung gegenüber den Forderungen. Derartige basalen Bezugnahmen auf die Vergangenheit in Form des Auflistens von Ereignissen finden sich häufig auch im Zusammenhang mit Konflikten rund um Bauprojekte und Hausbesetzungen.¹⁶ Die Darstellungsweise gewährte Nichtbeteiligten oder Sympathisierenden eine Übersicht über die Akteure, den zeitlichen Rahmen sowie den Gegenstand eines Streits. Durch das Verdichten (und Selektieren) von »Daten und Fakten« unterstreichen Chroniken Kontinuitäten, indem sie den Eindruck kausal-linearer Entwicklungen erwecken. Unerwähnt blieb in diesem Fall meist der Umstand, dass die Zürcher Jugendhaus-Frage historisch besehen kein exklusiv »linkes« Anliegen war und dass der Diskurs einer nonkonformistisch und antiautoritär interpretierten Autonomie erst ab den späten 1960er Jahren aufkam.¹⁷

Tränengas, Holocaust und Stadtpolizei

Dass der Kampf für ein autonomes Jugendzentrum durchaus buchstäblich zu verstehen ist, wurde eingangs schon angedeutet. Den polizeilichen Mitteln in diesem Kampf wurde, wie schon 1968 und die gesamten 1980er Jahre hindurch, erhöhte Aufmerksamkeit zuteil, unter dem Vorzeichen, insbesondere Tränengas- und Gummigeschosseinsätze zu delegitimieren. Den Höhepunkt suchten entspre-

14 Flugblatt »AJZ JETZT! (BEVOR'S SOWIESO ZSPAAT ISCH![])«, Mai 1980 (Ar 201.89.7). Originalzitat in Dialekt. Mit »Jugendverband« ist wahrscheinlich die Vereinigung Ferien und Freizeit (VFF) gemeint, ein 1925 gegründeter Zürcher Dachverband (Ar 89).

15 Flugblatt »Gutschein für 1 Mal Nachdenken [...]«, 1980 oder 1981 (Ar 201.209.6).

16 Bspw. enthielten Besetzer-Videos Übersichten dessen, was bislang geschah, wie z. B. Anarchie und Disneyland, CH 1982, Produktion: Bewohner/-innen der Universitätsstr. 89 (Zürich), 70 Min. Zur Thematik Wohnungsnot vgl. Stahel, S. 319-361.

17 Kunz, 1993, S. 167.

chende Darstellungen immer wieder über ethisch fragwürdige Anspielungen im Sinne des »Vergasens«, die mehr oder weniger explizit auf die nationalsozialistischen Gaskammern referierten: »Auch lieberherr (im himmel als auf erden) und sigmund (freud-los) widmer, unsere stadtelter, versuchen vergeblich, uns mit ihrer schweizerkäse-jugendpolitik zu vergasen (holohössl).«¹⁸ Referenzen auf die nationalsozialistische Epoche in Deutschland tauchen in der AJZ-Bewegung mit großer Regelmäßigkeit auf, so auch im folgenden Flugblatttext, in dem die Unbefangenheit der Behörden in disziplinarischen Verfahren gegen Polizeibeamte angezweifelt wurde: »Anfang der dreissiger Jahre hat das deutsche Volk die Kontrolle über seine Schmier [Polizei] verloren. Soll sich 50 Jahre später die Geschichte wiederholen? Wer glaubt denn noch, dass sich die Polizei selber untersuchen könnte? Stichworte: Zahltagsdieb Hubatka, Folterungen im Globuskeller, Beinahemörder BA [Bezirksanwalt] Ramer.«¹⁹

Assoziative oder metaphorische Bezugnahmen auf Nationalsozialismus und Holocaust markierten die moralische Überlegenheit der »Opfer« (*Bewegig*) gegenüber den »Tätern« (Polizei, Staatsanwaltschaft, Stadtregierung). Diskursiv schrieb man sich in eine historische Kontinuität staatlicher Repression und Benachteiligung von Minderheiten und Untertanen ein; auch gelegentliche Bezüge auf Kolonialherrschaften gehören hier erwähnt. Die strukturelle Genealogie, die mit solchen weit hergeholtten Geschichtsbezügen behauptet wurde, ist insofern interessant, als dass sie die grundsätzliche Möglichkeit zu Typisierung und Funktionalisierung von historischem Wissen anzeigt. Solche moralisch stark befrachteten Bezüge wurden vor allem dann gemacht, wenn die politische Legitimität illegaler Handlungen (insbesondere Gewaltanwendung gegen Dinge und Personen) evident gemacht werden sollte.²⁰ Intern – sofern man von einem Innen der *Bewegig* sprechen kann – wirkte dieser Diskurs von »Gut« und »Böse« stabilisierend auf die Gruppe, schuf ein Außen und Innen auf ethischer Ebene. Inwiefern derart schweres rhetorisches Geschütz vor allem im Nachgang zu physischen Gewaltexzessen bei Räumungen und Demonstrationen aufgeföhren wurde, ist eine Frage, die noch zu untersuchen wäre.²¹ Verständnis oder Differenzierung hinsichtlich des Verhaltens und Vorgehens der Polizei ist in den Bewegungsmedien kaum auszu-

18 Flugblatt »grossDemonstration Aller unzufriedenen, 21. Juni 80« (Ar 201.209.6). Das »Vergasen« der Jugend durch die Stadtregierung ist auch zu finden im bereits erwähnten Flugblatt »AJZ JETZT! (BEVOR'S SOWIESO ZSPAAT ISCH![])«, Mai 1980 (Ar 201.89.7). Der genaue Wortsinn von »holohössl« (eher eine Spontanbildung denn ein Slangbegriff) hat sich mir nicht erschlossen, die Anspielung auf den Holocaust liegt aber m. E. auf der Hand; zudem könnte es eine Anspielung auf den Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Höß, darstellen, um die metaphorische Drastik noch zu verstärken.

19 Flugblatt »Gutschein für 1.Mal Nachdenken [...]«, 1980 oder 1981 (Ar 201.209.6). Die angeführten Beispiele spielen auf eine Reihe von Skandalen an, die ab Mitte der 1960er Jahre wesentlich zur Politisierung der Studentenschaft beitrug, siehe: Paul Bösch: Meier 19 – Eine unbewältigte Polizei- und Justizaffäre, Zürich 1997.

20 Das Problem der zulässigen Mittel des Protestes und des Widerstandes ist alles andere als eine Besonderheit (post)moderner Protestbewegungen; historisch stellte sich die Frage nach der Legitimität von Gewalt gegen eine Herrschaft immer wieder, angefangen beim antiken Tyrannenmord.

21 Diese Tendenz zeichnete sich bspw. in Basler Quellen ab, nach den Räumungen der Kulturraumbesetzungen Alte Stadtgärtnerei 1988 bzw. Union 1989 (Ar 201.112.2).

machen. Vielmehr wurde die Polizei nach dem Zürcher Opernhauskrawall 1980, durch Skandale vorbelastet seit den 1960er Jahren, zur eigentlichen Figur des Bösen. Dem diskursiven Muster entsprechend wurde der Kommandant der Zürcher Stadtpolizei (Stapo) als »Chef der (Ge-)Stapo« betitelt, wodurch auch ein direkter Bezug zum mehrdeutigen Titel des entsprechenden Flugblattes, nämlich »Liquidationsposten«, hergestellt war.²² Holocaust und Nationalsozialismus dienten in erster Linie als drastische Parabeln für Gewalterfahrungen und Feindbildmarkierungen, allerdings nicht aufgrund historischer Analysen, sondern eher als Symptome dessen, was James Young als diskursive Archetypisierung des Holocaust beschrieb.²³ 1968 kam der Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und den Faschismus eine etwas anders gelagerte Funktion zu. Auch wenn jene historische Epoche in der Schweiz nicht dieselbe Brisanz besaß wie in Deutschland, war sie jedoch auch hier eine wichtige Referenz in Zusammenhang mit antifaschistischen Gesellschaftstheorien und -kritiken.²⁴

1968 und Neue Soziale Bewegungen

Achtundsechzig und die Folgejahre dürfen als die konkretesten »historischen« Bezüge der AJZ-Bewegung gelten. Der Kontext des Globuskrawalls 1968 war, wie der Opernhauskrawall zwölf Jahre später, ebenfalls die Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum, einzurichten in einem leerstehenden Provisorium des Globus-Kaufhauses.²⁵ Es besteht also ein anschaulicher Bezug zwischen den beiden Gewaltausbrüchen, worin sich andeutet, dass es sich nicht um bloße Ausnahmefälle handelte, sondern um eruptive Momente eines anhaltenden Unbehagens des links-alternativen Milieus in einer seit den 1950er Jahren bürgerlich dominierten Stadt.²⁶ Die Wahrnehmung einer kontinuierlichen »Leidensgeschichte« bezüglich des autonomen Jugendzentrums war eng an diese Chiffre geknüpft: »Die Idee

22 »Liquidieren« war ein nationalsozialistischer Euphemismus für töten/hinrichten, vgl. Cornelia Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2000, S. 389. Das Flugblatt bestand aus einem Namensverzeichnis von Polizeibeamten inklusive Adressen und Telefonnummern (Ar 201.209.6).

23 Vgl. James Young: Beschreiben des Holocaust, Frankfurt/Main 1997, S. 164-178.

24 Die Historikerin Christina Späti macht für 1968 vor allem das Militär, Bildungseinrichtungen sowie »Kontinuitäten bei Personen« als konkrete Zielscheiben des Faschismusvorwurfes aus, vgl. Christina Späti: »1968 in der Schweiz: Zwischen Revolte und Reform«, in: Damir Skenderovic/dies. (Hg.): 1968 – Revolution und Gegenrevolution: Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Basel 2008, S. 51-66; vgl. insbesondere S. 60 f. zur Funktion der Faschismuskritik in der Schweiz. Zwölf Jahre später standen Armee, Universitäten und Schulen nicht mehr so zentral in der Kritik. Wie sich dieser antifaschistische Diskurs in den 1970er Jahren weiter entwickelte und ob er gegen Ende des Jahrzehnts mit einer zunehmenden Aufmerksamkeit für den Holocaust ergänzt wurde, ist eine offene Forschungsfrage.

25 Zur einführenden Lektüre empfiehlt sich, nebst dem oben erwähnten Artikel von Späti, die Publikation mit Quelledition von Angelika Linke und Joachim Scharloth (Hg.): Der Zürcher Sommer 1968 – Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn, Zürich 2008.

26 Zürich galt 1928 bis 1949 als »rote« Stadt mit einer sozialdemokratischen Mehrheit bis 1938 im Gemeinderat und bis 1949 im Stadtrat. Mit dem Wirtschaftsboom und der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes verschoben sich die Gewichte hin zu bürgerlichen Parteien, insbesondere der FDP (Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz).

war ursprünglich, die Aktivitäten von der Strasse her zu entwickeln und die berechtigten Forderungen nach einem autonomen Jugendzentrum durchzusetzen. Am Anfang hatten die Leute auch die Power [...]. Der Widerstand aus dem Bürgertum war gross: Viele haben sich wieder abgewandt und sind bürgerlich geworden, andere flüchteten aufs Land. Trotzdem sind aber noch welche geblieben, die den Kampf mit sich selber und der Gesellschaft fortführen. Was jetzt wichtig ist, es braucht heute FRISCHEN WIND in die damals entstandene Bewegung.«²⁷

Der »bürgerliche Widerstand« war Symptom der »Bewegungslosigkeit«, die der Schweiz und insbesondere der Stadt Zürich attestiert wurden. Diese gesellschaftliche Starre wurde in den 1980er Jahren noch stärker als in der 68er-Bewegung thematisiert. Zum Ausdruck gebracht wurde dies vor allem durch eine Metaphorik sozialer und kultureller Wärme bzw. Kälte, popularisiert durch Topoi wie »Freiheit für Grönland« oder »Schmelzt das Packeis«. 1968 war eher die Rede von der »Unbeweglichkeit der Institutionen«, wie es im *Zürcher Manifest* formuliert wurde.²⁸ Gerade diese Institutionen-Fixierung wurde 1980 problematisiert, etwa im Video *Züri brännt*: »Wir haben am Aufstand gerochen, wir sind genauso unzufrieden wie es die guten alten Achtundsechziger waren, doch wo sind sie geblieben? Ihre Devise lautete: ›Unterwandert die Institutionen, höhlt sie aus!‹ und jetzt hocken sie in ihren Parteien, Gremien und Ausschüssen, sind hohl und müde. [...] Es wird kälter und kälter, Langeweile und das dumpfe Gefühl, nicht mehr länger von den alten Zöpfen aus den 68er Zeiten leben zu können.«²⁹

Während die langfristig angelegte politische Strategie vieler Achtundsechziger kritisiert wurde, wurde ihre Verschränkung des Aufbegehrens mit Rockmusik 1980 positiv rezipiert. Bezüge auf die angelsächsische Protest- und Rockmusikultur finden sich viele. Ein Flugblatt zum *Zürcher Allmendfests 80* wurde, unter anderem, mit Konterfeis von Musikern (Jimi Hendrix, Jim Morrison) sowie mit bekannten Song-Titeln gestaltet, denn »mit rock begann die jugendrebellion, mit rock geht sie weiter« (Abb. 1).³⁰ Die Straßenschlacht nach einem Konzert der Rolling Stones 1967 sowie der Globuskrawall nach einem Auftritt von Jimmy Cliff 1968 hatten ebenfalls ihren Nachhall. Zum einen war 1968 das Vorgehen der Polizei gegen die Konzertbesucher und -besucherinnen Anlass für ein »Volkstribunal«, eine Protestform dramaturgisch inszenierter Gerichtsverhandlungen, die in den 1980er Jahren wieder aufgenommen wurde.³¹ Zum anderen wurde auch der

27 Flugblatt »AJZ JETZT! (BEVOR'S SOWIESO ZSPAAT ISCH![])«, Mai 1980 (Ar 201.89.7). Originalzitat in Dialekt.

28 Das Manifest war ein »Aufruf zur Besinnung«, lanciert von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter die Schriftsteller Max Frisch und Walter M. Diggelmann und eine Reihe Universitätsprofessoren. »Zürcher Manifest«, in: Neue Zürcher Nachrichten, 5. Juli 1968. Zur handlungsleitenden Metaphorik sozialer und politischer Kälte/Wärme in der bundesrepublikanischen neuen Linken und den sozialen Bewegungen siehe auch Sven Reichardt: »Is ›Warmth: a Mode of Social Behaviour? Considerations on a Cultural History of the Left-Alternative Milieu from the Late 1960s to the Mid 1980s«, in: Behemoth, Nr. 2, 2010, S. 84-99.

29 *Züri brännt*, CH 1980, Produktion: Videoladen Zürich, 100 Min. (Vid V 080), 25:05. Das schnell »Kultstatus« erlangende Video wurde 2005 restauriert auf DVD wiederveröffentlicht.

30 Vierseitiges Flugblatt »AJZ JETZT! (BEVOR'S SOWIESO ZSPAAT ISCH![])«, Mai 1980 (Ar 201.89.7).

31 Das Zürcher Tribunal, 12. und 14. Februar 1981 und das Stauffacher Tribunal im Mai 1984.

Opernhauskrawall 1980 dadurch verstärkt, dass Hunderte von einem Bob Marley-Konzert im Hallenstadion zurück in die Innenstadt strömten.

Eine weitere gelegentliche Referenz auf 1968 ist das Konterfei sowie der Name Rudi Dutschkes, zum Beispiel in der Eröffnungssequenz von *Züri brännt* (Abb. 2). Eine Zeitungsschlagzeile mit Porträtfotografie verkündete seinen Tod am 24. Dezember 1979.³² Der beinahe beiläufige, kommentarlose Hinweis auf den Tod einer Symbolfigur von Achtundsechzig markierte den Beginn des erneuten Aufbegehrens. Als Vordenker galt Dutschke allerdings kaum; generell verhielt sich die Bewegung gegenüber Intellektualität und Akademie distanziert, wenn nicht offen ablehnend. Beides entsprach nicht den dominierenden Idealen der Expressivität und Spontaneität. So stieß beispielsweise eine Forschergruppe der universitären Konfliktforschungsstelle auf erhebliche Skepsis und wurde der Kooperation mit den Behörden verdächtigt.³³

Trotz affirmativer kultureller Bezugnahmen galt 1968 aber vor allem auch als Chiffre für die Niederlage im Kampf um ein AJZ: »Seit Jahrzehnten wird in Zürich für ein Jugendhaus geredet, gesammelt und gekämpft. 1968 war die Bewegung noch zu schwach, um der Stadt ein autonomes Jugendzentrum auf die Dauer abzutrotzen. Was damals nicht gelungen ist, *könnte* die neue Jugendbewegung dank ihrer Breite, Phantasie und Militanz erreichen.«³⁴



Abbildung 1

32 *Züri brännt*, CH 1980, ab 6:36.

33 Die Arbeit der »UNHEIMLICHEN SOZIOLOGENEQUIPE« stand bei einigen unter Verdacht, »Teil der Spaltungspolitik der Behörden« zu sein, wie einem Flugblatt zu entnehmen ist: »Soziologen verarschen die Bewegung«, 1980 (Ar 201.209.4). Vgl. auch Kriesi, 1984, S. 7-9.

34 Flugblatt »AUFRUF VEREIN PRO AJZ«, 1980 (Ar 201.89.4).



1968 galt zudem als Ausgangspunkt einer anhaltenden polizeilichen Repression gegen das jugendlich-alternative Milieu. In Stadtpräsident Sigmund Widmer fand diese Politik ihre Personifizierung: »WIDMER SIGMUND STADTVATER KRIMINALISIERT UNSERE BEWEGUNG SEIT 1968« hieß es auf einem Flugblatt, das Namen und Telefonnummern von Polizisten und Regierungsangehörigen auflistete.³⁵ Die Formulierung ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Situation 1980 als jahrelanger Zustand empfunden wurde und der entsprechende Leidensdruck nun auch Protestformen wie »Telefonterror« legitimierte.

Tell, Guerilla, Dada

Die Register an Protest- und Widerstandsformen der Achtziger-Bewegten waren vielfältig: Die mehr oder minder friedlichen reichten von Telefonbelästigung über Nacktschwimm-Demonstration bis hin zur kommunikativen Sabotage von Fernsehsendungen.³⁶ Abgesehen von den Referenzen auf 1968 sind bemerkenswert wenig explizite Anknüpfungen an historische »Vorbilder« für Protest und Widerstand dokumentiert. Die meisten vorhandenen historischen Referenzen bilden situativ platzierte, rhetorische Elemente.

³⁵ Flugblatt »TELEFONIEREN TERRORISIEREN«, 1980 (Ar 201.89.7), mit Telefonnummern von Regierungsmitgliedern, Polizisten und Staatsanwälten. Sigmund Widmer war ab 1954 Stadtrat im Hochbaudepartement und von 1966 bis 1982 Stadtpräsident.

³⁶ Bekannt wurde vor allem das »Ehepaar Müller«, das in einer Diskussionsrunde konsequent die Position des Stadtrats sowie von Teilen der Presse einnahm und radikalisierte; verfügbar auf der Website des Deutschschweizer Fernsehens: <http://www.videoportal.sf.tv>, CH-Magazin vom 15.7.1980. Der Auftritt führte zur juristischen Verfolgung sowie einer regelrechten Pressekampagne gegen die »Müllers«.

Einen Zusammenhang mit 1968 dürfte das Zitat im Titel dieses Aufsatzes haben. Die Referenz auf 1848, das Jahr der Gründung des modernen Bundesstaates, erfolgte an prominenter Stelle im *Zürcher Manifest*, das im Juni 1968 daran erinnerte, dass wesentliche Umwälzungen immer von Minderheiten ausgegangen seien: »So fand 1848 der Liberalismus gerade in der Jugend leidenschaftliche Anhänger. Diese Minderheit – damals Revoluzzer genannt – bewahrte die Unabhängigkeit der Schweiz und schuf unseren Bundesstaat.«³⁷

Ob nun das Durchschnittsalter des ersten Bundesrates von etwas knapp über 47 Jahren als »alt« oder »jung« taxiert werden muss, sei dahingestellt. Festzuhalten ist, dass die Grundform der heute noch gültigen Verfassung auf einer gut zwanzigjährigen Restauration der liberalen Kräfte (ab 1830/31) und dem kurzen Sonderbund-Krieg ruhte. Liberale, eher industriell und protestantisch geprägte Kantone zwangen den konservativ-katholisch geprägten »Sonderbund« in die neue Staatsform.³⁸ Das im Titel zitierte Flugblatt thematisiert diese Durchsetzung eines schweizerischen Nationalstaates: »Die Generation, die sich im letzten Lebensdrittel befindet, behindert uns am stärksten. AMORE ANARCHIA! Eine Utopie? Die Utopie vom Bundesstaat Schweiz wurde 1848 durch einen revolutionären Akt zur Wirklichkeit. Die FDP hatte eine Guerilla-Fraktion und Krawallierte um zum Ziel zu gelangen. Im ersten Bundesrat sassen 3 Guerillakommandanten!«³⁹

Die Flugblattautoren/-innen machten die historische Nähe von Liberalismus und Anarchismus nicht explizit, sie war ihnen vielleicht nicht bewusst. Aber sie versahen mit dieser Analogiebildung die eigene Utopie mit dem Etikett der Realisierbarkeit, indem sie sich in eine revolutionäre Genealogie schweizerischer Gesellschaftsordnungen einschrieben. Allerdings waren sie, sofern ich die Quellenlage überblicke, die Einzigen, die an die revolutionäre Vergangenheit des politischen Erzfeindes FDP (und sei es ironisch) anknüpfen wollten.

Generell erreichten die Bewegungsmedien nur geringe historische Tiefen. Immerhin fanden anlässlich einer Demonstration am 1. August 1980 die alten Eidgenossen Erwähnung. Am Nationalfeiertag drängte sich die Referenz auf das Mythenumrankte Gründungsbündnis im August 1291 geradezu auf. Ein Flugblatt, das für eine »GROSS-DEMO für eine freie SCHWEIZ« (gerahmt von zwei Anarchie-A) warb, brachte sein Anliegen als eine Art »Historienroman« zur Sprache. Demzufolge seien am 12. Juli »mehrere tapfere Eidgenossen« von »Schärgen [sic] der Stadtvögte« in den »Folterkeller« geworfen worden.⁴⁰ Die Zeichnungen auf dem Flugblatt nehmen die gewagte Übertragung eines hochmittelalterlichen Szenarios in den Sommer 1980 auf. Etwa in Form einer martialischen Morgenstern-Waffe mit dem dazugehörigen Text »Wehren wir uns wie es die Väter taten« oder als Stange mit Hut, daneben die Textelemente »Demobe-

37 «Zürcher Manifest«, in: Neue Zürcher Nachrichten, 5. Juli 1968.

38 Literatur dazu: Cédric Humair: 1848 – Naissance de la Suisse moderne, Lausanne 2009.

39 Flugblatt »Gutschein für 1.Mal Nachdenken [...]«, 1980 oder 1981 (Ar 201.209.6).

40 Flugblatt »1. AUGUST GROSS-DEMO für eine freie SCHWEIZ«, 1980 (Ar 201.89.7).

willigung« sowie »seht ihr den Hut dort auf der Stange«. Während ersteres auf das Gewaltpotenzial bei Polizei und Bewegung gleichermaßen bezogen werden kann, steht Gesslers Kopfbedeckung ohne Zweifel für die Fremdbestimmung der *Bewegig* durch den Stadtrat. Derlei Darstellungen schillern zwischen ironischem Kommentar und handlungsleitender Ernsthaftigkeit, zwischen Mittelschullektüre und Erfahrung.

Beide Beispiele zeigen die Schwierigkeiten auf, als Bewegung an solche historische Narrative anzuknüpfen, sei es an das liberale von 1848 oder an das konservativ besetzte von 1291. Beide Daten waren hegemonial überformt von Deutungsansprüchen gerade jener gesellschaftlichen Gruppen, mit denen man sich stritt und möglichst keine gemeinsamen Schnittmengen erzeugen wollte oder konnte. Weil es der AJZ-Bewegung sehr dezidiert nicht »nur« um Politik ging, sondern um eine Kultur des Andersseins, wurden konkrete historische Bezüge meist nur im Modus der Ironie hergestellt. Dies betraf nicht nur die bürgerliche Erinnerungskultur, sondern, wenn auch weniger ausgeprägt gebrochen, ebenso linke Diskurse und Ikonografien. Abbildungen Maos, Lenins, Marx', Che Guevaras oder Hammer und Sichel wurden zwar in Collagen verwendet. Gleichzeitig grenzten sich die Bewegten, wie gesagt, gegen parteipolitische und ideologische Vereinnahmungsversuche scharf ab.⁴¹ Zwar bot etwa die sowjetische Ikonografie Anknüpfungspunkte, Sympathiebekundungen für den »real-existierenden« Sozialismus finden sich aber meines Wissens nicht. Sozialistische Ikonen dienten als »subversiv« kodierte Collagematerial, etwa auf jenem Flugblatt, das im unteren Drittel die Reproduktion eines Bildes sozialistischer Motivtradition zeigt: die Verbrüderung von Bauernstand und Arbeiterklasse, versehen mit Parolen der AJZ-Bewegung (Abb. 3).⁴² Das Ziehen solcher ikonischer Register erfolgte unter dem Vorzeichen der aneignenden Umdeutung und nicht im Sinne einer Traditionspflege oder programmatischen Anknüpfung.

Die Folge dieser umfassenden historischen Skepsis war ein Eklektizismus assoziativer Bezugnahmen, der die Bewegung generell auszeichnete. Diese Strategie performativer Neukontextualisierungen wurde auch von Zeitgenossen konstatiert und in eine Traditionslinie mit dem Dadaismus gestellt. Der provokante Auftritt des »Ehepaars Müller« (vgl. Fußnote 36) in einer TV-Gesprächsrunde wurde von einem Journalisten etwa wie folgt kommentiert: »Die Weigerung der jungen Leute, ausgediente Spielregeln der Diskussion zu akzeptieren, erinnert mich an den Wahlspruch der heute viel gerühmten Dadaisten: ›Zündet die Museen an!‹ Die Museen brannten zwar nicht, aber sie haben sich verändert. Herr und

41 Interview mit Bewegten in Tell-Extrablatt vom 20. Juni 1980: »Misslungen sind aber vollständig die Versuche von aussen, organisatorisch zu wirken, die alten 68er, Parteien von der SP bis zur RML.« Die große Distanz zwischen organisierter, ideologischer Linken und der Bewegung betont auch Dominique Wisler in seiner Untersuchung der marxistisch-leninistischen »Roten Hilfe« bzw. des »Komitee gegen Isolationshaft« in: Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution, Zürich 1996, S. 105-141, insbesondere S. 105, 123 f.

42 Flugblatt »FRÜELIGS GROSS DEMO« am Samstag, 21.3.1981 (Ar 201.209.4).

Frau Müller, die falschen Biedermanns, als Brandstifter: Könnten sie doch das Museum der Fernsehdiskussion und des erstarrten Denkens ebenso verändern!«⁴³

Die Identifikation solcher Strategien als »dadaistische« tritt in den hier betrachteten Quellen allerdings kaum als reflektiertes und analysiertes historisches Wissen auf, sondern als ein regelmäßiger Handlungstypus in Form von ostentativer Ablehnung von Institutionen, von Bricolage und Zufall als Gestaltungsprinzipien, von einer Freiheit auch zur Sinn-Freiheit. Seine Zürcher Vergangenheit begleitete »Dada« – an Hauswände gesprayed oder ganzseitig in einer Bewegungszeitschrift prangend (»DAniDAni«) – eher als implizites Wissen im Rahmen seiner praktischen Adaption und Fortführung.⁴⁴



Abbildung 3

Schwache (Selbst-)Historisierung

Das bislang Dargestellte zeichnet ein Bild meist punktueller historischer Bezüge. Dies lag, neben den genannten Problemen der Anschlussfähigkeit hegemonial überformter Geschichte(n), sicherlich auch am bislang vornehmlich diskutierten Quellentypus »Flugblatt«. Die Vorlaufzeit für die Produktion war oft kurz, der Platz beschränkt, die Botschaft musste auf den Punkt gebracht werden. Aber auch Videos über und aus der AJZ-Bewegung weisen kaum ausführliche Vergangenheitsbezüge auf.⁴⁵ Die sich auf Herbst 1981 hin zuspitzende Krise der AJZ-Bewe-

43 Kolonne »Sprengstoff im TV-Museum« in der »Aktionszeitung DRUCK. Für die Pressefreiheit«, 1980 (Ar 201.209.6).

44 Zeitschrift Achtzig, Winter 1980/81, S. 5 (Ar 201.209.6). Siehe auch: Hubert van den Berg: Avantgarde und Anarchismus – Dada in Zürich und Berlin, Heidelberg 1999.

45 Eine historische Video-Dokumentation über Schweizer Jugendproteste entstand erst 1985/86: Günz, Mindel, Riss & Würm – Geschichte des Jugendprotestes in der Schweiz 1916–1986, CH 1986, Produktion: Gesichtsladen, Lehrlingstreff und Videoladen Zürich, 52 Min. (Vid V 033).

gung war Anlass für einige Videofilmer/-innen, *Keine Zeiten sich auszuruhen* zu realisieren; auch hier lag die Aufmerksamkeit vor allem in der Jetztzeit.⁴⁶ Das Band setzt im Frühling 1981 ein. Die politisch engagierten Benutzer/-innen zogen sich zunehmend zurück, die Vollversammlungen wurden Ende August 1981 in die *Rote Fabrik* verlegt. Das Zentrum wurde, nebst anderen Problemen, zunehmend von »Schlägern«, »Alkis« sowie von der harten Drogenszene dominiert. Resignation machte sich breit, was im Video aus der Sicht unterschiedlicher Arbeitsgruppen zum Ausdruck kommt. Ein männliches Voice Over kommentiert: »Wo ist das Bewusstsein hingekommen, mit dem wir, die politische Elite der Achtzigerjahre, uns wonniglich brüstend, das AJZ als Abfallkübel der Stadt feierten, unsere Alkis liebevoll hätschelten, unsere dummen, verlorenen Heroinkinder grossherzig tolerierten? Wo wir doch wussten, dass wir nur gemeinsam stark bleiben würden, wo wir doch gemeinsam rangehen wollten an all die Probleme. Und wo ist unsere von Staat und Liberalismus als Ungeduld verschrieene Geduld? Unser feines Gespür für leben und leben lassen? [...]. Erfroren ist alles. »Packeris schmelzen«, von wegen!«⁴⁷

Die Leitmetapher der Kälte aufgreifend, knüpft der Kommentar an die Anfänge der *Bewegig* an und entwirft die Erzählung einer vergangenen »goldenen« Ära. Was blieb, waren Durchhalteparolen: »Die Zeit der grossen Euphorie, da alles fröhlich und von alleine zu laufen schien, ist vorläufig vorbei. Was wir brauchen ist Zähigkeit und ein kleines bisschen Trotzkopf.«⁴⁸ Zur erhofften »prall gefüllten Drehscheibe« wurde das AJZ nicht mehr, die Trägerschaft gab im März 1982 auf, die Gebäude wurden von der Stadt umgehend geräumt und abgerissen, ohne dass die AJZ-Bewegung Zeit gehabt hätte, ein spezifisches Geschichtsbewusstsein auszuprägen. Dies ist nicht im Sinne eines Mangels zu verstehen, sondern kann, unter anderem, auf die oben zitierte geduldige »Ungeduld« zurückgeführt werden, eine emphatische Konzentration auf das Hier und Jetzt. In einem ABC der Bewegung wurde dies, was man als »zeitliche Verfassung« der Bewegung bezeichnen könnte, politisch auf den Punkt gebracht: »*Subito*. Heisst *sofort*. In unserer Konkordanzdemokratie leider ein Fremdwort. Seit dreissig Jahren wird das Problem Jugendzentrum in Zürich verschleppt. Wir wollen ein autonomes Jugen[d]haus für unsere Enkelkinder! Aber subito!!«⁴⁹

Dem entspricht, dass den Zeithorizont der meisten Dokumente, seien es Flugblätter, Zeitschriften oder Videos, Gegenwart und (nächste) Zukunft bilden. Die Medien der AJZ-Bewegung nahmen am detailliertesten auf 1968 und die 1970er Jahre Bezug. Dieses Wissen lag, angesichts des mehrheitlich jungen Alters der Bewegten, auf einer Schwelle zwischen Vermittlung und biografischer Erfahrung. Von den chronikartigen Hinweisen auf die Zürcher Jugendhausfrage über die Iro-

46 *Keine Zeiten sich auszuruhen*, CH 1982, Produktion: Videoladen Zürich, 37 Min. (Vid V 041).

47 *Keine Zeiten sich auszuruhen*, ab 9:55.

48 *Keine Zeiten sich auszuruhen*, ab 14:06.

49 Flugblatt »Kleines ABC, Züri 80«, 1980, (Ar 201.89.7)

nisierung schweizerischer Geschichtsmythen bis hin zur NS- und Holocaust-Metaphorik diene »Geschichte« meist einer archetypischen Narration jahrzehntelanger staatlicher Ignoranz und Unterdrückung jugendlicher Bedürfnisse.

Die Bewegung weigerte sich im Sommer 1980 der Logik der politischen Repräsentation zu entsprechen und Delegationen für Verhandlungen mit der Stadt zu benennen. Das Ablehnen deutungsmächtiger und entscheidungsermächtigter Instanzen hatte aber nicht nur Konsequenzen für die Formen der Organisation und Entscheidungsfindung im AJZ, sondern auch für den Umgang mit Geschichte. Niemandem kam die Rolle zu, der Bewegung eine repräsentative Geschichte einzuschreiben. Entkommen konnte sie der Repräsentation dennoch nicht. Vor allem das Video *Züri brännt* stand und steht immer noch für die Stimmungen und die Inhalte der Zürcher *Bewegig*, was ganz in der Darstellungsabsicht der Macher lag: »Der Film sollte – idealtypisch – später direkte Quelle sein und nicht erste Analyse, eine Selbstdarstellung von uns Mitgliedern der Bewegung. Das hiess aber auch: nicht erklären, vermitteln, Sympathien schaffen wollen, sondern den Film nur für uns machen.«⁵¹

Ein neuer Anfang ohne Voraussetzungen sein, so lautete der dominante Diskurs der AJZ-Bewegung. Das Warten sollte ein Ende nehmen, »und zwar subito!«. Darin kann ein Primat des Raumes vor der Geschichte gesehen werden. Allerdings verfehlt eine antagonistische Auffassung von Raum und Zeit die Komplexität des Gegenstandes.⁵² Zum einen ist die Bewegung ohne Rekurse auf zuvor schon bestehende ästhetische Konzepte oder diskursive Muster nicht denkbar, die ihrem kritischen und kreativen Fokus auf die (Re-)Organisation und (Neu-)Ausgestaltung des urbanen Raumes Form und Ausdruck verliehen. Die Register der Grenzziehungen und Raumbeschreibungen der Bewegung waren eng mit historisch verankerten Leitbildern verschlungen. Beispielsweise kann von einer starken diskursiven Präsenz der Kolonial-Geschichte gesprochen werden, etwa in Form eines selbst-ethnisierenden Entfremdungsdiskurses (den Schlagwörter wie »Stadtindianer«, »Nomadentum« oder »Stämme« auszeichneten) und von Bildern einer bürgerlich-kapitalistisch kolonisierten Umwelt (bspw. die »Eroberung« zentrumsnaher Quartiere durch die City). Die AJZ-Bewegung weist sich damit als Teil jenes historischen gesellschaftlichen Bruches aus, der sich ab den frühen 1970er Jahren als Krise des techno-ökonomischen Fortschrittsoptimismus' bemerkbar machte. Diese Krise war verbunden mit der Sehnsucht nach Alternativen zur rationalistischen Moderne, die nicht zuletzt in nichteuropäischen Kulturen gesucht wurden. Diese ging nicht nur einher mit der Ablehnung westlicher Sinn-Angebote (Kirchen, Staat, Ideologien), sondern auch mit Neudeutungen und Umwertungen von globalen Raumverhältnissen (Ost/West, Nord/Süd, Zentrum/Peri-

50 Nigg, 2001, S. 41.

51 Text des Videoladens von 1981, veröffentlicht in der Begleitbroschüre zur 16mm-Kopie von *Züri brännt*.

52 Vgl. über den Spatial Turn das Kapitel bei Doris Bachmann-Medick: *Cultural Turns – Neue Orientierungen in den Kulturwissenschaften*, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 284-328.

pherie). Die politgeografische Aufmerksamkeit der europaweit Aufbegehrenden richtete sich beispielsweise weniger auf den systemischen und machtpolitischen Ost-West-Antagonismus und stärker auf die »Dritte Welt« und deren komplexen Beziehungen zu den Industrieländern. Der »Mainstream« alternativen Denkens und Politisierens nahm sich Themen an, die, in aller Heterogenität, als zusammenhängend verstanden werden konnten, und denen transnationale oder gar globale Dimensionen attestiert wurden (Umweltschutz, Frauenrechte, Dritte Welt, Friedensbewegung etc.). Diese thematische und räumliche Breite zeichnet auch viele überlieferte Dokumente der *Bewegung* aus. Zur eigenständigen historischen Figur formierte sie sich aber aufgrund eines topographisch sehr konkreten Ortes: dem autonomen Jugendzentrum an der Limmatstrasse. Die räumliche Verfassung der Bewegung war jedoch prekär, ohne Aussicht auf einen autonomen Raum drohte stets die Bewegungsagonie. Genauer besehen, können wir rückblickend seltener die physische Existenz als vielmehr die verdichtet erfolgende, dringliche Forderung nach einem AJZ konstatieren.⁵³ Insofern kennzeichnet die Bewegung in erster Linie das Nichtvorhandensein ihres begehrten Objektes. Konkret formieren konnte sie sich meist nur vorübergehend auf Straßen und Plätzen. Die Ritualisierung öffentlicher Manifestationen verlangte jedoch viel Mobilisierungs- und Durchhaltevermögen gegen Demonstrationsverbote, polizeiliche Repression und langsamen Schwund an Aktivistinnen und Aktivisten.

Insofern scheint die These plausibel, dass die eingesetzten Kommunikationsmittel die Bewegung gleichsam doppeln und Bewegungsmedien wie Flugblätter, Zeitschriften oder Videos eine Konstanz verwirklichten, die nirgendwo anders stattfinden konnte. Insofern wären sie nicht nur Plattformen der Kommunikation und der Debatte, sondern auch Instanzen der Selbstvergewisserung und Bewegungsstabilisierung.⁵⁴ Der Ort musste als Ereignis existieren, physisch oder zumindest als mediales Versprechen, weil die Bewegung nicht alternativ auf eine Geschichte mit imaginärer Einigungskraft zurückgreifen konnte.⁵⁵ Das AJZ kann insofern als mehrschichtig konstituierter Ort gelten, der in Form individueller Wünsche, medialer Repräsentationen sowie als physischer Erfahrungsraum qualitativ sehr unterschiedliche »Realitäten« in der Bewegung hatte – von seiner Verkörperung bürgerlicher Albträume gar nicht zu sprechen.

53 In den drei Jahren 1980 bis 1982 war das AJZ, grosszügig gerechnet, insgesamt zwölf Monate geöffnet.

54 Vgl. dazu Dominique Rudin: »Subversive Ästhetik? Videos der Schweizer Protestbewegung der 1980er-Jahre«, in: Lutz Hieber/Stefan Moebius (Hg.): *Ästhetisierung des Sozialen – Reklame, Kunst und Politik im Zeitalter visueller Medien*, Bielefeld 2011. Außerdem Julia Zutavern: »Anstiftung zum Stadtfriedensbruch: Der Besetzerfilm«, in: *Cinema*, 54/2009, S. 146-157. Zurzeit arbeite ich an meiner Dissertation über Schweizer Bewegungs-Videos der 1970er und 1980er Jahre und ihre Bedeutung und Funktion sowohl für das historische Phänomen selbst wie auch für den Umgang der Geschichtsschreibung mit solchen Materialien.

55 Vgl. Benedict Anderson: *Die Erfindung der Nation – zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt/Main 1996 (Originalausgabe London, 1983).

»Eine Welt, ein Kampf, ein Feind«? Amerikakritik in den Protesten der 1980er Jahre

»Was da zuletzt an Bildern und Berichten aus Berlin durch die Presse und das nationale Unterbewusstsein geisterte, ist für den Durchschnittsbürger der USA schwer zu begreifen«, berichtete die »Welt« Mitte September 1981.¹ Wenige Tage zuvor hatte der amerikanische Außenminister Alexander Haig Westberlin besucht und war von heftigen Protesten empfangen worden. Etwa 50 000 Menschen hatten sich versammelt, um gegen die Rüstungs- und Sicherheitspolitik der USA zu demonstrieren. Die Demonstration verlief friedlich, doch nach Haigs Rede war es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und mehreren Hundert Demonstranten gekommen, und nun herrschte in den USA »Verwunderung über Old Germany«.²

Amerikakritische Proteste wie dieser waren während der 1980er Jahren in den verschiedensten Zusammenhängen präsent – angefangen von der Friedensbewegung, die sich gegen die Nachrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen richtete, über die Solidaritätsbewegungen mit Mittelamerika bis zu den Gegnern der Startbahn West am Frankfurter Flughafen. Kritik an den USA fand sich in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung in den Äußerungen autonomer Gruppen, der RAF (Rote Armee Fraktion), den Revolutionären Zellen (RZ), evangelischer Christen, SPD-Mitgliedern, Frauengruppen, den sich etablierenden Grünen, Studierenden, in allen Altersgruppen und bei Männern wie Frauen. Ihre Ausdrucksformen reichten von Plakaten und Infoveranstaltungen über Sitzblockaden bis hin zu terroristischen Anschlägen. Mehr als ein Jahrzehnt nach »'68« und den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg wurden die USA erneut zum zentralen Bezugspunkt von Protesten. Angesichts dieser omnipräsenten, breit gefächerten Amerikakritik war die oben zitierte Aufmerksamkeit gegenüber den Vorgängen in der Bundesrepublik verständlich.

Der Schwerpunkt der folgenden Untersuchung liegt auf den zentralen Referenzpunkten der Amerikakritik in verschiedenen Protestzusammenhängen, den Orten des Protests und den Visualisierungsstrategien der Protestierenden. Je nachdem, in welchem Kontext sie standen, konnten auch ähnliche Bezugspunkte oder

1 »Verwunderung über Old Germany«, Die Welt, 16. September 1981.

2 Ebenda; Carla MacDougall: »We too are Berliners«. Protest, Symbolism, and the City in Cold War Germany«, in: Belinda Davis u. a. (Hg.): Changing the World, Changing Oneself. Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U. S. in the 1960s and 1970s, New York 2010, S. 83-101, hier S. 88 f.

Symbole höchst unterschiedliche Bedeutungen haben, denn die Akteure, um die es im Folgenden gehen wird, waren sehr heterogen und folgten eigenen Handlungslogiken. In ihren Zielen, Kritikpunkten und der Wahl ihrer Mittel unterschieden sie sich teilweise ganz erheblich. Der Fokus auf Amerikakritik als einem Merkmal verschiedener Protestzusammenhänge eignet sich daher besonders gut, nach den Gemeinsamkeiten, aber auch der Ausdifferenzierung der bundesdeutschen Protestlandschaft zu fragen.

Hier soll es daher nicht um die vertiefte Analyse einzelner Gruppierungen gehen, sondern vielmehr wird Amerikakritik als ein Aspekt untersucht, der zeitgleich in unterschiedlichen Kontexten präsent war. Der Schwerpunkt liegt auf der ersten Hälfte des Jahrzehnts, in der das Ausmaß der Protestaktionen und öffentlich geäußelter Amerikakritik besonders groß war und sich in seiner ganzen Breite zeigen lässt. Dieser Ansatz soll dazu beitragen, Aufschlüsse über eine Protestkultur zu gewinnen, deren Rahmenbedingungen sich deutlich von denen der 1960er Jahre unterschieden.

Protest war mittlerweile ein gesellschaftlich akzeptierter und legitimer Bestandteil des öffentlichen demokratischen Lebens. Wer protestierte, machte sich nicht mehr automatisch verdächtig. Auch öffentlich ausgedrückte Amerikakritik als solche wirkte nicht mehr so provozierend wie noch in den 1960er Jahren, als die öffentliche Empörung angesichts der studentischen Angriffe gegen die Schutzmacht USA groß gewesen war.³ In den 1980er Jahren gab es nach wie vor viele Stimmen, die Amerikakritik ablehnten. Doch die Tatsache an sich, dass sich Protestierende im großen Stil gegen die Politik der USA wandten und auch vor amerikanischen Einrichtungen in der Bundesrepublik nicht Halt machten, war durch die Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen bereits ein bekanntes Szenario.

Um die Bandbreite amerikakritischer Proteste angemessen erfassen zu können, liegt dem Aufsatz ein weit gefasster Begriff der »Amerikakritik« zugrunde. Anders als der normativ aufgeladene Kampfbegriff des »Anti-Amerikanismus« ermöglicht er eine übergreifende Analyse verschiedener Gruppen, ohne diese von vornherein in Kategorien einzuteilen. Dies scheint besonders wichtig, da es große Überlappungen zwischen den verschiedenen Akteurskreisen gab und die hier untersuchten Gruppen und Organisationen darüber hinaus in sich selbst heterogen waren. Zudem war die starke Amerikakritik nur je ein Aspekt in den verschiedenen Zusammenhängen, der allen hier untersuchten Akteuren gemeinsam, aber eben nur eine Komponente war. Mit dem Begriff der Amerikakritik soll erstens der Blick für Gemeinsamkeiten und Unterschiede geschärft werden und zweitens

3 Stellvertretend für viele Beispiele seien hier die Eierwürfe gegen das Westberliner Amerikahaus im Zuge einer Vietnamkriegs-Demonstration am 5. Februar 1966 genannt, die als »Schande für unser Berlin« empfunden wurden und zu Entschuldigungen sowie Solidaritätsbekundungen mit den USA führten. Siehe die Dokumentation der Reaktionen in: Freie Universität Berlin 1948–1973. Hochschule im Umbruch, Bd. 4: Die Krise (1964–1967). Ausgewählt und dokumentiert von Siegwald Lönnendonker, Tilman Fichter, Berlin 1975, S. 67-69, 71, 263-265.

einer Konzentration auf die Frage vorgebeugt werden, ob Aussagen oder Handlungen schon bzw. noch »anti-amerikanisch« seien. Essentialistische und irrationale Ressentiments gegenüber den USA, die zu Ideologie gerannen, werden nicht ausgeblendet. Als weltanschaulich motivierte Fundamentalkritik oder -ablehnung der USA sollen diese Erscheinungsformen aber in einen weit gefassten Begriff der Amerikakritik einbezogen werden.⁴

Das Spektrum der Amerikakritiker

Die Friedensbewegung spiegelte mehr als jede andere Gruppierung, dass öffentlich geäußerte Amerikakritik zu einem massenhaften Phänomen geworden war. In der Bundesrepublik und in vielen anderen westlichen Staaten mobilisierte sie mehr Menschen als jede Protestbewegung zuvor. Anders als die überwiegend studentisch geprägten Proteste gegen den Vietnamkrieg umfasste sie alle Altersklassen, politischen Richtungen und Professionen. Die Positionen innerhalb dieser Bewegung lagen mitunter weit auseinander, doch einige unstrittige Punkte überwölbten die Differenzen: die Ablehnung der Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen, die Angst vor einem »atomaren Holocaust« und das Misstrauen gegenüber Ronald Reagan, dem als »Kriegstreiber« geltenden neuen Präsidenten der USA.⁵

Eine besondere Qualität erreichte die Amerikakritik der Friedensbewegung durch die Beteiligung von Kirchenvertretern und Christen sowie von Parteien und Parteipolitikern. Für den christlichen Kontext sei exemplarisch die Verteidigungsrede der Theologin Dorothee Sölle genannt, die sich nach einer Sitzblockade vor dem US-Militärdepot in Mutlangen wegen Nötigung vor Gericht verantworten musste. Auf nur zwei Seiten entfaltete sie ein Panorama amerikanischer Missstände von der Sklaverei bis zur aktuellen Mittelamerikapolitik der USA, das in dem Satz gipfelte: »Ich glaube, daß Millionen Menschen genau dieselben Gedanken und Gefühle wie wir haben über die Hochrüstung, über die kriegstreiberischen Reden der Reagan und Weinberger und über den Staat, der als Großterrorist in Libyen bombt.«⁶

- 4 Stellvertretend für die vielfältigen Versuche, »Antiamerikanismus« als wissenschaftliche Kategorie zu definieren und von Amerikakritik abzugrenzen, siehe Claus Leggewie: »Renaissance des Antiamerikanismus? Zur Unterscheidung von Antiamerikanismus und Amerikakritik am Beginn des 20. Jahrhunderts«, in: Rudolf von Thadden/Alexandre Escudier (Hg.): *Amerika und Europa. Mars und Venus? Das Bild Amerikas in Europa*, Göttingen 2004, S. 105-115; Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus: *Antiamerikanismus und die europäische Moderne. Zur Einleitung*, in: diess. (Hg.): *Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa*, Bonn 2005, S. 10-33; Konrad H. Jarausch: »Missverständnis Amerika: Antiamerikanismus als Projektion«, in: ebenda, S. 34-49.
- 5 Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011; Eckart Conze: »Modernitätsskepsis und Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik«, in: *Zeithistorische Forschungen* 7 (2010), Nr. 2, Online-Ausgabe: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Conze-2-2010>.

Bei den Parteien traten insbesondere die SPD und die Grünen als Nachrüstungskritiker auf. SPD-Mitglieder hatten bereits an den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg teilgenommen und sich als solche durch Plakate kenntlich gemacht, doch blieben dies Einzelfälle in einer Partei, die sich ansonsten mit kritischen Verlautbarungen zu diesem Thema in der Öffentlichkeit zurückhielt.⁷ Nun aber äußerten führende Repräsentanten ihre »Angst vor den Freunden«⁸ oder unterstellten den USA, »strukturell friedensunfähig« zu sein. Die Regierungspartei SPD war tief gespalten.⁹ Mit den Grünen formierte sich überdies an der Wende zu den 1980er Jahren eine »Anti-Parteien-Partei«, deren Ursprünge unter anderem in der Friedensbewegung lagen und deren Mitglieder – bei allen Richtungsstreitigkeiten – die Nachrüstung strikt ablehnten und einen Austritt aus der NATO zu großen Teilen befürworteten.¹⁰ Eine eindrucksvolle Demonstration dieser amerikakritischen Haltung gab am 3. August 1983 Frank Schwalba-Hoth, ein hessischer Landtagsabgeordneter der Grünen. Auf einem Empfang des Landtagspräsidenten für die Kommandeure der in Hessen stationierten US-Truppen bespritzte er die Uniform von General Paul S. Williams mit Blut und löste damit einen Eklat aus.¹¹ In der Erklärung der Grünen hieß es: »Angesichts der als »Nachrüstung dargestellten Aufrüstung [...], angesichts von tödlichen Militärspektakeln [...], sehen wir die Anwesenheit von US-Truppen in Hessen nicht als Beitrag zur Friedenssicherung, sondern als tödliche Gefahr.«¹² Mit den Grünen zog eine Partei in die westdeutschen Parlamente ein, die andere Prioritäten setzte als die etablierten Parteien und die ihre Haltung unkonventionell und äußerst provokativ in Szene zu setzen wusste.

- 6 Caspar Willard Weinberger war Verteidigungsminister der USA in der Regierung Ronald Reagans. Dorothee Sölle: »Die Weiße Rose des Widerstands blüht auch heute«, in: Hanne Vack/Klaus Vack (Hg.): Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wegen »Nötigung«, Sensbachtal 1986³, S. 75-78. Gleichzeitig verwies Sölle aber auch auf positive Traditionslinien der USA, insbesondere auf Henry David Thoreau und Martin Luther King als Pioniere des Konzepts des zivilen Ungehorsams.
- 7 Judith Michel: Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933–1992, Göttingen 2010, S. 242-283; Michael Ludwig Müller: Berlin 1968. Schachmatt mit Springer, Berlin 2008, S. 314.
- 8 So der Titel eines Buches von Oskar Lafontaine: Angst vor den Freunden. Die Atomwaffenstrategie der Supermächte zerstört die Bündnisse, Reinbek 1983. Das Buch spiegelte eine weit verbreitete Sichtweise, in der die USA und die Sowjetunion als gleichermaßen gefährlich galten und eine Politik der Äquidistanz gegenüber den beiden Blockmächten zum Ziel erklärt wurde. Die USA wurden in diesem Szenario häufig kritischer eingeschätzt als die Sowjetunion (ohne dass diese positiv beurteilt worden wäre). Damit hatte sich die öffentliche Meinung zu den USA im Verhältnis zur Sowjetunion deutlich verschlechtert.
- 9 Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der SPD siehe Friedhelm Boll/Jan Hansen: »Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD«, in: Gassert/Geiger/Wentker, S. 203-228.
- 10 Silke Mende: »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, bes. S. 323-364; Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 117-134.
- 11 Die Grünen im Hessischen Landtag (Hg.): Die Würde einer Uniform ist antastbar. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1983. Die Meinungen zu dieser Aktion waren bei den Grünen wie in der Öffentlichkeit gespalten.
- 12 Ebenda, S. 6.

Mittelamerika-Solidaritätsgruppen bildeten einen zweiten wichtigen Strang. Sie standen in der Tradition der Neuen Linken, die sich seit dem Algerienkrieg und insbesondere seit dem Vietnamkrieg auf Länder der Dritten Welt konzentriert hatte, doch das Spektrum der neuen Solidaritätsgruppen umfasste breitere Kreise, die von christlichen Gruppen bis zu den Autonomen reichten.¹³ Sie riefen zum einen zur Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen mittelamerikanischer Länder – vor allem Nicaragua und El Salvador – auf. Zum anderen protestierten sie gegen den »amerikanischen Imperialismus«, der diese Region zu unterwerfen drohe. Wie in der Friedensbewegung konzentrierte sich ein Gutteil des Protests auf die Person Ronald Reagans, der im Zuge seiner offensiv gegen den Kommunismus gerichteten Politik kommunistische und US-kritische Regierungen im »Hinterhof der USA« zu verhindern suchte.¹⁴

Als dritter Akteurskreis sind schließlich linksradikale Gruppen zu nennen. Während dabei terroristische Vereinigungen wie die RAF oder die RZ im Kampf gegen die USA als der »weltweiten Bastion des Imperialismus« und dem »großen Feind der Menschheit«¹⁵ auch vor terroristischen Anschlägen nicht zurückschreckten,¹⁶ war das Verhältnis der Autonomen und der antiimperialistischen Gruppen zu den bewaffneten Gruppen gespalten.¹⁷ Die Diskussionen der Autonomen um die Legitimität gewaltförmiger Handlungen verliefen anhand des Begriffs der Militanz, der sich zwar von den Strategien der RAF und der RZ distanzierte, aber zu keiner »klare[n] Scheidung zwischen legal-gewaltfreier und illegal-gewaltförmiger Aktivität« führte, sondern letztlich unscharf blieb.¹⁸ Auch für sie waren die USA der Inbegriff von Imperialismus, Militarismus und kapitalistischer Ausbeutung und somit der »absolute Feind«, den es zu bekämpfen galt.¹⁹

13 Wilfried Mausbach: »Von der ›zweiten Front‹ in die friedliche Etappe? Internationale Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik 1968–1983«, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.): *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, S. 423–444, hier S. 423–433, 439 f.; Anke Spiess/Armin Stickler: »Die Wirklichkeit als größte anzunehmende Unzumutbarkeit. Die Plakate der Solidaritätsbewegung«, in: HSK 13 (Hg.): *hoch die kampf dem. 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen*, Hamburg u. a. 1999, S. 82–109, hier S. 85 f.; Claudia Olejniczak: »Dritte-Welt-Bewegung«, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/Main 2008, S. 319–345.

14 Olejniczak, S. 338 f.

15 Die Zitate stammen von Spruchbändern, die RAF-Sympathisanten bei ihrer Besetzung des Westberliner Amerikahauses im Mai 1980 enthüllten. »Sturm auf Berliner Amerika-Haus: Für Terror, gegen USA«, *Die Welt*, 19. Mai 1980. Siehe auch Info Nr. 1: *Papiertiger Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung/Aktionen: Blockaden, Besetzungen, Störaktionen«*; Alexander Straßner: *Die dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«*. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2005, S. 125–127.

16 Donatella della Porta definiert Terrorismus als »klandestine Gewalt« und »extreme Gewalt von Gruppen, die sich zu dem ausdrücklichen Zweck im Untergrund organisieren, die radikaleren Formen kollektiver Gewalt zu praktizieren«. Diese Form von Gewalt bildet die vierte und höchste Ebene in einem abgestuften Modell politischer Gewalt. Donatella della Porta: »Politische Gewalt und Terrorismus: Eine vergleichende und soziologische Perspektive«, in: Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/Main 2006, S. 33–58, hier S. 34–36.

»Gestern Vietnam, heute El Salvador«: die USA als Wiederholungstäter

So unterschiedlich die hier nur knapp vorgestellten Gruppen und Organisationen waren, hatten sie doch Gemeinsamkeiten. Ein gemeinsamer Referenzpunkt westdeutscher Amerikakritik fällt besonders ins Auge: Vietnam. »Gestern Vietnam, heute El Salvador« titelte ein Plakat autonomer Gruppen aus dem Jahr 1982, das dazu aufrief, die »US-Intervention in Mittelamerika« zu stoppen (Abb. 1).²⁰

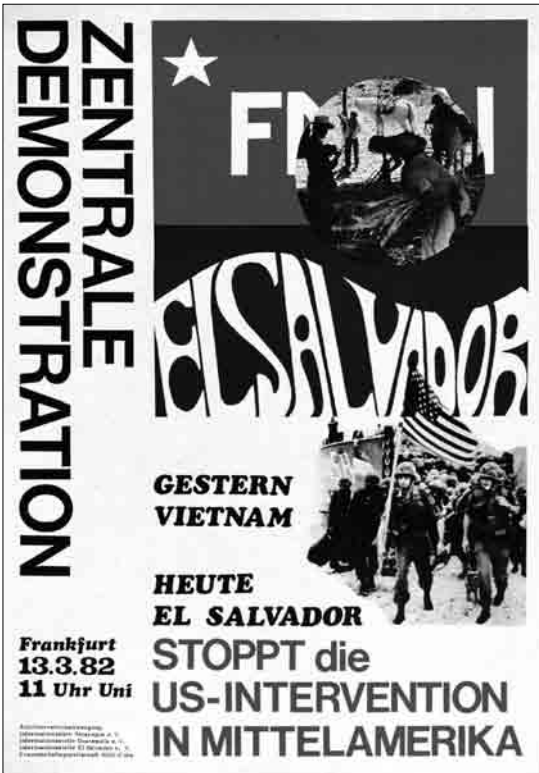


Abbildung 1
HSK 13, <http://plakat.nadir.org>

- 17 A. G. Grauwacke: Autonome in Bewegung, Die ersten 23 Jahre, Berlin 2004, S. 16; Sebastian Haunss: »Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung«, in: Rucht/Roth, S. 447-473.
- 18 Freia Anders: »Die Zeitschrift radikal und das Strafrecht«, in: dies./Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols. Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main 2006, S. 221-257, hier bes. S. 230-233.
- 19 Behrends/Klimó/Poutrus, S. 16.
- 20 HSK 13: vorwärts bis zum nieder mit. 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen, Hamburg 2001, Film 65/Nr. 10. Diese Angaben beziehen sich auf die dem Buch beiliegende CD.

Damit war auf den Punkt gebracht, dass die USA als Wiederholungstäter galten, als ein Land, das schon einmal gezeigt hatte, zu welchen Taten es fähig war. Bezüge auf den Vietnamkrieg waren omnipräsent. Der Bundeshauptausschuss der Grünen führte nach der »Blutaktion« in Wiesbaden aus: »Wir kommen [...] nur dann in die Offensive, wenn wir die Raketenstationierung nicht als etwas Schicksalhafteres angreifen, sondern als Bestandteil einer weltweiten Militärstrategie der Nato begreifen und dabei die Tradition US-amerikanischer Großmachtstrategie konkret beim Namen nennen und konkret angreifen. Kaum eine Machtausdehnung geht bei denen ohne Blut über die Bühne, von Hiroshima über Vietnam, Chile, El Salvador, Nicaragua bis zum ›begrenzten Atomkrieg‹ [...] Es kann nicht unsere Aufgabe sein, [...] Vietnam-Generäle als Staatsgäste zu hofieren.«²¹

Einige Plakate zeigten den Vietnamkrieg sogar im Bild: Der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) nutzte für seinen Aufruf zum »Antikriegstag« am 1. September 1980 eine Fotografie von Philip Jones Griffiths, dessen Bilder zu den bekanntesten Dokumentationen des Krieges zählen (Abb. 2).²² Das ganze Plakat wird von der Fotografie eines Mannes eingenommen, der seinen verwundeten, blutüberströmten Sohn auf den Armen trägt. Hinter ihm steht quer im Bild ein großer amerikanischer Panzer, dessen Besatzung Griffiths zufolge auch die Schüsse auf den Jungen abgegeben hatte: Die Soldaten hatten ein Pferd für einen Vietcong gehalten und das Gebiet mit Geschützfeuer überzogen.²³ Mit der Wahl dieses Motives verwies das DGB-Plakat, das zu »Entspannung, Frieden, Abrüstung – Weltweit« aufrief, nicht nur auf die Gefahren und Leiden eines Krieges, sondern gleichzeitig auch auf dessen Sinnlosigkeit.

21 Beschluss des Bundeshauptausschusses DIE GRÜNEN vom 13./14. August 1983 in Bremen, abgedr. in: Die Grünen im Hessischen Landtag, S. 37. General Williams war Vietnamkriegsveteran.

22 Habbo Knoch: »Bewegende Momente. Dokumentar fotografie und die Politisierung der westdeutschen Öffentlichkeit vor 1968«, in: Bernd Weisbrod (Hg.): Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 97-122, hier S. 118. Griffiths' Bildband »Vietnam Inc.« gilt als Klassiker des Fotojournalismus. Philip Jones Griffiths: Vietnam Inc., New York 2001 [1971].

23 Plakat »Antikriegstag 1. September 1980«, abgedr. in: Fritz Teppich (Hg.): Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung, Berlin 1985, S. 27; Griffiths, S. 150 f.

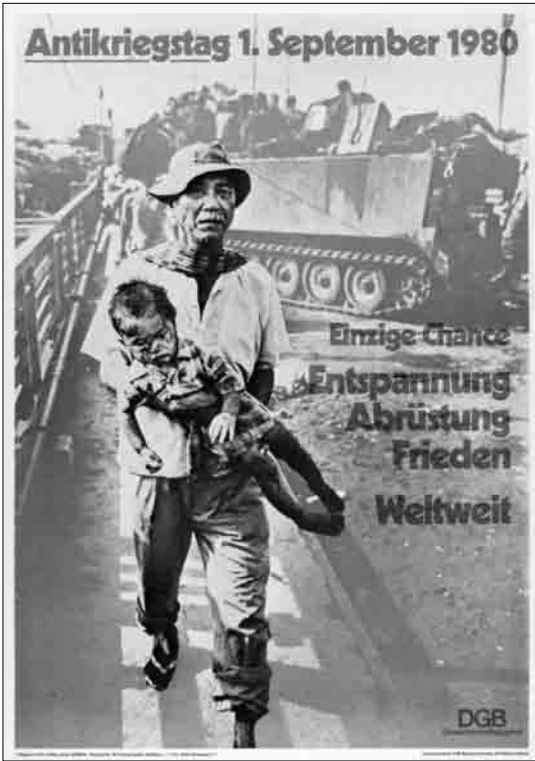


Abbildung 2

Plakat Nr. 6/PLMV001144, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hinweise auf den Vietnamkrieg dienten somit der Warnung und sollten daran erinnern, was nach einem Kriegsausbruch folgen würde. Für viele Gruppen kam eine zweite Dimension hinzu: Seit der »Niederlage in Vietnam« befänden sich die USA in einer »strategischen Defensive«, proklamierten 1980 RAF-Sympathisanten, die das Dach des Westberliner Amerikahauses besetzt hatten, um gegen die »Schlächter der Menschheit« zu protestieren und die Zusammenlegung der »Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand« zu fordern.²⁴ »Vietnam war das historische Beispiel für die Besiegbarkeit des US-Imperialismus, ja für den scheinbaren Anfang vom Ende des Kapitalismus«, resümierten auch Vertreter der Westberliner Autonomen rückblickend.²⁵ Dieser Aspekt wurde ebenfalls mit be-

²⁴ Proklamation der Besetzer, abgedr. in: Info Nr. 1, Papiertiger Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung/Aktionen: Blockaden, Besetzungen, Störaktionen«.

²⁵ A. G. Grauwacke, S. 122.

kannten Fotografien ins Bild gesetzt: Ein Plakat anlässlich des Besuchs von Ronald Reagan 1987 zeigte amerikanische GIs als Gefangene der Vietcong. Symbolträchtig war vor allem das rechte Bild, das eine zierliche vietnamesische Kämpferin zeigt, die einen im Vergleich riesigen amerikanischen Soldaten, der den Kopf resigniert gesenkt hält, als Gefangenen neben sich führt.²⁶ Im Kampf David gegen Goliath, so scheint das Plakat zu sagen, hat David eine echte Chance. Diese Botschaft war an potentielle Mitdemonstranten gerichtet, aber auch an den amerikanischen Präsidenten. »Erinnern wir ihn [Reagan, R. K.] an Vietnam« stand in dem Aufruf zu lesen – und mit Vietnam an die amerikanische Niederlage. (Abb. 3) Klaus Vack, einer der wichtigsten Protagonisten der Friedensbewegung und in den 1960er Jahren Mitorganisator von Protesten gegen den Vietnamkrieg, stellte hingegen die Wirkungsmacht dieses Protests heraus, der die amerikanische Regierung dazu gezwungen habe, den Vietnamkrieg zu beenden: »Auch wir [...] haben ganz erheblich dazu beigetragen, dass die USA [...] moralisch in die Knie gezwungen wurden.«²⁷ Ob mit historischen Verweisen auf die kämpfenden Truppen Nordvietnams oder die Kriegsgegner im Westen: Die USA schienen besiegtbar.

Die Bezüge auf den Vietnamkrieg ergänzten Referenzpunkte früherer amerikakritischer Proteste. Hinweise auf die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki, die bereits in der »Kampf dem Atomtod«-Kampagne der späten 1950er und 1960er Jahre als Argument gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gedient hatten, und Analogien zwischen den USA und dem Nationalsozialismus, wie sie in der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre an der Tagesordnung gewesen waren, spielten in den 1980er Jahren nach wie vor eine wichtige Rolle.²⁸ Mit dem Verweis auf den Vietnamkrieg konnten die USA jedoch selbst als Aggressor und als Urheber von Gräueltaten gezeigt werden, ohne den Umweg über die Gewalttaten anderer, etwa der Nationalsozialisten, gehen zu müssen. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki illustrierten bildmächtig das Zerstörungspotential atomarer Waffen, doch war ihr Abwurf im Rahmen eines Krieges erfolgt, in den die USA durch den Angriff Japans auf Pearl Harbour gezogen worden waren, und sollte zu dessen Beendigung führen.²⁹ Der Vietnamkrieg galt hingegen als genuin »amerikanischer« Krieg und ermöglichte es, die USA

26 HSK 13: vorwärts bis zum nieder mit, Film 213/Nr. 1.

Die rechts im Plakat abgebildete Fotografie stammt von dem Fotografen Mai Nam. Siehe Gerhard Paul: *Bilder des Krieges, Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges*, Paderborn 2004, S. 359.

27 Klaus Vack: »Für eine konkrete menschliche Utopie!«, in: Vack/Vack: *Mutlangen*, S. 81-98, hier S. 85.

28 Vgl. etwa die »Göttinger Erklärung« von 18 Atomwissenschaftlern vom 12. April 1957, abgedr. in Elisabeth Kraus: *Von der Kernspaltung zur Göttinger Erklärung*. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001, S. 202 f.; Erklärung »Warum wir marschieren«, o. D., abgedr. in: Karl A. Otto: *APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970)*, Köln 1989, S. 51 f.; Andreas Schwab/Beate Schappach/Manuel Gogos (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung*, Essen 2008, S. 120-141; Martin Klimke/Wilfried Mausbach: »Auf der äußeren Linie der Befreiungskriege. Die RAF und der Vietnamkonflikt«, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 1, Hamburg 1996, S. 620-643, hier S. 623-626.

gleichermaßen als Übeltäter und besiegbare Macht zu identifizieren. Dazu bedurfte es nicht vager Prognosen künftiger Schrecken, sondern hier konnte mit der Vergangenheit, mit bereits Geschehenem argumentiert werden, um anschaulich auf die drohenden Gefahren hinzuweisen.



Abbildung 3
 HSK 13, <http://plakat.nadir.org>

29 Ob es Alternativen zu den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki gegeben habe, ist nach wie vor umstritten, siehe die knappen Zusammenfassungen bei Stephan Bierling: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart, München 2004², S. 91-93; Florian Coulmas: Hiroshima. Geschichte und Nachgeschichte, München 2010, S. 16-21.

Die Bedrohung vor der eigenen Haustür: US-Militärstützpunkte als Orte des Protestes

Bedrohung hatte für die Protestierenden am Beginn der 1980er Jahre einen globalen und unmittelbaren Charakter, und die USA nahmen in den meisten dieser Bedrohungsszenarien eine zentrale Rolle ein. Die Proteste der Friedensbewegung richteten sich gegen die nukleare Aufrüstung vor der eigenen Haustür in der Bundesrepublik und in Westeuropa. Sie gingen davon aus, dass ein Atomkrieg vor allem auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten ausgetragen würde, aber nicht zu begrenzen sei und daher die ganze Welt und jeden Menschen betraf.³⁰ Aber auch diejenigen, die sich mit Mittelamerika solidarisierten, verkündeten: »Der Krieg findet nicht woanders statt, sondern hier; er findet nicht morgen statt, sondern jetzt; er findet nicht nur gegen andere statt, sondern auch gegen uns.«³¹ Es war ein »Krieg, der uns alle bedroht«.³²

Diese Unmittelbarkeit spiegelte sich in der Wahl der Orte für Protesthandeln, bei denen die amerikanischen Militärstützpunkte eine herausgehobene Rolle spielten. Sie waren vor Ort, im Lebensumfeld der Bundesbürger, wie auch die Bedrohungsszenarien das Leben der Bürger unmittelbar betrafen. Die Studentenrevolte und die Vietnamkriegsgegner der späten 1960er und frühen 1970er Jahre hatten den amerikanischen Truppen noch relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ihre Aktionen konzentrierten sich auf den innerstädtischen Raum und richteten sich gegen amerikanische Einrichtungen wie Generalkonsulate, Amerikahäuser, Deutsch-Amerikanischen Institute (DAI) oder die Filialen amerikanischer Banken. In der Bundesrepublik stationierte GIs galten vielen Kriegsgegnern eher als Opfer ihrer Regierung denn als Täter. Ihre Desertion zu forcieren und zu unterstützen war Ziel etlicher, meist erfolgloser, Kampagnen.³³ Auch in den 1980er Jahren galten nur den wenigsten die einzelnen GIs als Gegner. Doch die militärische Infrastruktur der USA in Westdeutschland avancierte nun zu einem der zentralen Orte der Amerikakritik. Hier sollten die Atomwaffen stationiert werden, und hier lagen in den Augen der US-Kritiker logistische und strategische Zentren für die »imperialistischen Interventionen« der USA weltweit.

Das schwäbische Mutlangen ist zum Inbegriff der friedlichen Proteste gegen die Stationierung der Pershing II-Raketen geworden und steht stellvertretend für eine Vielzahl ähnlicher Aktionen.³⁴ Hier organisierte die Friedensbewegung über

30 Andreas Buro: »Friedensbewegung«, in: Rucht/Roth, S. 267-291.

31 HSK 13: vorwärts bis zum nieder mit, Film 114/Nr. 10.

32 Ebenda, Film 64/Nr. 13.

33 Martin Klimke: *The Other Alliance. Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*, Princeton 2010, S. 182-187. Das schloss nicht aus, dass amerikanische Soldaten immer wieder Ziel amerikakritischer Äußerungen wurden.

34 Einen kompakten Überblick bietet beispielsweise die Presseauschnittssammlung des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Sammlung »Protest«).

Jahre hinweg öffentlichkeitswirksam Blockaden des lokalen Militärlagers – angefangen von der sogenannten Prominentenblockade, an der unter anderem Heinrich Böll, Inge Aicher-Scholl, Petra Kelly, Günter Grass und Walter Jens teilnahmen, über Muttertags- und Seniorenblockaden bis zu Friedenscamps und Mahnwachen.³⁵ Bekannt geworden ist auch die Menschenkette zwischen der Kommandozentrale der europäischen US-Streitkräfte in Stuttgart und dem geplanten Raketenstandort in Neu-Ulm, an der sich 200 000 Menschen beteiligten.³⁶

Terroristische Gruppen nutzten ebenfalls US-Militärbasen, um ihre Ablehnung der amerikanischen Politik zu demonstrieren. Im Gegensatz zur Friedensbewegung setzten sie dabei jedoch auf Gewalt. Bereits während der 1970er Jahre waren amerikanische Militäreinrichtungen Ziel terroristischer Anschläge gewesen.³⁷ Doch zu Beginn der 1980er Jahre schoss ihre Zahl in die Höhe. Die RAF und die RZ verübten Sprengstoffattentate auf Stützpunkte, Offizierscasinos, den Soldatensender AFN, den amerikanischen Militärflughafen in Frankfurt und die NATO-Schule in Oberammergau.³⁸ Wie schon in den Jahren zuvor machte die RAF auch hier vor Menschenleben nicht Halt. 1981 misslang ein Attentat auf General Frederick J. Kroesen, den Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa. Vier Jahre später sorgte die Ermordung des Soldaten Edward Pimental für Entsetzen auch in der linksradikalen Szene. Pimental war getötet worden, um an seinen Ausweis zu kommen, der dann am folgenden Tag einen Sprengstoffanschlag auf die Rhein-Main Air Base ermöglichte, bei dem zwei weitere Menschen starben.³⁹

Autonome und Antiimperialisten konzentrierten sich auf andere Elemente der militärischen Infrastruktur der USA in der Bundesrepublik. »Startbahn West – Stützpunkt für Krieg gegen Befreiung« titelte ein Plakat aus Göttingen zu Beginn der 1980er Jahre. Der rote Schriftzug ist in Form der Streifen in der amerikanischen Flagge angeordnet, die Sterne auf blauem Grund wurden durch angreifende Flugzeuge ersetzt. Eine Maschine hat sich aus dem blauen Rechteck gelöst und fliegt auf eine Gruppe kämpfender Personen rechts unten im Bild zu, die den Widerstand gegen die US-Politik verkörpern soll (Abb. 4).⁴⁰

35 Fabio Crivellari: »Blockade. Friedensbewegung zwischen Melancholie und Ironie«, in: Gerhard Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 482-489; Volker Nick/Volker Scheub/Christoph Then: Mutlangen 1983–1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, Mutlangen 1993; Vack/Vack.

36 Crivellari, S. 485.

37 Philipp Gassert: »Antiamerikaner? Die deutsche Neue Linke und die USA«, in: Behrends/Klim6/Poutrus, S. 250-269, hier S. 264.

38 Flugblatt der RZ mit einer »vollständigen Aufzählung der von uns in diesem NATO-Gipfel-Zusammenhang durchgeführten Aktionen«: Papiertiger, Ordner »Anti-NATO-Bewegung, Reagan Besuch 11.6.1982«; Straßner, S. 134-138.

39 Ebenda, S. 146-151.

40 HSK 13: vorwärts bis zum nieder mit, Film 86/Nr. 1.



Abbildung 4
 HSK 13, <http://plakat.nadir.org>

Die Autonomen reichten sich damit ein in eine breite Protestbewegung, die sich über Jahre hinweg erbittert gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens wehrte, setzte aber andere Akzente. Während die Bürgerinitiativen und Parteien vornehmlich ökologische Gründe anführten, ging es den Autonomen vor allem um die Funktion des Flughafens als Militärflughafen der amerikanischen Armee.⁴¹ Ein weiteres Thema waren die »US-Bombenzüge«. »Kein Transport von Waffen und chemischen Kampfstoffen durch Bremen und die Wesermarsch«, forderte ein Plakat aus dem Jahr 1982.⁴² Der Zug, der mit einer amerikanischen Flagge und dem Schriftzug »Danger« gekennzeichnet ist, teilt das Plakat in zwei Hälften. Oben ist eine idyllische, unberührte Naturlandschaft zu sehen, das untere Szenario zeigt, was folgt, wenn der Zug nicht aufgehalten wird: Zerstörung, Ruinen, Soldaten.

41 Sebastian Hauss: *Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*, Wiesbaden 2004, S. 124-126; HSK 13: »Zwischen Hüttendörfern, US-Imperialismus und 9 Millimetern. Eine Plakat-Kurzgeschichte des Protestes gegen die Startbahn West«, in: HSK 13: hoch die kampf dem, S. 184-189; *Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora*, Bd. 2, Berlin 1993, S. 393-462.

42 HSK 13: vorwärts bis zum nieder mit, Film 76/Nr. 2.

Protestaktionen und Anschläge beschränkten sich nicht auf die militärische Infrastruktur der USA in der Bundesrepublik. Öffentliche Straßen und Plätze, Amerikahäuser, DAI, amerikanische Firmen oder Autos mit amerikanischen Kennzeichen gehörten ebenso zu den Orten friedlicher und gewalttätiger Amerikakritik, doch die Militäreinrichtungen waren von zentraler Bedeutung. Vor allem in den Augen der Friedensbewegung, antiimperialistischer und antimilitaristischer Gruppen lag es nahe, zielgerichtet dort zu protestieren. Hier konnten sie direkt am Ort des Geschehens agieren und waren nicht auf symbolische Orte angewiesen.

Die Mittelamerika-Solidaritätsgruppen hatten keinen solchen natürlichen Ort und nutzten für ihre friedlichen Aktionen daher häufiger Symbolorte wie die Amerikahäuser und DAI, die im Auftrag der amerikanischen Regierung auswärtige Kultur- und Informationspolitik in der Bundesrepublik betrieben. So protestierten im Januar 1981 etwa 50 Jugendliche gegen die amerikanische Intervention in El Salvador und besetzten das DAI Tübingen.⁴³ Auch in Hannover, Hamburg, Heidelberg und Nürnberg kam es zu Aktionen an den amerikanischen Kultur- und Informationszentren.⁴⁴ Diese Häuser standen nicht unmittelbar in Verbindung mit militärischen Aktionen, doch repräsentierten sie immerhin die USA und dienten dazu, die amerikanische Politik zu vermitteln. Somit eigneten auch sie sich als Orte der dezidierten Amerikakritik.⁴⁵

Militärstützpunkte als Orte des Protests ermöglichten es amerikakritischen Gruppen und Organisationen, die Verursacher des kritisierten Zustandes direkt mit ihrem Unmut und ihrer Unzufriedenheit zu konfrontieren. Zugleich riefen die Protestierenden die militärische Infrastruktur der USA in das Bewusstsein der westdeutschen Öffentlichkeit, machten auf ihre Existenz und ihre Funktion aufmerksam, die ihrer Meinung nach jeden betraf. Amerikakritiker verschiedenster Couleur nutzten dabei die gleichen Orte, um ihre Anliegen zu demonstrieren, folgten dabei aber entgegengesetzten Logiken. Terroristische Gruppen wie die RAF reagierten auf die Gewalt, die ihren Augen von den »Zentrale[n] für den Atomkrieg in Europa« und der »Startbasis« für den »Krieg in der Dritten Welt« ausging,⁴⁶ indem sie selbst Gewalt anwandten, die sie als Gegengewalt zu legitimierten versuchten. Der »Terror« ging in dieser Perspektive vom Staat und seinen Organen aus, während die »bewaffneten Gruppen« auf diese als illegitim empfundene staatliche Gewalt reagierten und so ihre eigenen Gewaltanwendungen recht-

43 »Deutsch-Amerikanisches Institut besetzt: Jugendliche protestieren gegen Reagan«, Reutlinger Generalanzeiger, 21. Januar 1981.

44 PAO Tuch an die International Communications Agency, Office of European Affairs vom 23. April 1981, S. 2: StadtAN, E 6/799, Nr. 676; »Hannover: Amerikahaus besetzt«, Hamburger Abendblatt, 24. März 1981; »Der Geist von McNamara und das ‚andere Amerika‘«, Kommunale. Heidelberger Wochenzeitung, 5. Januar 1984; »Amerika-Haus zwei Stunden besetzt«, Hamburger Abendblatt, 27. Mai 1986.

45 Reinhild Kreis: »Gründung und Krise des Deutsch-Amerikanischen Instituts Nürnberg 1962–1972«, in: MVGN 92 (2005), S. 415-482, hier S. 442-452.

46 So die RAF in der Begründung zu ihrem Anschlag auf das Hauptquartier der United States Airforce in Europa in Ramstein am 31. August 1981, abgedr. in: Martin Hoffmann (Hg.): Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 288 f.

fertigten.⁴⁷ Diese Gruppen stellten eine kleine Minderheit dar. Der überwältigende Teil derer, die militärische Installationen der USA zu Protestzwecken nutzte, setzte hingegen auf Gewaltlosigkeit. Sie kontrastierten den angenommenen Militarismus und aggressiven Imperialismus der USA mit seinem Gegenteil – um ihren Protest zu legitimieren, aber auch, um das proklamierte Ziel des Friedens umso stärker zu betonen. So lag das Konzept des passiven Widerstandes den Blockaden in Mutlangen und an anderen Orten zugrunde. Beide Seiten lehnten die Strategien der jeweils anderen als kontraproduktiv bzw. sinnlos ab.⁴⁸ Aus beiden Positionen schienen die Stützpunkte jedoch der beste Ort, um aktiv zu werden, um zu handeln und etwas Konkretes zu bewirken – auch die passiven Sitzblockaden waren ja immerhin Blockaden –, statt auf der symbolischen Eben zu bleiben.

Die eigene Stärke zeigen: Visualisierungsstrategien

Die Aktionsformen der verschiedenen Gruppen und Organisationen sowie die Meinungen darüber, was legitim sei, unterschieden sich erheblich voneinander, doch eine Gemeinsamkeit gab es: Wenn Bedrohung gleich potentielle Lebens- und Menschheitsbedrohung war, dann war Handeln unbedingt angesagt. Für die Friedensbewegung traf dies in besonderem Maße zu, da »Angst« als handlungsleitendes Motiv sehr positiv besetzt war und Handeln legitimierte, sogar forderte.⁴⁹ Das Wort »Aktion« ist in den Flugblättern und Texten der Amerikakritiker – sowohl in der Friedensbewegung und Mittelamerika-Solidaritätsgruppen als auch bei autonomen und terroristischen Gruppen – allgegenwärtig. Viele Plakate und Aufrufe pflegten eine mehr oder weniger ausgeprägte Kampfrhetorik, insbesondere die linksextremer, autonomer und antiimperialistischer Gruppen.⁵⁰ Die Punkband »Slime« sang 1982 »Wir sind Millionen und wir schreien es raus/Yankees raus, Yankees raus«.⁵¹ Hamburger Autonome mahnten 1983 kurz vor dem

47 Vgl. della Porta, S. 41, 52 f.: Rudolf Walther: »Terror und Terrorismus. Eine begriffs- und sozialgeschichtliche Skizze«, in: Kraushaar: Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, S. 64-77, hier S. 72 f.

48 Dazwischen gab es Grauzonen, wenn etwa einige Mitglieder der »Bonner Runde« zur Koordination der Aktivitäten der Friedensbewegung im Herbst 1983 äußerten: »[W]ir [haben] gesagt, dass unsere Aktionen im Herbst gewaltfrei sein werden. Das heißt, dass wir die Verletzung von Personen ausschließen, gleiches gilt für die Beschädigung oder Zerstörung von Sachen, soweit sie nicht militärischen Zwecken dienen (die Zerstörung eines Raketensprengkopfes durch die Brüder Barrigan in den USA war nach unserem Verständnis eine gewaltfreie Aktion) oder die Durchführung einer gewaltfreien Aktion unmittelbar verhindern.« Unterzeichnet wurde die Erklärung von Vertretern verschiedener Friedensgruppen und Mittelamerika-Solidaritätsgruppen. Abgedr. in: Krefeld Dokumentaion 25.6.83, S. 25: Papiertiger, Ordner »Anti-NATO-Bewegung, Bush Besuch 1983 Krefeld«.

49 Susanne Schregel: »Konjunkturen der Angst. »Politik der Subjektivität« und »neue Friedensbewegung«, 1979–1983«, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 495-520.

50 Zur Gewaltfaszination und -darstellung in den Plakaten der Solidaritätsbewegungen s. Spiess/Stickler, S. 92-95.

51 Liedtext »Yankees raus« über www.slime.de/content/load/texte_slime.pdf.

Besuch von Vizepräsident George Bush in Krefeld: »Durchaus richtige Parolen verkommen zur hohlen Frase [sic!], wenn man sie nur ständig wiederholt anstatt sie ernstzunehmen und an ihrer Verwirklichung zu arbeiten.«⁵² Diskussionen um theoretische Standpunkte traten demgegenüber – je nach Gruppierung und Protestzusammenhang in unterschiedlichem Ausmaß – im Vergleich zu den »68ern« in den Hintergrund.⁵³ Wolfgang Kraushaar resümierte: »Begriffe wie Debatte, Vermittlung oder Kompromiss waren Schimpfworte geworden.«⁵⁴ Was zählte, war die Tat.

Die Betonung von Aktion und Handeln setzte sich in den Visualisierungsstrategien fort: Meist waren nicht die befürchtete Katastrophe und ihre Opfer oder der angestrebte Idealzustand dargestellt, sondern gezeigt wurden Menschen in Aktion: entweder Protestierende, die sich gegen Missstände auflehnten und dagegen kämpften, oder aber das entsprechende Gegenbild, nämlich marschierende US- oder NATO-Soldaten, deren Handeln Gegenaktionen notwendig machte.⁵⁵ Dieser Befund von Benjamin Ziemann für die Bildsprache der Friedensbewegung trifft auch für die Visualisierungsstrategien von Amerikakritik zu. Sie geben den Blick frei auf die Selbstsicht und Selbststilisierung der Amerikakritiker.⁵⁶

Dabei fällt auf, dass amerikakritische Plakate und Flugblätter häufig beide Seiten visualisieren. So stellt auch das oben erwähnte Plakat aus der Perspektive der Startbahngegner Aggressoren und Verteidiger einander unmittelbar gegenüber, beide sind in voller Aktion im gleichen Bild zu sehen. Eines der bekanntesten Plakate der Friedensbewegung zeigt, wie eine kleine Frau eine dickliche und kaum größere Rakete wegstößt; viele andere Aufrufe zeigen stilisierte Waffen oder Soldaten, die von einer großen Hand weggeschoben werden.⁵⁷ Ein ähnliches Motiv ist auf einem Aufruf zu einer Mittelamerika-Demonstration in Bonn zu sehen. Eine große Hand schiebt die amerikanische Flagge aus dem Bild. Dabei steht die Hand im Zentrum des Plakats, die Fahne befindet sich in einer Abwärtsbewegung nach rechts unten und wird gleich aus dem Sichtfeld kippen (Abb. 5).

52 »Warum wir uns nicht an der Vorbereitung zur Bush-Demo beteiligen«, 1983: Papiertiger, Ordner »Anti-NATO-Bewegung, Bush Besuch Krefeld 1983«.

53 Nina Verheyen: Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland, Göttingen 2010, S. 244-311.

54 Wolfgang Kraushaar: »Entschlossenheit: Dezisionismus als Denkfigur. Von der antiautoritären Bewegung zum bewaffneten Kampf«, in: ders.: Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, S. 140-156, hier S. 156.

55 Benjamin Ziemann: »The Code of Protest. Images of Protest in the West German Peace Movement«, in: Contemporary European History 17 (2008), Nr. 2, S. 237-261, hier S. 254 f.

56 Crivellari, S. 485; Teppich, S. 101, 125, 136, 177.

57 HSK 13: vorwärts bis zum nieder mit, Film 63/Nr. 11.

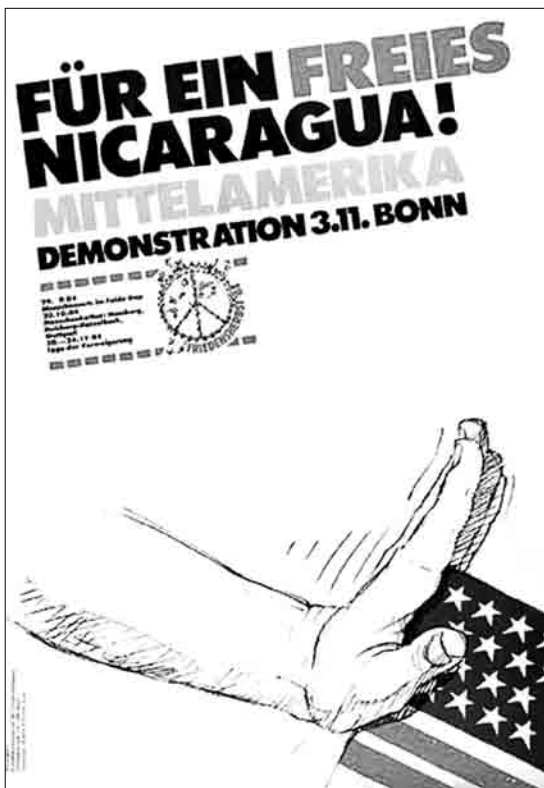


Abbildung 5
 HSK 13, <http://plakat.nadir.org>

Abstrakter und weniger martialisch als die Darstellungen linksradikaler Gruppen, verbreiten diese Bilder doch die gleiche Botschaft: Den USA als Verkörperung von Nachrüstung und Krieg wird dynamisch etwas entgegengesetzt, sie können aufgehoben und besiegt werden. Die Größenverhältnisse sind ausgeglichen, ebenso der Raum, den sie einnehmen. Die Amerikakritiker vermitteln auf diese Weise ein großes Selbstvertrauen in sich und in die Möglichkeit, durch ihren Protest und ihre Kritik etwas zu verändern, die Katastrophe zu verhindern.⁵⁸ Nicht (nur) Hinweise auf das Leid anderer oder die drohende Gefahr sollten mobilisierend wirken, sondern vor allem der Verweis auf die eigene Stärke.

58 Offenbleiben muss dabei, inwiefern diese Selbststilisierung jeweils der tatsächlichen Selbsteinschätzung entsprach oder als motivierendes Stilmittel eingesetzt wurde.

Fazit

Die hohe Frequenz amerikakritischer Bezüge in Protesten, die zeitgleich in verschiedenen Zusammenhängen große Massen mobilisierten und dabei ähnliche Referenzpunkte und Protestorte hatten, macht die im eingangs geschilderten Beispiel anklingenden Befürchtungen über den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen verständlich. In der Tat gab es auf nationaler und internationaler Ebene vielfältige Kontakte zwischen amerikakritischen Gruppen und Organisationen. Die Friedensbewegung wie auch die Mittelamerika-Solidaritätsgruppen, Autonome und terroristische Vereinigungen sahen sich in unterschiedlichem Ausmaß als Teil internationaler Zusammenhänge. So proklamierten die Westberliner Amerikahausbesetzer mit Bezug auf die USA: »Eine Welt – ein Kampf – ein Feind«. ⁵⁹ Auf nationaler Ebene versuchten die verschiedenen Akteure immer wieder Kooperationen: Mittelamerika-Solidaritätsgruppen arbeiteten in der Friedensbewegung mit und umgekehrt, Autonome und Antiimperialisten engagierten sich für die Befreiungsbewegungen El Salvador und Nicaragua, und die RAF versuchte, die Friedensbewegung für ihre Ziele zu gewinnen. ⁶⁰

Doch trotz aller Anknüpfungspunkte und Querverbindungen muss in den meisten Fällen von einem Nebeneinander und nicht von einem Miteinander amerikakritischer Proteste gesprochen werden. Die Gewaltfrage stellte sich als eine zentrale und nicht verhandelbare Frage heraus, die Kooperationen häufig verhinderte. Die Friedensbewegung lehnte die Militanz der Autonomen, die terroristischen Anschläge der RAF und der RZ sowie die Unterstützung bewaffneter Befreiungsbewegungen durch einige der Mittelamerika-Solidaritätsgruppen ab. Diese wiederum hielten häufig die bewaffneten Befreiungskämpfe für legitim, nicht aber unbedingt die Anschläge der RAF. Autonome, antiimperialistische und terroristische Gruppen lehnten hingegen das Prinzip der Gewaltlosigkeit und Verhandlungsbereitschaft ab. Auch innerhalb der einzelnen Gruppen und Organisationen kam es immer wieder zu heftigen Diskussionen über die Frage der Gewaltanwendung und im Zuge dessen auch über Kooperationen mit anderen. ⁶¹ Die Unterschiede in der Legitimation von Kritik und der Wahl der Mittel blieben bestehen.

Mit der öffentlich geäußerten und von breiten Bevölkerungskreisen getragenen Amerikakritik ging jedoch keine Abkehr der Bundesbürger von den USA und der NATO einher, wie Langzeitumfragen ergaben. Auf die Umfrage des Allensbacher

59 Proklamation der Besetzer, abgedr. in: Info Nr. 1, Papiertiger Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung/Aktionen: Blockaden, Besetzungen, Störaktionen«.

60 Olejniczak, S. 329; Straßner, S. 117, 121-123; »Wir sind Freunde des US-Volkes«: Die Neue vom 15. September 1981; Heft »Autonome und antiimperialistische Gruppen«, Sommer 1982, S. 5; Papiertiger, Ordner »Anti-NATO-Bewegung, Reagan-Besuch 1982 Berlin«.

61 Siehe etwa Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 378 f., 381-383, 459-462; Haunss, Identität in Bewegung, S. 177; A. G. Grauwacke, S. 89; Jörg Lauterbach: Staats- und Politikverständnis autonomer Gruppen in der BRD, Diss. Frankfurt/Main 1999, S. 62.

Instituts für Demoskopie, ob die Bundesrepublik von ihrer NATO-Mitgliedschaft Vor- oder Nachteile habe, gaben im Dezember 1981 50 Prozent der Befragten an, die Westdeutschen profitierten von der NATO. Die Zustimmungsrate lag damit sogar etwas höher als 1971 (47 Prozent) und 1979 (48 Prozent). Nachteile sahen nur 11 Prozent (1981).⁶² Auch bei der Frage, mit wem die Bundesrepublik künftig eng zusammenarbeiten sollte, entschieden sich zu Beginn der 1980er Jahre deutlich mehr Menschen für die USA als zehn Jahre zuvor. Der Anteil derer, die eine enge Zusammenarbeit gleichermaßen mit den USA und der Sowjetunion befürworteten, nahm im Vergleich zu den Befragungen 1973 hingegen ab; eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion kam jeweils nur für 1 bis 2 Prozent in Frage.⁶³ Eine Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung kam 1983 ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Bundesbürger das westliche Bündnis mit der Schutzmacht USA kaum in Frage stellten.⁶⁴ Die Umfragen zeigten zwar, dass die Nachrüstungsgegner in der Bundesrepublik viel Unterstützung hatten, und insbesondere Jüngere sowie die Anhänger der Grünen die Politik der USA und das westliche Bündnis deutlich kritischer beurteilten als der Bevölkerungsdurchschnitt.⁶⁵ Der überwiegende Teil der Westdeutschen distanzierte sich jedoch zu keinem Zeitpunkt von den USA oder dem westlichen Bündnis.⁶⁶

Hier konnten nur einige Aspekte von Amerikakritik schlaglichtartig beleuchtet werden, während andere wie etwa die Beeinflussung von Amerikabildern durch den Osten oder transatlantische Kontakte und Kooperationen nicht berücksichtigt wurden.⁶⁷ Auch auf die zeitgenössische Debatte, inwiefern Kritik an den USA Antiamerikanismus sei, konnte nicht eingegangen werden. Der Blick auf Amerikakritik als übergreifendes Kennzeichen von Protest zeigt jedoch, wie sich die Protestkultur der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren verändert hatte. Die USA als Gegenstand der Kritik sowie Praktiken und Werturteile, die in den Jahren um

62 Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 8: 1978 – 1983, München 1983, S. 635.

63 Ebenda, S. 621. Eine ähnliche Tendenz zeigte sich, wenn es um die Alternativen einer engeren Zusammenarbeit mit den USA oder den Ländern Westeuropas ging, siehe ebenda, S. 619. Mit einer etwas gegenläufigen Tendenz zur Außenpolitik der Bundesrepublik siehe die Umfragen für die Jahre 1981 und 1983 ebenda, S. 615.

64 Die Studie, erstellt durch das Sinus-Institut, brachte das deutsch-amerikanische Verhältnis auf die Formel »Militärische Schutzmacht versus gesellschaftliches Vorbild der Deutschen«. Das Festhalten am transatlantischen Bündnis schloss jedoch einen gravierenden Imageverlust der USA nicht aus, der allerdings auch auf andere Faktoren als die Nachrüstungsfrage zurückgeführt wurde. Sinus: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik. Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983, München 1983, bes. S. 11-19.

65 Noelle-Neumann/Piel, S. 607, 615, 621, 633, 635 f., 640.

66 Philipp Gassert: »Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschlusses als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik«, in: Gassert/Geiger/Wentker, S. 175-202.

67 Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hg.): Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, München 2002; Mende: Nicht rechts, nicht links; Lawrence S. Wittner: Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1971 to the Present, Stanford 2003, S. 226-252; Wilfried Mausbach: »Vereint marschieren, getrennt schlagen? Die amerikanische Friedensbewegung und der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss«, in: Gassert/Geiger/Wentker, S. 283-304.

1968 noch ein Tabubruch und die Praxis einer bestimmten Generation und auch dort nur einer Minderheit gewesen waren, waren mittlerweile in die Mitte der Gesellschaft diffundiert, ohne dass damit eine Abkehr vom transatlantischen Grundkonsens einhergegangen wäre. Unverändert blieb die ablehnende Haltung gegenüber politischer Gewalt. Vor dem Erfahrungshintergrund des Terrorismus der 1970er Jahre standen die, die dabei Gewalt anwandten, noch weiter außerhalb der Gesellschaft als damals.⁶⁸ Auch wenn die amerikakritischen Proteste der frühen 1980er Jahre vielfach von ähnlichen Wahrnehmungen ausgingen und ähnliche Referenzpunkten oder Protestorte nutzten, unterschieden sich die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen wurden. Von »einem Kampf« und »einem Feind«, wie die Besetzer des Amerikahauses 1980 proklamierten, kann man nicht sprechen.

68 Unerheblich blieb dabei in den Augen der breiten Öffentlichkeit, ob sich Gruppierungen wie die Autonomen mit dem Begriff der Militanz vom Gewaltbegriff und -verständnis der RAF absetzten.

»Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat zerschlagen den Herrschaftsapparat«: autonome Frauen, linksradikaler feministischer Protest und Gewalt in Westdeutschland

Frauenbefreiung heißt, daß wir uns Selbstbestimmung, Subjektivität erkämpfen, daß wir die Erfahrung, die wir als Frauen gemacht haben, ganz unten zu stehen, über Schwäche definiert zu werden, uns selbst entfremdet zu werden, umdrehen: in kollektive Stärke verwandeln, indem wir uns mit unserer ganzen Person gegen Herrschaft, gegen Institutionen, und Institutionalisierung, gegen Unterdrückung, Chauvinismus stellen, Gegenmacht werden, die in der Lage ist, die imperialistische Herrschaft und Macht abzuschaffen.
»Frauen gegen imperialistischen Krieg«¹

Einleitung

In der feministischen und der allgemeinen Bewegungsforschung werden vornehmlich die westdeutsche autonome Frauenbewegung der 1970er Jahre sowie deren politische Ziele und ihr Einfluss auf die Politik der 1980er untersucht. Seltenere stehen jene feministischen Ausrichtungen linker politischer Gruppen dieser Zeit im Mittelpunkt, deren militanter Feminismus sie außerhalb der Strategien der autonomen Frauenbewegung ansiedelt. Ihre politischen Ziele und Methoden unterschieden sich wesentlich von denen der autonomen Frauenbewegung; eine wissenschaftliche Einbindung dieser Art des militanten Feminismus in die Bewegungsforschung ermöglicht eine differenziertere Diskussion feministischer Geschichte und Theorie im Rahmen europäischer Protestbewegungen.

Im Hinblick darauf diskutiert dieser Beitrag die Präsenz und Wirkung feministischer Gruppen im Umfeld der autonomen Bewegung in Deutschland und beleuchtet ihr Verständnis von feministischer Politik. Die Autonomen, eine Bewegung, die ihren größten Zulauf in den 1980ern hatte und durch gewalttätige Straßenschlachten mit der Polizei und militante Häuserbesetzungen auffiel, wurden

1 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«: Krieg dem imperialistischen Krieg, 1982, S. 11. Alle Zitate von »Frauen gegen imperialistischen Krieg« sind Texten aus der Broschüre »Frauen gegen imperialistischen Krieg: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]« entnommen. Die Broschüre ist im Archiv der Sozialen Bewegungen des autonomen Kulturzentrums Rote Flora in Hamburg archiviert. BRD-05.150-Frauen Bewegung 80er Jahre. Die Broschüre besteht insgesamt aus 44 Seiten und ist nicht paginiert. Alle Seitenangaben beziehen sich auf die Seitenzahl der individuellen Dokumente in der Broschüre.

von der breiten Öffentlichkeit in Deutschland vor allem als militante und zerstörerische politische Formation angesehen.² Seit Mitte der 1990er Jahre haben sowohl wissenschaftliche Untersuchungen als auch Autoren aus der autonomen Szene in einer Reihe von Publikationen zu einem vollständigeren Bild dieser Gruppen beigetragen, die oft auf den »schwarzen Block« reduziert werden, der seine politische Weltanschauung mit dem »Stein in der Hand«³ vertritt.⁴ Diese Quellen bilden den Hintergrund für meine Untersuchung der Bewegungsliteratur autonomer Frauen, in der Militanz einen Schwerpunkt bildet und die Einblick in die feministischen Ziele und Methoden autonomer Feministinnen vermittelt. Wie ich darlegen werde, erfordert dieser Einblick eine Re-Evaluierung der Definition des »feministischen Aktivismus«, der in den 1980ern von Frauen der autonomen Frauenbewegung vornehmlich als gewaltfrei deklariert wurde – ein Konzept, das in der Bewegungsliteratur kaum hinterfragt wird.

Autonome Frauengruppen (nicht zu verwechseln mit der autonomen Frauenbewegung generell)⁵ waren Teil der autonomen Bewegung, ein linkes politisches Phänomen, das sich von anderen europäischen und US-anarchistischen Verbänden unterschied. Autonome Frauengruppen formierten sich als unabhängige, aber lokal lose miteinander verbundene Gruppen von Frauen, deren militante, antiimperialistische Haltung auf einer Sichtbarmachung und radikalen Ablehnung patriarchalischer Machtstrukturen basierte. Viele identifizierten sich als *FrauenLesben* und forderten die heterosexistischen und sexistischen Strukturen innerhalb der autonomen Bewegung heraus und verbanden antiimperialistische Analyse mit feministischer Politik, während sie den gewaltfreien Aktivismus der etablierten und der

2 Thomas Schultze/Almut Gross: Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung, Hamburg 1997, S. 7.

3 Ebenda, S. 8.

4 Vgl. Schultze/Gross; Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Amsterdam 1990; A.G. Grauwacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin 2004; Georgy Katsiaficas: The Subversion of Politics. European Autonomous Social Movements and the Decolonization of Everyday Life, Oakland and Edinburgh 2006; Jan Schwarzmeier: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Books on Demand GmbH 2001.

5 Zur Begriffserklärung: In diesem Aufsatz werden drei unterschiedliche feministische Ausrichtungen in Zusammenhang gesetzt: »Autonome-Frauen(gruppen)«, »autonome Frauen« und »Frauen in der autonomen Bewegung« bezeichnen Frauen, die sich innerhalb der autonomen Bewegung/Szene gegen Sexismus aussprachen oder sich politisch organisierten. Diese standen in einem engen Verhältnis (das oft von Abgrenzungs-bemühungen gekennzeichnet war) mit der »autonomen Frauenbewegung«, die sich in den 1960ern und 1970ern aus dem linken Spektrum der Neuen Bewegungen entwickelte und eine Politik der Autonomie (sowohl vom Staat als auch von anderen linken Bewegungen) artikulierte. Die »Frauenfriedensbewegung« schließlich bezeichnet Aktivismus von Frauen, der Pazifismus als Basis jeden Widerstandes gegen Militarismus und Aufrüstung verstand. Alle grenzten sich deutlich von der »etablierten Frauenbewegung« ab, die sich durch Parteinähe auszeichnete und Institutionsveränderungen (nicht Systemveränderung) forderte und die hier nur am Rande erwähnt wird. »Autonome Frauen«, deren militanter Feminismus den Schwerpunkt dieses Aufsatzes bildet, werden also begrifflich von der »autonomen Frauenbewegung« und der »Frauenfriedensbewegung« abgegrenzt. Dabei gibt es vor allem mit der autonomen Frauenbewegung wichtige Überschneidungen, was erklärt, warum viele Auseinandersetzungen der autonomen Frauen mit denen der autonomen Frauenbewegung stattfanden und warum sich viele militante Frauen als Teil der autonomen Frauenbewegung verstanden.

autonomen Frauenbewegung in Frage stellten. Ihre Position als verbindendes Glied zwischen der radikalen Linken und der autonomen Frauenbewegung ist einzigartig. Viele Aktivistinnen waren sich dieser Position bewusst, und sie spielte eine wichtige Rolle in ihren politischen Analysen und Strategien. In meinem Beitrag dienen die Flugblätter, Bekanntmachungen und Stellungnahmen der Hamburger Frauengruppe »Frauen gegen imperialistischen Krieg« (1980–1982) als Ausgangspunkt für die Darstellung eines militanten Feminismus, der den Widerstand von Frauen gegen den Staat innerhalb einer radikalen linken Bewegung als notwendigerweise gewaltsam versteht und den gewaltfreien Protest der Frauenbewegung als wirkungslos kritisiert. Mein Beitrag beschränkt sich hier auf den historischen Zeitraum der 1980er, der als wichtiger Wegbereiter der weiteren Entwicklung zum militanten Feminismus in den 1990ern zu verstehen ist. Aus Platzgründen kann hier auch nicht der Frage nachgegangen werden, wie radikale Frauen ihre Rolle innerhalb der autonomen Bewegung verstanden und wie sie deren politische Einschätzung von Geschlechterbeziehungen beeinflussten.

Die Texte von »Frauen gegen imperialistischen Krieg« sind nur ein Beispiel der vielen heterogenen feministischen Äußerungen innerhalb der autonomen Bewegungsliteratur und der Anspruch ist nicht, eine repräsentative Darstellung von Frauengruppen innerhalb der autonomen Bewegung zu geben. Trotz aller Vielfältigkeit gibt es jedoch, wie auch Almut Gross feststellt, »bestimmte Inhalte, politische Auffassungen, Organisations- und Aktionsformen[, die] charakteristisch für autonome FrauenLesben-Politik«⁶ sind. Die Stellungnahmen der Hamburger Gruppe »Frauen gegen imperialistischen Krieg« spiegeln diese Inhalte wider, zeigen den Diskurs kontroverser Positionen militanter Feministinnen und sind vor allem bezüglich der Rolle, die politische Gewalt im militanten Feminismus spielt, aussagekräftig.⁷ Im vorliegenden Aufsatz soll insbesondere beleuchtet werden, inwieweit dieser militante Feminismus auch die politischen Grundlagen der autonomen Frauenbewegung infrage stellt.

Frauen der autonomen Bewegung: politische Ziele und Aktionen

Organisationsbemühungen von feministischen Frauen der autonomen Bewegung werden in der Geschichtswissenschaft und der autonomen Bewegungsliteratur kaum behandelt: In der Literatur über die Neue Frauenbewegung werden sie gar

⁶ Schultze/Gross, S. 172.

⁷ Ein weiterer Text, der Gewalt als feministische Taktik im Widerstand gegen patriarchalische Strukturen diskutiert, ist ein Buch, das im Eigendruck von einem Autorinnenkollektiv veröffentlicht wurde: Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben. ansätze zum revolutionären frauen- und lesbenkampf gegen imperialismus und patriarchy, 1988. Das Manifest »Jedes Herz ist eine Zeitbombe« (1993), das die Rote Zora 1981 veröffentlichte, ist ebenfalls Ausdruck eines militanten Feminismus innerhalb der autonomen Bewegung (in: Früchte des Zorns: Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, ID-Archiv im IISG, 1. Bd., S. 284-294).

nicht erwähnt, und in Publikationen über und von Autonomen stellen sie oft ein politisches Moment dar, das die (männlichen) Autoren hilflos verstummen lässt,⁸ oder das lediglich als allgemeine »Thematisierung von Geschlechterverhältnissen« im Gesamtkontext der Politisierung von Lebensverhältnissen in der Bewegung dargestellt wird.⁹ Hier gehen frauen-spezifische Bemühungen, eine bewegungsinterne Auseinandersetzung über Sexismus herbeizuführen und Widerstand gegen patriarchalische Machtstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft in autonome Aktionen einzubinden, in der Geschichtsschreibung verloren. Dabei stellen diese Frauen eine wichtige »Schaltstelle« zwischen autonomer Frauenbewegung und linksradikalen Gruppen dar, die eine kritische Auseinandersetzung mit einem in der allgemeinen Bewegungsliteratur vorherrschenden Verständnis von feministischem Widerstand als vornehmlich gewaltfrei einfordert. Vor allem stellen diese militanten Frauen einen Weiblichkeitsbegriff infrage, der in weiten Teilen der Frauenbewegung und besonders innerhalb der Frauenfriedensbewegung zirkulierte und der dem Verständnis von feministischem Widerstand als gewaltfrei zugrunde liegt.

Der Begriff der »Autonomie« als zentraler politischer Begriff in den Neuen Sozialen Bewegungen in Deutschland wurde von Mitgliedern der Frauenbewegung eingeführt. Das Konzept der Autonomie »als wichtigstes Merkmal der neuen Frauenbewegung«¹⁰ hatte zwei Bedeutungsebenen: Zum einen benannte es die Selbstorganisation von Frauen getrennt von der »männerdominierten Linken und Männern überhaupt«.¹¹ Zum anderen signalisiert der Begriff »autonom« eine Ablehnung des Staates und seiner Institutionen als patriarchalisch. Neben dem feministischen Schlachtruf »Das Private ist politisch«, der eine Politisierung von Lebensverhältnissen und allen sozialen Strukturen forderte, ertönte in den späten 1970ern und frühen 1980ern – ihn erweiternd – auch der autonome Ansatz einer »Politik der 1. Person«: »[...] der unmittelbar nach der 68er-Revolte organisationalpolitisch zunächst verdrängte Ansatz der Frauenbewegung bot [den Autonomen] eine Perspektive statt von revolutionären Imperativen von den individuellen und kollektiven Bedürfnissen ihrer Mitglieder auszugehen.«¹² Der feministische Aufruf zur »Autonomie« grenzte sich von der etablierten Frauenbewegung ab, welche das Erlangen der Gleichberechtigung der Geschlechter im existierenden Gesellschaftssystem durch den »Marsch durch die Institutionen« befürwortete.¹³

8 Vgl. Geronimo, wo der Autor eine feministische Kritik der Autonomen diskutiert, jedoch nicht in der Lage ist, die politischen Implikationen zu Ende zu denken (S.156-157). In A. G. Grauwacke kapitulieren die Autoren vor dem feministischen Anspruch, patriarchalische Geschichtsschreibung nicht nur zu hinterfragen, sondern zu ändern (S. 168).

9 Vgl. Sebastian Haunss: »Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung«, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. 2008, S. 461.

10 Ute Gerhard: »Frauenbewegung«, in: ebd., S. 203.

11 Ebd., S. 203.

12 Haunss, S. 459. Vgl. auch ebd., S. 460; Gerhard, S. 201; Katsiaficas, S. 67, 79.

Im Gegensatz zur etablierten Frauenbewegung, die sich für die Vertretung der Interessen von Frauen in Politik, Kirche und Wissenschaft engagierte, lehnte die autonome Frauenbewegung die Vorstellung ab, dass ein männlich bestimmtes System für Frauen befreiend sein kann.¹⁴ Sie sah stattdessen das Patriarchat als das primäre Unterdrückungssystem an, konzentrierte sich auf die Schaffung einer weiblichen Gegenkultur – die zunehmend auch Mutterschaft und (Homo)Sexualität als Bestandteil weiblicher Identität integrierte –, definierte Gewalt als ein patriarchalisches Produkt und als Teil der systematischen Unterdrückung der Frau und weigerte sich zudem ursprünglich, mit dem Staat zusammenzuarbeiten. Allerdings begannen sich bereits seit Mitte/Ende der 1970er mehr und mehr Frauengruppen bei der Umsetzung feministischer Projekte auf staatliche Hilfe zu verlassen (zum Beispiel für Frauenhäuser und Kulturzentren), was dem politischen Konzept der Autonomie entgegenstand. Der Konflikt um die Annahme staatlicher Unterstützung dominierte denn auch während der 1980er Jahre die Diskussionen in der autonomen Frauenbewegung.¹⁵

Im Gegensatz hierzu hielten Frauengruppen, die sich im militanten Bereich der Linken bildeten, an der anarchistischen Grundhaltung der breiteren autonomen Bewegung fest und lehnten alle Zusammenarbeit mit dem Staat kategorisch ab – ebenso wie jegliche gesellschaftliche Vision, die sich die Befreiung der Frau innerhalb des existierenden sozialen und politischen Systems ausmalte. Den politischen Hintergrund dieser feministischen Gruppen bildeten die Autonomen; die feministischen politischen Themen und Inhalte, die die Frauen der autonomen Bewegung in den Diskurs der militanten Linken einführten, lehnten sich jedoch eng an die der autonomen Frauenbewegung an – Unterschiede fanden sich vor allem in der Theorie und im Verständnis von der Form politischen Widerstands. Die Namen »autonome FrauenLesben«¹⁶ und »Frauen der autonomen Bewegung« signa-

13 Vgl. Schultze/Gross, S. 174. Für einen Überblick zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung vgl. Florence Hervé (Hg.): *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Köln 1995, und Gerhard, Ilse Lenz (Hg.): *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied*, Wiesbaden 2009, macht eine Vielzahl zeitgenössischer Dokumente der Frauenbewegung zugänglich; Kristina Schulz: *Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976*, Frankfurt a. M. 2002, gibt eine detaillierte Analyse der frühen Neuen Frauenbewegung.

14 Vgl. Gerhard, S. 204 f.

15 Vgl. Schultze/Gross, S. 174; für eine Diskussion der Debatte um »Autonomie und Geld« – die Annahme staatlicher Förderung bei gleichzeitiger Bewahrung von Selbstbestimmung der Projekte – siehe Gerhard, S. 209.

16 Schultze und Gross benutzen den Begriff »FrauenLesben« in ihrer Diskussion über feministische Gruppen bei den Autonomen. Der Sichtbarkeit von Lesben und ihrer unmittelbaren Erfahrungen in patriarchalischen Strukturen in der frühen autonomen Frauenbewegung wurde unter anderem mit dem Begriff »FrauenLesben« begegnet, der in radikalen feministischen Zusammenhängen bis in die 1990er hinein üblich war. Er bindet »Lesben« in den allgemeinen Frauenbegriff ein und signalisiert eine Erkennung von Heterosexismus als zentralen Aspekt/Teil patriarchalischer Macht. Heute wirkt der Begriff auf viele (jüngere) AktivistInnen antiquiert, die in ihm den Ausschluss aller weiteren (Geschlechter)Identitäten aus feministischen Zusammenhängen ansehen. Siehe z. B. die folgende Diskussion auf Mädchenblog, 29.6.2010: <http://maedchenblog.blogspot.de/2010/06/30/frauenlesben-noch-ein-zeitgemaesser-ausdruck-oder-total-uneuer/> Letzter Zugriff: 18.10.2011.

lisieren eine politische Haltung, die sich – trotz aller Überschneidungen – sowohl von der in der autonomen Frauenbewegung als auch von der bei den Autonomen unterscheidet.¹⁷

Das übergreifende Ziel der Frauen der autonomen Bewegung war die »Frauenbefreiung«¹⁸ an sich; darüber hinaus waren ihre politische Themen und Taktiken eng mit denen der militanten Linken verbunden: Anti-Atomkraft-Demonstrationen, Häuserbesetzungen, Anti-Militarismus-Aktionen usw., die in einer anti-kapitalistischen, anarchistischen (also einer gegen Staat und Nation formulierten) Philosophie der Selbstbestimmung und lokaler Selbstverwaltung beruhte. Autonome Frauen teilten den allgemeinen Militanzbegriff der Autonomen, der von politisch motivierter Gewalt, zum Beispiel Häuserbesetzungen, gewaltsamer Protest (Straßenschlachten mit Polizei und Demonstranten) und Sabotage, geprägt war.¹⁹ Während physische Gewalt gegen den Staat und das Kapital nur einen Teil der politischen Aktivitäten autonomer Gruppen ausmachte, die ebenso vom als sozialrevolutionär verstandenen Alltag mit kommunalem Wohnen, Knasthilfe und anderen, stadtteilbezogenen politischen Tätigkeiten bestimmt waren, spielte Militanz für die Autonomen eine zentrale Rolle. Militanz ist für Autonome nicht nur politische Strategie, sondern ist vielmehr »zum identitätsstiftenden, prägenden Bestandteil der Bewegungserfahrung« geworden²⁰, eine Haltung, die den militanten Feministinnen der Szene ebenfalls eigen war.

Viele der militanten Frauen waren in der autonomen Frauenbewegung aktiv und brachten ihre Erfahrungen von Analyse und Widerstand gegen Sexismus in die autonome Bewegung ein. Die Entscheidung, separate Frauen-Gruppen zu bilden (z. B. Frauenhäuser in der Besetzerszene) war zum Teil eine Reaktion auf die sexistische Politik autonomer Männer und ging einher mit der wachsenden Überzeugung, dass jegliche antiimperialistische Analyse unvollständig ist, wenn sie die männlichen Privilegien ignoriert, die Kapitalismus und imperialistischen Strukturen innewohnen. Demnach weiteten autonome Frauen ihre Analyse vom Imperialismus (und seines wirtschaftlichen Antriebs Kapitalismus) aus, indem sie patriarchalische Machtstrukturen einschlossen. Damit forderten sie die politische Prämissen der Linksradikalen heraus. Während also autonome Frauengruppen an den politischen Aktionen der Autonomen teilnahmen und diese Politik als potenziell feministisch für sich beanspruchten (zum Beispiel war in den 1980ern und frühen 1990ern der Frauenblock eine feste Institution in der Aufstellung linksradikaler Proteste), so politisierten sie ebenfalls Sexismus und sexuelle Gewalt innerhalb der eigenen Bewegung, so wurde etwa eine Kampagne gegen Vergewaltiger bei den Autonomen gestartet, nachdem Frauen in autonomen Kreisen vergewaltigt worden waren.²¹

17 Vgl. Schultze/Gross, S.175.

18 Schultze/Gross, S. 182.

19 Ebenda, S. 39.

20 Grauwacke, S. 142; vgl. auch Schwarzmeier, S. 25-30.

21 Schultze/Gross, S.193-95.

Militante Frauengruppen bildeten sich während der ganzen 1980er und 1990er. Ihr Einfluss auf die linke Szene, der die Grundlage für die seitdem andauernden Debatten über Sexismus legte, war aber von 1986–1989 am stärksten.²² Während dieser Zeit fanden wichtige Konsolidierungsbemühungen und neue Zusammenschlüsse statt; öffentlichkeitswirksame Aktionen wurden geplant und ausgeführt. Zum Beispiel fand die Rote Zora, eine Gruppe militanter Feministinnen, die sich 1975 in Zusammenarbeit mit den Revolutionären Zellen gründete, Zustimmung bei vielen Frauen in der autonomen Szene. Ihr politisches Selbstverständnis war das als Feministinnen (radikale FrauenLesben), jedoch kritisierten sie die Begrenzung der Frauenbewegung auf frauenspezifische Themen. Ihre feministische Politik war in einer linken und antiimperialistischen verwurzelt; ihre Anschläge richteten sich gegen staatliche Einrichtungen unter anderem in Solidarität mit der Kampagne gegen den § 218, aber auch gegen Rüstungsproduktion und andere wirtschaftliche Verbände.²³ Der von der Roten Zora im Sommer 1987 verübte Bombenanschlag auf den Textilfabrikanten Adler in Haibach fand großen Beifall bei Frauen in der radikalen Szene. Letztere schien zu jenem Zeitpunkt für feministische Aktionen sensibilisiert zu sein.²⁴ Während der Vorbereitungen gegen den IWF-Kongress im September 1988 in Berlin organisierten autonome Frauen ein Frauenplenum, nachdem autonome Männer wiederholt die Einbindung feministisch relevanter Themen (zum Beispiel Gentechnologie) und einer Patriarchatskritik abgelehnt hatten; die Trennung von Männern und Frauen in der Organisation der Proteste löste zum Teil fruchtbare Diskussionen um Geschlechterverhältnisse in der linken Szene aus.²⁵ Spezifisch feministische politische Themen waren unter anderem: Gen- und Reproduktionstechnologie, Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, der Einfluss von internationaler Politik auf das Leben von Frauen (z. B. in kurdischen Gebieten), Fantifa (feministische oder Frauen-Antifa), Ausbeutung von Frauen – ideologisch und materiell – im Kapitalismus sowie Sexismus und sexuelle Gewalt, auch bei den Autonomen (z. B. Debatten über Vergewaltigungen in der Szene), und Solidaritätskampagnen für politische Gefangene. In feministischen Publikationen wie *anagan* (1984–1986, Berlin) diskutierten autonome Frauen feministische Ansichten und Aktionen im Umfeld der »Szene.« Dabei wurden auch Spannungen mit der Frauenbewegung ausgesprochen: In der ersten Ausgabe der *anagan* positionieren die Autorinnen die Zeitschrift anhand ihres (negativen) Verhältnis zur Frauenbewegung: »ne neue frauenzeitung! von frauen aus der »szene«! von Frauen, die nücht mehr mit der frauenbewegung zu tun haben oder noch nie hatten.«²⁶

22 Ebenda, S. 177.

23 Vgl. Früchte des Zorns, S. 594-633.

24 Vgl. Schultze/Gross, S. 177 und Grauacke, S. 211.

25 Vgl. Grauacke, S. 203-238. Der Film von Barbara Teufel: Ritterinnen (2003) stellt die Erfahrungen und Ansichten einer Gruppe autonomer Frauen in 1987 Berlin dar und gibt einen gelungenen Einblick in die Auseinandersetzungen der Aktivistinnen sowohl mit den Autonomen als auch mit der autonomen Frauenbewegung.

26 20 Jahre radikal. Geschichte und Perspektiven autonomer Medien, Hamburg, Berlin, Münster 1996, S. 205.

In der folgenden Analyse fungieren die Stellungnahmen und Diskussionspapiere der Hamburger Frauengruppe »Frauen gegen imperialistischen Krieg« als Beispiel für die Diskussionen, wie sie in der Bewegung Anfang der 1980er stattfanden, und die dem Höhepunkt eines feministischen autonomen Aktivismus Mitte bis Ende der 1980er Jahre vorausgingen. Eine Auswahl von Flugblättern, Thesenpapieren und Artikeln, die zwischen Juni 1980 und Februar 1982 zirkulierten, geben Einblick in die politischen Diskussionen der frühen Frauengruppen in der autonomen Szene.

»Frauen gegen imperialistischen Krieg« – politische Gewalt als Form feministischen Widerstands

Im Folgenden stelle ich einige zentrale Diskussionspunkte vor, die vor allem die Frauen unter den Autonomen beschäftigten, und von militanten Feministinnen in der autonomen Szene an Frauen in der autonomen Frauenbewegung herangetragen wurden. Zum einen waren erstere überzeugt, dass das Patriarchat wie auch Imperialismus/Kapitalismus/Militarismus Unterdrückungssysteme sind, die sich gegenseitig bedingen und die dementsprechend bekämpft werden müssen. Konzepte von »Haupt-« und »Nebenwiderspruch« könnten nicht durch eine undifferenzierte Patriarchatskritik, die Männerherrschaft zum primären Unterdrückungssystem erklärt, ersetzt werden. Militante Feministinnen forderten so die autonome Frauenbewegung in ihrer Theorie des Separatismus heraus.

Zum anderen besetzten militante Feministinnen in der autonomen Szene den Weiblichkeitsbegriff neu. Er war durch Teile der autonomen Frauenbewegung und vor allem durch die Frauenfriedensbewegung zu diesem Zeitpunkt (in den frühen 1980ern) durch eine grundsätzliche Ablehnung von militantem feministischen Widerstand und als ausschließlich gewaltfrei geprägt. Die Neudefinition des Weiblichkeitsbegriffs gründete hauptsächlich auf der ablehnenden Haltung der Frauen der autonomen Bewegung gegenüber dem Staat, die sich in Militanz äußerte. Die anfänglich so zentrale (und radikale!) Staatskritik der frühen autonomen Frauenbewegung schien im Rahmen der staatlichen Finanzierung feministischer Projekte zunehmend aufgeweicht oder durch einen weiblich geprägten Pazifismus in der Friedensbewegung ersetzt. Gepaart mit der wachsenden Identifizierung mit weiblich besetzten Werten führte dies zum monierten »Rückzug« vieler Aktivistinnen in die Privatsphäre, in Spiritualität und/oder in Freiräume, die zum Teil vom Staat mitfinanziert wurden. Im Gegensatz dazu insistierten autonome Frauen auf der Militanz als notwendige feministische Strategie, um sowohl der Vereinnahmung feministischer Projekte durch den Staat als auch dem allgemeinen gesellschaftlichen Sexismus effektiv zu begegnen. Sie begriffen also Gewalt als ein der Weiblichkeit nicht widersprechendes politisches Mittel und forderten damit direkt die Frauenfriedensbewegung in ihrem Pazifismus heraus:

Patriarchalischem Krieg und Militarismus könne man nur mit Gewalt erfolgreich begegnen. Diese vor allem in der autonomen Frauenbewegung umstrittenen Diskussionspunkte finden sich in den Texten von »Frauen gegen imperialistischen Krieg« wieder, die bestimmte Grundannahmen der autonomen Frauenbewegung und der Frauenfriedensbewegung anzweifeln und herausfordern. Die Positionen der militanten Gruppe waren mit jenen der etablierten Frauenbewegung in einem solchen Ausmaß unvereinbar, dass »Frauen gegen imperialistischen Krieg« diese gar nicht als eine ihrer Zielgruppen verstanden. Daher konzentriert sich diese Analyse auf die Reibungspunkte ihrer militanten Strategien mit denen der autonomen Frauenbewegung und der Friedensbewegung. Beide Bewegungen definierten sich ja über die Ablehnung des Systems und schrieben sich selbst Radikalität in dieser Ablehnung etablierter Politik zu.

»Frauen gegen imperialistischen Krieg,« eine Frauengruppe, die sich – inspiriert von den militanten Protesten während der Rekrutenvereidigung in Bremen am 6. Mai – im Sommer 1980 in Hamburg formierte, suchte die Auseinandersetzung über effektiven Widerstand mit anderen Feministinnen.²⁷ Die Frauen trafen sich regelmäßig in der Hamburger Frauenkneipe in der Stresemannstraße im links-alternativen Schanzenviertel, um Aktionen zu diskutieren und zu planen. Diese schlossen unter anderem Demonstrationsaufrufe, Stellungnahmen und Solidaritätsbekundungen/-aktionen für RAF- und andere politische Gefangene ein. Die Gruppe bezog eine pro-RAF-Position und wurde vom Bundesverfassungsschutz als das »engere RAF-Umfeld in Hamburg« bzw. als »legale[r] Arm der RAF« bezeichnet.²⁸ Solidarität mit der RAF und anderen bewaffneten Gruppen äußerte sich am stärksten in der Unterstützung der politischen Gefangenen; die Knastbewegung war wichtiger Bestandteil der autonomen Szene. Solidarität mit RAF-Gefangenen wurde auf unterschiedliche Art und Weise geäußert: durch Hungerstreik-Aktionen und Publikationen, durch die Verbreitung von Briefen politischer Gefangener über ihre Haftbedingungen, durch Demonstrationen, Protestveranstaltungen usw. Im Gegensatz zur »Straßenmilitanz« lehnten allerdings viele Autonome den bewaffneten Kampf im Untergrund ab, wie er im Besonderen von der sich als Avantgarde der militanten Bewegung verstehenden RAF geführt wurde. Dies beruhte auf einer Ablehnung des antiimperialistischen Rahmens, wie ihn die RAF definierte sowie auf deren Anspruch als Avantgarde. Auch die Guerilla-Militanz der Revolutionären Zellen/Rote Zora wurde von Autonomen kritisiert (»Befreiungselite« *versus* Alltagsmilitanz und »sozialrevolutionärer« Widerstand). Den Revolutionären Zellen/Rote Zora gelang es allerdings, Nähe zur

27 Die Autorinnen beziehen sich in ihren Schriften wiederholt auf die Demonstration am 6. Mai 1980 als Moment, in dem militanter Widerstand erstmals öffentlich und wirksam von einer kritischen Masse geleistet wurde.

28 Wortprotokoll des Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz Christian Lochte vor dem PUA Hafenstr. Mai 1988, S. 3, 8. <http://www.nadir.org/nadir/archiv/Haeuserkampf/Hafenstrasse/88/LochtePUA> Letzter Zugriff: 11.10.2011.

Szene zu bewahren, auch weil sie weniger hierarchisch organisiert waren. Im Gegensatz zur RZ verlor die RAF dagegen immer mehr politische Unterstützung.²⁹ Die Pro-RAF-Position der Gruppe »Frauen gegen imperialistischen Krieg« war deshalb nicht für alle Frauen in der autonomen Bewegung repräsentativ. Die klare Abgrenzung gegenüber den Strategien der Gewaltlosigkeit der autonomen Frauenbewegung und der Frauenfriedensbewegung korrespondiert dagegen mit der allgemeinen militanten Haltung von Frauen innerhalb der autonomen Bewegung.³⁰ Ihre schriftlichen Stellungnahmen sind Beispiele für eine frühe Formulierung feministischer Stimmen innerhalb der autonomen Bewegung, die einen militanten Feminismus im linken revolutionären Kontext befürworten.

In ihrem Aufruf zum Frauentreffen im September 1980 in Hamburg, »Frauen gegen imperialistischen Krieg – Krieg den Palästen«, verstehen sich die Autorinnen als Teil einer breiteren Entwicklung in der Frauenbewegung: »Wir sind Frauen aus der ganzen BRD, die einen gemeinsamen Kampf gegen imperialistische und patriarchalische Herrschaft führen und dabei sind, im Zusammenleben und Zusammenkämpfen mit Frauen Widerstand zu entwickeln, mit dem wir uns eine revolutionäre Perspektive schaffen.«³¹ Sie verbinden eine militante Kritik an Staat, Industrie und Militärbündnissen mit einer feministischen Grundhaltung; sie befürworten die militanten Strategien und Taktiken der autonomen Szene, um feministische Ziele umzusetzen. Diese Ziele formulieren sie klar in einem theoretischen Rahmen, der im Allgemeinen innerhalb der Szene als »antiimperialistisch« verstanden wurde.

Die vorliegenden Dokumente sind als Broschüre mit dem Titelblatt: »Frauen gegen imperialistischen Krieg: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]« zusammengefasst, das für 4 D-Mark in Frauen- und linken Buchläden erhältlich war. Die Broschüre beinhaltet Aufrufe zu Diskussionsveranstaltungen, Frauentreffen und Friedenskongressen, Thesen zur Frauenbewegung und deren Rolle in der Friedensbewegung, Diskussionen zu sogenannten antiimperialistischen Inhalten und zum Feminismus, Flugblätter zu Hungerstreiks der RAF und von irischen Gefangenen sowie einen Aufsatz über bewaffneten Widerstand und antiimperialistische Kritik als zentrale Elemente für feministische Politik.³² Im Allgemeinen richten sich die Aufrufe der Gruppe an die autonome Frauenbewegung und auch an die Friedensbewegung, weniger jedoch an autonome Män-

29 Vgl. Schultze/Gross, S. 84-88 und Haunss, S. 457.

30 In »Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben« diskutieren die anonymen Verfasserinnen ebenfalls die Frage nach dem Verhältnis linker Feministinnen zur RAF und zur Roten Zora sowie die Rolle, die das Konzept eines Guerilla-Kampfes im militanten Feminismus spielt.

31 »Frauen gegen Imperialistischen Krieg«, Frauen gegen imperialistischen Krieg – Krieg den Palästen, 1980, S. 1.

32 Dieser Aufsatz wurde für den Sammelband von Ruth-Esther Geiger und Anna Johannesson (Hg.): Nicht friedlich und nicht still: Streitschriften von Frauen zu Krieg und Gewalt, München 1982, verfasst, später aber zurückgezogen, weil er in seiner ursprünglichen Form (in der die Autorinnen zum bewaffneten Widerstand aufriefen und die gewalttätige Politik der RAF befürworteten) den Herausgeberinnen des Sammelbandes rechtliche Probleme bezüglich Paragraph § 129 a (Unterstützung/Werbung für eine terroristische Vereinigung) bereitet hätte. Anstelle des Aufsatzes wurde eine Stellungnahme der Gruppe veröffentlicht (ebd., S. 176-78).

ner. Ihr Ziel scheinen eine um die antiimperialistische Analyse erweiterte feministische Kritik der Herrschaftsverhältnisse und die Einbindung militanter Taktiken in den feministischen Aktivismus zu sein.

Grundsätzlich ist die Sprache von »Frauen gegen imperialistischen Krieg« von Kriegsmetaphern und -referenzen durchsetzt. So auch in »Wie sind wir zu anti-imperialistischen Inhalten gekommen?«, eine Stellungnahme von 1980, die die Militanz der autonomen Bewegung und der Untergrundgruppen in den 1970ern reflektiert: Begriffe wie »Feind«, »Revolution« *versus* »linke Beschäftigungstherapie«, »Angriff« auf »zentrale Stellen« und »Kampf« siedeln Widerstand gegen Staat und System schon sprachlich deutlich in einem Bedeutungsrahmen der Kriegsführung/des Kriegszustandes an. In allen Schriften der Gruppe wird der deutsche Staat, vor allem in seiner Funktion als NATO-Verbündeter, als imperialistischer Kriegsbetreiber und potenzieller Kriegsbeteiligter angesehen, der durch die Militarisierung der Gesellschaft (Rekrutenvereidigung, Initiativen zur Beschäftigung von Frauen in der Bundeswehr usw.) »ideologische Kriegsvorbereitung«³³ betreibe. Das Bemühen des Staates, militanten Widerstand gegen seine Politik zu unterdrücken, sei eine Kriegserklärung, der dementsprechend begegnet werden müsse: »Alle, die hier Widerstand leisten, spüren diesen ›kleinen Krieg‹, merken, daß der Staat ihnen den Krieg erklärt. Für uns ist es wichtig, daß wir vor dieser Kriegserklärung nicht zurückschrecken, sondern sie annehmen – zornig, angriffslustig und voller Ernsthaftigkeit.«³⁴ »Frauen gegen imperialistischen Krieg« stellen hier die Behauptung auf, dass Horst Herold, ehemaliger Präsident des BKA, die »Auseinandersetzung zwischen revolutionären Bewegungen, Guerilla und den imperialistischen Strategien der Widerstandsbekämpfung als ›kleinen Krieg‹« bezeichnete, der die »großen Kriege zwischen Staaten [...]« in den Hintergrund gedrängt habe.³⁵

»Wenn wir Frauen autonom handeln wollen, müssen wir radikal mit uns selber sein« – Kritik an der autonomen Frauenbewegung

»Frauen gegen imperialistischen Krieg« merken in ihren Schriften eine Spaltung innerhalb der autonomen Frauenbewegung an, »die Folge eines bornierten und falschen Begriffs von Frauenbefreiung war und die uns geschwächt hat«³⁶: eine Spaltung in Feministinnen, die die (internationale) wirtschaftliche Ausbeutung in ihrem Kampf gegen das Patriarchat ignorierten, und in solche, die eine separate feministische Bewegung aufgegeben und zur breiteren linken Bewegung zurück-

33 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat zerschlagen den Herrschaftsapparat, 1981, S. 3.

34 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Krieg dem imperialistischen Krieg, S. 7.

35 Ebd., S. 7.

36 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Thesen zur Frauenbewegung, 1980, S. 3.

gekehrt seien. »Frauen gegen imperialistischen Krieg« sahen sich als außerhalb dieser Spaltung stehend an. Statt Patriarchat und Imperialismus als »Haupt- und Nebenwiderspruch« zu verstehen, betonten ihre Texte, dass sich beide Systeme gegenseitig bedingten und es folglich kein »Entweder-oder« gebe; und sie weisen auf die Notwendigkeit hin, sich dagegen zu organisieren. Feministisch gelebte Autonomie und Selbstbestimmung – zwei Schlüsselwörter sowohl in der Frauenbewegung als auch in der militanten Linken – sollten dabei nicht als abstrakter Trennungsstrich (gegen Männer) definiert werden, sondern aktiv durch den Inhalt und das Ziel des Kampfes von Frauen gegen Männerherrschaft *und* Imperialismus: »Denn weil Imperialismus heute den gesamten 24 Stundentag bestimmt, die Arbeit wie die Reproduktion, so ist auch die Struktur zwischen Männern und Frauen heute bedingt durch ihre Funktion für den Imperialismus und nur im Kampf gegen ihn wirklich zu knacken.«³⁷

Dabei stellen »Frauen gegen imperialistischen Krieg« eine Verbindung zwischen ihrer eigenen Ausbeutung (und ihren Privilegien) und der von Frauen in der »Dritten Welt« her und bestehen darauf, dass das Patriarchat *als* Imperialismus/Kapitalismus in der Weltwirtschaft bekämpft werden muss: »Worauf es ankommt jetzt: zu begreifen, daß der Kampf gegen patriarchalische, sexistische Strukturen hier, gegen die wahnsinnige Entfremdung, der wir als Frauen hier unterliegen, nur zu führen ist als Kampf gegen eine international organisierte, imperialistische Kapitalherrschaft und internationale Arbeitsteilung, die die Frauen in der ganzen Welt dazu verdammt [...] die Reproduktion dieses Systems zu gewährleisten durch unbezahlte Arbeit.«³⁸

»Frauen gegen imperialistischen Krieg« sahen sich als Schaltstelle zwischen Frauenbewegung und den Autonomen. Sibylle Plogstedts Frage 1981 in der Frauenzeitschrift *Courage*, ob die Gewalt in der Frauenbewegung angekommen sei,³⁹ wurde im Januar 1982 von »Frauen gegen imperialistischen Krieg« in ihrem Aufsatz »Krieg dem imperialistischen Krieg« implizit mit einem »Ja« beantwortet,

37 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Wie sind wir zu antiimperialistischen Inhalten gekommen?, 1980, S. 1.

38 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Thesen zur Frauenbewegung, S. 3.

39 Sibylle Plogstedt: »Ist die Gewalt in der Frauenbewegung angekommen?«, in: *Courage*, 9, 1981, S. 30-35. Die Gewaltkritik der Autorin wird noch heute von Feministinnen wie der Politikwissenschaftlerin Ilse Lenz als »authentisch und nachvollziehbar« (Lenz, S. 273) beurteilt, während Frauen in bewaffneten Gruppen sich dem Vorwurf stellen müssen, sich »feministische Metaphern« anzueignen und sie »in die Ideologie des bewaffneten Kampfes« einzubauen (ebd., S.269). Diese »Strategien wurden aber von allen Flügeln der Neuen Frauenbewegung eindeutig kritisiert« (ebd., S. 269), bemerkt Lenz im Jahre 2010 in der umfangreichen Dokumentensammlung und Kommentierung *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland*. Dieser Verallgemeinerung – und Vereinfachung – der vielfältigen autonomen Frauenbewegung steht die Tatsache entgegen, dass Feministinnen innerhalb der Bewegung die Gewaltfrage komplex diskutierten und sich selten einig waren (vgl. Patricia Melzer: »Death in the Shape of a Young Girl«. Feminist Responses to Media Representations of Women Terrorists during the ›German Autumn‹ of 1977«, in: *Feminist International Journal of Politics*, 11:1, 2009, S. 35-62). Diese Vielfältigkeit feministischer Positionen spiegelt sich in dem Sammelband: *Nicht friedlich und nicht still wider, der unter anderem eine Kritik von Plogstedts Aufsatz abdruckt, die die von ihr geforderte Abgrenzung von der Gewalt ablehnt* (Helga Braun: »Ist die Abgrenzungsdebatte in der Frauenbewegung angekommen?«, in: Ruth-Esther Geiger/Anna Johannesson (Hg.): *Nicht friedlich und nicht still*, München 1982, S. 96-104).

als sie ihre politische Identität sowohl in der Frauenbewegung als auch in der autonomen Bewegung ansiedelten: »Wir, Frauen gegen imperialistischen Krieg, sind Teil der Frauenbewegung und der Kämpfe, die sich seit dem 6. Mai in Bremen hier in der BRD entwickelt haben.«⁴⁰ In ihren Schriften findet man von daher auch den Aufruf an die autonome Frauenbewegung und die Friedensbewegung, »alte abgrenzungen unter uns zu überwinden«,⁴¹ um gemeinsamen Widerstand zu leisten – einen Widerstand, dessen Grundlage Militanz sein solle. Diese Militanz wird, wie bei den Autonomen, als politischer Ausdruck einer Entschlossenheit definiert, der bei anderen Bewegungen mit ihren gewaltfreien Taktiken fehle. Die Proteste in Bremen radikalisierten die Autorinnen: »An den Steinen und Mollies, die geflogen sind, war vor allem wichtig, daß sich daran eine neue Qualität des Widerstandes ausgedrückt hat: wer Steine schmeißt, führt keinen Dialog mehr mit den Herrschenden, erwartet nichts mehr von ihnen, bestimmt selbst die Konfrontation, will keine Integration.«⁴² Das Resultat, so die Verfasserinnen, sei effektiver Widerstand, der, im Gegensatz zu gewaltfreien Protesten und Projekten, nicht in das Unterdrückungssystem des Staat »integrierbar« sei und deshalb kriminalisiert werde.⁴³

Allerdings sehen »Frauen gegen imperialistischen Krieg« die Gewaltanwendung von Frauen gegen den Staat nicht (nur) in der politischen Logik der Autonomen und Antiimperialisten begründet, sondern stellen sie in einen Zusammenhang mit dem Autonomiebestreben von Feministinnen, das Gefahr liefe, vom System kompromittiert zu werden. »Wenn wir Frauen autonom handeln wollen, müssen wir radikal mit uns selber sein. Wir haben hier nichts, keine Geschichte, keine Tradition, auf die wir uns beziehen können, weil wir in einer Gesellschaft leben, die von Männern bestimmt wird.«⁴⁴ Sie sehen ihren Aufruf zur Militanz als Aus-

40 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Krieg dem imperialistischen Krieg, S. 1. Eine weitere Textstelle, an der die politische Position von »Frauen gegen imperialistischen Krieg« als Verbindung zwischen der radikalen Linken und der autonomen Frauenbewegung angesprochen wird, ist in der Stellungnahme zu finden, die statt des rechtlich bedenklichen Aufsatzes in dem Sammelband abgedruckt wurde und die dem Aufsatz vorangestellt ist: »daß wir uns als teil der antiimperialistischen und der frauenbewegung begreifen« (»Frauen gegen imperialistischen Krieg«: An die Gleichgeschalteten. Stellungnahme zu Krieg dem imperialistischen Krieg, 1982, S. 3/29). Ilse Lenz geht der Frage nach Gewalt als Mittel des feministischen Widerstand nicht nach, sondern handelt sie als »Gewaltbanalisierung« (Lenz, S. 268) und »diskursive Aneignung und Enteignung feministischer Ideen« im Kontext des Terrorismus (S. 269) ab – ihr zufolge können militante Frauen also keinen authentischen Teil der autonomen Frauenbewegung ausmachen. Berücksichtigt man, dass die Diskussion von Feministinnen in den 1970ern und 1980ern tatsächlich sehr viel komplexer geführt wurde, ist Lenz ausgrenzende Schlussfolgerung symptomatisch für die Simplifizierung kontroverser Standpunkte im Diskurs feministischer Gruppen, wie sie nur allzu oft in der geschichtlichen Aufarbeitung der Frauenbewegung zu finden ist.

41 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Friedensbewegung und Antiimperialistische Bewegung, 1982, S. 1. In Übereinstimmung mit vielen linken AktivistInnen gebrauchten »Frauen gegen imperialistischen Krieg« in ihren Schriften zeitweise die Kleinschreibung. Diese Abgrenzung von der konventionellen Schreibweise hatte als sichtbarer Verstoß gegen bürgerliche Normen politische Bedeutung. Ich gebe alle Zitate aus den Texten der Gruppe in originaler Schreibweise wieder.

42 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Krieg dem imperialistischen Krieg, S. 10.

43 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Friedensbewegung und Antiimperialistische Bewegung, S. 1.

44 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Wie sind wir zu antiimperialistischen Inhalten gekommen?, S. 2.

wuchs ihrer Arbeit in der autonomen Frauenbewegung an – ihrem Selbstverständnis als Autonomen geht das als Feministinnen voraus –, jedoch verurteilen sie deren alleinigen Fokus auf frauenspezifische Projekte als fehlgeleitet: »Unser Bedürfnis war, aus der Frauenbewegung heraus (aus der die meisten kommen) eine neue politische Offensive zu entwickeln [...]. Wir wußten, daß unsere Perspektive nicht in der Eroberung von Freiräumen liegt, daß wir keine ruhigen Inseln in diesem System errichten wollten, weil das die Staats- und Männergewalt nicht angreift, nicht wirklich abschaffen kann, sondern ihnen nur aus dem Weg geht.«⁴⁵

»Frauen gegen imperialistischen Krieg« vermissten demnach in ihren Erfahrungen in der Frauenbewegung eine konsequente feministische Kritik des Staates. Während die autonome Frauenbewegung ursprünglich eine klare Staatskritik formulierte, resultierte die Konzentration auf feministische Projekte in einer politischen Haltung, die zwar Unabhängigkeit als Basis, aber keine direkte Opposition zum Staat als Schwerpunkt hatte. Neben ihrer Analyse, die imperialistische mit patriarchalischer Herrschaft verbindet, weichen »Frauen gegen imperialistischen Krieg« von der autonomen Frauenbewegung hier durch ihre militante Ablehnung des Staates ab. Während sich Teile der autonomen Frauenbewegung in separate kulturelle Freiräume zurückzogen und sich als vom Staat und seiner Politik unabhängig verstanden (obwohl später viele zunehmend auf staatliche Gelder für die Ausführung ihrer Projekte angewiesen waren), griffen Frauengruppen im Spektrum der autonomen Bewegung den Staat als ein Hauptinstrument der Unterdrückung der Frau an und erklärten ihn zum Feind, der bekämpft, nicht nur gemieden, werden muss. Ihre Militanz entwickelte sich demnach aus der Überzeugung heraus, dass (feministische) Befreiung nur durch die Abschaffung des Staates möglich sei.

In ihren Schriften behaupten »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, dass die Frauenbewegung eine Entradikalisierung erfahren habe. Die Betonung auf »Freiräume [für Frauen] schaffen« – vornehmlich durch separate kulturelle und soziale Räume – und die Kollaboration mit staatlichen Einrichtungen hätten den ursprünglichen Kampf um Autonomie verraten: »[G]roße Teile der Frauenbewegung [sind] der Illusion aufgesessen – und diese Illusion teilen sie mit der ganzen übrigen Alternativbewegung – daß sie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verändern könnten, ohne gegen den Staat und das Kapital zu kämpfen.«⁴⁶ Aktivismus und Projekte der Frauenbewegung seien demnach nichts anderes mehr als »gut kontrollierbare unbezahlte Sozialarbeit«,⁴⁷ die Frauen in das System absorbierten, ohne es zu verändern. Befreiung, so ihr Argument, sei nicht in Zusammenarbeit mit dem Staat möglich, nur im Kampf gegen ihn: »Wenn wir nicht ohnmächtig bleiben wollen, muß unser Ziel sein, mit dem System zu brechen, denn nur so können wir verhindern, daß es den Schweinen noch einmal gelingt, wie im

45 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Krieg dem imperialistischen Krieg, S. 9.

46 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Thesen zur Frauenbewegung, S. 2.

47 Ebd., S. 2.

Faschismus, so viele Frauen zu integrieren, mit reaktionärer Mutterschaftsideologie vollzustopfen und damit den Boden für Kriege zu bereiten.«⁴⁸

Kollaboration mit dem Staat führe also nicht nur zur Entradikalisierung, sondern lade sogar zur Vereinnahmung feministischer Politik durch das repressive System ein. Die Autorinnen versichern, dass sie sich in Solidarität mit feministischen Bemühungen sehen, deren Effektivität jedoch bezweifeln: »Es geht hier nicht darum, die ganzen Projekte der Frauenbewegung für überflüssig zu erklären, sondern wir müssen uns fragen, ob sie uns in unserem Kampf gegen patriarchalische und imperialistische Herrschaft Stärke geben [...] oder ob sie dazu dienen, daß wir uns in ›Frauenreservate‹ abdrängen lassen, innerhalb derer wir uns zwar zeitweise von unmittelbarer Männerdominanz befreien können, ohne jedoch Männerherrschaft in ihrem strukturellen Zusammenhang und ihrer Funktion für die imperialistische Ausbeutung von Frauen (und Männern) in der ganzen Welt zu bekämpfen.«⁴⁹

Gleichzeitig baue, so »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, der politische und kulturelle Separatismus, für den sich einige radikale Feministinnen in der autonomen Frauenbewegung einsetzten, auf einem limitierten Begriff der Frauenbefreiung auf, der die – im internationalen Kontext entstandenen – Privilegien westlicher Frauen unsichtbar mache. Ein vielzitiertes Beispiel hierfür ist der Aufruf an alle Frauen zur Erfindung des Glücks, ein Text der von einer Frauengruppe in Frankfurt nach dem »Deutschen Herbst« 1977 verbreitet wurde (unter anderem erschien der Text in den feministischen Zeitschriften *Emma* und *Courage*) und der den Rückzug aus gewalttätiger, männerdominierter Politik und Aktivismus fordert.⁵⁰ Der Fokus auf den »Kriegszustand im Alltag«,⁵¹ der die Gewalt, die Frauen durch Männer in ihrer unmittelbaren Umgebung erfahren, beschreibt, ignoriere die Frage nach der Befreiung von Frauen von militärischen Kriegen im internationalen Kontext, ein Thema der militanten Linken sowie der Friedensbewegung.

»Dass wir innerhalb der Frauenbewegung gewisse Spielräume haben, finanzielle Unterstützung bekommen, immer noch Jobs finden und uns dadurch von Reproduktionsarbeit weitgehend [sic] befreien können als die Frauen in der dritten Welt, verdankt sich also zu einem großen Teil einem Reichtum hier, der auf der Ausbeutung der Dritten Welt beruht. Wenn wir diesen Zusammenhang aus den Augen verlieren, reproduzieren wir nicht nur ein Stück dieses imperialistischen Ausbeutungsstrukturen anstatt sie gerade hier, in den Metropolen anzugreifen, sondern wir gelangen auch nicht zu einem wirklichen Begriff von Frauenunterdrückung.«⁵²

48 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, *Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat zerschlagen den Herrschaftsapparat*, 1981, S. 3.

49 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«. Thesen zur Frauenbewegung, S. 3.

50 Aufruf an alle Frauen zur Erfindung des Glücks, *Emma*, 12, 1977, S. 16.

51 Anna Dorothea Brockmann: »Frauen gegen den Krieg, Frauen für Frieden – gegen welchen Krieg, für welchen Frieden eigentlich?«, in: Geiger/Johannesson, S. 105-116.

52 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«. Thesen zur Frauenbewegung, S. 4.

»daß wir keine ›friedensfrauen‹ sind« – Kritik an der (Frauen)friedensbewegung

In logischer Konsequenz ihres Angriffs auf Teile der autonomen Frauenbewegung aufgrund von deren Ablehnung von politischer Gewalt und wegen ihrer »Freiräume-Politik« des Rückzuges kritisierten »Frauen gegen imperialistischen Krieg« die Frauenfriedensbewegung und die allgemeine Friedensbewegung sowohl wegen ihrer Zielsetzung als auch wegen ihrer politischen Taktiken. Obwohl die Frauenfriedensbewegung üblicherweise als Teil einer allgemeinen Friedensbewegung angesehen wird, scheint es angebracht, zwischen diesen beiden Gruppierungen zu unterscheiden. Die Friedensbewegung teilte mit der Frauenfriedensbewegung eine »gemeinsame [...] friedenspolitische Zielsetzung«. ⁵³ Der Ansatz der Frauenfriedensbewegung, obwohl nicht immer feministisch, beruhte jedoch auf der »bewußte[n] Bezugnahme auf die weibliche Geschlechtszugehörigkeit bei der Begründung des individuellen Friedensengagements und/oder bei der Formulierung der friedenspolitischen Forderungen und Zielsetzungen«. ⁵⁴ Auch vollzogen sich »die bewußt geschlechtsbezogenen Friedensaktivitäten der Frauen in separaten politischen Handlungsstrukturen«. ⁵⁵

Zum einen lehnten »Frauen gegen imperialistischen Krieg« den Friedensbegriff ab, der im Wesentlichen auf die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen beschränkt war, ⁵⁶ zum anderen wehrten sie sich gegen einen Weiblichkeitsbegriff, den viele Frauen (und Männer) vor allem in der Frauenfriedensbewegung unterhielten und der Frauen eine natürliche oder anerzogene Friedfertigkeit unterstellte, die sie besonders zum Frieden anhält. ⁵⁷ Demnach seien Militarismus und Politik von Männern gemacht und müssten von einer von Frauen geführten Gegenpolitik des Friedens gestoppt werden. Obwohl sich Teile der Frauenfriedensbewegung öffentlich gegen dieses Weiblichkeitsbild aussprachen, insistierten sie gleichzeitig auf eine Politik, die sie in ihrer Erfahrung als Frauen und Müttern begründet sahen und darauf, dass Militarismus und Aufrüstung von Männern geschaffen seien. Ihre Friedenspolitik basierte also auf einer geschlechtsspezifischen

53 Karola Maltry: Die neue Frauenfriedensbewegung. Entstehung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt 1993, S. 32.

54 Ebd., S. 31.

55 Ebd., S. 32.

56 Vgl. dazu den Beitrag von Sebastian Haumann und Susanne Schregel in diesem Band.

57 Vgl. Belinda Davis: »Women's Strength Against Their Crazy Male Power«. Gendered Language in the West German Peace Movement of the 1980s«, in: J. A. Davy/K. Hagemann/U. Kätzel (Hg.): Frieden – Gewalt – Geschlecht. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung, Essen 2005, S. 244-265. Vgl. auch Richard L. Johnson: The New West German Peace Movement. Male Dominance or Feminist Nonviolence, Women in German Yearbook: Feminist Studies in German Literature & Culture, Volume 1, 1985, S. 135-162, in dem der Autor die folgende Feststellung formuliert: »Although the women's movement did not invent non-violence, I believe that active nonviolence is an underlying assumption, implicit and explicit, of women's liberation and that this core of nonviolence is particularly evident among the feminists active in the peace movement« (S. 137).

Zuordnung von Verantwortung an Konflikten.⁵⁸ In ihren Schriften sprechen sich »Frauen gegen imperialistischen Krieg« klar gegen diese Grundannahmen aus: »...daß wir die schnauze voll davon haben, uns auf jene »natürlichen eigenschaften« der frau reduzieren zu lassen, nämlich friedfertigkeit zu vermitteln, die ewigen mütter und sozialarbeiterinnen, die frieden stiften zwischen unvereinbaren gegensätzen; daß wir keine »friedensfrauen« sind, weil wir nicht sehen, daß es hier oder sonst auf der welt frieden gäbe und wir keinen frieden beschwören können, sondern nur die ursachen für krieg bekämpfen und zerstören.«⁵⁹

In dem dänischen Aufruf *Frauen für den Frieden* 1980 drückten Frauen angesichts der Aufrüstung der beiden Großmächte Angst und Verzweiflung aus, und diese politisierten Empfindungen wurden von der Berliner Frauengruppe in *Anstiftung der Frauen zum Frieden* um eine Stellungnahme gegen männlichen Militarismus im selben Jahr erweitert⁶⁰ – von der Berliner Gruppe ging eine feministische Strömung in der Frauenfriedensbewegung aus, die nicht für die Mehrzahl der Aktivistinnen als typisch angesehen werden kann. Im Gegensatz hierzu fordern »Frauen gegen imperialistischen Krieg« die Frauenfriedensbewegung zu einer Neuorientierung auf. Diese Neuorientierung würde die Notwendigkeit einer Friedensbewegung nicht in den privilegierten feministischen Sicherheitsbedürfnissen der deutschen Frauen ansiedeln, sondern in der Befreiung aller Frauen weltweit – also der Frauenfriedensbewegung einen sogenannten antiimperialistischen Rahmen geben. Pazifismus sei ein Luxus, den sich viele Frauen nicht leisten könnten und der deshalb nicht als spezifisch feministische und/oder weibliche Qualität gefeiert werden könne. Zudem erlaube Pazifismus den Aktivistinnen, an den Staat zu appellieren, ohne ihn für seine Ausbeutungen zur Rechtfertigung zu ziehen, und damit auch, ihre Privilegien nicht zu hinterfragen.

»Wir, die Friedensbewegung und die antiimperialistische Linke, die Frauenbewegung, wir können im Kampf gegen unseren gemeinsamen Gegner von den Befreiungsbewegungen [...] lernen, [daß] man [...] gegen diesen Feind siegen kann, wenn man alle Illusionen über ihn fallen läßt, ihm den Krieg erklärt, ihn materiell angreift [...]. Unsere Schwestern in den Befreiungsbewegungen sind uns ein Vorbild, weil sie sich die Fähigkeit erobert haben, den Imperialismus anzugreifen und zu besiegen. Sie wollten sich keine »Freiräume« erobern, wie Teile der Frauenbewegung in den Metropolen, sondern die Freiheit im Kampf um Befreiung.«⁶¹

Nicht nur propagiere die Friedensbewegung eine geschlechtlich geprägte Ideologie, so die Gruppe. Dem Friedensbegriff, wie er innerhalb der Bewegung operiere – Frieden durch Abrüstung –, fehle außerdem eine antiimperialistische Aus-

58 Vgl. Eva Quirstorp (Hg.): *Frauen für den Frieden. Analysen, Dokumente und Aktionen aus der Friedensbewegung*, Frankfurt a. M. 1982, eine Sammlung von Texten aus der Frauenfriedensbewegung, die diesen Widerspruch widerspiegelt.

59 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, *Krieg dem imperialistischen Krieg*, S. 3.

60 Quirstorp, S. 19-20.

61 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, *Krieg dem imperialistischen Krieg*, S. 8.

richtung, die die globale Dimension der Aufrüstungspolitik erkenne. Die Gewaltlosigkeit als einzige Form des politischen Agierens verführe sie zu hilflosem Widerstand: »für uns geht es nicht darum, den ›frieden‹, d. h. den status quo hier zu erhalten, weil wir nicht sehen, daß es hier oder sonst auf der welt frieden gäbe, und wir keinen frieden beschwören können, sondern nur die ursachen für krieg bekämpfen und zerstören.«⁶² Die politische Konzentration auf eine atomwaffenfreie BRD (ausgeweitet auf Europa) ignoriere die Realität, dass Völker in anderen Staaten Kriege und Unterdrückung erführen, die als imperialistisch verstanden wurden. Die Forderung, die BRD dürfe kein Ort der Aufrüstung sein, sei deshalb beschränkt, das Friedensbemühen flach. Statt die Rolle von BRD und NATO anzugreifen, sehe die Friedensbewegung nur ihre eigenen Sicherheitsbedürfnisse. Das Resultat sei eine Friedenspolitik, die sich mit »befriedeten« Gebieten innerhalb eines Systems zufriedengebe, das gleichzeitig Krieg außerhalb des eigenen nationalen Territoriums führe: »Und uns geht es auch gar nicht darum, uns möglichst rauszuhalten, vielleicht sogar in der Hoffnung, daß uns dann die Bomben nicht selbst um die Ohren fliegen, sondern unser Ziel ist die Zerschlagung der NATO, die Befreiung vom Imperialismus, für uns und für die Völker in der ganzen Welt.«⁶³

Die Verhandlung mit dem Staat um die eigene Sicherheit durch gewaltfreien Protest führe zur Entradikalisierung der Bewegung – sie bleibe in die Vorhaben des Staates »integrierbar«. »dies ist das kalkül der herrschenden. solange die friedensbewegung ihren kampf ausschließlich über die angst vor einem krieg in den metropolen bestimmt und nicht über das bedürfnis nach befreiung der menschen hier und in der 3. welt, läuft sie gefahr, auf dieses kalkül der herrschenden [...] reinzufallen.«⁶⁴ Dabei sei es Angst, die die Gewaltlosigkeit der Proteste der Friedensbewegung bestimme und die das friedliche Weiblichkeitsbild innerhalb der Frauenbewegung nähere, wo »Frauengruppen die Angst bewahren, in einer Jamerhaltung verharren und sie zur Strategie hochstilisieren«.⁶⁵

Ein fehlender antiimperialistischer Bezug, so schlussfolgern »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, ließe die Abwesenheit von Krieg vor Ort als Frieden erscheinen und verhindere effektiven Widerstand: »die friedensbewegung wird über das angebot einer atomwaffenfreien zone, das heißt das versprechen, den krieg hier nicht stattfinden zu lassen, befriedet.«⁶⁶ Statt Frieden zu fordern, müsste man imperialistischen Kriegen mit Krieg begegnen – internationaler staatlicher Militarismus fordere militanten Widerstand heraus: »wir [halten] es für aussichtslos [...], mit friedlichem protest und verweigerungsaktionen dieser kriegsmaschine des imperialismus einhalt zu gebieten [...] wir sagen: krieg dem imperialistischen

62 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Friedensbewegung und Antiimperialistische Bewegung, S.1.

63 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Krieg dem imperialistischen Krieg, S. 8.

64 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Friedensbewegung und Antiimperialistische Bewegung, S.3.

65 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Wie sind wir zu antiimperialistischen Inhalten gekommen?, S. 1-2.

66 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Friedensbewegung und Antiimperialistische Bewegung, S. 2.

krieg, und [haben] dabei nicht nur einen drohenden 3. weltkrieg vor augen [...], sondern den umsturz eines systems, das schon jetzt überall auf der welt offene und verdeckte kriege gegen die menschen führt, die sich seiner herrschaft wider-setzen.«⁶⁷

Jede andere friedenspolitische Zielsetzung, die einen für den Staat kontrollierbaren Pazifismus propagiere, sei nicht zu rechtfertigen.

Schlussbemerkungen

»Frauen gegen imperialistischen Krieg« knüpften ihre feministische Politik sowohl an die Kampagnen der autonomen Bewegung an als auch an denen der Friedensbewegung, wobei sie 1980 eine Aufbruchsstimmung wahrnahmen, die sich in der autonomen Szene bis in die späten 1980er halten sollte: »Im letzten Jahr hat der Widerstand hier in der BRD, die militanten Kämpfe der Hausbesetzer, die zahlreichen Demos und Aktionen der Friedensbewegung, die Anti-Haig-Demo in Berlin, der entschlossene Widerstand der Gegner der NATO-Startbahn-West, den Herrschenden gezeigt, daß die Zeit vorbei ist, wo sie ihre Projekte ungestört durchziehen können.«⁶⁸

Dabei zeichnen die Schriften von »Frauen gegen imperialistischen Krieg« ein Bild, in dem Frauen in der autonomen Bewegung eine wichtige Position innerhalb der linken politischen Landschaft in Deutschland einnahmen: Sie formten theoretische und politische Verbindungen (oft durch Diskussion und Differenzen) zwischen einer linken militanten Szene, die sich durch Ablehnung des Staates und den Antiimperialismus definierte, und einer feministischen Bewegung, die sich bemühte, ihr Verhältnis zum Staat sowie zu anderen sozialen Bewegungen, wie z. B. der Friedensbewegung, zu bestimmen.

»Wir haben im letzten Jahr gespürt [1980], daß Revolution zu wollen mehr ist als eine Phrase, mehr als nur die Analyse des Imperialismus, sondern daß die Revolution zu wollen vor allem heißt: sich selbst und andere verändern zu wollen, mit Strukturen und Rollen, die uns hier gerade als Frauen aufgezwungen werden, zu brechen. Das heißt: zu merken, daß persönliche und politische Befreiung nur zusammenlaufen, sich gegenseitig bedingen.«⁶⁹

Die in der Frauenbewegung kontrovers diskutierte Gewaltfrage lösten »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, indem sie militanten Widerstand zu einem wichtigen Teil ihres feministischen Selbstverständnisses erklärten: »Frauenbefreiung heißt, daß wir uns Selbstbestimmung, Subjektivität erkämpfen, daß wir die Erfahrung, die wir als Frauen gemacht haben, ganz unten zu stehen, über Schwäche definiert zu werden, uns selbst entfremdet zu werden, umdrehen: in kollektive

67 »Frauen gegen imperialistischen Krieg«, Stellungnahme zu Krieg dem imperialistischen Krieg, 1982, S. 3.

68 «Frauen gegen imperialistischen Krieg». Krieg dem imperialistischen Krieg, S. 11.

69 Ebd., S. 11.

Stärke verwandeln, indem wir uns mit unserer ganzen Person gegen Herrschaft, gegen Institutionen, und Institutionalisierung, gegen Unterdrückung, Chauvinismus stellen, Gegenmacht werden, die in der Lage ist, die imperialistische Herrschaft und Macht abzuschaffen.«⁷⁰

Die gewalttätigen Aktionen der RAF und anderer bewaffneter Gruppen wurden demnach nicht als männliche Gewaltverherrlichung verstanden, sondern – in ihrer kompromisslosen Ablehnung des Systems und der angestrebten Zerstörung desselben – als Inspiration für die Gruppe *als Feministinnen* (nicht »obwohl«, sondern »deshalb«), die politische Gewalt zur Geschlechterbefreiung erklärte. Ihr Ziel war es, eine neue offensive Frauenpolitik zu entwickeln, die die Ideologie der friedfertigen Weiblichkeit als patriarchalische Konstruktion ablehnte und sich stattdessen mit militanten antistaatlichen und antiimperialistischen AktivistInnen verband, »[eine Politik], die unseren Kampf gegen Männergewalt und -herrschaft zusammenbringt mit unserem Kampf gegen Staat und Imperialismus, die von den Strukturen zwischen Typen und Frauen am meisten profitieren«.⁷¹

Der militante Feminismus von Gruppen wie »Frauen gegen imperialistischen Krieg« fordert eine Re-evaluation der Definition des »feministischen Aktivismus«: Im Gegensatz zur Mehrzahl der Frauen in der autonomen Frauenbewegung und der Frauenfriedensbewegung war für autonome Feministinnen Gewalt ein legitimes politisches Mittel. Obwohl diese Haltung nicht in der breiteren Frauenbewegung angenommen wurde, forderten militante Frauen in den 1980ern dennoch eine Auseinandersetzung mit einem friedfertigen Weiblichkeitsbild, das, so ihre Kritik, Gefahr lief, bestehenden Geschlechter- und Herrschaftsstrukturen zu entsprechen. Während in den 1970ern Frauen in der linken Bewegung ebenfalls Gewalt als politisches Mittel diskutierten und anwandten, zeichnet die Militanz autonomer Frauen aus, dass ihr feministische Inhalte zugrunde lagen. Die autonome Frauenbewegung der 1970er schaffte bestimmte Gegebenheiten (politische Strukturen wie Frauengruppen und politische Präsenz in der Öffentlichkeit) und theoretische Grundlagen, an die militante Feministinnen der 1980er anschließen konnten. Viele autonome Frauen hatten sich aus der Frauenbewegung zurückgezogen, da diese sich bestimmten gewaltfreien Prinzipien verschrieben hatte. Gruppen wie »Frauen gegen imperialistischen Krieg« und die Rote Zora formulierten dann in den frühen 1980ern grundlegende Prinzipien eines militanten Feminismus, der seinen Höhepunkt in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts fand. Es ist also die explizite Definition der politischen Gewalt *als feministisch* und die Integration linker mit feministischer Politik, die die autonomen Frauen der 1980er auszeichnet. Dabei manifestierte sich dieser militante Feminismus innerhalb einer zunehmenden Polarisierung der deutschen Gesellschaft, in der sich dem konservativen Ruck der 1980er eine sichtbare Radikalisierung der Linken entgegenstellte, und verlor –

70 Ebd., S. 11.

71 Ebd., S. 9.

wie auch der Rest der radikalen Linken – in einem wiedervereinigten Deutschland der 1990er an politischer Wirkung.

Es bleibt noch zu erforschen, wie sich die »verbindende Funktion« dieser militanten Feministinnen zwischen Frauenbewegung und Autonomen in den 1980ern konkret in linken politischen Kreisen niederschlug. In jedem Fall weist die Diskussion der Gruppe »Frauen gegen imperialistischen Krieg« im Zusammenhang mit der Frauenbewegung darauf hin, dass die Vielfältigkeit der autonomen Frauenbewegung in Deutschland Platz für einen – wenn auch umstrittenen – militanten Feminismus schuf, der in der Aufarbeitung der deutschen Protestgeschichte berücksichtigt werden sollte.

»Animal Liberation ... or else!«

Die britische Tierbefreiungsbewegung als Impulsgeber autonomer Politik und kollektiven Konsumverhaltens

»Animal liberation ... or else!« war einer der populären Schlachtrufe, die in den 1980er Jahren von der in Großbritannien rasant wachsenden Tierrechtsbewegung genutzt wurde. Er richtete sich sowohl an die britische Regierung wie auch an die tiernutzende Industrie. Dass es sich hierbei keineswegs um eine leere Drohung handelte, bewies die Bewegung immer wieder, indem sie Versuchslaboratorien stürmte, Briefbomben versendete und erheblichen Sachschaden bei Einrichtungen verursachte, die mit der tiernutzenden Industrie in Verbindung gebracht wurden: den Laboratorien, Massentierhaltungsfabriken, Schlachthäusern und Pelzgeschäften. Im folgenden Aufsatz soll dieses britische Phänomen »Tierrechtsbewegung« unter mehreren Aspekten beleuchtet werden. Nachdem zunächst die Entwicklung der britischen Linken Anfang der 1980er Jahre aufgezeigt wird, soll Tierbefreiung als integraler Bestandteil linkspolitischer Diskurse Darstellung finden und gezeigt werden, wie die Tierbefreiungsbewegung zu verorten ist und welche politische Lücken sie füllte. Aufgrund des Fehlens gefestigter Strukturen einer autonomen Bewegung wurden zahlreiche Diskussionen, die sich um linke Lifestylepolitik, Identität, Anarchismus und Stadtguerillataktiken drehten, von der Tierbefreiungsbewegung aufgegriffen. Schließlich soll beleuchtet werden, wie die Debatten um Tierbefreiungsthematiken, die von britischen Aktivist/innen vorgebracht wurden, als Teil der Lifestylepolitik in die kontinentaleuropäischen autonomen Bewegungen einfließen. Hier wird auf die theoretischen Konzepte der kulturellen Transferanalyse zurückgegriffen, mit der der Prozess der Bedingtheit und des Austausches kulturelle Phänomene beleuchtet und der Frage nach Wirkmächtigkeit, Wechselspiel und spezifischen Wegen autonomer Bewegungen im Allgemeinen und der Tierrechtsbewegung im Besonderen nachgegangen werden soll.

Die 1980er Jahre – Transformation der Linken und Ende der Konsenspolitik

Anfang der 1980er Jahre war Großbritannien von mindestens zwei deutlichen Äußerungen sozialen Unfriedens gekennzeichnet, die heute mit der wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Thatcher-Regimes zusammengedacht werden. Zum einen können hier die lang andauernden und massiven Streiks genannt werden, die besonders von den Minenarbeitern getragen wurden. Diese begannen bereits

in den frühen 1970er Jahren und brachten 1972 die erste Welle politischer Streiks, die 1978/1979 im sogenannten Winter of Discontent wieder aufflammten, ihren Höhepunkt jedoch 1984/1985 erreichten, als die Minenarbeiter ein ganzes Jahr lang die Arbeit niederlegten.¹ Zum anderen markierten insbesondere die Jahre 1980 und 1981 den Beginn militanter urbaner Auseinandersetzungen, die in gewalttätigen Ausschreitungen beispielsweise in Stadtteilen wie St. Pauls in Bristol mündeten. Diese Konflikte, die oft verkürzt bzw. bewusst stigmatisierend als »Rassenunruhen« bezeichnet wurden,² initiierten eine ganze Reihe städtischer Krawalle, und so kam es zu handfesten Randalen in Brixton, Handsworth, Tottenham, Toxteth und Moss Side.³ Die Gründe hierfür waren vielschichtig: rassistische Diskriminierung durch Polizeieinheiten, die besonders bei den notorischen »Stop and Search«-Gesetzen zum Vorschein kam,⁴ eine hohe Arbeitslosenrate sowie eine parlamentarische Debatte über Immigration, die in einer Sprache geführt wurde, die klar nationalistische Untertöne von Exklusion und der vermeintlichen Reinheit englischer Traditionen und Mentalität besaß. Diese Debatten können als ein Resultat des konservativen Backlashes gelesen werden, der durch Thatchers Politik angestoßen wurde. So wurden sowohl die Gemeinschaft der streikenden Minenarbeiter als auch militante schwarze Communities als »Enemy within« wahrgenommen, allerdings einem, dem man – wenn nötig – mit Gewalt Herr werden würde. Thatchers »Law and Order«-Politik sah als Lösung für den sozialen Unfrieden vor allem die Aufstockung des Haushaltenspostens für Innere Sicherheit und eine Vergrößerung der Polizeikräfte vor.⁵ Zwar zeigte sich, dass der Kampf über die Bestimmung über und den Besitz geographischer Räume ein Hauptanliegen der schwarzen Communities war, wohingegen dieser Kampf bei linken Gruppierungen mit anderen Zielen auf deren Agenda konkurrieren musste. Dennoch wurden mit diesen Protesten die Bahnen dafür freigemacht, direkte Aktionen außerhalb gefestigter, z. B. gewerkschaftlicher Strukturen und unabhängig von politischen Leitfiguren zu etablieren und Prinzipien von »Self-Activity« zu institutionalisieren.

Auf der politischen Ebene war die Anti-Thatcher Opposition breit gefächert aufgestellt. Jene Gruppierungen, die links von der Labour Party anzusiedeln waren, wie beispielsweise die Socialist Workers Party (SWP), die International Marxist Group, die Communist Party of Great Britain (CPGB) und Militant Tendency oder die Anti-Nazi-League verbanden ihre Forderungen nach (»faschistenfreien«)

1 Vgl. Geoffrey Goodman: *The Miner's Strike*, London 1985; Alex Callinicos/Mike Simon: *The Great Strike: The Miner's Strike 1984-5 and its Lessons*, London 1985.

2 John Solomon: »The Enemy Within: Black Youth and Urban Disorder in 1980s Britain«, in: ders.: *Black Youth, Racism and the State*, Cambridge 1988, S. 217.

3 Christine F. Collette/Keith Laybourn: *Modern Britain since 1979*, London 2003, S. 245-248.

4 Colin Leys: *Politics in Britain from Labourism to Thatcherism*, London 1989, S. 356. Die »Stop and Search« Gesetze wurden im Allgemeinen als eine neue Form polizeilicher Maßnahmen gewertet. Statt dem Community-Officer wurden nunmehr vor allem Zivilbeamte in so genannten Risikobezirken eingesetzt, die aufgrund von Informanten gezielt Durchsuchungsaktionen in Sozialzentren, Klubs und auf der Straße durchführten.

5 Leys, 1989, S. 356.

Räumen mit ihrem Kampf gegen den »neo-imperialistischen« Kapitalismus, den das Thatcher-Regime verkörperte. In dieser Hinsicht lieferte es ein Feindbild, das einen wachsenden und breiten sozialen Widerstand ermöglichte, wie ihn Großbritannien seit den 1920er Jahren nicht mehr erlebt hatte. Insbesondere am Wochenende vom 10. bis 12. Juli 1981 standen sich landesweit in 30 Städten Vertreter der Staatsmacht und Protestierende gegenüber.⁶ Neben der »rassistischen Polizeipraxis« waren hier also allgemeine politische Unzufriedenheiten und insbesondere soziale Deprivation in den alten Industriestädten Auslöser. Die Ausschreitungen von 1981 wurden aus diesem Grund von manchen als ein »Summer with a thousand July's«⁷ wahrgenommen, da sie Tür und Tor für eine weitläufige Konfrontation mit der Regierung lieferten.

Trotz der harschen Repression, die jene erfuhren, die als »Staatsfeinde« gebrandmarkt wurden, kann die konservative Wende entsprechend auch anders gelesen werden, denn sie eröffnete auch die Möglichkeit zu einer Opposition, die auch als solche benannt werden sollte und konnte. Damit stellte diese Wendung das definitive Ende des Nachkriegskonsenses dar, der die britische Politik so lange bestimmt hatte⁸ und der quasi zu einem definierenden Moment britischer Politik erhoben worden war.⁹ Sie öffnete den Weg für die Herausbildung einer »Counter Culture«, die vor allem die »viktorianischen Werte«, die von der Regierung vertreten wurden, zurückwies. Diese »victorian values« wurden von der Regierung als eine Rückkehr zur Stabilität propagiert, für ihre Gegner standen sie als Synonyme für Paternalismus, Konservatismus und »allgemeine Rückwärtsgerichtetheit«. ¹⁰ Die Protestkultur der Anti-Vietnamkriegsproteste und die Studentenunruhen der 1960er Jahre hatte man zu diesem Zeitpunkt bereits hinter sich gelassen. Auch die Campaign for Nuclear Disarmament (CND), die einst eine solide Basis für die zivilgesellschaftliche Gegenkultur geboten hatte, büßte ab Mitte der 1960er Jahre bis zum Beginn der 1980er Jahre ihre Einflussmöglichkeiten ein. Nur noch unterstützt von Kommunisten auf der einen und religiösen Gruppierungen auf der anderen Seite, gelang es ihr erst ab Mitte der 1980er Jahre im Zuge der Aufstellung von Pershing II Raketen in Westeuropa, wieder aufwind zu bekommen.¹¹ An ihrer Stelle vertrat nun die hippyisque Kommunen- und Hausbesetzerszene den Utopismus der jungen Protestgeneration bzw. in Form des Punks die Dystopie einer

6 Leys, S. 355.

7 Wolfie Smith, Speed, Tucker and June: Like a Summer with a Thousand Julys ...and Other Seasons..., An overview of the early 1980s strikes and riots in the UK, 1982, <http://libcom.org/library/summer-thousand-julys-other-seasons>, zuletzt besucht am 8. Oktober 2010.

8 Vgl. Etwa David Marquand: »The Decline of Post-war Consensus«, in: Anthony Gorst/Lewis Johnman/W. Scott Lucas: Post-war Britain, 1945–64, London u. a. 1989, S. 1.

9 Harriet Jones (Hg.): The Myth of Consensus: New Views on British History, 1945-64, Basingstoke u. a. 1996, xiii.

10 Raphael Samuel: Mrs. Thatcher's Return to Victorian Values, in: Proceedings of the Britain Academy, Nr. 78, 1992, S. 9-29, hier S. 9; Stephen Evans: Thatcher and the Victorians: A Suitable Case for Comparison?, in: History, Vol. 82, Nr. 268, Oktober 1997, S. 601-620, hier S. 602.

11 Paul Byrne: Social Movements in Britain, London 1997, S. 90 ff.

»Do-it-Yourself« (DIY) Mentalität und die Ablehnung gesellschaftlicher Konformitäten.¹² Diejenigen, denen diese Bewegungen nicht radikal genug waren und die sich nach einer konfrontativeren Haltung sehnten, zog es zur kurzlebigen situationistischen Angry Brigade oder diversen anarchistischen Gruppierungen wie dem Anarchist Black Cross.¹³ Auch die Tierbefreiungsbewegung war ein attraktives Sammelbecken für all jene, welche eine nicht-konfrontative Politik ablehnten.¹⁴ Diese radikale Aufkündigung des politischen Konsenses führte einerseits zur Isolation der Linken und einer Diversifizierung und Fragmentierung der linken Strukturen, andererseits zur Herausbildung einer Gegenkultur, die ihrerseits auf Abgrenzung bedacht war.¹⁵

In den 1980er Jahren verloren auch die organisierten sozialistischen Gruppen an politischem Einfluss, da ihre Aktivitäten als statisch, dogmatisch und/oder zu gemäßigt wahrgenommen wurden, als nicht interessiert an feministischen oder umweltpolitischen Fragestellungen und Bewegungen, die zu diesem Zeitpunkt in einem nicht unerheblichen Maße linkspolitische Diskurse bestimmten.¹⁶ Die CPGB driftete in die Bedeutungslosigkeit ab, als sie sich in viele zerstrittene Fraktionen zerfaserte, die darum stritten, wie man in einem zunehmend nach Thatchers Regeln formierten Großbritannien den Kommunismus erreichen könne.¹⁷ Auch über die Rolle, die die arbeitende Klasse dabei zu spielen hätte, war man sich uneins.¹⁸ Zudem wurden viele sozialistische Gruppen als Teil des Problems wahrgenommen, als Teil des institutionellen Rahmens des Systems.¹⁹ Die von den trotzkistischen Gruppierungen favorisierte Politik des »Entrismus«, die das Prinzip der »Permanenten Revolution«, der sozialistischen Revolution als weltweitem, ständigem Prozess vertrat, sah man aus anarchistischer Perspektive als ebenso kontra-produktiv an. Das institutionelle Gefüge an sich, nicht die von ihnen vertretene Politik, wurde als von Grund auf fehlerhaft angesehen. Auch teilte der autonome Flügel den Glauben an die Arbeiterschaft als »Motor der politischen Wende« nicht. Deren »Personal Politics«, die auch in den Neuen Sozialen Bewegungen vertreten wurden, waren wiederum den Marxisten und Trotskisten suspekt.²⁰ Die von den Neuen Sozialen Bewegungen propagierte und praktizierte Graswurzel-

12 Michael James Roberts/Ryan Moore: »Peace Punks and Punks Against Racism: Resource Mobilization and Frame Construction in the Punk Movement«, in: *Music and Arts in Action*, Vol. 2, Nr. 1, 2009, S. 21-36, hier S. 31.

13 Zum Anarchist Black Cross siehe Albert Meltzer: *I Couldn't Paint Golden Angels: Sixty Years of Common-place Life and Anarchist Agitation*, Edinburgh 1996, S. 200 ff.

14 Freeman Wicklund: *Keep Fighting, Three Interviews with Britain's Animal Liberation Front Press Officers*, ohne Datumsangabe.

15 Clive Bloom: *Violent London*, London 2003, S. 469.

16 Robert Leach: *British Political Ideologies*, London 1996, S. 178.

17 Collette/Laybourn, S. 183ff.

18 Geoff Andrews: *Endgames and New Times: The Final Years of British Communism 1964–1991*, London 2004, S. 201 ff.

19 Benjamin Frank: *Rebel Alliances: The Means and Ends of Contemporary British Anarchism*, Edinburgh 2006, S. 59.

20 John Callaghan: *The Far Left in British Politics*, Oxford 1987, S. 140-141.

organisationsform wurde bereits als Herausforderung an die orthodoxen Strukturen mancher sozialistischer Gruppen gelesen. Die Anti-Nazi-League (ANL), die noch in den 1970er Jahren beträchtliches Protestpotential auf nationaler Ebene zu mobilisieren vermocht hatte, zeigte sich ebenfalls nicht in der Lage, effektiv auf lokaler Ebene zu agitieren und organisieren.²¹ So verloren sie das Vertrauen derjenigen, die primär von den Übergriffen der Neo-Faschisten betroffen waren. Die extreme Rechte machte sich nämlich trotz der Zersplitterung der National Front (NF) 1982 weiterhin bemerkbar. Die ANL hatte sich auf die Bekämpfung der NF konzentriert, diesen Widerstand jedoch mit einer Idealversion britischen Patriotismus unterfüttert, der das liberale Erbe beschwor und sich mit den alltäglichen Rassismen genausowenig wie mit der »rassistischen Polizeipraxis« auseinandersetzte.²² Als die innerstädtischen Unruhen von 1981 begannen, hatte sich die Anti-Nazi-League indes bereits selber abgewickelt.²³ Die Konservativen hatten zahlreiche Themenkomplexe der NF übernommen und mit der Wahl Thatchers 1979 wurde deutlich, dass nationalistisches Gedankengut eben nicht bloß von den Parteien am rechten Rand getragen wurde: Darauf hatte sich indes die ANL konzentriert.²⁴

Die Autonomen: Die Animal Liberation Front und Class War

Auch wenn hier von Autonomen die Rede ist, muss zunächst konstatiert werden, dass es niemals eine signifikant große autonome Bewegung in Großbritannien gab, zumindest wenn man sie mit den kontinentaleuropäischen vergleicht. Ein Grund dafür könnte in der Tatsache liegen, dass der Staat in der politischen Kultur Großbritanniens nur von den wenigsten Gruppierungen als essentiell unterdrückend und repressiv wahrgenommen wird.²⁵ Allerdings gab es auch in Großbritannien eine Strömung, die eben nicht im Einklang mit den politischen Ideen der diversen sozialistischen Gruppierungen war, sondern mit solchen wie sie von den kontinentalen Autonomen vertreten und propagiert wurden, wie beispielsweise die Ablehnung einer »revolutionären Avantgarde«, der Glaube an die Selbstbestimmung und die Akzeptanz von Selbstverantwortung in der Gestaltung des persönlichen Lebensweges.²⁶ Zwar gab es eine relativ unbekannte Gruppierung,

21 Brian D. Jacobs: *Racism in Britain*, London 1988, S. 136-137.

22 Paul Gilroy: *There ain't no Black in the Union Jack: The Cultural Politics of Race and Nation*, London 1987, S. 131-135.

23 Dave Renton: *When We Touched the Sky: The Anti-Nazi League 1977–1981*, Cheltenham 2006, S. 169-174.; John Solomon: *Race and Racism in Britain*, zweite Ausgabe, London 1993, S. 212.

24 Vgl. Dave Renton: *The Anti-Nazi League as social movement*, http://www.dkrenton.co.uk/anl/anl_movement.html, zuletzt besucht am 03.06.2011

25 Leach, S. 186.

26 Georgy Katsiaficas: *The Subversion of Politics: European Autonomous Social Movement and the Decolonization of Everyday Life*, Edinburgh 2006, S. 8.

die sich selbst den Namen »London Autonomists« gegeben hatte, ihr gelang es jedoch weder den Begriff der Autonomie samt ihrer politischen Konnotationen in den allgemeinen Sprachgebrauch noch in die daraus resultierende politische Praxis effektiv einfließen zu lassen, geschweige denn ihn zu verfestigen. Auch die vom Situationismus inspirierte Angry Brigade versuchte sich in den 1980er Jahren neu zu gruppieren, jedoch war ihr Einfluss bereits deutlich gesunken und konnte nicht revitalisiert werden.²⁷ Statt Autonomie fand man Begrifflichkeiten, die mit dem – mehr oder minder inhaltlich gefüllten – Begriff Anarchismus oder Libertarianismus verbunden waren. Anfang der 1980er Jahre konnte man also ein Anwachsen des anarchistischen Flügels wahrnehmen.²⁸ Und es gab zu diesem Zeitpunkt insbesondere zwei Gruppen, die dabei hervorstachen, sowohl die sprachlichen Diskurse über den Anarchismus und Autonomie zu initiieren, wie auch inhaltlich zu füllen. Die eine war die Gruppe Class War, die andere die Animal Liberation Front.

Die Animal Liberation Front (ALF) wurde 1976 von einer ca. dreißigköpfigen Gruppe in London gegründet. Sie versuchte, Elemente der zuvor schon von linken Stadtguerilla-Gruppen angewendeten militanten direkten Aktion, eine Zellenstruktur unabhängig voneinander operierender Gruppen sowie eine gemeinsame kulturelle Identität von Lebensstil und Essgewohnheiten miteinander zu verknüpfen. Damit stand sie für einen deutlichen Paradigmenwechsel von jenen konsensorientierten Tierschutzgruppen wie der altehrwürdigen Royal Society for the Prevention of Cruelty to Animals (RSPCA). Dieser Wandel hatte sich bereits in den frühen 1960er Jahren abgezeichnet und sich in den 1970er Jahren mit der Etablierung der Hunt Saboteurs Association und der ALF Vorgängerorganisation, der Band of Mercy, noch verstärkt.²⁹ Allerdings markierten die 1980er Jahre eine neue Eskalationsstufe: Die Fragen nach den Zielen und deren Umsetzung wurden so kontextualisiert, dass zumindest sprachlich der »permanente Krieg mit der spezie-sistischen Gesellschaft« heraufbeschworen wurde.³⁰ Kompromissbereitschaft wurde demnach als eine Schwäche deklariert. Die ALF bevorzugte einen prefigurativen Zugang zur Politik, einen bei dem die Mittel eine Verkörperung des Zwecks darstellten. Insbesondere die klandestine Zellenstruktur und die Heraushebung des »individuellen Kampfes«, Elemente die die ALF von der Angry Brigade übernommen hatte,³¹ sollten zum Markenzeichen der Ausübung und Praxis

27 Tom Vague: *Anarchy in the UK: The Angry Brigade*, Edinburgh 1997, S. 139-140.; Stuart Christie: *Granny Made me an Anarchist: General Franco, The Angry Brigade and Me*, 2004.

28 Nick Heath: *The UK anarchist movement – Looking back and forward*, in: *Black Flag*, 2006.

29 Dazu ausführlich Mieke Roscher: *Ein Königreich für Tiere: Die Geschichte der britischen Tierrechtsbewegung*, Marburg 2009, S. 419-478.

30 Der Begriff des Speziesismus selbst ist im Kontext dieser Auseinandersetzungen zu verorten. Er wurde 1975 erstmals von dem britischen Tierschützer Richard D. Ryder verwendet. Nach Ryder ist Speziesismus: »The assumption that man is superior to all other species of animals and that he is therefore justified in exploiting them for his advantage.« Vgl. Ryder: *Victims of Science: The Use of Animals in Research*, London 1975, S. 16.

31 Zur Organisationsform der Angry Brigade siehe Gordon Carr: *The Angry Brigade: The Cause and the Case*, London 1975, S. 73.

direkter Aktionen in Großbritannien während der 1980er Jahre werden.³² Der ALF und anderen radikalen Tierbefreiungsgruppierungen dieser Zeit gelang es jedoch auch mit ihrem eigenen Wirken, Spuren in der politischen Landschaft zu hinterlassen.³³ Die Akzeptanz von Vegetarismus und Veganismus als politische Elemente, die autonome Politik bestimmen sollten, verdankte sich der radikalen Repräsentation, die den Gruppierungen anhaftete. Tierschutz verlor somit ein Image, das jahrzehntelang an ihm gehaftet hatte, nämlich als von »alten Frauen« und »sentimentalistischen Tierliebhaber/innen« dominiert. Stattdessen vermochte der militante Habitus der »Kämpfer/innen« verbunden mit dem geradezu modischen Chic der rebellischen Aktivist/innen dafür zu sorgen, dass die Reihen zu anderen radikalen Gruppen geschlossen werden konnten. Dass die politische Positionierung dabei bisweilen auf der Strecke blieb, wurde bewusst in Kauf genommen. Es galt darum Anschluss zu finden. Dennoch folgten den Bezügen über das Erscheinungsbild auch tatsächliche Inkludierungen. Man machte durch die Kleidung deutlich, wo man sich politisch verortet sah. Wie ein zeitgenössischer Beobachter konstatierte: »The style of dress worn during raids, the hoods and the camouflage smocks or coveralls, and the use of pickhandles and other hazardous items clearly visible in photographs points to an emulation of ›urban guerrillas‹.«³⁴

Die »Propaganda der Tat« konnte nirgendwo so effektiv in Szene gesetzt werden wie mit den medienwirksamen Befreiungsaktionen, die die ALF-Aktivist/innen ausübten. In den 1980ern brannten die ALF und andere radikale Gruppen mehrere Kaufhäuser nieder,³⁵ die in den Pelzhandel involviert waren, verübten einen Bombenanschlag auf ein Laboratorium in Bristol und befreiten mehrere zehntausend Versuchs- und Schlachttiere aus ihren Käfigen. Über Tierbefreiungsthematiken wurde an herausragender Stelle in den zahlreichen Untergrund- und Alternativmedien in Großbritannien berichtet.³⁶ Auch die Massenmedien griffen das Thema immer wieder auf.

Die Erschaffung einer kulturellen Identität

Die Attraktivität war also auch eng an die Aura des unmittelbaren Erfolges geknüpft, die die ALF umgab. Das Gefühl zu einer »Vorhut des revolutionären Mo-

32 Frank, S. 230.

33 George McKay: *Senseless Acts of Beauty: Cultures of Resistance since the Sixties*, London 1996, S. 129.

34 G. Davidson Smith: »Political Violence in Animal Liberation«, in: *Contemporary Review*, Nr. 247, 1985, S. 28.

35 Das Niederbrennen der Gebäude war jedoch niemals Ziel der Aktionen gewesen. Eigentlich sollte durch die Brandbomben lediglich das Sprinklersystem ausgelöst werden, um die Pelzwaren unverkäuflich zu machen. Doch in mindestens zwei Fällen versagten die Sprinklersysteme und die Gebäude brannten vollständig aus. Vgl. *Arkangel*, Nr. 1, Winter 1989.

36 Chris Atton: »Green Anarchist: A Case Study of Collective Action in the Radical Media«, in: *Anarchist Studies*, Nr. 7, 1999, S. 25-49, hier S. 27.

ments« zu gehören, »dabei« zu sein, war wahrscheinlich nirgendwo so sichtbar und ließ sich nirgendwo besser transzendieren als mit der »Inbesitznahme« lebender Tiere.³⁷ Auf struktureller Ebene favorisierte die ALF ein Modell, bei dem den einzelnen Aktivist/innen die größtmögliche Eigenverantwortung übertragen wurde, und sie propagierte absolute Dezentralisierung.³⁸ Mit dieser radikalen Form politischer Infrastruktur hatte sie insbesondere Einfluss auf den linken Flügel der Umweltschutzbewegung.³⁹ Tatsächlich konnte sich jeder in die ALF einreihen, Voraussetzung war lediglich, dass man Vegetarier/in war und dass während der Aktion niemand zu Schaden käme: »The membership is informal – people become members by what they do to help our cause rather than by paying money & filling out forms.«⁴⁰

Dies stieß auf den erbittertsten Widerstand traditioneller Tierschutzgruppen. Jedoch muss gerade diese relativ niedrighschwellige Zugangsoption eine der Hauptursachen für die Anziehungskraft der ALF-Mitgliedschaft oder Unterstützung gewesen sein. Ein anderes Charakteristikum der radikalen Tierbefreiungsbewegung rund um die ALF war ihre strikte Zurückweisung von Hierarchien. In diesem Punkt sticht die gemeinsame Ebene mit den kontinentalen Autonomen besonders ins Auge. Darüber hinaus fand man Gemeinsamkeiten in der rigorosen Kooperationsverweigerung gegenüber staatlichen Behörden und in der Verwerfung von Ideen, man könne die jeweiligen Ziele mit konstitutionellen Mitteln herbeiführen.⁴¹

Weiterhin war die ideologische Rahmung der Tierbefreiungsthematik beweglich genug, um Interpretationen zuzulassen und somit die Inklusion in die breitere linke Bewegung zu ermöglichen. Sie basierten auf den anarchistischen Ideen, dass der Einzelne Dinge verändern könne und es in die Hand zu nehmen hätte, die Lebensumstände zu revolutionieren. Insbesondere Gruppen wie Class War, die vor allem durch ihre großformatige Zeitschrift gleichen Namens von sich Reden machte, und Green Anarchist nahmen die Tierrechtsagenda bereitwillig auf. Damit übernahmen sie auch den Habitus der Kompromisslosigkeit und forderten die traditionellen Wege politischen Arbeitens aufs Äußerste heraus.⁴² Das Class War Magazin beispielsweise nutzte Grafiken, die dem Punk-Style entliehen waren und kombinierte sie mit einer Sprache, die geprägt war von Unter- und Obertönen der »Gewalt« und der »Revolution«. Die frühen Aktivist/innen von Class War waren

37 Siehe N. N. Going Underground for Animal Liberation, ohne Datumsangabe.

38 J. J. Roberts: Against all odds, Animal Liberation 1972–1986, ohne Datumsangabe, S. 13.

39 Wolfgang Rüdiger: »Between Moderation and Marginalization: Environmental Radicalism in Britain«, in: Bron Taylor (Hg.): Ecological Resistance Movements. The Global Emergence of Radical and Popular Environmentalism, Albany 1995, S. 234.

40 Animal Liberation Front Information Flugschrift, 1979, British Library.

41 Animal Liberation Front: One Day We'll Get Animal Liberation – But It Won't Come in a Jiffy, in: The Liberator, Januar/Februar 1983.

42 Für den Einfluss, den die Tierbefreiungsbewegung auf Green Anarchist hatte, siehe auch Green Anarchist, Herbst 1990, S. 2.

recht klar in ihren Aussagen, dass Tierbefreiung als Teil der »revolutionären Bewegungen gegen die kapitalistische Gesellschaft« zu betrachten sei. Das erste Mal unterstützte Class War die Taktiken der Animal Liberation Front öffentlich auf einem Protestmarsch zum Tierversuchslabor von Biorex, wo sie eine »gemeinsame Basis für militante direkte Aktionen mit ihnen«⁴³ zu finden hoffte. Außerdem, so konnte man lesen, sei man es Leid zu warten. Es sei an der Zeit zu handeln: »Smash peaceful anarchy«⁴⁴ war ein wichtiges Anliegen von Class War. Green Anarchist, 1984 nach den »Stop the City«-Protesten (s. u.) von ehemaligen Herausgebern der anarchistischen Traditionsblatts Freedom gegründet, betrachtete Tierbefreiung ebenfalls als essenziellen Schritt der Versöhnung von Mensch und Natur.⁴⁵ Allerdings flirteten auch kommunistische Gruppen mit der Tierrechtssagenda. Marxism Today, die Zeitung der CPGB, unterstützte die Idee, Tiere als eine »ausgebeutete Klasse« zu begreifen.⁴⁶ Neben der ALF gab es zudem eine breitere Bewegung, die im Namen der Tierbefreiung agitierte und agierte und dabei beispielsweise zum Mittel der militanten Demonstrationen griff. So verschafften sich 1982 rund 2 000 Menschen gewaltsam Zugang zum Versuchstierzentrum von Porton Down, in dem im Auftrag des Verteidigungsministeriums für Waffenproduktionen an Tieren experimentiert wurde. Andere solche Erstürmungen von Laboratorien, ausgeführt zum Beispiel von den regional verteilten Animal Liberation Leagues der frühen 1980er Jahre, dienten dazu, Beweise für den Tiermissbrauch zu sichern oder direkt die sogenannten Orte der Unterdrückung zu zerstören.⁴⁷ Sie sollten zudem eine Möglichkeit bieten, die kulturelle Identität vom altruistischen aber militanten Freiheitskämpfer zu erschaffen. Von den wenigsten wurden Tiere selbst als »revolutionäre Subjekte« betrachtet. Vielmehr fanden hier Stellvertreterkämpfe statt, die die Brücke von einer Politik der dritten zu einer der ersten Person schlagen sollte. Für die ALF markierten die 1980er Jahre also einen ganz eindeutigen Wendepunkt. Diese Wende bezog sich zum einen auf die stark ansteigende Präsenz von Tierrechtsfragen in den Medien und die Aufmerksamkeit, die den Aktivist/innen in der medialen Berichterstattung geschenkt wurde. Außerdem gelang es ihnen, Tierbefreiungsthemen in die breiteren linken Diskurse einsickern zu lassen. Andererseits brachte dieser Wendepunkt die stärkere Beachtung von Seiten staatlicher Überwachungsorgane. Es folgte die Kriminalisierung der Bewegung. Langjährige Gefängnisstrafen waren das sichere Ergebnis für die waghalsigeren Aktivist/innen, wenn sie gefasst wurden.

Tierbefreiungsaktivist/innen waren ihrerseits von dem theoretischen Input und der personellen Beteiligung einer ganzen Anzahl an Aktivist/innen aus anderen Bewegungen abhängig, insbesondere von denen der Umwelt- und Ökologiebewe-

43 Ian Bone: *Bash the Rich. True Life Confessions of an Anarchist in the UK*, London 2006, S. 146.

44 *Black Dwarf*, Nr. 4, ohne Datumsangabe, British Library.

45 Stephen Booth: *Into the 1990's with Green Anarchist*, Oxford 1996, S. 65-67.

46 Sara Mills/Patrick Williams: »Political Animals«, in: *Marxism Today*, 4/86, 1986, S. 31.

47 Roberts, 1986, S. 13 ff.

gungen und der antifaschistischen Gruppierungen. Diese Melange anarchistischer und anderweitig politisch motivierter, jedoch immer »revolutionärer« Ideen, wurde erstmals öffentlich sichtbar mit den »Stop the City«-Demonstrationen, die zwischen 1983 und 1985 stattfanden und die sowohl von Class War, radikalen Umweltschutzgruppen und prominenten Tierbefreiungsaktivist/innen unterstützt wurden.

»Stop the city is a protest against the economic system. we want to tell the City of LONDON that we know its their fucking financial system that really controls us...that its (sic) their money which uses the MEDIA to distort reality to their advantage, that upholds a government (some bank directors are MPs & many have royal honours) which oppresses everyone, that creates a social system called NORMALITY that exploits animals, people & nature to keep them FAT rich & POWERUL.«⁴⁸

Die Aktionen, die im Rahmen der »Stop the City«-Demonstrationen stattfanden, reichten von überschaubaren Sabotageaktionen bis hin zu ausgewachsenen Ausschreitungen. Tausende von Menschen fielen in das Finanzzentrum von London für die »Stop the City«-Aktionen ein und attackierten insbesondere solche Firmen, die mit Waffenhandel, Umweltzerstörung und »Tierausbeutung« Geschäfte machten.⁴⁹ Gleichzeitig wurde damit die metropolitane Gesellschaft als Sinnbild einseitiger imperialer bzw. kolonialer Finanzsysteme⁵⁰ angegriffen, Londons Rolle als historische Verkörperung der Verschränkung von Macht und Kapital angeprangert.

48 Stop the City: Flugblatt für die »Stop the City« Aktionen am 29. März 1984, British Library. Hervorhebungen und Rechtsschreibung im Original.

49 Für die deutsche Rezeption siehe beispielsweise Schwarzer Faden, Vol. 13, Nr. 1, 1992, S. 41-44.

50 Vgl. Catherine Hall: *Civilising Subjects: Colony and Metropole in the English Imagination, 1830–1867*, 2002.



Abbildung 1:
Ankündigungsplakat für die
»Stop the City«-Demonstrationen
am 29. März 1984

Nachgedruckt aus Children
of the Revolution Zine Nr. 5, 1984

Eine weitere Gruppe sollte in diesem Kontext noch Erwähnung finden, nicht nur, weil sie maßgeblich bei der Organisation der »Stop the City«-Proteste beteiligt war, sondern weil sie explizit die Verbindung zwischen radikalisierten Umweltschutzinteressen und dem »Kampf für Tierbefreiung« propagierte und vertrat: London Greenpeace. Im Gegensatz zu ihrer bekannten Schwesterorganisation, glaubte London Greenpeace weder an eine formale Mitgliedschaft noch an eine rigide Zweigstellenstruktur. Sie distanzierten sich sogar von Greenpeace Ltd. und deren »apolitischen Haltung«. Der übermächtigen Schwester wurde vorgeworfen, zwar für Umweltschutz zu agitieren, jedoch dem individuellen Leiden einzelner Tiere keine Aufmerksamkeit zu schenken.⁵¹ Für London Greenpeace musste Tierbefreiung in einem breiteren Kontext gelesen werden, der »vegetarianism, population, land use, agriculture«⁵² mit einschloss. Die Aktivist/innen verband ein politischer Hintergrund, der seine Wurzeln in den »Ecology, Peace and Anarchist/Libertarian movements« hatte. Sie äußerten insbesondere politische Übereinstimmung mit der Animal Liberation Front und lieferten auch die entsprechende Be-

51 London Greenpeace: Greenpeace, Animal Liberation and the Rest, Flugblatt, April 1980, British Library P.313/529; Children of the Revolution, Nr. 5, 1984.

52 Ebd.

gründung. In ihren Augen »the ALF is organised in such a way that is consistent with our own style of working, and because we agree with much of their work.«⁵³ Und noch in einem weiteren Feld fanden sich Übereinstimmungen, jenem des (äußeren) Erscheinungsbildes. Diese Übereinstimmungen können auch als Ergebnis kultureller Transfers gelesen werden, der besonders offensichtlich zu Tage trat, wenn man den Stil und Habitus betrachtet, mit dem sich die Aktivisten ausstatteten und zeigten. Die ALF als eine Gruppierung fing schon früh an, den Stil deutscher Autonomer zu kopieren und zu ihrem Markenzeichen zu ernennen: Armeebekleidung und Sturmhauben wurden getragen um Einheit und Geschlossenheit zu beweisen und auch um eine bestimmte kulturelle Identität anzuzeigen.



Abbildung 2: Animal Liberation Front Zelle, nach dem Überfall auf eine Hühnermastfarm 1982

Nachgedruckt aus: David Henshow, *Animal Warfare*, 1984

Foto: ALF

Identität und kultureller Transfer

In den 1980er Jahre war die ALF die soziale Bewegung in Großbritannien, die sich durch diesen Dresscode spezifizierte. Eine Ausnahme bildeten sicherlich die Bilder aus Nordirland. Dort griffen die Irisch Republikanische Armee wie auch die Unionisten zu ähnlich martialischer Kleidung. Was geschaffen wurde war in beiden Fällen ein paramilitärischer Look. Dort, wie bei der ALF, wurde diese Kleidung natürlich auch genutzt, um den Träger/die Trägerin vor der Identifizie-

53 Ebd.

zung zu schützen. Wie es in dem Selbstverständnis der ALF hieß: »Because ALF actions are against the law, activists work anonymously, either in small groups or individually, and do not have any centralized organization or coordination.«⁵⁴

Auch die Anarchopunk-Bewegung, die zu einem der wichtigsten Abnehmer der kulturellen Praktiken der ALF gehörte, übernahm diesen Stil. Richard Cross schreibt: »At gigs and demonstrations, anarcho-punks sought each other out, in an earlier manifestation of the kind of ›black bloc‹ seen in today's anti-globalisation protests.«⁵⁵

Wir haben es hier also mit etwas zu tun, das Peter Burke als Transkulturation beschreibt,⁵⁶ in dem Sinne, dass Tierbefreier/innen Einfluss hatten auf die Gemengelage von Ideen, aus denen sich das autonome Denken speiste, gleichzeitig aber selbst zutiefst beeinflusst waren, von dem, was sich innerhalb der kontinentalen Autonomen vermittelte.

Wenn man also die Konstruktion von kulturellen Identitäten auf der Grundlage bereits existierender Aktionsmuster betrachtet, lohnt es sich, wie Johannes Paulmann anschaulich demonstriert hat, das Konzept des kulturellen Transfers als Analysemittel anzuwenden.⁵⁷ Diesen Prozess sollte man genauer betrachten, denn er bildet das Herzstück der kulturellen Transferanalyse.⁵⁸ Kultureller Transfer muss demnach als ein vielschichtiger Austausch materieller Objekte, Symbole oder Inhalte verstanden werden, die jeweils selbst mannigfaltige Bedeutungen haben.⁵⁹ Nach Lüsebrink ist die kulturelle Transferanalyse an den Zirkulationswegen spezifischer kultureller Phänomene interessiert.⁶⁰ In andere Worte gefasst, ist der kulturelle Transfer weder als Einbahnstraße noch als statische Begegnung zu verstehen, sondern als ein Prozess zirkulärer Verflechtungen, der Selektion, Vermittlung und Rezeption sowohl von Diskursen wie materiellen Artefakten umfasst. Und es ist eben insbesondere diese kulturelle Identität, die sich für die Transferanalyse anbietet. Ein gutes Beispiel an dem die Bedingtheit und Verzahnung der kulturellen Elemente konkret dargestellt werden kann, betrifft den Lebensstil der Aktivist/innen. Auch wenn sich die Tierbefreiungsaktivist/innen ganz klar von dem puren »Lifestylism« distanzieren, so wie er im Bezug zur Tierrechtsthematik von der Punkrock und »DIY«-Fraktion transportiert und übernommen wurde, und

54 Zitiert nach: Rachel Monaghan: »Animal Rights and Violent Protest«, in: *Terrorism and Political Violence*, Vol. 9, Nr. 4, 1997, S. 106-116, hier S. 109.

55 Vgl. Richard Cross: »The Hippies Now Wear Black: Crass and the anarcho-punk movement, 1977-1984«, in: *Socialist History*, Nr. 26, 2004, S. 25-44.

56 Peter Burke: *Kultureller Austausch*, Frankfurt am Main 2000, S. 13.

57 Johannes Paulmann: »Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer: Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts«, in: *Historische Zeitschrift*, Nr. 267, 1998, S. 649-685, hier S. 667.

58 Paulmann, S. 674.

59 Gregor Kokorz/Helga Mitterbauer: *Einleitung zu: Übergänge und Verflechtungen: Kulturelle Transfers in Europa*, Berlin 2004, S. 9.

60 Hans-Jürgen Lüsebrink: »Kulturtransfer – neuere Forschungsansätze zu einem interdisziplinären Problemfeld der Kulturwissenschaften«, in: Helga Mitterbauer/ Katharina Scherke (Hg.): *Entgrenzte Räume: Kulturelle Transfers um 1900 und in der Gegenwart*, Wien 2005, S. 27.

auch die rein auf die »Politik der Ersten Person« bezogene und damit verbundene Entscheidung für die ausschließlich persönlich gelebte Befreiung zurückwiesen, waren es eben genau diese Communities, auf die ihr Handeln und ihre Agitation den bleibendsten Eindruck dieser Zeit haben sollte. Insbesondere die Punk-Community um die Gruppe *Crass* nahm den Vegetarismus und Veganismus nachweisbar an. Punkrock machte die Thematisierung von Tierrechten und Vegetarismus zum elementaren Bestandteil ihrer kulturellen Nische. Punkbands, neben *Crass* insbesondere *The Smiths*, *Conflict*, *Chumbawamba* und *Oi Polloi*, sangen von der Befreiung der Tiere und legten ihren Tonträgern Informationsmaterial über »Tierausbeutung und Tierrechte« bei. Das bedeutet, dass es auch der Transferprozess ist, der den Prozess der produktiven Annahme bestimmter Ideen initiiert und nicht nur deren akkurate Kopie.

Lifestyle, Konsum und Identitätspolitik

Zieht man diese Erkenntnisse in Betracht, so war es der so verabscheute »Lifestyle«, der sich in der »Politik der Ersten Person« wiederfand, der den nachhaltigsten Einfluss nicht nur auf autonome Bewegungen weltweit, sondern vor allem auf die britische Gesellschaft haben sollte. Die Anzahl derjenigen, die zu einer vegetarischen oder gar veganen Ernährung konvertierten, stieg in den 1980er Jahren in bis dahin beispiellosem Maße an. Zunehmend wurde auch dem Tragen von Pelzmänteln das Stigma der kapitalistischen »Ausbeuterklasse« angehaftet. Insgesamt bemühte die ALF sich um die Bedienung der in Großbritannien nach wie vor relevanten Klassenrhetorik. Unmittelbares Eingreifen wurde auch gefordert, weil, so die ALF, unter einem »kapitalistischen System« die politischen Repräsentanten ihrer Klasse und nicht dem Wohl der Menschen und noch weniger dem der Tiere verpflichtet seien.⁶¹ So ließ eine ALF Zelle verlautbaren: »Animal abuse is an inevitable consequence of a system based upon hierarchical power. Animals are imprisoned, used, tortured and destroyed as are humans because no species is free under capitalism.«⁶²

Tierbefreiungsideen passten sich unproblematisch in die Ideen der »Counter Culture« ein. Alternative Volksküchen erklärten ihre Übernahme einer veganen Ernährung mit ökonomischen Notwendigkeiten und Prinzipien: Der Fleischmarkt würde neben den Tieren auch die Landarbeiter/innen der sogenannten Dritten Welt und die Arbeiter/innen in den Schlachthäusern unterdrücken. Die Lösung, die die Tierbefreiungsbewegung anbot, war also »to eliminate as much exploitation from our lives as possible and then prepare to tackle the people who are perpetuating the system.«⁶³ Veganismus wurde somit nicht nur als pure Ernährungs-

61 Animal Liberation Front: *The Animal Rights Movement Should Use Economic Sabotage*. Zitiert nach: Janelle Rohr (Hg.): *Animal Rights – Opposing Viewpoints*, San Diego 1989, S. 210 f.

62 ALF: *Into the Nineties with the ALF*, ohne Datumsangabe.

63 N. N.: »Extremism or Realism?«, in: *The Black Beast*, Sommer 1985.

form betrachtet, sondern als Teil der Gegenkultur, dem genug polarisierendes Potential anhaftete, um sich von der »Mainstream Gesellschaft« absetzen zu können und die Utopie im Hier und Jetzt zu leben. Er verband in idealer Weise individuelle Ideen und Vorstellungen darüber, wie man das eigene Leben gestalten wollte, mit einer auf soziale Transformation ausgerichteten Politik. Ein Flugblatt von London Greenpeace erklärte 1985: »A number of people involved in the Greenpeace (London) group are Vegan/Vegetarian, & see this as part of their Political/Nonviolent/Ecological philosophy«. ⁶⁴

Damit formte die Ernährung, also der konsumeristische Bestandteil der Lifestylepolitik, einen wichtigen Faktor der Identitätspolitik der Linken. Ernährung und Identität sollten deshalb nicht als etwas Gegebenes betrachtet werden, sondern als etwas, das der Interpretation bedarf und das je nach den Bedürfnissen von Gruppen und Individuen adaptiert, interpretiert oder zurückgewiesen wird. Darüber hinaus vermittelte man über die Annahme der veganen Idee eine gemeinsame Vertrauensbasis, die nicht unbedingt – oder zumindest nicht ausschließlich – der Abgrenzung von anderen, sondern der Versicherung der eigenen Stärke diene. ⁶⁵ Zusätzlich formte der Veganismus einen alternativen Individualismus, der sich von den bürgerlichen Individualprinzipien deutlich abhob, da er auf antiautoritären Prinzipien basierte. ⁶⁶ Wie London Greenpeace schrieb: »It is up to everyone to take the initiative and try to save this planet themselves, rather than hope, expect or rely on others to do this for them.« ⁶⁷

Mit der Ablösung klassischer Protestszenarien, wie denen des Streiks oder Massendemonstrationen, und der Übernahme eines DIY-basierten Habitus, der gleichzeitig Verweigerung wie Engagement bedeutete, kam der Tierbefreiungsbewegung besondere Aufmerksamkeit zu. ⁶⁸ »Kontrolle über sein eigenes Leben zurückzugewinnen« war ein weiteres politisches Proklamatum, das autonome Gruppen, die in »Befreiungskampagnen« involviert waren, häufig nutzten. Häufig war es verbunden mit einem oft zitierten Dogma, nämlich, dass kein Interesse bestünde, eine Massenbewegung zu begründen. ⁶⁹ Man war der Meinung, dass sich dadurch Herrschaftsverhältnisse und Hierarchien reproduzieren würden. Außerdem, so darf vermutet werden, war man um eine gewisse progressive Exklusivität bemüht.

64 London Greenpeace: Greenpeace, Animal Liberation and the Rest, Flugblatt, Januar 1985, British Library P. 313/529.

65 Peter Scholeier: »Meals, Food Narratives and Sentiments of Belonging in Past and Present«, in: ders. (Hg.): Food, Drink and Identity: Cooking, Eating and Drinking in Europe since the Middle Ages, Oxford 2001, S. 8.

66 Gabriel Kuhn: Jenseits von Staat und Individuum: Individualität und Autonome Politik, Münster 2007, S. 109-110.

67 London Greenpeace: Greenpeace, Animal Liberation and the Rest, Flugblatt, April 1980, British Library P.313/529.

68 George McKay: DiY Culture: Party & Protest in Nineties Britain, London 1998, S. 3.

69 London Greenpeace: The Greenpeace (London) Group, British Library P. 313/529.

Internationales Echo

All diese Themen und Überlegungen wurden über das Mittel der anarchistischen Magazine wie *Black Flag*, *Direct Action*, *Green Anarchist* und natürlich *Class War* kommuniziert, die auch von einer kontinentalen Leserschaft wahrgenommen wurden⁷⁰ sowie in den vielleicht noch weiter verbreiteten Fanzines der Punk Rock Community.⁷¹ So war in »Fight Back« zu lesen: »Sitting at home listening to your Crass records isn't going to change the way things are, neither is going on the CND march every October. There are many ways to fight back [...]. You could do individual protests, do graffiti, glue locks, smash windows etc whatever takes your fancy. You could join an organisation such as the A.L.F or the Hunt Saboteurs, its (sic) up to you. Use your imagination. Don't talk about it, do it!«⁷²

Interviews mit prominenten wie weniger prominenten Bands zeigten, dass Tierrechte ein integraler Bestandteil der vermittelten Attitüden wurden.⁷³ So lässt sich feststellen, dass der Zugang zu Tierbefreiungsthematiken auf dem Kontinent nicht über die traditionelleren Tierschutzgruppen und Tierschutzvereine vermittelt wurde, sondern von den autonomen Medien der radikalen Linken. Ein konsumistischer Zugang, der von den Tierbefreier/innen vorgeschlagen und auch aktiv vorgelebt wurde, zielte auch darauf ab, den Graben zwischen einem Individualismus, der sich in der »Politik der Ersten Person« wiederfand, und kollektiven Identitäten, die mit einer Sprache von persönlicher Verantwortung und »Cruelty-free Lifestyles« verbunden war sowie einer Militanz, die dem »Direct-Action« Ansatz unterlag, zu schließen.

Das aus diesem Brückenschlag zwischen Individuum und Kollektiv resultierende attraktive Gemenge zwischen Formen direkter Aktion und »Personal Politics« fand schnell Nachahmer auf der anderen Seite des Ärmelkanals und insbesondere in den Ländern, die eine gewisse Tradition militanter Aktionen im Bereich des Naturschutzes und autonomer Bewegungen vorzuweisen hatten. Anfang der 1980er Jahre wurden ganz ähnliche Anschläge auf Tiernutzungseinrichtungen verübt wie man es schon aus Großbritannien kannte, und zwar von der

70 Siehe Archiv für Soziale Bewegungen, Hamburg.

71 Z. B. *Fighting Back*; *Acts of Defiance*; *Axe of Freedom*; *Bring into Being*; *Crisis Point*; *The Joy of Propaganda*; *Paid in Full*; *UK Zine Archive*, <http://ukzinelibrary.blogspot.com/>, zuletzt besucht am 13. Oktober 2010. Für eine Analyse der Bedeutung von Fanzines für die Punk-Bewegung, vgl. Teal Triggs: »Scissors and Glue: Punk Fanzines and the Creation of a DIY Aesthetic«, in: *Journal of Design History*, Vol. 19, Nr. 1, 2006, S. 69-83.

72 *Fighting Back*, Nr. 1. 1984.

73 Thomas Schwarz: »Veganismus und das Recht der Tiere: Historische und theoretische Grundlagen sowie ausgewählte Fallstudien mit Tierrechtlern bzw. Veganern aus musikorientierten Jugendszenen«, in: Wilfried Breyvogel (Hg.): *Eine Einführung in Jugendkulturen: Veganismus und Tattoos*, Wiesbaden 2004. Beispiele hierfür sind: *Blown to Bits*, Nr. 9, 1986, British Library; *Makin' Impact*, Nr. 1002, British Library; *Fighting Back*, Nr. 1.; *Crisis Point*, Nr. 2; *Final Curtain*, Nr. 11, August 1984; *Guilty without Trial*, Nr. 3, 1985; *iq32*, Nr. 2, 1983; *New Crimes*, Nr. 3, September 1983; *Paid in Full*, Nr. 2, 1984 und weitere Fanzines einsehbar in: *80s UK Zine Archive*, <http://ukzinelibrary.blogspot.com/>, zuletzt besucht am 13. Oktober 2010.

französischen, niederländischen, skandinavischen und auch US-amerikanischen Animal Liberation Front. Im Dezember 1980 fand auch die erste Aktion in Deutschland statt. »Autonome Tierschützer« attackierten ein Tierversuchslaboratorium in der Nähe von Hamburg. Ganz offensichtlich wird bei einem Studium der letzteren Bewegung, dass hier eine Sprache benutzt wurde, der auch die deutschen Autonomen anhängen. Die Nomenklatur sagt für sich genommen schon einiges aus, da die Bewegung massive Anleihen an dem autonomen Begriffshaushalt und dem der Stadtguerilla Gruppierungen machte. Die Gruppen nannten sich entsprechend Green Brigades, Animal Rights Militia oder Grüne Zelle Lurch. Auch die Städte, in denen erste Befreiungs- und Sabotageaktivitäten stattfanden, wie Hamburg, Berlin, Heidelberg und Göttingen waren allesamt Hochburgen der autonomen Bewegung.⁷⁴ Ebenfalls reproduziert wurde die Ikonografie der Bewegung, und zwar in einer Weise, die noch enger am autonomen Vorbild angelegt war. »Feuer und Flamme« ließen sich grafisch eben genauso gut im Tierrechtskontext instrumentalisieren. Zugegebenermaßen vermochten deutsche Tierbefreier/innen genauso wie die anderer europäischer Ländern weit weniger stark Einfluss auf die linke Szene und ihre Politik zu nehmen. Nichtsdestotrotz fand vieles, was von den Tierbefreier/innen propagiert wurde, auf lange Sicht Einzug in den Lebensalltag der autonomen Szene, einschließlich des Verzichts auf Fleisch in zahlreichen besetzten Häusern und autonomen Zentren. So kann man festhalten, dass Inhalt und Form des kulturellen Phänomens Tierrechtsaktivismus sich je nach Raum und Zeit und im jeweiligen nationalen und sozialen Settings auch veränderten. Dies ist etwas, an dem die kulturelle Transferanalyse insbesondere interessiert ist.⁷⁵ Tierbefreiung auf dem Festland resultierte nicht aus einem seit langer Zeit, nämlich über Jahrhunderte, bestehenden Interesse am Tierschutz, der hier radikalisiert wurde, sondern aus Ideen, die über die autonome Presse kommuniziert wurden, als Ergebnis eines kulturellen Transfers. Wenn man diese Muster des gegenseitigen Austausches analysiert, müssen deshalb auch stets die politischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen betrachtet werden, die zwar nicht so sehr den (theoretischen) Inhalt des Themas bestimmen, wohl aber seine äußerliche Form.

74 Dazu beispielsweise: Edmund Haferbeck und Frank Wieding: Operation Tierbefreiung, Ein Plädoyer für radikale Tierrechtsaktionen, Göttingen 1998; Claudia Pai: Die Rächer der Tiere, Die Zeit, Nr. 46, 11. November 1988, S. 17; N. N.: Terroristen für die die Herzen schlagen, die tageszeitung, 10. Juli 1985.

75 Christiane Eisenberg: »Cultural Transfer as a Historical Process: Research Questions, Steps of Analysis, Methods«, in: Jürgen Schlaeger (Hg.): REAL: Yearbook of Research in English and American Literature: Metamorphosis—Structures of Cultural Transformation, Nr. 20, 2005, S. 104.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Tierbefreiungsthemen wichtige Aspekte autonomer Politik im Großbritannien der 1980er Jahre mitstrukturierten, die über die spontanen Unruhen am Anfang des Jahrzehnts hinausgingen. Sie beeinflussten Aspekte von Habitus und Lifestyle, direkter Aktion und konfrontativer Politik. Nutzt man das Konzept der kulturellen Transferanalyse, lässt sich aufzeigen, inwiefern die britische Bewegung Anleihen an Diskurse machte, die von anarchistischen Gruppen in Großbritannien selbst, wie auch von der kontinentalen autonomen Szene, bestimmt und geformt wurden.⁷⁶ Auf der anderen Seite wurden Themen, die mit dem Tierrechtsgedanken verbunden waren oder sich um das Thema »Speziesismus« drehten, ab Mitte der 1980er Jahre als Elemente der Haupt- und Nebenwidersprüche aufgenommen, die autonome Politik insbesondere in Deutschland charakterisierten. Sie konnten hier jedoch nie in demselben Maße öffentliche Diskussionen entscheidend mitbestimmen wie in Großbritannien. Die Beimengung des »Speziesismus« als weiteren Widerspruch wurde von Teilen der autonomen Szene als »ideologische Verwirrung autonomer Denkart« gelesen und zurückgewiesen.⁷⁷ Tierrechte selbst vermochten nicht dieselben positiven und progressiven Konnotationen hervorzurufen wie in Großbritannien, wo die Tierrechtsbewegung auf eine lange Geschichte der Verflechtung mit sozialen Kämpfen wie Frauenrechten und Friedensbewegung zurückblicken konnte. Anderswo wurden Tierrechte als primäre Kampagne gemieden, insbesondere in Deutschland, wo Tierschutz aufgrund seines Missbrauchs für antisemitische Zwecke im Dritten Reich ideologisch befleckt war.⁷⁸ Die von der Tierrechtsbewegung vertretene Politik musste also angepasst werden, um sich lokalen Traditionen anzugleichen. Insgesamt kann man resümieren, dass die Prozesshaftigkeit des Vorgangs deutlich macht, dass in der Verzahnung und im Transfer verschiedener Elemente linker Politik nichts Geplantes lag, sondern es zu allerlei unvorhergesehenen Koalitionen kam. Über die nationalen Grenzen hinweg, aber auch innerhalb Großbritanniens, mussten die verschiedenen Elemente der kulturellen Identität erst übersetzt werden, es entstand ein Konglomerat der »kleinsten Schnittmenge«, ein Pool an Erkennungsmerkmalen, an dem sich nach Bedarf, jedoch nicht willkürlich, bedient wurde. Dieser Pool an Identitätsmerkmalen wird auch für die weitere Untersuchung der autonomen Bewegung der 1980er Jahre von Relevanz bleiben. Dabei sollte man die von der Tierbefreiungsbewegung hinzugefügten Elemente nicht außer Acht lassen.

76 Robert Leach argumentiert sogar, dass die Ideologien der radikalen Linken in Großbritannien zum größten Teil »importiert« seien und sehr wenig genuine britische intellektuelle Beteiligung aufweisen würden. Leach, S. 177.

77 A. G. Grauwacke: *Autonome in Bewegung*, Aus den ersten 23 Jahren, Berlin u. a. 2003, S. 35.

78 Vgl. Birgit Pack: *Tierschutz und Antisemitismus*, Diplomarbeit, Universität Wien 2008, <http://othes.univie.ac.at/359/Pack:2008>; Vgl. Martin Lejeune/Henry Lindenbaum: »Ferien auf den Bahamas – oder: Geschichte unseres Scheiterns«, in: *Tierrechts Aktion Nord* (Hg.): *My Brother's Keeper: Zur Tierrechtsbewegung – Meinungen, Gedanken, Erfahrungen*, Hamburg 2002, S. 76 f.

»Frieden im geteilten Europa.«

Die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* als Teil der europäischen Friedensbewegung der 1980er Jahre

»Abrüstung [...], Entmilitarisierung [...] und [die] Aufhebung der europäischen Teilung«¹, so beschreibt Ulrike Poppe – eine der Initiatorinnen der *Frauen für den Frieden/Ostberlin* – die Zielvorstellungen der Fraueninitiative. 1982 gegründet aus Protest gegen ein neues Wehrdienstgesetz, engagierten sich die Frauen bis ins Jahr 1989 gegen den Militarismus und die Einschränkung der Grundrechte durch das SED-Regime. Der Arbeitsschwerpunkt der Friedensfrauen ist dabei in ihre ersten vier Bestandsjahre zu datieren, dennoch waren die Frauen für den Frieden/Ostberlin bis ins Wendejahr hinein aktiv und bedeutsam für die Bürgerrechtsbewegung, die 1989 die friedliche Revolution herbeiführte. Zum einen griff diese kontinuierlich auf die oppositionellen Kompetenzen und Erfahrungen der Frauengruppe und anderer politisch-alternativer Gruppierungen der 1980er Jahre zurück, die sich in zahlreichen Programmen, Initiativen und Konzeptpapieren niederschlug. Zum anderen konnten sich »in diesen Zusammenhängen [...] Personen entwickeln, die dann auch in Wendezeiten eine Rolle spielten«², wie beispielsweise Ulrike Poppe oder Bärbel Bohley. Obwohl die Handlungsmöglichkeiten der Friedensfrauen durch das repressive Staatssystem stark beeinträchtigt und größtenteils auf das Territorium der DDR begrenzt blieben, verstand sich die Frauengruppe als Teil der globalen Friedensbewegung und setzte sich blockübergreifend für »Frieden im Geteilten Europa«³ ein. Dabei boten sich den *Frauen für den Frieden/Ostberlin*, resultierend aus den politischen Veränderungen in den 1980er Jahren, spezifische Handlungsoptionen, die hier näher entfaltet werden sollen.

Die Geschichte der *Frauen für den Frieden/Ostberlin* ist untrennbar mit der Konstituierung und Entwicklung der Unabhängigen Friedensbewegung der DDR verbunden, da sie sich als Teil dieser Bewegung verorteten.⁴ Parallel zur west-

1 Ulrike Poppe: »Der Weg ist das Ziel«. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre«, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, S. 246.

2 Interview mit Ulrike Poppe am 12. September 2007.

3 Das Europäische Netzwerk für den Ost-West-Dialog veranstaltete im Jahr 1985 in Westberlin ein Diskussionsforum unter dem Titel: »Frieden im Geteilten Europa – 40 Jahre nach Jalta«, dessen Ziele für die Frauen für den Frieden/Ostberlin handlungsleitend waren.

4 Irena Kukutz: »Nicht Rädchen, sondern Sand im Getriebe, den Kreis der Gewalt zu durchbrechen«. *Frauenwiderstand in der DDR in den 80er Jahren*«, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, S. 273.

europäischen Friedensbewegung entstanden, erlebten die Friedensinitiativen in der DDR ihren absoluten Höhepunkt in den 1980er Jahren, wenngleich ihre Ursprünge bis in die 1960er Jahre zurückreichen. Den ursprünglichen Ausgangspunkt dafür bildete die Verweigerungsbewegung, deren AkteurInnen im Anschluss an die Einführung der Wehrpflicht 1962 einen zivilen Ersatzdienst, den sogenannten Bausoldatendienst forderten und durchsetzten.⁵ Befördert durch die kritische Intellektuellen- und KünstlerInnenszene in den 1970er Jahren und die Entfaltung einer offenen Jugendarbeit im Umfeld der Evangelischen Kirche entwickelte sich Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre eine Alternativbewegung, deren AkteurInnen sich mit gesellschafts- und friedenspolitischen Fragen auseinandersetzten. In der öffentlichen Wahrnehmung tauchte die Unabhängige Friedensbewegung der DDR schließlich erstmals im Verlaufe der Proteste gegen den im Jahr 1978 eingeführten Wehrkundeunterricht auf. In den Folgejahren entfaltete sich vor allem unter dem Dach der Kirche ein friedenspolitisches Engagement, das durch zahlreiche Friedenswerkstätten und Friedensdekaden etc. nach außen strahlte und durch die erneuten Aufrüstungsbemühungen der Blockstaaten ebenso forciert wurde wie durch den nationalen Mobilisierungsschub, den Erich Honecker nach seinem Machtantritt 1971 veranlasste.⁶

Der Protest der politisch alternativen Gruppierungen in den 1980er Jahren – zu diesen zählten neben den Friedensgruppen auch die zur gleichen Zeit entstandenen Umwelt-, Dritte-Welt- und Frauengruppen – unterschied sich dabei deutlich von den Protesthandlungen vor allem der 1950er Jahre. Stellten die ProtestlerInnen der ersten beiden Jahrzehnte nach der Staatsgründung das politische System der DDR fundamental in Frage und lehnten es grundlegend ab, so agierten die ProtagonistInnen in den 1980er Jahren weniger radikal.⁷ Sie kritisierten die politische Kultur in der DDR und agierten systemkritisch, allerdings beabsichtigten sie mit ihren Protesthandlungen die Reformierung und nicht die Abschaffung des politischen Systems. Neben den Zielvorstellungen der politischen Opposition unterschieden sich auch die Handlungsmöglichkeiten der Protestgruppen in den 1980er Jahren von denen der 1950er Jahre. Aufgrund der politischen Ausrichtung der WiderständlerInnen waren diese im Jahrzehnt nach der Staatsgründung auf konspirative Handlungsweisen angewiesen. Die Alternativbewegung in den 1980er Jahren

- 5 Die Bausoldaten leisteten einen waffenfreien Ersatzdienst und wurden beispielsweise im Straßenbau eingesetzt oder bei der Errichtung von Militäranlagen. Nähere Informationen vgl. Wolfgang Rüdtenklau: Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992.
- 6 Ingrid Mieth: Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe, Opladen 1999, S. 76 ff.
- 7 Die Veränderungen der Protestoptionen und -inhalte begannen bereits Ende der 1970er Jahre und setzten sich in den 1980er Jahren schließlich durch. Vgl. hierzu die Forschung zu Widerstand und Opposition in der DDR, die den Handlungsrahmen der späten 1940er/1950er Jahre von dem der späten 1970er/1980er Jahre abgrenzt. Einen Abriss des Forschungsstandes liefert beispielsweise Rainer Eckert: Dissidenz und Opposition im Schatten der Mauer – die sechziger und siebziger Jahre, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 167 ff.

hingegen konstituierte sich im halböffentlichen Raum, vorrangig unter dem Dach der Evangelischen Kirche.⁸

Wie andere politisch-alternative Gruppierungen im Vorwendejahrzehnt griffen auch die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* auf zwei offiziell legitimierte Handlungsmöglichkeiten zurück, um gegen staatliche Willkürakte zu protestieren. Zum einen formulierten sie zahlreiche Eingaben an die Staatsführung und zum anderen nutzten sie Veranstaltungen im klerikalen Raum, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Mit den Eingaben gegen das Wehrdienstgesetz, das am 25. März 1982 verabschiedet wurde und als Initiationsimpuls zur Konstituierung der Frauengruppe wirkte, griffen die Frauen auf ein Protestmedium zurück, das von den BürgerInnen in den 1980er Jahre intensiv genutzt wurde. Statistischen Berechnungen zufolge versendete jeder Haushalt in der Bestandszeit der DDR mindestens einmal eine solche Eingabe – im Grunde eine schriftliche Beschwerde – an die zuständige Behörde oder Politebene. Variierte die Anzahl der eingereichten Eingaben zwischen 1949 und 1989 kontinuierlich, so ist für die 1980er Jahre ein deutlicher Anstieg, insbesondere ab 1985, zu konstatieren. In einem politischen System, das jede Form politischer GegnerInnenschaft aktiv bekämpfte, waren die Eingaben ein politisch gewünschtes Mittel, gaben sie doch Auskunft über die Stimmungslage in der Bevölkerung und den Protestierenden das Gefühl, Strukturen verändern zu können. Zudem reagierten die EingabempfeängerInnen durchaus auf die Schreiben. Zum einen legte das Eingabengesetz bestimmte Handlungsformen fest und zum anderen konnten bei massenhafter Beschwerde über das gleiche Phänomen durchaus partielle Veränderungen erreicht werden.⁹

Darüber hinaus nutzten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* den Freiraum, den die Evangelische Kirche ihnen bot, um gegen staatliche Willkürmaßnahmen zu protestieren. Da die Kirchenverantwortlichen allerdings äußerst bemüht darum waren, das positive Verhältnis zur SED-Führung nicht zu riskieren, setzten sie den Gruppierungen inhaltlich enge Grenzen. Erst 1978 hatte sich, nach Jahren des Kirchenkampfes, mit dem *Honecker-Schönherr-Gespräch*¹⁰ eine Politik der Entspannung zwischen Staat und Kirche durchgesetzt, die der Kirche eine gewisse Souveränität einräumte und ihr damit im Staatssystem der DDR eine Sonderrolle zuwies. Die Liberalität der KirchenmitarbeiterInnen endete in den 1980er Jahren indes an den Punkten, an denen die Basisgruppen Forderungen formulierten, die

8 Detlef Pollack: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000, S. 49 ff.

9 Felix Mühlberg: Bürger, Bitten und Behörden: Geschichte der Eingabe in der DDR, Berlin 2004, S. 279.

10 Das »Staat-Kirche-Gespräch« zwischen dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen und Honecker, das am 6. März 1978 in Berlin stattfand, sollte nach einer langen Zeit kontinuierlicher Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche ein neues Verhältnis begründen, das der Kirche partiell neue Möglichkeiten eröffnete und beispielsweise die staatliche Unterstützung für das 1983 anstehende Lutherjahr sicherte. Allerdings waren damit Zugeständnisse der Kirchenleitung an die Machthaber verbunden, die jegliche Opposition innerhalb der Kirchen negierte und delegitimierte. Vgl. dazu: Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, Bonn 1997, S. 310 ff.

eine Gefährdung des Staat-Kirche-Verhältnisses hätten bedeuten können.¹¹ Da Veranstaltungen aber nur unter dem Dach der Kirche legal möglich waren, waren selbst kirchenunabhängige Gruppierungen, wie die *Frauen für den Frieden/Ostberlin*, auf den Kirchenraum als legalen Veranstaltungsort angewiesen.

Die Modifikation der Handlungsspektren und -optionen basierte auf außen- und innenpolitischen Veränderungen, die das SED-Regime veranlassten, gegen SystemkritikerInnen nicht mehr – wie noch in den 1950er Jahren – offen repressiv vorzugehen, sondern eher verdeckte Sanktions- und Beschattungsmaßnahmen zu ergreifen. Dabei korrespondierte der Wandel in der Wahl der Repressionsmaßnahmen aber nicht mit verstärkter Liberalität gegenüber kritischen Positionen, sondern bezog sich lediglich auf einen veränderten Umgang mit politischen GegnerInnen.¹² Zurückzuführen ist diese veränderte Vorgehensweise vor allem auf die umfangreiche internationale Anerkennung, die sich Honecker seit seinem Amtsantritt im internationalen Raum erworben hatte und die das Regime nicht durch offen repressive Handlungen gefährden wollte. Vor allem die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte im Jahr 1975 verpflichtete die DDR-Führung zur Einhaltung diverser freiheitlicher Bestimmungen, die die Machthaber nicht leichtfertig ignorieren konnten.¹³ Um zu verhindern, dass die Bevölkerung die in der KSZE-Schlussakte formulierten Rechtsansprüche wahrnahm, verschärfte das SED-Regime allerdings das politische Strafrecht. So wurde 1979 beispielsweise der § 219 mit dem Titel *Ungesetzliche Verbindungsaufnahme* derart ausgeweitet, dass bereits die Kontaktaufnahme zu internationalen Verbänden durch DDR-BürgerInnen strafrechtlich verfolgt werden konnte.¹⁴

Im Zentrum des vorliegenden Artikels stehen vor diesem Hintergrund folglich zwei Fragestellungen. Zum einen wird die Spezifik des Protestes der *Frauen für den Frieden/Ostberlin* in den 1980er Jahren anhand ihrer Zielvorstellungen und Protesthandlungen analysiert und die Wechselwirkungen der Aktivitäten und Handlungsoptionen der Frauengruppe bezogen auf internationale politische und gesellschaftspolitische Veränderungen fokussiert. Zum anderen wird die Vernetzung der Ostberliner Friedensfrauen mit anderen europäischen Protestgruppen untersucht. Den Schwerpunkt bilden hier die Kontakte zu den westdeutschen *Frauen für den Frieden*. Die Analyse erfolgt innerhalb dreier Zeitabschnitte, die die spezifischen Veränderungen innerhalb der Gruppe abbilden.¹⁵ Die Gründungs-

11 Sung-Wan Choi: Von der Dissidenz zur Opposition. Die politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1978 – 1989, Köln 1999, S. 117 f.

12 Ulrich Mühlert: Kleine Geschichte der DDR, München 2004, S. 153 f.

13 Christian Domnitz: Der Traum von Helsinki: Bürgerrechtler entwickeln Ideen einer neuen europäischen Ordnung, in: Deutschland-Archiv 1, 2007, S. 76 ff. Wichtige Stationen auf dem Weg zur internationalen Anerkennung waren u. a. der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR 1972 und die Aufnahme in die UNO 1973.

14 Ehrhart Neubert: Der KSZE-Prozess und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, in: Klaus-Dietmar Henke/ Peter Steinbach/Johannes Tüchel (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln, Weimar 1999, S. 295 ff.

und Entfaltungsphase 1982 und 1983 bestimmten zum einen spezifische Veranstaltungen im und außerhalb des kirchlichen Raumes, die wesentlich durch friedenspolitische Themen bestimmt waren und zum anderen Fragen nach der Konstituierung und Ausrichtung der Fraueninitiative. Vor allem die mögliche Mitarbeit von Männern in der Gruppe wurde Anfang des Jahres 1983 zum Thema, das kontrovers diskutiert und letztendlich ablehnend beschieden wurde. Die überwiegende Mehrheit der aktiven Frauen hatte, wie Ulrike Poppe beschreibt, »die Erfahrung gemacht, dass in gemischten Gruppen, in denen wir alle bisher tätig waren, die Männer sehr dominant sind und die Frauen überwiegend still dabeisitzen und eher schüchtern sind. Als wir unter uns waren, um die Sache mit dem Wehrdienstgesetz zu besprechen, haben wir uns plötzlich anders erlebt. Wir haben uns erlebt als selbstbewusste, kluge Frauen, die durchaus politisch denken können und sich ausdrücken können und nur eben aus traditionellen Gründen in gemischten Gruppen bisher zurückhaltend waren [...]«¹⁶ Für die inhaltliche Ausrichtung der Initiative besaß diese Entscheidung allerdings kaum Relevanz, da feministischen Fragestellungen in den Folgejahren nur ein bedingter Stellenwert eingeräumt wurde. In der Manifestationsphase der Jahre 1984 und 1985 organisierten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten mit unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb und außerhalb der DDR, zu vielfältigen politischen Themen. Diese Tendenz verstärkte sich in den Jahren von 1986 bis 1989. Innerhalb der Phase der Dezentralisierung und Diversifizierung der Fraueninitiative vergrößerte sich die Themenvielfalt und viele Aktivistinnen der Frauengruppe schlossen sich anderen Gruppenzusammenhängen an.¹⁷

Die Gründungs- und Entfaltungsphase 1982 und 1983

Die Gründungs- und Entfaltungsphase der *Frauen für den Frieden/Ostberlin* in den Jahren 1982 und 1983 war von einem außerordentlichen Aktivitätsdrang geprägt. Im thematischen Zentrum aller Veranstaltungen der Fraueninitiative in den Jahren 1982 und 1983 standen – analog der internationalen politischen Debatten um die nukleare Wiederaufrüstung und den NATO-Doppelbeschluss – friedenspolitische Fragen, die die Friedensfrauen auf den diversen Friedensdekaden und

15 Irena Kukutz: Die Bewegung »Frauen für den Frieden« als Teil der unabhängigen Friedensbewegung der DDR, in: Der Deutsche Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 89, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Bd. VII, 2, Baden-Baden 1995, S. 1287 ff.

16 Interview mit Ulrike Poppe am 12. September 2007.

17 Kathrin Stern: Die »Frauen für den Frieden/Ostberlin« – Widerstand oder Opposition, Oldenburg 2009, S. 37 ff.

Friedenswerkstätten der beiden Jahre mit anderen Gruppierungen der Unabhängigen Friedensbewegung diskutierten.¹⁸ Parallel zu diesen ersten Vernetzungsbemühungen innerhalb der DDR, wirkten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* nun auch bereits überstaatlich mit Gruppierungen der internationalen Frauenfriedensbewegung und Mitgliedern der westdeutschen Partei *Die Grünen* zusammen. Im Mai 1982 unterzeichneten in diesem Sinne drei ostdeutsche Friedensfrauen den bereits zwei Jahre zuvor in Dänemark verfassten und im gleichen Jahr von den Westberliner Friedensfrauen ergänzten und unterschriebenen Appell *Anstiftung der Frauen für den Frieden*, in dem diese zum Widerstand gegen die erneute Aufrüstung und für eine friedensstiftende Lebensweise aufriefen.¹⁹ Einen ähnlichen inhaltlichen Charakter besaßen auch die beiden kooperativen Aktivitäten mit den bundesdeutschen *Grünen* im Jahr 1983, bei denen diese zum einen in einer Petition an die UDSSR und die USA appellierten, friedenssichernde Maßnahmen zu ergreifen und zum anderen die Bundtagsmitglieder in der Nachrüstungsdebatte im November 1983 aufforderten, eine Raketenstationierung abzulehnen.²⁰

Insbesondere die Eingabenaktivitäten gegen das Wehrdienstgesetz 1982 und 1983 und der Gemeindegtag im September 1983 spiegeln die beschriebenen Protestformate und -inhalte wider und verweisen auf die sich entwickelnde Vernetzung der *Frauen für den Frieden/Ostberlin* mit den westdeutschen Friedensfrauen in der Gründungs- und Entfaltungsphase.

Am 25. März 1982 verabschiedete die Volkskammer der DDR ein neues Wehrdienstgesetz, das die Wehrpflicht für dienstfähige Frauen zwischen 18 und 50 Jahren im Mobilmachungs- und Verteidigungsfall vorsah. Eine Vielzahl von Frauen protestierte mit Eingaben gegen dieses neue Gesetz und führte neben persönlichen Motiven vor allem die fehlende öffentliche Kontroverse des Gesetzesvorhabens, die die Verfassung der DDR explizit vorsah, als Grund ihrer Ablehnung an.²¹ Da die Verfasserinnen keine Antwort erhielten, formulierten sie am 12. Oktober 1982 gemeinsam eine Eingabe an Erich Honecker. Darin artikulierten etwa 150 Unterzeichnerinnen ihren Unmut über das Gesetz und forderten erneut einen offenen Austausch sowie ein Recht auf Wehrpflichtverweigerung.²² Dieser Protest zog un-

18 Im November 1982 stellte sich die Frauengruppe beispielsweise auf der Friedensdekade, die unter der Losung: Angst – Vertrauen – Frieden stand, vor. Darüber hinaus gestalteten sie u. a. die Friedenswerkstatt im Juli 1983 mit. Einen ausführlichen Einblick in die Veranstaltungsformate der Unabhängigen Friedensbewegung der DDR – fokussiert auf die Berliner Szene – bietet Thomas Klein: »Frieden und Gerechtigkeit!« Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln 2007, S. 75 ff.

19 »Anstiftung der Frauen für den Frieden«, in: Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG)/FfF-Dok. 3.1.1.3.02.

20 Kukutz 1995 (b), S. 1307 f.

21 Zwei persönliche Eingaben – die von Bärbel Bohley und Irena Kukutz, sind nachzulesen in: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz: Genau hingesehen. Nie geschwiegen. Sofort widersprochen. Gleich gehandelt. Dokumente aus dem Gewebe der Heuchelei 1982–1989. Widerstand autonomer Frauen in Berlin Ost und West, Berlin 1990, nicht paginiert. Artikel 65 Absatz 3 der Verfassung der DDR: Entwürfe grundlegender Gesetze werden vor ihrer Verabschiedung der Bevölkerung zur Erörterung unterbreitet. Die Ergebnisse der Volksdiskussion sind bei der endgültigen Fassung auszuwerten.

vermittelte Reaktionen nach sich. Bereits im November des gleichen Jahres führten staatliche MitarbeiterInnen Gespräche mit einzelnen Eingabestellerinnen, um diese zur Rücknahme ihrer Unterschrift zu bewegen. Obwohl bei Nichtbefolgung drastische Sanktionen angedroht wurden, entsprachen lediglich zwei Personen diesem Wunsch.²³ Auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) konstatierte, »dass in den meisten Fällen eine Identifikation mit dem Inhalt vorlag und eine Rücknahme der Unterschriftenleistung nicht erreicht werden konnte.«²⁴ Nachdem die Unterredungen mit VertreterInnen der Regierungsseite kaum zielführend verlaufen waren, entschieden sich die Frauen im Januar 1983 erneut eine Eingabe an Honecker zu richten, deren Forderungen allerdings abermals unerfüllt blieben.²⁵ In den nachfolgenden Monaten stellten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* ihr Protestschreiben auf zahlreichen Veranstaltungen der Unabhängigen Friedensbewegung der DDR vor. Mit welchem Erfolg die Friedensfrauen das Wehrdienstgesetz bekämpften, ist kaum nachvollziehbar. Formell aufgehoben wurde das Gesetz erst mit dem Einigungsvertrag 1990, verlor allerdings schon ein Jahr nach Verabschiedung an institutioneller Relevanz.²⁶ Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass die Verfasserinnen mit der Gemeinschaftseingabe den in der DDR möglichen, sogar erwünschten, politischen Partizipationsrahmen deutlich überschritten. Ihre Forderungen u. a. nach öffentlicher Debatte und Einhaltung verfassungsrechtlich garantierter Grundrechte schrieb die Rechtsabteilung des MfS eine »[...] systemdestabilisierende Zielstellung [...]« zu, wenngleich die Eingabe »[...] aber nicht [die] Strafrechtsnorm«²⁷ verletze. Trotzdem wurden gegen die Beteiligten zahlreiche Sanktionsmaßnahmen ergriffen, die vom Ausschluss aus der Sektionsleitung des Verbandes der Bildenden Künstler (VBK) im Bezirksverband Berlin bis zum Verlust des Arbeitsplatzes reichten.²⁸ Die Situation verschärfte sich noch, nachdem die Gemeinschaftseingabe am 6. Dezember 1982 im westdeutschen *Spiegel* erschienen war und damit auch internationales Interesse weckte. Schon zu diesem Zeitpunkt richtete die Fraueninitiative ihren Blick durchaus auch gen Westen und bezeichnete sich ab Anfang 1983 in Anlehnung an die westliche Bewegung offiziell als *Frauen für den Frieden*.²⁹

22 Ingrid Mieth: »... das war doch wirklich nichts Besonderes, was wir gemacht haben ...«. Die »Frauen für den Frieden« Ost, in: Kirsten Beuth/Kirsten Plötz (Hg.): Was soll ich euch denn noch erklären? Ein Austausch über Frauengeschichten in zwei deutschen Staaten, Gelnhausen 1998, S. 199 f.

23 Bärbel Bohley: Wir wollten schlau sein wie die Schlangen, in: Bärbel Bohley/Gerald Praschl/Rüdiger Rosenthal (Hg.): Mut. Frauen in der DDR, München 2005, S. 40.

24 1. Sachstandsbericht vom 10. Februar 1983: OV »Bohle«, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.02.

25 Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, vom 20.01.1983, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.02.

26 Interview mit Ruth Leiserowitz am 16.10.2007. Auf Nachfrage stützte auch Ulrike Poppe diese These.

27 Beide Zitate aus: 2. Sachstandsbericht vom 25.11.1983 im OV »Bohle«, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.02.

28 Informationen aus: 1. Sachstandsbericht vom 10. Februar 1983 im OV »Bohle«, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.02 und dem Interview mit Ruth Leiserowitz.

29 Ferdinand Kroh: »Ein Briefwechsel zweier Freundinnen. Frauen für den Frieden«, in: ders.: »Freiheit ist immer Freiheit...«. Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt am Main/Berlin 1989, S. 165.

Im nachfolgenden halben Jahr intensivierten sich die Beziehungen zwischen den Ost- und Westberliner Friedensfrauen, wenngleich gemeinsame Aktivitäten oder die Teilnahme an Veranstaltungen der Westberlinerinnen für die ostdeutschen Frauen kaum zu realisieren waren. So scheiterten auch Bemühungen der *Frauen für den Frieden/Ostberlin* am Frauenfriedensmarsch vom 6. August bis 17. September 1983 teilzunehmen, der von Berlin nach Genf führte. Ein Teil des Weges führte auch durch die DDR und war der Westberliner Fraueninitiative nur mit einem Bus gewährt worden.³⁰ Dennoch blieben die Ostberlinerinnen dieser Veranstaltung verbunden und stellten ihre erste eigenständig organisierte und durchgeführte, öffentlichkeitswirksame Veranstaltung unter die Maxime des Friedensmarsches. Auf dem Gemeindetag, der zum Abschluss des Marsches am 17. September 1983 stattfand, erklärten sich die TeilnehmerInnen mit den westdeutschen Aktivistinnen solidarisch und unterstützten in einem Brief an die Friedensmarschinitiatorinnen deren Forderungen nach Abrüstung und Entmilitarisierung.³¹ Zwischen 400 und 500 BesucherInnen – unter ihnen auch einige Westberlinerinnen – nahmen an der öffentlichen Veranstaltung teil, die in der Ostberliner Auferstehungsgemeinde stattfand. Wie bei Veranstaltungen unter dem Dach der Kirche notwendig, bildeten die üblichen klerikalen Elemente einer Gottesdienstfeier, die die Friedensfrauen durch verschiedene Kommunikations- und Diskussionsangebote ergänzten, den Rahmen des Gemeindetages.³² Das Motto: »Im Schatten der Atombombe hat es sich mehr und mehr gezeigt, dass alle Menschen Brüder (und Schwestern) sind«,³³ überschrieb die Gottesdienstgestaltung und auch die fünf Arbeitsgruppen, in denen zu friedenspolitischen Themen gearbeitet wurde. Obwohl bereits im Vorfeld von staatlicher Seite aus versucht wurde, auf die inhaltliche Gestaltung des Gemeindetages Einfluss zu nehmen, entwickelte er sich zu einem der »größten Erfolge«³⁴ der *Frauen für den Frieden/Ostberlin*. Das MfS identifizierte hingegen eine missbräuchliche Nutzung des Kirchenraumes durch die Friedensfrauen und mutmaßte, dass die Initiatorinnen lediglich darauf abzielten, »oppositionelle, reaktionäre kirchliche und andere feindlich-negativen Kräfte«³⁵ zu mobilisieren und diese im Kampf gegen die friedenspolitischen Vorstellungen der Regierung zu aktivieren. Diese Perspektive bezog die staatlichen MitarbeiterInnen vor allem aus dem Forderungskatalog, der auf dem Gemeindetag erarbeitet wurde. Insbesondere die gemeinsamen Forderungen von Friedensmarschaktivistinnen und den GemeindetagsteilnehmerInnen definierte das SED-

30 Vgl. Eingabe an den Außenminister der DDR, Herrn Oskar Fischer, in: Bildungswerk, nicht paginiert. Vgl. auch die Presseinformation der Frauen für den Frieden/Westberlin, in: ebenda.

31 Kukutz 1995, S. 1360.

32 Christa Sengespeick-Roos: *Das ganz Normale tun. Widerstandsräume in der DDR-Kirche*, Berlin 1997, S. 30.

33 Irena Kukutz: »Frauen für den Frieden«. Gemeindetag am 17.09.83 in der Auferstehungskirche in Berlin«, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.02.

34 Neubert, 1997, S. 461.

35 Kukutz, 1995 (b), S. 1366.

Regime als »staats- und sozialismusfeindlich«³⁶; Abrüstung bedeutete – und die Ostberliner Friedensfrauen forderten notfalls auch einseitige Abrüstung – in der Lesart der Machthaber die Preisgabe des sozialistischen Staates an die NATO-Staaten. Innerhalb der offiziellen Ideologie bildeten *Frieden und Sozialismus* eine Einheit, die lediglich aufgrund der Bedrohung der sozialistischen Staaten durch die NATO-Mitglieder noch nicht verwirklicht worden sei. Bis der endgültige Friedenszustand erreicht werde, erschien es damit unerlässlich an der Seite der Sowjetunion zu kämpfen. Aus diesem Blickwinkel war das Land an ein voluminöses Waffenarsenal und die dominante Stellung des Militärs gebunden, so dass Abrüstung damit undenkbar erschien.³⁷ Die staatliche Erwartungshaltung, die im Anschluss an den Gemeindefesttag an die KirchenmitarbeiterInnen herangetragen wurde und eine Zu-rechtweisung der Friedensfrauen, sowie die stärkere Reglementierung weiterer Ver-anstaltungen beinhaltete, wurde schließlich auch durchgesetzt und zeigte sich vor allem bei den nachfolgenden klerikalen Veranstaltungen.³⁸

Die Phase der Manifestation 1984 und 1985

Zu Beginn der Manifestationsphase bestimmte die Angst vor drastischen Repressionsmaßnahmen die Stimmung unter den *Frauen für den Frieden/Ostberlin*. Vorangegangen war dieser Situation die Verhaftung von vier Friedensfrauen am 12. Dezember 1983. Diese hatten sich einige Tage zuvor mit Barbara Einhorn, einer Aktivistin der britischen Kampagne für Europäische Nukleare Abrüstung (END), getroffen und sich über eine Publikation, in der die Aktivitäten der Ostberliner Friedensfrauen dargestellt werden sollten, ausgetauscht. Bei der Einreise in die DDR wurden diese Manuskripte von Ordnungskräften beschlagnahmt und lösten schließlich die Festnahmen aus.³⁹ Als die Verhaftungen bekannt wurden, bekundeten zahlreiche PolitikerInnen, JournalistInnen und Friedensfrauen aus Ost- und Westdeutschland ihre Solidarität mit den inhaftierten Frauen.⁴⁰ Ein deutliches Signal setzten vor allem die Westberliner *Frauen für den Frieden*, die am Grenzübergang nach Ostberlin eine mehrtägige Mahnwache abhielten und die Freilassung der Friedensfrauen forderten.⁴¹ Der internationale Druck bewirkte dann letztendlich wohl auch die Entlassung der Frauen und Einstellung der anhängigen Ermittlungsverfahren.⁴²

36 Choi, S. 152.

37 Aus der Rede des Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, zur Begründung des Wehrdienstgesetzes vor der Volkskammer am 25. März 1982, in: Ministerium für Nationale Verteidigung: Wehrdienstgesetz und angrenzende Bestimmungen, Berlin 1984, S. 9.

38 Kukutz, 1995, S. 1315.

39 Klein, S. 151 f.

40 Vgl. die Artikel in der Süddeutschen Zeitung: »Scharfe Antwort auf stummen Protest« vom 16.12.1983 und »Der Offenheit einen Riegel vorschieben« vom 22.12.1983, in: Bildungswerk, nicht paginiert. Vgl. auch die Presseerklärung des Bundesvorstandes der Grünen, Berlin 14.12.1983, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.04.

41 Vgl. »Mahnwache am Checkpoint Charly«, in: Bildungswerk, nicht paginiert.

42 Neubert, 1997, S. 1310 f.

Trotz dieser einschneidenden Erfahrung mit der repressiven Macht des Staates setzten die Friedensfrauen ihr Engagement auch in den Jahren 1984 und 1985 fort, wengleich sie stärker auf kooperative Aktivitäten im nationalen und internationalen Rahmen setzten als eigene Veranstaltungen zu initiieren. Innerhalb der DDR arbeiteten sie, wie bereits in den Jahren zuvor, mit diversen Gruppierungen der Unabhängigen Friedensbewegung, und vor allem den anderen Ostdeutschen Frauenfriedensgruppen, zusammen.⁴³ Auch international trieben die Frauen ihre Vernetzung ins ost- und westeuropäische Ausland voran. Osteuropäische Oppositionsgruppen, wie beispielsweise die *Charta 77*, aber auch die Westeuropäische Friedensbewegung stellten zentrale Bezugsgrößen dar.⁴⁴ Besondere Bedeutung nahmen für die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* vor diesem Hintergrund die intensivierte Arbeitsbeziehungen zum einen zur internationalen Frauenfriedensbewegung und zum anderen zur europaweiten Initiative END ein. Gemeinsam mit anderen Gruppierungen der globalen Frauenfriedensbewegung erarbeiteten sie zahlreiche Aufrufe und Protestnoten. Im März 1985 appellierten sie so unter anderem nach Gesprächen mit italienischen *Frauen für den Frieden* an die TeilnehmerInnen der Abrüstungsverhandlungen – vor allem die USA und die UDSSR –, ein atomwaffenfreies Europa zu schaffen. Der Offene Brief *Für Entspannung von unten, für die Entnuklearisierung Europas*, den Frauen aus fünf Ländern unterzeichneten, bildete schließlich auch den Auftakt einer mehrmonatigen internationalen »Friedenskampagne«⁴⁵, an dessen Ende am 25. Mai im Rahmen des Internationalen Frauenfriedensaktionstages zahlreiche Veranstaltungen in verschiedenen europäischen Ländern stattfanden.⁴⁶ Die politischen Kräfte, die sich auf europäischer Ebene für eine Aufhebung der Blockkonfrontation und blockübergreifende Abrüstung einsetzten, sammelten sich in den 1980er Jahren auf Initiative der englischen Friedensbewegung unter dem END-Aufruf aus dem Jahr 1980. Seit 1982 richtete der END alljährliche Konferenzen aus, an denen VertreterInnen der Friedensgruppen der DDR allerdings nicht regelmäßig mitwirken konnten, weil ihnen die Ausreise verweigert wurde. Auch eine geplante Teilnahme der Friedensfrauen an der END-Konferenz im italienischen Perugia 1984 verhinderten die staatlichen Stellen. Daraufhin protestierten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Unabhängigen Friedensbewegung der DDR und mehreren KonferenzteilnehmerInnen mit einer Eingabe an Honecker gegen ihr Ausreiseverbot und traten dem in Perugia entwickelten *Europäischen Netzwerk für den Ost-West-Dialog* durch Unterschrift bei.⁴⁷

43 Bohley, S. 49 f.

44 Kukutz, 1995, S. 1318 f.

45 Ebenda, S. 1321.

46 Vgl. »Einladung zum Internationalen Frauen-Friedens-Aktionstag«, in: Bildungswerk, nicht paginiert. Offener Brief von Frauen aus Ost und West an die Bürger Europas: Für Entspannung von unten, für die Entnuklearisierung Europas, in: RHG/FFf-Dok. 3.1.1.1.05. Frauen aus 5 Ländern Europas (Italien, Großbritannien, ČSSR, DDR und BRD) unterzeichneten dieses Schreiben.

47 Chronologie, in: RHG/FFf-Dok. 3.1.1.3.06. In einer Pressemitteilung protestierten beispielsweise die Grünen

Neben den zahlreichen kooperativen Aktionen mit ost- und westeuropäischen Gruppierungen organisierten die Ostberliner Friedensfrauen in ihrer Manifestationsphase auch eigene Veranstaltungen, die sich allerdings auf drei »Politische Nachtgebete« beschränkten. Am 22. Mai 1984 initiierten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* in Anlehnung an die Konzeption Dorothee Sölles ihr erstes »Politisches Nachtgebet« unter dem Leitgedanken: »Kommt lasst uns klagen, es ist an der Zeit, wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht.«⁴⁸ Wie bei Veranstaltungen der politisch-alternativen Gruppierungen im Kirchenraum notwendig, verwoben die Friedensfrauen ihr Anliegen in die jeweiligen liturgischen Gottesdienstelemente und boten den zwischen 350 und 500 Teilnehmenden die Möglichkeit Klagen zu formulieren, die sie im Fürbittengebet vortragen oder verschriftlicht an eine symbolische Klagemauer anbringen konnten.⁴⁹ Ein Großteil der Anwesenden nutzte diese Gelegenheit und beklagte private Schwierigkeiten, aber auch politische Probleme, wie die fehlende Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und der Partizipation.⁵⁰ Es waren Klagen wie die nachfolgende, die das MfS zu dem Schluss kommen ließ, dass dieser Programmpunkt »unter den Teilnehmern starke emotionale Wirkungen auslöste [und] eine solche Atmosphäre erzeugte, dass alle Anwesenden selbst offene Angriffe gegen den Staat widerspruchslos hinnahmen bzw. Beifall spendeten«⁵¹. Darin beklagt eine Teilnehmerin, »dass immer neue Gesetze erlassen werden, die unnütz sind und uns die Möglichkeit nehmen, individuell irgendwelche Aktionen zu unternehmen oder unsere Meinung kundzutun. Und anstatt mehr Demokratie zu üben, werden immer neue Gesetze erlassen, die dies eindämmen.«⁵² Da das MfS eine missbräuchliche Nutzung des kirchlichen Raumes durch die Frauengruppe befürchtete, führten MinisteriumsmitarbeiterInnen bereits im Vorfeld des Nachtgebetes Gespräche mit Kirchenverantwortlichen, um diese Situation zu unterbinden. Die präventiven Maßnahmen erzielten jedoch nicht das gewünschte Ergebnis, so dass das MfS sie retrospektiv als gescheitert beurteilte und innerhalb der Veranstaltung »teilweise offene, direkte Angriffe gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung«⁵³ identifizierte. Neben Loyalitätseinforderungen der Kirchenverantwortlichen durch das MfS prüften die Staatsbediensteten nun erneut rechtliche Schritte gegen die Friedensfrauen, die

gegen das Ausreiseverbot. Vgl. Pressemitteilung der Grünen, Nr. 371/84 vom 20.7.1984, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.06.

48 Bohley, S. 50.

49 Sengespeick-Roos, S. 46 ff.

50 Das 1. Politische Nachtgebet am 23. Mai 1984, transkribierte Tonbandmitschnitte, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.06.

51 Information über die Durchführung eines »Nachtgebetes der Frauen« am 23. Mai 1984 in der Auferstehungskirche in Berlin-Friedrichshain, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.06.

52 Das 1. Politische Nachtgebet am 23. Mai 1984, transkribierte Tonbandmitschnitte, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.06.

53 Information zur Durchführung eines »Nachtgebetes der Frauen« am 23. Mai 1984 in der Auferstehungskirche in Berlin-Friedrichshain, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.06.

dann aber doch nicht juristisch belangt wurden.⁵⁴ Unabhängig davon, war das »Politische Nachtgebet« für die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* ein großer Erfolg, bedingt vor allem durch die breite Resonanz, die diese Veranstaltung erfuhr. Dieser Erfolg ermutigte sie, weitere Aktivitäten zu initiieren und ihre Anliegen weiterhin offen zu vertreten.

Die Phase der Dezentralisierung und Diversifikation zwischen 1986 und 1989

Der Aktionsrahmen der *Frauen für den Frieden/Ostberlin* veränderte sich in den Jahren zwischen 1986 und 1989 deutlich. Intensivierten die Friedensfrauen bereits in der Manifestationsphase ihre Kontakte ins In- und Ausland, so maßen sie in ihrer Endphase Aktivitäten innerhalb dieser gewachsenen Vernetzungsstrukturen zentrale Bedeutung bei und initiierten kaum mehr eigene Veranstaltungen.⁵⁵ Vor allem die politischen Veränderungen, die der Machtwechsel in der Sowjetunion mit der Amtseinführung Michail Gorbatschows ein Jahr zuvor gezeitigt hatte, bewirkten diese Entwicklung. Der geplante Umbau des politischen Systems der Sowjetunion, den der neue Generalsekretär der KPdSU durch sein Programm *Glasnost [Öffentlichkeit] und Perestroika [Umbau]* beschrieb, setzte auch in der DDR eine Reformdiskussion in Gang, die in den Jahren zuvor unterdrückt worden war.⁵⁶ Innerhalb der Fraueninitiative wuch nun die Friedensfrage verstärkt menschenrechtlichen und sozialpolitischen Themen. Daraus resultierend, besaßen für einige der Frauen nun andere Basisgruppierungen, wie zum Beispiel die im Jahr 1986 auch durch Mitwirkung einiger Friedensfrauen gegründete Initiative Frieden und Menschenrechte, größere Anziehungskraft.⁵⁷ Dennoch waren die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* bis ins Wendejahr hinein aktiv und protestierten unter anderem gegen den Bau einer Straße durch den jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee 1986. Darüber hinaus bezog die Fraueninitiative Stellung zu außen- und innenpolitischen Geschehnissen und verurteilte beispielsweise die amerikanischen Luftangriffe auf libysches Staatsgebiet im Jahr 1986.⁵⁸

Innerhalb der DDR maßen die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* den Kontakten zu den anderen Frauenfriedensgruppen große Bedeutung bei und tauschten sich vor allem auf den mittlerweile jährlichen, überregionalen Frauentreffen über ihre Aktivitäten und Anliegen aus.⁵⁹ Darüber hinaus pflegten sie intensive Beziehungen zu den anderen unabhängigen Basisgruppen der DDR und kooperierten

54 Ebenda.

55 Böhley, S. 58.

56 Mählert, S. 146.

57 Böhley, S. 49 ff.

58 Stellungnahme der Ostberliner Frauen für den Frieden zum Luftangriff auf Libyen in US Botschaft, Berlin 17.4.1986, in: RHG/FFD-Dok. 3.1.1.3.08.

59 Z. B. Vgl. Informationen zum Frauentreffen vom 4.4. bis 6.4.1986 in Leipzig, Berlin 7.4.86, in: RHG/FFD-Dok. 3.1.1.3.08.

mit ihnen auf vielfältige Weise. Einen Monat nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl im April 1986 verfassten einige Friedensfrauen zum Beispiel gemeinsam mit anderen Friedens- und auch Ökologiegruppen den Appell: »Tschernobyl wirkt überall«⁶⁰ und übergaben ihn am 5. Juni der Volkskammer der DDR. Vor allem die, aus Sicht vieler BürgerInnen, gezielte Strategie der Desinformation und Bagatellisierung der Katastrophe durch die Regierung der DDR erzürnte die UnterzeichnerInnen der Petition.⁶¹ Die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* beschäftigten sich auch im Jahr 1987 noch intensiv mit der Thematik und diskutierten in dem Rundbrief »Ein Jahr danach – Tschernobyl – denkst du auch noch daran?«⁶² die Vor- und Nachteile atomar erzeugter Energie. Das Schreiben, in dem sie abschließend den bedingungslosen, globalen Ausstieg aus der Atomenergie forderten, versandten sie im Mai 1987 dann auch an etwa 100 Frauen in der DDR und in Westberlin.⁶³ Bei zahlreichen Treffen der Friedensfrauen mit anderen Gruppierungen der Unabhängigen Friedensbewegung auf den Friedenswerkstätten und -dekaden sowie dem Kirchentag in Erfurt 1988 wurden dieses und zahlreiche weitere Themen intensiv diskutiert.

Obwohl sich viele Friedensfrauen in den Jahren zwischen 1986 und 1989 anderen Gruppierungen zuwandten und sich die bearbeitete Themenvielfalt innerhalb der Fraueninitiative ausweitete, intensivierten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* hauptsächlich die in den Vorjahren aufgebauten Netzwerkverbindungen. Sie arbeiteten dabei zum einen eng mit Gruppierungen der internationalen Frauenfriedensbewegung zusammen und beteiligten sich zum anderen an den Aktivitäten des END. Darüber hinaus unterhielten einige der Frauen weiterhin auch Kontakte zur osteuropäischen Oppositionsbewegung und beteiligten sich beispielsweise am 30. Jahrestag der ungarischen Revolution im Oktober 1986 an einer gemeinsamen Erklärung mit anderen Friedens- und Oppositionsgruppen. Die 118 UnterzeichnerInnen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und der DDR forderten in ihrer Petition Partizipation, Selbstbestimmung und die Überwindung des Blockdenkens ein.⁶⁴

Neben einzelnen Treffen mit anderen europäischen *Frauen für den Frieden*, wie mit einer niederländischen Gruppe im April 1987 in Ostberlin, wirkte die Fraueninitiative in der Phase der Dezentralisierung und Diversifikation vor allem mit den Westberlinerinnen zusammen und hielt stetigen Kontakt. Auf der 750-Jahrfeier im Westen Berlins 1987 stellte die örtlichen Friedensfrauen in diesem Zusammenhang die Aktivitäten der Ostberlinerinnen in einem Teil der Ausstellung: *200 Jahre Frauenleben und Frauenbewegung in Berlin* vor.⁶⁵ Auch die

60 Neubert, 1997, S. 627.

61 Klein, S. 261 f.

62 Rundbrief: Ein Jahr danach – Tschernobyl – denkst du auch noch daran, abgedruckt in: Bildungswerk, nicht paginiert.

63 Bericht zum Treff mit »Karin Lenz« am 11.5.1987, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.09.

64 Chronologie, in: RHG/FfF-Dok. 3.1.1.3.08.

65 Ebenda, 3.1.1.3.09.

künstlerischen Arbeiten der Friedensfrau Bärbel Bohley wurden ein Jahr später in Westberlin auf dem Frauenkongress präsentiert.⁶⁶ Die Beziehungen zu den Friedensfrauen im Westteil der Stadt waren in den Jahren 1986 bis 1989 eher durch indirekte Kooperation geprägt. Gleiches gilt grundsätzlich auch für die Netzwerkstrukturen zum END. Allerdings wurde der Pastorin der Auferstehungsgemeinde Ostberlins die Reise zur END-Konferenz 1987 in Coventry genehmigt, auf der sie dann auch über die Aktionen der Friedensfrauen berichtete.⁶⁷

In den Jahren 1986 bis 1989 traten die Friedensfrauen als eigenständige Gruppierung im Wesentlichen auf zwei Aktionsfeldern in Erscheinung. Zum einen protestierten sie 1986 mit zahlreichen Maßnahmen gegen den bereits angesprochenen Bau einer Straße durch den Jüdischen Friedhof und zum anderen initiierten sie im Juni 1987 eine Liturgische Nacht in der Auferstehungskirche. Folgte die Veranstaltung unter dem Dach der Kirche im Wesentlichen – abgesehen vom thematischen und gestalterischen Rahmenprogramm – den Maßgaben der vorherigen kirchlichen Veranstaltungen der *Frauen für den Frieden/Ostberlin*, so entwickelten sie im Protest gegen die Straßenbauplanungen diverse neue Aktionsformate. Bereits Anfang der 1980er Jahre existierten Pläne, eine Umgehungsstraße durch den Jüdischen Friedhof zu errichten, die zwar 1983 verhindert werden konnten, aber drei Jahre später wieder zur Debatte standen. Die Bevölkerung der DDR wurde über das Vorhaben nicht informiert, und so offenbarten erst die beginnenden Bauarbeiten das staatliche Ansinnen.⁶⁸ Da aber weder die Jüdische Gemeinde noch der kontaktierte Schriftsteller Heinz Knobloch die Empörung der Friedensfrauen teilten und einen Grund zur Opposition sahen, wurden diese schließlich selber aktiv.⁶⁹ Zunächst forderten die Frauen in Eingaben an die SED Kreisleitung einen Baustopp.⁷⁰ Nachdem diese aber keine Kursänderung bewirkten, beschlossenen die Friedensfrauen mit ihrem Anliegen in die Öffentlichkeit zu treten und die DDR-BürgerInnen in die Protestaktivitäten mit einzubeziehen.⁷¹ Auf der Friedenswerkstatt im Juni 1986 sammelten sie schließlich Meinungsäußerungen von Teilnehmenden, die sie verschiedenen, mit dem Vorhaben betrauten Institutionen zukommen ließen.⁷² Darüber hinaus initiierten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* am 14. September 1986, dem Internationalen *Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors* eine Grabpflegeaktion auf der Ruhestätte und bezogen zahlreiche

66 Frauenkongress in Westberlin: Berlin – eine von Frauen zu regierende Stadt – von der Frontstadt zur Friedensstadt, in: Chronologie, in: RHG/FFf-Dok. 3.1.1.3.09.

67 Ebenda.

68 Sengespeick-Roos, S. 113.

69 Zum Beispiel den Brief von Heinz Knobloch an Irena Kukutz vom 17.5.86, in: Bildungswerk, nicht paginiert.

70 Kahl-Eingabe an die SED-Kreisleitung von Irena Kukutz, Berlin 30.5.1986, in: ebenda.

71 Brief an I. Kukutz vom Rat des Stadtbezirkes Berlin-Weißensee, Berlin 9.6.86, in: RHG/FFf-Dok. 3.1.1.3.08.

72 Schreiben an das Zentralkomitee der SED, den Magistrat von Berlin-Hauptstadt der DDR, den Staatssekretär für Kirchenfragen und an das Ev. Konsistorium Berlin Brandenburg, vom 6. Juli 1986, in: Bildungswerk, nicht paginiert.

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in und außerhalb der DDR, wie zum Beispiel den regierungskritischen Schriftsteller Stefan Heym oder Heinz Galinski, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlins, in die Protestaktivitäten mit ein.⁷³ In ihrer Argumentation gegen den Straßenbau verwies die Fraueninitiative ganz zentral auf die Bedeutung des Friedhofs für die internationale Jüdische Glaubensgemeinschaft und warnte vor möglichen negativen Reaktionen aus dem Ausland im Falle einer Umsetzung der Pläne. Vermutlich führte schließlich auch das Aufsehen, das die Frauen mit diesen Aktionen und internationalen KooperationspartnerInnen erregten, zum Erfolg.⁷⁴

Fazit

Als ostdeutsche Protestbewegung gründete sich im Jahr 1982 die Initiative *Frauen für den Frieden/Ostberlin*, deren Aktionsrahmen sich an blockübergreifenden Frage- und Problemstellungen orientierte und die sich selber als Teil der globalen Friedensbewegung verstand. Analog der internationalen, politischen Lage standen zunächst friedenspolitische Themen im Zentrum ihrer Aktivitäten. Besonders die Gründungs- und Entfaltungsphase der Friedensfrauen in den Jahren 1982 und 1983 war von friedenspolitischem Engagement bestimmt. Im Protest gegen das neue Wehrdienstgesetz 1982, das die Konstituierung der Fraueninitiative entfachte, lehnten die Frauen die zunehmend militaristische Zuspitzung der nationalen Politik ab und protestierten gegen die verstärkte Militarisierung des Alltags. Als sich die internationale politische Sicherheitslage durch die Wiederaufrüstung der Blockstaaten zuspitzte, forderten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* gemeinsam mit west- und osteuropäischen Friedensgruppen bedingungslose Abrüstung. Auf dem Gemeindetag im September 1983 ging die Fraueninitiative über diese Forderungen noch deutlich hinaus, indem sie gegebenenfalls zu einseitiger nationaler Entwaffnung aufrief. Bereits in der darauf folgenden zweijährigen Phase der Manifestation weichte diese Themendominanz auf und es wurden zunehmend grundrechtliche Fragestellungen diskutiert, wie das Politische Nachtgebet im Mai 1984 belegte. Neben Klagen über die verschärfte Bedrohungslage aufgrund der internationalen Aufrüstung wurde nun auch zunehmend die fehlende Meinungsfreiheit in der DDR kritisiert. Als dann mit dem Machtantritt Gorbatschows in der Sowjetunion 1985 auch in der DDR über eine Öffnung des Landes nach außen debattiert und politische Veränderungen in Aussicht gestellt wurden, griffen auch die Friedensfrauen in der Phase der Dezentralisierung und Diversifikation 1986 bis 1989 verstärkt menschenrechtliche und sozialpolitische Themen

73 Bohley, S. 54.

74 Schreiben an das Zentralkomitee der SED, den Magistrat von Berlin-Hauptstadt der DDR, den Staatssekretär für Kirchenfragen und an das Ev. Konsistorium Berlin Brandenburg, vom 6. Juli 1986, in: Bildungswerk, nicht paginiert.

auf, wie die Proteste gegen den Straßenbau durch den Jüdischen Friedhof Berlin Weißensee zeigen.

Die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* kritisierten in den Jahren zwischen 1982 und 1989 zahlreiche Missstände in der DDR und agierten durchaus systemkritisch. Gleichwohl zielten sie, im Gegensatz zu den Protestgruppen der 1950er Jahre, auf die Reformierung und nicht die Abschaffung des politischen Systems der DDR ab und forderten vor allem Meinungsfreiheit und öffentliche Debatten ein, wie Ulrike Poppe beschreibt.

»Wir haben nicht gesagt, wir wollen jetzt den Staat abschaffen [...], aber wir wollten diese Freiheiten und wir konnten uns auch ausrechnen, dass diese Freiheiten bedeuten, dass sich die Macht in ihren Grundfesten angegriffen fühlte [...], das war schon ein indirektes Stellen der Machtfrage. [...] Es waren demokratische Forderungen. Es war wirklich so, dass niemand gesagt hat, der Staat muss weg und die DDR muss weg.«⁷⁵

Für ihre demokratisierenden Reformforderungen griff die Frauengruppe zu meist auf die legitimen Protestmöglichkeiten innerhalb der DDR der 1980er Jahre zurück. Mit Eingaben protestierten sie beispielsweise gegen den Wehrdienst für Frauen und den Straßenbau über den Jüdischen Friedhof. Auf Veranstaltungen im Kirchenraum, wie dem Gemeindegottesdienst, den Politischen Nachtgebeten und der Liturgischen Nacht, machten sie zudem auf ihre Anliegen aufmerksam. Standen diese Handlungsoptionen grundlegend allen DDR-BürgerInnen offen, so überschritten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* mit ihren Schreiben und Aktionen den von Seiten der DDR-Regierung zugebilligten Akzeptanzrahmen.⁷⁶ Überwiegend verdeckte Repressionen, wie in den 1980er Jahren üblich, waren die Folge und führten unter anderem zu Verbandsausschlüssen und Arbeitsplatzverlusten. Latente Sanktionsdrohungen bestimmten den gesamten Bestandszeitraum und entluden sich mit der Verhaftung von vier Friedensfrauen Ende 1983 dann auch öffentlich. Allerdings reagierte die internationale Gemeinschaft scharf auf die Inhaftierungen und bewirkte so auch die Entlassung der Frauen und die Einstellung der anhängigen Ermittlungsverfahren.

Mit ihren überstaatlichen Vernetzungsbestrebungen hatten die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* im Laufe der Jahre auch internationale KooperationspartnerInnen gewonnen, mit denen sie aktiv zusammenarbeiteten. Gemeinsam mit anderen Gruppierungen der Unabhängigen Friedensbewegung und hier vor allem den anderen Frauenfriedensgruppen, partizipierten sie an Aktivitäten der globalen Friedens- und Oppositionsbewegung, wengleich eine Teilnahme an internationalen Veranstaltungen aufgrund der repressiven Ausreisemodalitäten kaum möglich war. Das Kooperationsinteresse steigerte sich im Verlaufe des Aktionszeitraumes

75 Interview mit Ulrike Poppe vom 12. September 2007.

76 Vgl. dazu auch: Kathrin Stern: »Grenzen- Grenzverschiebungen- Grenzverschärfungen. Die Handlungsräume der »Frauen für den Frieden/Ostberlin««, in: ARIADNE. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, Bd. 57, Kassel 2010, S. 48 ff.

der *Frauen für den Frieden/Ostberlin* stetig und konzentrierte sich vor allem auf die globale Frauenfriedensbewegung und die Initiative European Nuclear Disarmament (END). Knüpften die Frauen in den ersten Jahren vorsichtige Kontakte und arbeiteten lediglich vereinzelt mit anderen Gruppierungen zusammen, so bestimmten spätestens ab 1986 die nationalen und internationalen Kontakte den Aktionsrahmen der Fraueninitiative. Besondere Bedeutung kam bei diesen Vernetzungsbestrebungen vor allem der Westberliner Frauengruppe zu. Gemeinsame Planungen bezogen auf den Frauenfriedensmarsch 1983, das Engagement der Westberlinerinnen gegen die Verhaftungen der Friedensfrauen im gleichen Jahr und die Dokumentation der Ostberliner Frauenfriedensaktivitäten auf einer Ausstellung im Oktober 1987 beschreiben nur unvollständig die enge Verbindung zwischen den beiden Gruppierungen. Die *Frauen für den Frieden/Ostberlin* waren international gut vernetzt und verstanden sich als gesamteuropäische, blockübergreifende Initiative.

Erst radikal, dann liberal?

Die belgische Anti-Apartheid-Bewegung in den 1980er Jahren

Die 1980er Jahre können als eine Zeit zunehmender Turbulenzen und Unsicherheiten angesehen werden. Etliche politische Initiativen und soziale Bewegungen entstanden direkt aus den sozialpolitischen Konflikten dieser Zeit. Andere jedoch, die in den 1980er Jahren besonders aktiv waren, bestanden bereits seit Längerem, aber im unruhigen politischen Klima der damaligen Zeit erlebten selbst deren Aktivitäten wesentliche Veränderungen. Eine der langlebigsten dieser Bewegungen war die weltweite Bewegung gegen die Rassentrennung und Diskriminierungspolitik des südafrikanischen Apartheid-Regimes. Ausgehend von den diplomatischen Anstrengungen der südafrikanischen nationalen Befreiungsbewegungen hat sie sich in ein globales Phänomen entwickelt, welches die politischen Erfahrungen vieler unterschiedlicher politischer Kulturen und sozialer Bewegungen nutzen konnte. Nach einem Höhepunkt der Mobilisierung in den späten 1980er Jahren endete das ununterbrochene Bestehen dieser Bewegung mit den allgemeinen Wahlen in Südafrika im April 1994, zu denen erstmals alle erwachsenen Bürger der Republik zugelassen waren.¹

In Belgien war die Anti-Apartheid-Bewegung ein Spätzünder innerhalb der politischen Szene. In den 1970er Jahren hatten nur drei Vereine in einigen belgischen Städten ihre Aktivitäten regelmäßig Südafrika gewidmet. In den 1980er Jahren haben zwei dieser Vereinigungen den Kern einer viel weiter reichenden, nationalen Koalition gegen Apartheid gebildet. Im flämischen Teil des Landes spielte das *Aktiekomitee Zuidelijk Afrika* (AKZA), ursprünglich eine Gruppe von Universitätsstudenten, eine wesentliche Rolle in der Koordinierung einer »Anti-Apartheid-Front«, die aus bedeutenden Nichtregierungsorganisationen (NGO), Gewerkschaften, Kirchenvereinen, politischen Parteien und lokalen Gruppen bestand.

Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit der organisatorischen und ideologischen Entwicklung des AKZA während der turbulenten 1980er Jahre. In der flämischen Literatur über die sogenannte Dritte-Welt-Bewegung wird die Zeit zwischen 1978 und 1985 als eine Zeit des Wandels dargestellt.² Einige größere Entwicklungsorganisationen konnten ihre Kontrolle in diesem Bereich verstärken. Die von der

1 Håkan Thörn: *Anti-Apartheid and the Emergence of a Global Civil Society*, Basingstoke 2006.

2 Staf Hellemans/Marc Hooghe (Hg.): *Van Mei '68 tot Hand in Hand. Nieuwe sociale bewegingen in België 1965–1995*, Leuven 1995; Stefaan Walgrave: *Nieuwe sociale bewegingen in Vlaanderen. Een sociologische verkenning van de milieubeweging, de derde wereldbeweging en de vredesbeweging*, Leuven 1994.

Regierung eingeführten Maßnahmen der selektiven Unterstützung sozialpolitischer Organisationen führten zu einem Rückgang systemkritischer Politik bei gleichzeitiger Professionalisierung. Parallel hierzu entstand eine Reihe von länderspezifischen Ausschüssen. Ganz besonders die Revolutionswellen und die Diktaturen in Zentralamerika führten zur Gründung von neuen Komitees, die ihre Aktivitäten auf Länder wie Nicaragua und El Salvador konzentrierten.³

In der Anti-Apartheid-Bewegung waren diese beiden Entwicklungen eng miteinander verbunden. Als länderspezifisches Komitee (*landencomité*) sah sich AKZA mit einer Identitätskrise konfrontiert, die viele radikale Organisationen gegen Ende der 1970er Jahre erlebten. Die Stärke der Friedensbewegung und vielleicht auch der Glanz der Südamerika-Komitees sorgten dafür, dass dem Thema der Apartheid vorübergehend weniger Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Wie im ersten Teil dieses Beitrags gezeigt werden wird, hing die Überlebensfähigkeit des AKZA von seiner Fähigkeit ab, sich den neuen Umständen der 1980er Jahre anzupassen. Eine stärkere Abhängigkeit von staatlichen Fördermitteln und finanzieller Hilfe der größeren Entwicklungsorganisationen führte zu einer Schwächung des radikalen Profils des Ausschusses. Erfahrungen in den Friedensbewegungen waren ein weiterer Faktor dafür, dass nun ein pragmatischer Ansatz der Mobilisierung gewählt wurde, was zur Bildung der flämischen Anti-Apartheid-Front führte. Die moderatere Ausrichtung des AKZA in den 1980er Jahren kann jedoch nicht nur den Veränderungen in Belgien zugeschrieben werden. Das Komitee war von Aktionsformen und Strategien beeinflusst, die von ähnlichen Anti-Apartheid-Organisationen in den europäischen Nachbarländern entwickelt wurden. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts erlebte der weltweite Anti-Apartheid-Aktivismus durch verstärkte Unruhen und Repressionen in Südafrika einen Aufschwung, so dass Netzwerke mit intensiver Kommunikation zwischen den führenden Anti-Apartheid-Organisationen in Westeuropa eingerichtet wurden. Aus diesen Kontakten konnten in der Folge intensive Verbindungen entstehen. Die Solidaritätsgruppen, die im strategischen Rahmen des African National Congress (ANC), eine der bedeutendsten Befreiungsbewegungen Südafrikas, arbeiten wollten, begannen damit, ihre Aktivitäten auf der Ebene der europäischen Gemeinschaft (EG) zu koordinieren.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken, unternahmen die Anti-Apartheid-Bewegungen in Westeuropa auch einen »cultural turn«. Medien-orientierte Aktionsstrategien, Marketing und eine offene Zusammenarbeit mit bekannten Künstlern zeigten, wie stark die Bewegung mit der Popkultur der 1980er Jahre verbunden war. Dies wirft natürlich die Frage auf, ob die Bewegung von den neoliberalen Konzepten globaler Governance beeinflusst wurde, welche zu jener Zeit hegemonial wurden. Optimal in einem Komplex aus nationalen und

3 Veerle De Bock: Solidariteit met (H)El Salvador. Analyse van de visies en acties van de Vlaamse El Salvadorcomités (1977–1992), Universiteit Gent, nicht veröffentlichte Dissertation, 2003.

transnationalen Netzwerken angesiedelt, spiegelte die belgische Anti-Apartheid-Bewegung einen Teil der tiefgreifenden Veränderungen in den sozialen Bewegungen wider.

Ursprünge

Die Ursprünge der belgischen Anti-Apartheid-Bewegung gehen bis in die späten 1960er Jahre zurück; vorher war die Apartheid kaum ein Thema für belgische Politiker gewesen. Selbst nach der Machtübernahme der Nationalen Partei im Jahr 1948 behielt Südafrika seinen Rang als Alliiertes des Westens, den es sich im Ersten und Zweiten Weltkrieg erworben hatte. Wie viele westliche Staaten unterhielt Belgien sehr intensive Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika. Belgisches Kapital floss in das Land in Form von Darlehen oder Investitionen, während Gold, Diamanten und Obst zu den aus Südafrika importierten Produkten gehörten, die in belgischen Häfen umgeschlagen wurden. Dies führte zur Gründung einer Pro-Südafrika-Lobby in den 1970er Jahren vor allem aus wirtschaftlichen Gründen.

In den Jahren nach dem Krieg zeichnete sich die belgische Politik durch einen breiten Konsens über auswärtige Angelegenheiten aus. Als Folge entwickelte sich die organisierte Opposition zur Politik der guten Beziehungen mit Südafrika etwas später als in den Nachbarländern. Die erste im Januar 1969 gegründete belgische Anti-Apartheid-Organisation war das Brüsseler *Comité Contre le Colonialisme et L'Apartheid* (CCCA). Dieser vor allem französisch sprechende Ausschuss verfolgte das doppelte Ziel, einerseits die nationalen Befreiungskämpfe gegen die Herrschaft portugiesischer oder weißer Minderheiten zu unterstützen und einen Wandel in der belgischen Außenpolitik gegenüber der südafrikanischen Region zu erreichen. Auf der Grundlage ihrer antifaschistischen und anti-kolonialistischen Überzeugungen sahen die CCCA-Aktivist_innen ihre Anstrengungen als Beitrag zur belgischen Demokratie und für den Kampf für globale Gerechtigkeit.⁴ Eine weitere frühe Anti-Apartheid-Initiative, die BOA, *Boycot Outspan Actie*, wurde im Jahr 1974 von Maurice Mthombeni, einem südafrikanischen Flüchtling und Mitglied des ANC gegründet. Um über das Thema Apartheid aufzuklären, besuchte Mthombeni Schulen und Universitäten und war Co-Autor eines Buches über die belgischen Kontakte zum Apartheid-Regime Südafrikas.⁵

4 Einige Aktivist_innen von CCCA stammten aus dem Widerstand gegen die deutsche Besetzung Belgiens im Zweiten Weltkrieg. Für eine Übersicht der belgischen Außenpolitik gegenüber Südafrika und der Aktivitäten von CCCA siehe Paulette Pierson-Mathy: »The anti-apartheid struggle in Belgium as perceived by the Comité Contre le Colonialisme et l'Apartheid«, in: *The Road to Democracy in South Africa. Volume 3, International Solidarity*, Pretoria 2008, S. 640-657 ff.

5 Jens Vancaeneghem: »Waar was u toen Nelson Mandela vrij kwam?«, in: *Mondiaal Nieuws*, <http://www.mo.be/artikel/waar-was-u-toen-nelson-mandela-vrij-kwam-1>, (eingesehen am 27. Juni 2011); Walter de Bock/Jef Coeck/Paul Goossens/Maurice Mthombeni: *Suikerbossie. België en Zuidelijk Afrika*, Brüssel 1978.

Aber nicht nur die ältere Generation engagierte sich in der weltweiten Bewegung gegen Apartheid. In der Universitätsstadt Leuven bildete eine Studentengruppe das *Aktiekomitee Zuidelijk Afrika* (AKZA). Zuvor, im Januar 1972, nach Treffen mit Sietse Bosgra, einem Experten zu Themen des südlichen Afrikas und dem Führer des niederländischen *Angola Comité*, hatten Aktivist_innen der flämischen Städte Antwerpen, Gent und Leuven eine Organisation gegründet, um gegen den portugiesischen Kolonialismus zu protestieren. In Leuven konnte das Projekt besonders Fuß fassen und wurde als VAK (*Vlaams Angola Komitee*) bekannt.⁶ Im Jahr 1975, nach der Nelkenrevolution und der Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien, benannte sich VAK in AKZA um. Von nun ab galt das meiste Interesse den Konflikten in Namibia und Südafrika.⁷

In Flandern stand VAK/AKZA im Schnittpunkt verschiedener Bewegungen. War das Komitee zunächst Teil der antiautoritären Studentenbewegung gewesen, schloss es sich später den Reihen der Solidaritätsorganisationen der Dritte-Welt-Bewegungen an. Man orientierte sich hier auf der globalen Ebene an einer antikolonialistischen und Anti-Apartheid-Bewegung. Von Anfang an stellte das Komitee einen radikalen Flügel in diesen Bewegungen dar. Es setzte seinen Fokus auf Aufklärung und Aktion und ging hierfür von Zeit zu Zeit Allianzen mit Jugendbewegungen, Solidaritätsorganisationen und Basisausschüssen ein.⁸ Veröffentlichungen aus dieser Zeit zeigen die radikale anti-kapitalistische und anti-imperialistische Ausrichtung von VAK/AKZA. Der Zweck der Apartheid, so das Komitee, sei die Ausbeutung der schwarzen Arbeiter_innen. Rassentrennung und Unterdrückung schafften ein Reservoir an billigen Arbeitskräften, welche den Unternehmen zu hohen Gewinnen verhülften. Den belgischen Banken und Konzernen, die die Minderheitsregime unterstützten, wurden ähnliche Absichten vorgeworfen. So habe im südlichen Afrika der Kapitalismus sein wahres Gesicht gezeigt. Aber in Belgien, so VAK, seien die Dinge nicht viel besser. Nicht die Menschen, sondern die »Finanzelite« träge wichtige Entscheidungen.⁹

Wie CCCA und BOA zeigten auch die Aktivist_innen von Leuven in ihrer Analyse die Tendenz, die Situation in Belgien mit der im südlichen Afrika zu verknüpfen, aber auf eine viel radikalere Weise. So würden zwar in jener Zeit die Auseinandersetzungen noch im südlichen Afrika stattfinden, doch würden früher oder später ähnliche Kämpfe gegen ähnliche Gegner auch anderswo geführt werden. Die Bedeutung, die VAK/AKZA einer antirassistischen Ideologie beimmaßen,

6 Jan Sijbers: *Het archief van het Aktiekomitee Zuidelijk Afrika. Problemen en oplossingen bij het inventariseren van het archief van een drukingsgroep*, K. U. Leuven, nicht veröffentlichte Dissertation, 1994, S. 6 ff.

7 Etwas ähnliches passierte in den Niederlanden, wo aus dem *Angola Comité* das *Komitee Zuidelijk Afrika* wurde (KZA); Sietse Bosgra: »From Jan van Riebeeck to solidarity with the struggle: the Netherlands, South Africa and apartheid«, in: *The Road to Democracy*, S. 577-580 ff.

8 Jan Vanheukelom: »Hoera vir die Boer hoera! Pro- and anti-apartheid struggles in Flanders and in Belgium«, in: *The Road to Democracy*, S. 658-661.

9 Universiteitsarchief K. U. Leuven, AKZA Archive, 201, »Solidariteitsjaar met de bevrijdingsbewegingen in Zuidelijk Afrika«, 1974.

wurde auch in der Energie, die der Aufklärung gewidmet wurde, deutlich. Um die Studierenden aufzuklären, entwickelte das Komitee seinen eigenen Dokumentationservice und veröffentlichte eine eigene Zeitschrift, die *Bevrijdingsberichten*. Es lässt sich also festhalten, dass für die 1970er Jahre weniger ein öffentlicher politischer Aktivismus für die radikale Studentenbewegung gegen die Apartheid kennzeichnend war als die Übernahme informierter anti-systemischer Positionen. Anti-Kapitalismus, als Teil der Kernidentität vieler aktivistischer Student_innen, war ein zentraler Motor hinter der Identifizierung mit den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrikas.

Krise

Zu Beginn der 1980er Jahre war die Anti-Apartheid-Bewegung noch klein und unbedeutend. Sie wurde von den Südafrika-Lobbys in den Schatten gestellt, die dafür sorgten, dass die Regierungen sich an den Wirtschaftsinteressen des Landes orientierten. Zwar wurde auf der internationalen Bühne die Apartheid regelmäßig von den westlichen Ländern verurteilt, aber ihre wichtigste Sorge war immer noch die Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region des südlichen Afrikas. Die Anti-Apartheid-Bewegungen standen deshalb einer enormen Herausforderung gegenüber. Wenn es in Südafrika zu einer Veränderung kommen sollte, dann mussten sie ihre Anstrengungen verdoppeln. Die Zeit der Begeisterung, in der die Aktivist_innen sich selbst mit theoretischen Reden über eine sich ändernde Welt-situation zufriedener geben konnten, war vorbei.

Die 1980er Jahre waren auch in Belgien eine Zeit der Wirtschaftskrisen und Umstrukturierungen. So führten ökonomische Engpässe zu einem Wandel der allgemeinen Wertevorstellungen, welche die belgische Gesellschaft prägten. In den späten 1970er Jahren waren die Wahrnehmungen von Überfluss und weitreichenden Entfaltungsmöglichkeiten, die den Beginn des Jahrzehntes gekennzeichnet hatten, nur noch eine vage Erinnerung. Als Ergebnis der Ölkrise hatte sich eine neue Psychologie des Mangels und der sozialen Not durchgesetzt. Eine Welle von Arbeitsunruhen ging über das Land, aber letztlich war die Mehrheit der Bevölkerung bereit, die Sparmaßnahmen der Regierung anzunehmen. Da die auf sozialstaatlichen Säulen aufgebaute Struktur der belgischen Gesellschaft durch die Individualisierung untergraben wurde, ersetzten die Menschen den Glauben an einen kollektiven Fortschritt durch das Streben nach persönlicher Erfüllung und individuelle Anpassung.¹⁰

Das neue Klima der Unsicherheit und der Sparpolitik wurde von allen sozialen Bewegungen deutlich wahrgenommen. In den späten 1970er Jahren steckte die radikale Linke in einer tiefen Krise. In vielen Teilen der Welt schmälerten eine

10 Jan Kerkhofs/Rudolf Reszohazy: De stille ommekeer. Oude en nieuwe waarden in het België van de jaren tachtig, Tiel 1984, S. 27-28, 206-214.

Reihe von dramatischen Ereignissen, angefangen von den Massakern der *Khmer Rouge* in Kambodscha bis zum Verbot der *Solidarność* in Polen, den Glauben an Revolution und Sozialismus. Darüber hinaus konnten anti-kapitalistische politische Gruppierungen bei Wahlen nur geringe Erfolge verzeichnen. Bei den jüngeren Generationen schien darüber hinaus der marxistische Radikalismus nur noch wenig attraktiv zu sein. In dieser entmutigenden Situation fielen die verbleibenden Radikalen vom Unglauben in die Verzweiflung. In der wallonischen Region griffen einige Militante sogar auf terroristische Aktionen zurück, ein nicht unübliches Phänomen in Westeuropa zu dieser Zeit.¹¹

Auf Seiten der Anti-Apartheid-Bewegungen erlebte AKZA eine ähnliche Identitätskrise. Eine Reihe von Problemen führte zu Diskussionen und Überlegungen über die Ausrichtung der Gruppe und ihre möglichen zukünftigen Aktionsstrategien. Zunächst war AKZA nicht mehr länger ein Studentenkomitee. Die Mitglieder, meistens arbeitende Menschen oder Uni-Absolvent_innen, hatten in der Regel weniger Zeit, sich intensiver mit Fragen des südlichen Afrikas zu beschäftigen. In Anbetracht dieser Krise des politischen Aktivismus boten die Student_innenkreise nicht länger einen vielversprechenden Rekrutierungspool. Die Glanzzeiten der Dritten-Welt-Bewegung schienen vorüber.

AKZA konnte noch auf einen engagierten Mitarbeiter_innenkern zählen, aber zu Beginn der 1980er Jahre dünnte sich auch dieser aus. Während die alte Garde das Leben als Aktivist_in hinter sich ließ, war der Nachwuchs an neuen Mitgliedern nicht ausreichend. Im Jahr 1981 hatte AKZA dann sogar finanzielle Probleme. Der Vertrag des einzigen Vollzeitmitarbeiters musste beendet werden und die Organisation musste improvisieren, um sich über Wasser zu halten.¹² Zum Glück kam Entlastung von einer Handvoll größerer Entwicklungsorganisationen. Im Juni 1983 erhielt der Sekretär von AKZA, Jan Vanheukelom, eine Arbeitsstelle bei *Socialistische Solidariteit*, einer Entwicklungsagentur sozialdemokratischen Ursprungs. Von deren Büro aus konnte er weiter für AKZA arbeiten.¹³ Eine andere Nichtregierungsorganisation, die Sympathie für die Anti-Apartheidsache zeigte, war der christlich inspirierte Verein *Broederlijk Delen*, der sich mit 55 000 Belgischen Francs am Aktionsfonds des Komitees beteiligte.¹⁴

Die Tätigkeiten einer sozialen Bewegung wie AKZA hingen stark von finanzieller Unterstützung und Beschäftigungspolitik der belgischen Regierungen ab. Zeitlich begrenzte Fördermaßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit ermöglichten es *Socialistische Solidariteit* – wie bereits erwähnt –, Jan Vanheu-

11 Jan Buelinckx: Radicaal-links in België en de val van de muur. Hoe overleefden de KP, de SAP en de PVDA de val van het ›reëel bestaande socialisme‹?, UGent, nicht veröffentlichte Dissertation, 2002; Els Witte/Alain Meynen (Hg.): De geschiedenis van België na 1945, Antwerp 2006, S. 114.

12 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archiv, 2, »AKZA-evaluatie – rondvraag«, 10. November 1984.

13 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archiv, 99, Brief an den RVA (Rijksdienst Voor Arbeidsbemiddeling) Leuven», 27. Juni 1983.

14 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archiv, 97, »Informatieproject over Namibië«, BTK (Bijzonder Tijdelijk Kader) Beitrittsantrag, 3. Dezember 1985.

kelom einen Arbeitsplatz anzubieten und ebenso AKZA ab 1984 eigene Vollzeitstellen einzurichten.¹⁵ Neben diesen Glücksfällen bestand der Kern der Arbeitskraft bei AKZA aus arbeitslosen Aktivist_innen, die ehrenamtlich im Büro arbeiteten. Um ihr Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung behalten zu können, beantragten sie regelmäßig Ausnahmen von der wöchentlichen Kontrolle, welche von der Regierung für Arbeitslose vorgesehen war. Auf diese Weise unterstützten öffentliche Gelder eine ganze Generation von Aktivist_innen in den 1980er Jahren. Vereinbarungen mit der Regierung garantierten jedoch kein Leben ohne Arbeit. Die Aktivist_innen mussten beim Amt registriert werden, und die finanziellen Vergütungen waren mager. Für die meisten von ihnen konnte die ehrenamtliche Tätigkeit während der Erwerbslosigkeit nur eine zeitweilige Option sein. Der wichtigste Aspekt eines solchen Eingriffs der Regierung war jedoch die disziplinierende Auswirkung auf die Tätigkeiten von AKZA. Im Verlauf der 1980er Jahre führte der Bedarf an finanzieller Sicherheit durch zeitlich befristete Einstellungen oder andere Möglichkeiten zu einem immer stärkeren Druck, das Komitee professioneller auszurichten. Über kurz oder lang musste diese Situation zu Spannungen führen.

Auch die Auseinandersetzung um die Aktionsstrategien führte zu Spannungen. In den 1970er Jahren hatte VAK/AKZA sich stark auf die Bildung konzentriert. Für die Studierenden war eine persönliche Einsicht in die globale Maschine der (Unter-)Entwicklung von großer Bedeutung; doch man wollte später auch einen aktiven Beitrag zur Abschaffung der Apartheid leisten. So blieben die Fragen der politischen Ausrichtung bestehen. Sollten sie sich an die »Basis« der Gewerkschaften und Komitees richten oder sich eher darauf konzentrieren, die Beziehungen zur »Spitze« der größeren Vereine, zu Politikern und Presse zu verbessern? Aufgrund der studentischen Vergangenheit des Komitees schien die Arbeit mit Basisausschüssen naheliegend zu sein, aber letztlich waren sich alle Mitglieder einig, dass diese Option sehr zeitaufwendig werden könnte. Gemeinsame Sache mit den größeren Organisationen zu machen, könnte jedoch ebenso Nachteile mit sich bringen. So könnte hierdurch die unabhängige Position in Gefahr gebracht werden, um welche sich die Aktivist_innen von Leuven seit Einrichtung des Komitees stets bemüht hatten.¹⁶

Verbunden mit diesem strategischen Dilemma war die leidige Frage der ideologischen Ausrichtung des Komitees. In den 1970er Jahren und auch noch während interner Treffen in den 1980er Jahren bezeichnete sich AKZA als ein anti-imperialistisches Komitee. Gegenüber der breiteren Öffentlichkeit wurde eine Aufklärungsarbeit vor der Folie einer anti-imperialistischen Ausrichtung jedoch schwieriger und es konnte den Ausschuss daran hindern, das Bild der Gräueltaten

15 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archiv, 84 & 85, AKZA Antrag auf Mitgliedschaft im NCOS (Nationaal Centrum voor Ontwikkelingssamenwerking), 6. Januar 1985; über die zeitweiligen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der belgischen Regierung siehe Ides Nicaise: »Activering van uitkeringen«, in: Belgisch Tijdschrift voor Sociale Zekerheid, 42 (3), 2000, S.687-700.

16 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 2, »Verslag AKZA-evaluatie weekend«, 30. Mai 1980–1. Juni 1980.

in Südafrika breiter zu vermitteln. Die Aktivist_innen schlugen deshalb eine flexiblere Herangehensweise an die externe Kommunikation vor. Dazu gehörte der »induktive Ansatz«, der den unterschiedlichen Wissensstand der einzelnen Zielgruppen berücksichtigte. In der Kommunikation mit Basiskomitees bestand die Idee darin, mit konkreten Strukturen zu beginnen (z. B. Handelsbeziehungen), um in der Folge schließlich die Herrschaftsverhältnisse auf globaler Ebene anzusprechen. Der induktive Ansatz ließ das Ziel einer allgemeinen Aufklärung also mehr oder weniger unberührt, während die unterschiedlichen Ausgangspunkte der Adressaten unterstrichen wurden.¹⁷ In einem anderen Vorschlag jedoch ging diese Einschätzung in eine Form des Opportunismus über. Das Wesen der Kommunikation, so glaubte ein Aktivist, bestünde darin, genau zu wissen, welches Thema bei einer bestimmten Zielgruppe angesprochen werden müsste.¹⁸

Sowohl der induktive als auch der opportunistische Ansatz waren symptomatisch für den Versuch von AKZA, sich über ideologische Eindeutigkeiten hinwegzubewegen, die lediglich dem Zusammenhalt der Gruppe dienen sollten. Gleichzeitig zeigten diese Unterschiede auch, dass der Ausschuss nicht in der Lage war, das strategische Dilemma zwischen der Ausrichtung auf eine Basis oder auf eine Elite zu überwinden. Die immer professioneller arbeitenden Mitarbeiter_innen des Komitees vertraten einen Pragmatismus, der AKZA als zuverlässigen Partner von größeren Entwicklungsorganisationen darstellte. Andere Komitee-Mitglieder_innen äußerten jedoch ihr Unwohlsein mit dieser neuen Ausrichtung. Sie fürchteten ein blindes Vertrauen in die Vollzeitmitarbeiter_innen und dass der wachsende Bedarf an Professionalität die Autonomie in Gefahr bringen und die ehrenamtliche Gruppendynamik, welche die Biographie des Komitees in den 1970er Jahren gekennzeichnet hatte, gefährden könnte.¹⁹ Im zweiten Viertel der 1980er Jahre suchte AKZA immer noch Wege, die verschiedenen Tendenzen auszusöhnen. Aber am Ende mussten Entscheidungen getroffen werden, weil AKZA ganz einfach nicht über ausreichend Personal verfügte, um alle Optionen gemeinsam zu verfolgen.

Durchbruch

Trotz der ernststen ideologischen, strategischen und organisatorischen Fragen blieb AKZA die einzige Organisation in Flandern, die dauerhaft mit dem Thema Südafrika beschäftigt war. Dieser fortwährende Einsatz stellte schließlich einen wichtigen Vorzug dar, als die belgische Anti-Apartheid-Bewegung plötzlich Mitte der

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 2, »AKZA evaluatiedag – analyse van de AKZA-werking«, 10. November 1984.

¹⁹ Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 2, »AKZA evaluatiedag – evaluatie van de recente AKZA-werking«, 10. November 1984; AKZA Archive, 2, Sitzungsprotokoll, 5. November 1985.

1980er Jahre Fahrt aufnahm. Für das sich wendende Glück der Bewegung waren jedoch die Ereignisse in Südafrika selbst verantwortlich.

Im Jahr 1983 hatten hunderte von Bürgergruppen aus den verschiedenen südafrikanischen Communities die United Democratic Front gegründet, um gegen die Pläne von Präsident Botha zu protestieren, das Regime durch halbherzige Reformen zu stabilisieren. In den Townships des Vaal-Dreiecks begannen in der Folge Aufstände gegen die Apartheid. Das Regime, das seine Position nicht aufgeben wollte, antwortete mit steigender Gewalt, die im Massaker von Uitenhage schließlich ihren Höhepunkt fand. Im Sommer des Jahres 1985 wurde in Teilen des Landes der Notstand erklärt. Die schockierenden Bilder der Brutalitäten und die Berichte über das Blutvergießen in der internationalen Presse waren Wasser auf die Mühlen der Anti-Apartheid-Kampagnen in der ganzen Welt. In Belgien trieb das neue Medieninteresse für die Krise in Südafrika den Wunsch an, nun »etwas gegen die Apartheid« zu tun. Während einerseits das Aktionspotenzial unter den größeren Entwicklungs-NGOs anstieg, entstanden auf der anderen Seite überall im Land neue lokale Komitees.

Im Frühjahr 1984 wurde auf einer Solidaritätsparty für den ANC, die von der Antwerpener Sektion der Belgischen Kommunistischen Partei organisiert wurde, AKZA angesprochen, ob sie bereit seien, die Initiative für eine flämische Anti-Apartheid-Front zu übernehmen. Zu Beginn zweifelte AKZA, ob sie der Aufgabe gewachsen sei. Das Vorhaben schien mit einer Menge Arbeit für eine Organisation verbunden zu sein, die zu dieser Zeit immer noch Schwierigkeiten hatte.²⁰ Aber letztendlich war die Bereitschaft des Komitees doch vorrangig und so wurde einige Monate später, im Januar 1985, die Koordinierung der flämischen Anti-Apartheid-Aktion bereits bei einer internen AKZA Sitzung verabschiedet.²¹

AKZA hatte eine dezentralisierte Koordinierungsstruktur im Sinn. In den Friedens- und Umweltbewegungen bereiteten sich derweil einige Organisationen immer besser darauf vor, ihre Mittel und Ziele auf die sich ändernden nationalen und globalen Umstände anzupassen. VAKA (*Vlaams AktieKomitee tegen Atoomwapens*), ein Dachverband von Friedensorganisationen und ihren zahlreichen Unterstützergruppen, wurde zum Vorzeigefall der pragmatischen Mobilisierung.

Ein moderater politischer Ansatz, eine starke Organisation und die Unterstützung durch Gewerkschaften und Parteien ermöglichten VAKA im Oktober 1983 einen der größten Mobilisierungserfolge in der belgischen Geschichte, als 400 000 Menschen in Brüssel gegen den NATO-Doppelbeschluss demonstrierten. Auch wenn die Friedensbewegung danach schwächer werden sollte, darf ihr allgemeiner Einfluss auf die Ausrichtung und die Aktivitäten anderer sozialer Bewegungen nicht unterschätzt werden. Als AKZA sich Gedanken über eine flämische Anti-Apartheid-Front machte, war dabei ganz deutlich eine Organisation wie

20 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 2, Sitzungsprotokolle, 3. April 1984.

21 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 2, Sitzungsprotokolle, 15. Januar 1985.

VAKA das Vorbild. Inzwischen war ein neuer Dachverband entstanden, der unabhängige NGOs, Gewerkschaften, kirchliche Gruppen, politische Parteien und lokale Komitees gegen Apartheid vereinte. Seine Name, VAAK (*Vlaamse Anti-Apartheids Koördinatie*) verriet den Einfluss, den soziale Bewegungen aufeinander ausüben konnten. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten bedeutende flämische NGOs wie *Pax Christi* und *Vrede*, die treibenden Kräfte für VAKA und die Friedensbewegung.

VAAK bestand aus 18 Gründungsorganisationen, aus 50 unterstützenden Organisationen und 14 lokalen Komitees, die im demokratischen Konsens Entscheidungen fällten. Das Sekretariat wurde von AKZA geführt, das als Kopf der Organisation bezeichnet werden kann. Die erste nationale Kampagne vom VAAK war »Unterstützt Ihre Bank die Apartheid?«²² Inspiriert von einer niederländischen Kampagne und aufbauend auf dem Beispiel lokaler Aktivist_innen in Gent, erhöhte VAAK systematisch den Druck auf belgische Banken, die Kredite an die südafrikanische Regierung und den Verkauf von Krügerrand Goldmünzen einzustellen.²³

Die Aktion wurde mit Begeisterung von den lokalen Komitees aufgenommen und führte schnell zum Erfolg. Im Frühjahr 1987 startete VAAK eine zweite Initiative, »Ernte nicht die Früchte der Apartheid«²⁴, welche erneut auf dem Modell einer niederländischen Kampagne basierte. Diesmal bestand die Absicht darin, den Verkauf und den Konsum von südafrikanischem Obst oder anderen landwirtschaftlichen Produkten einzustellen. Sehr wichtig für diese Obstkampagne waren die *Oxfam Wereldwinkels*, eine Entwicklungsorganisation, deren ausgeweitetes Netzwerk der Dritte-Welt-Läden dafür sorgte, dass die Boykottaktion an zahlreichen Orten sichtbar war.²⁵ Im März 1989 führte VAAK eine Kampagne zugunsten des Minimalprogramms, das vorher von den protestantischen und katholischen Bischöfen Südafrikas proklamiert worden war. Nicht weniger als 70 Organisationen forderten von der belgischen Regierung die Einführung von fünf Mindestsanktionen, notfalls auch ohne Unterstützung durch die Europäische Gemeinschaft.²⁶

22 »Steunt uw bank apartheid?«, Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 201, »Activiteitenverslag«, 1987.

23 »The Netherlands against Apartheid«, Web Dossier, International Institute of Social History, <http://www.iisg.nl/collections/anti-apartheid/history>, (eingesehen am 27. Juni 2011); Universitätsarchiv K. U. Leuven, AKZA Archive, 31, Protokolle der GITA Treffen, 7. Oktober 1985.

24 »Pluk geen vruchten van apartheid«, Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, AKZA Archive, 100, »Activiteitenverslag«, Mai 1988–April 1989.

25 Mario Franssen: »Van 'Boycot Zuid-Afrika' naar 'Boycot Israël'«, *Uitpers* nr. 82, http://www.uitpers.be/artikel_view.php?id=1524, (eingesehen am 27. Juni 2011).

26 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 20, »Minimumprogramma Vlaamse Anti-Apartheids-Koördinatie«, 1989.

Netzwerke

Der Durchbruch der Anti-Apartheid-Bewegung Mitte der 1980er Jahre war letztlich Ergebnis eines Pragmatismus und damit der Bereitschaft, vor allem seitens AKZA, eine beschränkte Anzahl von Kampagnenzielen zu wählen, die dennoch eine breite Unterstützung erreichen konnten. Von der radikalen Linken bis zur rechten Mitte des politischen Spektrums schlossen sich Organisationen der VAAK Kampagne an. Diese strategische Verschiebung im Kern der Bewegung ist bisher mit den Ereignissen in Südafrika und der internen Dynamik der belgischen sozialen Bewegungen verbunden worden. Erwähnenswert ist jedoch auch die Rolle der transnationalen Netzwerke. Ganz besonders die Kontakte zwischen AKZA und dem ANC, aber auch zu anderen westeuropäischen Anti-Apartheid-Organisationen hatten einen entscheidenden Einfluss auf das ideologische Profil sowie die strategischen Entscheidungen.

Noch in den späten 1970er Jahren hatte AKZA kaum Kontakte zum ANC. Die Aktivist_innen kannten niemanden von der External Mission des ANC persönlich, ebenso wenig wurden sie über Besuche von Delegationen in Brüssel informiert. Im Jahr 1980 war AKZA deshalb erfreut über die Eröffnung eines ANC-Büros in Brüssel. Aber wie man schnell lernen musste, war die Zusammenarbeit mit dem ANC mit einer gewissen Verantwortung verbunden.

Aus der Perspektive des ANC bestand die Funktion der weltweiten Anti-Apartheid-Bewegung darin, als internationales unterstützendes Netzwerk zu handeln. Im Zentrum dieses Netzwerkes stand das System der Vereinten Nationen, in welcher vor allem afrikanische und asiatische Länder der Befreiungsbewegung halfen, internationale Anerkennung zu gewinnen. Werte und Sprache der Vereinten Nationen waren für die weltweite Bewegung von enormer Bedeutung. Zahlreiche Resolutionen der Generalversammlung verurteilten die Apartheid mit Bezug auf die Charta der Vereinten Nationen und die Universalerklärung der Menschenrechte. Im Jahr 1973 stellte eine Mehrheit der Generalversammlung sogar die UNO-Legitimation Südafrikas in Frage und erklärte die Befreiungsbewegung zum wahren Vertreter des südafrikanischen Volks.²⁷

Wie viele andere Solidaritätsgruppen auch, glaubte AKZA, dass der ANC den Willen des südafrikanischen Volkes repräsentierte. Im Sinne einer Politik der Solidarität war das Komitee bereit, alles zu tun, um die Befreiungsbewegung zufrieden zu stellen. Als sich die Kontakte zwischen den beiden Organisationen intensivierten, erlebte das öffentliche Profil des AKZA erhebliche Veränderungen. Das Komitee aus Leuven ließ sich darauf ein, den Ton ihrer radikalen Sprache, welchen sie in den 1970er Jahren angeschlagen hatte, zu drosseln und im strategischen Rahmen des ANC zu arbeiten. Jan Van Heukelom gab dies eindeutig zu, als

27 Scott Thomas: *The Diplomacy of Liberation. The Foreign Relations of the ANC Since 1960*, Baringstoke 1995, S. 6, 121, 230-235.

er erklärte, dass die Eröffnung des ANC-Büros in Brüssel, »dabei half, die Strategien der belgischen Anti-Apartheid-Organisationen und die wachsende Anzahl von Organisationen, die sich an Kampagnen beteiligen wollten, zu harmonisieren«. ²⁸ Im Laufe der Zeit entsprach die ideelle Ausrichtung von AKZA immer mehr jener der südafrikanischen Befreiungsbewegung. Sozialistische Ansprüche konnten zwar immer noch intern geäußert werden, ²⁹ doch in seinen öffentlichen Kampagnen griff das Komitee auf den universalistischen Diskurs der Vereinten Nationen zurück.

Der hemmende und vereinheitlichende Einfluss des ANC war auch indirekt, durch die Kontakte mit anderen westeuropäischen Anti-Apartheid-Organisationen, spürbar. Mitte der 1980er Jahre hatten die Turbulenzen der Ereignisse in Südafrika einen potenzierenden Effekt auf die transnationale Zusammenarbeit zwischen den Solidaritätsgruppen. Im Jahr 1988 gründete eine Reihe von führenden Gruppen aus der Solidaritätsbewegung die Verbindungsgruppe der Nationalen Anti-Apartheid-Bewegungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft als offizielles Koordinierungsorgan ihrer Kampagnen. Für Belgien schlossen sich sowohl AKZA als auch CCCA dieser Koalition an. Entsprechend des Manifestes der Verbindungsgruppe hatten die Mitglieder ein gemeinsames Interesse an der Koordinierung von Vertretungen bei den EG-Organen, am Teilen und am Austausch von Informationen über die Rolle der EG in Südafrika und die Einrichtung eines Aktionsrahmens auf europäischer Ebene. Alle diese Aktivitäten, so heißt es im Gründungsdokument, sollten in Zusammenarbeit mit dem ANC erfolgen. ³⁰

Alle sechs Monate trafen sich die Mitglieder der Verbindungsgruppe mit Vertreter_innen des ANC, um gemeinsame Aktionen auszuarbeiten. Am Ende jeder Sitzung wurde ein Memorandum ausgearbeitet, das an den Ministerrat der EG ging. Die Memoranden der Verbindungsgruppe diskutierten die politische Situation in Südafrika und gaben Empfehlungen für eine Neubewertung der europäischen Politik. Wie von einem Schreiben an die EG-Minister erwartet werden konnte, wurde jede radikale Sprache vermieden. Man bezog sich im Allgemeinen auf die Wünsche der europäischen Bevölkerung, in deren Namen die Gruppe zu sprechen beanspruchte. Die europäischen Politiker_innen wurden in der Folge aufgefordert, ihre Politiken entsprechend der eingereichten Stellungnahmen zu ändern. An erster Stelle jedoch wurden die europäischen Regierungen aufgefordert, den ANC als legitimen Partner anzuerkennen. Zur Unterstützung von Nelson Mandelas Forderung nach direkter Hilfe führte die Dubliner Erklärung der Verbindungsgruppe aus: »Nur eine großzügige Antwort wird es dem ANC ermögli-

28 Vanheukelom, S. 661.

29 Bei einer AKZA Sitzung im Jahr 1986, als die Teilnehmer_innen die ANC Strategie für ein Post-Apartheid-Südafrika diskutierten, wurde die Einrichtung einer sozialistischen Gesellschaft als unvermeidbar betrachtet. Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 3, Sitzungsprotokoll, 15 Dezember 1986.

30 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 190-191, »The Liaison Group of the Anti-Apartheid Movements of the European Communities«, 1988.

chen, seine frühere Präsenz in Südafrika wieder herzustellen und damit zu beginnen, offene interne Strukturen aufzubauen, damit er als Gegengewicht zu den Apartheid-Strukturen der Unterdrückung und Ausbeutung handeln kann.«³¹

Mit dem Beitritt zur Verbindungsgruppe hatte AKZA einen langen Weg hinter sich gebracht. Von einer radikalen Student_innengruppe mit kaum vorhandenen Kontakten zu den Befreiungsbewegungen, war sie zu einem Element in einer aufwendigen und komplexen Kampagne geworden, mit welcher ein respektables Bild des ANC propagiert werden sollte. Während sie in der Vergangenheit die belgischen Institutionen dafür verurteilt hatte, Komplizen der kapitalistischen Ausbeutung zu sein, forderte sie jetzt die gleichen Institutionen und deren Pendant in der EG auf, den nationalen Befreiungskampf zu unterstützen. AKZA hatte eindeutig ein facettenreicheres Bild von seinem Gegner entwickelt.³² Apartheid wurde immer noch mit Unterdrückung und Ausbeutung gleichgestellt, aber die EG-Regierungen waren nicht ausschließlich dem Imperialismus zuzuordnen. Wenn diese entsprechend motiviert werden würden, könnten sie zu einer Triebkraft für das Gute in Südafrika werden. Aus diesen Gründen fanden AKZA und seine europäischen Verbündeten Wege, ihre politischen Ziele zu den vorherrschenden Wahrnehmungen europäischer Interessen in Bezug zu setzen. Mit vorsichtigen diskursiven Bemühungen wurden die diplomatischen Artikulationen der europäischen Regierungen in den Chor der öffentlichen Proteste eingepasst. Wie weiter oben ausgeführt, wurde beispielsweise ein langfristiges europäisches Interesse an einem demokratischen Südafrika beschworen und dies gleichzeitig mit der politischen Stärkung des ANC verbunden. Die undemokratische interne Struktur des ANC, so wurde behauptet, würde ganz einfach verschwinden, wenn die westeuropäische Hilfe nur »großzügig« genug wäre. Innerhalb von zehn Jahren spielte die belgische Anti-Apartheid-Organisation in einer ganz anderen politischen Liga.

Kultur

Die 1980er Jahre waren eine Zeit der spektakulären kulturellen Entwicklungen. Phänomene wie das Auftauchen des ersten Personal Computers, der Durchbruch der kommerziellen Fernsehsender und die Ausweitung des kommerziellen Luftverkehrs kennzeichneten die Blüte einer ausgeprägten Konsumkultur. In der Forschung wurde bereits die Verbindung zwischen dem Wandel der Massenkultur und den kulturellen Praktiken der sozialen Bewegungen festgestellt. Die revolutionären Kräfte des Kapitalismus, so war man sich einig, waren in der Lage, ei-

31 Leuven, Archive der Universität, AKZA, 190-191, »Memorandum to the Council of Ministers of the European Community from the Liaison Group of the Anti-Apartheid Movements in the countries of the EC«, Dublin, 11. März 1990.

32 Für eine theoretische Ausarbeitung dieses Verfahrens der ideologischen Neudefinierung siehe Alberto Melucci: *Challenging codes*, Cambridge 1996, S. 348-352.

nige der Ansprüche und Ausdrucksformen zu inkorporieren, die mit einem Jugendprotest in Verbindung gebracht wurden. Bekannte Beispiele hierfür findet man auf Seiten der Mode- und Musikindustrie, aber auch die Mythologie der Verbrauchersouveränität im Neoliberalismus wurde als Versuch ausgelegt, sich die Forderungen nach Autonomie, Kreativität und Selbstentfaltung der zeitgenössischen sozialen Bewegungen anzueignen.³³

Dieser Mechanismus der Aufnahmefähigkeit funktionierte jedoch auch anders herum. Die sozialen Bewegungen der 1980er Jahre ließen sich mit Begeisterung von den neuen kulturellen Strömungen mitreißen. Bei den weltweiten Bewegungen gegen Apartheid waren in diesem Zusammenhang die britischen Organisationen die Pioniere. Aufgrund der Zurückhaltung der britischen Regierung, wirksame Einschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika vorzunehmen, machte das Britische Anti-Apartheid Movement (AAM) die Idee der »Volkssanktionen« (people's sanctions) bekannt. Breit angelegte Boykottkampagnen südafrikanischer Produkte ermöglichten es den Menschen, sich über ihren individuellen Konsum am Kampf gegen die Apartheid zu beteiligen. In einem Klima zunehmender ökonomischer Globalisierung stellte die gewachsene Macht des »mündigen Konsumenten« dort Druckmittel dar, wo Regierungen nicht willens waren, die Aktivitäten transnationaler Konzerne zu kontrollieren.

Allerdings fanden die Bewegungen auch kreative Möglichkeiten, sich die kommerzielle Kultur der 1980er Jahre zu Nutze zu machen. So griff die britische Bewegung die Idee des politischen Merchandising auf. Im Jahr 1985 wurde die Firma AA Enterprises gegründet, um Produkte aus den Frontstaaten, den umkämpften Nachbarländern Südafrikas, zu vermarkten. Anti-Apartheid-Musik, -Bücher, -Videos, -T-Shirts und andere Produkte wurden in Umlauf gebracht und fanden auf der ganzen Welt ihren Absatz. Flandern hatte einen eigenen Vertriebskanal der Anti-Apartheid-Produkte mit dem Namen *Handel Tegen Apartheid*, der mit dem britischen Unternehmen AA Enterprises zusammenarbeitete.³⁴ AKZA und VAAK unterstützten das internationale Sun City Projekt der »Artists United Against Apartheid«, halfen dabei, Veranstaltungen der südafrikanischen Gruppen *Amandla* und *Sarafina* zu organisieren und veranstalteten »Beat Apartheid«-Konzerte in Gent und Turnhout, zu denen zwischen 700 und 800 Menschen erschienen.³⁵ Die belgische Bewegung bestand auch aus engagierten Künstler_innen, Pop- und Jazzmusiker_innen, Theaterleuten und Dichter_innen.³⁶

33 Kees van der Pijl: *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*, London 2006, S. 104-106, 160-163; Melucci, S. 114-115; Luc Boltanski/Eve Chiapello: *The New Spirit of Capitalism*, London 2005.

34 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 203-204, Brief vom Solidaritätsfonds, 12. März 1991.

35 Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 1, Dankeschreiben von Little Steven [Steve van Zandt], ohne Jahr; AKZA Archive, 31, »activiteitenverslag«, Mai 1983–April 1984; AKZA Archive, 31, Protokoll der ANITA (Antwerps Initiatief Tegen Apartheid) Sitzung, 3. März 1986.

36 Vancaeneghem, (eingesehen am 27. Juni 2011).

Die kreative Nutzbarmachung des globalen Konsumdenkens durch die weltweite Anti-Apartheid-Bewegung wurde auch als »cultural turn« bezeichnet. In einer Zeit, in der die Medienlandschaft drastische Veränderungen durchmachte, betonten führende Aktivist_innen die mögliche Rolle der Kultur, wenn es darum ging, die Aufmerksamkeit einer konsumierenden Öffentlichkeit auf sich zu ziehen, die immer mehr auf das Neue und Schöne fixiert sei. Die Idee hinter öffentlichen Protesten und Performances bestand immer darin, eine maximale Berichterstattung in den internationalen Medien zu erreichen. Höhepunkt dieses Ansatzes waren die britischen Mandela Konzerte (1988/1990), die von der BBC in die ganze Welt ausgestrahlt wurden.³⁷

Neoliberalismus

Zu Beginn der 1990er Jahre näherte sich der lange Kampf gegen die Apartheid seinem Ende. Als Ergebnis der wachsenden Opposition in Südafrika und unter dem steigenden Druck aus dem Ausland ergab sich schließlich eine historische Situation, in der die National Party von F. W. De Klerk und der ANC von Nelson Mandela an einen Verhandlungstisch gebracht wurden. In diesem Klima der Hoffnung und des Kompromisses war die politische Bezugnahme der belgischen Anti-Apartheid-Bewegung eindeutig. Im Frühjahr 1991 begann AKZA eine Kampagne, um Geld für den ANC zu sammeln. Zusammen mit anderen Organisationen und lokalen Gruppen im VAAK-Dachverband, welcher selbst nicht offiziell an der Kampagne beteiligt war, verkaufte das Komitee »witzige und nützliche Produkte«, um die Mitglieder des ANC zu unterstützen, die nun aus dem Exil nach Südafrika zurückkehrten. In den Medien beschrieb der ANC die neue Kampagne »Für ein freies Südafrika: Unterstützen Sie den ANC« als Mittel, die »moderaten Kräfte« im Land zu unterstützen. Der ANC, so hieß es, befände sich unter dem Druck rebellischer Jugendlicher, die eine »radikale, gewalttätige Gegenkultur« entwickelten, »die sich explosionsartig auch gegen moderatere Kräfte richten könnte«. Um einen Beitrag zur »Sensibilisierung der schwarzen Bevölkerung für ein nicht-rassistisches (non-racial) und demokratisches Regime« durch die Schaffung eines »gut strukturierten ANC« zu leisten, sammelte die Initiative rund zwei Millionen belgische Franken.³⁸

Diese Spendenaktion, die als letzte große Aktion der belgischen Anti-Apartheid-Bewegung gelten sollte, ist ein gutes Beispiel für den Erfolg, aber auch für die Grenzen der Solidaritätsinitiativen im Westen. Einerseits war es erstaunlich, wie die Befreiungsbewegungen mit Unterstützung eines disziplinierten Hilfsnetz-

³⁷ Thörn, S.121.

³⁸ Leuven, Archive der Universität, AKZA Archive, 203-204, »Voor een vrij Zuid-Afrika: steun het ANC«, Pressemitteilung, 1991; »Steuncampagne voor ANC in Vlaanderen«, in: De Standaard, 26. März 1991; AKZA Archive, 203-204, Einladung zur Pressekonferenz, 13. März 1992.

werks so viele Menschen motivieren konnten, um einen sozialen Wandel in einem Tausende von Kilometern entfernten Land voran zu bringen. Auf der anderen Seite war das Engagement der belgischen Solidaritätsgruppen mit politischen Einschränkungen verbunden.

Um nicht all die mühsam erworbenen Sympathien zu zerstören, fühlte sich die belgische Bewegung verpflichtet, die »moderaten Kräfte« gegen die radikalen Elemente zu schützen, von denen es hieß, sie wollten eine »gewalttätige Gegenkultur« schaffen. Um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, der ANC-Führung ihren Segen zu erteilen, war AKZA sogar bereit, das alte paternalistische Bild des westlichen Kolonialismus wieder aufzurufen, dass die der Gewalt zuneigenden Massen die Anleitung durch »moderate Kräfte« brauchten, um der Nation ihre »nicht-rassistische und demokratische« Bestimmung zu ermöglichen.

Die Verhandlungen über eine Post-Apartheid-Regierung waren eine südafrikanische Angelegenheit, hier hatten die Anti-Apartheid-Bewegungen in Westeuropa nur wenig zu sagen. AKZA blieb jedoch loyal gegenüber dem ANC. Von den frühen 1980er Jahren bis zur Zeit der Auflösung Ende 1992 hatte sich die Unterstützungsarbeit des Komitees nicht verändert. Die über die Jahre gewachsene Identifizierung mit der Führungsriege des ANC ließ die Entwicklung eines kritischeren Verhaltens gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung nicht zu. Als Folge war AKZA bereit, alles zu tun, um dem ANC in seinen politischen Ambitionen zu helfen, die auf die Eroberung der Macht fixiert waren. Sie war bereit, ihre strategische Ausrichtung anzupassen in Richtung breiter Bündnisse zum Erreichen klar umrissener Ziele. Das Ziel, Südafrika durch Sanktionen und Boykotte zu isolieren, verdrängte die sich nicht festlegende Rhetorik der früheren Tage. Unter dem Einfluss erfahrenerer Schwesterorganisationen passte sich der belgische Ausschuss dem neuen wirtschaftlichen und kulturellen Klima der 1980er Jahre an. Um ihre Botschaft deutlich werden zu lassen, versuchten die Anti-Apartheid-Organisationen in Westeuropa sich einige der Kanäle und Räume anzueignen, die von der neoliberalen Globalisierung geschaffen worden waren. Die politische Notwendigkeit beförderte eine ungemene Kreativität, in welcher die Trennung zwischen der Politisierung des Konsums und der Kommodifizierung des Protestes verschwamm. Auf der Suche nach einer Massenbasis waren die Aktivist_innen bereit, sich wie flexible und zielorientierte Unternehmer_innen zu verhalten, die sich auf Marketingstrategien verließen, um die Herzen und Köpfe der Verbraucher_innen zu erobern.

Es muss jedoch betont werden, dass AKZA niemals die volle ideologische Kehrtwende hin zum Neoliberalismus vollzog. Im Laufe der Zeit jedoch kann eine wachsende Kluft zwischen den Kernüberzeugungen, die letztlich sozialistisch waren, und dem öffentlichen Profil ausgemacht werden, welches sie sich aufgrund der sich ändernden Umstände und den Forderungen des ANC glaubten aneignen zu müssen. In den 1970er Jahren zeichnete das Komitee ein offen radikales ideologisches Profil aus. In den 1980ern rückten die antikapitalistischen

Überzeugungen in den Hintergrund, da moderate Aktionen und Forderungen von AKZA in den liberal-demokratischen Diskurs, der in den Vereinten Nationen vorherrschte, integriert werden sollten. Am Ende verlief die Entwicklung der Bewegung parallel zum Wandel des ANC von einer Befreiungsbewegung hin zur regierenden politischen Partei. Indem sie ihr politisches Schicksal an die Führung des ANC koppelten, verstrickten sich die Solidaritätsbewegungen auf ähnliche Weise in die neoliberale Weltordnung.

Der Protest und die Mächtigen: Zu den Auswirkungen von Friedensbewegung, Nuclear Weapons Freeze Campaign und Solidarność auf das Bonner »Establishment«

Politischer Protest fordert diejenigen heraus, gegen die er sich richtet. Will die Artikulation von Dissens gesellschaftliche Wirksamkeit erfahren, muss sie die Träger politischer Autorität adressieren und deren Ordnungsvorstellungen kritisieren. Doch das Verhältnis des Protestes zum Gegenstand seiner Kritik ist ein wechselseitiges. Indem politische Ideen oder Handlungen auf (außerparlamentarischen) Widerstand stoßen, werden sie gleichzeitig gefordert, auf diesen Protest zu reagieren. Deshalb ist Protest dazu angetan, schon im Moment seiner Artikulation eine Bewegung des Objekts seiner Kritik hervorzurufen – und sei es nur die bewusst gemachte Legitimation des jeweiligen Standpunktes.

Unter der Prämisse, dass eine Protestgeschichte der 1980er Jahre unvollständig bliebe, wenn sie die »andere Seite«, also das, wogegen sich der Protest richtet, nicht ins Auge fasste, soll in diesem Beitrag nach der Antwort des »Establishments«¹ gefragt werden. Im Mittelpunkt steht die Überlegung, dass der Protest bei Regierung und Parteien einen Aushandlungsprozess verursachte, in dem vorherrschende Konzepte stimuliert, delegitimiert oder transformiert wurden. Zentral für die Argumentation ist die These, dass das Establishment in der Beschäftigung mit dem Protest komplexe Identitäts- und Alteritätsdiskurse führte.

Die nachfolgende Untersuchung konzentriert sich auf die Bundesregierung und die Bonner Parteien (mit Ausnahme der GRÜNEN, die ihrem Selbstverständnis folgend zumindest in jener Zeit nicht dem Establishment zugerechnet werden) und thematisiert die Auseinandersetzung mit drei sehr unterschiedlichen Protestbewegungen in Europa bzw. den USA. Anhand der deutschen Friedensbewegung (1), der US-amerikanischen Nuclear Weapons Freeze Campaign (2) und der polnischen Gewerkschaft Solidarność (3) soll unter den theoretischen Voraussetzungen des *cultural* und *transnational turn* analysiert werden, wie Parteien und die im Untersuchungszeitraum amtierenden Bundesregierungen mit außerparlamentarischen Herausforderungen umgingen. Der abschließende und zusammenfassende Teil (4) skizziert einige Kontinuitäten und Diskontinuitäten zu den Protesten um 1968.

1 Der Begriff »Establishment« wird nicht pejorativ verwendet, sondern als analytische Sammelbezeichnung für eine Elite in den Parteien, der Regierung, dem Meinungsjournalismus und verschiedenen Interessensgruppen, die über politisches oder gesellschaftliches Kapital verfügt. In diesem Sinne ist er im angloamerikanischen Wissenschaftssprachraum längst gebräuchlich, vgl. Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/Joachim Scharloth/Laura Wong (Hg.): *The Establishment Responds: Power, Politics, and Protest since 1945*, New York/London 2012.

Friedensbewegung

Die Entscheidung der NATO vom 12. Dezember 1979, der Sowjetunion Verhandlungen über einen Abbau ihrer nuklearen SS-20-Raketen anzubieten und bei einem Scheitern der Gespräche eine neue Generation von Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, führte in Nordamerika, Westeuropa und insbesondere der Bundesrepublik zur Herausbildung einer starken Protestbewegung gegen die Nachrüstung, die sicherheitspolitischen Prämissen des Beschlusses und die Ost-West-Konfrontation im Allgemeinen.² Spätestens der Evangelische Kirchentag in Hamburg und die große Friedensdemonstration auf der Hofgartenwiese in Bonn machten 1981 deutlich, dass ein nennenswerter Teil der Bevölkerung mit der Politik von NATO und Bundesregierung nicht mehr einverstanden war.

Die Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss erschütterten die westdeutsche Gesellschaft. Man würde es sich zu einfach machen, wenn man aus der Tatsache, dass die Raketenstationierung 1983 dem tausendfachen Protest zum Trotz vollzogen wurde, schließen würde, dieser sei ohne Auswirkungen geblieben. Das Gegenteil ist der Fall. Die Positionen im Establishment zur Nachrüstung veränderten sich vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Anforderungen deutlich. Unter dem Eindruck der Friedensbewegung und den von ihr vertretenen Ideen gerieten Sicherheitskonzepte, Feindbilder und Selbstzuschreibungen in Bewegung.

Bundesregierung, Union, FDP und ein Teil der SPD standen denjenigen ablehnend gegenüber, die ihre Sicherheitspolitik mit alternativen Vorstellungen herausforderten. Der Grund hierfür ist in dem anders gearteten Verständnis einer Politik zu suchen, die dem Frieden diene. Wie Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) bei zahlreichen Gelegenheiten betonte, war das militärische »Gleichgewicht [...] das wichtigste Prinzip, von dem alles Bemühen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auszugehen« habe.³ Nur auf der Basis eines Gleichgewichts »auf möglichst niedrigem Niveau«⁴ könne der Frieden erhalten und stabilisiert werden. Wenn die Friedensbewegung den einseitigen und bedingungslosen Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf forderte und auf die Fragwürdigkeit der nuklearen Abschreckungsdoktrin hinwies, zielten diese Forderungen eben auf den Kern des Selbstverständnisses der sicherheitspolitischen Eliten.⁵ Sie mussten fast zwangsläufig auf den Widerstand einer politischen Klasse stoßen, nach deren mehrheitlicher Überzeugung die NATO-Entscheidung die einzig mögliche Antwort auf die

2 Exemplarisch sei verwiesen auf Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.

3 Helmut Schmidt: »Gleichgewicht ist eine ständige Aufgabe«, in: Die Neue Gesellschaft 25 (1978), S. 668-674, hier S. 669.

4 Helmut Schmidt an Erich Honecker, 4.5.1981, Bundesarchiv [SAPMO-BArch], DY 30/2407, 16-22, hier 18.

5 Vgl. das vertrauliche Argumentationspapier Einwände gegen eine Strategie des Gleichgewichts, 18.2.1981, Archiv der sozialen Demokratie [AdsD], Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA010569.

sowjetische Raketenrüstung war. Dass diese Vorstellungswelt bis zum Einzug der GRÜNEN in den Bundestag weitgehend parlamentarischer Konsens war, lässt sich daran ablesen, dass auch die christdemokratische Opposition die in der Friedensbewegung diskutierten Konzepte als »utopisch« abtat.⁶

Es waren aber nicht nur ungleiche sicherheitspolitische Prämissen in Bezug auf die Friedenssicherung, die die Vertreter des Establishments von den Demonstrierenden abhoben, sondern auch divergierende generationelle Erfahrungen und daraus resultierende unterschiedliche Geschichts- und Politikvorstellungen.⁷ Hatten die Verantwortlichen in Bundesregierung und Parteien häufig noch den Zweiten Weltkrieg miterlebt und brachten historische Erfahrungen in die Debatte ein, die die Drohung mit dem Krieg als Mittel der Friedenserhaltung nicht ausschlossen (»Si vis pacem, para bellum«), standen Vertreter der Friedensbewegung nicht selten unter dem Eindruck der Ideen von 1968. Die Generation, die in den frühen 1980er Jahren politische Verantwortung trug, agierte innerhalb der Vorstellungswelt des Kalten Krieges und ließ sich von komplexen historischen Erfahrungen leiten, während die – teilweise jüngeren – Friedensaktivisten für die grundsätzliche und radikale Abkehr von diesen Deutungsmustern protestierten.

Auch das Staatsbild des Establishments unterschied sich von dem auf Partizipation, Basisdemokratie und außerparlamentarischen Protest fixierten Politikverständnis der Friedensbewegung. Es waren insbesondere konservative Zeitgenossen, die angesichts eines massenhaften Widerstandes die Unregierbarkeit des Staates dümmern sahen.⁸ Während der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl (CDU) mit Hinblick auf die große Friedenskundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn befürchtete, die Demonstration werde »den inneren Frieden in diesem Land entscheidend in Frage« stellen⁹ und Günther Beckstein (CSU) das Nachgeben »des Staates gegenüber gewalttätigen Randgruppen« beklagte,¹⁰ sollte nach Ansicht von Schmidt die »Krise des Rechtsstaats« nicht herbeigeredet werden. Dennoch verband Regierung und Opposition die Sorge bezüglich derjenigen, »die den demokratischen Regeln skeptisch gegenüberstehen oder sie nicht anerkennen

6 Hans H. Klein: »Wirkungen der Friedensdemonstration – Massenveranstaltungen auf Großstadion beschränken?«, in: Deutschland-Union-Dienst, 21.10.1981, S. 1-2, hier S. 1, vgl. auch CDU-Bundesvorstand (Hg.): Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU für die Bundestagswahl 1980, verabschiedet auf dem 28. Bundesparteitag, Berlin, 18.–20. Mai 1980, Bonn 1980, S. 207.

7 Vgl. zu den folgenden Überlegungen demnächst ausführlich Jan Hansen: »Zwischen Staat und Straße: Die Geschichte des Nachrüstungsstreits in der SPD (1979–1983)«, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012).

8 Vgl. zu diesem Diskurs, dessen historische Wurzeln weiter zurückreichen, Gabriele Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, in: Konrad H. Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 243-260.

9 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenografische Berichte, 9. Wahlperiode, 57. Sitzung, 9.10.1981, S. 3332.

10 Günther Beckstein: »Keine Nachsicht für Gewalt: Wer den Frieden im Lande schützt, kann des Dankes der Bürger sicher sein«, in: Bayernkurier, 1.8.1981, S. 3.

wollen«. ¹¹ Mit derartigen Äußerungen offenbarten Vertreter des Establishments eine traditionelle Vorstellung des Staates, die ihm eine politische und gesellschaftliche Lenkungsfunktion zuschrieb und im außerparlamentarischen Protest einen antietatistischen Impuls am Werk sah. So war die Nachrüstungsdebatte der Ort, an dem sich die westdeutsche Gesellschaft grundsätzlich über die Regierbarkeit des Landes, über divergierende Staatsbilder sowie über Reichweite und Legitimität des politischen Handelns verständigte.

Friedensbewegung und Parteienvertreter unterschieden sich auch durch ihre jeweils ganz andere habituelle Erscheinungsform. Dem klassischen Politikertyp mit Anzug, Seitenscheitel und Aktentasche standen Zugehörige einer Protestgeneration gegenüber, die alles taten, um sich auch phänotypisch vom Establishment zu unterscheiden. Das wird deutlich, wenn man sich Bilder vergegenwärtigt, die die Zusammensetzung des 1983 gewählten Bundestages zeigen. Hier saßen Abgeordnete der erstmals in das Parlament gewählten GRÜNEN, die sich durch ihre langen Haare, ihre Bärte, ihre Sonnenblumenkleider und die Birkenstocksandalen auf das Deutlichste von den Volksvertretern der übrigen Parteien abhoben. Mit einem Wort: Es waren unterschiedliche Milieus, vor deren Hintergrund die Sachwalter der traditionellen Sicherheitspolitik und die alternativ sozialisierten Demonstranten agierten. ¹²

Trotz dieser offensichtlichen Gegensätze kann nicht bestritten werden, dass die Auswirkungen der Friedensbewegung auf die Regierung und die sie tragenden Parteien beachtlich waren. ¹³ Das genaue Ausmaß des Einflusses wird sich im Falle der Bundesregierung erst bewerten lassen, wenn die amtliche Quellenüberlieferung nach dreißig Jahren zugänglich wird. Dennoch zeichnen sich in Umrissen schon jetzt zwei Richtungen ab, mit denen die Regierung dem friedensbewegten Protest begegnete. Zum einen beförderte die Artikulation von Widerspruch, dass Vertreter der Regierung ihre Entspannungsbereitschaft offensiv betonten. So trat Kanzler Schmidt in Moskau und in Washington dafür ein, »den Dialog zwischen den Weltmächten wieder in Gang« zu bringen und eine rüstungskontrollpolitische Einigung über die Mittelstreckenwaffen herbeizuführen. ¹⁴ Gegenüber dem US-Botschafter in Bonn insizierte Schmidt, er verfolge die »Entwicklung mit wachsender Sorge«. Der Kanzler warnte, dass jede »Bemerkung aus Washington, die einen Ansatz zur Kritik bietet, [...] Wasser auf die Mühle der Gegner des Doppelbeschlusses« sei. ¹⁵ Solche Äußerungen, die auf Entspannung der internationalen

11 Helmut Schmidt: Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 17. März 1981 zu den Ausschreitungen im Rande von Demonstrationen, undatiert, AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA010719.

12 Vgl. dazu Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.): *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010.

13 In diesem Sinne Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 105–106.

14 Vgl. den Vermerk des Bundeskanzleramtes für Helmut Schmidt: *Ihr Gespräch mit den Senatoren Baker (R – Tennesy, Minderheitenführer), Bellmon (R – Oklahoma), Cochran (R – Mississippi), Cohen (R – Maine)*, 11.8.1980, AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA008919.

15 *Ihr Gespräch mit Botschafter Burns am Sonntag, dem 15. November 1981 um 11.00 Uhr im Bungalow*, 13.11.1981, AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA008970.

Beziehungen wirkten, können vor dem Hintergrund des massiven Widerstands gegen die Nachrüstung in der Bundesrepublik gedeutet werden. Die Friedensbewegung musste die SPD/FDP-Koalition dabei nicht erst zu einer Politik der Friedenssicherung und des Ausgleichs zwingen; jene Prinzipien waren Kern des sozial-liberalen Selbstverständnisses. Aber der Protest hat doch seinen Teil dazu beigetragen, dass Schmidt gegenüber Washington und Moskau so vehement auf Abrüstungsgespräche drang.

Zum anderen bewirkte der Protest auf den Straßen, dass die Bundesregierung (historisch gesehen nicht das erste Mal) eine – wie man heute sagen würde – PR-Offensive einleitete, um ihre Politik zu legitimieren.¹⁶ Da waren die zahlreichen Publikationen, in denen sich die Regierung mit den Argumenten der von der Friedensbewegung mobilisierten Gegenexperten beschäftigte.¹⁷ Die Broschüre »Aspekte der Friedenspolitik« beispielsweise nahm sich vor, die in der Friedensbewegung artikulierte Kritik systematisch zu widerlegen.¹⁸ Dass diese Publikation eine Gegenveröffentlichung des ehemaligen Generals Gert Bastian provozierte, in der er sich äußerst fachkundig mit den Argumenten aus dem Verteidigungsministerium befasste,¹⁹ kann als Ausweis dafür gelten, dass die Sicherheitspolitik mehr und mehr zu einem Gegenstand des öffentlichen Interesses wurde und ein fundiert argumentierendes Gegenexpertentum hervorbrachte. Dazu hatte auch beigetragen, dass die Regierung sich entschloss, ab 1982 einen jährlichen Abrüstungsbericht vorzulegen, in dem sie ihre Bemühungen um Rüstungskontrolle und Friedenssicherung nachwies.²⁰ So zwang der Protest die Bundesregierung, ihre Position transparent zu machen, zu erklären und zu legitimieren.

Im Vergleich zu dieser Regierungshaltung fand gerade die SPD zu einer nuancierten Einstellung gegenüber dem Protest. Da viele Sozialdemokraten in den Ortsvereinen und Unterbezirken die Zusammenarbeit mit lokalen Friedensinitiativen suchten und auch ein signifikanter Anteil des eigenen Wählerreservoirs in der Bewegung aktiv war – gerade für die Basis fällt es schwer, eine scharfe Trennung zwischen Partei und Bewegung vorzunehmen –, bemühte sich die SPD-Führung spätestens nach dem Verlust der Regierungsverantwortung im Herbst 1982 um politische Nähe zu den Demonstranten. Dass es in der Frage des Verhältnisses der SPD zum Protest zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Helmut Schmidt

16 Ich stütze mich hier auf Ergebnisse von Tim Geiger, die er im November 2010 auf einer Tagung in Washington, D.C. vorgestellt hat: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3455> (12.8.2011).

17 Die erste war: Auswärtiges Amt (Hg.): Es geht um unsere Sicherheit. Verteidigung im Bündnis und Rüstungskontrolle, Bonn 1980.

18 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluss des Nordatlantischen Bündnisses, Bonn 1981.

19 Gert Bastian: »Aspekte der Friedenspolitik«. Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluss in der Darstellung der Bundesregierung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 26 (1981), Nr. 9, S. 1033-1053.

20 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bericht zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1982, Bonn 1982 ff.

und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt kam, ist an anderer Stelle dokumentiert.²¹ Im Vorfeld der Parteitagsentscheidung gegen die Nachrüstung entwickelte sich aber ein Konsens in der Parteimehrheit, die Friedensbewegung »als mitunter unbequemen, manchmal die Grenze zwischen Wunsch und Wirklichkeit überschreitenden Bundesgenossen« zu begrüßen.²² Denn die SPD musste, wie Brandt einmal sagte, als »Integrations-partei« für neue gesellschaftliche Strömungen offen bleiben.²³ Dazu sollte auch die Organisation sogenannter Friedensforen dienen, die das Erich-Ollenhauer-Haus initiierte, um mit Vertretern der Friedensbewegung ins Gespräch zu kommen.²⁴ Jenseits dieser Großereignisse arbeitete der Abrüstungsreferent des Parteivorstandes Wolfgang Biermann aktiv im Koordinationsausschuss der Friedensbewegung mit und informierte die Parteiführung in zahllosen Vermerken über die Positionen und Entwicklungen in diesem Gremium.²⁵

Bemerkenswert ist auch, dass der Protest gegen die Nachrüstung bei Teilen von SPD, FDP und einer Minderheit in der CDU dazu führte, dass die klassische sicherheitspolitische Programmatik in Frage gestellt wurde.²⁶ Im Falle der Christdemokratie war diese Entwicklung ungewöhnlich. Ihre Parteitagsbeschlüsse signalisierten zwar scharfe Abgrenzung gegenüber der Friedensbewegung und ihren Forderungen. Doch wurde unübersehbar, dass der Zweifel am Sinn der nuklearen Abschreckung auch die CDU erreicht hatte, als die Partei in ihrer »Berliner Erklärung« von 1981 andeutete, dass die Abschreckungsstrategie »nach und nach« überwunden werden sollte.²⁷ Dieser Beschluss ging maßgeblich auf Kurt Biedenkopf zurück, der in *Die Zeit* formulierte, dass die friedenssichernde Funktion der Nuklearwaffen »nicht mehr einsehbar« sei, weil »sich die Auswirkung ihres Einsatzes der menschlichen Vorstellungskraft entzieht«.²⁸ Eine solche Aussage war in einer Partei nicht selbstverständlich, die viel Wert auf ihre transatlantische Orientierung, ihre Bündnistreue und ihr Bekenntnis zur nuklearen Abschreckungsdoktrin legte. Auch wenn Biedenkopf mit seiner Position langfristig gesehen in der Minderheit blieb, offenbarte sie doch, dass selbst die CDU als vermeintlich nachrüstungsapologetische Partei vom friedensbewegten Protest nicht unbeeindruckt geblieben war.

21 Friedhelm Boll/Jan Hansen: »Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD«, in: Gassert u. a.: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 203-228, hier S. 215-219.

22 Beschluss des SPD-Bundesvorstandes zu friedenspolitischen Aktivitäten vom 27. Juni 1983, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Vor der Genfer Entscheidung. Friedenspolitische Aktivitäten der SPD im Herbst 1983, Bonn 1983, S. 22-23, hier S. 22.

23 Willy Brandt, Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992, bearb. v. Karsten Rudolph, Bonn 2002 (Berliner Ausgabe, Bd. 5), Dok. 79, S. 354-363, hier S. 356.

24 Vgl. Hans Apel u. a. (Hg.): Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung, Bonn 1981.

25 Vgl. exemplarisch Wolfgang Biermann an Peter Glotz: Einschätzung der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6.11.1983, 7.11.1983, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.4, 110.

26 Zur Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Programmatik in der SPD vgl. Boll/Hansen, S. 220-222.

27 »Berliner Erklärung« vom 10.5.1982, in: CDU-Dokumentation vom 13.5.1982, S. 6.

28 Kurt Biedenkopf: »Rückzug aus der Grenzsituation. Die nukleare Strategie ist auf die Dauer nicht konsensfähig«, in: Die Zeit, 30.10.1981, S. 12-14.

Nuclear Weapons Freeze Campaign

Der Protest gegen die im NATO-Doppelbeschluss vorgesehene Raketenstationierung war kein ausschließlich europäisches Phänomen. Auch in Nordamerika und insbesondere den USA bildeten sich lokale Friedensgruppen, die ab 1980 mit dem von der Abrüstungsexpertin Randall Forsberg initiierten Aufruf »[to] freeze and reverse the nuclear arms race« einen gemeinsamen Nenner fanden.²⁹ Der Appell für das Einfrieren des Wettrüstens war überwölbendes Ziel einer Bewegung, die in ihren Einzelinitiativen äußerst heterogen und widersprüchlich blieb. Getragen von beruflichen Vereinigungen und den Kirchen, forderte sie im Gegensatz zu ihrem europäischen Pendant keineswegs die Abschaffung aller Atomwaffen, sondern den Stopp ihrer Produktion, Erprobung und Stationierung. Während die westdeutsche Bewegung eine unilaterale Abrüstungsvorleistung propagierte, sollte im amerikanischen Verständnis der Rüstungsstopp stets nur bilateral erfolgen. Damit hatte die Freeze-Forderung nicht bloß einen europäischen, sondern einen globalen Anspruch.

Insgesamt trat die Nuclear Weapons Freeze Campaign sehr viel moderater als die westdeutsche Friedensbewegung auf. Sie setzte auf politische Einflussnahme im parlamentarischen Prozess und nicht auf zivilen Ungehorsam. So konnte sie es als Erfolg verbuchen, als das US-Repräsentantenhaus am 4. Mai 1983 die von den Senatoren Edward Kennedy und Mark O. Hatfield eingebrachte Freeze-Resolution mit 278 zu 149 Stimmen verabschiedete. Dass die Resolution schließlich an den Mehrheitsverhältnissen im Senat scheiterte, bedeutete zwar den Beginn des Zerfalls der Bewegung, minderte aber vorerst nicht die große Aufmerksamkeit, die ihr die Öffentlichkeit und die politische Klasse entgegenbrachten.

Auch wenn die europäische Nachrüstung in der Wahrnehmung der auf ein globales Freeze gerichteten Bewegung eher ein Problem von sekundärer Relevanz war, suchten die Verantwortlichen um Randall Forsberg Kontakt, Austausch und Vernetzung mit der Friedensbewegung und den stationierungskritischen Parteien in Europa und der Bundesrepublik. Zu Union und FDP gab es politisch kaum Schnittmengen – ganz im Gegensatz zur SPD.³⁰ So entspann sich zwischen der Freeze-Initiative und der deutschen Sozialdemokratie ein intensiver Gesprächsfaden, der von teilweise gar nicht so unterschiedlichen Sichtweisen auf den Rüstungswettlauf und die Blockkonfrontation getragen wurde. Gerade weil die Freeze Campaign wie die SPD nicht die grundstürzende Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und keine sofortige Abkehr von der nuklearen Abschreckungsstrate-

29 Die historische Aufarbeitung der Nuclear Weapons Freeze Campaign in Deutschland befindet sich am Anfang. Vgl. aber die ausgezeichnete Untersuchung von Wilfried Mausbach: »Vereint marschieren, getrennt schlagen? Die amerikanische Friedensbewegung und der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss«, in: Gassert u. a.: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 283-304.

30 Mit den GRÜNEN unterhielt die Freeze-Bewegung ebenfalls intensive Beziehungen, die jedoch noch weitgehend der Aufarbeitung harren.

gie forderte, sondern das Wettrüsten im Rahmen von Verhandlungen schrittweise reduzieren wollte, ergaben sich Anknüpfungspunkte für einen Austauschprozess.

Es lässt sich recht präzise dokumentieren, wie das Erich-Ollenhauer-Haus (die SPD-Zentrale) früh registrierte, dass sich in den USA ein nennenswerter Widerstand gegen die Politik der US-Administration unter Ronald Reagan bildete. In zahlreichen Vermerken informierte der zuständige Referent Wolfgang Biermann die Parteiführung über das Bemühen, den Kongress für eine Freeze-Resolution zu gewinnen. Bereits am 3. März 1983, also zwei Monate bevor die Resolution tatsächlich verabschiedet wurde, meldete Biermann an den SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel, er sei »sicher«, dass der Freeze-Antrag das Repräsentantenhaus passieren werde.³¹ Er betonte, dass sich »die FREEZE-Campaign offensichtlich sehr stark [an] der sozialdemokratischen Position« orientiere.³² Tagesaktuell übersetzte er nach telefonischem Diktat aus Washington die sich verändernden Versionen des Antrages,³³ der im parlamentarischen Aushandlungsprozess »auf Druck der Reagan-Administration« immer weiter »verwässert« werde.³⁴

Auf der anderen Seite suchte die amerikanische Protestbewegung offensiv bei der SPD Unterstützung für ihre Freeze-Forderung. Überhaupt verfolgte die Bewegung und insbesondere Randall Forsberg eine gezielte Strategie, Netzwerke mit europäischen Parteien aufzubauen und auf diesem Weg den Widerstand gegen die Nachrüstung zu forcieren. So finden sich in einem entsprechenden Verzeichnis von Adressen auch die deutschen Sozialdemokraten, die zu einem der wichtigsten Ansprechpartner der Nuclear Weapons Freeze Campaign in Europa wurden.³⁵ Nachdem Forsberg schon bei verschiedenen Anlässen mit SPD-Repräsentanten zusammengetroffen war, diskutierte sie am 6. Juni 1983 mit Willy Brandt über Wege, wie die Freeze-Forderung konstruktiv in die festgefahrenen Genfer Verhandlungen eingebracht werden und wie man ihr in beiden Ländern mehr Nachdruck verleihen könnte. Der SPD-Parteivorsitzende und die amerikanische Friedensaktivistin verständigten sich auf eine Reise prominenter Sozialdemokraten in die USA, die der Unterstützung für die Forderung dienen sollte, »die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern zu verschieben, um den Verhandlungen

31 Wolfgang Biermann an Hans-Jochen Vogel: Freeze-Entschließung des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentanten-Hauses; Hintergründe und Argumentationsvorschläge, 3.3.1983, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.4, 110.

32 Wolfgang Biermann: FREEZE-Resolution/Abweichung der jüngsten Entschließung der FREEZE-Campaign von der Vorlage im amerikanischen Repräsentantenhaus, 3.3.1983, ebd.

33 Vgl. bspw. Wolfgang Biermann: Übersetzung der verabschiedeten Schlussfassung der Resolution Nr. 13 des auswärtigen Ausschusses des US-Repräsentanten-Hauses, 10.3.1983, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, 359.

34 Wolfgang Biermann an Hans-Jochen Vogel: Druck der Reagan-Administration auf das Komitee für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses (House Committee on Foreign Affairs), 2.3.1983, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.4, 110; Gerd Lotze: »Freeze-Entscheidung: Zwischen den Schleifsteinen. Eine Entspannungs-Initiative wird verwässert«, in: Vorwärts, 28.4.1983, S. 4.

35 Institute for Defense & Disarmament Studies: Proposal for a Mutual US-Soviet Nuclear Weapons Freeze, undatiert, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.2, 144.

gen Zeit für ein Abkommen zu geben, welches auf die Stationierung in Westeuropa verzichten lässt«. ³⁶

In diesem Sinne hatte auch der prominente Schmidt-Kritiker Erhard Eppler beinahe euphorisch an Brandt geschrieben, er sehe im Aufschub der Stationierung um ein Jahr den »Ausweg« aus »dem Dilemma unserer Partei«. ³⁷ Auch wenn Eppler meinte, »die Sache« sei »nicht ohne Chance«, sah man im Erich-Ollenhauer-Haus die Mehrheitsverhältnisse im Kongress realistisch und räumte der Initiative wenig Aussichten ein. ³⁸ Auch der von Forsberg artikulierte Wunsch, die Partei möge »noch vor ihrem Parteitag eine solche Position« beziehen, »die von der Reagan-Administration nicht mehr als prinzipielle Zustimmung zur Stationierung im Herbst 1983 mißbraucht werden« könne, ³⁹ war mit der SPD kaum machbar. Erst nach dem Ende der Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen wollte sie im November 1983 über ihre Haltung zur Stationierung abschließend entscheiden.

Trotz der offensichtlich werdenden Grenzen dieser transnationalen Protestgemeinschaft hatten die Kontakte zur Nuclear Weapons Freeze Campaign für die SPD einen großen Vorteil. Die anvisierte USA-Reise auf Einladung der Freeze-Initiative bot Brandt die Gelegenheit, in der amerikanischen Öffentlichkeit die dort häufig skeptisch kommentierte Position seiner Partei zu erklären. Dafür schien der Altkanzler bestens geeignet, der nach Forsbergs Worten »in den USA ein hohes moralisches Ansehen« genoss. Das Forum, auf dem Brandt sprechen sollte, war eine Anhörung vor Mitgliedern des Repräsentantenhauses und des Senats unter dem Vorsitz des Kongressabgeordneten Edward Markey, die von der Campaign organisiert wurde. Mit einem gewaltigen Medienecho erläuterte Brandt dann am 29. September 1983 in Washington und in der amerikanischen Öffentlichkeit die sozialdemokratische Haltung zur Nachrüstung. Aufsehen erregte insbesondere der die Freeze-Idee aufgreifende sogenannte Brandt-Plan, mit dem der SPD-Vorsitzende einen letzten Versuch unternahm, die rüstungskontrollpolitische Einigung in Genf herbeizuführen. ⁴⁰

Natürlich diente die Reise von Brandt in die USA, die sich in ein weitgespanntes Besuchsprogramm von SPD-Politikern einfügte, auch dem Anliegen, durch den Schulterschluss zwischen der westdeutschen Sozialdemokratie und der amerikanischen Friedensbewegung den Vorwurf zu widerlegen, die SPD beziehe in der Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss »anti-amerikanische« Positionen. Insbesondere die konservativen Parteien liefen Sturm nicht nur gegen Kritik an

36 Veronika Isenberg an Willy Brandt: Ihr Gespräch heute um 15.00 Uhr mit Randall Forsberg, Vorsitzende des National Advisory Board der Freeze-Bewegung, 6.6.1983, ebd.

37 Erhard Eppler an Willy Brandt, 17.5.1983, ebd.

38 Vgl. den Vermerk Isenbergs vom 6. Juni 1983.

39 Wolfgang Biermann an Willy Brandt: Wünsche der FREEZE-Campaign zur Unterstützung ihrer Haltung in der Frage von Marschflugkörpern und Pershing II/Gespräch mit Randall Forsberg am Rande der Berliner Konferenz für atomare Abrüstung, 26.5.1983, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.2, 144.

40 Die Ausführungen sind abgedruckt und kommentiert in Willy Brandt: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearb. v. Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009 (Berliner Ausgabe, Bd. 10), Dok. 9, S. 157–171.

der Stationierungsabsicht des Bündnisses und der Politik der US-Regierung, sondern auch gegen die damit perzipierte Relativierung der »westlichen Wertegemeinschaft«.41 Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) etwa beklagte gegenüber Schmidt im Bundestag die »antiamerikanischen, agitatorischen Hetzäußerungen maßgebender Mitglieder Ihrer Partei«.42 Und der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger warnte die SPD, dass sie aus der »Solidarität des demokratischen Westens« ausschere und »hinter Godesberg« zurückfalle.43

Gegen den Vorwurf des »Anti-Amerikanismus« und der Abkehr vom »Westen« wählte die SPD durch ihre Beziehungen zur Nuclear Weapons Freeze Campaign ein wirkungsvolles Argument gefunden zu haben. Indem sich Brandt bei aller Kritik an der Politik der USA mit seinen Bedenken an »amerikanische Freunde« wandte,44 demonstrierte er auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit, dass das Meinungsspektrum in den Vereinigten Staaten weder homogen war, noch sich auf die nachrüstungspologetische Position der US-Administration reduzieren ließ. Also wirkten die Konzepte der Protestbewegung in den USA und die Netzwerke zwischen der Nuclear Weapons Freeze Campaign und der SPD insbesondere für jene Kräfte in der Bundesrepublik stabilisierend, die auf Grund ihrer nachrüstungskritischen Haltung in den Verdacht des »Anti-Amerikanismus« gerieten.

Versucht man diese Deutungskämpfe aus dem Abstand von dreißig Jahren zu historisieren, kann man in ihnen unschwer eine Neuaushandlung diskursiv konstruierter Fremd- und Selbstbilder erkennen. Es ging nicht nur um die Diskussion einer vermeintlich die Menschheit bedrohenden nuklearen Rüstungsentscheidung, sondern auch um die grundsätzliche Wahrnehmung der USA. Damit verbunden stand die Frage zur Disposition, wo »Deutschlands Ort in der Welt« sein sollte.45 So war im Nachrüstungsstreit die Frage zentral, an *welchen* Vereinigten Staaten sich Europa und die Bundesrepublik orientieren sollten – am Amerika des Ronald Reagan oder dem »anderen Amerika« der Nuclear Weapons Freeze Campaign. Dass hier unterschiedliche Repräsentationen von Amerika aufeinander prallten, wird deutlich, wenn man sich die Kontroverse um »Anti-Amerikanismus«, »Westbindung« und »Wertegemeinschaft« mit ihrer ganzen emotionalen Aufgeladenheit vor Augen führt.

Ob schließlich aus dem Nachrüstungsstreit tatsächlich die Festigung der »kulturelle[n] und politische[n] Westbindung« Deutschlands oder des bundesrepublikanischen

41 Nach Friedrich Zimmermann schwächte die SPD »die geistige Widerstandskraft des Westens«. Friedrich Zimmermann: »Krise der SPD: Der Reiß ist offenbar«, in: Bayernkurier, 5.9.1981, S. 1.

42 Stenografische Berichte des Bundestages, 9. Wahlperiode, 70. Sitzung, 3.12.1981, S. 4081.

43 Stenografische Berichte des Bundestages, 10. Wahlperiode, 35. Sitzung, 21.11.1983, S. 2355.

44 In der Washington Post vom 7. August 1983 wandte sich Brandt in einem Offenen Brief an »American Friends«, Brandt, 2009, S. 142-146.

45 Philipp Gassert: »Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik«, in: ders. u. a.: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 175-202, hier S. 197.

kanischen »Konsenses« resultierte, wie Philipp Gassert vermutet,⁴⁶ soll hier nicht entschieden werden, da es darauf ankommt, zeitgenössische Begrifflichkeiten wie »Westbindung« und »Konsens« zu historisieren. Als sicher kann jedenfalls gelten, dass in der Auseinandersetzung um die Vereinigten Staaten und ihre Politik klassische Stereotypen des Kalten Krieges aufgebrochen wurden. Vermittels transnationaler Austauschprozesse konfliktuell erzeugte und symbolisch repräsentierte Bilder von Amerika, durch deren Untersuchung sich der Nachrüstungsstreit in die Geschichte des Kalten Krieges einordnen lässt.

Solidarność

Im Vergleich zu den Beziehungen zwischen SPD und amerikanischer Friedensbewegung, die durch einen ähnlichen Wahrnehmungshorizont und ein gemeinsames politisches Anliegen gekennzeichnet waren, beherrschten Differenzen das Verhältnis des linken Establishments zur polnischen Gewerkschaft Solidarność. Demgegenüber nahmen die Unionsparteien eine aufgeschlosseneren Haltung gegenüber der Opposition in Polen ein. So evozierte die Krise um Solidarność eine Selbstverständigungsdebatte über die Prioritäten der deutschen Politik in Richtung Osten und – daraus resultierend – über divergierende Wahrnehmungen bezüglich der Sowjetunion.

Die Danziger Bewegung um Lech Walesa, die sich Ende der siebziger Jahre vor dem Hintergrund einer verbreiteten wirtschaftlichen Unzufriedenheit im Land gebildet hatte, differierte grundlegend von der Nuclear Weapons Freeze Campaign. Sie agierte vor einem klerikal-konservativen Hintergrund gegen ein Regime, das den Mangel an politischen Freiheiten immer weniger mit materiellen Erfolgen kompensieren konnte.⁴⁷ Die Not der polnischen Bevölkerung äußerte sich im Protest gegen die Repressionen der Diktatur – eine Stoßrichtung gegen das Wettrüsten und die nukleare Apokalypse suchte man hier vergebens. Trotzdem machte spätestens die gewaltsame Zerschlagung der Solidarność durch die Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 die polnische Protestbewegung zu einem Tagesordnungspunkt auf der Agenda der Bonner Öffentlichkeit. Kanzler Helmut Schmidt erklärte am 18. Dezember 1981 im Bundestag die Solidarität Deutschlands mit der Gewerkschaft und verlangte die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts. Gleichzeitig betonte er aber, dass seine Regierung »eine Politik des strengen Respekts vor der nationalen Unabhängigkeit dieses Staates« verfolge, die Nahrungsmittellieferungen an Polen fortsetzen und darauf bauen wolle, dass die polnische Krise im eigenen Land bewältigt werde.⁴⁸

46 Ebenda, S. 199.

47 Pawel Machocwicz: »Die polnische Krise von 1980/81«, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 477-504.

48 Stenografische Berichte des Bundestages, 9. Wahlperiode, 74. Sitzung, 18.12.1981, S. 4289.

Es folgte der Logik ihrer Außen- und Ostpolitik, dass die sozial-liberale Bundesregierung Solidarność nur eingeschränkt stützte und mit dem Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht des Landes die insbesondere von den USA verlangten Wirtschaftssanktionen ablehnte. Das hatte vor allem zwei Gründe. Erstens entwickelte sich Solidarność in ihrem Verlauf zu einer der katholischen Kirche nahe stehenden Bewegung, die dem erklärten gesellschaftsverändernden Impetus der Regierungskoalition – und übrigens auch der deutschen Gewerkschaften⁴⁹ – nur partiell entsprach. Zweitens war die Frage, wie man auf die Polen-Krise reagieren sollte, im Verständnis Bonns immer auch Politik gegenüber der Sowjetunion. Und da deren Führung niemals akzeptieren werde, »dass Polen aus dem Warschauer Pakt ausscheidet«, sei es »nicht ratsam, am Lebensnerv« der Sowjetunion »zu hantieren«.⁵⁰ Zwar war die Entspannungspolitik nach Willy Brandt »zuinnerst dem Wandel zu mehr Freiheit« verpflichtet. Dieser Wandel blieb jedoch »im konkreten Fall durch die Ansprüche der Hegemonialmacht begrenzt«.⁵¹ Im Denken des linksliberalen Establishments bedeutete die Gewerkschaftsbewegung in Polen also eine Bedrohung des ohnehin fragilen Weltfriedens, weil sie eine Intervention der Sowjetunion möglich werden ließ. Nicht die Destabilisierung der kommunistischen Diktatur, sondern die Gefahren für den Frieden gaben in diesen Deutungen Anlass zur Sorge.⁵²

So forderte die polnische Opposition den Grundsatz der sozial-liberalen Entspannungspolitik heraus, über die kontinuierliche politische und wirtschaftliche Kontaktpflege mit den osteuropäischen *Staatsführungen* eine Stabilisierung und langfristig innere Liberalisierung der Länder zu realisieren. Vertreter des Establishments begegneten diesem Dilemma, indem sie die entspannungspolitische Argumentation vom historischen Ende her dachten und mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) kontrafaktisch vermuteten, dass die polnische Oppositionsbewegung »ohne die Entspannungspolitik überhaupt nicht« möglich gewesen wäre.⁵³ Vor dem Hintergrund der angespannten internationalen Großwetterlage konnte man die Verhängung des Kriegsrechts mit *Zeit*-Chefredakteur Theo Sommer sogar als »Chance« begreifen, »vom Abgrund zurückzutreten« und die Entspannung zu retten.⁵⁴

49 Natalie Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 293-324.

50 Erhard Eppler: »Polen wird zum Prüfstein einer europäisch konzipierten Friedenspolitik«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 27 (1982), Nr. 2, S. 148-149.

51 Pressemitteilung der SPD, Nr. 44/82, 29.1.1982, S. 3.

52 Vgl. dazu auch Bernd Rother: »Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren«, in: Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): »Nie mehr eine Politik über Polen hinweg«. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 220-264.

53 Stenografische Berichte des Bundestages, 9. Wahlperiode, 76. Sitzung, 14.1.1982, S. 4427.

54 Theo Sommer: »Rückfall in den Kalten Krieg. Kurzschluß-Reaktionen helfen niemandem«, in: Die Zeit, 18.12.1981, <http://www.zeit.de/1981/52/rueckfall-in-den-kalten-krieg> (12.8.2011).

Diese Position, welche die Bundesregierung in deutlichen Gegensatz zu den Alliierten⁵⁵ und einem Großteil der internationalen Presse brachte,⁵⁶ war aber selbst innerhalb der Linken nicht unumstritten. Da gab es Stimmen von unabhängigen Aktivisten, die Solidarität mit der Opposition einforderten. Der spätere Literaturnobelpreisträger Günter Grass räsonierte etwa, dass »die gesamte freie Gewerkschaftsbewegung« durch die Ereignisse in Polen »in Mitleidenschaft gezogen« werde. Die Friedensbewegung müsse »begreifen, dass das über Polen verhängte Kriegsrecht auch unseren Friedenswillen« betreffe.⁵⁷ Kritik an der Position der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien kam auch aus dem sozialdemokratischen Milieu in der Friedensbewegung. Jo Leinen vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hielt das Kriegsrecht »für einen schlimmen Zustand, der laut und deutlich angegriffen werden muss«.⁵⁸ Die distanzierte Haltung der Bundesregierung gegenüber Solidarność war also kaum konsensfähig im linksliberalen Spektrum. Insbesondere jenseits der Parteihierarchien begann die Neuverhandlung der entspannungspolitischen Grundsätze, auf deren Basis die Regierung agierte. Die Antworten auf die Frage, wie die staatsfixierte Entspannungspolitik auf Oppositionsbewegungen in den kommunistischen Diktaturen reagieren sollte, blieben aber uneindeutig.⁵⁹ Der Diskurs beendete so weder das Dilemma im linksliberalen Spektrum, noch führte er zu einer Umwidmung des Entspannungskonzeptes. So wie die polnische Krise aus der öffentlichen Aufmerksamkeit schwand, ließ auch die Diskussion über die Grundsätze der Entspannungspolitik nach.

Im konservativen Bonner Milieu hielt man nichts von einer Rückkehr zur Entspannung und sah die Ostpolitik »an die Grenzen ihrer inneren Logik« stoßen.⁶⁰ Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl kritisierte die Nichteinmischungspolitik der Bundesregierung scharf: »Wenn eine frei gegründete Gewerkschaft, eine Gewerkschaftsbewegung, der die breite Sympathie des Landes gehört, mit brutalen Terrormethoden unterdrückt« werde, dann müsse die Regierung ihre Stimme erheben und gegen dieses »Unrecht protestieren«.⁶¹ Kohl sagte, er empfinde es »als kläglich, wenn gesagt wird, Polen müsse seine Probleme selbst lösen«.⁶² Der Vorsit-

55 Vgl. zur amerikanischen Position die Äußerungen Ronald Reagans in einer Fernsehansprache am 23. Dezember 1981, <http://www.reagan.utexas.edu/archives/speeches/1981/122381e.htm> (12.8.2011).

56 John Reston: »Schmidt Voicing Greater Concern Over Economy Than Over Poland«, in: New York Times, 3.1.1982, S. 1.

57 Günter Grass an Willy Brandt, 27.1.1982, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.2, 131.

58 Josef M. Leinen: »Noch einmal: Polen und die Friedensbewegung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 27 (1982), Nr. 3, S. 341-343.

59 Im Gegensatz zu den zitierten Stimmen fragte bemerkenswerterweise ein Sozialdemokrat, wie sich »die Hegemonie der polnischen Arbeiterpartei [sic!] in einer solchen Phase dramatischen gesellschaftlichen Umbruchs bewahren oder doch zumindest wiedergewinnen« lasse – ohne eine Antwort zu geben. Detlev Albers: »Polnische Lektion und westliche Linke«, in: spw 4 (1981), Nr. 11, S. 65-69.

60 Dieter Bingen: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, S. 208.

61 Stenografische Berichte des Bundestages, 9. Wahlperiode, 74. Sitzung, 18.12.1981, S. 4296.

62 Ebd., S. 4300.

zende des Bundestagsverteidigungsausschusses Werner Marx (CDU) sah angesichts der Verhängung des Kriegsrechts sprichwörtlich die Entspannungspolitik »auf der polnischen Waage«. ⁶³ Im Gegensatz zu den Konzepten der Sozialdemokraten war es in seiner Partei Konsens, »zwar den Menschen in den kommunistischen Systemen zu helfen und ihr Los zu erleichtern, nicht aber jederzeit auswechselbaren Funktionären und dem System, dem sie dienen«. ⁶⁴ Die »tiefe Sorge um die Menschenrechte« nach Ausrufung des Kriegsrechts war das Kernargument, mit dem in der CDU/CSU »gerade jene, die in Kenntnis der schweren geschichtlichen Belastungen zwischen Deutschen und Polen« waren, »um das Schicksal der Nachbarn« bekümmert sein mussten. ⁶⁵

Der Streit in Bonn war indes eine Debatte *über*, nicht mit der *Solidarność*. Während in Westdeutschland von den Kirchen und den Gewerkschaften eine große Hilfsaktion für Polen initiiert wurde, ⁶⁶ blieben die Netzwerke der Regierung und der Koalitionsparteien auf das Regime und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) beschränkt. Selbst ein Zusammentreffen von Willy Brandt mit Lech Walesa anlässlich der Polen-Reise des SPD-Vorsitzenden kam 1985 nicht zustande. ⁶⁷ Auch was die Beziehungen der Union nach Polen anging, sind nur wenige direkte Begegnungen überliefert. Die Herausbildung der *Solidarność* führte so weniger zu direkten transnationalen Kontakten des Bonner Establishments über den Eisernen Vorhang hinweg, denn zu einer inneren Selbstverständigungsdebatte um die Prinzipien der bundesdeutschen Ostpolitik. Sie begünstigte eine Legitimationskrise in den linksliberalen Parteien und schien gleichzeitig konservative Vorbehalte gegenüber der Ost- und Entspannungspolitik zu bestätigen.

Auf einer diskursiven Metaebene war deutsche Polen-Politik aber stets auch eine Frage der Einstellung gegenüber der Sowjetunion. Während die sozial-liberale Bundesregierung in den Worten des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick auf die »Kompromissbereitschaft« ⁶⁸ der Sowjetunion setzte und Willy Brandt Generalsekretär Breschnew sogar »um den Weltfrieden« zittern sah, ⁶⁹ hielten die Unionsparteien an ihrer prononciert antisowjetischen Haltung fest. Die

63 Werner Marx: »Die ›Entspannung‹ auf der polnischen Waage. SPD-Politiker verkennen Ursache und Wirkung«, in: Deutschland-Union-Dienst, 15.1.1982, S. 3.

64 Philipp Jenninger: »Umfassende Bestandsaufnahme der Entspannungspolitik nötig«, in: Deutschland-Union-Dienst, 14.12.1981, S. 1.

65 Herbert Czaja: »Tiefe Sorge um die Menschenrechte in Polen – Die Mitverantwortung der Bundesregierung«, in: Deutschland-Union-Dienst, 16.12.1981, S. 8-9.

66 Vgl. Albrecht Riechers: *Hilfe für Solidarność Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982*, Bonn 2006, bes. S. 16-37.

67 Bernd Rother: »Willy Brandts Besuch in Warschau im Dezember 1985«, in: Friedhelm Boll/Wieslaw Wysocki/Klaus Ziemer (Hg.): *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009, S. 329-344.

68 Zit. nach Andreas Rödder: »Bündnisolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik«, in: Gassert u. a.: *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*, S. 123-136, hier: S. 131.

69 »Breschnew zittert um den Frieden«. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt über die Ergebnisse seiner Moskauer Reise«, in: *Der Spiegel*, 6.7.1981, S. 23-29.

Union vertrat im Gegensatz zum linksliberalen Establishment weiterhin ein »monolithische[s] Bild des Kreml«, der, wie Alfred Dregger einmal sagte, »die Hegemonie über Europa« erringen wollte.⁷⁰ Da die sowjetische Führung nach »Unterdrückung und Übergewicht« strebte,⁷¹ war es nur folgerichtig, dass die CDU/CSU an ihrer, wie Andreas Rödder es ausdrückt, »hoch ideologisch aufgeladenen Angstvorstellung«⁷² auch – oder gerade – während der Polen-Krise festhielt. Diese Angstvorstellung war bei Sozialdemokraten und Liberalen sehr viel schwächer ausgeprägt.

Es würde deshalb zu weit führen, wenn man behaupten wollte, dass sich in der deutschen Solidarność-Kontroverse eine neue Wahrnehmung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes durchgesetzt hätte. Vielmehr führte die Debatte zu einer Verfestigung von Einstellungen, die ihre historischen Wurzeln in der Ära der Neuen Ostpolitik hatten oder noch weiter zurückreichten. Die Bildung der Solidarność-Bewegung evozierte in der Bundesrepublik nicht unbedingt neue Bilder vom Osten, sondern eine durch transnationale Prozesse angestoßene Verfestigung etablierter Identitäts- und Wahrnehmungsmuster.

Schluss

Versucht man die Antwort des Establishments auf die drei Protestbewegungen vergleichend zusammenzufassen, wird man festhalten können, dass die Unterschiede dominierten. Parteien und Regierung gingen mit dem Protest sehr verschiedenartig um, nicht nur, weil Friedensbewegung, Nuclear Weapons Freeze Campaign und Solidarność im Grunde nur im Ansatz vergleichbar waren, sondern vor allem deshalb, weil eigentlich bloß die Friedensbewegung als innerer Protest eine echte Herausforderung darstellte. Mit ihr demonstrierte ein nicht unerheblicher Teil der Wählerschaft, der im Vergleich zu der letzten großen Konfrontation – den Studentenunruhen von 1968 – in seiner Mehrheit alles andere als radikal gestimmt war; mit ihr konsolidierten sich schließlich auch die GRÜNEN und nahmen den übrigen Parteien Stimmen ab. Im Kontrast zu 1968 tangierte der Protest von 1981/83 das Establishment ungleich stärker, weil er »bürgerlicher« war, Gewalt vermied und weit in die eigene Klientel hineinreichte. Er unterminierte so die Legitimation der nuklearen Abschreckung in großen Teilen des Establishments und führte dazu, dass die Gleichgewichtsstrategie der NATO vor allem in der SPD immer mehr an Unterstützung verlor.

Im Falle der Nuclear Weapons Freeze Campaign war für Parteien und Regierung ein Störpotential kaum vorhanden. Die amerikanische Bewegung trat mode-

70 Zit. nach Rödder, S. 129, Anm. 34.

71 So der CSU-Abgeordnete Hans Klein in Stenografische Berichte des Bundestages, 9. Wahlperiode, 76. Sitzung, 14.1.1982, S. 4436.

72 Rödder, S. 129.

rat und überwiegend parlamentarisiert auf. Während die Schmidt- und Kohl-Regierung genauso wie CDU/CSU und FDP auf die Freeze-Idee schlichtweg nicht reagierten und ihren Ansprechpartner in der US-Administration wussten, rezipierte die Sozialdemokratie dankbar jede nachrüstungskritische Stellungnahme aus den USA. Es war historisch gesehen nicht das erste Mal, dass ein transnationales Netzwerk einem Teil des Establishments zur Legitimation diene, aber im Vergleich zu unmittelbar vorangehenden Krisen war dies doch neu. Wurde beispielsweise die deutsche Westintegration in den 1950er Jahren durch die Christdemokratie auch vermittels europäischer Kontakte öffentlich legitimiert, gab es 1968 vielfältige Netzwerke über Grenzen hinweg – aber nicht vom Bonner Establishment zur amerikanischen Studentenbewegung. Erst in der besonderen Gemengelage der Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss entstand ein transnationales Netzwerk zwischen der SPD und der Nuclear Weapons Freeze Campaign.

Ähnliches galt für Solidarność, die das linksliberale Establishment herausforderte, indem sie sein entspannungspolitisches Konzept auf die Probe stellte. Für die christdemokratische Opposition waren die Ereignisse in Polen – ähnlich wie die amerikanischen Proteste für die SPD – Legitimation in der innenpolitischen Auseinandersetzung. Die Kontroverse um Solidarność ähnelte der Rezeption des »Prager Frühlings« von 1968 im Establishment denn auch nur insoweit, als die Versuche der tschechoslowakischen Kommunisten, einen Reformsozialismus durchzusetzen, schon Ende der 1960er Jahre mit Sympathie verfolgt worden waren. Dass es zu keiner Auseinandersetzung um die deutsche Ostpolitik gekommen war, lag daran, dass das Reformstreben von der Staatsführung selber ausging und die Entspannungspolitik der späteren sozial-liberalen Koalition noch nicht implementiert war.

Während also die Antwort des Establishments auf die drei Protestbewegungen jeweils sehr unterschiedlich ausfiel, blieben Regierung und Parteien von ihnen alles andere als unangiert. Selbst wenn sich Nuclear Weapons Freeze Campaign und Solidarność nicht direkt gegen Bonn richteten, sondern die Verantwortlichen in ihren Hauptstädten adressierten, bewirkten sie diskursive Aushandlungsprozesse in der Bundesrepublik. So wurden in Reaktion auf den Protest sicherheitspolitische Grundvorstellungen und -konzepte, Selbstbilder und Fremdwahrnehmungen neu konstruiert oder verfestigt. Gerade im Blick auf die Repräsentation Amerikas und der Sowjetunion ist letzteres anschaulich geworden. Der Protest konfrontierte Parteien und Regierung also nicht nur mit Kritik, sondern trug dazu bei, dass das Establishment sein Bild von sich und der Welt modifizierte.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Dokumente und Quellen

- Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Regionale atomwaffenfreie Zonen, Göttingen (Sept. 1982), [afas Duisburg, 90.II.1982:22].
- AKZA Archiv, 1, Dankeschreiben von Little Steven [Steve van Zandt], ohne Jahr, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 2, »AKZA-evaluatie – rondvraag«, 10. November 1984, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 2, Sitzungsprotokolle, 3. April 1984, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 2, Sitzungsprotokolle, 15. Januar 1985, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 2, Sitzungsprotokoll, 5. November 1985, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 2, »Verslag AKZA-evaluatie weekend«, 30. Mai 1980–1. Juni 1980, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 3, Sitzungsprotokoll, 15. Dezember 1986, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 20, »Minimumprogramma Vlaamse Anti-Apartheids-Koördinatie«, 1989, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 31, »activiteitenverslag«, Mai 1983–April 1984, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 31, Protokolle der GITA Treffen, 7. Oktober 1985, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 31, Protokoll der ANITA (Antwerps Initiatief Tegen Apartheid) Sitzung, 3. März 1986, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 84 & 85, AKZA Antrag auf Mitgliedschaft im NCOS (Nationaal Centrum voor Ontwikkelingssamenwerking), 6. Januar 1985, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 97, »Informatieproject over Namibië«, BTK (Bijzonder Tijdelijk Kader) Beitrittsantrag, 3. Dezember 1985, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 99, Brief an den RVA (Rijksdienst Voor Arbeidsbemiddeling) Leuven«, 27. Juni 1983, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 100, »Activiteitenverslag«, »Pluk geen vruchten van apartheid«, Mai 1988–April 1989, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 190-191, »Memorandum to the Council of Ministers of the European Community from the Liaison Group of the Anti-Apartheid Movements in the countries of the EC«, Dublin, 11. März 1990, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 190-191, »The Liaison Group of the Anti-Apartheid Movements of the European Communities«, 1988, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 201, »Activiteitenverslag«, 1987, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 201, »Solidariteitsjaar met de bevrijdingsbewegingen in Zuidelijk Afrika«, 1974, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 203-204, Brief vom Solidariteitsfonds, 12. März 1991, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 203-204, Einladung zur Pressekonferenz, 13. März 1992, Leuven, Archive der Universität.
- AKZA Archiv, 203-204, »Voor een vrij Zuid-Afrika: steun het ANC«, Pressemitteilung, 1991, Leuven, Archive der Universität.
- Auswärtiges Amt (Hg.): Es geht um unsere Sicherheit. Verteidigung im Bündnis und Rüstungskontrolle, Bonn 1980.
- Bezirksvertretung 1, Niederschrift der 18. Sitzung, 2.4.1981, HASTK, Acc. 676.
- Bielefelder Friedensinitiative: 1. Mobilmachung Bielefeld, August 1982.
- Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz: Genau hingesehen. Nie geschwiegen. Sofort widersprochen. Gleich gehandelt. Dokumente aus dem Gewebe der Heuchelei 1982–1989. Widerstand autonomer Frauen in Berlin Ost und West, Berlin 1990, nicht paginiert.
- Bremische Bürgerschaft: »Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weststadion am 6. Mai 1980«, Drucksache 10/261 der Bremischen Bürgerschaft vom 6. Juli 1980.
- Brief Kölner Alternative-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt, 1980, HASTK, Best. 7740.
- Bundesminister der Verteidigung: Kernwaffenfreie Zonen? Argumente zu einem aktuellen Thema, [afas Duisburg 90.II.1980:41 1984].
- CDU-Bundesvorstand (Hg.): Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU für die Bundestagswahl 1980, verabschiedet auf dem 28. Bundesparteitag, Berlin, 18.–20. Mai 1980, Bonn 1980.
- CDU-Dokumentation Nr. 13, Bonn, 13.5.1982.
- City of Birmingham: Area Studies Handsworth/Soho/Lozells, Birmingham 1987.
- Czaja, Herbert: »Tiefe Sorge um die Menschenrechte in Polen – Die Mitverantwortung der Bundesregierung«, in: Deutschland-Union-Dienst, 16.12.1981, S. 8-9.

Das vertrauliche Argumentationspapier. Einwände gegen eine Strategie des Gleichgewichts, 18.2.1981, Archiv der sozialen Demokratie [AdsD], Helmut-Schmidt-Archiv, I/HSAA010569.

Die Grünen im Hessischen Landtag (Hg.): Die Würde einer Uniform ist antastbar. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1983.

DFG-VK/DFG-VK Landesvorstand Bremen-Niedersachsen (Hg.): Atomwaffenfreie Städte – aber wie? Teil 1, Essen 1983, S. 7-8.

Erklärung der Hildener Instandbesetzer, 8.5.1981, StAH, Mappe: Gaststätten: Hochdahler Str. 232.

Flugblatt »1. AUGUST GROSS-DEMO für eine freie SCHWEIZ«, 1980 (Ar 201.89.7).

Flugblatt »AG Übersetzig«, 1980 (Ar 201.89.7).

Flugblatt »AJZ JETZT! (BEVOR'S SOWIESO ZSPAAT ISCH!!)«, Mai 1980 (Ar 201.89.7).

Flugblatt »AUFGRUF VEREIN PRO AJZ«, 1980 (Ar 201.89.4).

Flugblatt der RAR »AJZ JETZT! (BEVOR'S SOWIESO ZSPAAT ISCH!!)«, Mai 1980 (Ar 201.89.7).

Flugblatt der RZ mit einer »vollständigen Aufzählung der von uns in diesem NATO-Gipfel Zusammenhang durchgeführten Aktionen«: Archiv Papiertiger, Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung, Reagan Besuch 11.6.1982«.

Flugblatt »Einladung...«, Mai 1981, StAH, Mappe: »Gaststätten: Hochdahler Str. 232«.

Flugblatt »FRÜELIGS GROSS DEMO« am Samstag, 21. 3.1981 (Ar 201.209.4).

Flugblatt »grossDemonstration Aller unzufriedenen, 21. Juni 80« (Ar 201.209.6).

Flugblatt »Gutschein für 1. Mal Nachdenken [...]«, 1980 oder 1981 (Ar 201.209.6).

Flugblatt »Kleines ABC, Züri 80«, 1980, (Ar 201.89.7)

Flugblatt »TELEFONIEREN TERRORISIEREN«, 1980 (Ar 201.89.7).

»Frauen gegen imperialistischen Krieg« (Hg.): Frauen gegen imperialistischen Krieg – Krieg den Palästen, in: »Frauen gegen imperialistischen Krieg«: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]. Rote Flora: Archiv der Sozialen Bewegungen. BRD-05.150-Frauen Bewegung 80er Jahre. Hamburg 1980.

»Frauen gegen imperialistischen Krieg« (Hg.): Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]. Rote Flora: Archiv der Sozialen Bewegungen. BRD-05.150-Frauen-Bewegung 80er Jahre, Hamburg 1982.

Friedens-AG Grüne Dortmund (Hg.): Dortmund. Atomwaffenfreie Zone, Dortmund 1982 [afas 9.VIII.GRU. 1.1982:2].

Günter Grass an Willy Brandt, 27.1.1982, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.2, 131.

Heft »Autonome und antiimperialistische Gruppen«, Sommer 1982: Archiv Papiertiger, Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung, Reagan-Besuch 1982 Berlin«.

Helmut Schmidt an Erich Honecker, 4.5.1981, Bundesarchiv [SAPMO-BArch], DY 30/2407.

Ihr Gespräch mit Botschafter Burns am Sonntag, dem 15. November 1981 um 11.00 Uhr im Bungalow, 13.11.1981, AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, I/HSAA008970.

Info Nr. 1, Archiv Papiertiger, Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung/Aktionen: Blockaden, Besetzungen, Störaktionen«.

Institute for Defense & Disarmament Studies: Proposal for a Mutual US-Soviet Nuclear Weapons Freeze, undatiert, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.2, 144.

Jenninger, Philipp: »Umfassende Bestandsaufnahme der Entspannungspolitik nötig«, in: Deutschland-Union-Dienst, 14.12.1981, S. 1.

Kerner, Otto/United States Kerner Commission: The 1968 Report of the National Advisory Commission on Civil Disorder, New York 1988.

Klein, Hans H.: »Wirkungen der Friedensdemonstration – Massenveranstaltungen auf Großstadion beschränken?«, in: Deutschland-Union-Dienst, 21.10.1981, S. 1-2.

Kölner Alternative-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt: Warum wir noch immer auf der Straße stehen, 1979, HASTK, ZS V 22.

Kölner Häuserrat: Häuserrat Info, Januar 1981, HASTK, ZS V 238.

Krefeld Dokumentation 25.6.83: Archiv Papiertiger, Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung, Bush Besuch 1983 Krefeld«.

Marx, Werner: »Die »Entspannung« auf der polnischen Waage. SPD-Politiker verkennen Ursache und Wirkung«, in: Deutschland-Union-Dienst, 15.1.1982, S. 3.

Michel, Alexandra: Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben. ansätze zum revolutionären frauen- und lesbekampf gegen imperialismus und patriarchat, Zürich 1988.

Ministerium für Nationale Verteidigung: Wehrdienstgesetz und angrenzende Bestimmungen, Ost-Berlin 1984.

Ministry of Justice: Statistics on Race and the Criminal Justice System – 2006, A Ministry of Justice Publication under Section 95 of the Criminal Justice Act 1991, London 2007.

Niederrheinische Friedensnachrichten Nr. 4 (Juni 1983).

N. N.: »Thesen zur Frauenbewegung«, in: »Frauen gegen imperialistischen Krieg«: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]. Rote Flora: Archiv der Sozialen Bewegungen. BRD-05.150-Frauen Bewegung 80er Jahre. Hamburg 1980. 4 Seiten.

- N. N.: »Wie sind wir zu antiimperialistischen Inhalten gekommen?«, in: »Frauen gegen imperialistischen Krieg«: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]. Rote Flora: Archiv der Sozialen Bewegungen. BRD-05.150-Frauenbewegung 80er Jahre. Hamburg 1980. 2 Seiten.
- N. N.: »Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat zerschlagen den Herrschaftsapparat«, in: »Frauen gegen imperialistischen Krieg«: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]. Rote Flora: Archiv der Sozialen Bewegungen. BRD-05.150-Frauen Bewegung 80er Jahre. Hamburg 1981. 4 Seiten.
- N. N.: »An die Gleichgeschalteten. Stellungnahme zu Krieg dem imperialistischen Krieg«, in: »Frauen gegen imperialistischen Krieg«: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]. Rote Flora: Archiv der Sozialen Bewegungen. BRD-05.150-Frauen Bewegung 80er Jahre. Hamburg 1982. 4 Seiten.
- N. N.: »Friedensbewegung und Antiimperialistische Bewegung«, in: »Frauen gegen imperialistischen Krieg«: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]. Rote Flora: Archiv der Sozialen Bewegungen. BRD-05.150-Frauen
- N. N.: »Krieg dem imperialistischen Krieg«, in: »Frauen gegen imperialistischen Krieg«: Flugblätter, Thesenpapiere, Artikel vom Juni 1980 bis jetzt [1982]. Rote Flora: Archiv der Sozialen Bewegungen. BRD-05.150-Frauen Bewegung 80er Jahre. Hamburg 1982. 11 Seiten.
- PAO Tuch an die International Communications Agency, Office of European Affairs vom 23. April 1981, StadtAN, E 6/799, Nr. 676.
- »Platz von Leeds – Atomwaffenfreie Zone«, in: Ent-Rüstung Dortmund, H. 3 (1982) (Feb.).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelabschluss des Nordatlantischen Bündnisses, Bonn 1981.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bericht zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1982, Bonn 1982.
- Pressemitteilung der SPD, Nr. 44/82, 29.1.1982.
- Proklamation der Besetzer, abgedr. in: Info Nr. 1, Archiv Papiertiger, Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung/Aktionen: Blockaden, Besetzungen, Störaktionen«.
- Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG)/FfF-Dok. 3.1.1.3.02.
- Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG)/FfF-Dok. 3.1.1.3.04.
- Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG)/FfF-Dok. 3.1.1.1.05.
- Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG)/FfF-Dok. 3.1.1.3.06.
- Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG)/FfF-Dok. 3.1.1.3.08.
- Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG)/FfF-Dok. 3.1.1.3.09.
- Rote Zora: »Jedes Herz ist eine Zeitbombe«, in: Revolutionärer Zorn 6, 1981, in: Früchte des Zorns: Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Amsterdam, 1993, S. 284-294.
- Scarman, Lord: The Brixton Disorders 10-12 April 1981: Report of an Enquiry, Hardsmondsworth 1982.
- Schauplatz: »Stollwerck. 500 Wohnungen frei!«, April 1980.
- Schmidt, Helmut: Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 17. März 1981 zu den Ausschreitungen am Rande von Demonstrationen, undatiert, AdSD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA010719.
- SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Vor der Genfer Entscheidung. Friedenspolitische Aktivitäten der SPD im Herbst 1983, Bonn 1983.
- »Soziologen verarschen die Bewegung«, 1980 (Ar 201.209.4).
- »Sprengstoff im TV-Museum« in der »Aktionszeitung DRUCK. Für die Pressefreiheit«, 1980 (Ar 201.209.6).
- Stenografische Berichte des Bundestages, 9. Wahlperiode, 70. Sitzung, 3.12.1981.
- Stenografische Berichte des Bundestages, 9. Wahlperiode, 74. Sitzung, 18.12.1981.
- Stenografische Berichte des Bundestages, 9. Wahlperiode, 76. Sitzung, 14.1.1982.
- Stenografische Berichte des Bundestages, 10. Wahlperiode, 35. Sitzung, 21.11.1983.
- Tell – extrablatt, 20. Juni 1980 (Ar 201.209.6).
- Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenografische Berichte, 9. Wahlperiode, 57 Sitzung, 9.10.1981.
- Vermerk des Bundeskanzleramtes für Helmut Schmidt: Ihr Gespräch mit den Senatoren Baker (R – Tennessy, Minderheitenführer), Bellmon (R – Oklahoma), Cochran (R – Mississippi), Cohen (R – Maine), 11.8.1980, AdSD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA008919.
- Veronika Isenberg an Willy Brandt: Ihr Gespräch heute um 15.00 Uhr mit Randall Forsberg, Vorsitzende des National Advisory Board der Freeze-Bewegung, 6.6.1983.
- »Warum wir uns nicht an der Vorbereitung zur Bush-Demo beteiligen«, 1983: Archiv Papiertiger, Berlin, Ordner »Anti-NATO-Bewegung, Bush Besuch Krefeld 1983«.
- Wolfgang Biermann an Hans-Jochen Vogel: Druck der Reagan-Administration auf das Komitee für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses (House Committee on Foreign Affairs), 2.3.1983, AdSD, Willy-Brandt-Archiv, A11.4.
- Wolfgang Biermann an Hans-Jochen Vogel: Freeze-Entschließung des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentanten-Hauses; Hintergründe und Argumentationsvorschläge, 3.3.1983, AdSD, Willy-Brandt-Archiv, A11.4.

- Wolfgang Biermann an Willy Brandt: Wünsche der FREEZE-Campaign zur Unterstützung ihrer Haltung in der Frage von Marschflugkörpern und Pershing II/Gespräch mit Randall Forsberg am Rande der Berliner Konferenz für atomare Abrüstung, 26.5.1983, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.2.
- Wolfgang Biermann an Peter Glotz: Einschätzung der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6.11.1983, 7.11.1983, AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A11.4.
- Wortprotokoll des Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz Christian Lochte vor dem PUA Hafenstraße, Mai 1988. <http://www.nadir.org/nadir/archiv/Haeuserkampf/Hafenstrasse/88/LochtePUA>,
 Letzter Zugriff: 18.10.2011.

Film-Dokumente

- Anarchie und Disneyland, CH 1982, Produktion: Bewohner/-innen der Universitätsstr. 89 (Zürich), 70 Min.
- Günz, Mindel, Riss & Würm - Geschichte des Jugendprotestes in der Schweiz 1916 – 1986, CH 1986, Produktion: Geschichtsladen, Lehrlingstreff und Videoladen Zürich, 52 Min. (Vid V 033).
- Handsworth Songs, GB 1986, Produktion: Black Audio Film Collective, 16mm, 60 Min.
- Keine Zeiten sich auszuruhen, CH 1982, Produktion: Videoladen Zürich, 37 Min. (Vid V 041).
- Ritterinnen, BRD 2003, Regisseurin: Barbara Teufel, Verlag: Neue Visionen, 96 Min.
- Züri bränt, CH 1980, Produktion: Videoladen Zürich, 100 Min. (Vid V 080).

Zeitungen und Zeitschriften

- »Aufruf an alle Frauen zur Erfindung des Glücks«, Emma, 12/1977, S. 16.
- »Aktionen für atomwaffenfreie Zonen«, antimilitarismus information, 12/1982, Nr. 10, IV74–75.
- »Amerika-Haus zwei Stunden besetzt«, Hamburger Abendblatt, 27. Mai 1986.
- »Atomwaffenstandort«. Kripo sucht die Täter«, friedenspolitischer kurier, Nr. 15/1983, 23. März 1983, S. 4.
- Beckstein, Günther: »Keine Nachsicht für Gewalt: Wer den Frieden im Lande schützt, kann des Dankes der Bürger sicher sein«, in: Bayernkurier, 1.8.1981, S. 3.
- »Benrather Straße gestern geräumt«, Rheinische Post – Lokalteil Hilden, 2.6.1982.
- Biedenkopf, Kurt: »Rückzug aus der Grenzsituation. Die nukleare Strategie ist auf die Dauer nicht konsensfähig«, Die Zeit, 30.10.1981, S. 12-14.
- »Bielefeld – Atomwaffenfreie Zone«, Pax an Bielefeld, 7 (1982), Nr. 30.
- »Breschnew zittert um den Frieden«, Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt über die Ergebnisse seiner Moskau-Reise«, Der Spiegel, 6.7.1981, S. 23-29.
- Decoder, Nr. 2, 1988, S. 66.
- »Der Geist von McNamara und das ›andere Amerika‹«, Kommunale. Heidelberger Wochenzeitung, 5. Januar 1984.
- »Deutsch-Amerikanisches Institut besetzt: Jugendliche protestieren gegen Reagan«, Reutlinger Generalanzeiger, 21. Januar 1981.
- »Die Seitenfassade ...«, Westdeutsche Zeitung – Lokalteil Hilden, 1.7.1982.
- Einladung zum »Sommerfest« zum Abschluss der Aktion »Atomwaffenfreie Zone Feldmark« (Wesel), Niederrheinische Friedensnachrichten, Nr. 4, 1983, S. 4.
- Fischer, Karin: »Mobilmachung fürs Überleben«, zivilcourage 8, Nr. 2, 1982, S. 14-15.
- »Geldern atomwaffenfrei«, in: dent. Jugendmagazin der DFG-VK Geldern, Nr. 9, 1984, Nr. 15.
- »Hannover: Amerikahaus besetzt«, Hamburger Abendblatt, 24. März 1981.
- Initiative »Wohnen im Stollwerck«, Stollwerck Zeitung Nr. 1, 24.5.1980, HASTK, Best. 7740, 1437.
- Initiative »Wohnen im Stollwerck«: Stollwerck Zeitung Nr. 3, 14.6.1980, HASTK, Best. 7740, 1437.
- »Kölle – atomwaffenfrei«, Kölner Friedens-Anzeiger 1, Nr. 7 (Dez.), 1982, S. 2.
- Leserbrief Manuela Ridder, Rheinische Post – Lokalteil Hilden, 1.10.1981.
- Lotze, Gerd: »Freeze-Entscheidung: Zwischen den Schleifsteinen. Eine Spannungs-Initiative wird verwässert«, Vorwärts, 28.4.1983, S. 4.
- Meinhof, Ulrike: »Warenhausbrandstiftung«, Konkret, Nr. 14/1968, S. 5.
- Mobilmachung Bielefeld 3, Nr. 4, 1984, S. 11.
- Plogstedt, Sibylle: »Ist die Gewalt in der Frauenbewegung angekommen?«, in: Courage, 9, 1981, S. 30-35.
- »Plakate und Parolen...«, Neue Rhein Zeitung – Lokalteil Hilden, 30.4.1981.
- Päsler, J.: »Atomwaffenfreie Zone. Wie man sammeln geht und wie man Leute ansprechen kann«, Friedensklärchen. Monatsblatt Bonner Friedensinitiativen 2, Nr. 2 (Feb.), 1983, S. 7.
- Reston, John: »Schmidt Voicing Greater Concern Over Economy Than Over Poland«, New York Times, 3.1.1982, S. 1.
- »Rheinberg soll eine atomwaffenfreie Zone sein«, Niederrheinische Friedensnachrichten, Dez. 1984, S. 18.
- Schneider, Armin/Wagenfeld, Sabine: »Aktionsvorschlag: Regionale atomwaffenfreie Zonen«, Pax an. Zeitung für Friedensarbeit, Nr. 2 (23.02.1982), S. 4.
- »Steuncampagne voor ANC in Vlaanderen«, in: De Standaard, 26. März 1991.
- Sommer, Theo »Rückfall in den Kalten Krieg. Kurzschnell-Reaktionen helfen niemandem«, Die Zeit, 18.12.1981.
- Sternsdorff, Hans-Wolfgang/Paul Lersch: »Es muß von allen Seiten Proteste hageln«, Der Spiegel 3/1980, S. 66-81.

- Strothmann, Dietrich: »Bremer Skandal. Ein Präsident und der Hundekot«, Die Zeit, Nr. 31, 25.7. 1980, S. 2.
- »Sturm auf Berliner Amerika-Haus: Für Terror, gegen USA«, Die Welt, 19. Mai 1980.
- Thomas, Tobias: »Aktionen fürs Überleben. Eine Zwischenbilanz der Kampagne ›Atomwaffenfreie Zonen‹«, zivilcourage 10, Nr. 2 (März/Apr. 1984), S. 30-31.
- Vack, Klaus: »Bericht aus dem Odenwaldkreis«, Informationsdienst der Kampagne für atomwaffenfreie Städte und Regionen 1, Nr. 4 (Mai 1983), S. 5.
- »Verwunderung über Old Germany«, Die Welt, 16. September 1981.
- Winkler, Willi: »Krieg, Frieden, Geld«, Süddeutsche Zeitung, 5./6.11.2011, S. V2/7.
- Widerstand '83 (Poster), Beilage zu: taubenschlag. Zeitschrift der Duisburger Friedensinitiativen, Jg. 2 (1983), Nr. 6 (Jul./Aug./Sept.).
- »Wir sind Freunde des US-Volkes«, Die Neue, 15. September 1981.
- Zeitschrift Achtzig, Winter 1980/81, S. 5 (Ar 201.209.6).
- Zimmermann, Friedrich: »Krise der SPD: Der RiB ist offenbar«, in: Bayernkurier, 5.9.1981, S. 1.
- zivilcourage 8 (1982) Nr. 2 (März/Apr.), Titel.
- »Zürcher Manifest«, in: Neue Zürcher Nachrichten, 5. Juli 1968.

Literatur

- A. Laszlo: »Vaskovics, Subkulturen und Subkulturkonzepte«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8 (1995), Nr. 2, S. 11-23.
- Aaster, Centro Sociale Cox 18, Centro Sociale Leoncavallo, Primo Moroni: Centri sociali: geografie del desiderio. Dati, statistiche, progetti, mappe, divenire, Milano 1996.
- Adinolfi, Francesco: Suoni dal ghetto, Genova 1989.
- Adinolfi, Francesco (Hg.): Comunità virtuali: i centri sociali in Italia, Roma 1994.
- AG Grauwacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin 2004.
- Akomfrah, John: »Black Independent Filmmaking«, in: Artrage 3-4, 1983.
- Albers, Detlev: »Polnische Lektion und westliche Linke«, in: spw 4 (1981), Nr. 11, S. 65-69.
- Alexander, Karen: »Black British Cinema in the 90s: Going Going Gone«, in: Robert Murphy (Hg.): British Cinema of the 90s, London 2000, S. 109-114.
- Alexander, Claire: Embodying Violence: »Riots«, Disorder and the Private Lives of »the Asian Gang«, http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/1/0/9/7/3/pages109731/p109731-1.php, zuletzt besucht am 21.08.2008.
- Anders, Freia: »Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre«, in: Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hg.): Das alternative Milieu, Göttingen 2010, S. 473-498.
- Anders, Freia: »Die Zeitschrift radikal und das Strafrecht«, in: dies./Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols. Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 2006, S. 221-257.
- Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation – zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. 1996 (Originalausgabe London, 1983).
- Andrews, Geoff: Endgames and New Times: The Final Years of British Communism 1964–1991, London 2004.
- Apel, Hans u. a. (Hg.): Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung, Bonn 1981.
- Arbeitsgruppe für die Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.): Schweizerische Arbeiterbewegung – Ergänzungsband 1968–79, Zürich 1980.
- Asens, Jaume: »La criminalización del movimiento okupa«, in: Asamblea de Okupas de Terrassa (Hg.): Okupación, Represión y Movimientos Sociales, Madrid 2000, S. 57-80.
- Atton, Chris: »Green Anarchist: A Case Study of Collective Action in the Radical Media«, in: Anarchist Studies, Nr. 7, 1999, S. 25-49.
- Aust, Stefan/Sabine Rosenblatt: Hausbesetzer. Wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen, Hamburg 1981.
- Avenel, Cyprien: Sociologie des »Quartiers Sensibles«, Paris 2004.
- Bachmann-Medick, Doris: Cultural Turns – Neue Orientierungen in den Kulturwissenschaften, Reinbek bei Hamburg 2009.
- Bähr, Jürgen/Paul Gans: »Barcelona. Entwicklungsphasen und gegenwärtige Struktur der katalonischen Metropole«, in: Geographische Rundschau, 38. Jg., H. 1, 1986, S. 9-18.
- Balestracci, Fiammetta: Cyberpunk. Reti alternative tra Italia e Germania, in: Zaprunder, Nr. 21, 2010, S. 8-23.
- Balibrea, Mari Paz: »Urbanism, culture and the post-industrial city: challenging the ›Barcelona Model‹«, in: Tim Marshall (Hg.): Transforming Barcelona, London, New York 2004, S. 187-210.
- Balistir, Thomas: Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989, Münster 1996.

- Balsen, Werner/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986.
- Balz, Hanno: Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren, Frankfurt/Main 2008.
- Bastian, Gert: »Aspekte der Friedenspolitik«. Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluss in der Darstellung der Bundesregierung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 26 (1981), Nr. 9, S. 1033-1053.
- Becker, Heide/Jochen Schulz zur Wiesch: Sanierungsfolgen. Eine Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen in Berlin, Stuttgart u. a. 1982.
- Bégin, Natalie: »Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich«, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 293-324.
- Behrends, Jan C./Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus (Hg.): Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005.
- Berg, Hubert van den: Avantgarde und Anarchismus – Dada in Zürich und Berlin, Heidelberg 1999.
- Bernt, Matthias: Rübiergeklapp! Die »Behutsame Stadterneuerung« im Berlin der 90er Jahre, Berlin 2003.
- Betta, Emmanuel/Enrica Capussotti: »Il buono, il brutto, il cattivo«. L'epica dei movimenti tra storia e memoria, in: Genesis, Nr. III/1, 2004, S. 113-123.
- Bhabha, Homi: The Location of Culture, London 1994.
- Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart, München 2004.
- Bingen, Dieter: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998.
- Birke, Peter: »Unruhen und »Territorialisierung«. Überlegungen zu den Arbeitskämpfen der 1968er Jahre«, in: Birke, Peter u. a. (Hg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009, S. 67-86.
- Blauner, Robert: »Internal Colonialism and Ghetto Revolt«, in: Social Problems, Vol. 16, Nr. 4, Berkeley 1969.
- Bloom, Clive: Violent London, London 2003.
- Bock, Walter de u. a.: Suikerbossie. België en Zuidelijk Afrika, Brüssel 1978.
- Bock, Veerle de: Solidariteit met (H)El Salvador. Analyse van de visies en acties van de Vlaamse El Salvadorcomités (1977–1992), UGent, nicht veröffentlichte Dissertation, 2003.
- Boll, Friedhelm/Jan Hansen: »Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD«, in: Gassert, Phillip u. a. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 203-228.
- Bohley, Bärbel: »Wir wollten schlau sein wie die Schlangen«, in: Bärbel Bohley/Gerald Prasch/Rüdiger Rosenthal (Hg.): Mut. Frauen in der DDR, München 2005, S. 13-73.
- Boltanski, Luc/Ève Chiapello: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003.
- Borst, Renate: »Mietenpolitik und Stadtpolitik. Thesen«, in: dies. u. a. (Hg.): Mietropolis. Mietpreisbindung und Stadtpolitik, Berlin 1986.
- Bösch, Paul: Meier 19 – Eine unbewältigte Polizei- und Justizaffäre, Zürich 1997.
- Bosgra, Sietse: »From Jan van Riebeeck to solidarity with the struggle: the Netherlands, South Africa and apartheid«, in: The Road to Democracy in South Africa, Vol. 3, S. 533-622.
- Bowling, Ben/Alpa Parmar/Carety Phillips: »Policing Ethnic Minority Communities«, in: Tim Newburn (Hg.): Handbook of Policing, Devon 2003, S. 528-555.
- Brandt, Willy: Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992, bearb. v. Karsten Rudolph, Bonn 2002.
- Brandt, Willy: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearb. v. Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009.
- Branzaglia, Carlo u. a.: Posse italiane. Centri sociali, underground musicale e cultura giovanile degli anni '90 in Italia, Firenze 1992.
- Braun, Helga: »Ist die Abgrenzungsdebatte in der Frauenbewegung angekommen?«, in: Ruth-Esther Geiger/Anna Johannesson (Hg.): Nicht friedlich und nicht still, München 1982, S. 96-104.
- Braunstein, Peter: »Possessive Memory and the Sixties Generation«, in: Culturefront, Summer 1997, S. 66-69.
- Bren, Paulina: »1968 East and West. Visions of Political Change and Student Protest from across the Iron Curtain«, in: Horn, Gerd-Rainer/Kenney, Padraic (Hg.): Transnationale Moments of Change. Europe 1945, 1968, 1989, Manham 2004, S. 119-135.
- Brockmann, Anna Dorothea: »Frauen gegen den Krieg, Frauen für Frieden – gegen welchen Krieg, für welchen Frieden eigentlich?«, in: Geiger, Ruth-Esther/Johannesson, Anna (Hg.): Nicht friedlich und nicht still: Streitschriften von Frauen zu Krieg und Gewalt, München 1982, S. 105-116.
- Brunow, Dagmar: »Representation and performativity – methodological considerations on film and historiography. The example of Baader-Meinhof«, in: Ahlberger, Christer (Hg.): Historier: Arton- och nittonhundratalets skönlitteratur som historisk källa, Göteborg 2009, S. 44-56.
- Brunow, Dagmar: »Before YouTube and Indymedia: Independent collective filmmaking practice in Hamburg«, in: Studies in European Cinema. Special issue on film collectives, 2012 (in Vorbereitung).
- Buechler, Steven M.: Social Movements in Advanced Capitalism. The Political Economy and Cultural Construction of Social Activism, Oxford/New York 2000.

- Buelinckx, Jan: Radicaal-links in België en de val van de muur. Hoe overleefden de KP, de SAP en de PVDA de val van het reëel bestaande socialisme?, UGent, nicht veröffentliche Dissertation, 2002.
- Bugler, Simon: »The Culture of Poverty Thesis and Urban Poverty: Shades of Myth and Reality«, in: Charlot, Monica (Hg.): Britain's Inner Cities, Paris 1994.
- Burke, Peter: Kultureller Austausch, Frankfurt am Main 2000.
- Buro, Andreas: »Friedensbewegung«, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/Main 2008, S. 267-292.
- Butler, Judith/Ernesto Laclau/Slavoj Žižek: Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left, London/New York 2000.
- Byrne, Paul: Social Movements in Britain, London 1997.
- Calabrò, Anna Rita/Grasso, Laura: Dal movimento femminista al femminismo diffuso. Storie e percorsi a Milano dagli anni '60 agli anni '80, Milano 2004 (1. Aufl. 1984).
- Callaghan, John: The Far Left in British Politics, Oxford 1987.
- Callinicos, Alex/Simon, Mike: The Great Strike: The Miner's Strike 1984-5 and its Lessons, London 1985.
- Carr, Gordon: The Angry Brigade: The Cause and the Case, London 1975.
- Castells, Manuel: »The City and the Grassroots. Eine transkulturelle Theorie städtischer sozialer Bewegungen«, in: An Architektur, Heft 17, 2006 [1983].
- Castro, Monia (O'Brien): »On the Privatization of Inner Cities: The British Conservative Governments' Urban Policy (from 1979 to the mid-1990s)«, in: CRESAB, Living Archives, Nr. 9, Nancy 2006.
- Cavarocchi, Francesca: »Orgoglio e pregiudizio. Note sul movimento gay e lesbico in Italia«, in: Zaprunder, Nr. 21, 2010, S. 78-87.
- Certeau, Michel de: L'Invention du Quotidien. Vol. 1, Arts de Faire, Paris 1990 [1980].
- Chakrabarty, Dipesh: Provincializing Europe. Postcolonial thought and historical difference, Princeton 2000.
- Choi, Sung-Wan: Von der Dissidenz zur Opposition. Die politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1978–1989, Köln 1999.
- Cochrane, Allan: »Just Another Failed Urban Experiment? The legacy of the Urban Development Corporations«, in: Imrie, Robert/Huw, Thomas (Hg.): British Urban Policy: an Evaluation of the Urban Development Corporations, 2nd ed., London 1999.
- Cohen, Phil: »Sub-Cultural Conflict and Working Class Community«, in: Hall, Stuart (Hg.): Culture, Media, Language. Working Papers in Cultural Studies, 1972–79, London 1992, S. 78-87.
- Colarizi, Simona u. a. (Hg.): Gli anni ottanta come storia, Soveria Mannelli 2004.
- Collette, Christine F./Laybourn, Keith: Modern Britain since 1979, London 2003.
- Conze, Eckart: »Modernitätsskepsis und Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik«, in: Zeithistorische Forschungen 7 (2010), Nr. 2, S. 220-239.
- Cornier, John: The Art of Record. A Critical Introduction to Documentary, Manchester 1996.
- Coulmas, Florian: Hiroshima. Geschichte und Nachgeschichte, München 2010.
- Crainz, Guido: Il paese mancato. Dal miracolo economico agli anni ottanta, Roma 2003.
- Crainz, Guido: Autobiografia di una repubblica, Roma 2009.
- Crivellari, Fabio: »Blockade. Friedensbewegung zwischen Melancholie und Ironie«, in: Paul, Gerhard (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 482-489.
- Cross, Richard: »The Hippies Now Wear Black: Crass and the anarcho-punk movement, 1977–1984«, in: Socialist History, No. 26, 2004, S. 25-44.
- Davis, Belinda: »Women's Strength Against Their Crazy Male Power: Gendered Language in the West German Peace Movement of the 1980s«, in: Davy, J. A./Hagemann, K./Kätzell, U. (Hg.): Frieden-Gewalt-Geschlecht: Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung, Essen 2005, S. 244-265.
- Deas, Ian u. a.: »Rescripting Urban Regeneration, The Mancunian Way«, in: Imrie, Robert/Huw, Thomas (Hg.): British Urban Policy: an Evaluation of the Urban Development Corporations, 2nd ed., London 1999.
- Delgado, Manuel: La ciudad mentirosa. Fraude y miseria del »modelo Barcelona«, Madrid 2007.
- Della Porta, Donatella: Movimenti collettivi e sistema politico in Italia. 1960–1995, Roma/Bari 1996.
- Della Porta, Donatella: I new global. Chi sono e cosa vogliono i critici della globalizzazione, Bologna 2003.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario: Movimenti senza protesta? L'ambientalismo in Italia, Bologna 2004.
- Della Porta, Donatella: »Politische Gewalt und Terrorismus: Eine vergleichende und soziologische Perspektive«, in: Weinhauer, Klaus u. a. (Hg.): Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt a. M. 2006, S. 33-58.
- De Luna, Giovanni: Le ragioni di un decennio, Roma 2011.
- De Sario, Beppe: Resistenze innaturali. Attivismo radicale nell'Italia degli anni '80, Milano 2009.
- De Sario, Beppe: »Lo sai che non si esce vivi dagli anni ottanta?«. Esperienze attiviste tra movimento e associazionismo di base nell'Italia post-'77«, in: Interface: a journal for and about social movements, Nr. 2, 2009, S. 108-133.

- De Sario, Beppe: »Narrazioni transnazionali. Rappresentazione e racconto nei movimenti alterglobalisti, tra traduzione culturale e attivazione della protesta«, in: *Partecipazione e conflitto*, Nr. 2, 2009, S. 135-162.
- Diawara, Manthia: »Power and Territory: The Emergence of Black British Film Collectives«, in: Friedman, Lester (Hg.): *British Film and Thatcherism: Fires We Started*, London 1993, S. 147-160.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.
- Domnitz, Christian: »Der Traum von Helsinki: Bürgerrechtler entwickeln Ideen einer neuen europäischen Ordnung«, in: *Deutschland-Archiv* 40 (2007) 1, S. 76-86.
- D'Onofrio, Serafino/Monteventi, Valerio: *Berretta Rossa. Storie di Bologna attraverso i centri sociali*, Bologna 2011.
- Ebbinghaus, Bernhard/Visser, Jelle: »Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im westeuropäischen Vergleich«, in: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hg.): *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*, Opladen 1997, S. 333-376.
- Ebbinghaus, Angelika u. a. (Hg.): 1968. Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive, Leipzig 2009.
- Eckert, Rainer: »Dissidenz und Opposition im Schatten der Mauer – die sechziger und siebziger Jahre«, in: Rainer Eppelmann, Rainer u. a. (Hg.): *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn 2003.
- Eisenberg, Christiane: »Cultural Transfer as a Historical Process: Research Questions, Steps of Analysis, Methods«, in: Schlaeger, Jürgen (Hg.): *REAL: Yearbook of Research in English and American Literature: Metamorphosis—Structures of Cultural Transformation*, Nr. 20, 2005, S. 99-111.
- Eppler, Erhard: »Polen wird zum Prüfstein einer europäisch konzipierten Friedenspolitik«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 27 (1982), Nr. 2, S. 148-149.
- Eshun, Kodwo/Sagar, Anjalika (Hg.): *The Ghosts of Songs: The Film Art of the Black Audio Film Collective 1982–1998*, Liverpool 2007.
- Eshun, Kodwo: »Drawing the Forms of Things Unknown«, in: Eshun, Kodwo/Sagar, Anjalika (Hg.): *The Ghosts of Songs: The Film Art of the Black Audio Film Collective 1982–1998*, Liverpool 2007, S. 74-105.
- Evans, Stephen: »Thatcher and the Victorians: A Suitable Case for Comparison?«, in: *History*, Vol. 82, Nr. 268, Oktober 1997, S. 601-620.
- Fahlenbrach, Kathrin u. a. (Hg.): *The Establishment Responds: Power, Politics, and Protest since 1945*, New York/London 2011.
- Faulenbach, Bernd: *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011.
- Fink, Carole u. a. (Hg.): 1968. *The World Transformed*, Cambridge 1998.
- Fink, Ulf (Hg.): *Keine Angst vor Alternativen. Ein Minister wagt sich in die Szene*, Freiburg i. Br. 1983.
- Finzsch, Norbert: »Gay Punk, White Lesbian, Black Bitch«. Zur Konstruktion des schwarzen männlichen Revolutionärs durch die Black Panther Party, 1966 bis 1982«, in: Hering, Rainer/Nicolaysen, Rainer (Hg.): *Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky*, Wiesbaden 2003, S. 206-220.
- Fontanellaz, Barbara: *Auf der Suche nach Befreiung – Politik und Lebensgefühl innerhalb der kommunistischen Linien. Eine Sozialwissenschaftliche Analyse zum Phänomen des »Linksextremismus« in der Schweiz*, Bern 2009.
- Foot, John: *Milan since the miracle. City culture and identity*, Oxford/New York 2001.
- Foucault, Michel: »Von anderen Räumen«, in: *Dits et écrits. Schriften in vier Bänden*, Bd. 4, S. 931-942, Frankfurt/Main 2005.
- Frank, Benjamin: *Rebel Alliances: The Means and Ends of Contemporary British Anarchism*, Edinburgh 2006.
- Francescangeli, Eros: »Creste, borchie e panini. Le subculture »spettacolari« milanesi nelle carte di polizia (1984–1985)«, in: *Zapruder*, Nr. 21, 2010, S. 106-113.
- Franssen, Mario: »Van »Boycot Zuid-Afrika« naar »Boycot Israël««, *Uitpers* nr. 82, http://www.uitpers.be/artikel_view.php?id=1524, (eingesehen am 27. Juni 2011).
- Frese, Matthias u. a. (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003.
- Gaffney, John: »Programmes of Perception: An Analysis of the Police Report into the Riots in Handsworth, Birmingham in September 1985«, in: Charlot, Monica (Hg.): *Britain's Inner Cities*, Paris 1994.
- Galli Della Loggia, Ernesto: *L'identità italiana*, Bologna 1998.
- Gassert, Philipp u. a. (Hg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011.
- Geiger, Ruth-Esther/Johannesson, Anna (Hg.): *Nicht friedlich und nicht still: Streitschriften von Frauen zu Krieg und Gewalt*, München 1982.
- Gerhard, Ute: »Frauenbewegung«, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*, Frankfurt a. M. 2008, S. 188-217.
- Geronimo: *Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen*, 5. Aufl., Berlin/Amsterdam 1997.
- Gessner, Volkmar/Hassemer, Winfried (Hg.): *Gegenkultur und Recht*, Baden-Baden 1985.

- Gilcher-Holtey, Ingrid: 1968 – eine Zeitreise, Frankfurt/Main 2008.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung: Deutschland – Westeuropa – USA, München 2008.
- Epstein, Barbara: Political Protest and Cultural Revolution. Nonviolent Direct Action in the 1970s and 1980s, Berkeley 1991.
- Gilroy, Paul: There ain't no Black in the Union Jack: The Cultural Politics of Race and Nation, London 1987.
- Gilroy, Paul: The Black Atlantic: Modernity and Double Consciousness, London 1993.
- Ginsborg, Paul: Storia d'Italia dal dopoguerra ad oggi. Società e politica 1943–1988, Torino 1988.
- Ginsborg, Paul: L'Italia del tempo presente, Torino 2007.
- Ginsborg, Paul: L'Italia del tempo presente. Famiglia, società civile, Stato 1980–1996, Torino 1998.
- Givanni, June: »In Circulation: Black Films in Britain«, in: Mercer, Kobena (Hg.): Black Film, British Cinema. (ICA Documents 7), London 1988, S. 39–41.
- Glass, Ruth: Introduction to London: Aspects of Change Centre for Urban Studies, London 1964.
- Gómez, Francisco de Paula Fernández: Okupació a Catalunya 1984–2009, Barcelona 2010.
- Goodman, Geoffrey: The Miner's Strike, London 1985.
- Griffiths, Philip Jones: Vietnam Inc., New York 2001 [1971].
- Grispigni, Marco: »Qualcosa di travolgente«. I conflitti impolitici, in: Massimo Ilardi (Hg.): La città senza luoghi. Individuo, conflitto, consumo nella metropoli, Genova 1990.
- Grispigni, Marco: Il settantasette, Milano 1997.
- Gude, Sigmar: »Der Bedeutungswandel der Stadt als politischer Einheit«, in: Korte, Hermann (Hg.): Zur Politisierung der Stadtplanung, Düsseldorf 1971, S. 85–125.
- Guha, Ranajit/Spivak, Gayatri Chakravorty (Hg.): Selected Subaltern studies, Oxford 1988.
- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, Band 2, Frankfurt/Main 1999.
- Hall, Catherine: Civilising Subjects: Colony and Metropole in the English Imagination, 1830–1867, Chicago 2002.
- Hall, Stuart u. a.: Policing the crisis: mugging, the state, and law and order, Basingstoke 1978.
- Hall, Stuart: »The Meaning of New Times«, in: Hall, Stuart/Jacques, Martin (Hg.): New Times, London 1989.
- Hall, Stuart: »New Ethnicities« [1987], in: Baker Jr., Houston A. u. a. (Hg.): Black British Cultural Studies. A Reader, Chicago/London 1996, S. 163–172.
- Hall, Stuart: »Rekonstruktion«, in: Wolf, Herta (Hg.): Diskurse der Fotografie. Fotokritik am Ende des fotografischen Zeitalters. Band II, Frankfurt/Main 2003, S. 75–91.
- Haller, Michael (Hg.): Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft, Hamburg 1981.
- Hansen, Jan: »Zwischen Staat und Straße: Zur Kulturgeschichte des Nachrüstungsstreits in der SPD (1979–1983)«, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012).
- Harrison, P.: Inside the Inner City: Life under the Cutting Edge, Dritte Auflage, Middlesex 1992.
- Hartung, Klaus: »Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen«, in: Kursbuch, Heft 48, 1977, S. 14–43.
- Harvey, David: The Condition of Postmodernity. An Inquiry into the Origins of Cultural Change, Cambridge/Oxford 1990.
- Harvey, David: Spaces of Capital. Towards a Critical Geography, Edinburgh 2001.
- Harvey, David: »The Political Economy of Public Space«, in: Low, Setha (Hg.): The Politics of Public Space, New York 2006, S. 17–33.
- Haumann, Sebastian: »Protest auf Kölsch. Lokale Identität und Mobilisierung in der Kölner Südstadt 1970–1980«, in: Geschichte im Westen 22 (2007), S. 251–268.
- Haumann, Sebastian: »Hausbesetzungen in Hilden 1980–1982. Protest im Kontext lokaler Ambitionen und Realität«, in: Schmidt-Lauber, Brigitta (Hg.): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole, Frankfurt/Main 2010, S. 207–222.
- Haumann, Sebastian: »Schade, daß Beton nicht brennt...«. Planung, Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940–1990, Stuttgart 2011.
- Haunss, Sebastian: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004.
- Haunss, Sebastian: »Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung«, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt 2008, S. 447–473.
- Häußermann, Hartmut u. a. (Hg.): Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg, Opladen 2002.
- Held, Gerhard: »Barcelona, doppelte Stadt«, in: von Petz, Ursula/Schmals, Klaus M. (Hg.): Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung, Dortmund 1992, S. 260.
- Hellemans, Staf/Hooghe, Marc (Hg.): Van Mei '68 tot Hand in Hand. Nieuwe sociale bewegingen in België 1965–1995, Leuven 1995.
- Hennis, Wilhelm u. a. (Hg.): Regierbarkeit. Studien zur ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977.

- Heppner, Christian: »Von der ›Stadtkrone‹ zum Jugendfreizeitheim. Integrations- und Desintegrationsprozesse in der Gründungsphase eines Kommunikationszentrums in Garbsen«, in: von Saldern, Adelheid (Hg.): Stadt und Kommunikation, S. 328-349.
- Herbert, Ulrich: »Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze«, in: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7-49.
- Herreros Sala, Tomás: »Movimiento de las okupaciones y movimientos sociales: elementos de análisis para el caso de Cataluña«, in: Adell Argilés, Ramón/Martínez López, Miguel (Hg.): ¿Dónde están las llaves? El movimiento okupa: prácticas y contextos sociales, Madrid 2004, S. 129-150.
- Herreros Sala, Tomás: »El moviment de les okupacions - La revifalla dels moviments socials«, in: Prat, Enric (Hg.): Els moviments socials a la Catalunya contemporània, Barcelona 2004, S. 217-240.
- Herridge, Peter: Television, the ›Riots‹ and Research. Screen 24 (1), 1983.
- Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, 5. Ausgabe, Köln 1995.
- Herzog, Dagmar: »Pleasure, Sex and Politics Belong Together: Post-Holocaust Memory and the Sexual Revolution in West Germany«, in: Critical Inquiry 24, Nr. 2 (1998), S. 393-444.
- Hessel, Stéphane: Empört Euch, Berlin 2011.
- Hill, Dilys M.: Citizens and Cities: Urban Policy in the 1990s, Hertfordshire 1994.
- Hill, John: British Cinema in the 1980s, Oxford 1999.
- Hobsbawm, Eric: Primitive Rebels, Manchester 1959.
- Hoffmann, Martin (Hg.): Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997.
- Hohenberger, Eva (Hg.): Bilder des Wirklichen. Texte zur Theorie des Dokumentarfilms, Berlin 1998.
- Holm, Andrej: Die Restrukturierung des Raumes. Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin: Interessen und Machtverhältnisse, Bielefeld 2006.
- Holm, Andrej/Kuhn, Armin: »Häuserkampf und Stadterneuerung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2010, S. 107-115.
- Holm, Andrej/Kuhn, Armin: »Squatting and Urban Renewal in Berlin. The interaction of squatter movements and strategies of urban restructuring«, in: International Journal of Urban and Regional Research, 35. Jg., H. 3, 2011 S. 644-58.
- Holston, James: Insurgent Citizenship. Disjunctions of Democracy and Modernity in Brazil, Princeton/Oxford 2008.
- Horn, Gerd-Rainer: The Spirit of '68: Rebellion in Western Europe and North America, 1956–1976, Oxford 2007.
- HSK 13: vorwärts bis zum nieder mit. 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen, Hamburg 2001.
- Hübner, Klaus: Hausbesetzungen aus polizeilicher Sicht, Berlin 1982.
- Humair, Cédric: 1848 – Naissance de la Suisse moderne, Lausanne 2009.
- ID Archiv (Hg.), Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, 2 Bde., Berlin 1993.
- Inglehart, Ronald: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.
- Israel, Joachim: Der Begriff Entfremdung, Reinbek 1972.
- Jacobs, Brian D.: Racism in Britain, London 1988.
- Janning, Josef u. a. (Hg.): Friedensbewegungen. Entwicklungen und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987.
- Jarausich, Konrad H.: »Missverständnis Amerika: Antiamerikanismus als Projektion«, in: Behrends, Jan C. u. a. (Hg.): Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 34-49.
- Johnson, Richard: »The New West German Peace Movement. Male Dominance or Feminist Nonviolence«, in: Women in German Yearbook: Feminist Studies in German Literature & Culture, Volume 1, 1985, S. 135-162.
- Joly, Danièle: L'Émeute, Lonrai 2007.
- Jones, Harriet (Hg.): The Myth of Consensus: New Views on British History 1945-64, Basingstoke u. a. 1996.
- Julien, Isaac: »Black Is, Black Ain't: Notes on De-Essentializing Black Identities«, in: Dent, Gina (Hg.): Black Popular Culture, Seattle 1992, S. 255-263.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus: Der überforderte schwache Staat. Sind wir noch regierbar?, München 1975.
- Karakayali, Serhat: »Across Bockenheimer Landstraße«, in: Diskus, Nr. 2 (2000), S. 7-11.
- Katsiaficas, George N.: The Subversion of Politics. European Autonomous Social Movements and the Decolonization of Everyday Life, Atlantic Highlands, NJ 2006.
- Kauffman, L.A.: »Small Change. Radical Politics since the 1960s«, in: Darnovsky, Marcy (Hg.): Cultural Politics and Social Movements, Philadelphia 1995, S. 154-160.
- Kerkhofs, Jan/Reszohazy, Rudolf: De stille ommekeer. Oude en nieuwe waarden in het België van de jaren tachtig, Tiel 1984.
- Klein, Thomas: »Frieden und Gerechtigkeit!« Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln 2007.

- Klimke, Martin: *The Other Alliance. Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*, Princeton 2010.
- Klimke, Martin/Mausbach, Wilfried: »Auf der äußeren Linie der Befreiungskriege. Die RAF und der Vietnamkonflikt«, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 1, Hamburg 1996, S. 620-643.
- Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): *1968 in Europe. A History of Protest and Activism 1956–1977*, Basingstoke 2008.
- Knoch, Hanno: »Bewegende Momente. Dokumentar fotografie und die Politisierung der westdeutschen Öffentlichkeit vor 1968«, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 97-122.
- Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Frankfurt/Main 2001.
- Kokorz, Gregor/Mitterbauer, Helga: *Übergänge und Verflechtungen: Kulturelle Transfers in Europa*, Berlin 2004.
- Koopmans, Ruud: *Democracy from below. New social movements and the political system in West Germany*, Boulder, Col. u. a. 1995.
- Kraus, Elisabeth: *Von der Kernspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*, Würzburg 2001.
- Kraushaar, Wolfgang (Hg.): *Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung*, Frankfurt/Main 1978.
- Kraushaar, Wolfgang: »Entschlossenheit: Dezinionismus als Denkfigur. Von der antiautoritären Bewegung zum bewaffneten Kampf«, in: ders. (Hg.): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 1, S. 140-156.
- Kreis, Reinhild: »Gründung und Krise des Deutsch-Amerikanischen Instituts Nürnberg 1962–1972«, in: *MVGN* 92 (2005), S. 415-482.
- Kreuder, Thomas/Loewy, Hanno (Hg.): *Konservatismus in der Strukturkrise*, Frankfurt/Main 1987.
- Kreuzer, Arthur: *Jugend, Rauschdrogen, Kriminalität*, Wiesbaden 1978.
- Kriesi, Hanspeter: *Die Zürcher Bewegung – Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge*, Frankfurt/Main 1984.
- Kriesi, Hanspeter u. a. (Hg.): *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*, Minneapolis 1995.
- Kroh, Ferdinand: »Ein Briefwechsel zweier Freundinnen. Frauen für den Frieden«, in: ders. (Hg.): »Freiheit ist immer Freiheit. ...«. *Die Andersdenkenden in der DDR*, Frankfurt/Main – Berlin 1988, S. 155-180.
- Kuhn, Gabriel: *Jenseits von Staat und Individuum: Individualität und Autonome Politik*, Münster 2007.
- Kukutz, Irena: »Nicht Rädchen, sondern Sand im Getriebe, den Kreis der Gewalt zu durchbrechen«. *Frauenwiderstand in der DDR in den 80er Jahren*, in: Poppe, Ulrike u. a. (Hg.): *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995.
- Kukutz, Irena (b): »Die Bewegung »Frauen für den Frieden« als Teil der unabhängigen Friedensbewegung der DDR«, in: *Der Deutsche Bundestag* (Hg.): *Materialien der Enquete Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED – Diktatur in Deutschland«. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 89, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur*, Bd. VII, 2, Baden-Baden 1995, S. 1285-1408.
- Kunz, Thomas: *Das Zürcher Jugendhaus Drahtschmidli*, Zürich 1993.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a radical democratic Politics*, London/New York 2001.
- Lafontaine, Oskar: *Angst vor den Freunden. Die Atomwaffenstrategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*, Reinbek 1983.
- Lanaro, Silvio: *Storia dell'Italia repubblicana. Dalla fine della guerra agli anni novanta*, Venezia 1992.
- Laurisch, Bernd: *Kein Abriß unter dieser Nummer. 2 Jahre Instandbesetzung in der Cuvrystraße in Berlin-Kreuzberg*, Giessen 1981.
- Lauterbach, Jörg: *Staats- und Politikverständnis autonomer Gruppen in der BRD*, Univ.-Diss. Frankfurt/Main 1999.
- Lawless, Paul: *Britain's Inner Cities*, London 1989.
- Lawrence, Errol: »Just plain common sense: the »roots« of racism«, in: *Centre for Contemporary Cultural Studies* (Hg.): *The Empire Strikes Back: Race and Racism in 70s Britain*, Birmingham 1982, S. 45-92.
- Leach, Robert: *British Political Ideologies*, London 1996.
- Leggewie, Claus: »Renaissance des Antiamerikanismus? Zur Unterscheidung von Antiamerikanismus und Amerika-kritik am Beginn des 20. Jahrhunderts«, in: von Thadden, Rudolf/Escudier, Alexandre (Hg.): *Amerika und Europa. Mars und Venus? Das Bild Amerikas in Europa*, Göttingen 2004, S. 105-115.
- Leinen, Josef M.: »Noch einmal: Polen und die Friedensbewegung«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 27 (1982), Nr. 3, S. 341-343.
- Lenz, Ilse (Hg.): *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland: Abschied vom kleinen Unterschied*, Wiesbaden 2009.
- Ley, Colin: *Politics in Britain from Labourism to Thatcherism*, London 1989.
- Lindner, Werner: *Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn*, Opladen 1996.

- Linke, Angelika/Scharloth, Joachim (Hg.): *Der Zürcher Sommer 1968 – Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn*, Zürich 2008.
- Lönnendonker, Siegwald/Fichter, Tilman: *Freie Universität Berlin 1948–1973. Hochschule im Umbruch*, Bd. 4: *Die Krise (1964–1967)*, Berlin 1975.
- López, Miguel Martínez: *Okupaciones de viviendas y de centros sociales. Autogestión, contracultura y conflictos urbanos*, Barcelona 2002.
- Lovink, Geert: *Hörzu oder stirb*, Berlin 1992.
- Löw, Martina: *Raumsoziologie*, Frankfurt/Main 2001.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen: »Kulturtransfer – neuere Forschungsansätze zu einem interdisziplinären Problemfeld der Kulturwissenschaften«, in: Mitterbauer, Helga/Scherke, Katharina (Hg.): *Ent-grenzte Räume: Kulturelle Transfers um 1900 und in der Gegenwart*, Wien 2005.
- Lussi, Thomas: »Stadterneuerung in Barcelona«, in: Harald Bodenschatz u. a. (Hg.): *Stadterneuerung im Umbruch*, Berlin 1994.
- Machciewicz, Pawel: »Die polnische Krise von 1980/81«, in: Greiner, Bernd u. a. (Hg.): *Krisen im Kalten Krieg*, Hamburg 2008, S. 477-504.
- MacDougal, Carla: »We too are Berliners«. *Protest, Symbolism, and the City in Cold War Germany*«, in: Davis, Bindla u. a. (Hg.): *Changing the World, Changing Oneself. Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s*, New York 2010, S. 83-101.
- MacGregor, Susanne: »Reversing the Process in the Inner Cities«, in: Charlot, Monica (Hg.): *Britain's Inner Cities*, 1994.
- Mählert, Ulrich: *Kleine Geschichte der DDR*, München 2004.
- Maltry, Karola: *Die neue Frauenfriedensbewegung. Entstehung, Entwicklung, Bedeutung*, Frankfurt 1993.
- Mannhardt, Klaus: *Stützpunkte für den Krieg – oder Orte des Friedens? Für kommunale und regionale Friedensarbeit. Gegen Militarisierung*, Bonn 1985.
- Manrique, Matthias: *Marginalisierung und Militanz. Jugendliche Bewegungsmilieus im Aufruhr*, Frankfurt/Main 1992.
- Marcasciano, Porpora: *Antologaiia. Sesso, genere e cultura degli anni '70*, Milano 2007.
- Marcus, Greil: *Lipstick traces. A secret history of the 20th century*, Cambridge/MA. 1989.
- Marcus, Greil: *In the fascist bathroom. Punk in pop music 1977 – 1992*, Harvard 1993.
- Marquand, David: »The Decline of Post-war Consensus«, in: Gorst, Anthony u.a.: *Post-war Britain 1945–64*, London u. a. 1989.
- Martin, John N./Moroni, Primo: *La luna sotto casa. Milano tra rivolta esistenziale e movimenti politici*, Milano 2007.
- Martínez I Muntada, Ricard: »El moviment veïnal en el tardofranquisme i la transició: conflicte, identitat obrera i valors alternatius«, in: Prat, Enric (Hg.): *Els moviments socials a la Catalunya contemporània*, 2004, S. 71-91.
- Martinotti, Guido: *Metropoli. La nuova morfologia sociale delle città*, Bologna 1993.
- Maruhn, Jürgen/Wilke, Manfred (Hg.): *Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte*, München 2002.
- Marullo, Sam/Lofland, John: *Peace Action in the Eighties*, New Brunswick 1990.
- Massey, Doreen: *Space, Place and Gender*, Cambridge/Oxford 1994.
- Mausbach, Wilfried: »Vereint marschieren, getrennt schlagen? Die amerikanische Friedensbewegung und der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss«, in: Gassert, Phillip u. a. (Hg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*, S. 283-304.
- Mausbach, Wilfried: »Von der ›zweiten Front‹ in die friedliche Etappe? Internationale Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik 1968–1983«, in: Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hg.): *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, S. 423-444.
- Mayer, Margit: »Städtische Soziale Bewegungen«, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/Main 2008, S. 293-318.
- McDonald, Kevin: *Global Movements. Action and culture*, Oxford 2006.
- McKay, George: *Senseless Acts of Beauty: Cultures of Resistance since the Sixties*, London 1996.
- McKay, George: *DiY Culture: Party & Protest in Nineties Britain*, London 1998.
- Melucci, Alberto (Hg.): *Altri codici. Aree di movimento nella metropoli*, Bologna 1984.
- Melucci, Alberto: *Challenging codes*, Cambridge 1996.
- Melzer, Patricia: »Death in the Shape of a Young Girl«. *Feminist Responses to Media Representations of Women Terrorists during the ›German Autumn‹ of 1977*«, in: *Feminist International Journal of Politics*, 11:1, 2009, S. 35-62.
- Mende, Silke: »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.« *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011.
- Mercer, Kobena (Hg.): *Black Film, British Cinema*, (ICA Documents 7), London 1988.
- Mercer, Kobena: *Welcome to the Jungle*, London/New York 1994.

- Mergel, Thomas: »Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (2002).
- Metzler, Gabriele: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005.
- Metzler, Gabriele: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, in: Jarausch, Konrad H. (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 243-260.
- Michel, Judith: *Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933–1992*, Göttingen 2010.
- Michel, Karl M./Spengler, Tilman (Hg.): *Kursbuch 65. Der große Bruch – Revolte* 81, Berlin 1981.
- Michels, Eva: »Atomwaffenfreie Zone ›von unten‹. Aktionsvorschläge und Beispiele aus Städten, Gemeinden und Landkreisen«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 27 (1982), Nr. 11, S. 1330-1341.
- Miethke, Ingrid: »... das war doch wirklich nichts Besonderes, was wir gemacht haben ...«. Die »Frauen für den Frieden« Ost«, in: Beuth, Kirsten/Plötz, Kirsten (Hg.): *Was soll ich euch denn noch erklären? Ein Austausch über Frauengeschichten in zwei deutschen Staaten*, Gelnhausen 1998, S. 198-207.
- Miethke, Ingrid: *Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe*, Opladen 1999.
- Militant A: *Storie di Assalti frontali. Conflitti che producono banditi*, Roma 1999.
- Miró I Ácedo, Iván: »Dibujando nuevas, rápidas figuras«, in: Ibarra, Pedro/Grau, Elena (Hg.): *La red en la ciudad*, Barcelona 2008, S. 81-94.
- Modood, T. u. a.: *The Fourth National Survey of Ethnic Minorities, Ethnic Minorities in Britain: Diversity and Disadvantage*, London 1997.
- Monaghan, Rachel: »Animal Rights and Violent Protest«, in: *Terrorism and Political Violence*, Vol. 9, No.4, 1997, S. 106-116.
- Moroni, Primo u.a.: *Centri sociali: che impresa! Oltre il ghetto: un dibattito cruciale*, Roma 1995.
- Morris, Aldon: *The Origins of the Civil Rights Movements. Black Communities Organizing for Change*, New York 1984.
- Mouffe, Chantal: *On the political*, London/New York 2005.
- Mühlberg, Felix: *Bürger, Bitten und Behörden: Geschichte der Eingabe in der DDR*, Berlin 2004.
- Mulhak, Renate: »Der Instandbesetzungskonflikt in Berlin«, in: Grottian, Peter/Nelles, Wilfried (Hg.): *Großstadt und neue soziale Bewegungen*, Basel 1983, S. 205-252.
- Müller, Michael Ludwig: *Berlin 1968. Schachmatt mit Springer*, Berlin 2008.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander: *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt/Main 1972.
- Neubert, Ehrhart: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 1997.
- Neubert, Ehrhart: »Der KSZE-Prozess und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR«, in: Henke, Klaus Dietmar u. a. (Hg.): *Widerstand und Opposition in der DDR*, Köln/Weimar 1999, S. 295-308.
- Nicaise, Ides: »Activering van uitkeringen«, in: *Belgisch Tijdschrift voor Sociale Zekerheid*, 42 (3), 2000, S.687-700.
- Nick, Volker u. a.: *Mutlangen 1983–1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*, Mutlangen 1993.
- Nigg, Heinz: *Wir wollen alles, und zwar subito! Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen*, Zürich 2001.
- Nigg, Heinz/Wade, Graham: *Community Media – Community communication in the UK: Video, Local TV, Film, and Photography*, Zürich 1980.
- N. N., 20 Jahre radikal. *Geschichte und Perspektiven autonomer Medien*, Hamburg/Berlin/Münster 1996.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Piel, Edgar (Hg.): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie*, Bd. 8: 1978–1983, München 1983.
- Notz, Gisela: »Courage – Wie es begann, was daraus wurde und was geblieben ist«, in: Notz, Gisela (Hg.): *Als die Frauenbewegung noch Courage hatte. Die »Berliner Frauenzeitung Courage« und die autonomen Frauenbewegungen der 1970er und 1980er Jahre*, Bonn 2007.
- Olejniczak, Claudia: »Dritte-Welt-Bewegung«, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/Main 2008, S. 319-345.
- Otto, Karl A.: *APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970)*, Köln 1989.
- Pack, Birgit: *Tierschutz und Antisemitismus, Diplomarbeit, Universität Wien 2008*, <http://othes.univie.ac.at/359/>.
- Pantenburg, Volker: *Film als Theorie: Bildforschung bei Harun Farocki und Jean-Luc Godard*, Bielefeld 2006.
- Paoli, Federica: »Diversità fantastiche. Periodici del femminismo romano nei primi anni ottanta«, in: *Zapruder*, Nr. 21, 2010, S. 24-40.
- Parkinson, Michael: »The Thatcher Governments' Urban Policy«, in: Charlot, Monica (Hg.): *Britain's Inner Cities*, Paris 1994.
- Paul, Gerhard: *Bilder des Krieges, Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges*, Paderborn 2004.
- Paulmann, Johannes: »Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer: Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts«, in: *Historische Zeitschrift*, Nr. 267, 1998, S. 649-685.
- Petty, Sheila: *Contact zones: memory, origin, and discourses in Black diasporic cinema*, Detroit 2008.

- Pfotenhauer, Erhart: »Stadterneuerung – Sanierung«, in: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt: Soziologische Stichworte, Opladen 2000, S. 247-257.
- Pierson-Mathy, Paulette: »The anti-apartheid struggle in Belgium as perceived by the Comité Contre le Colonialisme et l’Apartheid«, in: South African Democracy Education Trust (Hg.): The Road to Democracy in South Africa. Volume 3, International Solidarity, Pretoria 2008, S. 640-657 ff.
- Pijl, Kees van der: Global Rivalries from the Cold War to Iraq, London 2006.
- Pines, Jim (Hg.): Black and White in Colour. Black People in British Television Since 1936, London 1992.
- Poiger, Uta G.: »Imperialism and Consumption: Two Tropes in West German Radicalism«, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies 1960–1980, New York 2006, S. 161-172.
- Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000.
- Pollack, Detlef/Wiehlgoth, Jan (Hg.): Dissent And Opposition In Communist Eastern Europe: Origins Of Civil Society And Democratic Transition, Farnham 2004.
- Poppe, Ulrike: »Der Weg ist das Ziel«. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre«, in: Poppe, Ulrike u. a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.
- Poppe, Ulrike: »Frauen für den Frieden«, in: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin/München 2000, S. 135-137.
- Power, Anne/Tunstall, Rebecca: Dangerous Disorder: Riots and Violent Disturbances in 13 Areas of Britain 1991–1992, York 1997.
- Pruijt, Hans: »Okupar in Europa«, in: Adell Argilés, Ramón/Martínez López, Miguel (Hg.): ¿Dónde están las llaves? El movimiento okupa: prácticas y contextos sociales, Madrid 2004, S. 35-60.
- Quirstorp, Eva (Hg.): Frauen für den Frieden. Analysen, Dokumente und Aktionen aus der Friedensbewegung, Frankfurt/Main 1982.
- Raco, Mike: »New Labour, Community and the Future of Britain's Urban Renaissance«, in: Imrie, Rob/Raco, Mike (Hg.): Urban renaissance? New Labour, community and urban policy, Bristol 2003, S. 235-249.
- Reichardt, Sven: »Inszenierung und Authentizität. Zirkulation visueller Vorstellungen über den Typus des linksalternativen Körpers«, in: Knoch, Hanno (Hg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Göttingen 2007, S. 225-250.
- Reichardt, Sven: »Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 21 (2008), S. 118-130.
- Reichardt, Sven: »Is ›Warmth‹ a Mode of Social Behaviour? Considerations on a Cultural History of the Left-Alternative Milieu from the Late 1960s to the Mid 1980s«, in: Behemoth, Nr. 2, 2010, S. 84-99.
- Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hg.): Das alternative Milieu – Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983, Göttingen 2010.
- Reitan, Earl Aaron: The Thatcher Revolution, Margaret Thatcher, John Major, Tony Blair and the Transformation of Modern Britain 1979–2001, Oxford 2003.
- Renton, Dave: When We Touched the Sky: The Anti-Nazi League 1977–1981, Cheltenham 2006.
- Riechers, Albrecht: Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982, Bonn 2006.
- Roberts, Michael James/Moore, Ryan: »Peace Punks and Punks Against Racism: Resource Mobilization and Frame Construction in the Punk Movement“, in: Music and Arts in Action, Vol. 2, Nr. 1, 2009, S. 21-36.
- Robson, Brian: Inner Cities Research Programme: Assessing the Impact of Urban Policy, London 1994.
- Roscher, Mieke: Ein Königreich für Tiere: Die Geschichte der britischen Tierrechtsbewegung, Marburg 2009.
- Roth, Roland: »Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. Herausforderungen, Innovationen und paradoxe Konsequenzen«, in: Klein, Ansgar (Hg.): Neue soziale Bewegungen: Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S. 47-63.
- Rother, Bernd: »Willy Brandts Besuch in Warschau im Dezember 1985«, in: Boll, Friedhelm u. a. (Hg.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009, S. 329-344.
- Rother, Bernd: »Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren«, in: Boll, Friedhelm/Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): »Nie mehr eine Politik über Polen hinweg«. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 220-264.
- Rubini, Oderso/Tinti, Andrea: Non disperdetevi. San Francisco, New York, Bologna. Le zone libere del mondo, Roma 2003.
- Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992.
- Rüdig, Wolfgang: »Between Moderation and Marginalization: Environmental Radicalism in Britain«, in: Bron, Taylor (Hg.): Ecological Resistance Movements. The Global Emergence of Radical and Popular Environmentalism, Albany 1995.

- Rudin, Dominique: »Subversive Ästhetik? Videos der Schweizer Protestbewegung der 1980er-Jahre«, in: Hieber, Lutz/Moebius, Stefan (Hg.): Ästhetisierung des Sozialen – Reklame, Kunst und Politik im Zeitalter visueller Medien, Bielefeld 2011, S. 115-136.
- Rushdie, Salman: »Songs doesn't know the score« [Guardian, January 12, 1987], in: Mercer, Kobena (Hg.): Black Film, British Cinema, London 1988, S. 16-17.
- Rydin, Yvonne: The British Planning System: an Introduction, Basingstoke 1993.
- Samuel, Raphael: »Mrs Thatcher's Return to Victorian Values«, in: Proceedings of the British Academy, Nr. 78, 1992, S. 9-29.
- Sassen, Saskia: The Global City. New York, London, Tokyo, Princeton 1991.
- Scheer, Joseph/Espert, Jan: Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei. Alternatives Leben oder Anarchie? Die neue Jugendrevolte am Beispiel der Berliner »Scene«, München 1982.
- Scheiper, Stephan: »Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren«, in: Weinbauer, Klaus u. a. (Hg.): Terrorismus in der Bundesrepublik: Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt/Main 2006, S. 188-216.
- Scherer, Christina: Ivens, Marker, Godard, Jarman: Erinnerung im Essayfilm, München 2001.
- Schewe, Egon: Selbstverwaltete Jugendzentren. Entwicklung, Konzept und Bedeutung der Jugendzentrumsbewegung, Bielefeld 1980.
- Schmid, Fred/Cullmann, Armin (Hg.): München in Gefahr. Die Rüstungs- und Militärmetropole, München 1983.
- Schmid, Christian: »Wir wollen die ganze Stadt! Die Achtziger Bewegung und die urbane Frage«, in: Nigg, Heinz (Hg.): Wir wollen alles, und zwar subito! Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen, Zürich 2001, S. 352-368.
- Schmidt, Helmut: »Gleichgewicht ist eine ständige Aufgabe«, in: Die Neue Gesellschaft 25 (1978), S. 668-674.
- Schmidt-Relenberg, Norbert u. a. (Hg.): Gemeinschaftsorientiertes Wohnen. Stuttgart 1973.
- Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2000.
- Scholeier, Peter: »Meals, Food Narratives and Sentiments of Belonging in Past and Present«, in: derselbe (Hg.): Food, Drink and Identity: Cooking, Eating and Drinking in Europe since the Middle Ages, Oxford 2001.
- Schultze, Thomas/Gross, Almut (Hg.): Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung, Hamburg 1997.
- Schulz-Hageleit, Peter (Hg.): Lieber Instandbesetzen als Kaputtbesitzen! Unterrichtsmaterialien zur Wohnungspolitik, Berlin 1981.
- Schregel, Susanne: »Konjunkturen der Angst. ›Politik der Subjektivität‹ und ›neue Friedensbewegung‹, 1979–1983«, in: Greiner, Bernd (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 495-520.
- Schregel, Susanne: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung, Frankfurt/Main 2011.
- Schulz, Kristina: Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976, Frankfurt/Main 2002.
- Schwab, Andreas u. a. (Hg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung, Essen 2008.
- Schwarz, Thomas: »Veganismus und das Recht der Tiere: Historische und theoretische Grundlagen sowie ausgewählte Fallstudien mit Tierrechtlern bzw. Veganern aus musikorientierten Jugendszenen«, in: Breyvogel, Wilfried (Hg.): Eine Einführung in Jugendkulturen: Veganismus und Tattoos, Wiesbaden 2004.
- Schwarzmeier, Jan: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Books on Demand GmbH, 2001.
- Scoppola, Pietro: La repubblica dei partiti. Profilo storico della democrazia in Italia 1945–1990, Bologna 1991.
- Scott, Joan W.: »La storia delle donne«, in: Burke, Peter (Hg.): La storiografia contemporanea, Roma/Bari 1993.
- Scozzari, Filippo: Prima pagare poi ricordare. Da »Cannibale« a »Frigidaire«. Storia di un manipolo di ragazzi geniali, Roma 2004.
- Sedlmaier, Alexander: »Konsumkritik und politische Gewalt in der linksalternativen Szene der siebziger Jahre«, in: Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hg.): Das alternative Milieu, Göttingen 2010, S. 185-205.
- Sekula, Allan: »Der Körper und das Archiv«, in: Wolf, Herta (Hg.): Diskurse der Fotografie: Fotokritik am Ende des fotografischen Zeitalters, Band 2, Frankfurt/Main 2003, S. 269–334.
- Seitz, Werner: »Melonengrüne- und ›Gurkengrüne‹ – Die Geschichte der Grünen in der Schweiz«, in: ders./Baer, Matthias (Hg.): Die Grünen in der Schweiz: Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich/Chur 2008, S. 15-37.
- Sengspeick-Roos, Christa: Das ganz Normale tun. Widerstandsräume in der DDR-Kirche, Berlin 1997.
- Siegfried, Detlef: »Einstürzende Neubauten«. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer ›Kader‹ als Formen jugendlicher Subkultur«, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 39-66.
- Siegfried, Detlef: »Urbane Revolten, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neuaneignung der Provinz durch die ›Gegenkultur‹ der 1970er Jahre«, in: von Saldern, Adelheid (Hg.): Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten, Stuttgart 2006, S. 351-366.
- Siegfried, Detlef: »Superkultur. Authentizität und politische Moral in linken Subkulturen der frühen siebziger Jahre«, in: Knoch, Habbo (Hg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 251-268.

- Siegfried, Detlef: »Die Rückkehr des Subjekts. Gesellschaftlicher Wandel und neue Geschichtsbewegung um 1980«, in: Hartung, Olaf/Köhr, Katja (Hg.): Geschichte und Geschichtsvermittlung. Festschrift für Karl Heinrich Pohl, Bielefeld, 2008, S. 125-146.
- Sijbers, Jan: Het archief van het Aktiekomitee Zuidelijk Afrika. Problemen en oplossingen bij het inventariseren van het archief van een drukingsgroep, K. U. Leuven, nicht veröffentliche Dissertation, 1994.
- Sinus: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik. Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983, München 1983.
- Smith, Neil: The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City, London 1996.
- Soja, Edward W. (Hg.): Postmodern Geographies. The Reassertion of Space in Critical Social Theory, London/New York 1989.
- Soja, Edward W. (Hg.): Thirdspace. Journeys to Los Angeles and Other Real-and-Imagined Places, Cambridge/Oxford 1996.
- Soja, Edward W. (Hg.): Seeking Spatial Justice, Minneapolis 2010.
- Sölle, Dorothee: »Die Weiße Rose des Widerstands blüht auch heute«, in: Vack, Hanne/Vack, Klaus (Hg.): Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wegen »Nötigung«, Sensbachtal 1986, S. 75-78.
- Solomos, John: »The Enemy Within: Black Youth and Urban Disorder in 1980s Britain«, in: derselbe: Black Youth, Racism and the State, Cambridge 1988.
- Solomos, John: Race and Racism in Britain, London 1993.
- Solomos, John/Back, Les: Race, politics and social change, London 1995.
- Solomos, John/Back, Les: »Du Clientélisme aux Sections Noires du Parti Travailleuse: La Politique Interracialiale à Birmingham«, in: Revue Française de Science Politique, Vol. 46, Nr. 1, 1996.
- Späti, Christina: »1968 in der Schweiz: Zwischen Revolte und Reform«, in: Skenderovic, Damir/Späti, Christina (Hg.): 1968 – Revolution und Gegenrevolution: Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Basel 2008, S. 51-66
- Spieß, Anke/Stickler, Armin: »Die Wirklichkeit als größte anzunehmende Unzumutbarkeit. Die Plakate der Solidaritätsbewegung«, in: HSK 13 (Hg.): hoch die kampf dem. 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen, Hamburg u.a. 1999, S. 82-109.
- Spivak, Gayatri Chakravorty: »Can the Subaltern Speak?«, in: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hg.): Marxism and the Interpretation of Culture, Chicago 1988, S. 271-316.
- Stahel, Thomas: Wo-Wo-Wonige! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968 (Diss., Universität Zürich), Zürich 2006.
- Stam, Robert: Reflexivity in Film and Literature: From Don Quixote to Jean-Luc Godard, New York 1992.
- Stern, Kathrin: Die »Frauen für den Frieden/Ostberlin« – Widerstand oder Opposition, Oldenburg 2009.
- Stern, Kathrin: »Grenzen- Grenzverschiebungen- Grenzverschärfungen. Die Handlungsräume der »Frauen für den Frieden/Ostberlin«, in: ARIADNE. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, Bd. 57, Kassel 2010, S. 48-53.
- Steyerl, Hito: Die Farbe der Wahrheit. Dokumentarismen im Kunstfeld, Wien 2008.
- Straßner, Alexander: Die dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2005.
- Suri, Jeremi: Power and Protest: Global Revolution in the Age of Détente, Cambridge 2003.
- Suttner, Andreas: »Beton brennt«. Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er Jahre, Berlin 2011.
- Teppich, Fritz (Hg.): Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung 1980–1985, Berlin (West) 1985.
- Thatcher, Margaret: The Downing Street Years 1979–1990, New York 1993.
- »The Netherlands against Apartheid«, Web Dossier, International Institute of Social History, <http://www.iisg.nl/collections/anti-apartheid/history>, (eingesehen am 27. Juni 2011).
- The Runnymede Trust: The Future of Multi-Ethnic Britain: the Parekh Report, London 2000.
- Thomas, Scott: The Diplomacy of Liberation. The Foreign Relations of the ANC Since 1960, Basingstoke 1995.
- Thörn, Håkan: Anti-Apartheid and the Emergence of a Global Civil Society, Basingstoke 2006.
- Torealta, Maurizio: »Painted politics«, in: Lotringer, Sylvère/Marazzi, Christian (Hg.): Autonomia – Post-Political Politics, Los Angeles 2007, S. 102-106 (Originalausgabe New York, 1980).
- Triggs, Teal: »Scissors and Glue: Punk Fanzines and the Creation of a DIY Aesthetic«, in: Journal of Design History, Vol. 19, Nr.1, 2006, S. 69-83.
- Vack, Klaus: »Für eine konkrete menschliche Utopie!«, in: Vack, Hanne/Vack, Klaus (Hg.): Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wegen »Nötigung«, Sensbachtal 1986, S. 81-98.
- Vague, Tom: Anarchy in the UK: The Angry Brigade, Edinburgh 1997.

- Vancaeneghem, Jens: »Waar was u toen Nelson Mandela vrij kwam?«, in: *Mondiaal Nieuws*, <http://www.mo.be/artikel/waar-was-u-toen-nelson-mandela-vrij-kwam-1>, (eingesehen am 27. Juni 2011).
- Vanheukelom, Jan: »Hoera vir die Boer hoera! Pro- and anti-apartheid struggles in Flanders and in Belgium«, in: *South African Democracy Education Trust* (Hg.): *The Road to Democracy in South Africa*. Volume 3, *International Solidarity*, Pretoria 2008, S. 658-661.
- Verheyen, Nina: *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland*, Göttingen 2010.
- Vittorio Tondelli, Pier: *Un week-end postmoderno. Cronache degli anni '80*, Milano 1990.
- Saldern, Adelheid von: *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995.
- Wagner-Kyora, Georg: »Das Zweckmäßige ist fast immer auch schön«. *Stadtplanung, Wohnkultur und Lebensstile in der Bundesrepublik der sechziger Jahre*«, in: Frese, Matthias u.a. (Hg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003, S. 615-645.
- Walgrave, Stefaan: *Nieuwe sociale bewegingen in Vlaanderen. Een sociologische verkenning van de milieubeweging, de derde wereldbeweging en de vredesbeweging*, Leuven 1994.
- Walther, Rudolf: »Terror und Terrorismus. Eine begriffs- und sozialgeschichtliche Skizze«, in: Kraushaar, Wolfgang (Hg.): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 64-77.
- Weber, Wolfgang: *Solidarność 1980–1981 und die Perspektive der politischen Revolution*, Essen 1987.
- Weinhauer, Klaus: »The End of Certainties: Drug Consumption and Youth Delinquency in West Germany«, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies 1960–1980*, New York 2006, S. 376-397.
- White, Hayden: *The Content of the Form: Narrative Discourse and Historical Representation*, Baltimore 1987.
- Wievorka, Michel: *Un autre monde... Contestations, dérives et surprises dans l'antimondialisation*, Paris 2003.
- Willems, Helmut: *Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, Opladen 1997.
- Wirsching, Andreas: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006.
- Wisler, Dominique: *Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution*, Zürich 1996.
- Witte, Els/Meynen, Alain (Hg.): *De geschiedenis van België na 1945*, Antwerpen 2006.
- Wittner, Lawrence S.: *Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1971 to the Present*, Stanford 2003.
- Woolf, Stuart (Hg.): *L'Italia repubblicana vista da fuori (1945–2000)*, Bologna 2007.
- Young, James: *Beschreiben des Holocaust*, Frankfurt/Main 1997.
- Ziemann, Benjamin: »The Code of Protest. Images of Protest in the West German Peace Movement«, in: *Contemporary European History* 17 (2008), Nr. 2, S. 237-261.
- Zutavern, Julia: »Anstiftung zum Stadtfriedensbruch: Der Besetzerfilm«, in: *Cinema*, 54/2009, S. 146-157.

Biographische Angaben zu den Autorinnen und Autoren

Hanno Balz

Dr. phil., Historiker an der Leuphana Universität Lüneburg, Fachbereich Sozial- und Kulturgeschichte. Forschungsschwerpunkte: Geschichte sozialer Bewegungen, Mediengeschichte, Zeitgeschichte. Lebt in Bremen.

Dagmar Brunow

M. A., Promovendin an der Universität Hamburg, Fachbereich Medienkultur. Dozentin für Filmwissenschaften an der Hochschule in Halmstad (Schweden). Forschungsschwerpunkte: Dokumentarfilm, Avantgarde- und Experimentalfilm, kulturwissenschaftliche Gedächtnisforschung und Medien. Lebt in Hamburg und Lund (Schweden).

Jan-Henrik Friedrichs

M. A., Historiker, promoviert an der University of British Columbia zu besetzten Häusern und Heroinszenen als Räumen der Jugenddelinquenz in den 1980er Jahren. Forschungsschwerpunkte: Nationalsozialismus, Neue Soziale Bewegungen, Gender, Raum- und Gedächtnistheorien.

Wouter Goedertier

M. A., Doktorand im Forschungsprojekt »Moderne und Gesellschaft, 1800–2000« an der K. U. Leuven mit einem Projekt zu belgischen Ost-West- und Nord-Süd-Bewegungen in den 1980er Jahren. Forschungsschwerpunkte: europäische Expansion und soziale Bewegungen.

Jan Hansen

M. A., Doktorand am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Lehrstuhl für die Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Friedensbewegung und der Sozialdemokratie. Lebt in Berlin.

Sebastian Haumann

Dr. phil., Historiker an der Technischen Universität Darmstadt, Institut für Geschichte. Forschungsschwerpunkte: Stadt- und Umweltgeschichte. Lebt in Wuppertal.

Reinhild Kreis

Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg. Forschungsschwerpunkt: deutsch-amerikanische Beziehungen nach 1945, Geschichte der Bundesrepublik, Protestgeschichte. Lebt in München.

Armin Kuhn

Politikwissenschaftler, Doktorand an der Universität Potsdam und der FU Berlin. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie, Stadtforschung und soziale Bewegungen.

Inge Marszolek

Prof. Dr., Historikerin und Kulturwissenschaftlerin an der Universität Bremen. Forschungsschwerpunkte: Sozial- und Alltagsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Mediengeschichte, Gedächtnisgeschichte.

Patricia Melzer

Ph. D., Kulturwissenschaftlerin, Assistant Professor in German and Women's Studies an der Temple University in Philadelphia, USA. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Gender und soziale Bewegungen und feministische Theorien und Aktivismus.

Molly O'Brien Castro

Ph. D., Senior Lecturer für britische Kultur und Übersetzung an der Francois-Rabelais-Universität Tours und wissenschaftliche Beirätin am Grande Halle de la Villette Ausstellungszentrum in Paris. Forschungsgebiete: zeitgenössische britische Stadt-, Sozial- und Politikgeschichte, ethnische communities.

Mieke Roscher

Dr. phil., Bibliotheksreferendarin an der Landesbibliothek Oldenburg, Fächer Anglistik und Geschichte. Forschungsschwerpunkte: Neuere und Neueste Geschichte Großbritanniens, Kolonialgeschichte, Human-Animal Studies. Lebt in Bremen.

Dominique Rudin

Lic. phil., Historiker. 2009–2011 Mitglied des NCCR »eikones – iconic criticism«, Basel. 2012 Mitarbeiter des SFB 640, HU Berlin. Forschungsschwerpunkte: Sozial- und Kulturgeschichte, Politische Theorie, Dokumentarizität. Lebt in Berlin und Basel.

Beppe di Sario

Ph. D., studierte Zeitgeschichte an der Universität Turin und promovierte als Kultursoziologe an der Universität Urbino; arbeitet zurzeit am IRES (Istituto di Ricerche Economiche e Sociali) in Rom. Forschungsschwerpunkte: Sozialpolitik, gesellschaftliche Teilhabe, soziale Bewegungen, Jugendkultur und Politisierung.

Susanne Schregel

Dr. phil., Historikerin am IKKM Weimar. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Friedensbewegung, Geschichte des Politischen, raumorientierte Gesellschaftsanalyse.

Kathrin Stern

Dipl. Sozialwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Niedersächsischen Forschungskolleg: Nationalsozialistische »Volksgemeinschaft«? Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung vor Ort am Institut für Geschichte der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Eine historische Aufarbeitung der 1980er Jahre steht noch aus. Mit dem vorliegenden Band soll deutlich werden, wie vielfältig sowohl die Kontinuitäten zu 1968 und den 1970er Jahren als auch die Brüche waren, die die Spezifik der Bewegungen der 1980er Jahre ausmachten. Die Wende von 1989 kann nicht ausschließlich als Schlusspunkt für die Neuen Sozialen Bewegungen verstanden werden. Denn die damals entstandenen Strukturmerkmale üben auch heute noch, und zwar stärker als zwischendurch erkennbar, nicht geringen Einfluss auf Bewegungen, Politikverständnis und Kritik aus.

